

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1988/89 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967¹⁾ legt der Sachverständigenrat sein fünfundzwanzigstes Jahresgutachten vor²⁾.

2. Expansion bei Stabilität — das ist das Markenzeichen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, die nun in ihr siebtes Jahr geht. Was im Zusammenwirken von Wirtschaft, Staat und Tarifparteien erreicht worden ist, kann sich durchaus sehen lassen. Allein 1988 stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung um gut 3 vH, nahm die Beschäftigung um rund 175 000 Personen zu und blieb auch die Preisentwicklung moderat. Nicht alles, was der Entwicklung in diesem Jahr so viel Schwung gab, wird auch im kommenden Jahr in gleicher Stärke wirken. Von der Finanzpolitik wird kein nennenswerter konjunktureller Impuls ausgehen, und das gilt auch für die Geldpolitik, der die Sicherung des Binnenwertes der Währung größere Sorgen bereiten könnte als in den Jahren zuvor; zu einem Restriktionsdruck wird es aber kaum kommen. Wichtig ist: Die Expansion verläuft weiterhin spannungsfrei, und die Vorausset-

¹⁾ Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

²⁾ Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

zungen für ihre Fortsetzung sind günstig. Die Aufwärtsentwicklung wird daher 1989 nach unserer Einschätzung nur wenig an Fahrt verlieren, und es werden dann zum Ende des nächsten Jahres mehr als eine Million Personen gegenüber Ende 1983 zusätzlich einen Arbeitsplatz besetzt haben. Anlaß zur Zufriedenheit mit dem Erreichten besteht indessen nicht. Unsere größte Sorge bleibt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit.

Arbeitsplätze im Wettbewerb — mit dem Titel des Jahresgutachtens 1988/89 stellt der Sachverständigenrat einen besonderen Aspekt des Themas heraus, das seit Jahren schon im Zentrum seiner wirtschaftspolitischen Überlegungen steht. Staatliche Programme vermöchten es nicht, die zusätzlich benötigten Arbeitsplätze zu schaffen, ohne gesamtwirtschaftlichen Schaden anzurichten; denn höhere Staatsausgaben erfordern höhere Steuern oder höheres Schuldenmachen des Staates, und beides ginge zu Lasten des marktwirtschaftlichen Bereichs der Gesamtwirtschaft. Gebraucht werden mehr rentable Arbeitsplätze, die am Markt das, was als Arbeitseinkommen gezahlt wird, auch verdienen; das sind Arbeitsplätze, die im Wettbewerb bestehen müssen. Der Wettbewerb vor allem auf den globalisierten Märkten, die — nicht zuletzt aufgrund der Vollendung des europäischen Binnenmarktes — immer mehr Güter und Dienstleistungen umfassen, ist hart. Alte Arbeitsplätze rentabel halten und neue hinzugewinnen ist nur dann möglich, wenn die Investoren es als lohnend erachten, hierfür ihr Kapital einzusetzen. Dieser Gedanke zieht sich durch das diesjährige Gutachten.

Die Attraktivität der Bundesrepublik Deutschland als Unternehmensstandort kann nicht rundum zufriedenstellen. Das bestätigen die Ergebnisse der im Gutachten vorgenommenen Analyse der Qualität des Standorts Bundesrepublik und dessen internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Im hohen Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik sehen wir nicht allein einen Beleg für gute internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, sondern auch das Gegenstück zu einem binnenwirtschaftlichen Ungleichgewicht, das aus einem Zuwenig an Investitionen resultiert. Eine Wirtschaftspolitik, die bessere Rahmenbedingungen für das Investieren schafft und so im Inland die Nachfrage nach Sparkapital erhöht, fördert die Ausweitung des Arbeitsplatzangebots und mindert zugleich den außenwirtschaftlichen Überschuß. Damit sind die Aufgaben für die einzelnen Teilbereiche der Wirtschaftspolitik markiert.

Was für die Wirtschaftspolitik insgesamt gilt, das ist auch für die regionale Wirtschaftspolitik zu beachten: Am Beispiel des Ruhrgebiets zeigen wir, daß wohlgemeinte staatliche Programme nicht geeignet sind, strukturelle Probleme zu lösen und obsolet gewordene Arbeitsplätze zu erhalten. Die wirtschaftliche Erneuerung dieses Gebiets kann nur über eine Reform des Gemeindefinanzsystems und im Kontakt mit den Bedingungen erfolgen, die vom Markt gesetzt werden. Mehr Eigeninitiative und Einfallsreichtum sind hier gefragt.

3. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Ernst Helmstädter, Münster, am 29. Februar 1988 aus dem

Sachverständigenrat aus. Herr Helmstädter hatte dem Sachverständigenrat fünf Jahre angehört. Als sein Nachfolger wurde Professor Dr. Otmar Issing, Würzburg, durch den Bundespräsidenten am 18. April 1988 für die Amtsperiode bis zum 28. Februar 1993 in den Sachverständigenrat berufen.

Die Amtsperiode von Professor Dr. Hans K. Schneider, Köln, als Vorsitzender des Sachverständigenrates war am 29. Februar 1988 abgelaufen. Die Mitglieder des Rates haben ihn für weitere drei Jahre zum Vorsitzenden gewählt.

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Präsidenten und Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Der Sachverständigenrat führte mit dem Präsidenten und mit leitenden Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit ausführliche Gespräche über grundsätzliche und aktuelle Fragen des Arbeitsmarktes.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften besprach der Rat wirtschaftliche Themen der Gemeinschaft.

5. Zu den aktuellen Problemen und zu den Zukunftsaussichten des Ruhrgebiets hat der Sachverständigenrat Gespräche geführt: mit dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen sowie mit Dr. Walter Aden, Dortmund, Michael Düchting, Duisburg, Professor Dr. Jürgen Gramke, Essen, Konrad Hoffmann, Dortmund, Dr. Jürgen Linde, Gelsenkirchen und Dr. Theodor Pieper, Duisburg.

6. Mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Professor Dr. Rainer Willeke, Köln, hat in einer Expertise zu Fragen der Deregulierung im Straßengüterverkehr Stellung genommen und diesen Problembereich mit dem Sachverständigenrat diskutiert.

Dr. Martin Junkernheinrich, Bochum, hat den Sachverständigenrat bei der Arbeit am Sonderkapitel „Wirtschaftliche Erneuerung altindustrieller Problemregionen: Das Beispiel Ruhrgebiet“ unterstützt.

Besonderen Anteil an der Vorbereitung dieses Kapitels hatte auch der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Professor Dr. Ulrich van Suntum, der im Laufe dieses Jahres aus den Diensten des Rates ausgeschieden ist, um sich wieder ganz seiner wissenschaftlichen Lehrtätigkeit zu widmen.

7. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns wieder die Ergebnisse seiner Herbstumfrage bei den Kammern zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen erleichtert.

8. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Dr. Hans J. Barth, Basel, Dr. Hans Hagen Härtel, Hamburg, Professor Dr. Manfred Neumann, Nürnberg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt ein besonderer Dank des Sachverständigenrates.

9. Die volkswirtschaftliche Abteilung und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben den Sachverständigenrat auch in diesem Jahr bei seinen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten, empirisches Material aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage hat der Sachverständigenrat auch durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wertvolle Unterstützung erhalten.

10. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Neben dem Leiter, Herrn Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und seinem Stellvertreter, Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler, haben als ständige Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Monika Klebsattel, Herr Friedrich Egli, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab den Rat mit Tatkraft und Anregungen unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein besonderes Anliegen.

11. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstatten können. Dem Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an:

Diplom-Volkswirtin Roswitha Beck, Dr. Peter Cornelius, Diplom-Volkswirt Ulrich Grosch, Dr. Michael Heise, Diplom-Volkswirtin Ursula Kötter, Diplom-Volkswirt Horst Reichert, Diplom-Volkswirt Michael Schlesinger.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 15. November 1988

Helmut Hesse

Otmar Issing

Rüdiger Pohl

Dieter Pohmer

Hans K. Schneider

Inhalt

	Seite
Eine kürzere Fassung	1
Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage	19
<i>Teil A: Die Weltwirtschaft im Jahre 1988</i>	19
I. Robuster Aufwärtstrend	19
Erfolgreiches Krisenmanagement nach der Börsenkrise	19
Stabilisierung der Wechselkurse	21
Gefahr durch Protektionismus	23
Nur geringe Fortschritte bei der Lösung der internationalen Ver- schulungskrise	23
II. Kraftvolle Investitionskonjunktur in den Industrieländern	25
Vereinigte Staaten: Schwungvolle Exportkonjunktur	28
Japan: Beschleunigter Anstieg der Binnennachfrage	31
Europa: Konjunkturelle Belebung bei verbesserten Wachstums- bedingungen	33
III. Die Europäischen Gemeinschaften mit verändertem Finanzierungs- system	35
<i>Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik</i>	46
I. Überblick	46
II. Gefestigte Aufwärtsentwicklung auf breiter Basis	49
Investitionsschub stärkt wirtschaftliche Expansion	49
Höhere Bauinvestitionen nach mehrjähriger Schwächeperiode	53
Konjunkturelle Impulse auch aus dem Ausland	55
Weiterhin stabile Verbrauchskonjunktur	56
Kräftiger Anstieg der Einfuhr	59
Auslastungsgrad überschritt langjährigen Durchschnitt	59
III. Anhaltender Beschäftigungsanstieg bei weiterhin hoher Arbeitslosig- keit	61
IV. Rasche monetäre Expansion trotz leichter Zinsanhebungen	71
Wechsel der geldpolitischen Zwischenzielgröße	71
Geldmengenwachstum im Jahresverlauf verlangsamt	74
Geldpolitik im veränderten Umfeld	74
Zur Geldmarktsteuerung	74
Leichte Dämpfung der Geldnachfrage	81
Hohe langfristige Nettokapitalexporte	84
V. Finanzpolitik: Höhere Defizite trotz verhaltener Ausgabensteigerung .	84
Geringere Steuereinnahmen durch die Tarifreform	85
Ausgabenverhalten von der Steuerreform geprägt	86
Sozialhilfeausgaben und Länderfinanzausgleich	91
Struktur der öffentlichen Ausgaben weiterhin ungünstig	95
Kräftiger konjunktureller Impuls	96
Die Haushalte der Sozialversicherungen	99

	Seite
<i>Teil C: Die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Vergleich</i>	101
Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik	101
Bestimmungsgründe der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft	109
Ergebnisse	116
Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1989	119
I. Die Ausgangslage	119
II. Die Annahmen der Prognose	120
III. Die Weltkonjunktur im Jahre 1989	120
IV. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur	123
Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1989 und danach	132
<i>Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten</i>	132
I. Ziele und Wirklichkeit	132
Der empirische Befund	132
Wirtschaftswachstum auf steilerem Pfad?	132
Hohe Arbeitslosigkeit trotz anhaltender Beschäftigungszunahme	133
Stabilität des Geldwertes ohne Restriktionsdruck sichern	134
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: Keine weitere Zielannäherung	134
II. Neue Herausforderungen, unveränderte Aufgaben	135
Die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik erhöhen	135
Die neue Herausforderung: Vollendung des EG-Binnenmarktes bis 1992	137
Die zentrale Aufgabe: für gute Angebotsbedingungen sorgen	139
Arbeit für Langzeitarbeitslose: Eine sozialpolitische Flankierung der Wachstumspolitik	142
<i>Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen</i>	144
I. Finanzpolitik: Energischer die Wachstumskräfte stärken	144
Chancen für eine mittelfristige Konsolidierung	145
Subventionsabbau unverzichtbar	148
Finanzausgleich: Fehlentwicklungen vermeiden	150
Reform der Unternehmenssteuern	152
Probleme der Energiebesteuerung	155
Eine andere Meinung	156
II. Geldpolitik: Am Geldmengenziel festhalten	157
Übergang zu einer Mehrindikatorenkonzeption?	158
Plädoyer für Beibehaltung des Geldmengenzieles	160
Geldpolitik für 1989	162
Eine andere Meinung	164
III. Währungspolitik im europäischen Integrationsprozeß	165
IV. Tarifpolitik für den strukturellen Wandel	167
Differenzierte und flexible Arbeitszeitgestaltung	167
Wettbewerbsvorteile durch Qualifizierung und Weiterbildung	168
Moderate Lohnentwicklung weiter notwendig	170
Für eine betriebsnähere Tarifpolitik	173

	Seite
V. Dynamischer Wettbewerb durch Deregulierung: Das Beispiel Straßen- güterverkehr	174
VI. Rentenversicherungsreform: Abgabenbelastung begrenzen – Selbst- vorsorge anregen	177
Maßnahmen im Rahmen der Rentenversicherung	179
Eigenständige Sicherung der Frau – Familiengerechtes Renten- system	180
Bruttoanpassung oder Nettoanpassung der Renten	180
Mehr Raum für private Vorsorge	181
Versicherungspflicht der Beamten?	182
 Viertes Kapitel: Wirtschaftliche Erneuerung altindustrieller Problemregio- nen: Das Beispiel Ruhrgebiet	 183
Unbewältigter Strukturwandel und Wachstumsschwäche in alt- industriellen Regionen	183
Problemregion Ruhrgebiet	184
Entwicklungshemmende Faktoren	190
Sektorale Strukturpolitik hat strukturellen Anpassungsprozeß ge- hemmt	193
Zentralisierung der regionalen Strukturpolitik ist verfehlt	194
Ruhrgebietsprogramme haben Erwartungen nicht erfüllt	196
Positive Ansätze für eine Neuorientierung	196
Regionalisierung der Regionalpolitik	197
Gemeindefinanzreform als Hilfe zur Selbsthilfe	199
Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Bewältigung des Struktur- wandels	202
Statistischer Anhang: Ruhrgebiet	203

Anhang

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	212
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	214
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	215
IV. Methodische Erläuterungen	216
V. Statistischer Anhang	224
Sachregister	336

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite		Seite
1 Die Aktienkursentwicklung an internationalen Börsenplätzen	20	16 Die Lage am Arbeitsmarkt	65
2 Saldo der Leistungsbilanz ausgewählter Länder	22	17 Die Bestandteile der Geldmenge M3 und der Zentralbankgeldmenge	72
3 Zur Konjunktorentwicklung in den Vereinigten Staaten	29	18 Zur Analyse der monetären Entwicklung ..	73
4 Zur monetären Entwicklung in den Vereinigten Staaten	30	19 Geldpolitische Zielvorstellungen der Deutschen Bundesbank	75
5 Investitionstätigkeit in Japan	32	20 Zur Zielvorstellung des Sachverständigenrates	76
6 Zinsentwicklung in Großbritannien	34	21 Zur Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	77
7 Eigene Finanzierungsmittel und Bruttoinvestitionen	50	22 Zinsstruktur am Rentenmarkt	78
8 Zur Gewinn-Erlös-Relation	52	23 Entwicklung ausgewählter Zinsen, Geldmarktoperationen, Lombardkredite	80
9 Entwicklung der Baunachfrage	54	24 Zur Entwicklung des Geldvolumens	81
10 Auftragseingang aus dem Ausland	55	25 Renditen langfristiger Staatsschuld-papiere	83
11 Verfügbares Einkommen und privater Verbrauch	57	26 Leistungen der Sozialhilfe	92
12 Zur Struktur des privaten Verbrauchs	58	27 Reale Außenwerte ausgewählter Währungen	102
13 Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	60	28 Sozialprodukt und wichtige Komponenten	127
14 Zur Entwicklung der Kapitalproduktivität und der Kapitalintensität	61	29 Die wirtschaftliche Situation des Ruhrgebiets im Vergleich	186
15 Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ..	64	30 Zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens im interregionalen Vergleich ..	200

Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite		Seite
1 Nettoauslandsposition wichtiger Industrieländer	22	24 Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	99
2 Auslandsverschuldung und Schuldendienste der Entwicklungsländer	24	25 Wichtige volkswirtschaftliche Größen im internationalen Vergleich	104
3 Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder ...	26	26 Bruttowertschöpfung, Beschäftigung und Produktivität in ausgewählten Ländern ..	104
4 Unterplafonds für die Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft	35	27 Zum Exportwachstum in 35 Industriegütergruppen	106
5 Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	36	28 Zur Entwicklung der Direktinvestitionen .	108
6 Wirtschaftliche Eckdaten	47	29 Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland	108
7 Zur Kosten-Erlös-Relation	51	30 Direktinvestitionen in den Europäischen Gemeinschaften, den Vereinigten Staaten und Japan	110
8 Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	63	31 Sparen und Investieren in ausgewählten Ländern	112
9 Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	66	32 Ausgaben für Forschung und Entwicklung	113
10 Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	67	33 Lohnstückkosten in ausgewählten Ländern	114
11 Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen	68	34 Energiepreise für die Industrie in ausgewählten Ländern	115
12 Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt	69	35 Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe	115
13 Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten nach Alter und Geschlecht	70	36 Körperschaftsteuern 1988	117
14 Maßnahmen der Deutschen Bundesbank .	79	37 Die wichtigsten Steueränderungen im Rahmen der ausländischen Reformen	118
15 Emission und Erwerb von Wertpapieren ..	82	38 Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern	121
16 Aufkommen wichtiger Einzelsteuern	85	39 Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	124
17 Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bund	86	40 Einnahmen und Ausgaben des Staates ...	128
18 Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	87	41 Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der Gebietskörperschaften 1989	147
19 Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	89	42 Zur mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte	148
20 Zur Entwicklung der Sozialhilfeausgaben in den Ländern von 1970 bis 1986	93	43 Wettbewerbsbeschränkende Regulierungen und Subventionen nach Wirtschaftszweigen	149
21 Ausgaben der Sozialhilfe nach Ländern ..	94		
22 Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften	95		
23 Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	97		

	Seite		Seite		
44	Finanzausgleich unter den Bundesländern für das Jahr 1987	151	47	Arbeitsmarktindikatoren für die Arbeitsamtsbezirke des Ruhrgebiets	187
45	Löhne, Preise, Produktivität	171			
46	Wirtschaftliche Eckdaten für das Ruhrgebiet im Vergleich	185	48	Die Nettoproduktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe für das Ruhrgebiet im Vergleich	188

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite		Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	231	20* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	254
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	232	21* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	256
3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	233	22* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	258
4* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	234	23* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	260
5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	235	24* Verteilung des Volkseinkommens	261
6* Zinsen in wichtigen Industrieländern	236	25* Verwendung des Volkseinkommens	262
7* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	237	26* Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	263
8* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	238	27* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	264
9* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	239	28* Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	265
10* Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	240	29* Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	266
11* Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	242	30* Verwendung des Sozialprodukts	268
12* Wechselkurse	243	31* Bruttoinvestitionen	270
13* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	244	32* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	272
14* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	246	33* Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	274
15* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	248	34* Subventionen des Staates	278
16* Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	249	35* Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	279
17* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	250	36* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	280
18* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	252	37* Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	282
19* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	253	38* Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte	284
		39* Kassenmäßige Steuereinnahmen	286
		40* Verschuldung der öffentlichen Haushalte ..	287
		41* Vermögensbildung und ihre Finanzierung ..	288

	Seite		Seite
42* Entwicklung der Geldbestände im Bilanz-zusammenhang	290	61* Warenausfuhr nach Ländergruppen	318
43* Zahlungsmittelbestände und Kredite	292	62* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	319
44* Auftragseingang im Verarbeitenden Ge- werbe	293	63* Index der Grundstoffpreise	320
45* Umsatz im Bergbau und im Verarbeiten- den Gewerbe	296	64* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	321
46* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	299	65* Index der Ausfuhrpreise	322
47* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbei- tenden Gewerbe	300	66* Index der Einfuhrpreise	323
48* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	302	67* Preisindizes für Neubau und Instandhal- tung, Baulandpreise	324
49* Produktionsergebnis je Beschäftigten- stunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	303	68* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	325
50* Baugenehmigungen	304	69* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen	326
51* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ..	305	70* Preisindex für die Lebenshaltung aller pri- vaten Haushalte nach Haupt-/Untergrup- pen	327
52* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ...	307	71* Preisindex für die Lebenshaltung nach Wa- ren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	328
53* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	308	72* Preisentwicklung nach den Volkswirt- schaftlichen Gesamtrechnungen	329
54* Einzelhandelsumsatz	309	73* Löhne und Gehälter	330
55* Zahlungsbilanz	310	74* Index der Aktienkurse	331
56* Kapitalverkehr mit dem Ausland	312	75* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	332
57* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volu- men und Durchschnittswerte	314	76* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	333
58* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	315	77* Energieverbrauch nach Bereichen	334
59* Ausfuhr nach Warengruppen der Außen- handelsstatistik	316	78* Entwicklung im Mineralölbereich	335
60* Einfuhr nach Warengruppen der Außen- handelsstatistik	317		

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelszone
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

- = nichts
- 0 = weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- .
- ... = Angaben fallen später an
- oder | = der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
- × = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen

(Ziffern 1 ff.)

1* In den westlichen Industrieländern setzte sich die Aufwärtsentwicklung, die im vorigen Jahr neue Kraft gewonnen hatte, auch im sechsten Jahr seit Überwindung der Rezession fort. Entgegen allen Erwartungen wurde im Jahre 1988 sogar der zweithöchste Produktionszuwachs der achtziger Jahre erzielt. Das Bruttoinlandsprodukt der westlichen Industrieländer übertraf das Vorjahresniveau um 4 vH. Der Zuwachs der Produktion ging merklich über das Wachstum der Produktionskapazitäten hinaus und ermöglichte einen weiteren Anstieg der Beschäftigung. Im Jahresdurchschnitt 1988 hatten 1½ vH mehr Erwerbspersonen einen Arbeitsplatz als ein Jahr zuvor.

Ursächlich für die schwungvolle Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern war vor allem eine kräftige Belebung der Investitionstätigkeit. In Ausrüstungen und Bauten wurden insgesamt 7½ vH mehr investiert. Die Rate, mit der die gewerbliche Wirtschaft in den sieben größten Industrieländern ihre realen Investitionsaufwendungen steigerte, lag sogar bei rund 11 vH. Seit der ersten Ölpreiskrise war der Investitionsanstieg nur in einem Jahr höher. Verbesserte Angebotsbedingungen, eine nochmals günstigere Gewinnsituation und eine hohe Kapazitätsauslastung waren dafür ebenso maßgebend wie der durch intensive internationale Konkurrenz erzeugte Druck auf die Unternehmen, die durch technischen Fortschritt eröffneten Möglichkeiten zu Kostensenkungen, Qualitätssteigerungen und Produktinnovationen schnell wahrzunehmen.

Der rege Warenaustausch der Industrieländer untereinander, der wie der gesamte Welthandel mit einer Rate von rund 8 vH expandierte, sorgte dafür, daß der Aufschwung nicht auf wenige Länder beschränkt blieb. Die rasch wachsenden Exporte der einzelnen Länder beflügelten sich wechselseitig und waren nahezu überall ein wesentlicher Grund für die Stärkung der Investitionsneigung.

2* Von großer Bedeutung für die günstige Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahre 1988 war es, daß sich die Wechselkurse stabilisierten, obwohl das internationale Leistungsbilanzgefüge nach wie vor unausgewogen war. Das Defizit der Vereinigten Staaten sowie die Überschüsse Japans und der südostasiatischen Schwellenländer blieben trotz ihres Rückgangs äußerst hoch; der Überschuß der Bundesrepublik hat sogar leicht zugenommen.

Die Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos der Vereinigten Staaten wird hauptsächlich von der Veränderung des Saldos der Handelsbilanz bestimmt. In diesem Jahr haben die monatlichen Handelsbilanzsalden deutlich unter ihrem Höchststand vom Herbst des vorigen Jahres (17 Mrd Dollar) gelegen; das gesamte

Defizit im Jahre 1988 fiel mit etwa 140 Mrd Dollar um rund 30 Mrd Dollar niedriger aus als im Vorjahr. Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß sich der Abbau des amerikanischen Handelsbilanzdefizits fortsetzen wird. Er ist nämlich nicht nur das Ergebnis der starken Abwertung des Dollar in den Jahren 1985 bis 1987, sondern erklärt sich auch aus intensiven Anstrengungen der amerikanischen Unternehmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gelang es in den achtziger Jahren wieder, mit den Effizienzsteigerungen ihrer ausländischen Konkurrenten Schritt zu halten. Da die Lohnsteigerungen hinter dem kräftigen Produktivitätsfortschritt zurückblieben, sind die Lohnstückkosten – anders als in vielen anderen Industrieländern – zurückgegangen. Die Anstrengungen der amerikanischen Industrie waren indessen nicht nur auf Kostensenkung gerichtet, sondern auch auf die Verbesserung ihres Angebots durch Produktinnovation; in den achtziger Jahren hat die amerikanische Industrie ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung beträchtlich ausgeweitet.

Wenn sich die Anleger weiterhin an der Richtung orientieren, in der sich die Leistungsbilanzen bewegen, kann erwartet werden, daß die in diesem Jahr erreichte Stabilisierung des Dollarkurses anhalten wird. Dem steht zwar entgegen, daß die wachsende Unausgewogenheit des Leistungsbilanzgefüges innerhalb der Europäischen Gemeinschaft das Vertrauen in die Stabilität der Wechselkursrelationen schwächen könnte, doch dürfte die Unsicherheit auf den Devisenmärkten begrenzt bleiben, da Wechselkursanpassungen im Europäischen Währungssystem erfahrungsgemäß kein spektakuläres Ausmaß erreichen.

3* Die starke Expansion des Welthandels in diesem Jahr hat erneut vor Augen geführt, wie wichtig der internationale Güteraustausch für Wachstum und Beschäftigung in allen Ländern ist. Trotz dieser Erfahrung scheint der Protektionismus weiter an Boden zu gewinnen (Ziffern 13 ff.).

Die Gefahr des Protektionismus wird häufig unterschätzt. Er breitet sich nicht rasch aus, und seine Wirkungen treten nicht schnell ein. Auch wird die Wirksamkeit protektionistischer Maßnahmen dadurch eingeschränkt, daß die Unternehmen Wege finden, sie teilweise zu umgehen. Ein erheblicher Teil der Bemühungen um Kooperation mit ausländischen Unternehmen und um die Errichtung von Produktionsstätten im Ausland entspringt dem Motiv, Zugangsbarrieren auf den Auslandsmärkten zu unterlaufen. So konnte der Welthandel in den achtziger Jahren weiter wachsen und 1988 mit hoher Rate zunehmen. Gleichwohl sind die gegenwärtigen Gefahren des Protektionismus nicht als gering einzuschätzen. Mittelfristig sind sie sogar sehr hoch, besonders für ein Land wie die Bun-

desrepublik, in dem der Lebensstandard entscheidend vom Außenhandel abhängig ist.

4*. Die günstige Weltkonjunktur in diesem Jahr hat den hochverschuldeten Entwicklungsländern geholfen. Indem sie an der starken Welthandelsexpansion teilhatten, konnten sie ihre Deviseneinnahmen deutlich erhöhen. Gleichzeitig hat sich die von der Verschuldungskrise ausgehende Gefahr für das Weltwährungssystem weiter verringert, weil Banken durch Rückstellungen oder durch Aufstockung ihres Eigenkapitals Reserven für Forderungsausfälle bildeten und weil neue Wege zur Konsolidierung der bestehenden Schulden gefunden wurden.

Gleichwohl gibt die Höhe der Auslandsverschuldung der meisten Entwicklungsländer nach wie vor Anlaß zu ernster Sorge; denn es gelang ihnen nicht, ihr Wirtschaftswachstum in ausreichendem Maße zu steigern, um fällige Zins- und Tilgungszahlungen ohne Gefährdung des Entwicklungsprozesses leisten zu können. Die begünstigenden Faktoren, die in diesem Jahr zu verzeichnen waren, ändern an dieser Grundeinschätzung nichts.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik (Ziffern 49 ff.)

5*. In der Bundesrepublik sind die Auftriebskräfte stärker geworden, sie haben der Wirtschaft neuen Schwung gegeben. Der Anstieg der Auslandsnachfrage trug dazu ebenso bei wie die expansiven Kräfte im Inneren, allen voran die gewerblichen Investitionen, aber auch der private Verbrauch und die Bau nachfrage. Die Basis der Aufwärtsentwicklung ist breiter geworden; dies kam auch Wirtschaftsbereichen zugute, die an dem Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre nicht in vollem Maße teilhaben konnten. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Unternehmen der Bauwirtschaft beträchtliche Produktionssteigerungen erzielten. Auch das Verarbeitende Gewerbe konnte wieder stärker zum gesamten Produktionszuwachs beitragen — erstmals seit über zehn Jahren nahm die industrielle Produktion wieder etwas rascher zu als die Wertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen.

Das Tempo der Aufwärtsentwicklung hat sich leicht beschleunigt. Im vierten Quartal des Jahres 1988 lag die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3 vH höher als vor Jahresfrist. Im Jahresdurchschnitt war der Zuwachs mit 3½ vH noch etwas stärker, weil sich der Produktionsanstieg nicht gleichmäßig über das Jahr verteilte, sondern — vor allem als Folge des milden Winters — zu einem erheblichen Teil schon im ersten Quartal erfolgte.

6*. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verlief wesentlich besser, als es in den letzten Monaten des Jahres 1987 allgemein erwartet worden war. Damals überwog in den Konjunktururteilen die Sorge, daß die weltweite Baisse an den Aktienmärkten und der rapide Kursverfall des Dollar die Auftriebskräfte schwächen oder gänzlich zum Erliegen bringen könnten. Tatsächlich mußten viele Wirtschaftsbereiche feststellen, daß die Auftragseingänge, die in den Sommermo-

naten kräftig angestiegen waren, gegen Ende des Jahres zurückgingen.

Die Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung war aber nur von kurzer Dauer und äußerte sich nicht in einem anhaltenden Attentismus. Daß sich die Aufwärtsentwicklung weltweit ohne nachhaltige Stockungen fortsetzen konnte, war gewiß auch dem entschlossenen Handeln der Notenbanken zu verdanken, die der befürchteten Vertrauenskrise mit international abgestimmten Zinssenkungen und einer Erhöhung des Geldangebots entgegenwirkten. Die Nachfrageentwicklung blieb in allen großen Industrieländern aufwärtsgerichtet; das förderte den Welt handel und begünstigte die Entwicklung deutscher Exporte. Auch von der Binnennachfrage kamen schon zu Beginn des Jahres 1988 expansive Impulse. Die Steuerentlastung stimulierte den privaten Verbrauch, und die Bauwirtschaft konnte im ersten Quartal zweistellige Zuwachsraten verzeichnen.

Wichtig war jedoch vor allem eines: In der nun schon sechs Jahre andauernden Expansion haben sich die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen im ganzen nicht verschlechtert, die Konstitution der Wirtschaft ist nach wie vor gut: Die Erlöse der Unternehmen haben sich seit 1982 in Relation zu den Kosten kontinuierlich verbessert; der Lohnkostendruck war wesentlich schwächer als in früheren Aufschwungsphasen, und in den vergangenen zwei Jahren haben auch sinkende Ölpreise und günstigere Terms of Trade den Anstieg der Produktionskosten gedämpft. Die Inflationsrate konnte in den ersten Jahren der Aufwärtsentwicklung vermindert und dann auf geringem Niveau gehalten werden. Die Nominalzinsen sind heute wesentlich niedriger als noch vor sechs Jahren (Tabelle A). Diesen Rahmenbedingungen kommt für eine stetige und spannungsfreie wirtschaftliche Expansion große Bedeutung zu. Darauf hat der Sachverständigenrat bereits 1984 hingewiesen. Auch im Jahre 1988 waren in der Wirtschaft keine gravierenden Verspannungen zu erkennen, die die Auftriebskräfte alsbald erlahmen lassen könnten.

7*. Kräftige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gingen in diesem Jahr vor allem von den Investitionen aus. Die Unternehmen haben nicht nur in maschinelle Produktionsanlagen, sondern auch in die Modernisierung bestehender und in die Errichtung neuer Gebäude investiert. Weiterhin günstige Ertragsbedingungen, eine verbesserte Nutzung der Sachkapazitäten und ein hohes Volumen an eigenen Finanzierungsmitteln boten eine solide Basis für mehr Investitionen. Entscheidend war aber, daß die Unternehmen wieder Vertrauen gefaßt haben, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung werde weitergehen. Ihre Absatzperspektiven haben sich in diesem Jahr nicht nur im Inland, sondern auch auf wichtigen Auslandsmärkten wieder deutlich verbessert (Ziffern 58 ff.).

Der kräftige Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen trug dazu bei, daß die Belebung in der Bauwirtschaft besser ausfiel, als es im Herbst 1987 abzusehen war. Starke Impulse kamen auch vom Wohnungsbau, vor allem im Mietwohnungsbau hat sich die Marktlage grundlegend verändert. Immer geringer werdende Leerstände und steigende Mietpreise haben

Tabelle A

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ¹⁾	1987 ¹⁾	1988 ²⁾	1982 bis 1988 ³⁾
Bruttosozial- produkt	vH ⁴⁾	+ 1,5	+ 0,0	- 1,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,8	+ 3 ^{1/2}	+ 2,5
Ausrüstungs- investitionen . . .	vH ⁴⁾	+ 2,6	- 4,3	- 6,7	+ 5,6	- 0,5	+ 9,4	+ 4,1	+ 4,0	+ 6 ^{1/2}	+ 4,8
Bau- investitionen . . .	vH ⁴⁾	+ 2,9	- 5,1	- 4,3	+ 1,7	+ 1,6	- 5,6	+ 2,7	+ 0,2	+ 6	+ 1,0
Privater Verbrauch	vH ⁴⁾	+ 1,2	- 0,5	- 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,5	+ 3	+ 2,4
Staatsverbrauch	vH ⁴⁾	+ 2,6	+ 1,8	- 0,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,6	+ 2	+ 1,8
Ausfuhr ⁵⁾	vH ⁴⁾	+ 5,3	+ 8,2	+ 3,2	- 0,5	+ 9,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 5 ^{1/2}	+ 3,5
Einfuhr ⁵⁾	vH ⁴⁾	+ 3,7	- 1,2	- 0,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,9	+ 6 ^{1/2}	+ 4,1
Außenbeitrag ⁶⁾	Mrd DM	- 2,97	+ 36,64	+ 51,75	+ 46,92	+ 66,59	+ 84,63	+ 68,20	+ 49,01	+ 46,5	+ 59,1
Nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾ (nominal)	Mrd DM	- 2,97	+ 15,25	+ 37,47	+ 38,01	+ 54,87	+ 80,20	+ 114,51	+ 111,12	+ 122,5	+ 79,8
Erwerbstätige . .	1 000 ⁷⁾	+ 283	- 186	- 441	- 389	+ 21	+ 169	+ 250	+ 189	+ 145	+ 385 ^{a)}
Arbeitslosen- quote ⁸⁾	vH	3,7	5,3	7,6	9,3	9,3	9,4	9,0	9,0	9	8,9
Lohnstück- kosten ⁹⁾	vH ¹⁰⁾	+ 6,6	+ 4,3	+ 3,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,7	+ 1/2	+ 1,3
Umlaufrendite festverzins- licher Wert- papiere ¹¹⁾	Prozent	8,6	10,6	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6	7,1
Gewinn-Erlös- Relation ¹²⁾	vH ¹⁰⁾	- 20,4	- 19,0	+ 3,5	+ 19,5	+ 5,3	+ 6,8	+ 22,4	+ 7,9	+ 9 ^{1/2}	+ 11,7
Terms of Trade ¹³⁾	vH ¹⁰⁾	- 7,5	- 6,9	+ 2,0	+ 2,1	- 2,4	+ 1,3	+ 20,7	+ 5,8	+ 1 ^{1/2}	+ 4,5
Verbraucher- preise ¹⁴⁾	vH ¹⁰⁾	+ 5,4	+ 6,3	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	- 0,2	+ 0,2	+ 1	+ 1,5

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Eigene Schätzung. — ³⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung: bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel. — ⁴⁾ In Preisen von 1980; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — ⁵⁾ Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). — ⁶⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr. — ⁷⁾ Veränderung in 1000. — ⁸⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose). — ⁹⁾ Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit, berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität). — ¹⁰⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — ¹¹⁾ Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Quelle: Deutsche Bundesbank. — ¹²⁾ Gesamtwirtschaft ohne Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und Staat. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — ¹³⁾ Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise. — ¹⁴⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1980 = 100).

a) Veränderung im gesamten Zeitraum.

die Renditeerwartungen der Bauherren offenbar nachhaltig verbessert (Ziffern 67 ff.).

8* Die private Verbrauchsnachfrage hat zu der gesamtwirtschaftlichen Expansion maßgeblich beigetragen. Aufgrund der Steuerentlastung zu Anfang dieses Jahres stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nochmals kräftig an. Und was den Haushalten an Einkommen zufließt, wurde durch Preissteigerungen nur wenig entwertet. Der moderate Anstieg des Verbraucherpreisniveaus war allerdings zum Teil dem dämpfenden Einfluß sinkender Energiepreise zuzuschreiben; er verdeckt, daß es in manchen Bereichen, so vor allem bei den Mieten und bei

den Dienstleistungen, zu erheblichen Preissteigerungen kam (Ziffern 79 ff.).

9* Nicht allein der Anstieg des privaten Verbrauchs hat die Einfuhrfähigkeit in diesem Jahr belebt. Ausländischen Anbietern kam es vor allem zugute, daß die deutschen Unternehmen ihre Investitionsausgaben kräftig aufstockten. Insgesamt stieg der Einfuhrwert um 7 vH. Trotz dieses kräftigen Anstiegs hat sich der hohe Außenbeitrag der deutschen Wirtschaft allerdings nochmals erhöht.

Die deutsche Exportwirtschaft, deren Ausfuhrvolumen vom Frühjahr 1985 bis weit in das letzte Jahr

hinein praktisch stagniert hatte, konnte wieder beträchtliche Absatzsteigerungen verbuchen. Die Ausfuhr stiegen nur wenig langsamer als der Welthandel; vor allem von europäischen Handelspartnern, deren Währungen sich in Relation zur D-Mark vergleichsweise wenig verändert haben, wurden wesentlich mehr Güter aus der Bundesrepublik nachgefragt. Einbußen gab es dagegen auf den Märkten des Dollarraums, obwohl sich auch hier – in Anbetracht des wieder festeren Dollarkurses – die Absatzperspektiven und die Ertragschancen verbesserten.

Für die Exportunternehmen war das Jahr 1988 aber nicht nur mit Blick auf das ansteigende Ausfuhrvolumen erfolgreich. Bei wieder höheren Exportpreisen und vergleichsweise mäßigem Kostendruck im Inland hat sich auch die Rentabilität des Exportgeschäfts verbessert. Preisänderungen und Mengenänderungen haben sich in einem kräftigen Anstieg der nominalen Ausfuhr niedergeschlagen. Diese lag um gut 7½ vH über dem Vorjahresstand (Ziffern 75 ff.).

10*. Stärker noch als in den Vorjahren gingen von der Finanzpolitik 1988 expansive konjunkturelle Impulse aus. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden stiegen zwar etwas langsamer als 1987; aufgrund eines außerordentlich niedrigen Einnahmewachses lag das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik aber um 7 Mrd DM höher als im Vorjahr. Mindereinnahmen gab es vor allem aus drei Gründen: Wegen der Steuerentlastung, die zu Anfang des Jahres in Kraft trat, lagen die Einnahmen aus der Lohnsteuer um rund 10 Mrd DM unter dem Niveau, das sie sonst erreicht hätten. Der Teil des Bundesbankgewinns, der an den Bund überwiesen wurde, schrumpfte um 7 Mrd DM auf nur noch 240 Mio DM. Schließlich stiegen die Abführungen an die Europäischen Gemeinschaften, die das Umsatzsteueraufkommen des Bundes mindern, um etwa 4 Mrd DM. Zwar gab es an anderer Stelle auch Mehreinnahmen, weil die konjunkturelle Entwicklung unerwartet kräftig verlief; insgesamt war der Einnahmewachstum mit 2½ vH kaum höher als im Vorjahr.

Soweit die steigende Neuverschuldung unvorhersehbaren oder kurzfristigen Minderungen der Einnahmen entspricht, steht sie nicht im Widerspruch zu einer auf mittelfristige Verstetigung bedachten Finanzpolitik. In die falsche Richtung geht es aber, wenn dauerhafte Mehrbelastungen, wie die Leistungen an die Europäischen Gemeinschaften und an die Bundesanstalt für Arbeit, mittelfristig nicht durch Zurückhaltung bei anderen Ausgaben ausgeglichen werden. Die Weichen hierfür wurden nicht gestellt, die entstandenen Haushaltslücken sollen durch Steuererhebungen im Jahre 1989 geschlossen werden (Ziffern 121 ff.).

11*. Der Handlungsspielraum der Geldpolitik hat sich im Laufe dieses Jahres durch den unerwartet kräftigen Konjunkturauftrieb und den festeren Außenwert des Dollar erheblich verbessert. Noch in den ersten Monaten dieses Jahres wirkte die Bundesbank auf niedrige Geldmarktzinsen hin, um einer vermeintlichen Schwäche der Binnenkonjunktur und der Gefahr eines steigenden Außenwertes der D-Mark gegenüber dem Dollar vorzubeugen. Als immer deutli-

cher wurde, daß sich die konjunkturelle Situation gefestigt hatte und der Außenwert des Dollar zur Stärke tendierte, änderte die Bundesbank den Kurs. Ab Mitte des Jahres wurden die Notenbankzinsen in mehreren Schritten erhöht. Damit verminderte sich der große Abstand zwischen den Zinssätzen am Geldmarkt und dem Kapitalmarktzinsniveau, das bereits ab März angestiegen war. Dieser Anstieg stand im Zusammenhang damit, daß im ersten Halbjahr beträchtliche langfristige Mittel ins Ausland abflossen, während das Auslandsinteresse an deutschen Wertpapieren weiter abflaute. Die Kapitalbewegungen waren wieder stärker an den Zinsdifferenzen, vor allem an dem Zinsvorsprung des US-Dollar, orientiert. Das Risiko eines weiteren Wertverlustes der amerikanischen Währung wurde offenbar gering eingeschätzt, wobei sicherlich eine Rolle spielte, daß in den Vereinigten Staaten schon zu Beginn des Jahres eine kräftige exportgetriebene Konjunkturbelebung zu beobachten war.

Die Expansion der Geldmenge M3, die die Bundesbank in diesem Jahr als neue Zwischenzielgröße einsetzte und die sich im Zuge der zunächst stark expansiven Politik weit von ihrem Zieltrichter entfernt hatte, schwächte sich im Anschluß an die Zinserhöhungen geringfügig ab. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die von Verschiebungen in der Struktur der Kassenhaltung grundsätzlich unabhängig ist und ein Urteil über den Expansionsgrad der Geldpolitik erlaubt, lag im September auf Jahresrate umgerechnet um 8,8 vH höher als im vierten Quartal 1987. Das ist bei weitem mehr, als es dem Wachstum des Produktionspotentials und damit einer konjunkturneutralen Geldpolitik entsprochen hätte (Ziffern 102 ff.).

12*. Die wirtschaftliche Belebung hat sich auf die Beschäftigungsentwicklung positiv ausgewirkt. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag zum Jahresende um rund 175 000 höher als vor Jahresfrist; das stellt eine Beschleunigung gegenüber der Entwicklung im Jahre 1987 dar. In der Höhe der Arbeitslosigkeit wurde dies allerdings kaum sichtbar. Wegen der steigenden Erwerbsneigung von Inländern und wegen erhöhter Zuwanderung von Arbeitskräften nahm das Arbeitsangebot ebenfalls deutlich zu.

Die in der Wirtschaft insgesamt geleistete Anzahl von Arbeitsstunden ist erstmals seit langem wieder deutlich gestiegen. Gemessen an der kräftigen Ausweitung der Produktion blieb der Anstieg des Arbeitsvolumens gleichwohl schwach. Die durchschnittliche Stundenproduktivität stieg mit einer entsprechend hohen Rate von 3 vH, nach 1,9 vH im Vorjahr. Der Arbeitseinsatz folgte der rascheren gesamtwirtschaftlichen Expansion mit einer gewissen Verzögerung. Ein Grund dafür war, daß im vergangenen Jahr trotz der vergleichsweise schlechteren Absatzlage Arbeitskräfte weiterbeschäftigt wurden, die in diesem Jahr für eine raschere Ausweitung der Produktion zur Verfügung standen. Aufgrund des kräftigen Produktivitätszuwachses stiegen die durchschnittlichen Lohnstückkosten nur leicht über das Vorjahresniveau, obwohl die tariflichen Stundenlöhne um 3½ vH zunahmen.

Mit 110 000 zusätzlich Beschäftigten hatte das Dienstleistungsgewerbe auch in diesem Jahr den größten Anteil am gesamten Beschäftigungszuwachs. In die-

sem Wirtschaftsbereich sind seit 1983 bereits etwa 510 000 Arbeitsplätze entstanden. Im öffentlichen Dienst stieg die Beschäftigung in diesem Jahr um rund 45 000 Personen, das waren zu einem großen Teil wiederum Teilzeitbeschäftigte. Dagegen lag der Beschäftigtenstand im Warenproduzierenden Gewerbe nochmals um rund 33 000 unter dem Vorjahresniveau. Dieser Beschäftigungsrückgang verlangsamte sich allerdings im Verlauf des Jahres, wozu vor allem beitrug, daß die Hersteller von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen ihre Belegschaften erhöhten. In der Bauwirtschaft hat sich die günstige Produktionsentwicklung in steigenden Arbeitsstunden pro Beschäftigten bemerkbar gemacht. Der Beschäftigtenstand war gegenüber dem Vorjahr nochmals rückläufig (Ziffern 90 ff.).

13*. Bei zunehmender Beschäftigung und kräftigem Anstieg der Produktion wurden die Produktionskapazitäten der Wirtschaft in diesem Jahr intensiver genutzt. Der Auslastungsgrad lag etwas über dem langfristigen Durchschnittswert, der in der Konzeption des Sachverständigenrates einer normalen Kapazitätsauslastung entspricht. An dem Befund, daß das Wachstum der Volkswirtschaft unzureichend ist, um bei den unerledigten Aufgaben schneller voranzukommen, hat sich trotz der Investitionsbelebung in diesem Jahr nichts geändert. Das Wachstum des Produktionspotentials betrug 2 vH; es hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht erhöht. Noch immer reichen die Sachkapazitäten in der Wirtschaft bei weitem nicht aus, um der Mehrzahl von Arbeitsuchenden einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Ein rascheres Wachstum der Produktionskapazitäten würde aber nicht nur die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft erhöhen, sondern auch dazu beitragen, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung anhaltend und spannungsfrei bleiben kann (Ziffern 86 ff.).

Die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb

14*. In diesem Gutachten wird mit Hilfe verschiedener Indikatoren untersucht, ob die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik in den achtziger Jahren nachgelassen oder zugenommen hat und ob sie in den kommenden Jahren erhalten bleiben wird. Bei der Auswahl der Indikatoren ist darauf geachtet worden, daß mit ihnen jeweils auf unterschiedliche Aspekte verwiesen wird. Diese Indikatoren sind die Entwicklung des realen Außenwertes der D-Mark, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung im Vergleich mit anderen Industrienationen, die Repräsentanz deutscher Unternehmen auf wachstumskräftigen Weltmärkten und der Anteil ausländischer Direktinvestitionen in Europa, der auf die Bundesrepublik entfällt.

15*. Das Ergebnis ist, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und ihre Attraktivität als Unternehmensstandort nicht schlechthin als unzureichend bezeichnet werden können. Ein anderes Urteil widerspräche den Tatsachen. Dennoch ist unübersehbar, daß die Bundesrepublik den Herausforderungen an hochentwickelte offene Volkswirtschaften, die mit der Globalisierung der Märkte und

der Internationalisierung der Produktion verbunden sind, weniger gut als andere Industrienationen entsprochen hat. Darauf deuten das im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Wachstum und ein geringer Verlust an komparativen Vorteilen bei solchen Produkten hin, die technologieintensiv sind und hohe Zuwachsraten im Welthandel aufweisen. Diese Zeichen sollten von der Wirtschaftspolitik ernstgenommen werden.

16*. Bei der Ausgestaltung wirtschaftspolitischer Gegenmaßnahmen ist den Bestimmungsgründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, von denen Gefahr droht, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Investitionstätigkeit muß als zu gering eingestuft werden; besonders deshalb verlangen die in anderen Ländern beschlossenen oder geplanten Steuerreformen eine Antwort. Lohnsteigerungen, die über die Produktivitätserhöhungen hinausgehen, und vergleichsweise hohe Strom- und Kohlepreise gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik.

Entscheidende Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit lassen sich nicht quantifizieren und sind deshalb nicht näher erörtert worden. Doch gerade sie könnten eine ernsthafte Gefahr für die künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik darstellen, zumal bei der Vollendung des europäischen Binnenmarktes. In erster Linie ist dabei an eine Vielzahl von Regulierungen und schutzrechtlichen Vorschriften sowie an die Länge behördlicher Genehmigungsverfahren zu denken. Die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen unerläßliche Flexibilität wird dadurch erheblich eingeschränkt.

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1989

Weltwirtschaft (Ziffern 188 ff.)

17*. In den Industrieländern wird sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im kommenden Jahr fortsetzen. Das Tempo wird allerdings etwas verhalten sein als in der ersten Hälfte dieses Jahres. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Durchschnitt des Jahres 1989 um 3 vH zunehmen, also weniger als im Durchschnitt des Jahres 1988 (4 vH); der Rückgang in der Zuwachsrate ist aber nur teilweise als konjunkturelle Abschwächung zu werten. Erneut wird es Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern geben: Japan wird wieder deutlich vor den Vereinigten Staaten und den meisten westeuropäischen Ländern liegen. Erstmals seit längerem dürften freilich die westeuropäischen Länder im ganzen eine höhere Wachstumsrate als die Vereinigten Staaten erzielen.

Während die Schwellenländer, teilweise im Schlepptau der Industrieländer, erneut mit einem kräftigen Wachstum rechnen können, sind die Aussichten für die meisten Entwicklungsländer weniger gut. Ihre Produktion dürfte nur verhalten steigen, da die Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen nur schwach expandieren wird. Hinzu kommt, daß die

Rohstoffpreise nach ihrem zeitweiligen Höhenflug wieder nach unten tendieren. Die wirtschaftliche Lage der hochverschuldeten Länder wird weiter prekär bleiben.

18*. Auch im nächsten Jahr werden die Auftriebskräfte von den Investitionen kommen. Die Rahmenbedingungen für die Investoren sind fast überall gut, zumindest sind sie deutlich besser als zu Beginn der achtziger Jahre. In den meisten Ländern – wenn auch mit Unterschieden von Land zu Land – haben sich die Erträge wieder erholt; teils weil sich der Kostenanstieg abgeflacht, teils weil sich die Belastung mit Steuern und Abgaben vermindert hat. Überdies hat es Fortschritte bei der Beseitigung bürokratischer Investitionshemmnisse gegeben. Das hat den Strukturwandel vorangebracht und die Wachstumschancen auf längere Sicht verbessert.

19*. Der konjunkturelle Gleichschritt der westlichen Industrieländer läßt auch den Welthandel erneut kräftig expandieren, im Vergleich zur Entwicklung in diesem Jahr aber etwas schwächer. Das Expansions-tempo ist im nächsten Jahr fast überall etwas verhaltener, und das dürfte sich auch in den internationalen Warenströmen niederschlagen. Wir rechnen deshalb mit einer etwas niedrigeren Expansionsrate – mit 5½ vH für das Volumen des Welthandels mit Industriegütern und mit 5 vH für das Importvolumen der deutschen Handelspartner.

Wie schon in diesem Jahr dürften die großen Industrieländer in recht unterschiedlichem Maße an der Expansion des Welthandels teilhaben. Die Vereinigten Staaten dürften erneut Weltmarktanteile gewinnen, Japan dürfte Anteile verlieren, und die europäischen Unternehmen dürften ihre Weltmarktanteile etwa behaupten. Der Abbau der hohen Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse wird sich damit fortsetzen, wenn auch nicht überall.

20*. Die Sorge, daß sich mit dem kräftigen Konjunkturaufschwung auch der Preisanstieg beschleunigen könnte, bleibt weiterhin groß. Auf der Kostenseite – bei den Vorleistungen, den Löhnen und den Kapitalkosten – werden sich zwar die Belastungen in engen Grenzen halten, zumal die Produktivität erneut kräftig steigen wird. Gefahren drohen aber auch von der Nachfrageseite. In vielen Ländern ist und bleibt die Kapazitätsauslastung hoch, und eine solche Konstellation eröffnet den Unternehmen Preiserhöhungsspielräume. Alles in allem muß man sich wohl darauf einstellen, daß die Preissteigerungsraten im nächsten Jahr im ganzen etwas höher sein werden als in diesem Jahr.

Prognose für die Bundesrepublik (Ziffern 197 ff.)

21*. Die Wirtschaft der Bundesrepublik bleibt auch im kommenden Jahr auf einem Expansionspfad. Das konjunkturelle Muster wird sich nicht wesentlich verändern: Die Auftriebskräfte werden erneut aus dem Ausland wie aus dem Inland kommen und erneut mehr von den Investitionen, weniger vom privaten Verbrauch. Die Basis für die Aufwärtsentwicklung ist also nach wie vor recht breit. Das eröffnet gute Chancen, daß die Beschäftigung weiter steigt. Dennoch

wird es bei der Lösung der Arbeitsmarktprobleme nur geringe Fortschritte geben; denn auch die Anzahl der Arbeitssuchenden wird zunehmen.

22*. In diesem Jahr waren es neben den Exporten vor allem die Investitionen, von denen die Dynamik kam. Im kommenden Jahr muß es sich erweisen, was hinter dem kräftigen Anstieg steckt – ob darin der Auftakt zu einem noch kräftigeren, lang anhaltenden Investitionsaufschwung oder nur ein Nachziehen bisher aufgeschobener Investitionsvorhaben zu sehen ist.

Einerseits: Die Rahmenbedingungen für die Investoren sind so gut wie seit langem nicht mehr. Die Kosten-Erlös-Relation hat sich auch in diesem Jahr verbessert, und sie dürfte sich im nächsten Jahr zumindest nicht verschlechtern. Die Unternehmen werden also weiterhin über hohe Eigenfinanzierungsmittel verfügen. Überdies sind die Zinsen für langfristige Kredite und damit die Kosten der Fremdfinanzierung vergleichsweise niedrig. Einer abermaligen kräftigen Aufstockung der Investitionsbudgets stünde also von der Finanzierungsseite nichts im Wege. Es kommt hinzu, daß Absatzlage und Absatzerwartungen durchweg zufriedenstellend oder gut sind, auf den inländischen wie auf den ausländischen Märkten. Höhere Auftragsbestände und längere Lieferfristen signalisieren, daß sich viele Unternehmen mit der Produktion den Kapazitätsgrenzen nähern. Auch sieht es so aus, als würden sich wegen der Vollendung des europäischen Binnenmarktes die Modernisierungstendenzen verstärken. Auf den ersten Blick spricht somit vieles dafür, daß sich die Investitionskonjunktur weiter kräftigt.

Andererseits: Trotz guter Rahmenbedingungen haben die Unternehmen in den vergangenen Jahren die Investitionen deutlich weniger ausgeweitet als früher in ähnlichen Konjunkturphasen. Es stellt sich die Frage, ob die hiesigen Investitionsbedingungen in der Einschätzung durch die Unternehmen wirklich so attraktiv sind, wie es die gute Konjunkturlage und die nicht minder gute Gewinnsituation erscheinen läßt.

23*. Wir sind bei unseren Schätzungen davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft) im Durchschnitt des nächsten Jahres um 5½ vH zunehmen werden. Die Zuwachsrate wird zwar etwas niedriger sein als in diesem Jahr (6½ vH), doch ist dies nicht als konjunkturelle Abschwächung zu interpretieren (Tabelle B).

Mit einem unvermindert kräftigen Anstieg rechnen wir bei den Ausrüstungsinvestitionen. Dafür spricht, daß ein großer Teil der Unternehmen derzeit die Produktionsanlagen grundlegend erneuert und modernisiert. Erneuerungs- und Modernisierungsinvestitionen schlagen sich in erster Linie in Käufen von Erzeugnissen der Büro- und Datentechnik, der Elektrotechnik und des Maschinenbaus nieder. Zu einem gewissen Teil spiegelt sich darin auch die Verlagerung der sektoralen Investitionsschwerpunkte wider: Im nächsten Jahr werden diejenigen Bereiche mit Abstand Spitzenreiter unter den Investoren sein, die mehr in Ausrüstungen als in Bauten investieren – die Bauwirtschaft und die Industrie. Im Durchschnitt des Jahres 1989 dürfte nach unserer Schätzung die Zu-

Tabelle B

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Für das Jahr 1988 teilweise Schätzung, für das Jahr 1989 Prognose
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1987	1988	1989	1988		1989	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 4,1	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 4,4	+ 4 ^{1/2}	+ 5	+ 4
Staatsverbrauch	+ 3,8	+ 3 ^{1/2}	+ 2	+ 3,1	+ 4	+ 2	+ 2
Anlageinvestitionen	+ 3,1	+ 7 ^{1/2}	+ 7	+ 9	+ 6 ^{1/2}	+ 5	+ 8 ^{1/2}
Ausrüstungen	+ 4,5	+ 7 ^{1/2}	+ 9	+ 5	+ 9 ^{1/2}	+ 9 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}
Bauten	+ 2,1	+ 8	+ 5	+ 12,1	+ 4 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}
Vorratsveränderung							
Außenbeitrag							
Ausfuhr	+ 0,0	+ 7 ^{1/2}	+ 8	+ 7	+ 8	+ 9	+ 7 ^{1/2}
Einfuhr	+ 0,7	+ 7	+ 8	+ 8	+ 6 ^{1/2}	+ 8	+ 7 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt	+ 3,9	+ 5^{1/2}	+ 4^{1/2}	+ 5,6	+ 5^{1/2}	+ 4^{1/2}	+ 4^{1/2}
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 3,5	+ 3	+ 2 ^{1/2}	+ 3,2	+ 3	+ 3	+ 2
Staatsverbrauch	+ 1,6	+ 2	+ 1 ^{1/2}	+ 1,9	+ 2	+ 1 ^{1/2}	0
Anlageinvestitionen	+ 1,8	+ 6	+ 4 ^{1/2}	+ 8	+ 4 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}
Ausrüstungen	+ 4,0	+ 6 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 8	+ 7 ^{1/2}	+ 6
Bauten	+ 0,2	+ 6	+ 2 ^{1/2}	+ 10,4	+ 2	- 1	+ 5 ^{1/2}
Ausfuhr	+ 0,8	+ 5 ^{1/2}	+ 5	+ 5 ^{1/2}	+ 5	+ 5 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Einfuhr	+ 4,9	+ 6 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 8	+ 5	+ 4	+ 5
Bruttosozialprodukt	+ 1,8	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 3,9	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 2^{1/2}
Realwert des Bruttosozialprodukts ¹⁾	+ 2,7	+ 4	+ 2 ^{1/2}	+ 4,5	+ 4	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 0,5	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 1,2	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 2,0	+ 2	+ 2	+ 1,6	+ 2	+ 2	+ 2
Letzte inländische Verwendung	+ 1,2	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 1,1	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 2
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 0,7	+ 1 ^{1/2}	+ 1	+ 0,5	+ 1 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}	+ 1
Arbeitszeit ²⁾	- 0,7	0	- 1	+ 0,5	- 1 ^{1/2}	- 1 ^{1/2}	- 1
Arbeitsvolumen	+ 0,0	+ 1 ^{1/2}	0	+ 1,0	0	+ 1 ^{1/2}	- 1 ^{1/2}
Produktivität	+ 1,9	+ 3	+ 2 ^{1/2}	+ 2,9	+ 3	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 1,9	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 3,9	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 2^{1/2}
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,9	+ 4	+ 3 ^{1/2}	+ 4,0	+ 4	+ 4	+ 3 ^{1/2}
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 4,0	+ 10	+ 5 ^{1/2}	+ 10,3	+ 9 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 6
Volkseinkommen	+ 3,9	+ 6	+ 4	+ 6,0	+ 5^{1/2}	+ 4	+ 4^{1/2}
Reales Volkseinkommen ¹⁾	+ 2,7	+ 4 ^{1/2}	+ 2	+ 4,9	+ 4	+ 2	+ 2
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit ³⁾	+ 2,8	+ 4	+ 3	+ 4,1	+ 4	+ 3 ^{1/2}	+ 3
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 5,5	+ 10 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 10,2	+ 10 ^{1/2}	+ 4	+ 5 ^{1/2}
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte⁴⁾	+ 4,2	+ 4	+ 4	+ 3,8	+ 4^{1/2}	+ 4	+ 4

¹⁾ Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).

²⁾ Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

³⁾ Nettolohn- und -gehaltssumme.

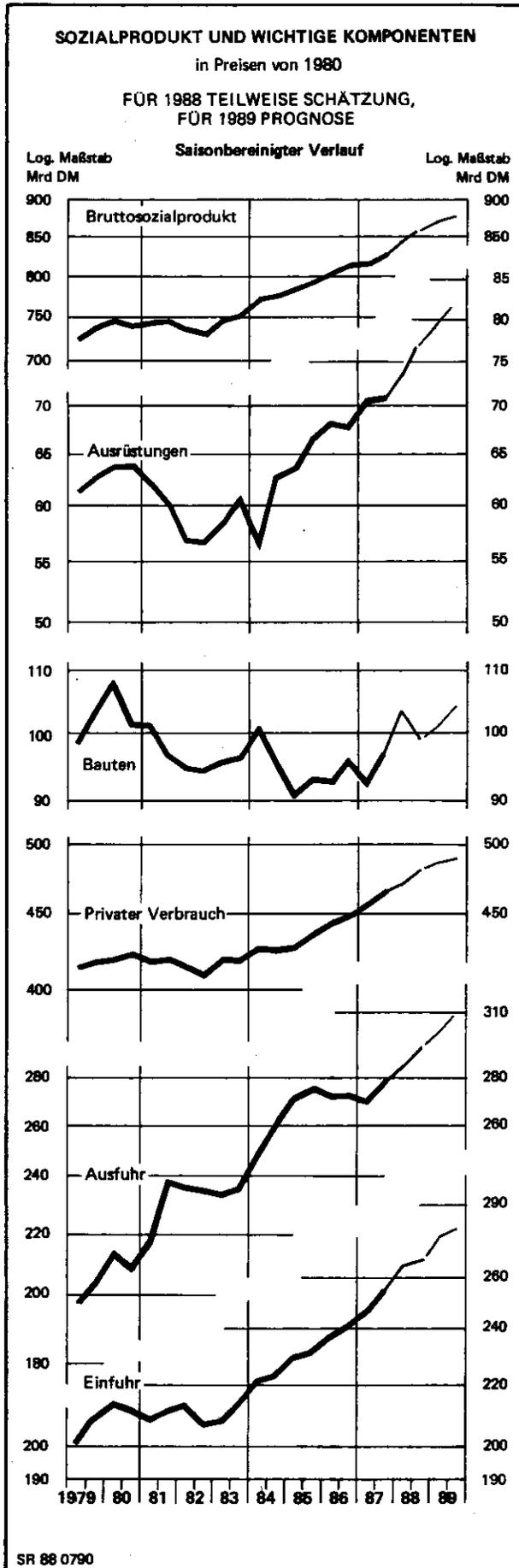
⁴⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

wachstum bei den Ausrüstungsinvestitionen mit rund 6^{1/2} vH etwa gleich hoch ausfallen wie die Rate für den Durchschnitt des Jahres 1988.

Bei den Bauinvestitionen insgesamt wird die hohe Zuwachsrates dieses Jahres (6 vH) nicht wieder er-

reicht werden; die Rate dürfte im nächsten Jahr sogar um mehr als die Hälfte zurückgehen (2^{1/2} vH). Darin kommt allerdings nicht so sehr eine veränderte Einschätzung der Baukonjunktur zum Ausdruck, sondern der statistische Basiseffekt der anomal milden Witterung im letzten Winter (Schaubild A).

Schaubild A



24* Die Prognose der Entwicklung der Investitionen steht unter dem Vorbehalt einer weiterhin guten Exportkonjunktur. Wir sind zuversichtlich, daß das Exportgeschäft auch im kommenden Jahr schwungvoll sein wird:

- Mit der Weltwirtschaft geht es weiter aufwärts, wenn auch in einem etwas langsameren Tempo als bisher.
- Die deutschen Unternehmen haben bei den augenblicklichen Wechselkursen offensichtlich eine starke Position im Preiswettbewerb, wie der hohe Exportüberschuß zeigt. Diese dürfte sich auch im nächsten Jahr nicht oder allenfalls leicht verschlechtern. Die Annahme ist, daß es zu keinen größeren Veränderungen im Wechselkursgefüge kommt, mit Ausnahme einer leichten Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem.
- In den meisten Ländern kommt die Dynamik von der Ausweitung der Investitionen. Beim Export von Ausrüstungsgütern zeigen die deutschen Unternehmen seit jeher ihre starke Seite.
- Das bisherige Konjunkturgefälle zwischen den westeuropäischen Ländern und dem Rest der Welt wird sich im nächsten Jahr weitgehend einebnen. Die für den deutschen Export gewichtigen Märkte — etwa 70 vH der Auslandslieferungen deutscher Unternehmen gehen in westeuropäische Länder — wachsen nicht mehr wesentlich langsamer als die Märkte anderswo.

Alles in allem rechnen wir damit, daß die Exporte (Waren und Dienste zusammengenommen) im Durchschnitt des kommenden Jahres mit einer Rate von reichlich 5 vH zunehmen werden, das ist etwa die gleiche Rate wie in diesem Jahr.

25* Während die Konjunktur von den Investitionen und vom Export weiterhin Auftrieb erhält, werden die Impulse, die im nächsten Jahr von den öffentlichen Haushalten kommen werden, deutlich schwächer sein als in diesem Jahr. Die Gebietskörperschaften werden 1989 ihre Defizite kräftig abbauen. Die Verbrauchsteuererhöhung, die wieder progressive Wirkung der Einkommensteuer und ein Bundesbankgewinn von voraussichtlich 9½ Mrd DM lassen die Einnahmen der Gebietskörperschaften im nächsten Jahr um 8 vH ansteigen (Tabelle 40, Seite 128). Die Ausgaben werden mit einer ähnlichen Rate zunehmen wie in diesem Jahr (knapp 4 vH). Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — wird 1989 nur noch 27 Mrd DM betragen.

26* Auch vom privaten Verbrauch werden im kommenden Jahr geringere Impulse ausgehen als bisher. Das erklärt sich zum Teil aus dem etwas langsameren Anstieg der Einkommen, der Lohnneinkommen und der Übertragungen. Es werden auch die Verbraucherpreise etwas rascher steigen als in diesem Jahr. Die privaten Haushalte, inzwischen wieder an hohe Realeinkommenszuwächse gewöhnt, dürften darauf mit einer leichten Verringerung ihrer Sparquote reagieren. Setzt man, wie wir es für begründet halten, bei der Sparquote einen Rückgang um einen halben Prozentpunkt an, dann ergibt sich für die privaten Ver-

brauchsausgaben eine Steigerungsrate von etwa 4½ vH.

27* Ein geringerer Lageraufbau bei Rohstoffen und Vorprodukten läßt erwarten, daß sich der Importanstieg deutlich abflachen wird, zumal auch vom privaten Verbrauch geringere Sogwirkungen ausgehen werden. Nachdem in diesem Jahr die Zuwachsrate des Importvolumens (Waren und Dienste) noch bei 6½ vH gelegen hat, wird sie im kommenden Jahr nur 4½ vH betragen.

Wegen der langsameren Importzunahme wird sich der nominale Außenbeitrag wieder deutlich erhöhen, und zwar nach unserer Rechnung auf etwa 6 vH des Bruttosozialprodukts.

28* Alles in allem wird die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr nicht mehr so schwungvoll sein wie in diesem Jahr. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird wieder spürbar langsamer expandieren — wir veranschlagen die Zuwachsrate für den Verlauf des Jahres 1989 auf 2 vH bis 2½ vH; 1988 betrug die Verlaufsrate 3 vH.

Die Produktion wird damit etwa im gleichen Tempo zunehmen, wie das Produktionspotential wächst. Die Sachkapazitäten werden weiterhin — im Durchschnitt — gut ausgelastet sein. Die Wachstumsdynamik reicht aber nicht aus, um den Bedarf an Arbeitskräften so zu steigern, daß er eine spürbare Entlastung für den Arbeitsmarkt bringen könnte. Insgesamt veranschlagen wir den Anstieg der Beschäftigung für den Verlauf des Jahres 1989 auf 200 000 Personen (175 000 für den Verlauf des Jahres 1988).

29* Von der Nachfrage nach Arbeitskräften wird der Arbeitsmarkt im kommenden Jahr erneut entlastet, vom Angebot wird er hingegen erneut belastet. Die Anzahl derer, die einen Arbeitsplatz suchen, wird weiter zunehmen, und sie wird — um schätzungsweise 200 000 Personen — stärker zunehmen als die Anzahl derjenigen, deren Arbeitsplätze frei werden. Die Anzahl der Arbeitslosen wird deshalb trotz des anhaltenden Beschäftigungsanstiegs nicht nennenswert zurückgehen. Die Anzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen dürfte — im Durchschnitt des Jahres — bei etwa 2,25 Millionen verharren, die Arbeitslosenquote, ausgedrückt als Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen, von 9,0 vH auf 8,9 vH sinken.

Wirtschaftspolitik für 1989 und danach

Ziele und Wirklichkeit (Ziffern 214 ff.)

30* Zusammengefaßt ergibt sich mit Blick auf die Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, der folgende Befund:

- Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist deutlich höher als in den zurückliegenden Jahren. Auch die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, gemessen am Produktionspo-

tential, wachsen stärker. Noch genügt die Wachstumsdynamik jedoch nicht, um bei den großen un erledigten Aufgaben voranzukommen.

- Der Zuwachs der Beschäftigung war 1988 im Jahresverlauf stärker als 1987. Für das Jahr 1989 ist ein noch größerer Anstieg der Beschäftigtenzahl zu erwarten, doch wird er weiterhin nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit abzusinken. Immer noch gilt: Die hohe Arbeitslosigkeit ist und bleibt die ärgste Zielverfehlung.
- Die Kaufkraft des Geldes erfuhr 1988 eine Schmälerung. Gemessen an der geringen Steigerung der Verbraucherpreise kann das Stabilitätsziel jedoch noch als erfüllt gelten; nimmt man die angelegte Beschleunigung im Anstieg des Preisniveaus mit in den Blick, entsteht indes Sorge, daß die Geldwertstabilität gefährdet sein könnte.
- Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist nicht erreicht. Das kommt im sehr großen Nettokapitalexport zum Ausdruck. Ihm entspricht der hohe Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz, der auch im Jahre 1989 nicht sinken, sondern voraussichtlich sogar noch steigen wird.

31* Führt man sich die Entwicklung seit Ende 1982, als die Aufwärtsentwicklung einsetzte, noch einmal im ganzen vor Augen, so ist festzustellen, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung seither mit jahresdurchschnittlichen Raten von rund 2½ vH expandiert, zeitweilig etwas langsamer, zeitweilig etwas rascher. In diesem Jahr haben Sonderfaktoren den Auftrieb verstärkt, der von den endogenen Kräften getragen wurde; im kommenden Jahr wird die Belastung durch höhere Verbrauchsteuern einen dämpfenden Einfluß ausüben. Aus temporären Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Expansionsraten läßt sich daher nicht auf Veränderungen des mittelfristigen Wachstumspfadess schließen. Das Urteil, ob dieser jetzt steiler bergauf führt, muß sich auf die Einschätzung der grundlegenden Wachstumsbedingungen stützen. Hier sind Besserungen unverkennbar; nach wie vor gibt es aber auch Zeichen dafür, daß diese noch nicht ausreichen.

32* Zum Positiven im Bild gehören die gute Ertragslage der meisten Unternehmen und die wieder bessere Eigenkapitalausstattung. Vielen fällt es damit leichter, Neues zu wagen — neue Fertigungsverfahren einzuführen, neue Produkte auf den Markt zu bringen, neue Märkte zu erschließen, neue Kunden zu gewinnen — und damit den Grundstein zu mehr rentabler Produktion zu legen. Die Belebung der Investitionen in diesem Jahr läßt hoffen, daß der Ausbau der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nun rascher als in den zurückliegenden Jahren vorankommt.

Gesichert ist das in der Breite der Wirtschaft aber noch nicht. Obwohl der Kostendruck schwächer geworden ist, Einkommen mit Steuern nicht mehr ganz so stark belastet sind und zukunftsgerichtete Entscheidungen nicht mehr und noch nicht wieder von mangelnder Stabilität des Geldwertes fehlgeleitet werden, sind die Angebotsbedingungen keineswegs rundum gut. Der Zugang zu nicht wenigen Märkten, insbesondere zu wachstumsträchtigen im Dienstleistungsbereich, ist

weiterhin behindert. Die Subventionen an Unternehmen steigen anhaltend, verzerren den Wettbewerb und lasten schwer auf allen, die nicht subventionsbegünstigt sind. Der Staat interveniert zu viel und mit schlechtem wirtschaftlichem Ergebnis. Die Unternehmensbesteuerung bleibt reformbedürftig. Die Tarifparteien müssen offener für den erhöhten Anpassungsbedarf werden, der mit dem Strukturwandel einhergeht.

33*. Die Beschäftigung ist 1988 weiter gestiegen, im Jahresverlauf sogar stärker als im Jahr davor. Verglichen mit der kräftigen Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion blieb der Beschäftigungsanstieg indessen verhalten.

Gesamtwirtschaftlich gesehen nimmt die Beschäftigung nicht deshalb zu wenig zu, weil die Produktivität zu stark ansteigt, sondern weil die Wirtschaft nicht rasch genug wächst, und das heißt, weil nicht genügend viel neue Produktion genügend schnell rentabel wird. Das Wachstumstempo ist nicht unabhängig vom Produktivitätsfortschritt, schon gar nicht in einer offenen, dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Wirtschaft. Bei gegebenen Ansprüchen an den Produktionsertrag — Ansprüchen der Arbeitnehmer, der Kapitaleigner und des Staates — entscheidet das Ausmaß des Produktivitätsanstiegs darüber, wieviel Produktion und damit letztlich auch wieviel Beschäftigung sich lohnt. In einzelnen Bereichen schließt das Freisetzen nicht aus. Worauf es ankommt ist, daß genügend viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten an anderer Stelle entstehen.

34*. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zeigt, daß die Zunahme der Beschäftigtenzahl noch immer gerade nur Schritt hält mit der Zunahme der Nachfrage nach Arbeitsplätzen. Die Anzahl der ins Berufsleben eintretenden Jugendlichen sinkt zwar inzwischen, die der Frauen, die sich erstmals oder nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wieder um eine Stelle bemühen, steigt jedoch weiter, und neuerdings kommen Aussiedler in großer Anzahl hinzu. Darin nur eine Erschwerung des Beschäftigungsproblems zu sehen, hieße zu verkennen, daß ein größeres Erwerbspersonenpotential immer auch ein größeres Wachstumspotential bedeutet.

Neue Herausforderungen, unveränderte Aufgaben (Ziffern 233 ff.)

35*. Nach wie vor gilt: Vorrang für die Wachstumspolitik. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ist auf mittlere Sicht immer noch zu gering, nimmt man zum Maßstab, was notwendig ist, um bei den großen unerledigten Aufgaben schneller zum Ziel zu gelangen — die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen, einen größeren deutschen Beitrag zur Entzerrung des internationalen Leistungsbilanzgefüges zu leisten, das wirtschaftliche Fundament der sozialen Sicherung zu stärken, die Umwelt besser zu schützen.

Für eine derart weitgehend in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingebundene Wirtschaft wie die der Bundesrepublik heißt „Vorrang für die Wachstumspo-

litik“, die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik für inländische und ausländische Investoren zu erhöhen. Mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes erhält diese Aufgabe einen besonderen Akzent und besondere Dringlichkeit. Anders gewendet: Die neuen Herausforderungen unterstreichen den unveränderten wachstumspolitischen Handlungsbedarf. Über die Kennzeichnung der wirtschaftspolitischen Grundlinien hinaus gilt es daher einmal mehr, deutlich zu machen, was von der Wirtschaftspolitik zu fordern und zu tun ist.

36*. Anlaß zur Zufriedenheit mit dem Erreichten besteht nicht. Sicher ist es nicht berechtigt, schlechthin von einer mangelnden Standortqualität oder von unzureichender internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu sprechen. Die Bundesrepublik steht — mit wenigen anderen Industrieländern — im vordersten Rang hinsichtlich der Qualifikation der Arbeitskräfte, der Tüchtigkeit der Unternehmer sowie der Güte der Infrastruktur, und im Export hat sie eine starke Stellung. Nicht zu verkennen ist aber, daß die Bundesrepublik den Herausforderungen an hochentwickelte offene Volkswirtschaften in den letzten Jahren weniger gut entsprochen hat als eine Reihe anderer Industrieländer. Auf den besonders wachstumsträchtigen Märkten ist sie schwächer vertreten, beim Wirtschaftswachstum hat sie Boden verloren, und hinsichtlich der Beschäftigungssteigerung rangiert sie weit hinten. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Indikatoren, wie etwa die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen, weisen nicht auf eine Umkehr dieser Tendenzen hin (Ziffern 158 ff.).

37*. Die Qualität des Standorts Bundesrepublik erhöhen heißt: die vorhandenen Vorzüge pflegen und Mängel, wo immer dies möglich ist, beseitigen. Die Aufgabe, für ein gutes Abschneiden im internationalen Standortwettbewerb zu sorgen, konkretisiert sich für die Wirtschaftspolitik immer wieder von neuem, und sie spart keinen wichtigen Bereich der Wirtschaft aus. Neue Wettbewerber treten auf dem Weltmarkt auf; technische Neuerungen entwerfen nicht nur alte Produktionsanlagen, sondern auch alte Qualifikationen und erfordern neue. Institutionelle Reformen wie die Vollendung des europäischen Binnenmarktes verlangen von der Wirtschaftspolitik, daß sie ihre Regelwerke und ihre Ausrichtung überprüft und gegebenenfalls Änderungen vornimmt. Eine ein für allemal feststehende Grenze zwischen international handelbaren Gütern und Dienstleistungen auf der einen Seite und „nationalen“ Gütern und Diensten auf der anderen Seite gibt es nicht, schon gar nicht im zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt. Wer heute noch auf einem abgegrenzten regionalen oder lokalen Markt anbietet, kann sich schon morgen der Konkurrenz ausländischer Anbieter ausgesetzt sehen.

38*. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes wird den Wettbewerb in der Gemeinschaft verschärfen. Sie erfordert den Abbau aller noch bestehenden Beschränkungen des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und noch bestehender Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten. Sie verlangt außerdem eine Harmonisierung oder Abstimmung in wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik.

- Einem freien Warenverkehr stehen bislang noch unterschiedliche nationale Standards und Regelungen im Wege.
- Der Dienstleistungsverkehr wird derzeit noch in starkem Maße durch Unterschiede der nationalen Regulierungssysteme behindert.
- Der Kapitalverkehr unterliegt in der Europäischen Gemeinschaft noch mannigfachen Einschränkungen.
- Die Niederlassungsfreiheit für Selbständige soll durch gegenseitige Anerkennung von Qualifikationsnachweisen gewährleistet, Mobilitätshemmnisse für Facharbeiter und Fachangestellte sollen durch eine gegenseitige Anerkennung der beruflichen Befähigungsnachweise beseitigt werden.

Zu den Kernbereichen der geplanten Binnenmarktvollendung gehören außerdem der Abbau der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen, die Liberalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe und die Harmonisierung der indirekten Steuern, die den Wettbewerb erheblich verzerren.

39* Die Öffnung der Märkte und Tätigkeitsfelder, zu denen der Zugang heute erschwert, teilweise sogar versperrt wird, zählt nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Im grenzüberschreitenden Bereich ist damit in erster Linie die Europäische Gemeinschaft angesprochen; ihr obliegt es, die Märkte innerhalb der Gemeinschaft und gegenüber Anbietern aus Drittländern offen zu halten beziehungsweise zu öffnen. Im binnenwirtschaftlichen Bereich geht es vor allem um die Beseitigung von Marktzutrittschranken, die teilweise den Ausschluß neuer Wettbewerber bezwecken, teilweise aus ganz anderen Gründen eingeführt worden sind. Die eigentlichen Kosten der Regulierung sind im Ausfall an Produktion und Beschäftigung zu sehen, der aus der Blockade des Zugangs zu Märkten oder Tätigkeitsfeldern folgt. Diese Kosten sind in der Bundesrepublik angesichts der Regulierungsdichte hoch zu veranschlagen. In diesem Gutachten gehen wir auf zwei in der Bundesrepublik stark regulierte Wirtschaftsbereiche ein, den Straßengüterverkehr sowie das Post- und Fernmeldewesen.

40* Im internationalen Wettbewerb der Standorte wird die Fähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften geprüft, die Herausforderungen des strukturellen Wandels unter den Bedingungen globalisierter Märkte zu bestehen. Diese Fähigkeit hängt primär davon ab, was die Unternehmen an Innovations- und Investitionskraft aufbringen und wie es um Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer steht. Die Wirtschaftspolitik kann weder das eine noch das andere verordnen. Sie kann und muß jedoch das ihre dazu tun, daß sich Neuerungsaktivität und Leistungsstreben, wo immer vorhanden, entfalten können. Die Aufgabe, den wirtschaftlichen Antriebskräften Hindernisse aus dem Weg zu räumen, stellt sich nahezu allen Bereichen der Wirtschaftspolitik – der Ordnungspolitik, die für das entsprechende gesetzliche und institutionelle Rahmenwerk zu sorgen hat, der Infrastrukturpolitik, die wichtige Vorleistun-

gen für die Effizienz privater Investitionen in Sachkapital und Humankapital erbringt, der Finanzpolitik mit ihren die Rentabilität privatwirtschaftlicher Anstrengungen stark beeinflussenden Ausgabenentscheidungen und Einnahmenregelungen, der Geldpolitik, die zukunftsgerichteten Dispositionen Orientierung gibt, indem sie Abweichungen von der Geldwertstabilität klein hält, der Sozialpolitik, die Absicherung gewährt, ohne Leistungsanreize zu verschütten, und nicht zuletzt auch der Tarifpolitik von Arbeitgebern und Gewerkschaften, von der flexibles Reagieren auf Marktveränderungen gefordert ist.

Gemessen an den Herausforderungen, hat die Wirtschaftspolitik gravierende Rückstände aufzuarbeiten. In einer Reihe von Bereichen sind Reformen notwendig, die nicht ohne schmerzhaftes Anpassungen abgehen. Zu bedenken ist jedoch: Wo Reformen hinausgeschoben oder wo am Bestehenden nur geflickt wird, ist die Aufgabe künftig um so schwerer zu lösen.

41* Eine Wirtschaftspolitik, die auf Stärkung der Wachstumskräfte zielt und sich bemüht, die Attraktivität der Bundesrepublik als Unternehmensstandort zu erhöhen, ist essentiell Beschäftigungspolitik. Unter den gegebenen Bedingungen wäre es aber unrealistisch, von einer konsequenten Wachstumspolitik mehr als einen schrittweisen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Es ist die nüchterne Konsequenz zu ziehen, daß auf Jahre hin mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit zu rechnen ist. Schwerfallen wird es insbesondere, die Langzeitarbeitslosigkeit in den Problemgruppen deutlich abzubauen. Es gilt, diesen besonders hart betroffenen Menschen einen breiteren Zugang zu sinnvoller Beschäftigung zu eröffnen und so die Wachstumspolitik sozialpolitisch zu flankieren.

Die Arbeitsmarktpolitik verfügt dazu im Prinzip über eine Reihe tauglicher Instrumente. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Unterstützung von Fortbildung und Umschulung, Lohnsubventionen nach dem Arbeitsförderungsgesetz oder Förderung von Beschäftigungsgesellschaften sind seit längerem zum Teil schon auf Langzeitarbeitslose zugeschnitten. In verstärkter Konzentration eingesetzt, könnten sie auch einer größeren Anzahl Betroffener zu einer Wiedereingliederung ins Berufsleben verhelfen. Mit der strukturellen Verhärtung der Langzeitarbeitslosigkeit stößt die Arbeitsmarktpolitik hier jedoch an Grenzen.

42* Sind die Möglichkeiten begrenzt, Langzeitarbeitslosen Einbußen an Einkommen zu ersparen, so muß das nicht in gleicher Weise auch für Einbußen an gesellschaftlicher Anerkennung und an Chancen zur Selbstbestätigung gelten, die sich in vielen Fällen mit längerer Arbeitslosigkeit verbinden. Vermeiden läßt sich dies beispielsweise, wenn verstärkte Anstrengungen unternommen werden, Arbeitsgelegenheiten für die Betroffenen zu schaffen, wie sie das Bundessozialhilfegesetz heute schon für Hilfesuchende vorsieht, die keine Arbeit finden können. Gedacht ist dabei an gemeinnützige Arbeit, die sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde, also zusätzliche Arbeit darstellt und damit reguläre Arbeit nicht verdrängt.

**Finanzpolitik: Energischer die
Wachstumskräfte stärken**
(Ziffern 256 ff.)

43*. Mit noch größerem Nachdruck sollte die Finanzpolitik auf das Ziel hinarbeiten, das Wirtschaftswachstum zu kräftigen. Dazu ist es mehr denn je notwendig, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen so zu gestalten, daß deren internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird und sie den Herausforderungen besser gewachsen sind, die sich mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes stellen werden.

44*. Die Korrekturen des Einkommensteuertarifs in den Jahren 1988 und 1990 sind richtige Schritte auf diesem Wege: Die Senkung des Anstiegs der Grenzsteuersätze, vor allem für die Bezieher mittlerer Einkommen, stärkt die Leistungsanreize, nicht allein die der Selbständigen und Kleingewerbetreibenden, sondern auch die der Arbeitnehmer. Für die mittleren und großen Unternehmen bringt die Steuerreform 1990 jedoch zu wenig. Notwendige Änderungen der Steuerstruktur stehen aus, insbesondere die Lösung des Gewerbesteuerproblems und die Abschaffung der Kapitalverkehrssteuern. Die marginale Belastung von Gewinnen durch die Körperschaftsteuer oder durch den Spitzensatz der Einkommensteuer bleibt — gemessen an den Maßstäben, die in der jüngsten Zeit vom Ausland gesetzt wurden — auch dann zu hoch, wenn die beschlossenen Tarifsenkungen in Kraft treten. Eine weitere Verminderung dieser Steuerlasten sollte jetzt vorbereitet und zu Anfang der neunziger Jahre umgesetzt werden.

45*. Die Steuerentlastungen dürfen aber nicht durch eine dauerhafte Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote erkaufte werden. Ein Aufbau struktureller Defizite würde das Wirtschaftswachstum von einer anderen Seite her beeinträchtigen. Es verschlechterte die Finanzierungsbedingungen für Investoren und verunsicherte die Bürger, weil sie mit Recht befürchten, daß der Staat früher oder später den „Steuererlaß auf Zeit“ wieder einstriche und die Steuern noch kräftiger erhöhen müßte, um auch die Zinsen auf die gestiegene Staatsschuld zahlen zu können. Schon unter den derzeitigen Bedingungen schränkt die hohe Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte die Möglichkeiten des Staates ein, seine notwendigen Aufgaben zu erfüllen.

Wenn das Wirtschaftswachstum durch deutliche Steuerentlastungen der Unternehmen energischer als bisher gefördert werden soll, so kann dies nur gelingen, wenn der Anstieg der öffentlichen Ausgaben nachhaltig unterhalb der Zuwachsraten des Produktionspotentials (in jeweiligen Preisen) gehalten wird, die Staatsquote also sinkt. Kehrt die Finanzpolitik 1990 und danach zu einer Linie der gemäßigten Ausgabenexpansion zurück, kann die bereits beschlossene Steuerreform ohne drastische Ausweitung der Haushaltsdefizite verkraftet werden, und in den folgenden Jahren wird dann Raum für eine Senkung der Unternehmenssteuern gewonnen.

46*. Im Jahre 1989 wird es nach der Defiziterhöhung in diesem Jahr wieder einen größeren Konsolidierungsfortschritt geben. Der Erfolg der Haushaltskon-

solidierung wurde aber nicht durch Einsparungen weniger wichtiger oder gar schädlicher Ausgaben finanziert; vielmehr ist vorgesehen, die indirekte Belastung der Bürger durch spezielle Verbrauchsteuern zu erhöhen, und das zum Teil in einer steuersystematisch bedenklichen Form. Außerdem ist nach wie vor die Ausgabenstruktur unbefriedigend. Die Subventionen sind entgegen den Erklärungen der Regierung nicht abgebaut, sondern aufgestockt worden, und die Zuwachsraten bei den öffentlichen Investitionen sind hinter dem zurückgeblieben, was mancherorts zur Verbesserung der Infrastruktur notwendig wäre. Ob das bei den gesetzgebenden Körperschaften eingebrachte Strukturhilfegesetz dazu beiträgt, die Investitionsquote des Staates zu heben, oder ob die Finanzhilfen in Mitnahmeeffekten versickern, ist zweifelhaft. Nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzentwurfs und den vorgesehenen Verteilungsschlüsseln erweisen sich die Leistungen des Bundes eher als eine Aufstockung der Bundesergänzungszuweisungen.

Geldpolitik: Am Geldmengenziel festhalten
(Ziffern 290 ff.)

47*. Gemessen an dem vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Zielpfad von 4,5 vH für das Wachstum der bereinigten Zentralbankgeldmenge ist die Bundesbankpolitik der letzten Jahre als außerordentlich expansiv einzuschätzen. Dies gilt auch für das laufende Jahr. Gegenüber dem Zielpfad nach der Konzeption des Sachverständigenrates hat die Geldpolitik in den Jahren 1986 bis 1988 inzwischen einen beträchtlichen Überhang der bereinigten Zentralbankgeldmenge aufgebaut. Damit hat die Bundesbank ein Faktum geschaffen, das der Sachverständigenrat bei seinen Überlegungen über den angemessenen weiteren Kurs der Geldpolitik nicht ignorieren kann.

Ein deutlicher Abbau des hohen Überhangs in absehbarer Frist wäre mit unbestreitbar hohen Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung verbunden und kann daher nicht empfohlen werden. Damit verliert der für die Zeit ab 1985 vorgeschlagene mittelfristige Zielpfad seine Orientierungsfunktion für den künftigen geldpolitischen Kurs. Wir sehen daher keinen anderen Weg als den, für 1989 grundsätzlich vom gegenwärtig erreichten Niveau der Geldversorgung auszugehen.

Die Risiken, die mit diesem Vorgehen verbunden sind, dürfen allerdings nicht unterschätzt werden. Zu verweisen ist dabei in erster Linie auf das bedrohliche Inflationspotential, das sich mittlerweile aufgrund der starken Geldmengenexpansion aufgebaut hat. Der Hinweis auf die gesunkene Umlaufgeschwindigkeit genügt nicht, um die Gefahr zu verneinen, die von dem hohen Überhang für die Geldwertstabilität droht. Höhere Zinsen und vor allem die Erwartung steigender Preise könnten den Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit rasch beenden und sogar eine Umkehr einleiten.

48*. Mit dem im internationalen Vergleich herausragenden Ergebnis bei der Erhaltung der Geldwertstabilität hat sich die Bundesbank ein Vertrauenskapital

erworben, dessen Wert kaum überschätzt werden kann. Die zentrale Aufgabe der Geldpolitik im nächsten Jahr liegt darin, dieses Vertrauen zu erhalten und allen Spekulationen über eine Beschleunigung des Preisanstiegs vorzubeugen. Nur so kann eine drohende Selbstverstärkung des Preisaufliebes verhindert werden. Die Marktteilnehmer, allen voran die Tarifparteien, müssen davon überzeugt werden, daß für die Realisierung höherer Inflationserwartungen kein monetärer Spielraum besteht und daß stabilitätswidrige Tarifabschlüsse an unverrückbare, von der Geldpolitik gesetzte Grenzen stoßen.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, bedarf es einer eindeutig stabilitätsorientierten Zielvorgabe für die Geldmengenentwicklung. Unter den veränderten Bedingungen wird die Bundesbank die Öffentlichkeit davon zu überzeugen haben, daß sie ihr angekündigtes Geldmengenziel 1989 auch tatsächlich einhalten wird.

Aus der Schätzung des mittelfristigen Wachstums des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen von reichlich 4 vH leiten wir den Vorschlag ab, die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einer Rate von 4,5 vH, berechnet vom vierten Quartal 1988 zum vierten Quartal 1989, wachsen zu lassen. Diese Vorgabe ist so bemessen, daß sie selbst ein kräftiges reales Wachstum nicht behindert, gleichzeitig aber einer nicht auszuschließenden Tendenz zur Beschleunigung des Preisaufliebes Grenzen setzt. Sollte sich allerdings der hohe Überhang über eine deutliche Zunahme der monetären Nachfrage abbauen, hätte die Geldpolitik einen anhaltenden Wiederanstieg der Umlaufgeschwindigkeit zum Anlaß zu nehmen, um das Geldmengenwachstum entsprechend zu verringern.

49* Der Vorschlag, die bereinigte Zentralbankgeldmenge im nächsten Jahr mit einer Rate von 4,5 vH wachsen zu lassen, ist mit folgenden Vorstellungen zur Durchführung einer an diesem Ziel orientierten Geldpolitik verbunden.

- Der Übergang zu einem verringerten Geldmengenwachstum im nächsten Jahr wird um so leichter zu vollziehen sein, je besser es der Bundesbank gelingt, die Geldmengenexpansion in den letzten Monaten dieses Jahres doch noch in die Nähe des oberen Randes ihres Zieltrichters zu bringen. In diesem Falle hätte sie im wesentlichen einen bereits eingeschlagenen Kurs fortzusetzen; weitgehend unveränderte oder nur geringfügig erhöhte Notenbankzinsen wären damit durchaus vereinbar.
- Eine Einschätzung der Entwicklung der kurzfristigen Zinsen kann die in den letzten Jahren aufgebaute reichliche Liquiditätsausstattung nicht außer Acht lassen. Von daher gibt es wenig Anlaß zur Sorge, eine Verlangsamung des Geldmengenwachstums müsse zu Liquiditätsanspannungen und stark steigenden Geldmarktzinsen führen. Dazu besteht um so weniger Grund, als die erhöhte Liquiditätsneigung auch endogen bedingt ist und sich insoweit bei einer Verlangsamung des Geldmengenwachstums zurückbilden dürfte.
- Die Politik der Geldmengensteuerung mißt der vorübergehenden Entwicklung der kurzfristigen

Zinsen aber ohnehin nur begrenzte Bedeutung bei. Gegebenenfalls nimmt sie einen temporären Anstieg der kurzfristigen Zinsen in Kauf beziehungsweise führt ihn herbei, falls dies für die Einhaltung des Geldmengenzieles erforderlich ist. Darin unterscheidet sie sich von einer Geldpolitik, die sich mehr oder weniger an der Stabilisierung der Zinsen orientiert. In dieser Konzeption ist die Geldmenge eine weitgehend endogene, von der Geldnachfrage bestimmte Größe. Wie an anderer Stelle bereits dargelegt, mangelt es dieser Politik an einem nominellen Anker. Schon auf mittlere Sicht muß diese Politik den Versuch, die Zinsen zu stabilisieren, mit einer übermäßigen Expansion der Geldmenge, einem Verlust an Geldwertstabilität und einem höheren Kapitalmarktzins bezahlen.

- Eine Politik der Verstetigung der Geldmengenexpansion kann dagegen darauf vertrauen, daß die Märkte eine von der Notenbank aus den genannten Gründen bewußt herbeigeführte Erhöhung der kurzfristigen Zinsen als Ausdruck einer auf die Erhaltung der Geldwertstabilität gerichteten Politik verstehen und mit einem vergleichsweise niedrigen Kapitalmarktzins honorieren. Die Politik der Geldmengensteuerung schafft ein Vertrauenskapital, das sich über ein weitgehend stabiles Preisniveau, ein durch schwankende Inflationsraten nicht verzerrtes Informations- und Anreizsystem der relativen Preise, mit höherem Wachstum und mehr Beschäftigung gesamtwirtschaftlich reichlich verzinst.

Eine andere Meinung

(Ziffern 308 ff. und 284 ff.)

50* Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zu den Fragen, ob die Deutsche Bundesbank im Rahmen ihrer Geldmengensteuerung 1989 größere Zinssteigerungen in Kauf nehmen müßte und ob ein erneutes Geldmengenziel zweckmäßig sei sowie zur Frage der wachstumsgerechten Ausgestaltung der Finanzpolitik eine abweichende Meinung.

Für die Ausrichtung der Geldpolitik 1989 genügt es nicht, lediglich ein Geldmengenziel vorzugeben. Es sind Abwägungen für den Fall vorzunehmen, daß ein Geldmengenziel nur durch größere Zinssteigerungen zu realisieren wäre. Aus heutiger Sicht sind keine Gefahren für den Geldwert erkennbar, die eine restriktive Zinspolitik der Bundesbank rechtfertigen würden. Die monetäre Expansion hat sich – gemessen am Geldvolumen M3 – weitgehend normalisiert, so daß sich kein inflationärer Geldüberhang aufbaut. Die Inflationserwartungen haben sich, wie an dem seit einigen Jahren nun weitgehend unveränderten Zinsniveau abgelesen werden kann, nicht erhöht. Die jüngsten Preisbewegungen nach dem Auslaufen preisdämpfender Sondereinflüsse werden nicht zu einer Selbstverstärkung des Preisaufliebes führen, wenn die Lohnpolitik weiterhin moderat bleibt. Für eine Verschärfung des Verteilungskampfes gibt es derzeit keine Anzeichen.

Ob die Bundesbank an einem Geldmengenziel festhalten sollte, hat an Bedeutung verloren, nachdem

diese Ziele außerordentlich flexibel gehandhabt werden und kaum mehr eine Selbstbindung für die Notenbank darstellen. Freilich bleibt es ein Problem, wenn in der Öffentlichkeit Zielverfehlungen als geldpolitisches Fehlverhalten interpretiert werden, wo diese Zielverfehlungen auf Grund von Sondereinflüssen gerechtfertigt sind. Konsequenter wäre es daher, wenn die Bundesbank auf Geldmengenziele verzichtet und stattdessen – in Analogie zur mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung – ihre geldpolitischen Einschätzungen und Absichten im Rahmen einer monetären Projektion deutlich machen würde.

51*. Dem Vorschlag des Rates, die Staatsquote abzusenkten, schließt sich dieses Mitglied nicht an. Zu einer wachstumsgerechten Finanzpolitik gehört nicht nur die Entlastung bei den Steuern, sondern auch die Ausweitung derjenigen Staatsausgaben, mit denen der Staat Aufgaben erfüllt, die die Lebensqualität verbessern und die Wachstumskräfte verstärken. Diese Aufgaben drängen in den Bereichen Umweltschutz, Städtebau, Infrastruktur; Nachholbedarf hat sich aufgestaut. Eine Absenkung der Staatsquote würde es dem Staat erschweren, vielfach auch unmöglich machen, diese Aufgaben angemessen zu erfüllen. Die Möglichkeit, durch Ausgabeneinsparungen an anderer Stelle, bei Personalausgaben und Subventionen, zugleich wachstumsfördernde Staatsausgaben verstärken zu können und darüber hinaus noch die Gesamtausgaben in Relation zum Sozialprodukt kürzen zu können, sind begrenzt. Die Stärkung der Staatsausgaben als Teil einer wachstumspolitischen Strategie setzt nicht – wie gelegentlich fälschlich interpretiert wird – an der volkswirtschaftlichen Nachfrageseite an, sondern an den mittelfristigen Wachstumskräften und damit an der Angebotsseite.

Im Bereich der Unternehmensbesteuerung ist nach Ansicht dieses Mitglieds eine aufkommensneutrale Form anzustreben. Für eine Absenkung des Gesamtaufkommens besteht kein Grund, weil der Unternehmenssektor insgesamt eine vergleichsweise geringe Steuerbelastung aufweist. Das eigentliche Problem der Unternehmensbesteuerung besteht darin, die steuerlichen Anreize für das Investieren zu verstärken. Investitionshemmnisse durch überhöhte Grenzsteuerbelastungen lassen sich aufkommensneutral verringern, indem überhöhte Steuerbelastungen von Unternehmen durch eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlast auf alle Unternehmen, auch auf die bislang nicht voll in die Besteuerung einbezogenen Betriebe, abgebaut werden.

Währungspolitik im europäischen Integrationsprozeß (Ziffern 315 ff.)

52*. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft scheint weitgehend Einigkeit zu bestehen, das endgültige Ziel der währungspolitischen Integration dadurch anzustreben, daß die nationalen Währungen beseitigt werden und ein einheitliches Geld geschaffen wird. Erhebliche Meinungsverschiedenheiten sind jedoch darüber zu verzeichnen, auf welche Weise und mit welchem Tempo dieses Ziel anzustreben ist. So wird im Rahmen der Maßnahmen zur Vollendung

des Binnenmarktes gefordert, auch die währungspolitische Integration zu verstärken, indem die Wechselkurse möglichst bald endgültig fixiert und die Währungsreserven in einem Pool zusammengefaßt werden.

Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen. Im Zuge des Abbaus von Schranken aller Art, nicht zuletzt im Bereich des Kapitalverkehrs und der Änderung ganz unterschiedlicher nationaler Regulierungen, wird es zu Verlagerungen der Handels- und Kapitalströme kommen. In dieser Phase wäre es verfehlt, das Instrument der Wechselkurspolitik aufzugeben. Vielmehr sollte die Möglichkeit erhalten bleiben, die bilateralen Wechselkurse im Falle solcher durch die Maßnahmen zur Herstellung des Binnenmarktes ausgelöster fundamentaler Änderungen anzupassen. Würde man daher die Wechselkurse vorzeitig fixieren, wäre die Last der Anpassung vollständig von der nationalen Geld-, Finanz- und Lohnpolitik sowie der gemeinschaftlichen Regionalpolitik zu tragen. Diese würden dabei überfordert werden.

Die Währungsintegration kann nicht die Rolle eines Schrittmachers auf dem Weg zur politischen Einigung übernehmen, die ihr teilweise zugedacht wird. Voreilige institutionelle Vereinbarungen in Richtung auf eine Währungsunion müßten ganz im Gegenteil den Integrationsbemühungen schweren Schaden zufügen, da sie die Illusion erzeugen, man könne fehlenden politischen Einigungswillen durch ein Vorpreschen in der Währungspolitik überwinden. Enttäuschungen könnten nicht ausbleiben, sie würden den Integrationsprozeß aufhalten oder sogar zurückwerfen. Davor kann nur die Erkenntnis bewahren: Letztlich ist die Währungsunion nicht ohne die politische Union zu bekommen.

Die Vollendung des Binnenmarktes stellt nur eine weitere, allerdings außerordentlich wichtige Etappe auf diesem langen Weg dar. Spektakuläre Entscheidungen sind in der Währungspolitik nicht geboten; es muß Schritt für Schritt vorangegangen werden. Im Vordergrund hat dabei neben der vollständigen und unwiderruflichen Liberalisierung des Kapitalverkehrs eine intensivere Abstimmung der Geldpolitik und Finanzpolitik zwischen den Mitgliedstaaten zu stehen. Entscheidungen zur Fixierung der Wechselkurse wären dagegen erst zu treffen, wenn der Prozeß der Anpassung an die von der Herstellung des Binnenmarktes ausgelösten Veränderungen im Zusammenwirken mit der nationalen Politik ein gewisses Gleichgewicht erreicht hat.

Tarifpolitik für den strukturellen Wandel (Ziffern 321 ff.)

53*. Die Wachstumskräfte zu stärken, erfordert eine Tarifpolitik, die den Strukturwandel unterstützt, die Investitionsbereitschaft und die Innovationsneigung fördert und bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer sowie den Erfordernissen der Betriebe gerecht wird. Indem sie das Wirtschaftswachstum stärkt und festigt, trägt die Tarifpolitik auch zu dem weiterhin vordringlichen Ziel bei, die Beschäftigung zu erhöhen und

Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzugliedern. Die tarifpolitischen Schwerpunkte liegen in einer flexiblen und differenzierenden Arbeitszeitgestaltung, der Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten, in einer mittelfristig am Produktivitätsfortschritt orientierten Tariflohnentwicklung und schließlich darin, daß Raum für eine betriebsnähere Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen gegeben wird.

54* Differenzierte und flexible Arbeitszeitregelungen sind im Interesse sowohl der Betriebe als auch der Arbeitnehmer. Den Betrieben geht es um eine rasche Umstellung der Produktion auf neue Produkte und Produktionsverfahren, um eine intensive, kostensenkende Nutzung ihrer Produktionsanlagen unabhängig von individuellen Arbeitszeiten sowie um Kostensenkungen durch flexible Anpassung des Arbeitseinsatzes an die saisonalen und konjunkturellen Produktionsschwankungen. Den Arbeitnehmern geht es um die Anpassung der Arbeitszeit an ihre individuellen Lebensumstände, die vor allem durch den Familienstand, die Erwerbsbeteiligung der Familienmitglieder und durch die Kinderzahl geprägt werden, um den Zugewinn von Freizeitblöcken und um mehr Handlungsautonomie und Dispositionsfreiheit am Arbeitsplatz.

In der Bundesrepublik wird seit langem ein umfangreiches Instrumentarium für differenzierte und flexible Arbeitszeitgestaltung angewendet. Bei der Arbeitszeitgestaltung geht es also um die Weiterentwicklung bewährter Regelungen. Lücken zwischen Angebot und Nachfrage nach differenzierten Arbeitszeitregelungen gilt es zu schließen. Die Tarifparteien sollten Differenziertheit und Flexibilisierung der Arbeitszeit in Branchen anregen, die noch undifferenzierte und inflexible Arbeitszeitregelungen haben. Auch sollte den Betrieben Spielraum gegeben werden, neue Modelle für die Verknüpfung individueller Arbeitszeit und kostengünstiger Betriebslaufzeit ausprobieren zu können.

55* Daß der technologische Wandel eine kontinuierliche Weiterbildung der Arbeitnehmer erzwingt, ist vielfach geschildert worden. Ein hohes Qualifikationsniveau ist ein bedeutender internationaler Standortvorteil. Ohne diesen wird es nicht gelingen, den Arbeitnehmern hohe Löhne zu zahlen und eine ausreichende soziale Absicherung zu gewähren. Das Qualifikationsniveau der deutschen Arbeitnehmer wird im internationalen Vergleich hoch eingeschätzt, aber dieser Vorsprung muß durch beständige Anstrengungen zur Qualifizierung und Weiterbildung verteidigt werden. Qualifizierung und Weiterbildung sind, da sie die Fähigkeit zum Strukturwandel vermitteln und damit internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten, in ihrem Kern Wachstumspolitik.

56* Die Unternehmen können nicht darauf bauen, daß der Arbeitsmarkt stets genügend qualifizierte Arbeitnehmer hergibt; die Arbeitnehmer können sich nicht darauf verlassen, daß ihre spezifischen Fähigkeiten stets am Arbeitsmarkt verlangt werden. Betriebliche Weiterbildung und Qualifizierung sind daher in beiderseitigem Interesse. Tarifvertragliche Gestaltungen zur betrieblichen Weiterbildung basieren auf der Einsicht, daß sich die wirtschaftlichen Bezie-

hungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht darin erschöpfen, daß Arbeitsleistung gegen Entgelt erbracht wird. Mehr ist gefordert: vom Arbeitnehmer die Bereitschaft, sich dem Wandel der im Betrieb geforderten Fähigkeiten anzupassen, und vom Betrieb die Bereitschaft, den Arbeitnehmern die entsprechende Möglichkeit für eine Qualifizierung und Weiterbildung zu geben.

57* Die Lohnpolitik des Jahres 1988 hat einmal mehr gezeigt, daß moderate Lohnanhebungen Arbeitnehmern wie Unternehmen zugute kommen. Für die Arbeitnehmer hat sich bei Tariflohnsteigerungen pro Stunde von 3,3 vH und einem Preisanstieg – gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung – von 1,1 vH der reale Stundenlohn um 2,2 vH erhöht. Für die Unternehmen steht der Kostenaspekt der Löhne im Vordergrund, und hier ist die Bilanz ebenfalls positiv. Die Relation von Erlösen und Kosten verbesserte sich im siebten Jahr nacheinander, vor allem weil die Lohnstückkosten praktisch konstant blieben (Anstieg um 0,3 vH), jedoch die am Deflator des Bruttosozialprodukts gemessenen Güterpreise um 2 vH stiegen.

Nach wie vor halten wir eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die mittelfristig eine Übereinstimmung von Nominallohnanstieg und Produktivitätsanstieg erzielt, für geeignet, das Wachstum und damit die Beschäftigung in der Wirtschaft zu stärken. Der längerfristige Vergleich macht deutlich, was von einer moderaten Nominallohnpolitik erwartet werden kann; daß sie die Bedingungen für eine stabile Preisniveaumentwicklung entscheidend verbessert, und was von ihr nicht befürchtet werden muß: daß sie die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kaufkraftzuwachs der Wirtschaft verhindert.

Auch in den kommenden Jahren dürfen die Bemühungen nicht nachlassen, die Nominallohnsteigerungen mit der Produktivitätsentwicklung in Einklang zu bringen und zu halten. Die Lohnpolitik ist besonders in den Bereichen gefordert, in denen 1989 über die Löhne neu zu verhandeln ist. Es müßte Spannungen in der Arbeitnehmerschaft erzeugen, wenn in diesen Bereichen höhere Lohnsteigerungen mit den Verbrauchsteueranhebungen und der Gewinnentwicklung begründet werden, während gleichzeitig in den Bereichen mit mehrjährigen Tarifverträgen bei vertragsgemäßem Vollzug keine Lohnnachschnitte möglich sind. Eine solche Divergenz würde die Bereitschaft der Arbeitnehmer, auch zukünftig mehrjährige Lohnabschlüsse abzuschließen, dämpfen. Ein wünschenswertes Element der Stetigkeit in der Lohnpolitik ginge so verloren.

Mit dem Strukturwandel ist immer auch eine Änderung der Lohnrelationen verbunden. Das betrifft vor allem die Löhne von Arbeitnehmern mit unterschiedlichen Qualifikationen. Zwischen der Qualifizierung und der Weiterbildung der Arbeitnehmer einerseits und einer über die Qualifikationsstufen differenzierenden Lohnstruktur andererseits besteht ein grundsätzlicher Zusammenhang. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich den vom Strukturwandel her erforderlichen Qualifikations- und Weiterbildungsanstrengungen zu unterziehen, würde durch eine nivellierende Lohnpolitik vermindert; die Wachstumskräfte würden so geschwächt werden. Für eine wach-

tumsförderliche Tarifpolitik ergibt sich hieraus die Konsequenz, daß sie mit der Festlegung der Lohnrelationen insbesondere auch Anreize für Qualifizierungs- und Weiterbildungsanstrengungen der Arbeitnehmer schaffen soll.

58* Um das Wachstum zu stärken, müssen sich die Unternehmen und Arbeitnehmer in einem Strukturwandel bewähren, der von der weltwirtschaftlichen Entwicklung geprägt wird. Die Unternehmen müssen sich mehr als je zuvor gegen ausländische Konkurrenz durchsetzen, die unter anderen ökonomischen, sozialen und institutionellen Rahmenbedingungen produziert. Es sind rasche und flexible Anpassungen erforderlich; hierfür benötigen die Betriebe, aber auch die Arbeitnehmer, genügend Handlungsspielraum. Die Gewerkschaften haben es mit zunehmend selbstbewußten Mitgliedern zu tun, die unter dem Schutz kollektiver Tarifvereinbarungen ihre individuellen Wünsche realisieren wollen. Statt Einheitslösungen sind hier individuelle Freiräume gefragt. Alles das erfordert ein Umdenken in der Tarifpolitik, eine Neuorientierung hin zu einer betriebsnäheren Tarifpolitik, die den differenzierten Interessen der Arbeitnehmer und der Betriebe stärker Rechnung trägt.

Dynamischer Wettbewerb durch Deregulierung: Das Beispiel Straßengüterverkehr (Ziffern 348 ff.)

59* In seinem Jahresgutachten 1985/86 hat der Sachverständigenrat den Straßengüterverkehr als Beispiel eines hochregulierten Wirtschaftsbereiches behandelt und sich für eine durchgreifende Deregulierung ausgesprochen (JG 85 Ziffern 320 ff.). Nachdem sich als Folge der auf die Vollendung des Binnenmarktes ausgerichteten Verkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaft für den grenzüberschreitenden Verkehr eine nahezu vollständige Liberalisierung des Marktzugangs sowie der Preisbildung abzeichnet und deshalb geltende nationale Regulierungen aufrecht erhalten werden, greifen wir dieses Thema erneut auf. Wir kommen zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Das überkommene Regulierungswerk der Bundesrepublik für den Straßengüterverkehr steht in eklatantem Widerspruch zu den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und den für einen dynamischen Wettbewerb notwendigen Bedingungen.
- Die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs in der Europäischen Gemeinschaft schafft ein Spannungsverhältnis zur deutschen Binnenordnung. Dieses wird sich nur durch einen hohen und im Laufe der Zeit wachsenden Aufwand für administrative Kontrollen aufrechterhalten lassen. Zu der damit verbundenen Form der Ressourcenverschwendung treten die durch die absehbaren Ausweichreaktionen entstehenden zusätzlichen Kosten.
- Die Interessenvertreter interpretieren die von einer Deregulierung des Binnenverkehrs ausgehenden Wirkungen teilweise falsch und überschätzen die Risiken für die deutschen Unternehmen.

- Das absehbare Regulierungsgefälle zwischen der Binnenordnung und der EG-Ordnung erzeugt zusätzliche Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft. Die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Kosten vergrößern die Einbußen an Wachstum und Beschäftigung, die sich aus dem Verstoß gegen die Bedingungen eines dynamischen Wettbewerbs ergeben. Die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs verstärkt somit die Dringlichkeit der Forderung, die Deregulierung des deutschen Binnenverkehrs in raschen Schritten voranzubringen.

Rentenversicherungsreform: Abgabenbelastung begrenzen — Selbstvorsorge anregen (Ziffern 361 ff.)

60* Die Bundesregierung beabsichtigt, den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Gesetzlichen Rentenversicherungen bei den gesetzgebenden Körperschaften einzubringen. Die Diskussion über dieses Reformvorhaben läßt erkennen, daß über den Kern der Problematik nicht überall die notwendige Klarheit besteht. Änderungen des Rentenrechts werden erwogen, die unzulänglich sind oder die sich abzeichnenden Schwierigkeiten gar erhöhen werden. Es erscheint insbesondere bedenklich, daß

- die Erfordernisse einer Stärkung des Wirtschaftswachstums zu wenig berücksichtigt werden,
- die Vorstellung besteht, man könne den Belastungsanstieg durch die Erhöhung des Bundeszuschusses abflachen,
- die Möglichkeiten einer Ergänzung der Gesetzlichen Rentenversicherungen durch eine Verstärkung der Selbstvorsorge nicht erwogen werden und
- die vorgesehenen Änderungen auf einen Zeithorizont ausgerichtet sind, der zu kurz abgesteckt ist.

61* Die Neuordnung muß der langfristig erkennbaren demographischen Entwicklung Rechnung tragen. Im Jahre 2030 wird auf die Personen im erwerbsfähigen Alter eine etwa doppelt so große Anzahl alter Menschen entfallen wie heute. Die mit der Umverteilung von der erwerbstätigen Generation auf die Senioren verbundenen Probleme werden im Verlauf der nächsten 40 bis 45 Jahre immer drückender werden. Sie werden sich um so eher lösen lassen, je kräftiger das Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum ist. Aus diesem Grunde müssen die Rentenversicherungsreform und die Reformen anderer staatlicher Regelungen für die Alterssicherung, aber auch die Neuordnung der Gesetzlichen Krankenversicherungen und anderer Bereiche des Sozialrechts so gestaltet werden, daß das Wirtschaftswachstum nicht behindert wird.

Hohe Abgabenlasten beeinträchtigen die Leistungsbereitschaft und hemmen das Wirtschaftswachstum. Zwar werden die Beiträge zur Rentenversicherung steigen müssen; es gilt jedoch, diesen Anstieg in Grenzen zu halten — und dies nicht dadurch, daß andere Lasten, nämlich Steuern, steigen.

62*. Die Vorstellung, das Finanzierungsproblem der Rentenversicherungsträger lasse sich durch eine Aufstockung des Bundeszuschusses zu den Rentenversicherungen mildern oder gar lösen, verkennt, daß der Bundeszuschuß aus dem Steueraufkommen finanziert werden muß; steigende Steuern erhöhen die Abgabenbelastung nicht anders als steigende Rentenversicherungsbeiträge. Zwar können über die Belastungen aus dem Bundeszuschuß zur Finanzierung der Altersrenten auch diejenigen Bürger herangezogen werden, die selbst nicht rentenversicherungspflichtig sind, doch ist die weit überwiegende Mehrzahl der Steuerbelasteten eben doch zugleich Beitragszahler bei den Trägern der Gesetzlichen Rentenversicherungen, so daß sich bei ihnen Steuerzahlung und Beitragsleistung zu einer Gesamtabgabenlast kumulieren.

63*. Die Finanzierungsprobleme der künftigen Altersrenten werden erleichtert, wenn es gelingt, die Lebensarbeitszeit der Menschen auszudehnen. Dadurch werden der Zeitraum der Beitragszahlung länger und der Zeitraum des Rentenbezugs kürzer. Je höher das durchschnittliche Rentenzugangsalter liegt, um so weniger müssen die Beiträge erhöht oder das Rentenniveau gesenkt werden.

Die Situation der künftigen Rentner wird auch dann verbessert, wenn die aktive Generation mehr durch eigene Kapitalbildung für ihr Alter vorsorgt, als das heute geschieht. Deshalb sollte die Bevölkerung zu einem solchen Verhalten angehalten werden. Dabei dürfen die mit der Selbstvorsorge verbundenen Risiken keineswegs verschwiegen werden; sie sind allerdings kaum höher einzuschätzen als die der kollektiven Alterssicherung. Gelingt es aufgrund stärkerer Selbstvorsorge, die Sparquote zu erhöhen, werden die Kapitalbildung und damit das Wachstum begünstigt. Auf diese Weise ergibt sich für später ein größerer Verteilungsspielraum.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Verstärkung der Selbstvorsorge werden wahrscheinlich nicht ausreichen, die Probleme der Alterssicherung befriedigend zu lösen. Andere Maßnahmen müssen hinzukommen. Insbesondere ist die Rentenversicherung von jenen Leistungen zu entlasten, die nicht aus Beitragszahlungen oder aus dem sogenannten Generationenvertrag gerechtfertigt werden können. Die Alterssicherung der Frau könnte künftig aus zwei Elementen bestehen, den Rentenansprüchen aus Beitragszahlungen, die während der eigenen Berufstätigkeit geleistet worden sind, und Rentenansprüchen aus Kindererziehungszeiten.

Auf keinen Fall ist es möglich, das gegenwärtige relative Rentenniveau auf Dauer zu halten. Das bedeutet, daß die alten Menschen allein durch die Bezüge aus den Gesetzlichen Rentenversicherungen nicht mehr im gleichen Maße an der künftigen Wohlstandsentwicklung teilhaben werden wie bisher. Ihre Situation wird jedoch um so eher erträglich sein, je kräftiger das Wirtschaftswachstum ausfällt. Auch bei niedrigerem Rentenniveau kann der Rentenbetrag steigen, wenn sich die Einkommen hinreichend erhöht haben.

Wirtschaftliche Erneuerung altindustrieller Problemregionen: Das Beispiel Ruhrgebiet (Ziffern 378 ff.)

64*. Einen exemplarischen Fall für eine ehemals blühende Industrieregion, die inzwischen zum Problemgebiet geworden ist, stellt das Ruhrgebiet dar. Aus einer Analyse der Erfahrungen im Ruhrgebiet können auch Lehren im Hinblick auf die wirtschaftlichen Probleme altindustrieller Regionen im allgemeinen gezogen werden; denn hier kommen Mängel einer falschen sektoralen, aber auch regionalen Strukturpolitik und ihre Folgen, auf die der Sachverständigenrat in seinen Gutachten immer wieder hingewiesen hat, besonders deutlich zum Vorschein.

65*. Eine rechtzeitig einsetzende Rückführung der Montanproduktion und eine Umstrukturierung der Montanunternehmen hätten nicht nur die Standortqualität des Ruhrgebiets für andere Sektoren und die Attraktivität der Region für die Menschen erhöht. Der mit ihm einhergehende, auf Dauer ohnehin unvermeidliche Arbeitsplatzabbau hätte bei einer früher noch weitaus günstigeren gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktlage erfolgen können und geringere volkswirtschaftliche Kosten und soziale Belastungen verursacht als heute.

Die sektorale Strukturpolitik hat den Strukturwandel eher gehemmt als gefördert. Man sollte jedoch nicht übersehen, daß die Wirtschaftspolitik immer wieder aufgrund vermeintlich sicherer, in Wahrheit aber trügerischer Anzeichen (wie zum Beispiel dem Ölpreisanstieg der siebziger Jahre) auf eine Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen Industriezweige glaubte setzen zu können. Damit wird ein grundsätzliches Problem der sektoralen Strukturpolitik sichtbar. Da die zukünftige Entwicklung nicht vorhersehbar ist, steht Strukturpolitik auf tönernen Füßen. Wenn der Staat erst einmal eingreift und durch Schutzmaßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer Signale setzt, kann er sich später, wenn die der Politik zugrunde liegenden Erwartungen nicht in Erfüllung gehen, aus der mit den eingeleiteten Maßnahmen geschaffenen Verantwortung nicht ohne weiteres lösen, so daß Anschlußsubventionen fast unvermeidlich sind. Daraus folgt, daß sich der Staat in der sektoralen Strukturpolitik zurückhalten sollte. Da staatliche Instanzen nicht über bessere Voraussicht verfügen können als die private Wirtschaft, sollte auf Marktsignale und die Reaktion und Initiativen der Unternehmer gesetzt werden. Die Aufgabe des Staates muß darin bestehen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Entfaltung privater Initiativen erlauben. Individuelle Härten abzufedern, ist Aufgabe des sozialen Netzes.

66*. Eine regionale Strukturpolitik bietet grundsätzlich Möglichkeiten, den altindustriellen Problemregionen bei der Entfaltung neuer Wachstumskräfte außerhalb ihrer traditionellen Schwerpunkindustrien zu helfen. Dazu ist es notwendig, an den spezifischen Bedingungen der betreffenden Region anzusetzen und gegebenenfalls vorliegende, besondere Entwicklungshemmnisse gezielt zu beseitigen. Diese Faktoren zu erkennen, sind am ehesten die betroffenen Regionen selbst in der Lage. Eine zentralistisch betrieb-

bene Regionalpolitik erscheint mit dieser Aufgabe schon aufgrund ihrer Informationsdefizite überfordert. Die Skepsis gegenüber einer zentralistisch betriebenen Regionalpolitik wird durch das Beispiel des Ruhrgebietes bestärkt.

67*. Die Beobachtung, daß viele Kommunen es lange Zeit an den notwendigen Anstrengungen zu einer Verbesserung ihrer Wirtschaftsstruktur haben fehlen lassen, spricht nicht grundsätzlich gegen die Konzeption einer stärkeren Regionalisierung der Regionalpolitik. Ebenso wie die mangelnde Innovations- und Investitionsbereitschaft der Unternehmer im Ruhrgebiet nicht in deren Person begründet ist, sondern primär in den Rahmenbedingungen für ihr Handeln, werden kommunale Entscheidungsträger maßgeblich von der Kommunalverfassung und den Anreizwirkungen des kommunalen Finanzsystems bestimmt.

Das Realsteuersystem in der Bundesrepublik und das kommunale Finanzausgleichssystem in Nordrhein-Westfalen genügen den Anforderungen nicht, die für eine dezentrale Regionalpolitik erfüllt sein müssen. Das Gewerbesteueraufkommen streut sehr stark, Gemeinden mit ungünstiger Wirtschaftsstruktur werden dadurch benachteiligt.

Zur Lösung dieses Problems ist eine umfassende Wertschöpfungsteuer mit Hebesatzrecht der Gemeinden sinnvoll. Diese Steuer ist eine ergiebige Gemeindesteuer, die das Interesse der Kommunen am ortsansässigen und ansiedlungswilligen Gewerbe sichert. Voraussetzung ist allerdings, daß die Ergiebigkeit nicht durch eine Verengung der Bemessungsgrundlage und die Einschränkung des Kreises der Steuerpflichtigen geschwächt wird; gerade die strukturschwachen Städte müßten sonst empfindliche Verluste hinnehmen.

68*. Strukturpolitik im marktwirtschaftlichen Sinne betreiben heißt nicht, die wirtschaftliche Entwicklung in staatlich vorgedachte Bahnen zu lenken. Vielmehr kommt es darauf an, die Signale des Marktes aufzunehmen und wirtschaftliche Entscheidungen nach ihnen auszurichten, statt solche Signale künstlich zu verschleiern oder außer Kraft zu setzen. Nur so kann die Entstehung eines allmählich immer stärker werdenden Anpassungsstaus verhindert werden. Unternehmen, Gewerkschaften und staatliche Entscheidungsträger sind hier angesprochen.

Die Unternehmen dürfen sich nicht länger auf staatliche Hilfen und Finanzierungsprogramme verlassen; sie müssen sich veränderten Marktbedingungen stellen. Dies bedeutet indessen nicht, daß verloren gegangene Arbeitsplätze von den Unternehmen in derselben Region oder genau am selben Standort zu schaffen wären. Dies zu verlangen, wäre dem Wesen der Marktwirtschaft, auch dem der sozialen Marktwirtschaft, fremd. Unternehmen müssen dort investieren, wo sie im Wettbewerb am ehesten bestehen können.

Wenn der Staat die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in einer bestimmten Region aus regionalpolitischen Gründen für geboten hält, so obliegt es ihm, die Rahmenbedingungen dort so zu gestalten, daß zusätzliche Investitionen in der betreffenden Region rentabel werden. Dabei ist nicht nur die betriebswirtschaftliche Rentabilität zu gewährleisten, auch die volkswirtschaftlichen Kosten entsprechender Maßnahmen sind hier zu berücksichtigen.

69*. Für die Gewerkschaften gilt es einzusehen, daß unrentable Arbeitsplätze auf Dauer nicht erhalten werden können und daß auch die soziale Abfederung des Strukturwandels ihre Grenzen hat. Vor allem ist es unerträglich, wenn den Belegschaften von Großunternehmen mit Hilfe staatlicher Subventionen zunächst Lohnerhöhungen und später großzügige Sozialpläne ermöglicht werden, während diejenigen, die vielleicht am gleichen Ort in einem kleinen Unternehmen beschäftigt sind, im Vergleichs- oder Konkursfall wesentlich schlechter gestellt werden.

70*. In erster Linie muß jedoch bei den staatlichen Entscheidungsträgern umgedacht werden. Im privatwirtschaftlichen Bereich wie auch im Verhältnis der Gebietskörperschaften untereinander gilt es, den Gedanken des Wettbewerbs und der Eigeninitiative bei entsprechender Eigenverantwortung größeres Gewicht zu verschaffen. Dies schließt finanzielle Hilfen für Problemregionen wie das Ruhrgebiet nicht aus; sie sollten jedoch in einer Form gewährt werden, die die Entscheidung über ihre Verwendung weitestgehend bei den Begünstigten beläßt. Für die Kommunen müßten der weitere Abbau zweckgebundener zugunsten allgemeiner Finanzaufweisungen und vor allem die Schaffung einer hinreichenden eigenen Einnahmehasis an der ersten Stelle stehen.

Entscheidend für den Erfolg von regionalen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung ist, daß sie nicht einem einheitlichen Schema folgen, sondern in enger Abstimmung zwischen den regionalen Entscheidungsträgern und der örtlichen Wirtschaft auf die speziellen Engpassfaktoren und Entwicklungschancen der jeweiligen Region abgestellt werden. Welche Maßnahmen im einzelnen Erfolg versprechen, kann deshalb nicht in einem generellen Sinne gesagt werden; die jeweiligen Regionen müssen es selbst herausfinden.

Was in jedem Falle zu Buche schlägt, sind die positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftsklima, die von einer entschlossen auf das Neue setzenden regionalen Wirtschaftsförderungspolitik zu erwarten sind. Gerade für die Gewinnung kleiner und mittlerer Unternehmen kann die Aufnahme- und Kooperationsbereitschaft, die sie an einem potentiellen Standort vorfinden, entscheidend sein. All dies braucht nicht mit hohen Ausgaben für die betreffende Region verbunden zu sein. Gefragt sind Einfallsreichtum, Flexibilität und Eigeninitiative. Sie hervorzurufen, ist der Sinn des Wettbewerbs zwischen den Regionen und Kommunen, von dem auch das Ruhrgebiet als ganzes profitieren würde.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

Teil A

Die Weltwirtschaft im Jahre 1988

I. Robuster Aufwärtstrend

1. In den westlichen Industrieländern setzte sich die Aufwärtsentwicklung, die im vorigen Jahr neue Kraft gewonnen hatte, auch im sechsten Jahr seit Überwindung der Rezession fort. Entgegen allen Erwartungen wurde im Jahre 1988 sogar der zweithöchste Produktionszuwachs der achtziger Jahre erzielt. Das Bruttoinlandsprodukt der westlichen Industrieländer übertraf das Vorjahresniveau um 4 vH. Der Zuwachs der Produktion ging merklich über das Wachstum der Produktionskapazitäten hinaus und ermöglichte einen weiteren Anstieg der Beschäftigung. Im Jahresdurchschnitt 1988 hatten 1½ vH mehr Erwerbspersonen einen Arbeitsplatz als ein Jahr zuvor.

Ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Expansion in der Welt war die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung; das Volumen des Welthandels nahm gegenüber dem Vorjahr um 8 vH und damit doppelt so stark zu wie die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Erschließung neuer Absatz- und Beschaffungsmärkte belebte nicht nur die Nachfrage in den am Gütertausch beteiligten Volkswirtschaften, sondern trug aufgrund der produktivitätssteigernden und kostensenkenden Wirkungen der Arbeitsteilung auch dazu bei, daß sich der Preisauftrieb nur wenig verstärkte. Die spannungsfreie Expansion in den Industrieländern wurde auch dadurch gefördert, daß die Preise für Industrierohstoffe und Energieträger schon Mitte des Jahres wieder nachgaben.

2. Noch zu Beginn des Jahres herrschte freilich die Sorge vor, die konjunkturellen Auftriebskräfte würden unter der Last von massiven Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft zusehends erlahmen. Doch schon bald wurde sichtbar, daß die Irritationen, die offenbar die Börsenkrise vom Oktober 1987 und der starke Fall des Dollar bei Konsumenten und Investoren hervorgerufen hatten, nur von kurzer Dauer waren, nicht zuletzt deshalb, weil Regierungen und Notenbanken auf die Turbulenzen an den Börsen besonnen reagierten. Die Tatsache, daß sich die weltwirtschaftliche Dynamik um die Jahreswende wieder verstärkte, war indessen nicht allein das Ergebnis von kurzfristigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Bedeutsam war vielmehr, daß die Expansion allenthalben – wenn auch in den einzelnen Industrieländern in unterschiedlichem Ausmaß – von den Investitionen getragen wurde. Die Investitionsneigung war so robust, daß sie sich schnell gegen die Störungen durchsetzte, die von den Aktienbörsen und Devisenmärkten ausgegangen waren. Überdies erwiesen sich

manche Belastungen nicht als so schwerwiegend, wie ursprünglich befürchtet worden war.

So kam es im Laufe dieses Jahres wieder zu einem nachhaltigen Kursanstieg an den Aktienmärkten. Insbesondere bestätigte sich nicht die im Herbst 1987 weit verbreitete Befürchtung, daß der starke Rückgang des Dollarkurses seit 1985 bei weitem nicht genügen würde, eine Korrektur der hohen Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite herbeizuführen. Zwar blieb das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten beträchtlich, doch reichte sein Rückgang aus, die Devisenmärkte zu beruhigen.

Allerdings sind im Jahre 1988 keineswegs alle Belastungen für die weltwirtschaftliche Entwicklung verringert oder beseitigt worden. Es bleibt die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, die durch die günstige Konjunktur nur leicht entspannt wurde. In Europa können die wachsenden Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik zu Spannungen auf den Devisenmärkten führen.

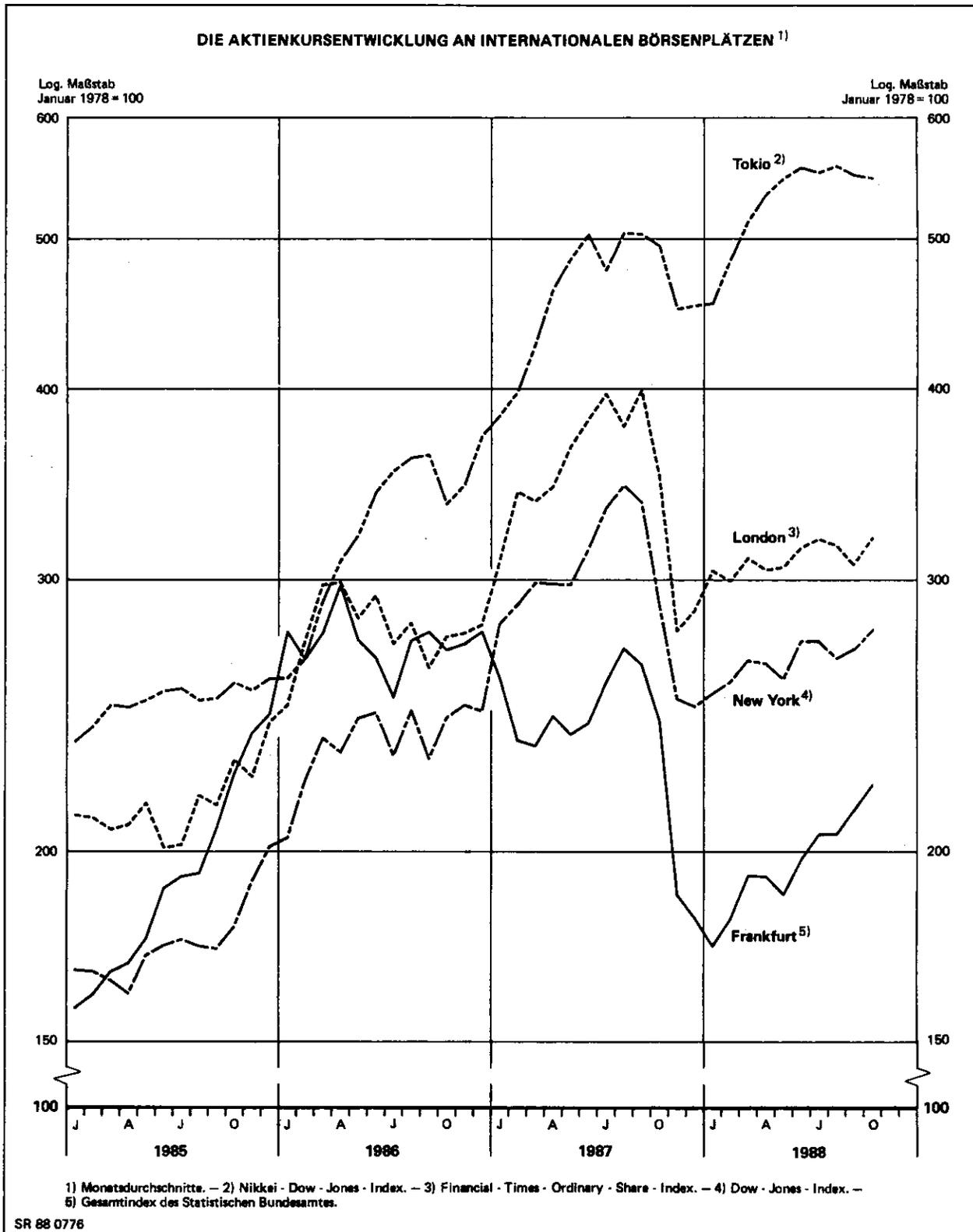
Erfolgreiches Krisenmanagement nach der Börsenkrise

3. Aus der Tatsache, daß die Krise an den Aktienbörsen keine nachhaltig sichtbaren Spuren in der realwirtschaftlichen Sphäre hinterlassen hat, läßt sich nicht schließen, daß der Verlauf der Aktienkurse keinen Einfluß auf die Konsum- und Investitionsentscheidungen hatte. Allerdings blieben die Wirkungen des Kurseinbruchs selbst in jenen Ländern gegenüber den anderen Bestimmungsfaktoren für Investition und Konsum gering, in denen die Aktie als Vermögensanlage und als Finanzierungsquelle eine große Rolle spielt, wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Dies läßt sich unter anderem damit erklären, daß die Aktienkurse vor dem Börsenkrach lange Zeit beträchtlich gestiegen waren und nach dem Kurseinbruch auf nun ermäßigtem Niveau langsam wieder nach oben tendierten (Schaubild 1).

4. Diejenigen, die nach dem Kurssturz Parallelen zur Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren zogen, hatten indessen nicht die Vermögenseffekte im Blick, sondern befürchteten ein Übergreifen der Turbulenzen auf andere Finanzmärkte und den Ausbruch einer allgemeinen Vertrauenskrise.

Eine Krise der Finanzmärkte hätte durch den Zusammenbruch von Kreditketten oder durch eine Flucht

Schaubild 1



der Anleger in liquide Anlageformen hervorgerufen werden können. Diese Gefahr wurde durch die rasche Reaktion der Notenbanken überwunden, die das Bankensystem reichlich mit Liquidität versorgten.

5. Die Korrespondenz des Kurssturzes auf den Aktienmärkten mit einem neuerlichen Verfall des Dollarkurses signalisierte im Herbst 1987, daß eine allgemeine Vertrauenskrise deshalb auszubrechen drohte, weil die Anleger den Regierungen nicht mehr die Maßnahmen zutrauten, mit denen die hohen Defizite und Überschüsse in den Leistungsbilanzen ohne Schäden für die Weltwirtschaft abgebaut werden könnten. Die Regierungen der Industrieländer versuchten, dem Ausbruch einer solchen Vertrauenskrise entgegenzuwirken, indem sie im Dezember 1987 gemeinsam mit den Notenbanken die Bereitschaft zur Kooperation bekräftigten, und zwar ausdrücklich mit dem Ziel, einen weiteren Rückgang des Dollarkurses zu vermeiden (Tabelle 5, Seite 36ff.). Zur gleichen Zeit verabschiedete der Kongreß in den Vereinigten Staaten das Haushaltsgesetz, das für das Haushaltsjahr 1987/88 eine Kürzung des Staatsdefizits um 33 Mrd Dollar und für das folgende Haushaltsjahr eine Reduzierung um weitere 13 Mrd Dollar vorsieht. Dieser Kongreßbeschuß war deshalb hilfreich, weil in den Augen der Anleger offenbar ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Budgetdefizit und dem Defizit in der Leistungsbilanz bestand.

Stabilisierung der Wechselkurse

6. Von großer Bedeutung für die günstige Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahre 1988 war es auch, daß sich die Wechselkurse stabilisierten, obwohl das internationale Leistungsbilanzgefüge nach wie vor unausgewogen war. Das Defizit der Vereinigten Staaten sowie die Überschüsse Japans und der südostasiatischen Schwellenländer blieben trotz ihres Rückgangs äußerst hoch; der Überschuß der Bundesrepublik hat sogar leicht zugenommen. Da mit dieser Unausgewogenheit im Herbst 1987 die Zuspitzung der Lage auf den Devisenmärkten begründet worden war, stellt sich die Frage, ob die im Vergleich mit früheren Jahren erreichte größere Stabilität der Wechselkurse von Dauer sein kann.

7. Verbreitet ist die These, daß der Druck auf die amerikanische Währung so lange anhalten werde, bis das Leistungsbilanzdefizit weitgehend abgebaut sei. Diese These läßt den Kapitalverkehr außer acht. Ob und zu welchem Wechselkurs ein Leistungsbilanzdefizit durch freiwillige Kapitalimporte finanziert werden kann, hängt vom Verhalten der international disponierenden Anleger ab. Solange deren Rentabilitäts-erwartungen und Risikoeinschätzungen es ihnen auch in Zukunft nahelegen, im Rahmen eines insgesamt steigenden Geldvermögens auf Dollar lautende Titel zu erwerben, stößt die weitere Finanzierung eines Leistungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten grundsätzlich nicht auf Schwierigkeiten.

8. Die Dollarkurserwartungen spielen bei den Anlageentscheidungen eine zentrale Rolle. Diese Erwartungen pflegen unter dem Eindruck neuer Meldungen über die wirtschaftliche Entwicklung und den Kurs der Wirtschaftspolitik stark zu schwanken. Zu

einem wesentlichen, wenn nicht zu dem entscheidenden Bestimmungsfaktor für die Erwartung der Kursentwicklung des Dollar scheint die Einschätzung geworden zu sein, ob das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten nachhaltig zurückgehen werde. Sollte also das amerikanische Defizit nicht weiter sinken oder sogar wieder steigen, könnte dies die Kapitalanleger zu einer Revision ihrer Ertrags- und Risikoeinschätzungen von auf Dollar lautenden Titeln veranlassen und einen starken Abwertungsdruck auf den Dollar auslösen.

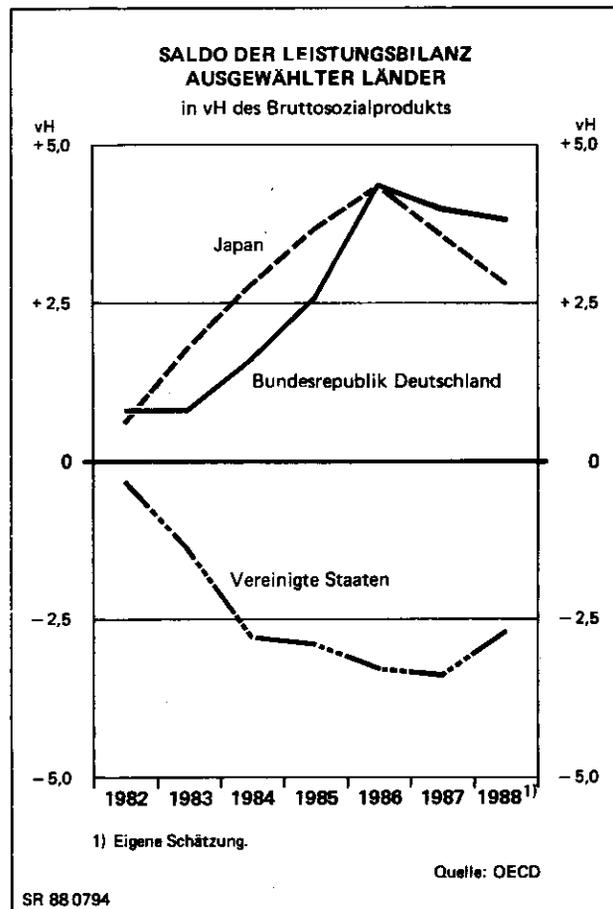
9. Ein nicht nur zeitweiliger Rückgang des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits bei weitgehend unverändertem Kursniveau würde eine gute Voraussetzung dafür schaffen, daß Spannungen auf den internationalen Finanz- und Devisenmärkten ausbleiben. Die Aussichten dafür scheinen günstig zu sein.

Die Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos der Vereinigten Staaten wird hauptsächlich von der Veränderung des Saldos der Handelsbilanz bestimmt. In diesem Jahr haben die monatlichen Handelsbilanzsalden deutlich unter ihrem Höchststand vom Herbst des vorigen Jahres (17 Mrd Dollar) gelegen; das gesamte Defizit im Jahre 1988 fiel mit etwa 140 Mrd Dollar um rund 30 Mrd Dollar niedriger aus als im Vorjahr. Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß sich der Abbau des amerikanischen Handelsbilanzdefizits fortsetzen wird. Er ist nämlich nicht nur das Ergebnis der starken Abwertung des Dollar in den Jahren 1985 bis 1987, sondern erklärt sich auch aus intensiven Anstrengungen der amerikanischen Unternehmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gelang es in den achtziger Jahren wieder, mit den Effizienzsteigerungen ihrer ausländischen Konkurrenten Schritt zu halten. Da die Lohnsteigerungen hinter dem kräftigen Produktivitätsfortschritt zurückblieben, sind die Lohnstückkosten – anders als in vielen anderen Industrieländern – zurückgegangen. Die Anstrengungen der amerikanischen Industrie waren indessen nicht nur auf Kostensenkung gerichtet, sondern auch auf die Verbesserung ihres Angebots durch Produktinnovation; in den achtziger Jahren hat die amerikanische Industrie ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung beträchtlich ausgeweitet.

10. Da die Defizite der Vereinigten Staaten ihr Pendant in Überschüssen anderer Länder haben, läßt sich ein vollständiges Urteil über ihre künftige Entwicklungsrichtung nur gewinnen, wenn auch die bei den Handelspartnern wirksamen Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftsverkehrs in die Analyse eingehen. Ein erheblicher Teil des amerikanischen Defizits entsteht im Handel mit den südostasiatischen Schwellenländern. Gegenüber den Anbietern aus diesen Ländern verbessern die amerikanischen Unternehmen ihre Marktposition, weil die Regierungen dort begonnen haben, die Einfuhr zu liberalisieren, und weil die amerikanische Regierung die Zollpräferenzen mit Wirkung vom 1. Januar 1989 aufhebt, die sie diesen Ländern in der Vergangenheit wegen ihres Status als Entwicklungsländer eingeräumt hatte.

Große Bedeutung für das internationale Leistungsbilanzgefüge hat die wirtschaftliche Entwicklung in Japan und in der Bundesrepublik (Schaubild 2).

Schaubild 2



Beide Länder weisen hohe Überschüsse auf. Hier wie dort löste die Expansion der Binnennachfrage, die allerdings in Japan stärker war und auch nachhaltiger zu sein scheint, einen starken Importsog aus. Während der Handelsbilanzüberschuß Japans sich in diesem Jahr vermutlich um 5 Mrd Dollar auf rund 90 Mrd Dollar verringerte, stieg er in der Bundesrepublik um 7 Mrd Dollar auf 73 Mrd Dollar an. Diese Globalzahl verbirgt, daß im bilateralen Warenaustausch mit den Vereinigten Staaten der deutsche Überschuß um 5 Mrd Dollar auf 8½ Mrd Dollar zurückgegangen ist. Der größte Teil des Anstiegs im gesamten Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik entfällt auf Europa. Die in den letzten Jahren gestiegene Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gegenüber den anderen europäischen Anbietern hat nicht zu einer Aufwertung der D-Mark gegenüber den anderen europäischen Währungen geführt, sondern sich in einem größeren Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik niedergeschlagen.

11. Diese Entwicklung in Europa erschwert die Korrektur der Unausgewogenheit des internationalen Leistungsbilanzgefüges ebenso wie der Umstand, daß sich die Schuldnerposition der Vereinigten Staaten und die Gläubigerpositionen Japans und der Bundesrepublik in hohem Tempo verstärkten (Tabelle 1). Weil damit auch die Zinszahlungen der Schuldnerländer und die Zinserträge der Gläubigerländer weiter ansteigen, spiegelt sich der Abbau der Handelsbilanzdefizite und -überschüsse nicht voll in den Leistungsbilanzsalden wider. In diesem Jahr führte gleichwohl der Abbau des Defizits in der amerikanischen Handelsbilanz um 30 Mrd Dollar auch zu einem Rückgang des Leistungsbilanzdefizits um etwa 20 Mrd Dollar. In Japan verminderte sich der Leistungsbilanzüberschuß um 10 Mrd Dollar und damit sogar stärker als der Handelsbilanzüberschuß, weil sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz trotz des Anstiegs der Zinserträge aufgrund einer kräftigen Zunahme der Auslandsreisen erhöhte.

Tabelle 1

Nettoauslandsposition wichtiger Industrieländer¹⁾

Land	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ^{a)}	1988 ^{a)}
	Mrd Dollar								
Bundesrepublik Deutschland	+26,1	+ 20,1	+ 27,2	+ 27,4	+ 34,1	+ 58,6	+106,3	+150,5	+192
Frankreich	×	×	- 11,8	- 20,7	- 22,2	- 11,4	+ 1,0	- 3,4	- 6
Großbritannien	+27,2	+ 47,6	+ 56,0	+ 69,2	+ 84,5	+105,4	+162,3	+159,5	+152
Italien	- 1,1	- 14,7	- 20,9	- 18,1	- 18,2	- 32,1	- 34,0	- 34,0	- 35
Japan	+10,5	+ 9,9	+ 23,7	+ 36,4	+ 73,5	+128,9	+179,3	+266,0	+344
Vereinigte Staaten	+95,1	+129,9	+125,9	+ 78,5	- 7,5	-123,0	-274,7	-435,4	-577
Kanada	-88,4	-111,5	-106,5	-112,6	-114,3	-122,1	-142,1	-149,3	-160
	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt ²⁾								
Bundesrepublik Deutschland	+ 3,4	+ 2,9	+ 4,0	+ 4,4	+ 6,1	+ 7,8	+ 10,6	+ 14,1	+ 17
Frankreich	×	×	- 2,2	- 4,3	- 4,9	- 1,8	+ 0,1	- 0,3	- 1
Großbritannien	+ 4,9	+ 9,8	+ 12,5	+ 15,8	+ 22,6	+ 20,6	+ 28,9	+ 26,1	+ 23
Italien	- 0,3	- 3,8	- 5,2	- 4,8	- 4,9	- 6,7	- 5,2	- 4,7	- 5
Japan	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,1	+ 3,0	+ 6,2	+ 8,1	+ 8,6	+ 11,9	+ 14
Vereinigte Staaten	+ 3,5	+ 4,3	+ 4,0	+ 2,3	- 0,2	- 3,1	- 6,5	- 9,7	- 12
Kanada	-34,1	- 37,1	- 35,0	- 34,5	- 33,9	- 35,6	- 38,5	- 37,1	- 37

¹⁾ (+) Nettoforderungen, (-) Nettoverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland (ohne Gold). - ²⁾ Bruttosozialprodukt für Bundesrepublik Deutschland, Japan und Vereinigte Staaten. - ^{a)} Schätzungen des IWF.

Quelle: IWF

12. Wenn sich die Anleger weiterhin an der Richtung orientieren, in der sich die Leistungsbilanzen bewegen, kann erwartet werden, daß die in diesem Jahr erreichte Stabilisierung des Dollarkurses anhalten wird. Dem steht zwar entgegen, daß die wachsende Unausgewogenheit des Leistungsbilanzgefüges innerhalb der Europäischen Gemeinschaft das Vertrauen in die Stabilität der Wechselkursrelationen schwächen könnte, doch dürfte die Unsicherheit auf den Devisenmärkten begrenzt bleiben, da Wechselkursanpassungen im Europäischen Währungssystem erfahrungsgemäß kein spektakuläres Ausmaß erreichen.

Gefahr durch Protektionismus

13. Die starke Expansion des Welthandels in diesem Jahr hat erneut vor Augen geführt, wie wichtig der internationale Gütertausch für Wachstum und Beschäftigung in allen Ländern ist. Die Auftriebskräfte in den einzelnen Ländern verstärken sich gegenseitig. Produzenten nutzen ausländische statt inländische Vorleistungen, wenn sie dadurch ihre Kosten senken und die Produktivität von Arbeit und Kapital erhöhen können; scharfe Auslandskonkurrenz ist ein Anreiz zu mehr Investitionen und zu intensiven Innovationsanstrengungen.

Trotz dieser Erfahrung scheint der Protektionismus weiter an Boden zu gewinnen. So kommt die Uruguay-Runde des GATT, an die große Hoffnung geknüpft wird, nur langsam voran. Es erweist sich insbesondere als schwierig, allgemein akzeptierte Richtlinien für den Handel mit Dienstleistungen zu finden. Auch ist bei den Gesprächen über den Abbau von Agrarsubventionen kein Fortschritt erzielt worden, obwohl im vergangenen Jahr verschiedene Ländergruppen hierzu detaillierte Pläne unterbreitet hatten (JG 87 Ziffer 50).

14. Ein ernstes Problem für einen freien Welthandel ist darin zu erblicken, daß sich die Tendenzen zur Bildung von Handelsblöcken verstärken. Außerhalb der GATT-Runde verständigen sich Länder innerhalb einer Region auf eine Liberalisierung ihres gegenseitigen Warenaustausches. So haben die Vereinigten Staaten mit Mexiko und mit Kanada Freihandelsabkommen geschlossen, und die Europäische Gemeinschaft bereitet sich auf die Vollendung des Binnenmarktes vor. Gewiß erleichtern solche Initiativen den Austausch von Waren und Diensten zwischen den direkt beteiligten Ländern, aber sie verschlechtern auch die relative Wettbewerbsposition von Unternehmen aus Drittländern, zumal wenn sie mit einer Abschottung nach außen verbunden sind. Noch gravierender ist es, daß das auf dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen beruhende multilaterale Welthandelssystem insgesamt in seiner Bedeutung ausgehöhlt wird. Erfahrungsgemäß treten zwischen Blöcken handelspolitische Gegensätze auf; wie besonders die letzten Jahre gezeigt haben, sind sogar Handelskriege nicht auszuschließen (JG 87 Ziffer 11).

15. Diese Gefahr ist auch deshalb größer geworden, weil das neue Handelsgesetz in den Vereinigten Staaten die Möglichkeiten des Präsidenten einschränkt,

protektionistische Maßnahmen zu verhindern. Es geht dabei vor allem um die Durchsetzung von Reziprozität in dem Sinne, daß ausländischen Waren nur in dem Maß Zugang zum amerikanischen Markt gewährt wird, wie amerikanische Produkte auf die Auslandsmärkte gelangen können. Diese Tendenz zu einem die internationale Arbeitsteilung verringernenden Bilateralismus, der oft sogar für einzelne Warengruppen praktiziert wird, hat auf Europa übergreifen. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften betonte in der letzten Zeit die Bedeutung der Reziprozität für die europäische Handelspolitik.

16. Zu Liberalisierungserfolgen ist es lediglich in südostasiatischen Schwellenländern und in Japan gekommen, wo die Regierungen Einfuhrbeschränkungen reduziert haben. Neben dem Druck der Handelspartner, insbesondere der Vereinigten Staaten, spielte dabei eine Rolle, daß in diesen Ländern mit den außergewöhnlich hohen Einkommenssteigerungen der letzten Jahre die Nachfrage nach ausländischen Produkten deutlich zunahm.

17. Die Gefahr des Protektionismus wird häufig unterschätzt. Er breitet sich nicht rasch aus, und seine Wirkungen treten nicht schnell ein. Auch wird die Wirksamkeit protektionistischer Maßnahmen dadurch eingeschränkt, daß die Unternehmen Wege finden, sie teilweise zu umgehen. Ein erheblicher Teil der Bemühungen um Kooperation mit ausländischen Unternehmen und um die Errichtung von Produktionsstätten im Ausland entspringt dem Motiv, Zugangsbarrieren auf den Auslandsmärkten zu unterlaufen. So konnte der Welthandel in den achtziger Jahren weiter wachsen und 1988 mit hoher Rate zunehmen. Gleichwohl sind die gegenwärtigen Gefahren des Protektionismus nicht als gering einzuschätzen. Mittelfristig sind sie sogar sehr hoch, besonders für ein Land wie die Bundesrepublik, in dem der Lebensstandard entscheidend vom Außenhandel abhängig ist. Da Protektionismus sich zu verfestigen pflegt, ist er früh zu bekämpfen.

Nur geringe Fortschritte bei der Lösung der internationalen Verschuldungskrise

18. Die günstige Weltkonjunktur in diesem Jahr hat den hochverschuldeten Entwicklungsländern geholfen. Indem sie an der starken Welthandelsexpansion teilhatten, konnten sie ihre Deviseneinnahmen deutlich erhöhen. Gleichzeitig hat sich die von der Verschuldungskrise ausgehende Gefahr für das Weltwährungssystem weiter verringert, weil Banken durch Rückstellungen oder durch Aufstockung ihres Eigenkapitals Reserven für Forderungsausfälle bildeten und weil neue Wege zur Konsolidierung der bestehenden Schulden gefunden wurden.

Gleichwohl gibt die Höhe der Auslandsverschuldung der meisten Entwicklungsländer nach wie vor Anlaß zu ernster Sorge; denn es gelang ihnen nicht, ihr Wirtschaftswachstum in ausreichendem Maße zu steigern, um fällige Zins- und Tilgungszahlungen ohne Gefährdung des Entwicklungsprozesses leisten zu können. Die begünstigenden Faktoren, die in diesem Jahr zu verzeichnen waren, ändern an dieser Grundeinschätzung nichts.

19. Um ihre Kreditwürdigkeit aufrechtzuerhalten oder wiederzuerlangen, waren die meisten Entwicklungsländer darum bemüht, ihren Schuldendienst nicht ins Stocken geraten zu lassen. In einigen Fällen wurden Rückzahlungen wieder aufgenommen, nachdem sie im vergangenen Jahr vorübergehend eingestellt worden waren. Hierzu dürfte auch die Bereitschaft der Gläubigerbanken zu weiteren Umschuldungen beigetragen haben.

Nach Schätzungen des IWF haben 1988 die fünfzehn am höchsten verschuldeten Länder, auf die sich der von dem ehemaligen amerikanischen Finanzminister Baker entworfene Entschuldungsplan bezieht, fast 40 vH ihrer Exporterlöse für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet (Tabelle 2). Auch die übrigen Entwicklungsländer haben ihre Schuldendienstquote leicht erhöht, was ihnen durch die gute konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern und die damit verbesserten Absatzchancen sowie durch die wieder etwas höheren Rohstoffpreise erleichtert wurde. Dies allein erklärt nicht die recht kräftige Verminderung des Schuldenbestandes der Entwicklungsländer in Relation sowohl zu ihrem Bruttosozialprodukt als auch zu ihren Waren- und Dienstleistungsexporten. Zu berücksichtigen ist nämlich auch, daß zahlreiche Entwicklungsländer neue Kredite nicht erhielten sowie Banken und öffentliche Gläubiger Schulden erlitten.

20. Diese Verschuldungsindikatoren sind für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der hochverschuldeten Länder zwar wichtig; wichtiger ist jedoch die Entwicklung der Importe. Vor allem durch die Einfuhr von Investitionsgütern müssen diese Länder eine Grundlage für Wirtschaftswachstum schaffen. Im Jahre 1988 sind zwar die gesamten Einfuhren wieder stärker gestiegen, wenn auch langsamer als der Welthandel. Bedenklich stimmt aber, daß es gerade die Investitionsgüter waren, deren Einfuhr nur langsam gesteigert wurde.

Die Aufbringung von Devisen für Schuldendienste bedeutet gleichzeitig, daß die Entwicklungsländer als Nachfrager auf den Weltmärkten ausfallen; protektionistische Tendenzen werden dadurch in den davon betroffenen Ländern tendenziell verstärkt. Weil die schwache Finanzlage der Entwicklungsländer auf diese Weise die internationale Arbeitsteilung beeinträchtigt, bedeutet die Verschuldung eine anhaltende Belastung für die Weltwirtschaft. Auch aus diesem Grund darf man bei den Anstrengungen zur Lösung der Schuldenprobleme nicht nachlassen.

21. Diese Anstrengungen müssen sowohl von den Schuldnerländern als auch von den Gläubigerländern ausgehen. Unstrittig ist, daß die Industrieländer mit eigenem Wachstum und der Gewährung freien Zutritts zu ihren Märkten wichtige Voraussetzungen für

Tabelle 2

Auslandsverschuldung und Schuldendienste der Entwicklungsländer in vH

Ländergruppe ¹⁾	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Schuldenbestand in Relation zu Waren- und Dienstleistungsexporten									
Entwicklungsländer insgesamt ...	81,9	95,0	119,8	133,4	132,9	148,8	167,8	156,6	147,6
Länder mit bisherigen Rückzahlungsschwierigkeiten	152,0	186,5	240,3	253,8	244,1	265,4	304,6	298,7	289,6
Fünfzehn hoch verschuldete Länder ²⁾	168,2	202,4	267,6	289,1	269,1	286,8	344,2	328,9	319,3
Schuldenbestand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt									
Entwicklungsländer insgesamt ...	24,4	27,9	31,3	33,2	34,1	36,6	38,1	38,4	36,2
Länder mit bisherigen Rückzahlungsschwierigkeiten	33,7	39,3	43,6	46,4	47,0	48,6	49,2	51,2	49,9
Fünfzehn hoch verschuldete Länder ²⁾	32,8	37,8	42,3	46,3	45,6	45,5	46,8	48,3	46,8
Zins- und Tilgungszahlungen in Relation zu Waren- und Dienstleistungsexporten									
Entwicklungsländer insgesamt ...	13,2	15,6	18,9	17,8	19,2	20,3	21,9	19,1	19,3
Länder mit bisherigen Rückzahlungsschwierigkeiten	26,6	32,0	38,8	32,2	33,5	33,5	35,0	29,0	31,8
Fünfzehn hoch verschuldete Länder ²⁾	29,4	38,8	48,9	39,3	39,5	39,2	43,2	35,9	39,3
Zinsendienste in Relation zu Waren- und Dienstleistungsexporten									
Entwicklungsländer insgesamt ...	6,6	8,7	11,0	10,8	11,5	11,9	11,6	9,3	10,2
Länder mit bisherigen Rückzahlungsschwierigkeiten	12,9	18,2	23,7	22,3	22,9	22,9	21,8	17,0	20,8
Fünfzehn hoch verschuldete Länder ²⁾	15,9	22,6	30,6	29,1	29,1	28,6	28,0	21,8	27,0

¹⁾ Die ausgewiesenen Gruppen überschneiden sich.

²⁾ Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Elfenbeinküste, Jugoslawien, Kolumbien, Marokko, Mexiko, Nigeria, Peru, Philippinen, Uruguay, Venezuela.

Quelle: IWF

die Überwindung der Verschuldungskrise schaffen müssen. In erster Linie ist aber die Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern selbst gefordert. Nur wenn es diesen Ländern gelingt, ihre Spar- und Investitionsquote zu erhöhen und für eine höhere Produktivität der Investitionen zu sorgen, können sie aus der Schuldenkrise herauswachsen. Bisher ist dies nur wenigen Ländern, so vor allem Südkorea, gelungen. Andere Länder, insbesondere die fünfzehn hoch verschuldeten sogenannten „Baker-Länder“, sind noch weit von ähnlichen Erfolgen entfernt. Die Korrektur einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die sich in unkontrollierter Expansion des Staatssektors, inflationärer Geldmengenausweitung, mannigfachen Handelsbeschränkungen und staatlichen Preisfestsetzungen zeigt, steht immer noch aus. Sie ist jedoch unverzichtbar, weil sonst wichtige Voraussetzungen für einen sich selbsttragenden Wachstumsprozeß ausbleiben. Auch lassen sich ohne eine solche Korrektur die Devisenprobleme dauerhaft nicht lösen, denn die genannten Fehlentwicklungen gehören zu den Ursachen für die Überbewertung der Währungen, der Diskriminierung der Exporte gegenüber den Importen und der Kapitalflucht.

22. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Schuldnerländern wird sich mittelfristig auch in den Investitionsquoten und Sparquoten positiv niederschlagen, die zwischen 1973 und 1987 deutlich gesunken waren. Angesichts der niedrigen und teilweise sogar sinkenden Pro-Kopf-Einkommen, insbesondere in den Ländern Afrikas südlich der Sahara, ist kurzfristig allerdings kaum damit zu rechnen, daß die Ersparnisse ausreichend gesteigert werden können, um mehr Investitionen zu ermöglichen. Deshalb werden diese Länder zunächst auf Kapitalzuflüsse von außen angewiesen bleiben, mit denen sie sich Vorprodukte, Investitionsgüter und Wissen aus den Industrieländern beschaffen können.

Die Banken werden zu weiteren Kreditzusagen jedoch nur bereit sein, wenn der notwendige Wandel der Wirtschaftspolitik in den Schuldnerländern erfolgt und infolgedessen eine deutliche Steigerung produktiver Investitionen erwartet werden kann. Gerade aus diesem Grund haben viele Banken ihre Zusage zu Umschuldungen und neuen Krediten an das Mitwirken des IWF bei der Erarbeitung von Stabilisierungsprogrammen geknüpft.

II. Kraftvolle Investitionskonjunktur in den Industrieländern

23. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern war im Jahre 1988 kraftvoll. Obwohl sich das anfänglich hohe Expansionstempo von über 4 vH im weiteren Jahresverlauf abschwächte, wurde die Produktion erheblich gesteigert und im Jahresergebnis auf ein Niveau gebracht, das um knapp 4 vH höher als 1987 lag.

Ursächlich war vor allem eine kräftige Belebung der Investitionstätigkeit. In Ausrüstungen und Bauten wurden insgesamt 7½ vH mehr investiert. Die Rate, mit der die gewerbliche Wirtschaft in den sieben größ-

ten Industrieländern ihre realen Investitionsaufwendungen steigerte, lag sogar bei rund 11 vH. Seit der ersten Ölpreiskrise war der Investitionsanstieg nur in einem Jahr höher. Verbesserte Angebotsbedingungen, eine nochmals günstigere Gewinnsituation und eine hohe Kapazitätsauslastung waren dafür ebenso maßgebend wie der durch intensive internationale Konkurrenz erzeugte Druck auf die Unternehmen, die durch technischen Fortschritt eröffneten Möglichkeiten zu Kostensenkungen, Qualitätssteigerungen und Produktinnovationen schnell wahrzunehmen.

24. Der rege Warenaustausch der Industrieländer untereinander, der wie der gesamte Welthandel mit einer Rate von rund 8 vH expandierte, sorgte dafür, daß der Aufschwung nicht auf wenige Länder beschränkt blieb. Die rasch wachsenden Exporte der einzelnen Länder beflügelten sich wechselseitig und waren nahezu überall ein wesentlicher Grund für die Stärkung der Investitionsneigung. Von besonderer Bedeutung war es, daß amerikanische Exportfirmen überdurchschnittlich stark zum Anstieg des Welthandels beitrugen. Der Druck auf den Dollar, der in den Vorjahren zu Unsicherheit bei den Investoren außerhalb des Dollarraums geführt hatte, ließ aus diesem Grund nach. Investitionsentscheidungen in vielen Ländern unterlagen damit einem geringeren Risiko.

25. Es gehört zu den Merkmalen eines von den Investitionen getragenen lebhaften Aufschwungs, daß der private Verbrauch hinter der Entwicklung des Sozialprodukts zurückbleibt. Deshalb ist es nicht überraschend, daß der Konsum der privaten Haushalte, der in den vergangenen Jahren noch der wichtigste Träger des wirtschaftlichen Wachstums gewesen war, wie im Vorjahr nur mit einer Rate von reichlich 3 vH im Länderdurchschnitt expandierte, obwohl der Ölpreis nochmals zurückging und Kaufkraft freisetzte und obwohl in einigen Ländern die Einkommensteuerbelastung verringert wurde.

26. Mit einer kraftvollen Investitionskonjunktur verbinden sich vielfach die Hoffnung auf einen schnelleren Beschäftigungsanstieg und die Befürchtung stärker werdender inflationärer Tendenzen. Beides ist nicht eingetreten.

Der ausgeprägte Produktionsanstieg hat die Arbeitsmärkte nicht zusätzlich belebt. Wie im Vorjahr wurde die Beschäftigung nur um etwas mehr als 1½ vH erhöht, und wie im Vorjahr fand diese Ausweitung hauptsächlich im Bereich der Teilzeitarbeit statt. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote für die Industrieländer insgesamt konnte so nur von 7½ vH auf 7 vH herabgedrückt werden und blieb damit hoch.

Der Preisauftrieb hat sich in diesem Jahr kaum beschleunigt. Der Anstieg der Verbraucherpreise um reichlich 3½ vH war nur wenig höher als im Vorjahr, obwohl die Unternehmen zu einem großen Teil an ihren Kapazitätsgrenzen produzierten und infolge der Nachfragebelebung neue Preiserhöhungsspielräume gewonnen hatten. Die Gründe für diese günstige Entwicklung sind vielfältig. Wichtig war vor allem, daß – betrachtet man die Gesamtheit der Industrieländer – von der Personalkostenseite kein verschärfter Druck auf die Güterpreise ausging. Obwohl die Kosten in den Unternehmen der privaten Wirtschaft pro Arbeitnehmer mit reichlich 5½ vH um dreiviertel Pro-

Tabelle 3

Wirtschaftsdaten aus

Land	Bruttoinlandsprodukt ^{1) 2)}				Inlandsnachfrage ^{1) 3)}				Privater Verbrauch ¹⁾			
	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,8	+3½	+ 1,9	+ 3,6	+ 3,1	+ 4	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,5	+ 3
Frankreich	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 3	+ 1,9	+ 3,9	+ 3,3	+ 3	+ 2,6	+ 3,4	+ 2,3	+ 2
Großbritannien	+ 1,7	+ 3,2	+ 4,4	+ 4	+ 1,6	+ 3,8	+ 4,1	+5½	+ 2,1	+ 6,0	+ 5,2	+ 5½
Italien	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,1	+3½	+ 2,1	+ 3,2	+ 4,7	+ 4	+ 2,4	+ 3,5	+ 4,3	+ 3½
Belgien	+ 1,7	+ 2,4	+ 1,5	+ 3	+ 1,3	+ 3,2	+ 3,0	+ 3	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,4	+ 2½
Niederlande	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,3	+2½	+ 1,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 2	+ 1,9	+ 3,1	+ 2,9	+ 1½
Spanien	+ 1,6	+ 3,3	+ 5,2	+4½	+ 1,1	+ 6,0	+ 8,3	+6½	+ 1,4	+ 3,7	+ 5,5	+ 4½
Schweiz	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,3	+2½	+ 1,2	+ 6,2	+ 4,8	+3½	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,0	+ 2½
Österreich	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	+3½	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,7	+ 4	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,4	+ 3½
Vereinigte Staaten	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,4	+3½	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,0	+ 3	+ 3,2	+ 4,3	+ 2,7	+ 2½
Japan	+ 4,2	+ 2,4	+ 4,3	+5½	+ 3,4	+ 4,0	+ 5,1	+7½	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,9	+ 5
Land	Erwerbstätige ^{4) 5)}				Bruttostundenverdienste ^{5) 6)}				Arbeitslosigkeit ⁷⁾			
	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾
Bundesrepublik Deutschland	- 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ ½	+ 5,2	+ 3,5	+ 3,9	+ 3½	4,7	6,5	6,5	6½
Frankreich	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ ½	+11,9	+ 4,1	+ 3,2	+ 3½	6,7	10,4	10,6	10½
Großbritannien	- 0,2	+ 0,6	+ 2,1	+ 2	+13,2	+ 8,3	+ 8,0	+ 8½	8,0	11,2	10,3	8½
Italien	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2	+ 1	+18,0	+ 4,8	+ 6,5	+ 5	7,8	10,3	10,9	11
Belgien	- 0,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 1	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,9	...	9,0	11,2	11,3	10½
Niederlande	- 0,1	+ 1,8	+ 1,2	+ 1	+ 5,4	+ 1,7	+ 1,6	...	7,7	9,9	9,6	12½
Spanien	- 1,3	+ 2,3	+ 3,1	+ 3	+19,8	+10,1	+ 8,7	...	11,7	21,0	20,5	19½
Schweiz	- 0,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 1	+ 5,5	+ 3,8	+ 2,8	+ 4	0,5	0,8	0,8	½
Österreich	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,6	+ ½	+ 6,9	+ 4,4	+ 3,1	...	2,4	3,1	3,8	3½
Vereinigte Staaten	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,6	+ 2	+ 6,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 3	7,3	6,9	6,1	5½
Japan	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+1½	+ 6,7	+ 2,8	+ 2,1	+ 4	2,2	2,8	2,8	2½
Land	Kurzfristige ⁸⁾				Langfristige ⁹⁾				Geldmenge M2 ^{5) 10)}			
	Zinssätze in Prozent p. a.											
	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾
Bundesrepublik Deutschland	6,63	4,60	3,99	4,01	7,87	5,92	5,84	6,08	+ 6,7	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,8
Frankreich	10,80	7,70	8,27	7,86	12,33	9,12	10,22	9,35	+14,7	+ 4,7	+ 9,0	+ 7,7
Großbritannien	10,94	10,30	9,22	9,16	12,70	9,85	9,50	9,38	+13,9	+22,0	+20,1	+18,0
Italien	15,43	11,46	10,74	10,98	14,36	11,47	10,58	10,49	+16,1	+ 9,4	+ 8,3	+ 6,9
Belgien	10,37	8,08	7,05	6,54	10,39	7,93	7,83	7,81	+ 8,6	+12,5	+10,3	...
Niederlande	6,68	5,49	5,18	4,12	8,76	6,36	6,38	6,29	+ 7,7	+ 5,3	+ 3,7	+ 6,6
Spanien	12,00	11,66	15,82	11,22	9,30	11,36	12,77	11,49	+14,5	+ 3,9	+ 7,7	+ 8,8
Schweiz	3,64	3,63	3,22	2,20	4,81	4,24	4,03	4,00	+ 6,8	+ 7,7	+11,1	+11,2
Österreich	8,10	7,37	6,47	5,93	8,77	7,33	6,94	6,70	+12,1	+10,7	+ 6,7	+ 6,3
Vereinigte Staaten	8,40	5,91	5,75	6,44	9,39	8,14	8,63	8,96	+10,4	+ 9,0	+ 4,9	+ 5,9
Japan	5,21	3,56	2,42	3,88	7,67	4,94	4,21	4,30	+10,1	+ 8,2	+11,5	+11,7

1) In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – 2) Bruttosozialprodukt für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan. – 3) Privater Verbrauch plus Staatsverbrauch plus Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung. – 4) Civilian employment (außer Schweiz, Österreich, Japan). – 5) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – 6) Industrie, Quelle: IWF; für Frankreich, Quelle: OECD. – 7) Italien: Tarifliche Stundenlöhne. – Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste. – 8) Arbeitslosenquoten. Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition des ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. – Italien, Schweiz, Österreich: nicht standardisiert. – 9) Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel. Für 1988 Durchschnitt der Monate Januar bis September; Österreich: Januar bis Juni. – 10) Umlaufrendite festverzinslicher Staatsschuldenscheine mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. Für 1988 Durchschnitt der Monate Januar bis September; Österreich: Januar bis Juni. – 11) Geldvolumen M1 plus Quasigeld. Für 1988 1. Halbjahr 1988 gegenüber 1. Halbjahr 1987 in vH. – 12) Waren und Dienstleistungen. – 13) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, Schweiz: Verarbeitendes Gewerbe.

Tabelle 3

gewählter Länder

Ausrüstungsinvestitionen ¹⁾				Ausfuhr ^{1) 11)}				Einfuhr ^{1) 11)}				Land
1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	
+ 3,3	+ 4,1	+ 4,0	+ 6 ^{1/2}	+ 3,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 5 ^{1/2}	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,9	+ 6 ^{1/2}	Bundesrepublik Deutschland
+ 2,0	+ 3,8	+ 4,4	+ 9	+ 3,6	- 0,7	+ 1,7	+ 7	+ 2,8	+ 6,9	+ 6,4	+ 7 ^{1/2}	Frankreich
+ 1,6	- 3,9	+ 6,9	+ 10	+ 3,0	+ 3,2	+ 5,7	+ 1	+ 2,9	+ 6,3	+ 7,6	+ 9 ^{1/2}	Großbritannien
+ 1,1	+ 5,0	+ 11,5	+ 7 ^{1/2}	+ 5,1	+ 3,4	+ 3,6	+ 6	+ 3,9	+ 4,7	+ 10,0	+ 7	Italien
+ 3,5	+ 10,8	+ 7,9	+ 11	+ 4,1	+ 5,6	+ 4,2	+ 6 ^{1/2}	+ 3,3	+ 7,3	+ 6,5	+ 6 ^{1/2}	Belgien
+ 2,8	+ 9,8	+ 0,1	+ 5	+ 2,9	+ 0,6	+ 4,2	+ 6	+ 2,7	+ 3,2	+ 5,6	+ 6	Niederlande
- 0,5	+ 10,4	+ 19,0	+ 15	+ 6,1	+ 1,0	+ 6,5	+ 6	+ 2,9	+ 15,4	+ 22,6	+ 14	Spanien
+ 3,1	+ 15,8	+ 11,3	+ 8	+ 3,3	+ 0,2	+ 1,4	+ 4 ^{1/2}	+ 4,1	+ 7,4	+ 5,6	+ 7	Schweiz
+ 2,5	+ 3,8	+ 0,9	+ 3 ^{1/2}	+ 4,6	- 2,3	+ 1,6	+ 7	+ 4,5	+ 1,3	+ 4,4	+ 7 ^{1/2}	Österreich
+ 4,4	+ 2,8	+ 2,8	+ 10	+ 2,9	+ 3,3	+ 13,1	+ 18	+ 5,7	+ 10,5	+ 7,9	+ 8 ^{1/2}	Vereinigte Staaten
+ 6,9	+ 6,4	+ 8,3	+ 17	+ 7,3	- 5,2	+ 3,7	+ 6	+ 2,0	+ 2,8	+ 9,2	+ 18	Japan
Industrieproduktion ¹²⁾				Erzeuger- bzw. Großhandelspreise ¹³⁾				Verbraucherpreise ¹⁴⁾				Land
1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	
+ 1,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 4	+ 3,5	- 3,0	- 2,2	+ 1	+ 3,7	- 0,5	+ 0,6	+ 1 ^{1/2}	Bundesrepublik Deutschland
+ 0,9	+ 0,5	+ 2,0	+ 4 ^{1/2}	+ 7,6	- 2,8	+ 0,2	+ 3 ^{1/2}	+ 9,4	+ 2,7	+ 3,2	+ 2 ^{1/2}	Frankreich
+ 1,0	+ 1,4	+ 3,7	+ 6	+ 10,8	+ 4,3	+ 4,5	+ 5	+ 10,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 4 ^{1/2}	Großbritannien
+ 1,3	+ 2,7	+ 4,0	+ 4 ^{1/2}	+ 12,4	- 0,9	+ 2,6	+ 4 ^{1/2}	+ 14,7	+ 5,9	+ 4,8	+ 5	Italien
+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 4	+ 3,5	- 6,5	- 2,5	+ 2	+ 6,3	+ 1,1	+ 1,6	+ 1	Belgien
+ 1,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 2	+ 4,1	- 2,9	- 0,8	+ 1	+ 5,0	+ 0,3	- 0,4	+ 1 ^{1/2}	Niederlande
+ 1,4	+ 2,4	+ 4,4	+ 4 ^{1/2}	+ 12,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 3	+ 14,7	+ 8,8	+ 5,3	+ 5	Spanien
+ 0,3	+ 3,9	+ 0,6	+ 3	+ 1,0	- 4,0	- 2,0	+ 2	+ 3,4	+ 0,3	+ 1,5	+ 2	Schweiz
+ 2,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 5 ^{1/2}	+ 3,4	- 5,3	- 2,0	+ 0	+ 5,2	+ 2,0	+ 0,9	+ 2	Österreich
+ 2,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 5 ^{1/2}	+ 5,4	- 2,9	+ 2,6	+ 4	+ 6,3	+ 2,4	+ 4,5	+ 4 ^{1/2}	Vereinigte Staaten
+ 3,2	- 0,3	+ 3,4	+ 8 ^{1/2}	+ 1,7	- 9,1	- 3,8	- 1	+ 4,7	+ 0,5	- 0,1	+ 0	Japan
Leistungsbilanz ¹⁵⁾				Staatsquote ¹⁶⁾				Staatsdefizit ¹⁷⁾				Land
1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	1974–1986 ^{a)}	1986	1987	1988 ¹⁸⁾	
+ 1,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 4	47,7	46,4	46,5	46	- 2,6	- 1,2	- 1,7	- 2	Bundesrepublik Deutschland
- 0,3	+ 0,4	- 0,6	- 1 ^{1/2}	47,1	51,6	51,8	51	- 1,7	- 2,9	- 2,5	- 1 ^{1/2}	Frankreich
+ 0,2	+ 0,0	- 0,6	- 3	45,7	43,4	41,9	40	- 3,5	- 2,6	- 1,5	- 0	Großbritannien
- 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 1 ^{1/2}	45,5	50,7	50,3	50 ^{1/2}	- 10,5	- 11,4	- 10,5	- 10	Italien
- 0,8	+ 2,6	+ 2,0	+ 1 ^{1/2}	50,1	54,2	52,8	52 ^{1/2}	- 8,0	- 9,2	- 7,1	- 7	Belgien
+ 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 1 ^{1/2}	56,1	57,6	58,8	57	- 4,2	- 5,9	- 6,2	- 6	Niederlande
- 1,2	+ 1,8	+ 0,0	- 1	33,0	42,2	41,5	41 ^{1/2}	- 3,0	- 5,7	- 3,6	- 3	Spanien
+ 3,9	+ 5,0	+ 4,1	+ 4	29,8	30,4	30,2 ^{b)}	30 ^{1/2}	- 0,3	+ 1,5	+ 1 ^{b)}	+ 1	Schweiz
- 1,1	+ 0,3	- 0,1	- 0	48,9	52,0	52,4	51 ^{1/2}	- 2,5	- 3,6	- 4,3	- 3 ^{1/2}	Österreich
- 0,8	- 3,3	- 3,4	- 3	34,3	35,1	34,8	34 ^{1/2}	- 2,0	- 3,4	- 2,3	- 1 ^{1/2}	Vereinigte Staaten
+ 1,1	+ 4,4	+ 3,6	+ 3	31,0	33,0	33,4	33 ^{1/2}	- 3,0	- 1,1	- 0,3	- 0	Japan

¹³⁾ Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Großhandelspreise: Italien, Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich, Vereinigte Staaten, Japan; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ¹⁴⁾ Deflator des privaten Verbrauchs; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ¹⁵⁾ Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. – ¹⁶⁾ Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für Schweiz und Vereinigte Staaten laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. – ¹⁷⁾ Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: -) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. – ¹⁸⁾ Eigene Schätzung.

^{a)} Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH; für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel). – ^{b)} Eigene Schätzung.

Quellen: EG, IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

zentpunkte schneller als 1987 stiegen, erhöhten sich die Lohnstückkosten mit nahezu unveränderter Rate (3,5 vH statt 3,4 vH im Vorjahr); die stärkere Produktivitätszunahme wirkte sich vorteilhaft aus.

Vorteilhaft für die Preisentwicklung in den Industrieländern war es auch, daß Rohöl billiger als im Vorjahr war und die Preise der übrigen Industrierohstoffe in der zweiten Jahreshälfte 1988 nachgaben.

Zur Dämpfung der Inflation hat schließlich beigetragen, daß die Notenbanken seit dem Frühjahr 1988 das Geldangebot wieder verknäpften und – mit Ausnahme der Bank von Japan – den Diskontsatz, zum Teil in mehreren Schritten, heraufsetzten (Tabelle 5, Seite 36 ff.). Daß dieser Kurswechsel die Furcht vor wieder ansteigenden Inflationsraten vermindert haben dürfte, zeigte sich an der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen. Diese folgte dem Anstieg der kurzfristigen Zinsen nur vorübergehend und auch nicht voll.

Vereinigte Staaten: Schwungvolle Exportkonjunktur

27. Nach dem letztjährigen Kurssturz an den Aktienmärkten wurde vor allem für die Vereinigten Staaten eine deutliche konjunkturelle Abschwächung befürchtet. Dazu ist es nicht gekommen. Mit hohem Tempo ist die gesamtwirtschaftliche Produktionstätigkeit im Verlauf des Jahres 1988 ausgeweitet worden, das Jahresergebnis lag reichlich $3\frac{1}{2}$ vH über dem Sozialprodukt des Vorjahres (Tabelle 3). Als Wachstumsträger erwies sich die Industrie. Dies wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Industrie, die von 1984 bis Mitte 1987 Arbeitskräfte freigesetzt hatte, erhöhte den Personalstand wieder und verstärkte dadurch den Beschäftigungsanstieg in der Gesamtwirtschaft. Im Jahresdurchschnitt waren 1988 über 2 vH Personen mehr beschäftigt als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ging weiter zurück und war mit $5\frac{1}{2}$ vH so niedrig wie zuletzt in den siebziger Jahren.

28. So günstig dieses konjunkturelle Gesamtbild des Jahres 1988 auch eingeschätzt werden mag, es wird diejenigen nicht beruhigen, die befürchten, daß der nunmehr sechsjährige Aufschwung in den Vereinigten Staaten bald ermüden werde, daß der Abbau des Budgetdefizits im amerikanischen Staatshaushalt nicht gelinge – mit Gefahren für die Weltwirtschaft – und daß inflationäre Tendenzen sich in den Vereinigten Staaten kräftig verstärken könnten. In der laufenden wirtschaftlichen Entwicklung ist kaum etwas angelegt, das diese skeptische Haltung rechtfertigt.

29. Die stärkste Auftriebskraft war 1988 wie schon im Vorjahr das Exportgeschäft. Seit Beginn des Exportaufschwungs Mitte 1986 ist die reale Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um mehr als ein Drittel gestiegen (Schaubild 3). In diesem Jahr hat sich die Expansion noch beschleunigt. Das Niveau des Vorjahres wurde um 18 vH übertroffen; der Absatz in die südostasiatischen Länder, die mit den Vereinigten Staaten wirtschaftlich eng verbunden sind, wurde sogar um zwei Fünftel ausgeweitet.

Dieser Erfolg geht zum kleineren Teil darauf zurück, daß die Binnennachfrage in wichtigen Partnerländern, insbesondere im südostasiatischen Raum und in Europa, stärker als in den Vereinigten Staaten expandierte. Überwiegend resultierte er aus der wiedergewonnenen Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft (Ziffer 9). Die amerikanischen Unternehmen haben ihre Marktanteile im Ausland teilweise beträchtlich erhöhen können. Dabei war ihnen der niedrige Dollarkurs hilfreich; als nicht weniger wichtig erwies es sich, daß die Unternehmen mit hohen Investitionen und hohen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in den vergangenen Jahren die Attraktivität ihrer Produkte und ihre Produktivität verbessert haben. Nichts spricht dagegen, daß sie diese Wettbewerbsfähigkeit auch in den kommenden Jahren besitzen werden und der Export sowie die von ihm induzierten Investitionen eine Fortsetzung des Aufschwungs gewährleisten.

Die amerikanischen Unternehmen zeigten sich nicht nur auf den Auslandsmärkten als wettbewerbsstark, sie gewannen auch auf dem heimischen Markt Terrain zurück. So kam der Importanstieg im Verlauf des Jahres 1988 nahezu zum Stillstand. Wegen der starken Importzunahme bis zum Jahresanfang wurde das Vorjahresergebnis allerdings noch um $8\frac{1}{2}$ vH übertroffen. Trotzdem nahm der reale Außenbeitrag, der Saldo aus Ausfuhr und Einfuhr in Preisen von 1982, um 30 Mrd Dollar ab. Dieser Rückgang erklärt – für sich genommen – nahezu einen Prozentpunkt des gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachses.

30. Im Fiskaljahr 1987/88 ist das Defizit des Bundes trotz konjunkturbedingter Steuermehreinnahmen um 5 Mrd Dollar auf 155 Mrd Dollar gestiegen. Die vom Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz vorgesehene Obergrenze (144 Mrd Dollar) wurde damit deutlich überschritten. Größere Schwierigkeiten beim Abbau des Budgetdefizits sind damit jedoch nicht zu verbinden, weil einmalige Effekte mitzuberücksichtigen sind. Insbesondere ist zu beachten, daß mit dem Steuerreformgesetz 1986 Steuerstrukturänderungen beschlossen worden waren. Dafür war ein bestimmter Zeitplan vorgesehen; Steuererhöhungen traten schon 1987 ein und bedingten bereits in diesem Jahr Steuermehreinnahmen. Das Defizit konnte – vor allem aus diesem Grund – im Jahre 1987 um 71 Mrd Dollar zurückgeführt werden. Die dem Reformgesetz entsprechenden Steuerentlastungen schlugen dagegen erstmalig 1988 zu Buche und führten – für sich genommen – zu einem höheren Defizit. Wären die steuerlichen Vorschriften gleichzeitig wirksam geworden, also schon 1987, wäre das Budgetdefizit 1987 gegenüber dem Vorjahr nicht um 71 Mrd Dollar, sondern nur um etwa 40 Mrd Dollar zurückgegangen. Dann hätte das Defizit dieses Jahres mit einem Betrag von etwa 180 Mrd Dollar verglichen werden müssen.

Daß die Vereinigten Staaten ihren Konsolidierungskurs nicht verlassen haben, zeigt sich auch darin, daß im Dezember 1987, als ein mittelfristiger Wiederanstieg des Budgetdefizits drohte, vom Kongreß ein Maßnahmenpaket beschlossen wurde, das diese Gefahr abwendete (Tabelle 5, Seite 36 ff.). Auch deshalb darf davon ausgegangen werden, daß das Defizit im kommenden Jahr weiter abgebaut werden wird.

Schaubild 3

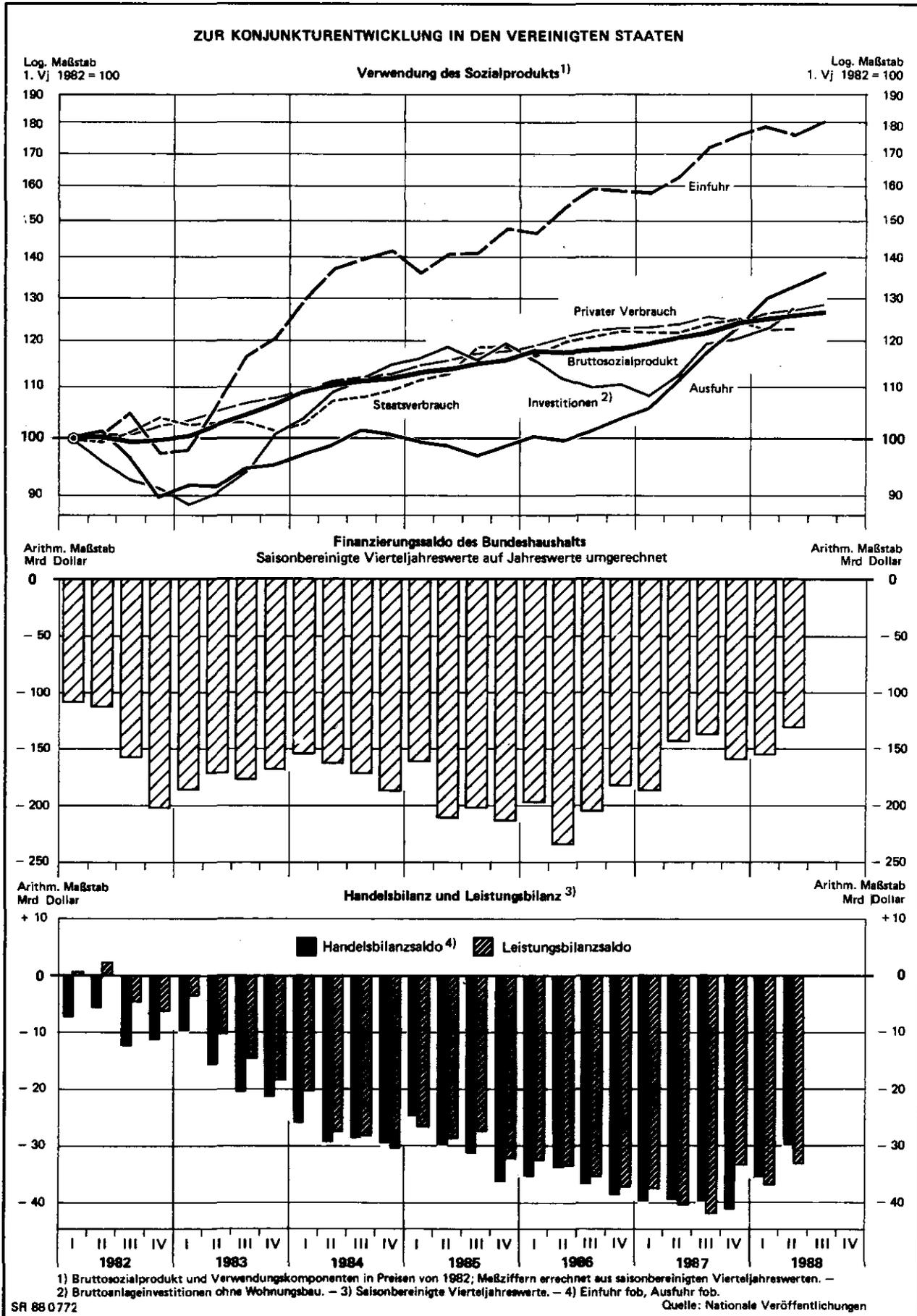
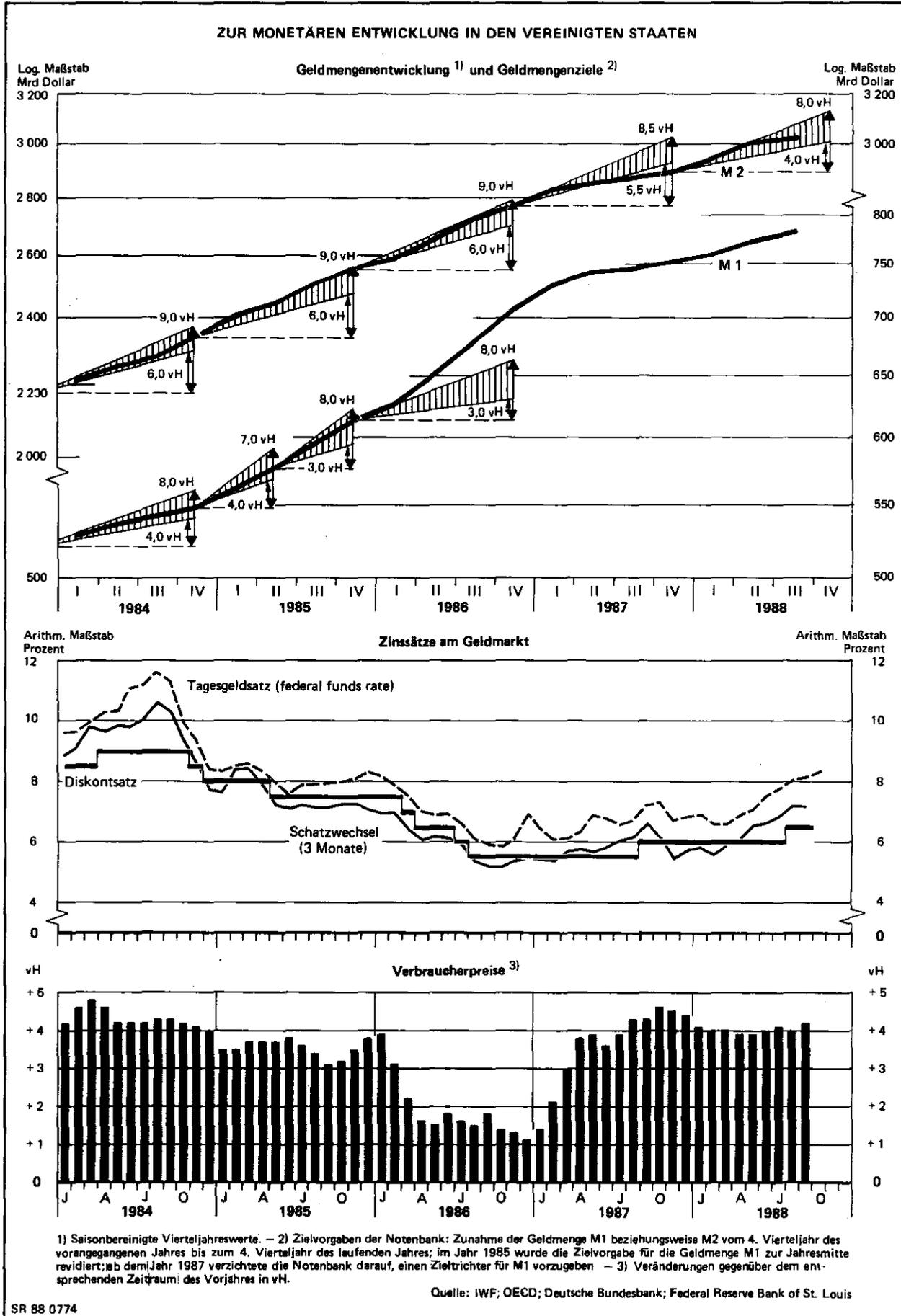


Schaubild 4



Bei der wirtschaftlichen Beurteilung des Budgetdefizits und seiner Entwicklung darf außerdem nicht übersehen werden, daß dem Fehlbetrag im Bundeshaushalt Überschüsse der Einzelstaaten und der Gemeinden gegenüberstehen. Das Defizit im zusammengefaßten Haushalt aller Gebietskörperschaften ist deshalb kleiner; es beläuft sich auf reichlich 1½ vH des Bruttosozialprodukts. Im internationalen Vergleich ist das wenig.

Daraus folgt nicht, daß der amerikanische Haushaltsfehlbetrag für die Weltwirtschaft nun kein Problem mehr darstelle. Wegen seines hohen absoluten Betrages ist seine weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen, und zwar im Vergleich mit den Ersparnissen.

Die Sparquote ist so niedrig, daß das Budgetdefizit zusammen mit dem Bedarf an Finanzierungsmitteln für die Investitionen Kapitalimporte erfordert. Die Auslandsschuld der Vereinigten Staaten nimmt dadurch ständig zu. Dieser Sachverhalt ist für die internationalen Anleger nicht ohne Belang. Sollten sie den Vereinigten Staaten nicht mehr das Vertrauen entgegenbringen, das Problem ihrer Auslandsschulden lösen zu können, ließe sich ein Kurssturz des Dollar schwerlich vermeiden. Gravierende weltwirtschaftliche Anpassungsschwierigkeiten, die sich negativ auch auf die Vereinigten Staaten auswirken werden, müßten befürchtet werden.

Angesichts der niedrigen Sparquote in den Vereinigten Staaten belastet das Budgetdefizit auch den Kapitalmarkt. Es hält die Zinsen hoch und erschwert damit die Erneuerung und den Ausbau der Produktionskapazitäten. Ein Abbau des Budgetdefizits ist deshalb erforderlich; daran ändert auch der Umstand nichts, daß dieses Defizit im Vergleich zum Sozialprodukt gering ist.

31. Die Furcht vor verstärkten inflationären Tendenzen, die eine weitere zügige Expansion gefährden würden, erscheint in den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu anderen Ländern zunächst nicht unbegründet. In weiten Bereichen der Wirtschaft waren die Produktionskapazitäten nahezu ausgelastet, und auf den Arbeitsmärkten ergaben sich Engpässe. Bei reger Nachfrage nach Arbeitskräften beschleunigte sich der Lohnanstieg, und mehr Unternehmen zahlten auf Grund der verbesserten Ertragslage ihren Beschäftigten Prämien. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt stiegen die Lohnstückkosten auf ein Niveau, das 4 vH über dem des Vorjahres lag. Das Preisklima wurde zu Beginn des Jahres 1988 weiter dadurch belastet, daß sich infolge der Abwertung des Dollar ausländische Produkte verteuerten. Das verschaffte insbesondere den mit dem Ausland konkurrierenden Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Preiserhöhungsspielräume. Verstärkt angehoben wurden vor allem die Erzeugerpreise in der metallverarbeitenden Industrie und in der chemischen Industrie.

Zur genaueren Einschätzung der Inflationsgefahr genügen diese Angaben nicht, man muß den Vergleich der Preisentwicklung im zweiten Halbjahr 1988 mit der im ersten Halbjahr hinzunehmen. Dann zeigt sich, daß es nach der Jahresmitte zu einer Beruhigung bei den Preisen kam. Der Lohndruck schwächte sich etwas ab; und bei wieder leicht rückläufiger Kapazitäts-

auslastung in der Wirtschaft ließ die Neigung der Unternehmen nach, ihre Verkaufspreise weiter zu erhöhen. Zusätzlich dämpfend wirkten in dieser Zeit die gesunkenen Ölpreise und eine leicht höhere Bewertung des Dollar, wodurch der Import verbilligt wurde.

Für die weitere Entwicklung des Preisniveaus ist es bedeutsam, daß die amerikanische Notenbank im Frühsommer dieses Jahres wieder zu dem stärker stabilitätsorientierten Kurs zurückkehrte, den sie aufgrund der letztjährigen Turbulenzen an den Aktienmärkten und Devisenmärkten für einige Monate aufgegeben hatte. Sie erhöhte den Diskontsatz von 6 % auf 6½ %. Die langfristigen Zinssätze lagen in der zweiten Jahreshälfte 1988 um einen halben Prozentpunkt höher als zu Jahresanfang und etwa auf dem Niveau der vorjährigen Sommermonate. Die Expansionsrate des Geldvolumens M2 blieb im Jahre 1988 innerhalb der angestrebten Marge von 4 vH bis 8 vH (Schaubild 4).

Japan: Beschleunigter Anstieg der Binnennachfrage

32. In Japan setzte bereits im vorigen Jahr eine stürmische Expansion ein, die bis Anfang dieses Jahres anhielt. Obwohl sich die Konjunktur anschließend beruhigte, lag die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt um reichlich 5½ vH höher als im Vorjahr. Gleichzeitig blieben die Verbraucherpreise nun schon im dritten Jahr hintereinander stabil (Tabelle 3, Seite 26 f.).

Diese Erfolgsbilanz ist um so bemerkenswerter, als die japanische Wirtschaft wegen ihrer hohen Präsenz auf dem amerikanischen Markt durch den starken Rückgang des Dollarkurses weitaus härter als die europäischen Unternehmen getroffen worden war. Auch wurde der Yen gegenüber den meisten anderen Währungen höher bewertet. Es liegt deshalb nahe zu fragen,

- auf welche Weise die außenwirtschaftlichen Belastungen verkraftet werden konnten,
- ob an die Stelle eines exportgetriebenen Aufschwungs dauerhaft eine stärker an die Binnennachfrage gebundene Konjunktur treten kann und
- warum das Preisniveau trotz des schnellen Expansionstempos stabil bleiben konnte.

33. Zunächst hatte es den Anschein, daß die japanischen Unternehmen der Dollarabwertung allein durch forcierte Produktivitätssteigerungen sowie durch Preissenkungen der abwertungsbedingten Verteuerung ihrer Exporte entgegenreten wollten. Bald wurde jedoch offenkundig, daß sich die japanische Wirtschaft damit nur kurzfristig eine Atempause verschaffen konnte. Die bisherige Exportstrategie mußte in einem wesentlichen Punkt umgestellt werden: in der Standortwahl. Anstatt die Auslandsmärkte mit Produkten aus Japan zu beliefern, errichteten nunmehr viele Unternehmen Produktionsstätten im Ausland, um vor Ort ihre Märkte zu halten oder Anteile hinzuzugewinnen, und auch, um einer Marktabschot-

tung durch protektionistische Maßnahmen zuvorzukommen und um standortgebundene Kostenvorteile im Ausland zu nutzen.

Diese Strategie hat maßgeblich zur Belebung des japanischen Exports seit Mitte 1987 beigetragen. Der Neuaufbau, die Erweiterung und die Umrüstung von Produktionsanlagen im Ausland erfolgten zum beträchtlichen Teil mit japanischen Erzeugnissen. Insbesondere die Ausfuhr nach Hongkong, Taiwan, Singapur und Thailand nahm aus diesem Grund im Jahre 1988 kräftig zu. Zugleich konzentrierte die japanische Wirtschaft ihre Exportanstrengungen auf Bereiche mit hohen Produktivitätssteigerungen, insbesondere auf bestimmte Segmente des Maschinenbaus. Gleichwohl expandierte Japans Warenausfuhr im ganzen schwächer als der Welthandel. Hierin darf man nicht unbedingt einen Verlust an Weltmarktanteilen sehen, denn die verstärkte Produktion japanischer Unternehmen im Ausland schlägt sich in den Außenhandelszahlen nur unvollkommen nieder.

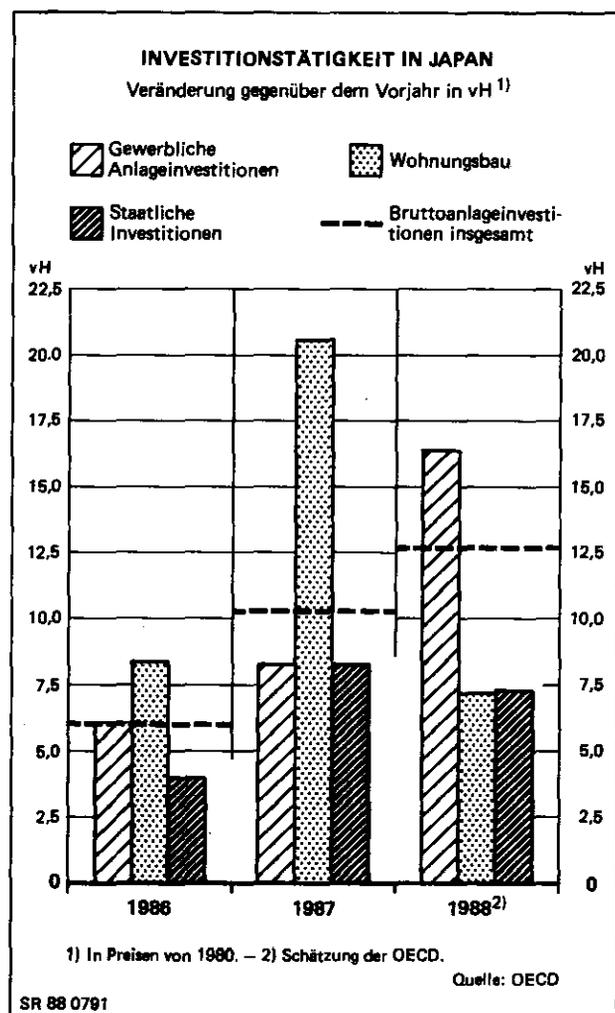
34. Auf lange Sicht kann der Aufbau von Produktionsstätten im Ausland einen hohen Export von Japan aus nicht sichern, vielmehr wird er diesen schmälern und dann zur Verringerung des hohen japanischen Handelsbilanzüberschusses beitragen. Auch auf der Importseite wirkt die Internationalisierung der japanischen Wirtschaft in diese Richtung. Ein Teil der Einfuhren stammt inzwischen aus japanischen Produktionsstätten im Ausland. Ein besonders markantes Beispiel hierfür ist der Import von Motorrädern, die in den Vereinigten Staaten von japanischen Firmen hergestellt wurden.

Durch Verstärkung der Auslandsproduktion allein läßt sich jedoch ein hoher Handelsbilanzüberschuß, wie Japan ihn hat, nicht entscheidend abbauen; auch kann auf diese Weise anhaltender Aufwertungsdruck nicht vermieden werden. Erforderlich ist vielmehr eine Schwerpunktverlagerung von der Exportausrichtung zur Binnenmarktorientierung, und zwar sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in den Unternehmensstrategien.

Diese Umstellung ist gelungen. Die Expansion der Binnennachfrage war schon 1987 mit 5,1 vH größer als die des Sozialprodukts (4,3 vH) gewesen; in diesem Jahr war die Differenz der beiden Raten, die 7½ vH und 5½ vH betragen, noch größer (Tabelle 3, Seite 26 f.). Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf die äußerst lebhafteste Investitionstätigkeit zurückzuführen. Dabei kam es in diesem Jahr zu einer bemerkenswerten Strukturverschiebung: Der Boom im Wohnungsbau ging zu Ende, und die massiven staatlichen Investitionsprogramme, die im Jahre 1987 zur Belebung der Inlandsnachfrage gestartet worden waren, liefen aus (Schaubild 5). Die Investitionsdynamik fußt nun auf der Umstellung und der Erweiterung der Produktionsanlagen. Die Ausrüstungsinvestitionen lagen 1988 um 17 vH über ihrem Vorjahresniveau. Die Unternehmen erzielten aufgrund der guten Mengenkonjunktur bei sinkenden Lohnstückkosten hohe Gewinne. Außerdem waren die Zinsen für Investitionskredite niedrig. Diese günstigen Bedingungen wurden rege genutzt, und zwar hauptsächlich im Verarbeitenden Gewerbe, dessen Unternehmen in den Jahren zuvor wegen der drastischen Höherbewertung

des Yen und wegen freiwilliger Exportbeschränkungen nur verhalten investiert hatten. Insbesondere die Hersteller von Vorprodukten, die ihre Anlagen voll ausgelastet hatten, bauten nun ihre Produktionskapazität aus. Dabei orientierten sich die Unternehmen weit mehr als in den letzten Jahren an den Absatzchancen auf dem großen japanischen Binnenmarkt. Außerdem wurden die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten spürbar intensiviert. Im tertiären Bereich veränderte sich das Investitionstempo hingegen kaum. Die Hauptimpulse gingen hier von der Büroautomatisierung und vom Ausbau der Vertriebssysteme, insbesondere für Konsumgüter, aus.

Schaubild 5



35. Daß trotz der stürmischen Expansion der Investitionen und des starken Produktionsanstiegs die Preisniveaustabilität erhalten blieb – und dies bei einer Ausweitung der Geldmenge um etwa 11 vH – konnte nicht erwartet werden. Zwei Sachverhalte dienen zur Erklärung: die deutliche Verbesserung der Produktivität und die höhere Bewertung des Yen. Nachdem die Arbeitslosenquote erneut gesunken war und die Arbeitsplätze dank der günstigen Konjunkturlage gesichert erschienen, wurden in diesem Jahr zwar merklich höhere Löhne vereinbart und größere

Bonuszahlungen an die Beschäftigten geleistet, aber die Lohnstückkosten stiegen dennoch nicht, da auch die Arbeitsproduktivität beschleunigt zunahm. Von der Kostenseite ist somit kein Druck auf die Erzeugerpreise ausgegangen. Ein Preisauftrieb, mit dem man in einer Phase der Konjunkturbeschleunigung und bei hohem Geldmengenwachstum eigentlich rechnen müßte, wurde auch durch die Wechselkursbedingte erneute Verbilligung der Einfuhren unterdrückt. Aufgrund von Liberalisierungsmaßnahmen im Außenhandel konnte zudem ein größeres preisgünstiges Importangebot wirksam werden.

Europa: Konjunkturelle Belebung bei verbesserten Wachstumsbedingungen

36. Auch in Europa hat die Produktion, die in den Jahren von 1984 bis 1987 mit einer Rate von etwas über 2,5 vH recht stetig erhöht worden war, in diesem Jahr an Schwung gewonnen. Allerdings geht die deutliche Beschleunigung, die in den ersten Monaten 1988 zu beobachten war, teilweise auf Sondereinflüsse zurück, nämlich auf den milden Winter, der insbesondere im Baubereich mehr Produktion ermöglichte, und auf Käufe von langlebigen Konsumgütern und Investitionsgütern, die nach der Börsenkrise im letzten Oktober zunächst aufgeschoben worden waren und nun nachgeholt wurden. Im Jahresdurchschnitt 1988 war das Bruttoinlandsprodukt in Europa knapp 3½ vH höher als im Vorjahr. Die Kapazitätsauslastung erreichte dabei ein Niveau wie zuletzt 1979/80.

37. Die konjunkturelle Belebung wurde von den Investitionen getragen. Vor allem die gewerbliche Nachfrage nach Anlagegütern hat beträchtlich zugenommen. Zu den Investitionsmotiven gehörte in ganz Europa auch die Notwendigkeit für die Unternehmen, sich auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen, die mit der Vollendung des einheitlichen Binnenmarktes erwartet werden, vorzubereiten. Investitionsfördernd wirkte es sich aus, daß in den meisten Ländern der Anstieg der Lohnstückkosten erneut schwächer ausfiel. Außerdem gingen wesentliche Impulse von der Zunahme des Außenhandels aus; dies läßt sich sagen, obwohl die Daten wegen einer Umstellung der Statistik in der Europäischen Gemeinschaft weniger verlässlich sind als sonst (Ziffer 78).

38. Auf die Beschäftigungsentwicklung hat sich der beschleunigte Anstieg des Sozialprodukts kaum ausgewirkt. Die Beschäftigung nahm wie im Vorjahr um etwa 1 vH zu. Im gleichen Ausmaß erhöhte sich aber auch das Angebot an Arbeitskräften. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich nur wenig und die Arbeitslosenquote blieb mit rund 10 vH besorgniserregend hoch. Dabei vergrößerte sich nochmals der Anteil der Langzeitarbeitslosen.

39. Angesichts der unbefriedigenden Beschäftigungssituation ist es nicht überraschend, daß die Nominallöhne trotz der beträchtlichen Produktionsausweitung kaum schneller stiegen als im Vorjahr. Der Anstieg der Lohnstückkosten verminderte sich. Günstig für die Preisentwicklung war es auch, daß Rohöl in diesem Jahr billiger war und daß die Verteuerung der

übrigen Rohstoffe im ersten Halbjahr durch Preisrückgänge im zweiten Halbjahr abgelöst wurde. Preistreibende Wirkungen gingen dagegen – wie in den Vereinigten Staaten und Japan – von der regen Nachfrage bei vergleichsweise hoher Kapazitätsauslastung aus. Insgesamt beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise leicht.

40. Prägend für das wirtschaftliche Gesamtbild in Europa ist die Entwicklung in den größeren Ländern, also neben der Bundesrepublik in Frankreich, Italien, Großbritannien und Spanien. Obwohl eine kraftvolle Expansion bei reger Investitionstätigkeit in jedem dieser Länder zu beobachten war, gab es jedoch beträchtliche Unterschiede in den belebenden Elementen im einzelnen, in der Preis- und Lohnentwicklung sowie in der wirtschaftspolitischen Einflußnahme.

41. In Frankreich expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt 1988 mit einer Rate von über 3 vH (Tabelle 3, Seite 26f.). Konjunkturelle Schubkraft kam zum einen von der Exportentwicklung. Das Ausfuhrvolumen, das vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1987 kräftig gestiegen war, lag im Jahresdurchschnitt 1988 um etwa 7 vH höher als im letzten Jahr. Zum anderen belebte sich trotz der nach wie vor hohen Realzinsen die gewerbliche Investitionstätigkeit kräftig. Hierzu hat wesentlich beigetragen, daß die Unternehmen ihre neuen Anlagen bei nochmals deutlich gestiegenen Gewinnen zu einem beträchtlichen Anteil aus Eigenmitteln finanzieren konnten; dies war auch deshalb wichtig, weil die Ausstattung mit Eigenkapital im internationalen Vergleich niedrig ist. Ein Großteil der Kapitalgüterkäufe wurde im Ausland getätigt. Der rege Import dieser Waren, insbesondere aus der Bundesrepublik, war in erster Linie dafür maßgeblich, daß die Handelsbilanz trotz der verbesserten Exportentwicklung wieder ein hohes Defizit aufwies.

Die Kräftigung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung erfolgte ohne nachfragepolitische Impulse. Zum einen lag die Expansionsrate der Geldmenge M2, die im Vorjahr 4 vH betragen hatte, bis in den Herbst an der Untergrenze des geldpolitischen Zieltrichters, der ein Geldmengenwachstum von 4 vH bis 6 vH vorsieht. Ihren Versuch, die Zinsentwicklung von der in den übrigen EWS-Ländern abzukoppeln, hat die französische Notenbank aufgeben müssen, vielmehr mußte sie ihren Leitzinssatz erhöhen. Zum anderen verminderte sich das Finanzierungsdefizit im öffentlichen Haushalt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vor allem aufgrund konjunkturbedingter Mehreinnahmen. Daran gemessen hat die französische Finanzpolitik in etwa konjunkturalneutral gewirkt.

Der Anstieg der Verbraucherpreise, der sich im Vorjahr nach der Aufhebung von Preiskontrollen vorübergehend verstärkt hatte, verlangsamte sich wieder. Im Jahresdurchschnitt 1988 waren die Preise für Verbrauchsgüter nur noch um reichlich 2½ vH höher als ein Jahr vorher. Die Differenz zu den Preissteigerungsraten derjenigen Länder im Europäischen Währungssystem, die bisher eine größere Geldwertstabilität aufwiesen, verringerte sich damit erneut.

Das Bild einer vergleichsweise stetigen, spannungsfreien konjunkturellen Aufwärtsentwicklung wird ge-

trübt durch die nahezu unverändert hohe Arbeitslosigkeit. Dabei waren die Bedingungen für eine Verminderung der Erwerbslosigkeit insofern außergewöhnlich günstig, als das Arbeitsangebot auch in diesem Jahr aus demographischen Gründen kaum stieg. Da jedoch die Beschäftigung nur schwach zunahm, waren im Jahresdurchschnitt wieder fast $10\frac{1}{2}$ vH der Erwerbspersonen ohne Arbeitsplatz. Ohne die umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wäre die durchschnittliche Arbeitslosenquote sogar noch deutlich höher ausgefallen.

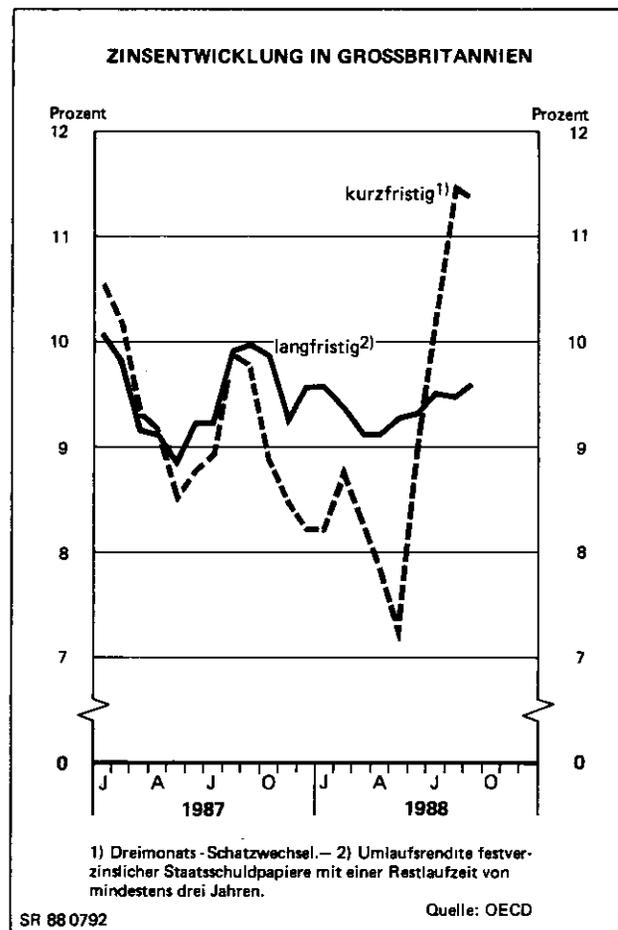
42. Die Wirtschaft in Großbritannien erreichte im Winterhalbjahr 1987/88 den Höhepunkt der seit 1982 andauernden Aufwärtsbewegung. Bei hoher Kaufbereitschaft der privaten Haushalte, voll ausgelasteten Kapazitäten und stark verbesserten Gewinnen haben die Unternehmen ihre Sachanlagen bis in den Sommer 1988 beträchtlich ausgeweitet, zeitweise mit einer Jahresrate von weit über 10 vH. Als im Frühjahr die konjunkturelle Überhitzung der britischen Wirtschaft den Preisanstieg beschleunigte, kam es zu einem radikalen geldpolitischen Kurswechsel. Die Notenbank, die bis dahin mit einer expansiven Politik der Aufwertungstendenz des Pfund Sterling entgegengewirkt hatte, leitete eine deutliche Zinserhöhung ein. Die kurzfristigen Zinsen stiegen in den Monaten Mai bis August um rund 4 Prozentpunkte auf über 11 %, die längerfristigen Zinssätze erhöhten sich allerdings kaum (Schaubild 6). In der Folge verlangsamte sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion beträchtlich. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zunahme gegenüber dem Vorjahr allerdings noch 4 vH (Tabelle 3, Seite 26f.).

Zur konjunkturellen Abschwächung trug auch bei, daß die Ölproduktion in der Nordsee zurückging. Außerdem wurden die Löhne, insbesondere in den Frühjahrsmonaten, noch kräftiger als im Vorjahr erhöht; da sich der Produktivitätsanstieg abflachte, stiegen die Lohnstückkosten deutlich. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen wurde dadurch beeinträchtigt; das Exportvolumen war trotz guter Konjunktur in den wichtigen Abnehmerländern Ende 1988 kaum höher als ein Jahr zuvor, das Importvolumen stieg in diesem Zeitraum — allerdings bei überdurchschnittlich expandierender Inlandsnachfrage — um rund ein Zehntel. Das Defizit in der britischen Leistungsbilanz vergrößerte sich in diesem Jahr um über 10 Mrd auf 13 Mrd Pfund Sterling.

Die Beschäftigung hat weiter zugenommen. Im Jahresdurchschnitt 1988 stieg sie gegenüber dem Vorjahr um 2 vH. Während die Nachfrage nach Arbeitskräften im tertiären Sektor weiter zügig stieg, ist im Verarbeitenden Gewerbe die Freisetzung von Arbeitskräften zum Stillstand gekommen. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich bis zuletzt. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote ist um etwa zwei Prozentpunkte auf $8\frac{1}{2}$ vH gesunken. Es könnte allerdings sein, daß die Verbesserung der britischen Arbeitsmarktbilanz in den letzten Jahren zu einem nicht unerheblichen Teil auf Änderungen in der statistischen Abgrenzung zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten beruht.

43. Die Wirtschaft Italiens zeigte erneut eine bemerkenswerte Dynamik. Im zweiten Halbjahr 1987 war es zu einem sprunghaften Zuwachs des Exportvolumens

Schaubild 6



gekommen, dem dann ein moderater Anstieg folgte. Da zugleich die Inlandsnachfrage ihr hohes Expansionstempo nahezu beibehielt, übertraf das Bruttoinlandsprodukt seinen Vorjahreswert um reichlich $3\frac{1}{2}$ vH (Tabelle 3, Seite 26f.). Dabei nahm die Beschäftigung um knapp 1 vH zu, die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote stieg jedoch nochmals leicht.

Die italienische Zentralbank hielt die Expansionsrate ihrer Zielgröße M2 erneut im angestrebten Bereich eines jährlichen Zuwachses von 6 vH bis 9 vH. Nicht zuletzt deshalb hat sich die Geldentwertung in Italien nicht wie in den meisten Industrieländern verstärkt. Obwohl der Mehrwertsteuersatz um die Jahresmitte von 18 vH auf 19 vH erhöht wurde, sind die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt mit knapp 5 vH nicht stärker als im Vorjahr gestiegen. Gleichwohl ist die Inflationsdifferenz zu den wichtigsten Partnerländern im Europäischen Währungssystem immer noch groß.

Die Bilanz der italienischen Finanzpolitik fällt weniger zufriedenstellend aus. Trotz der robusten Konjunktur wurde das Defizit im öffentlichen Haushalt kaum zurückgeführt; es beträgt immer noch rund 10 vH des Bruttosozialprodukts. Die zur Jahresmitte beschlossene Erhöhung einiger Verbrauchsteuern, die eine erste Stufe im Rahmen einer großen Steuerreform sein soll, läßt sich erst dann als Konsolidie-

zungsschritt ansehen, wenn der Ausgabenzuwachs nachhaltig begrenzt wird. Mit der enormen jährlichen Neuverschuldung steigt die Zinslast für den Fiskus in beängstigendem Tempo. Im Jahre 1988 haben die staatlichen Zinszahlungen in Italien schon 8½ vH des Bruttosozialprodukts erreicht gegenüber knapp 3 vH in der Bundesrepublik und in Frankreich.

44. Spanien war auch in diesem Jahr das Land mit der höchsten Wachstumsrate in Westeuropa. Die Produktionstätigkeit wurde gegenüber dem Vorjahr um mehr als 4½ vH gesteigert (Tabelle 3, Seite 26f.). Die außerordentlich hohe und ungebrochene Investitionsdynamik der letzten Jahre zeigt, daß Spanien dabei ist, im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß gegenüber den großen europäischen Ländern aufzuholen. Die kräftige Produktionsausweitung ermöglichte wiederum eine deutliche Beschäftigungssteigerung.

Wenig Grund für eine positive Einschätzung bietet dagegen die Lage am Arbeitsmarkt. Obgleich Spanien bei der Zunahme der Beschäftigung unter den Industrieländern wiederum mit an der Spitze stand und die Lohnpolitik nun schon über mehrere Jahre als zurückhaltend einzustufen ist, war die Arbeitslosenquote im Jahre 1988 mit 19½ vH immer noch etwa doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt; die Arbeitslosenquote für Jugendliche lag sogar über 40 vH. Das Auftreten erneuter Spannungen zwischen den Tarifparteien kann unter diesen Umständen nicht verwundern, zumal die Preisentwicklung mittlerweile wieder nach oben zeigt. Durch zusätzliche Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen und erhöhte Transferausgaben versuchte die Regierung, die sozialen Spannungen zu vermindern.

III. Die Europäischen Gemeinschaften mit verändertem Finanzierungssystem

45. Das Jahr 1988 war aus Sicht der Europäischen Gemeinschaften ein gutes Jahr. Im Stahlbereich, einem Sorgenkind der letzten Jahre, war die Nachfrage rege; im Juni liefen die verbliebenen Regelungen über Produktionsquoten aus. Der Beschluß, bis Ende 1992 den einheitlichen Binnenmarkt zu vollenden, gab der europäischen Wirtschaft neue Impulse, insbesondere bei den Investitionen. Außerdem wurde die Haushaltsmisere, die im letzten Jahr wieder akut geworden war, durch eine Neuregelung der Finanzverfassung zunächst behoben.

46. Die Gemeinschaft war Anfang 1988 ohne rechtskräftigen Haushalt und mußte ihre Ausgaben mit vorläufigen Zwölfkeln auf Vorjahresbasis finanzieren. Am 13. Februar 1988 kam es zu einem Eigenmittel-Beschluß, der die Finanzbasis der Gemeinschaft verbreiterte und die Grundlage für die Verabschiedung des Haushaltsplans 1988 bildete. Die Regierungschefs hatten sich auf Änderungen im Bereich der Mehrwertsteuer-Eigenmittel und auf die Einführung einer weiteren Finanzierungsquelle geeinigt.

Die Mehrwertsteuer-Eigenmittel, mit denen der EG-Haushalt zu mehr als 50 vH finanziert wird, sind bislang auf der Basis einer harmonisierten Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage erhoben worden; für jedes Mitgliedsland durften sie 1,4 vH dieser Bemessungsgrundlage nicht übersteigen.

Bei der Neuregelung wurde eine zusätzliche Restriktion eingeführt: Die Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage, also in etwa die Binnennachfrage, darf bei der Berechnung der Abführungen an die Gemeinschaft nur noch bis zu 55 vH des Bruttosozialprodukts eines Mitgliedslandes angesetzt werden. Daraus ergeben sich geringere Zahlungen derjenigen Staaten, in denen die Binnennachfrage einen hohen Anteil am Sozialprodukt ausmacht. Für den Fall, daß die bisherigen Eigenmittelquellen – das sind neben dem Mehrwertsteueranteil die Zölle, Agrarabschöpfungen und die Zuckerabgabe – nicht ausreichen, die Ausgaben zu finanzieren, wurden weitere Übertragungen aus den Haushalten der Mitgliedsländer an die Gemeinschaft vereinbart. Diese sogenannten BSP-Eigenmittel werden so auf die Mitgliedsländer umgelegt, daß alle für diese Restfinanzierung denselben Anteil ihres Bruttosozialprodukts aufwenden.

Als Rahmen für die gesamten Eigenmittel wurde ein Betrag von 1,2 vH des Bruttosozialprodukts in der Gemeinschaft festgelegt. Dies bedeutet eine beträchtliche Erweiterung der Gesamteinnahmen. Um einem damit möglichen allzu großzügigen Ausgabengebahren der Europäischen Gemeinschaften vorzubeugen, sind für die Jahre 1988 bis 1991 sogenannte Unterplafonds für den Zuwachs der Eigenmittel vorgesehen. Dadurch wird den Ausgaben eine Grenze gezogen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Unterplafonds¹⁾ für die Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften

Ausgaben in vH des Bruttosozialprodukts in der EG

1988	1989	1990	1991	1992
1,15	1,17	1,18	1,19	1,20

¹⁾ Einschließlich Sicherheitsmargen von 0,03 vH des Bruttosozialprodukts für unvorhergesehene Ausgaben.

Quelle: BMF

47. Im Jahre 1988 sollte der neue Einnahmenrahmen ausgeschöpft werden. Im Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften war eine drastische Erhöhung der Ausgaben von 36 auf rund 44 Mrd ECU angesetzt. Die davon für den Agrarbereich vorgesehenen 28½ Mrd ECU (+ 19 vH) wurden allerdings nicht vollständig benötigt, weil infolge hoher Weltmarktpreise und des höheren Dollarkurses der Subventionsbedarf für Agrarprodukte niedriger als geplant war. Eine Entlastung dieser Art kann nicht dauerhaft erwartet werden. Um den Anstieg der Gesamtausgaben für das nächste Jahr auf das Maß zu begrenzen, auf das sich die Regierungschefs während des Februar-Gipfels geeinigt hatten, wurde in der sogenannten Agrarleitlinie festgelegt, daß die Zuwachsrate der Marktordnungsausgaben ab 1989 höchstens 74 vH der Expansionsrate des Bruttosozialprodukts betragen darf. Allerdings hat man Zahlungen von dieser Regelung ausgenommen, die als Ersatz für höhere Marktordnungsausgaben gelten können. Dazu gehören die im Februar beschlossenen Programme zur Flächenstilllegung und zum Vorruhestand für Landwirte sowie

neue Einkommensbeihilfen, an deren Finanzierung sich die Europäische Gemeinschaft beteiligt.

Die Mittel für die Strukturfonds der Gemeinschaft, die zur Entwicklung der ärmeren Regionen eingerichtet worden waren, wurden im Jahre 1988 um etwa 10 vH auf 7,7 Mrd ECU angehoben. Bis 1992 sollen sie dann jährlich um 1,3 Mrd ECU aufgestockt werden. Mit dieser kräftigen Ausweitung der Strukturfonds soll zumindest verhindert werden, daß die zentralen europäischen Gebiete bei der Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes ihren Entwicklungsvorsprung gegenüber den peripheren Regionen vergrößern.

48. Angesichts der entwicklungspolitischen Aufgabe, der sich die Gemeinschaft verstärkt widmen

will, und wegen der nach wie vor kräftig steigenden Ausgaben für die Landwirtschaft ist abzusehen, daß die Europäische Gemeinschaft bald neue Finanzierungsprobleme haben wird. Soll eine erneute Finanzkrise vermieden werden, muß zumindest der Anstieg der Agrarausgaben mittelfristig deutlich vermindert werden. Die bisherigen Veränderungen im Agrarpreissystem sind dafür, trotz einiger Erfolge in Teilbereichen, nicht ausreichend. Es müssen in der Agrarpolitik einschneidende Maßnahmen durchgeführt werden, wenn die neu beschlossene Agrarleitlinie eingehalten werden soll. Außerdem müssen die Zahlungen an die Landwirtschaft außerhalb des Marktordnungsbereichs eingeschränkt werden.

Tabelle 5

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
1987	Internationale Ereignisse
14. Dezember	Die Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), mit Ausnahme des Irak, beschließen, die Ölförderung im ersten Halbjahr 1988 auf 15,06 Mio Barrel pro Tag zu beschränken, um einen Richtpreis von 18 Dollar zu verteidigen.
22. Dezember	Die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der Vereinigten Staaten, Kanadas, Japans, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland bekräftigen die grundlegenden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die durch das sogenannte Louvre-Abkommen am 22. Februar des Jahres beschlossen wurden. Die Anstrengungen zu wirtschaftspolitischer Koordination sollen fortgesetzt werden. Die konzertierten geldpolitischen Maßnahmen nach den Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten werden als angemessen und notwendig für die Stabilisierung beurteilt. Weitere starke Wechselkursschwankungen, insbesondere eine anhaltende Abwertung des US-Dollar, werden als schädlich für die weltwirtschaftliche Entwicklung angesehen und sollen durch währungspolitische Zusammenarbeit verhindert werden.
29. Dezember	Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten kommen die Geberländer des IWF überein, Kredite in Höhe von 6 Mrd Sonderziehungsrechten für die Errichtung einer erweiterten Strukturanpassungsfazilität bereitzustellen. Die zu Ziehungen in dieser Fazilität berechtigten 62 Mitgliedsländer, mit besonders niedrigem Einkommen, können Mittel bis zu 250 vH ihrer Quote und zu einem Zinssatz von 0,5 % für eine Periode von zehn Jahren beanspruchen, wobei Rückzahlungen erst nach fünf Jahren beginnen sollen. Die Zinssubventionen, die auf 2,5 Mrd Sonderziehungsrechte geschätzt werden, sollen zusätzlich von den Geberländern getragen werden.
1988	
3. März	Die Versteigerung von Forderungen gegenüber Mexiko, an der sich 139 internationale Banken aus 18 Ländern beteiligen, wird abgeschlossen. Das mexikanische Finanzministerium kauft von den angebotenen Schuldtiteln in Höhe von insgesamt 6,7 Mrd US-Dollar 3,7 Mrd US-Dollar zu einem Durchschnittspreis von 69,8 vH der Forderungen zurück. Im Umtausch erhalten die Gläubigerbanken mexikanische Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 20 Jahren zu einem Nennwert von insgesamt 2,6 Mrd US-Dollar. Als Garantie für die Rückzahlung der Anleihen investiert Mexiko 0,5 Mrd US-Dollar in Null-Kupon-Anleihen des amerikanischen Schatzamtes. Aufgrund des Forderungsverzichts (1,1 Mrd US-Dollar) und der vergleichsweise niedrigeren Zinsdienstleistungen (1,5 Mrd US-Dollar) verringert sich die Belastung aus Schuldendiensten um 2,6 Mrd US-Dollar.
12. April	Die Weltbank gibt die Schaffung der Multilateralen Investitionsgarantieagentur bekannt. Diese Agentur soll insbesondere private Direktinvestitionen in Entwicklungsländern durch die Übernahme spezieller Risiken fördern, die von normalen Versicherungsunternehmen nicht getragen werden.
14. Juni	Die Mitgliedstaaten der OPEC, mit Ausnahme des Irak, kommen überein, die Höchstfördergrenze für die zweite Jahreshälfte bei 15,06 Mio Barrel pro Tag zu belassen.
21. Juni	Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto vereinbaren die Regierungschefs der zur Gruppe der Sieben gehörenden Länder, internationale Absprachen auch für strukturpolitische Maßnahmen zu treffen. Bekräftigt wird, daß starke Wechselkursschwankungen schädlich für die weltwirtschaftliche Entwicklung seien und deshalb verhindert werden müßten. Um die Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu erleichtern, soll den bisher vereinbarten Wirtschaftsindikatoren ein Rohstoffpreisindex hinzugefügt werden. Zudem betonen die Regierungschefs die Notwendigkeit einer Agrarhandelsreform und einigen sich über Umschuldungsmaßnahmen ausstehender öffentlicher Kredite an Entwicklungsländer.

Datum	
noch 1988	noch Internationale Ereignisse
24. September	Bei ihrem Treffen am Rande der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Berlin betonen die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Länder der Gruppe der Sieben, daß die auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto vereinbarten Maßnahmen zur engeren Koordination der Wirtschaftspolitik den beabsichtigten Erfolg haben. Die Anstrengungen hierfür sollen deshalb ebenso fortgesetzt werden wie gemeinsame Interventionen an den Devisenmärkten zur Stabilisierung der Wechselkurse.
1987	Europäische Gemeinschaften
22. Dezember	Der Rat der Industrie- und Wirtschaftsminister beschließt einen Zeitplan zur Abschaffung der Stahlquoten. Die Beschlüsse, die auch soziale Maßnahmen und ein Regionalprogramm beinhalten, sehen vor, daß die Quoten für Stabstahl und Walzdraht am 1. Januar 1988 auslaufen. Für die meisten anderen Stahlsorten sollen die Quoten am 1. Juli 1988 aufgehoben werden, sofern die Kommission bis zum 10. Juni eine bindende Erklärung zur Reduzierung der Überkapazitäten um 75 vH erhält, können die Quoten bis Ende 1990 fortbestehen. Um den Stahlunternehmen die Rückkehr zum Wettbewerb zu erleichtern, werden die Quoten für das zweite Quartal 1988 um 2 vH angehoben.
1988	
13. Februar	Die Regierungschefs der Mitgliedstaaten beschließen eine umfassende Finanzreform der Europäischen Gemeinschaften. Die vereinbarten Maßnahmen sehen vor: eine Budgeterhöhung auf 1,2 vH des gemeinschaftlichen Bruttozialprodukts, die Begrenzung von Ausgabensteigerungen für die Landwirtschaft auf 74 vH der Zunahme des Sozialprodukts der Gemeinschaft, die Stabilisierung der Getreide- und Ölsaatzproduktion, die Schaffung einer jährlichen monetären Reserve von 1 Mrd ECU für den Fall wechselkursbedingter Verminderungen von Agrarausgaben, eine Verdoppelung regionaler Ausgabenverpflichtungen zwischen 1987 und 1992 und eine Verlängerung der Vereinbarung, nach der Großbritannien 66 vH seiner Nettobeiträge zurück erhält. Der Reform wird schließlich am 22. Februar zugestimmt, nachdem der Rat der Außenminister Stabilisierungsmaßnahmen für weitere sieben nicht-anbaufähige Agrarprodukte beschließt.
1. Juni	Der Präsident des Europäischen Parlaments unterzeichnet das Haushaltsgesetz der Europäischen Gemeinschaften für 1988, das Gesamtausgaben in Höhe von 43,8 Mrd ECU vorsieht. Gleichzeitig schlägt die Europäische Kommission Budgeterhöhungen von 5,9 vH für 1989 bei einer Begrenzung der Ausgabensteigerungen für die Landwirtschaft auf 2,6 vH vor.
13. Juni	Der Finanzministerrat billigt eine Anweisung, nach der die Mitgliedsländer ihre Kapitalverkehrskontrollen vollkommen beseitigen sollen. Mit Ausnahme Griechenlands, Irlands, Portugals und Spaniens sollen die Deregulierungen in den anderen Ländern bis zum 1. Juli 1990 abgeschlossen sein. Den vier genannten Ländern wird eine Frist bis Ende 1992 eingeräumt, für Portugal und Griechenland ist gegebenenfalls eine weitere Verlängerung bis Ende 1995 vorgesehen. Belgien und Luxemburg wird zugestanden, ihren dualen Devisenmarkt bis Ende 1992 aufrechtzuerhalten. Im Falle einer Währungs Krise soll es nach Billigung durch die Kommission den Mitgliedsländern erlaubt werden, Devisenkontrollen bis zu sechs Monaten wieder einzuführen. Der Rat kommt außerdem überein, eine neue mittelfristige Fazilität zu schaffen, die im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten in Anspruch genommen werden kann. Die Mittel für diese Fazilität sollen entweder direkt aus den Währungsreserven anderer Mitgliedsländer oder durch den Kreditmechanismus der Gemeinschaft bereitgestellt werden.
24. Juni	Da der Kommission keine bindenden Erklärungen zur Reduzierung von Überkapazitäten der Stahlproduktion nach dem Beschluß vom 22. Dezember 1987 zugegangen sind, laufen Ende Juni die verbliebenen Regelungen über Produktionsquoten aus.
28. Juni	Auf seinem Gipfeltreffen in Hannover kommt der Europäische Rat überein, im Sommer 1989 geeignete Maßnahmen zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu prüfen. Ein einzusetzendes Komitee soll hierfür Vorschläge unterbreiten.
1. Juli	Nachdem sich die Agrarminister nicht in der vorgesehenen Zeit über die Neufestsetzung der Agrarpreise einigen konnten, ordnet die Kommission an, die Preise für die meisten Agrarprodukte einzufrieren. Außerdem sind zusätzliche Maßnahmen vorgesehen.
1987	Belgien
3. Dezember	In Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken senkt die belgische Nationalbank ihren Diskontsatz um ¼ Prozentpunkt mit Wirkung vom 4. Dezember.
1988	
9. Mai	Unter der neuen Koalition wird die Regierung verpflichtet, das Budgetdefizit in Relation zum Bruttozialprodukt von 7,5 vH in 1988 auf 4 vH bis 1992 zu reduzieren, die Ausgaben, mit Ausnahme der Zinsausgaben, ab 1990 nicht stärker als die Inflationsrate steigen zu lassen, eine Einkommensteuerreform bis 1990 durchzuführen und die Effizienz öffentlicher Unternehmen zu erhöhen.

noch Tabelle 5

Datum	
noch 1988	noch Belgien
12. August	Die Regierung gibt ihre Pläne zur Steuerreform für 1989 bekannt. Vorgeschlagen werden Entlastungen der privaten Haushalte insbesondere durch die Reduktion der Zahl der Steuertarifstufen bei der Einkommensteuer, durch Senkung des Spitzensteuersatzes von 70,8 vH auf 55 vH und durch die Erhöhung von Unterstützungszahlungen. Die dadurch bewirkte Verminderung der Steuereinnahmen soll durch die Einschränkung von Steuerabzugsmöglichkeiten, die Erhöhung spezieller Verbrauchsteuern und eine effizientere Steuererhebung kompensiert werden.
15. August	Das Budget für 1989 wird von der Regierung vorgelegt. Geplant sind Ausgabenerhöhungen um 0,6 vH und eine Kürzung des Haushaltsdefizits von 8,3 vH auf 7 vH des Bruttosozialprodukts. Angenommen wurden dabei ein reales Wirtschaftswachstum von 1,8 vH und ein Anstieg der Verbraucherpreise um 2 vH.
16. September	Als Beitrag zur Reduzierung des Budgetdefizits plant die Nationalbank, geringe Mengen ihrer Goldreserven im nächsten Jahr zu verkaufen.
7. Oktober	In Hinsicht auf die beabsichtigte Schaffung einer Währungsunion in Europa schlägt die Regierung vor, die Satzungen der Nationalbank zu ändern. Unternehmen des finanziellen Sektors sollen einer Mindestreserverpflicht unterworfen und die Devisenbestände durch den Verkauf von Gold erhöht werden.
1987	Dänemark
8. Dezember	Das Parlament bewilligt nach einigen Änderungen den Haushaltsentwurf der Regierung für 1988. Gleichzeitig wird dem Vorschlag der Regierung zugestimmt, die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber durch eine Mehrwertsteuer mit einer äquivalenten Aufkommenshöhe zu ersetzen. Hierdurch soll die Exportindustrie gefördert werden. Für Unternehmen, die nicht der Mehrwertsteuer unterliegen (hauptsächlich solche im finanziellen Sektor), wird eine Lohnsummensteuer eingeführt.
9. Dezember	Die Nationalbank senkt ihren Interbankensatz von 9,5 % auf 9 %, nachdem andere europäische Zentralbanken Zinssenkungen vorgenommen haben.
1988	
31. August	Die Regierung legt ihren Haushaltsplan für 1989 vor, der bei unveränderter Steuerbelastung und Ausgabentätigkeit einen Budgetüberschuß von 7,8 Mrd Kronen, das sind 1 vH des Bruttosozialprodukts, nach einem erwarteten Defizit von 3,5 Mrd Kronen (0,5 vH des Bruttosozialprodukts) in diesem Jahr vorsieht. Dem Haushaltsplan liegen Annahmen über das reale Wirtschaftswachstum von 1,5 vH und den Anstieg der Verbraucherpreise um 3,75 vH zugrunde. Die Arbeitslosenrate wird auf 9 vH und das Leistungsbilanzdefizit auf 14 bis 15 Mrd Kronen geschätzt.
1. Oktober	Mit Ausnahme der Regelung, daß die Devisenpositionen der Banken 10 vH des Eigenkapitals nicht übersteigen dürfen, werden alle Devisenmarktregulierungen aufgehoben.
1987	Frankreich
3. Dezember	Die Zentralbank senkt in Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken ihren Interventionssatz am Geldmarkt um ¼ Prozentpunkt. Die Regierung kündigt Maßnahmen zur Reduzierung des Finanzierungsbedarfs für das allgemeine Sozialversicherungssystem an.
14. Dezember	Die Regierung gibt ihr Geldmengenziel für 1988 bekannt. Die Geldmenge M2 soll wie im Jahre 1987 um 4 vH bis 6 vH zunehmen. Für die Geldmenge M3 wird kein Ziel mehr bekanntgegeben, nachdem 1987 für dieses Aggregat eine starke Zielüberschreitung festgestellt wurde.
18. Dezember	Das Parlament verabschiedet das Haushaltsgesetz für 1988, das einen leichten Anstieg des Budgetdefizits auf 115 Mrd Französische Franken vorsieht. Zwei Tage später wird der Nachtragshaushalt für 1987 gebilligt. Auf der Ausgabenseite werden Sonderausgaben, die vor allem zusätzliche Zahlungen an die Europäischen Gemeinschaften und Maßnahmen zur Stimulierung privater Direktinvestitionen im Ausland betreffen, berücksichtigt. Diesen Sonderausgaben stehen unerwartete Steuermehreinnahmen gegenüber.
1988	
22. Januar	Die französische und die deutsche Regierung unterzeichnen ein Abkommen über die Einrichtung eines bilateralen Wirtschafts- und Währungsrates. Dieser Rat, dem die Wirtschafts- und Finanzminister sowie die Notenbankpräsidenten beider Länder angehören sollen, wird mit den Aufgaben einer engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik betraut.
26. Mai	Der Interventionssatz am Geldmarkt und der Sieben-Tage-Rückkaufsatz werden um ¼ Prozentpunkt auf 7 % beziehungsweise auf 7,5 % gesenkt. Gleichzeitig werden einige Mindestreservesätze erhöht.

Datum	
noch 1988	noch Frankreich
8. Juli	Eine weitere Senkung des Interventionsatzes am Geldmarkt um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt wird bekanntgegeben. Gleichzeitig kündigt die Regierung Maßnahmen an, die den Zugang kleinerer Unternehmen zum Geldmarkt erleichtern sollen.
13. Juli	Die Regierung billigt neue Gesetzesvorlagen, die die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und die Schaffung eines neuen Mindesteinkommenssystems für die soziale Reintegration besonders armer Personen vorsehen.
5. August	Der Premierminister fixiert Ausgabenbegrenzungen für den Haushalt 1989. Unter der Annahme eines nominalen Wirtschaftswachstums von 5 vH sollen die gesamten Ausgaben höchstens um 4,6 vH zunehmen, um das gesetzte Ziel für das Budgetdefizit von 100 Mrd Französische Franken nicht zu überschreiten.
25. August	Zusammen mit anderen europäischen Notenbanken erhöht die Zentralbank den Interventionsatz am Geldmarkt von 6,75% auf 7% und den Rückkaufsatz von 7,5% auf 7,75%.
14. September	Die Budgetpläne der Regierung sehen vor, Mittel in Höhe von 10 Mrd Französische Franken für Beschäftigungsmaßnahmen und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit bereitzustellen, die durch Steuererhöhungen und die Beschränkung zunächst geplanter Mehrwertsteuersenkungen finanziert werden sollen.
21. September	Die Regierung gibt ihren Haushaltsplan für 1989 bekannt. Während Ausgabenerhöhungen um 4,7 vH vorgesehen sind, sollen die Einnahmen um 6,7 vH zunehmen. Dadurch soll das Budgetdefizit von 2,1 vH auf 1,7 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt reduziert werden. Dem Haushaltsplan liegen Annahmen über das reale Wirtschaftswachstum von 2,7 vH und den Anstieg der Einzelhandelspreise von 2,4 vH zugrunde.
26. September	Zur Förderung von Direktinvestitionen in Frankreich aus Ländern, die nicht zur EG gehören, hebt das Finanzministerium das bisherige Genehmigungsverfahren auf. Allerdings unterliegt ein Beteiligungserwerb an französischen Firmen durch Unternehmen aus Nicht-EG-Ländern auch weiterhin der vorherigen Genehmigung durch das Finanzministerium, sofern der Erwerb 10 Mio Französische Franken übersteigt. Für Investitionen aus EG-Mitgliedsländern gilt die Regelung erst bei einer Beteiligung über 20 vH.
22. Oktober	Die Nationalversammlung stimmt dem Einnahmenentwurf der Regierung zu, nachdem die Höchstsätze der Mehrwertsteuer von $33\frac{1}{3}$ vH auf 28 vH und der Besitzsteuer von 5 vH auf 4,5 vH gesenkt wurde. Der Höchstsatz der Vermögensteuer wird gegenüber dem Plan der Regierung (0,9 vH) auf 1,1 vH festgesetzt.
1987	Griechenland
19. Dezember	Das Parlament verabschiedet das Haushaltsgesetz für 1988, das ein Defizit von 13,3 vH des Bruttosozialprodukts nach 12,1 vH in 1987 vorsieht. Während nach dem Haushaltsplan die Gesamtausgaben mit 21,3 vH steigen werden, wird die Zunahme der Einnahmen auf 20,3 vH geschätzt. Dem Budget liegen Annahmen über das reale Wirtschaftswachstum von 2 vH bis 2,25 vH und über den Anstieg einer Preissteigerungsrate von unter 16 vH zugrunde.
31. Dezember	Mit Wirkung vom 1. Januar 1988 senkt die Bank von Griechenland den Rediskontsatz von 21,5% auf 19%, schafft den Mindestzinssatz für kurzfristige Bankkredite von bisher 21% ab, verringert die Mindestreservepflicht für Hochzins-Bankkredite von 20 vH auf 18 vH und vereinheitlicht die Zinssätze, die sie auf mindestreservepflichtige Einlagen der Geschäftsbanken zahlt, bei 12,5%. Zudem werden die Mindestreservepflicht für Depositen bei der Landwirtschaftsbank von Griechenland von 2 vH auf 3 vH und der Refinanzierungssatz für die Landwirtschaftsbank bei der Zentralbank auf 19% angehoben.
1987	Großbritannien
3. Dezember	Die Bank von England senkt ihren Satz für den Ankauf kurzfristiger Bankwechsel um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt. Diese Maßnahme erfolgt in Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken.
1988	
20. Januar	In ihrem Weißbuch veröffentlicht die Regierung ihre Ausgabenpläne für die nächsten drei Haushaltsjahre. Demnach betragen die öffentlichen Gesamtausgaben, die über die Ankündigungen vom 3. November 1987 hinausgehen, 156,8 Mrd Pfund Sterling für das im April beginnende nächste Finanzjahr beziehungsweise 167,1 Mrd Pfund Sterling und 176,1 Mrd Pfund Sterling für die beiden weiteren Finanzjahre. Trotz der geplanten Ausgabensteigerungen wird mit einer Rückführung der Staatsquote von 42 vH auf 41,25 vH gerechnet. Wegen der verringerten Nettokreditaufnahme in den vergangenen Jahren wird für den Drei-Jahres-Zeitraum mit einer Senkung der Zinszahlungen auf öffentliche Schulden von 4,25 vH auf 3,5 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt gerechnet.

noch Tabelle 5

Datum	
noch 1988	noch Großbritannien
15. März	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1988/89 sowie die Projektionen für die folgenden drei Jahre vor und gibt die Geldmengenziele bekannt. Nach einem Budgetüberschuß von 3 Mrd Pfund Sterling im Finanzjahr 1987/88 wird mit einem Budgetüberschuß in gleicher Höhe für 1988/89 gerechnet. Für die folgenden Finanzjahre wird von einem ausgeglichenen Budget ausgegangen. Zusätzlich zu den bereits bekanntgegebenen Ausgabenerhöhungen für das kommende Finanzjahr um 2,5 Mrd Pfund Sterling werden weitere Steuerreformmaßnahmen angekündigt, die das Budget um 4 Mrd Pfund Sterling in 1988/89 und um 6,2 Mrd Pfund Sterling in 1989/90 belasten. Im wesentlichen soll der Eingangssatz beim Einkommensteuertarif gesenkt, die fünf oberen Tarifstufen (von 40 vH bis 60 vH) durch einen einheitlichen Steuersatz von 40 vH ersetzt und der Steuersatz für kleinere Unternehmen von 27 vH auf 25 vH reduziert werden. Die Geldmenge M0 soll 1988/89 um 1 vH bis 5 vH ausgeweitet und 1990/91 um 0 vH bis 4 vH reduziert werden. Den Ankündigungen liegen ein erwartetes reales Wachstum von 3 vH und ein gesamtwirtschaftlicher Preisanstieg von 4,5 vH zugrunde.
25. August	Nachdem bereits in den Monaten Juni und Juli mehrere Leitzinssatzerhöhungen um kumuliert drei Prozentpunkte vorgenommen wurden, hebt die Bank von England ihren Geldmarktzinssatz in einer europäischen Zinsrunde von 12% auf 13% an.
1. November	Die Regierung gibt ihre Ausgabenpläne für das Finanzjahr 1989/90 bekannt. Es wird an dem ursprünglichen Plan von 167 Mrd Pfund Sterling festgehalten. Damit wird die Staatsquote wie im laufenden Finanzjahr knapp unter 40 vH liegen und den niedrigsten Stand in den letzten zwanzig Jahren erreicht haben. Ausgabenerhöhungen sind insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung, Ausgaben-senkungen dagegen beim Wohnungsbau, beim Transportwesen und bei der Landwirtschaft vorgesehen. Den Ausgabenplänen liegen Annahmen über das reale Wirtschaftswachstum von 3 vH und die Inflationsrate von 5 vH zugrunde.
1987	Italien
3. Dezember	Die Effektivverzinsung von Schatzwechseln wird bei der nächsten Ausgabe um 0,08% bis 0,21% gesenkt. Dieser Schritt erfolgt in Absprache mit anderen europäischen Notenbanken.
1988	
1. Februar	Der Außenhandelsminister gibt verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung von Kapitalverkehrskontrollen bekannt, die bis spätestens zum 1. Oktober des Jahres in Kraft treten sollen.
10. März	Das Parlament verabschiedet das Haushalts- und Finanzgesetz, das eine Erhöhung des Budgetdefizits auf über 120 Billionen Lire, das sind über 11,5 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, vorsieht. Um einen noch stärkeren Anstieg der Nettoneuverschuldung zu vermeiden, sollen beabsichtigte Steuersatzsenkungen auf 1989 verschoben und öffentliche Unternehmen dazu veranlaßt werden, Investitionen vermehrt über den Kapitalmarkt zu finanzieren. Außerdem wird von geplanten zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen des Staates wieder abgesehen. Um die angestrebte gesamtwirtschaftliche Preissteigerungsrate von 4,5 vH nicht zu überschreiten, sollen die beabsichtigten Anhebungen spezieller Verbrauchsteuersätze erst am Ende des Jahres durchgeführt werden. Von einer Anhebung der Mehrwertsteuersätze soll gänzlich abgesehen werden.
19. April	Die Regierung legt einen Fünfjahresplan zur Haushaltskonsolidierung vor. Um die öffentliche Verschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bis 1992 zu stabilisieren, sollen bereits 1988 Budgetkürzungen in Höhe von mindestens 6 bis 7 Billionen Lire vorgenommen werden.
25. Mai	Die Regierung gibt Maßnahmen im Rahmen ihres Fünfjahresplanes zur Haushaltskonsolidierung bekannt. Danach sollen Freibeträge bei der Unternehmensbesteuerung gekürzt, die Abgaben auf den Elektrizitätsverbrauch erhöht, die Erhebung der Mehrwertsteuer und Einkommensteuern beschleunigt und die Ausgabentätigkeit verringert werden, um das für 1988 erwartete Budgetdefizit um insgesamt 7 Billionen Lire zu verringern. Weitere Maßnahmen, vor allem die Erhöhung der indirekten Steuersätze, die nach 1988 beabsichtigt sind, sollen unter der Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von durchschnittlich 2,5 vH bis 3 vH eine Reduzierung des Budgetdefizits auf 6,1 vH in Relation zum Brutto-sozialprodukt bis 1992 sicherstellen.
13. Juni	Weitere Deregulierungen für den Kapitalverkehr mit dem Ausland werden bekanntgegeben.
5. August	Die Regierung legt weitere Pläne zur Steuerreform vor. Durch die Abflachung der Progression beim Einkommensteuertarif, die Verminderung der Tarifstufen und die Senkung des Spitzensteuersatzes von 62 vH auf 50 vH sind ab 1989 Steuererleichterungen um jährlich 7 Billionen Lire beabsichtigt. Diese sollen durch Einschränkungen bei der Steuerabzugsfähigkeit von Ausgaben und bei zulässigen Steuerumgehungen teilweise finanziert werden.
25. August	Die Zentralbank erhöht ähnlich wie andere europäische Notenbanken den Rediskontsatz von 12% auf 12,5%.

Datum	
noch 1988	noch Italien
29. September	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1989 vor. Nach diesem Entwurf soll das Budgetdefizit von 11 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr auf 10,2 vH im nächsten Jahr gesenkt werden. Ausgegangen wird dabei von einem realen Wirtschaftswachstum von 3 vH und einem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg von 4 vH.
1987	Japan
15. Dezember	Der japanische Premierminister gibt die Einrichtung eines Kreditfonds bekannt, der mit 2 Mrd US-Dollar ausgestattet wird und Teil des im Mai 1987 angekündigten Entwicklungshilfe-Programms ist. Durch den Kreditfonds sollen gemeinsame Wagnisfinanzierungen zwischen japanischen Unternehmen und Unternehmen in den ASEAN-Staaten gefördert werden. Die Regierung bekundet eine Woche später ihren Willen, einen Beitrag in Höhe von 2 Mrd Sonderziehungsrechten zu der strukturellen Anpassungsfazität des IWF zwischen 1988 und 1992 zu leisten. Darüber hinaus ist sie bereit, zusätzlich 500 Mio Sonderziehungsrechte bereitzustellen, wenn andere Geberländer einer Verdreifachung dieser Fazität zustimmen.
1988	
20. Februar	Das Parlament billigt einen Nachtragshaushalt für das Finanzjahr 1987/88, durch den die Nettoneuverschuldung um 1 332 Mrd Yen verringert wird. Zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2 034 Mrd Yen, von denen etwa 88 vH auf Transferzahlungen an lokale Behörden und auf Zahlungen an den nationalen Schuldenkonsolidierungsfonds entfallen, stehen zusätzliche Einnahmen von 1 442 Mrd Yen und ein Überschuß von 1 934 Mrd Yen aus dem vergangenen Finanzjahr gegenüber.
10. März	Nachdem die Regierung sich dazu verpflichtet hat, im Finanzjahr 1988/89 Steuersenkungen in Höhe von 2 940 Mrd Yen durchzuführen, billigt das Unterhaus den von der Regierung am 28. Dezember 1987 vorgelegten Haushaltsplan ohne Änderungen.
7. April	Das Parlament verabschiedet das Haushaltsgesetz für das Finanzjahr 1988/89, das gegenüber dem revidierten Budget für 1987/88 Kürzungen der laufenden Ausgaben um 2,6 vH und Einnahmensteigerungen um knapp 10 vH vorsieht. Die Nettoneuverschuldung soll dadurch von 3 vH auf 2,4 vH des Bruttosozialprodukts zurückgeführt werden. Der Sonderhaushalt für Investitions- und Kreditzwecke wird allerdings um 9,4 vH aufgestockt. Der Planung liegt die Annahme zugrunde, daß das reale Wirtschaftswachstum 3,8 vH, der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg 1 vH und der Leistungsbilanzüberschuß 72 Mrd US-Dollar (10 Mrd US-Dollar weniger als im Vorjahr) betragen werden. Es wird ein gegenüber dem Vorjahr um 5 vH höherer Yen-Dollar-Kurs unterstellt.
27. Mai	Die Regierung legt einen neuen Wirtschaftsplan für den Fünfjahreszeitraum ab April 1988 vor. Vorgeesehen sind neben weiteren Anstrengungen zur Reduzierung des Budgetdefizits auch Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und des Transportwesens, die Kürzung der jährlichen Arbeitszeit von zur Zeit mehr als 2 000 Stunden auf 1 800 Stunden, die Erleichterung von Importrestriktionen, insbesondere für Agrarprodukte, sowie die Schaffung von Wirtschaftszonen um bestimmte Städte.
14. Juni	Nach den Plänen der Regierung soll die öffentliche Entwicklungshilfe Japans dem neuen Fünfjahresplan entsprechend auf mehr als 50 Mrd US-Dollar aufgestockt werden. Überdies wird beabsichtigt, den bisher vorgesehenen Schuldenerlaß für die ärmsten Entwicklungsländer wenigstens zu verdoppeln.
20. Juni	Regierungsvertreter Japans und der Vereinigten Staaten einigen sich über weitere Einfuhr liberalisierungen für amerikanische Agrarprodukte. Insbesondere sollen die Importquoten für Rindfleisch, Orangen und Orangensaft angehoben werden.
15. Juli	Die Regierung erläßt Haushaltsrichtlinien für das Finanzjahr 1989/90, die eine Steigerung der allgemeinen Ausgaben um 2,8 vH vorsehen.
20. Juli	Weitere Liberalisierungen der japanischen Importbestimmungen für amerikanische Agrarprodukte werden für die nächsten drei Jahre beschlossen.
29. Juli	Das Parlament billigt verschiedene Steuerreformmaßnahmen, zu denen sich die Regierung bei der Verabschiedung der Haushaltsgesetze verpflichtet hat. Im laufenden Finanzjahr 1988/89 sollen Einkommensteuererleichterungen für Privatpersonen um 1 300 Mrd Yen erfolgen.
21. Oktober	Die Bank von Japan kündigt Schritte zur Reformierung des Geldmarktes an, die ab dem 1. November in Kraft treten sollen.
1987	Kanada
16. Dezember	Die Bundesregierung gibt ihren Schlußentwurf zur Steuerreform bekannt. In der ersten Stufe sieht der Plan eine Senkung der Einkommensteuer und eine stärkere Besteuerung der Unternehmen vor, während in der zweiten Stufe eine Mehrwertsteuer eingeführt werden soll.

noch Tabelle 5

Datum	
1988	noch Kanada
10. Februar	Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht eine Reduzierung des Budgetdefizits in Relation zum Bruttosozialprodukt von 5,3 vH auf 4,9 vH im Finanzjahr 1988/89 und auf 4,6 vH im Finanzjahr 1989/90 vor. Dem Entwurf liegt die Annahme eines realen Wirtschaftswachstums für 1988 von 2,8 vH und einer gesamtwirtschaftlichen Preissteigerungsrate von 4 vH zugrunde. Die Arbeitslosenrate wird auf 8,3 vH und der Zinssatz für dreimonatige Schatzwechsel auf 8,6 vH geschätzt.
18. August	Die Luftfahrtgesellschaft Air Canada soll privatisiert werden. Am 28. August des Jahres bietet die Bundesregierung zunächst einen Anteil von 45 vH an, wobei Ausländer höchstens einen Anteil von 25 vH erwerben dürfen und der einzelne Aktienbesitz 10 vH nicht übersteigen darf.
1987	Niederlande
24. November	Die Zentralbank senkt ihre Zinssätze um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt mit Wirkung vom 25. November. Der Diskontsatz beträgt jetzt 4 %, der Lombardsatz 4,5 %.
3. Dezember	In Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken senkt die niederländische Zentralbank mit Wirkung vom 4. Dezember den Diskontsatz und den Lombardsatz nochmals um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt.
1988	
7. Januar	Die Zentralbank senkt mit Wirkung vom 8. Januar ihre Zinssätze um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt.
21. Januar	Nach einer abermaligen Zinssenkung um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt mit Wirkung vom 22. Januar beträgt der Diskontsatz jetzt 3,25 % und der Lombardsatz 3,75 %.
14. März	Die Regierung beabsichtigt jährliche Einsparungen im Staats- und Sozialversicherungsbudget um 3,4 Mrd Gulden, um die Nettoneuverschuldung bis 1990 auf 5,25 vH des Volkseinkommens zurückzuführen. Umgekehrt sollen 1988 Steuererleichterungen von 9,7 Mrd Gulden durchgeführt werden. Davon entfallen 5,65 Mrd Gulden auf die Unternehmensbesteuerung. Bei der Einkommensteuer für Privatpersonen ist eine Reduzierung des Höchststeuersatzes von 72 vH auf 60 vH und eine Vereinfachung des Steuertarifs vorgesehen. Nach einigen Zugeständnissen werden die Regierungspläne am 30. März vom Parlament gebilligt.
30. Juni	Die Zentralbank erhöht mit Wirkung vom 1. Juli ihre Leitzinssätze um jeweils $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt und nimmt damit ihre Zinssenkungen vom 22. Januar wieder zurück.
15. Juli	Die Regierung gibt ihre Pläne über weitere Steuerreformschritte bekannt. Danach soll 1990 die Besteuerung der Einkommen von Privatpersonen um 4,1 Mrd Gulden reduziert werden, wobei die Steuermindereinnahmen weitgehend durch die Einschränkung der Steuerabzugsfähigkeit von bestimmten Ausgaben ausgeglichen werden sollen.
28. Juli	Nach der Entscheidung der Deutschen Bundesbank, den Lombardsatz um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt zu erhöhen, hebt die Zentralbank mit Wirkung vom 29. Juli ihren Diskontsatz von 3,5 % auf 3,75 % und ihren Lombardsatz von 4 % auf 4,5 % an.
25. August	Parallel zu den Entscheidungen anderer Notenbanken erhöht die Zentralbank ihre Leitzinsen um jeweils $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt.
13. Oktober	Das Parlament billigt das Haushaltsgesetz für 1989. Darin sind Ausgabensenkungen um 0,6 vH und eine vor allem steuerreformbedingte Senkung der Einnahmen vorgesehen. Unter der Annahme, daß das reale Wirtschaftswachstum 2,5 vH und der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg 1,5 vH betragen werden, wird mit einem Budgetdefizit von 6,4 vH in Relation des Volkseinkommens gerechnet.
1987	Portugal
31. Dezember	Das Parlament verabschiedet das Haushaltsgesetz für 1988, das eine Reduzierung des Budgetdefizits von 8,7 vH auf 8,3 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt vorsieht. Dies soll vor allem durch eine Anhebung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes von 16 vH auf 17 vH und durch die Erhöhung spezieller Verbrauchssteuersätze erreicht werden. Die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung, die die Lohnanpassung bestimmt, wird auf 6,5 vH geschätzt.
1988	
5. Februar	Das Finanzministerium senkt die Leitzinssätze mit Wirkung vom 8. Februar um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt. Der Diskontsatz beträgt jetzt 14 %, die Zinsobergrenze für Bankkredite 18 % und der Mindestsatz für Einlagen mit sechs- und zwölfmonatiger Laufzeit 13,5 %.
5. Mai	Der Diskontsatz wird abermals um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt, die Zinsobergrenze für Bankkredite um 1 Prozentpunkt und der Mindestsatz für Einlagen mit sechs- und zwölfmonatiger Laufzeit um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt gesenkt.

Datum	
noch 1988	noch Portugal
24. Mai	Die Regierung legt ein Gesetz zur Steuerreform vor, nach dem die Einkommensteuer für Privatpersonen und die Einkommensteuer für Unternehmen mit Wirkung vom 1. Januar 1989 vereinheitlicht werden sollen. Die neuen Steuersätze sollen für Personen zwischen 16 und 45 vH und für Unternehmen 36,5 vH betragen und damit leicht unter den bisher geltenden Steuersätzen liegen.
15. September	Das Finanzministerium hebt die Zinsobergrenze für Bankkredite, mit Ausnahme der für Baukredite, auf.
7. Oktober	Die Regierung gibt einen Fünfjahresplan zur Stärkung des Wirtschaftswachstums, zur Erhöhung der Produktivität und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der Inflation bekannt. Insbesondere sind Maßnahmen vorgesehen, durch die die Investitionstätigkeit und die Exporte stimuliert werden sollen.
17. Oktober	Der von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf für 1989 sieht eine Senkung des Budgetdefizits von 8,4 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 7,8 vH vor. Dabei wird von einem realen Wirtschaftswachstum von 4 vH und einem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg um 6 vH ausgegangen.
1988	Schweden
11. Januar	Die Regierung legt ihren Haushaltsplan für das im Juli beginnende Finanzjahr vor. Danach soll das Budgetdefizit von 1,4 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt auf 1,1 vH reduziert werden. Dem Entwurf liegt eine Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 1,9 vH bei einem Anstieg der Verbraucherpreise um 3 vH zugrunde. Die Arbeitslosenrate wird auf 1,8 vH und das Leistungsbilanzdefizit auf 12,2 Mrd Kronen geschätzt.
27. April	In einem Nachtragshaushalt für das Finanzjahr 1988/89 kündigt die Regierung verschiedene Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung an. Die Schätzungen für das Budgetdefizit werden auf 0,6 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt reduziert. Dabei wird nunmehr von einem realen Wirtschaftswachstum von 2,2 vH und einem Anstieg der Verbraucherpreise von 5,3 vH für 1988 ausgegangen.
28. April	Die Bank von Schweden hebt den Diskontsatz mit Wirkung vom 29. April von 7,5 % auf 8,5 % an. Zudem erbittet sie die Zustimmung der Regierung, den Mindeststeuersatz für Bargeldbestände der Banken von 3 vH auf 4 vH der gesamten Kreditvergaben heraufzusetzen.
1987	Schweiz
3. Dezember	In einer konzertierten Aktion europäischer Zentralbanken senkt die Schweizer Nationalbank mit Wirkung vom 4. Dezember ihren Diskontsatz und ihren Lombardsatz um ½ Prozentpunkt auf 2,5 % beziehungsweise 4 %.
18. Dezember	In Abstimmung mit der Bundesregierung gibt die Schweizer Nationalbank ihr Geldmengenziel für 1988 bekannt. Die durchschnittliche Expansion der bereinigten Notenbankgeldmenge soll 3 vH betragen.
1988	
26. Januar	Die Bundesregierung gibt ihren Finanzplan für den Zeitraum von 1987 bis 1991 bekannt. Ausgaben-erhöhungen sollen auf durchschnittlich 5 vH begrenzt werden, während der Einnahmenezuwachs aufgrund von Einkommensteuerausfällen auf lediglich 4 vH geschätzt wird. Demgemäß wird mit einem Budgetüberschuß in Höhe von 1,2 Mrd Schweizer Franken in 1988, einem Überschuß von 0,3 Mrd Schweizer Franken in 1989 und einem Defizit von 1 Mrd Schweizer Franken in 1991 gerechnet.
29. Februar	Die Bundesregierung beschließt, einen zinsfreien Kredit in Höhe von 200 Mio Sonderziehungsrechten für die erweiterte Strukturanpassungsfazilität des IWF zu gewähren.
30. Juni	Die Schweizer Nationalbank erhöht den Lombardsatz von 4 % auf 4,5 % mit Wirkung vom 1. Juli. Damit wird die Senkung vom 4. Dezember 1987 wieder zurückgenommen.
11. Juli	Das „Friedensabkommen von 1937“ in der Metall- und Maschinenbauindustrie wird mit einigen Änderungen rückwirkend vom 1. Juli 1988 um fünf Jahre verlängert.
25. August	Wie andere europäische Notenbanken hebt auch die Schweizer Nationalbank ihren Diskontsatz von 2,5 % auf 3 % und den Lombardsatz von 4,5 % auf 5 % an.
21. Oktober	Der von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf für 1989 sieht einen Budgetüberschuß in Höhe von 0,1 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt nach 0,2 vH in diesem Jahr vor. Es ist geplant, die Ausgaben um 7 vH und die Einnahmen um 4,1 vH zu erhöhen. Die mittelfristigen Projektionen für die Jahre 1988 bis 1992 gehen von einem durchschnittlich jährlichen realen Wirtschaftswachstum von 1,5 vH, einer Inflationsrate von 2,5 vH und einer Steigerung der öffentlichen Ausgaben um 4,6 vH aus. Den Schätzungen entsprechend wird mit einem Budgetüberschuß von 60 Mio Schweizer Franken in 1990 und einem Defizit von 440 Mio in 1991 beziehungsweise 10 Mio Schweizer Franken in 1992 gerechnet.

noch Tabelle 5

Datum	
1987	Spanien
4. Dezember	Die Bank von Spanien folgt anderen europäischen Zentralbanken, indem sie ihren Regulierungssatz am Geldmarkt von 14,5% auf 14% senkt.
22. Dezember	Das Parlament billigt den von der Regierung am 25. September des Jahres vorgelegten Haushaltsentwurf für 1988. Das Budget sieht Einnahmensteigerungen von 9 vH und Ausgabenerhöhungen von 11 vH vor. Unter der Annahme, daß das reale Wirtschaftswachstum 3,8 vH und der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg 3 vH betragen werden, wird mit einem Defizit in Höhe von 3,5 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt gerechnet.
23. Dezember	Der Regulierungssatz am Geldmarkt wird abermals um ½ Prozentpunkt gesenkt. Gleichzeitig wird für einen Monat der Mindestreservesatz von 19,5 vH auf 18,5 vH reduziert.
1988	
23. September	Die Regierung legt den Haushaltsplan für 1989 vor. Die Ausgaben sollen um 15 vH (vor allem bedingt durch einen Anstieg der Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen um 59 vH) und die Einnahmen um 12,4 vH erhöht werden. Demzufolge wird mit einem Budgetdefizit von 2,8 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt gerechnet.
1987	Vereinigte Staaten
22. Dezember	Der Kongreß verabschiedet das Haushaltsgesetz, das eine Reduzierung des Defizits im Bundeshaushalt um 32,7 Mrd US-Dollar für 1987/88 und um (kumuliert) 45,9 Mrd US-Dollar für 1988/89 vorsieht. Damit geht das Gesetz, das noch am selben Tag vom Präsidenten unterzeichnet wird, über die Einigungen zwischen der Regierung und Unterhändlern des Kongresses hinaus, die bereits am 20. November des Jahres erzielt wurden, und kommt somit automatischen Budgetkürzungen nach dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz zuvor. Einsparungen sollen in erster Linie im Verteidigungsbereich, bei Gesundheits- und Sozialprogrammen und bei Agrarsubventionen erfolgen, während Mehreinnahmen hauptsächlich aus Steuererhöhungen und Privatisierungen resultieren. Außerdem wird eine Bestimmung erlassen, nach der japanische Bauunternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.
1988	
2. Januar	Der amerikanische Präsident und der kanadische Premierminister unterzeichnen ein bilaterales Freihandelsabkommen, das zum 1. Januar 1989 in Kraft treten soll. Es muß allerdings noch von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden.
30. Januar	Der Präsident entscheidet, die Zollpräferenzen für Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan mit Wirkung ab 1989 aufzuheben. Es wird damit gerechnet, daß durch die Erhebung von Importzöllen von durchschnittlich 5 vH bis 6 vH die Exporte dieser Länder nach den Vereinigten Staaten um insgesamt 10 Mrd US-Dollar sinken werden.
18. Februar	Der Präsident legt den Bundeshaushalt für das Finanzjahr 1988/89 vor. Nach Berücksichtigung der vom Kongreß am 22. Dezember 1987 verabschiedeten Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen ist eine Reduzierung des Budgetdefizits auf 129,5 Mrd US-Dollar (2,6 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt) für 1988/89 nach einem geschätzten Defizit von 146,7 Mrd US-Dollar (3,1 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt) in 1987/88 vorgesehen. Während die Ausgaben um 3,6 vH steigen sollen, wird mit Einnahmenerhöhungen um 6,1 vH gerechnet. Dem Bundeshaushalt liegt die Annahme zugrunde, daß das reale Wirtschaftswachstum 2,4 vH im Verlauf von 1988 und 3,5 vH für 1989 betragen wird und die Verbraucherpreise 1988 um 4,3 vH und 1989 um 3,9 vH steigen. Die Arbeitslosenrate wird für 1988 auf 5,8 vH und für 1989 auf 5,5 vH geschätzt (jeweils viertes Quartal). Zudem wird von einem jahresdurchschnittlichen Zinssatz für Dreimonats-Schatzwechsel von 5,3% (1988) beziehungsweise 5,2% (1989) ausgegangen.
23. Februar	Das Federal Reserve Board gibt die neuen Geldmengenziele bekannt: Die Geldmengen M2 und M3 sollen vom vierten Quartal 1987 bis zum vierten Quartal 1988 um jeweils 4 vH bis 8 vH zunehmen. Der Korridor für die inländische Verschuldung der nicht-finanziellen Sektoren wird auf 7 vH bis 11 vH festgesetzt. Für die Geldmenge M1 wird wiederum kein Ziel vorgegeben. Dem Beschluß liegt ein erwartetes Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von 2 vH bis 2,5 vH und ein gesamtwirtschaftlicher Preisanstieg von 3,25 vH bis 3,75 vH zugrunde.
13. Juli	Die Überprüfung der Geldmengenziele für das laufende Jahr ergibt keine Änderung gegenüber den ursprünglichen Festsetzungen.
9. August	Die Notenbank erhöht den Diskontsatz von 6% auf 6,5%.

Datum	
<p>noch 1988 23. August</p>	<p>noch Vereinigte Staaten</p> <p>Der Präsident unterzeichnet das Handelsgesetz. Dieses Gesetz, das mit Ausnahme der Regelungen über die frühzeitige Bekanntgabe von Unternehmensstillegungen und Beschränkungen von Ölexporten aus Alaska der Vorlage entspricht, gegen die der Präsident noch im Mai sein Veto eingelegt hat, enthält gegenüber der bisherigen Gesetzgebung vor allem folgende Änderungen: Erstens wird die Administration dazu verpflichtet, unfaire Handelspraktiken anderer Länder zu untersuchen, und ermächtigt, verschiedene diskretionäre Vergeltungsmaßnahmen durchzuführen. Anders als bisher, als Maßnahmen nur gegen Handelssubventionen aus einzelnen Ländern möglich waren, gilt dies nun auch im Falle gemeinsamer Aktionen mehrerer Länder. Zweitens können inländische Industrien Erleichterungen bei nachgewiesenem starkem Importwettbewerbsdruck beantragen, um „positive Anpassungen“ vorzunehmen. Drittens wird dem Präsidenten die Befugnis gegeben, ausländische Direktinvestitionen zu blockieren, wenn diese die nationale Sicherheit gefährden. Viertens können ausländische Gesellschaften von der Tätigkeit als Primärhändler von U.S.-Staatstiteln ausgeschlossen werden, wenn deren Regierungen umgekehrt nicht amerikanische Firmen zulassen. Fünftens sollen zusätzlich 2,5 Mrd US-Dollar im laufenden Finanzjahr für Subventionen von Agrarexporten in Länder, die selbst ihre Agrarexporte subventionieren, bereitgestellt werden. Sechstens sind schärfere Maßnahmen zum Schutz amerikanischer Urheberrechte und Patente beabsichtigt. Schließlich wird die Regierung aufgefordert, an multilateralen Gesprächen über die Verbesserung der internationalen Koordination der Wirtschaftspolitik und die Stabilisierung der Wechselkurse teilzunehmen. Zudem soll die Regierung Verhandlungen über bilaterale Wechselkurse mit denjenigen Ländern durchführen, die gegenüber den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt Handelsüberschüsse aufweisen.</p>

Teil B

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

I. Überblick

49. In der Bundesrepublik sind die Auftriebskräfte stärker geworden, sie haben der Wirtschaft neuen Schwung gegeben. Der Anstieg der Auslandsnachfrage trug dazu ebenso bei wie die expansiven Kräfte im Inneren, allen voran die gewerblichen Investitionen, aber auch der private Verbrauch und die Bau nachfrage. Die Basis der Aufwärtsentwicklung ist breiter geworden; dies kam auch Wirtschaftsbereichen zugute, die an dem Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre nicht in vollem Maße teilhaben konnten. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Unternehmen der Bauwirtschaft beträchtliche Produktionssteigerungen erzielten. Auch das Verarbeitende Gewerbe konnte wieder stärker zum gesamten Produktionszuwachs beitragen – erstmals seit über zehn Jahren nahm die industrielle Produktion wieder etwas rascher zu als die Wertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen.

Das Tempo der Aufwärtsentwicklung hat sich leicht beschleunigt. Im vierten Quartal des Jahres 1988 lag die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3 vH höher als vor Jahresfrist. Im Jahresdurchschnitt war der Zuwachs mit $3\frac{1}{2}$ vH noch etwas stärker, weil sich der Produktionsanstieg nicht gleichmäßig über das Jahr verteilte, sondern – vor allem als Folge des milden Winters – zu einem erheblichen Teil schon im ersten Quartal erfolgte.

50. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verlief wesentlich besser, als es in den letzten Monaten des Jahres 1987 allgemein erwartet worden war. Damals überwog in den Konjunktururteilen die Sorge, daß die weltweite Baisse an den Aktienmärkten und der rapide Kursverfall des Dollar die Auftriebskräfte schwächen oder gänzlich zum Erliegen bringen könnten. Tatsächlich mußten viele Wirtschaftsbereiche feststellen, daß die Auftragseingänge, die in den Sommermonaten kräftig angestiegen waren, gegen Ende des Jahres zurückgingen.

Die Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung war aber nur von kurzer Dauer und äußerte sich nicht in einem anhaltenden Attentismus. Daß sich die Aufwärtsentwicklung weltweit ohne nachhaltige Stockungen fortsetzen konnte, war gewiß auch dem entschlossenen Handeln der Notenbanken zu verdanken, die der befürchteten Vertrauenskrise mit international abgestimmten Zinssenkungen und einer Erhöhung des Geldangebots entgegenwirkten. Die Nachfrageentwicklung blieb in allen großen Industrieländern aufwärtsgerichtet; das förderte den Welt handel und begünstigte die Entwicklung deutscher

Exporte. Auch von der Binnennachfrage kamen schon zu Beginn des Jahres 1988 expansive Impulse. Die Steuerentlastung stimulierte den privaten Verbrauch, und die Bauwirtschaft konnte im ersten Quartal zweistellige Zuwachsraten verzeichnen.

Wichtig war jedoch vor allem eines: In der nun schon sechs Jahre andauernden Expansion haben sich die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen im ganzen nicht verschlechtert, die Konstitution der Wirtschaft ist nach wie vor gut: Die Erlöse der Unternehmen haben sich seit 1982 in Relation zu den Kosten kontinuierlich verbessert; der Lohnkostendruck war wesentlich schwächer als in früheren Aufschwungsphasen, und in den vergangenen zwei Jahren haben auch sinkende Ölpreise und günstigere Terms of Trade den Anstieg der Produktionskosten gedämpft. Die Inflationsrate konnte in den ersten Jahren der Aufwärtsentwicklung vermindert und dann auf geringem Niveau gehalten werden. Die Nominalzinsen sind heute wesentlich niedriger als noch vor sechs Jahren (Tabelle 6). Diesen Rahmenbedingungen kommt für eine stetige und spannungsfreie wirtschaftliche Expansion große Bedeutung zu. Darauf hat der Sachverständigenrat bereits 1984 hingewiesen. Auch im Jahre 1988 waren in der Wirtschaft keine gravierenden Verspannungen zu erkennen, die die Auftriebskräfte alsbald erlahmen lassen könnten.

51. Kräftige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gingen in diesem Jahr vor allem von den Investitionen aus. Die Unternehmen haben nicht nur in maschinelle Produktionsanlagen, sondern auch in die Modernisierung bestehender und in die Errichtung neuer Gebäude investiert. Weiterhin günstige Ertragsbedingungen, eine verbesserte Nutzung der Sachkapazitäten und ein hohes Volumen an eigenen Finanzierungsmitteln boten eine solide Basis für mehr Investitionen. Entscheidend war aber, daß die Unternehmen wieder Vertrauen gefaßt haben, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung werde weitergehen. Ihre Absatzperspektiven haben sich in diesem Jahr nicht nur im Inland, sondern auch auf wichtigen Auslandsmärkten wieder deutlich verbessert (Ziffern 58 ff.).

Der kräftige Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen trug dazu bei, daß die Belebung in der Bauwirtschaft besser ausfiel, als es im Herbst 1987 abzusehen war. Starke Impulse kamen auch vom Wohnungsbau, vor allem im Mietwohnungsbau hat sich die Marktlage grundlegend verändert. Immer geringer werdende Leerstände und steigende Mietpreise haben die Renditeerwartungen der Bauherren offenbar nachhaltig verbessert (Ziffern 67 ff.).

Tabelle 6

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ¹⁾	1987 ¹⁾	1988 ²⁾	1982 bis 1988 ³⁾
Bruttosozial- produkt	vH ⁴⁾	+ 1,5	+ 0,0	- 1,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,8	+ 3 ^{1/2}	+ 2,5
Ausrüstungs- investitionen . . .	vH ⁴⁾	+ 2,6	- 4,3	- 6,7	+ 5,6	- 0,5	+ 9,4	+ 4,1	+ 4,0	+ 6 ^{1/2}	+ 4,8
Bau- investitionen . . .	vH ⁴⁾	+ 2,9	- 5,1	- 4,3	+ 1,7	+ 1,6	- 5,6	+ 2,7	+ 0,2	+ 6	+ 1,0
Privater Verbrauch	vH ⁴⁾	+ 1,2	- 0,5	- 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,5	+ 3	+ 2,4
Staatsverbrauch	vH ⁴⁾	+ 2,6	+ 1,8	- 0,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,6	+ 2	+ 1,8
Ausfuhr ⁵⁾	vH ⁴⁾	+ 5,3	+ 8,2	+ 3,2	- 0,5	+ 9,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 5 ^{1/2}	+ 3,5
Einfuhr ⁵⁾	vH ⁴⁾	+ 3,7	- 1,2	- 0,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,9	+ 6 ^{1/2}	+ 4,1
Außenbeitrag ⁶⁾	Mrd DM	- 2,97	+ 36,64	+ 51,75	+ 46,92	+ 66,59	+ 84,63	+ 68,20	+ 49,01	+ 46,5	+ 59,1
Nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾ (nominal)	Mrd DM	- 2,97	+ 15,25	+ 37,47	+ 38,01	+ 54,87	+ 80,20	+ 114,51	+ 111,12	+ 122,5	+ 79,8
Erwerbstätige . .	1 000 ⁷⁾	+283	-186	-441	-389	+21	+169	+250	+189	+145	+385 ^{a)}
Arbeitslosen- quote ⁸⁾	vH	3,7	5,3	7,6	9,3	9,3	9,4	9,0	9,0	9	8,9
Lohnstück- kosten ⁹⁾	vH ¹⁰⁾	+ 6,6	+ 4,3	+ 3,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,7	+ 1/2	+ 1,3
Umlaufrendite festverzins- licher Wert- papiere ¹¹⁾	Prozent	8,6	10,6	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6	7,1
Gewinn-Erlös- Relation ¹²⁾	vH ¹⁰⁾	- 20,4	- 19,0	+ 3,5	+ 19,5	+ 5,3	+ 6,8	+ 22,4	+ 7,9	+ 9 ^{1/2}	+ 11,7
Terms of Trade ¹³⁾	vH ¹⁰⁾	- 7,5	- 6,9	+ 2,0	+ 2,1	- 2,4	+ 1,3	+ 20,7	+ 5,8	+ 1 ^{1/2}	+ 4,5
Verbraucher- preise ¹⁴⁾	vH ¹⁰⁾	+ 5,4	+ 6,3	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	- 0,2	+ 0,2	+ 1	+ 1,5

1) Vorläufige Ergebnisse. — 2) Eigene Schätzung. — 3) Durchschnittlich jährliche Veränderung: bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel. — 4) In Preisen von 1980; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — 5) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). — 6) Ausfuhr abzüglich Einfuhr. — 7) Veränderung in 1 000. — 8) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose). — 9) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit, berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität). — 10) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — 11) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Quelle: Deutsche Bundesbank. — 12) Gesamtwirtschaft ohne Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und Staat. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — 13) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise. — 14) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1980 = 100).

a) Veränderung im gesamten Zeitraum.

52. Die private Verbrauchsnachfrage hat zu der gesamtwirtschaftlichen Expansion maßgeblich beigetragen. Aufgrund der Steuerentlastung zu Anfang dieses Jahres stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nochmals kräftig an. Und was den Haushalten an Einkommen zufließt, wurde durch Preissteigerungen nur wenig entwertet. Der moderate Anstieg des Verbraucherpreisniveaus war allerdings zum Teil dem dämpfenden Einfluß sinkender Energiepreise zuzuschreiben; er verdeckt, daß es in manchen Bereichen, so vor allem bei den Mieten und bei den Dienstleistungen, zu erheblichen Preissteigerungen kam (Ziffern 79ff.).

53. Nicht allein der Anstieg des privaten Verbrauchs hat die Einfuhrtätigkeit in diesem Jahr belebt. Ausländischen Anbietern kam es vor allem zugute, daß die deutschen Unternehmen ihre Investitionsausgaben kräftig aufstockten. Insgesamt stieg der Einfuhrwert um 7 vH. Trotz dieses kräftigen Anstiegs hat sich der hohe Außenbeitrag der deutschen Wirtschaft allerdings nochmals erhöht.

Die deutsche Exportwirtschaft, deren Ausfuhrvolumen vom Frühjahr 1985 bis weit in das letzte Jahr hinein praktisch stagniert hatte, konnte wieder beträchtliche Absatzsteigerungen verbuchen. Die Aus-

fuhren stiegen nur wenig langsamer als der Welthandel; vor allem von europäischen Handelspartnern, deren Währungen sich in Relation zur D-Mark vergleichsweise wenig verändert haben, wurden wesentlich mehr Güter aus der Bundesrepublik nachgefragt. Einbußen gab es dagegen auf den Märkten des Dollarraums, obwohl sich auch hier — in Anbetracht des wieder festeren Dollarkurses — die Absatzperspektiven und die Ertragschancen verbesserten.

Für die Exportunternehmen war das Jahr 1988 aber nicht nur mit Blick auf das ansteigende Ausfuhrvolumen erfolgreich. Bei wieder höheren Exportpreisen und vergleichsweise mäßigem Kostendruck im Inland hat sich auch die Rentabilität des Exportgeschäfts verbessert. Preisänderungen und Mengenänderungen haben sich in einem kräftigen Anstieg der nominalen Ausfuhr niedergeschlagen. Diese lag um gut 7½ vH über dem Vorjahresstand (Ziffern 75 ff.).

54. Stärker noch als in den Vorjahren gingen von der Finanzpolitik 1988 expansive konjunkturelle Impulse aus. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden stiegen zwar etwas langsamer als 1987; aufgrund eines außerordentlich niedrigen Einnahmenezuwachses lag das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik aber um 7 Mrd DM höher als im Vorjahr. Mindereinnahmen gab es vor allem aus drei Gründen: Wegen der Steuerentlastung, die zu Anfang des Jahres in Kraft trat, lagen die Einnahmen aus der Lohnsteuer um rund 10 Mrd DM unter dem Niveau, das sie sonst erreicht hätten. Der Teil des Bundesbankgewinns, der an den Bund überwiesen wurde, schrumpfte um 7 Mrd DM auf nur noch 240 Mio DM. Schließlich stiegen die Abführungen an die Europäischen Gemeinschaften, die das Umsatzsteueraufkommen des Bundes mindern, um etwa 4 Mrd DM. Zwar gab es an anderer Stelle auch Mehreinnahmen, weil die konjunkturelle Entwicklung unerwartet kräftig verlief; insgesamt war der Einnahmenezuwachs mit 2½ vH kaum höher als im Vorjahr.

Soweit die steigende Neuverschuldung unvorhersehbaren oder kurzfristigen Minderungen der Einnahmen entspricht, steht sie nicht im Widerspruch zu einer auf mittelfristige Verstetigung bedachten Finanzpolitik. In die falsche Richtung geht es aber, wenn dauerhafte Mehrbelastungen, wie die Leistungen an die Europäischen Gemeinschaften und an die Bundesanstalt für Arbeit, mittelfristig nicht durch Zurückhaltung bei anderen Ausgaben ausgeglichen werden. Die Weichen hierfür wurden nicht gestellt, die entstandenen Haushaltslücken sollen durch Steueranhebungen im Jahre 1989 geschlossen werden (Ziffern 119 ff.).

55. Der Handlungsspielraum der Geldpolitik hat sich im Laufe dieses Jahres durch den unerwartet kräftigen Konjunkturauftrieb und den festeren Außenwert des Dollar erheblich verbessert. Noch in den ersten Monaten dieses Jahres wirkte die Bundesbank auf niedrige Geldmarktzinsen hin, um einer vermeintlichen Schwäche der Binnenkonjunktur und der Gefahr eines steigenden Außenwerts der D-Mark gegenüber dem Dollar vorzubeugen. Als immer deutlicher wurde, daß sich die konjunkturelle Situation gefestigt hatte und der Außenwert des Dollar zur Stärke ten-

dierte, änderte die Bundesbank den Kurs. Ab Mitte des Jahres wurden die Notenbankzinsen in mehreren Schritten erhöht. Damit verminderte sich der große Abstand zwischen den Zinssätzen am Geldmarkt und dem Kapitalmarktzinsniveau, das bereits ab März angestiegen war. Dieser Anstieg stand im Zusammenhang damit, daß im ersten Halbjahr beträchtliche langfristige Mittel ins Ausland abflossen, während das Auslandsinteresse an deutschen Wertpapieren weiter abflaute. Die Kapitalbewegungen waren wieder stärker an den Zinsdifferenzen, vor allem an dem Zinsvorsprung des Dollar, orientiert. Das Risiko eines weiteren Wertverlustes der amerikanischen Währung wurde offenbar gering eingeschätzt, wobei sicherlich eine Rolle spielte, daß in den Vereinigten Staaten schon zu Beginn des Jahres eine kräftige exportgetriebene Konjunkturbelebung zu beobachten war.

Die Expansion der Geldmenge M3, die die Bundesbank in diesem Jahr als neue Zwischenzielgröße einsetzte und die sich im Zuge der zunächst stark expansiven Politik weit von ihrem Zieltrichter entfernt hatte, schwächte sich im Anschluß an die Zinserhöhungen geringfügig ab. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die von Verschiebungen in der Struktur der Kassenhaltung grundsätzlich unabhängig ist und ein Urteil über den Expansionsgrad der Geldpolitik erlaubt, lag im September auf Jahresrate umgerechnet um 8,8 vH höher als im vierten Quartal 1987. Das ist bei weitem mehr, als es dem Wachstum des Produktionspotentials und damit einer konjunkturneutralen Geldpolitik entsprochen hätte (Ziffern 100 ff.).

56. Die wirtschaftliche Belebung hat sich auf die Beschäftigungsentwicklung positiv ausgewirkt. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag zum Jahresende um rund 175 000 höher als vor Jahresfrist; das stellt eine Beschleunigung gegenüber der Entwicklung im Jahre 1987 dar. In der Höhe der Arbeitslosigkeit wurde dies allerdings kaum sichtbar. Wegen der steigenden Erwerbsneigung von Inländern und wegen erhöhter Zuwanderung von Arbeitskräften nahm das Arbeitsangebot ebenfalls deutlich zu.

Die in der Wirtschaft insgesamt geleistete Anzahl von Arbeitsstunden ist erstmals seit langem wieder deutlich gestiegen. Gemessen an der kräftigen Ausweitung der Produktion blieb der Anstieg des Arbeitsvolumens gleichwohl schwach. Die durchschnittliche Stundenproduktivität stieg mit einer entsprechenden hohen Rate von 3 vH, nach 1,9 vH im Vorjahr. Der Arbeitseinsatz folgte der rascheren gesamtwirtschaftlichen Expansion mit einer gewissen Verzögerung. Ein Grund dafür war, daß im vergangenen Jahr trotz der vergleichsweise schlechteren Absatzlage Arbeitskräfte weiterbeschäftigt wurden, die in diesem Jahr für eine raschere Ausweitung der Produktion zur Verfügung standen. Aufgrund des kräftigen Produktivitätszuwachses stiegen die durchschnittlichen Lohnstückkosten nur leicht über das Vorjahresniveau, obwohl die tariflichen Stundenlöhne um 3½ vH zunahmen.

Mit 110 000 zusätzlich Beschäftigten hatte das Dienstleistungsgewerbe auch in diesem Jahr den größten Anteil am gesamten Beschäftigungszuwachs. In diesem Wirtschaftsbereich sind seit Ende 1983 bereits etwa 510 000 Arbeitsplätze zusätzlich entstanden. Im

öffentlichen Dienst stieg die Beschäftigung in diesem Jahr um rund 45 000 Personen, das waren zu einem großen Teil wiederum Teilzeitbeschäftigte. Dagegen lag der Beschäftigtenstand im Warenproduzierenden Gewerbe nochmals um rund 33 000 unter dem Vorjahresniveau. Dieser Beschäftigungsrückgang verlangsamte sich allerdings im Verlauf des Jahres, wozu vor allem beitrug, daß die Hersteller von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen ihre Belegschaften erhöhten. In der Bauwirtschaft hat sich die günstige Produktionsentwicklung in steigenden Arbeitsstunden pro Beschäftigten bemerkbar gemacht. Der Beschäftigtenstand war gegenüber dem Vorjahr nochmals rückläufig (Ziffern 90 ff.).

57. Bei zunehmender Beschäftigung und kräftigem Anstieg der Produktion wurden die Produktionskapazitäten der Wirtschaft in diesem Jahr intensiver genutzt. Der Auslastungsgrad lag etwas über dem langfristigen Durchschnittswert, der in der Konzeption des Sachverständigenrates einer normalen Kapazitätsauslastung entspricht. An dem Befund, daß das Wachstum der Volkswirtschaft unzureichend ist, hat sich trotz der Investitionsbelegung in diesem Jahr nichts geändert. Das Wachstum des Produktionspotentials betrug 2 vH; es hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht erhöht. Noch immer reichen die Sachkapazitäten in der Wirtschaft bei weitem nicht aus, um der Mehrzahl von Arbeitsuchenden einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Ein rascheres Wachstum der Produktionskapazitäten würde aber nicht nur die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft erhöhen, sondern auch dazu beitragen, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung anhaltend und spannungsfrei bleiben kann (Ziffern 86 ff.).

II. Gefestigte Aufwärtsentwicklung auf breiter Basis

Investitionsschub stärkt wirtschaftliche Expansion

58. Das Jahr 1988 brachte einen unerwartet kräftigen Anstieg der Unternehmensinvestitionen. Steigende Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten verliehen der Aufwärtsentwicklung neuen Schwung und verbreiterten ihr Fundament. Noch um die Jahreswende schien die gesamtwirtschaftliche Lage äußerst labil zu sein. Der weltweite Kursrutsch an den Aktienmärkten und die Schwäche der amerikanischen Währung überschatteten die Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung. Die Verunsicherung nach der Börsenkrise ließ eine gedämpfte Investitionsentwicklung erwarten. Doch schon nach wenigen Monaten wurde deutlich, daß die Auftriebskräfte nicht zum Erliegen gekommen waren. Die Nachfrage expandierte kräftig. Zunächst stiegen die Exportaufträge, dann zunehmend auch die Bestellungen aus dem Inland. Als sich der Dollarkurs im Verlauf des Jahres festigte, besserten sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen deutlich, ihre Investitionsbereitschaft stieg.

59. Die Zunahme der Investitionstätigkeit war nicht auf einige wenige Wirtschaftsbereiche beschränkt. Neben den Unternehmen des tertiären Sektors trugen die meisten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes,

das rund ein Drittel der gesamten Ausrüstungsinvestitionen bestreitet, zu der deutlichen Beschleunigung bei. Insgesamt stiegen die realen Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Jahres, also vom 4. Quartal 1987 bis zum 4. Quartal 1988, um gut 9 vH. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung ergibt sich aufgrund der nahezu stagnierenden Investitionstätigkeit im Vorjahr ein etwas geringerer Wert. Mit 6½ vH liegt er jedoch deutlich über der durchschnittlichen Steigerungsrate seit Ende 1982, die knapp 5 vH beträgt.

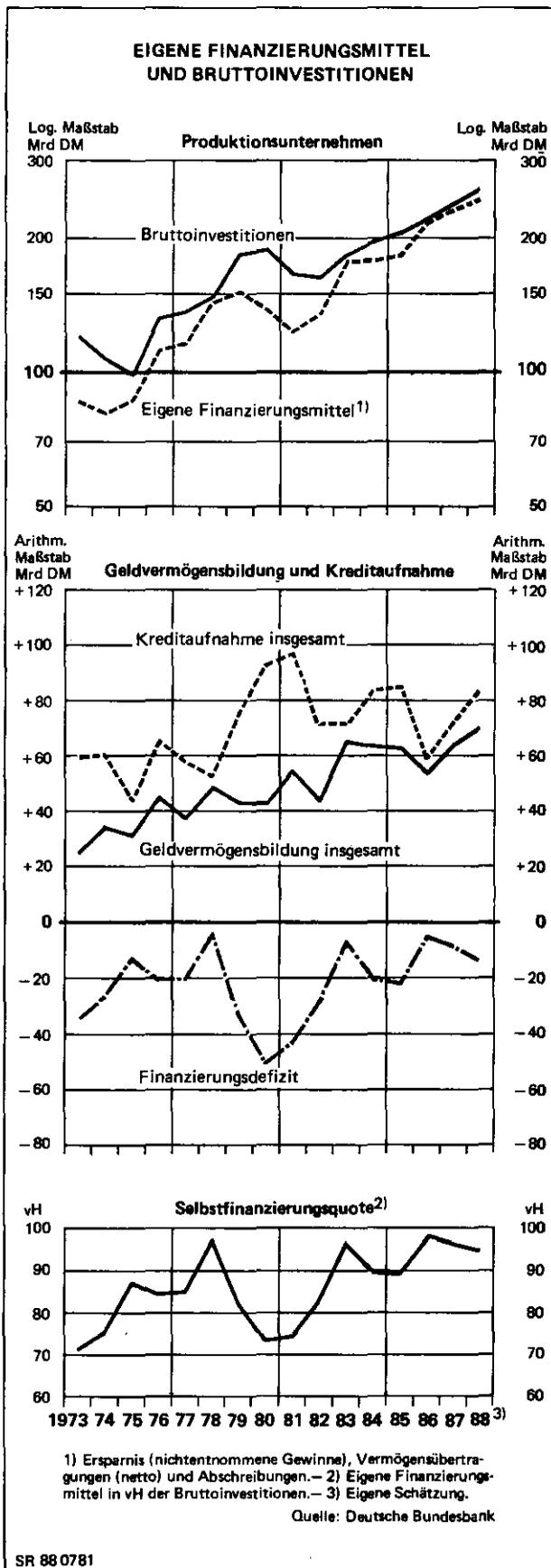
Die Angaben über die Höhe der Ausrüstungsinvestitionen im Jahre 1988 sind Schätzungen mit Hilfe wichtiger Indikatoren der Investitionstätigkeit. Aufgrund der Umstellung der Außenhandelsstatistik sind noch keine Daten für die Ausrüstungsinvestitionen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verfügbar. Dem Volumen nach lagen die Inlandsumsätze der Investitionsgüterindustrien in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 6,3 vH, die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterherstellern um 6,7 vH über dem Vorjahresstand. Dies deutet auf eine kräftige Investitionstätigkeit hin. Für die Einfuhr von Investitionsgütern wird in den ersten sechs Monaten lediglich eine nominale Zuwachsrate von 2,4 vH ausgewiesen. Wie unten näher dargelegt (Ziffer 78), ist die Aussagekraft dieser Außenhandelsdaten allerdings eingeschränkt. Sie dürften die tatsächliche Zunahme des Importvolumens merklich unterzeichnen.

60. Die Unternehmen haben Vertrauen gefaßt, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung weitergehen wird. Sie haben nicht nur in maschinelle Produktionsanlagen, sondern auch in die Modernisierung bestehender und in die Errichtung neuer Gebäude investiert. Für die Bereitschaft der Unternehmen, wieder mehr zu investieren und die damit verbundenen Risiken einzugehen, sind letztendlich ihre Renditeerwartungen ausschlaggebend. Wichtig ist, daß eine anhaltende Steigerung des Absatzes bei verhaltener Kostenentwicklung erwartet werden kann und daß die erwartete Absatzentwicklung den Ausbau von Produktionskapazitäten erfordert. Neben den Renditeerwartungen spielt es eine Rolle, ob genügend eigene Mittel vorhanden sind, um die Investitionen zu finanzieren. Das war 1988 der Fall.

61. In allen größeren Wirtschaftszweigen ist die Auslastung der Sachkapazitäten gegenüber dem Vorjahr angestiegen. In der Gesamtwirtschaft liegt der Auslastungsgrad geringfügig über seinem langfristigen Durchschnittswert, der nach der Konzeption des Sachverständigenrates in etwa einer Normalauslastung entspricht. Damit hat das Problem unterausgelasteter Sachkapazitäten für die Wirtschaft an Bedeutung verloren. Ein leichtes Überschreiten der errechneten Normalauslastung schließt nicht aus, daß weitere Produktionsreserven vorhanden sind. Das ist vor allem dort der Fall, wo die Nutzung des Kapitalbestandes durch erhöhten Arbeitseinsatz oder verstärkte Automatisierung gesteigert werden kann. Dennoch ist der Anreiz, bei guter Absatzlage und günstigen Ertragerwartungen in die Erweiterung oder Modernisierung des Sachkapitalbestandes zu investieren, für die Unternehmen höher, wenn die bereits vorhandenen Anlagen gut ausgelastet sind.

62. Es gab in diesem Jahr erneut reichliche Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen. Den Unternehmen standen wiederum in hohem Umfang eigene Finanzierungsmittel aus einbehaltenen Gewinnen, Abschreibungen und Investitionszuschüssen des Staates

Schaubild 7



zur Verfügung. Die Eigenmittel haben die Höhe der Bruttoinvestitionen im Jahre 1988 nahezu erreicht (Schaubild 7). Die Kreditaufnahme der Unternehmen nahm nur wenig zu, obwohl die Bruttoinvestitionen stark anstiegen.

In den vergangenen Jahren hatten die Unternehmen trotz kräftiger Gewinnsteigerungen nur verhalten in Sachkapital investiert. Finanzinvestitionen wurden risikoreicheren Sachkapitalinvestitionen vielfach vorgezogen; dies zeigt sich heute an dem hohen Volumen an Finanzmitteln, das die Unternehmen auf nationalen wie internationalen Finanzmärkten halten.

63. Zur Analyse der gesamtwirtschaftlichen Rentabilitätsentwicklung berechnet der Sachverständigenrat die Kosten-Erlös-Relation. Sie zeigt, daß sich die Rentabilität im Jahre 1988 nochmals verbessert hat, nachdem schon in den vergangenen sechs Jahren die Erlöse der Unternehmen rascher gestiegen waren als die Kosten (Tabelle 7, Schaubild 8). Die Gewinne in Relation zu den Erlösen haben in diesem Jahr den höchsten Wert nach 1970 erreicht.

Bei der Kosten-Erlös-Relation, die der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1987/88 vorgestellt hat, werden die verschiedenen Kostenkomponenten zu den gesamten Erlösen in Beziehung gesetzt. Als Kosten werden unterschieden die Lohnkosten und die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die Kapitalkosten, die sich aus kalkulatorischen Zinskosten und Abschreibungskosten zusammensetzen, sowie die indirekten Steuern abzüglich der Subventionen und die Kosten für Vorleistungen aus dem Inland und dem Ausland. Bei der Interpretation der Kosten-Erlös-Relation ist zu beachten, daß aus dem Inland stammende Vorleistungen zugleich im Zähler als Kosten und im Nenner als Erlöse erscheinen. Damit soll verhindert werden, daß es die Gesamtelation verzerrt, wenn im Zuge der internationalen Arbeitsteilung inländische durch ausländische Vorleistungen ersetzt werden. Das Komplement zur Kosten-Erlös-Relation, die Gewinn-Erlös-Relation, ist eine Art gesamtwirtschaftlicher Umsatzrendite, in die auch die Opportunitätskosten des Kapitaleinsatzes eingehen. Wegen der Berücksichtigung kalkulatorischer Kapitalkosten ist sie aussagekräftiger als herkömmliche Gewinnindikatoren.

64. Die Verbesserung der Kosten-Erlös-Relation ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kosten für den Einsatz von Arbeit und Kapital deutlich langsamer stiegen als die Erlöse. Dadurch wurde es mehr als ausgeglichen, daß sich die Ausgaben für importierte Vorleistungen, die in den vergangenen zwei Jahren absolut rückläufig gewesen waren, in diesem Jahr wieder kräftig erhöhten.

Hinter der sinkenden Relation von Lohnkosten zu den gesamten Erlösen steht ein kräftiger Anstieg der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg um nahezu 3 Prozentpunkte rascher als die Anzahl an geleisteten Arbeitsstunden, im vergangenen Jahr hatte die Differenz lediglich 1,9 Prozentpunkte betragen. Bei Nominallohnsteigerungen in Höhe von 3½ vH haben sich die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft nur leicht erhöht.

65. Im Verarbeitenden Gewerbe sind die Lohnstückkosten gegenüber dem Vorjahr sogar leicht gesunken. Hier stieg die Produktion je Arbeitsstunde nach unserer Schätzung um gut 4 vH. Im Jahre 1987 hatte die Produktivitätssteigerung lediglich bei 2,0 vH und da-

Zur Kosten-Erlös-Relation¹⁾

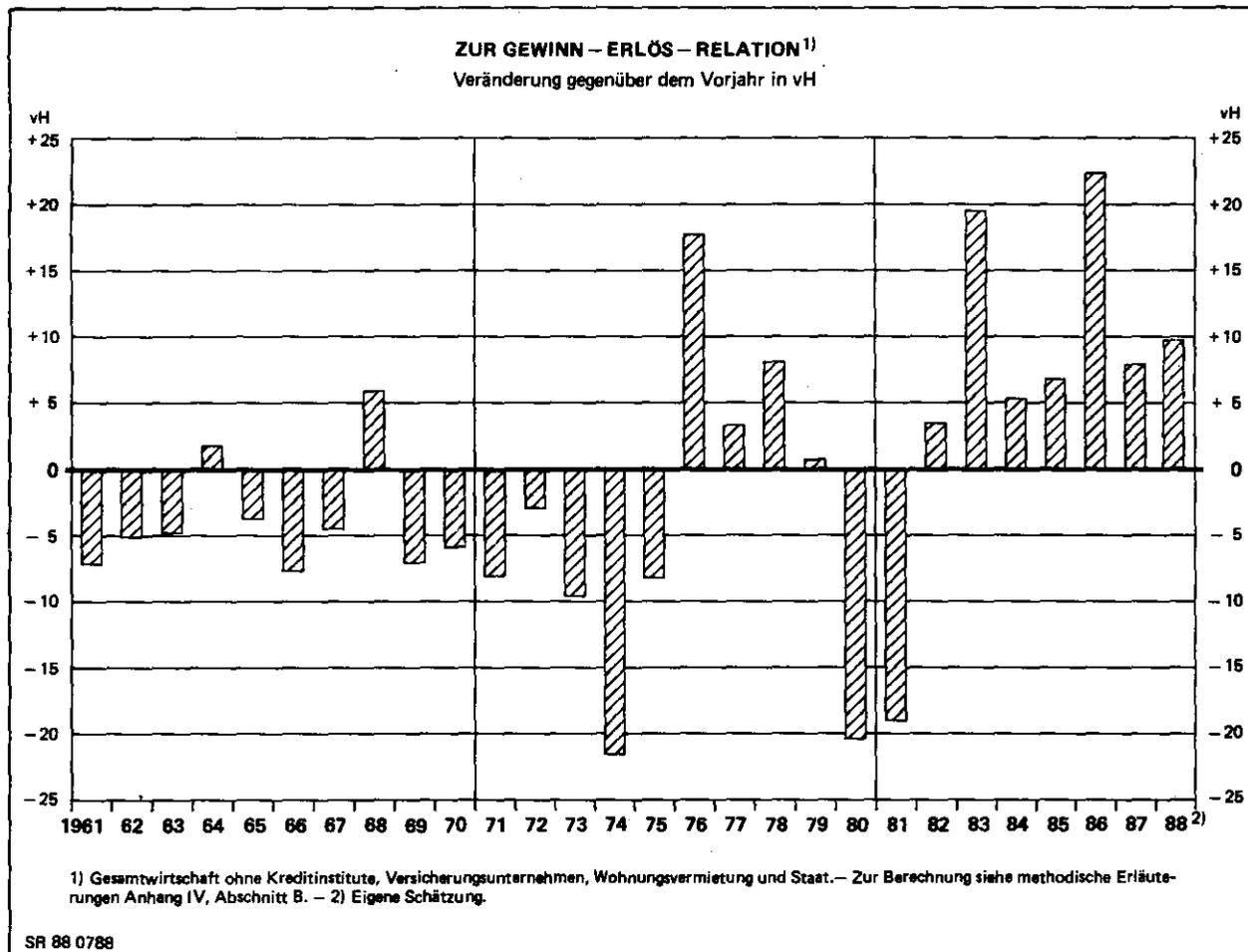
Tabelle 7

Jahr	Brutto- lohn- und -gehalts- summe	Arbeit- geber- beiträge	Zins- kosten ²⁾	Abschrei- bungen	Indirekte Steuern abzüg- lich Subven- tionen ³⁾	Vorleistungen		Kosten- Erlös- Relation ⁵⁾	Nach- richtlich
						Inland	Ausland ⁴⁾		Gewinn- Erlös- Relation ⁶⁾
In vH der Erlöse ⁷⁾									
1960	13,63	2,08	3,32	2,46	5,20	58,72	5,20	90,61	9,39
1961	14,27	2,17	3,37	2,63	5,34	58,57	4,93	91,28	8,72
1962	14,72	2,22	3,42	2,81	5,38	58,20	4,98	91,72	8,28
1963	14,99	2,24	3,55	3,00	5,38	57,78	5,18	92,12	7,88
1964	15,18	2,11	3,55	3,06	5,34	57,48	5,25	91,98	8,02
1965	15,32	2,19	3,64	3,13	5,19	57,11	5,71	92,28	7,72
1966	15,62	2,29	3,97	3,31	5,26	56,79	5,63	92,88	7,12
1967	15,38	2,23	4,31	3,53	5,51	56,88	5,36	93,20	6,80
1968	14,84	2,23	4,15	3,34	4,90	57,67	5,67	92,80	7,20
1969	14,67	2,23	3,98	3,16	5,37	57,90	5,99	93,31	6,69
1970	15,39	2,46	4,03	3,22	4,82	57,92	5,85	93,70	6,30
1971	15,75	2,57	4,22	3,36	4,90	57,60	5,81	94,21	5,79
1972	15,84	2,72	4,40	3,40	4,96	57,17	5,89	94,38	5,62
1973	15,81	2,87	4,51	3,35	4,79	57,56	6,03	94,92	5,08
1974	15,38	2,91	4,68	3,42	4,48	58,01	7,14	96,02	3,98
1975	15,32	3,04	4,89	3,67	4,50	57,80	7,13	96,34	3,66
1976	14,85	3,11	4,68	3,53	4,44	57,35	7,74	95,70	4,30
1977	15,13	3,12	4,55	3,56	4,48	57,07	7,64	95,56	4,44
1978	15,21	3,20	4,39	3,60	4,59	56,88	7,34	95,20	4,80
1979	14,94	3,20	4,32	3,55	4,63	56,43	8,09	95,16	4,84
1980	14,99	3,25	4,43	3,61	4,60	56,41	8,85	96,15	3,85
1981	14,78	3,25	4,83	3,71	4,53	56,80	8,99	96,88	3,12
1982	14,63	3,22	5,05	3,86	4,46	56,73	8,82	96,77	3,23
1983	14,21	3,24	5,08	3,91	4,55	56,45	8,70	96,15	3,85
1984	13,83	3,24	5,01	3,85	4,46	56,36	9,20	95,94	4,06
1985	13,78	3,25	4,91	3,86	4,33	56,15	9,40	95,67	4,33
1986	14,47	3,42	4,89	4,02	4,39	55,16	8,34	94,70	5,30
1987	14,89	3,52	4,87	4,14	4,52	54,24	8,10	94,28	5,72
1988	14,84	3,51	4,80	4,14	4,54	53,58	8,31	93,72	6,28
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH									
1961	+ 4,7	+ 4,3	+ 1,5	+ 6,7	+ 2,9	- 0,3	- 5,3	+ 0,7	- 7,1
1962	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,6	+ 6,9	+ 0,7	- 0,6	+ 1,0	+ 0,5	- 5,1
1963	+ 1,9	+ 1,0	+ 3,8	+ 7,0	- 0,1	- 0,7	+ 4,1	+ 0,4	- 4,8
1964	+ 1,3	- 5,7	- 0,1	+ 2,0	- 0,6	- 0,5	+ 1,3	- 0,2	+ 1,8
1965	+ 0,9	+ 3,8	+ 2,6	+ 2,0	- 2,9	- 0,7	+ 8,8	+ 0,3	- 3,7
1966	+ 1,9	+ 4,6	+ 9,0	+ 5,9	+ 1,5	- 0,6	- 1,4	+ 0,6	- 7,7
1967	- 1,5	- 2,9	+ 8,6	+ 6,5	+ 4,6	+ 0,2	- 4,8	+ 0,3	- 4,5
1968	- 3,5	- 0,0	- 3,8	- 5,2	- 11,0	+ 1,4	+ 5,8	- 0,4	+ 5,9
1969	- 1,2	+ 0,3	- 4,0	- 5,4	+ 9,6	+ 0,4	+ 5,7	+ 0,6	- 7,1
1970	+ 4,9	+ 10,3	+ 1,3	+ 1,9	- 10,3	+ 0,0	- 2,3	+ 0,4	- 5,9
1971	+ 2,3	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 1,8	- 0,6	- 0,6	+ 0,5	- 8,1
1972	+ 0,6	+ 5,7	+ 4,2	+ 1,3	+ 1,3	- 0,7	+ 1,3	+ 0,2	- 2,9
1973	- 0,2	+ 5,5	+ 2,6	- 1,5	- 3,5	+ 0,7	+ 2,3	+ 0,6	- 9,6
1974	- 2,7	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,0	- 6,5	+ 0,8	+ 18,4	+ 1,2	- 21,6
1975	- 0,4	+ 4,4	+ 4,4	+ 7,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	- 8,2
1976	- 3,1	+ 2,3	- 4,4	- 3,7	- 1,3	- 0,8	+ 8,6	- 0,7	+ 17,7
1977	+ 1,9	+ 0,3	- 2,6	+ 0,8	+ 0,9	- 0,5	- 1,3	- 0,1	+ 3,3
1978	+ 0,5	+ 2,6	- 3,7	+ 1,2	+ 2,3	- 0,3	- 4,0	- 0,4	+ 8,1
1979	- 1,7	- 0,1	- 1,5	- 1,3	+ 0,9	- 0,8	+ 10,3	- 0,0	+ 0,7
1980	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,7	- 0,6	- 0,0	+ 9,4	+ 1,0	- 20,4
1981	- 1,4	+ 0,0	+ 8,9	+ 2,8	- 1,5	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,8	- 19,0
1982	- 1,0	- 0,7	+ 4,5	+ 3,9	- 1,5	- 0,1	- 1,8	- 0,1	+ 3,5
1983	- 2,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 2,0	- 0,5	- 1,3	- 0,6	+ 19,5
1984	- 2,6	+ 0,0	- 1,5	- 1,7	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	- 0,2	+ 5,3
1985	- 0,4	+ 0,1	- 2,0	+ 0,3	- 2,8	- 0,4	+ 2,2	- 0,3	+ 6,8
1986	+ 5,1	+ 5,2	- 0,3	+ 4,1	+ 1,5	- 1,8	- 11,3	- 1,0	+ 22,4
1987	+ 2,9	+ 2,9	- 0,4	+ 3,1	+ 2,9	- 1,7	- 2,9	- 0,4	+ 7,9
1988	- 0,4	- 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,3	- 1,2	+ 2,6	- 0,6	+ 9,7

1) Gesamtwirtschaft ohne Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und Staat. — 2) Auf Anlage-, Vorrats- und Geldvermögen der Unternehmen. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — 3) Wegen der fehlenden Aufgliederung sind für die nicht berücksichtigten Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1) von den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) nur die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen), nicht jedoch die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, die Einfuhrabgaben und die Verwaltungsgebühren abgesetzt. — 4) Einfuhr von Waren (VGR-Abgrenzung) abzüglich Einfuhr von Investitionsgütern (Spezialhandel). — 5) Summe (1) bis (7). — 6) 100 vH abzüglich (8). — 7) Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen. — 8) Vorläufige Ergebnisse. — 9) Eigene Schätzung.

Quelle für Geldvermögen und Umlaufrendite: Deutsche Bundesbank

Schaubild 8



mit unterhalb ihres längerfristigen Trends gelegen. Die industrielle Produktion konnte der verhältnismäßig schwachen Nachfrageentwicklung im vergangenen Jahr nur zum Teil über eine Erhöhung der Kurzarbeit und eine Verminderung des Personalstandes angeglichen werden. Dadurch waren Personalreserven entstanden, die für die raschere Produktionsausweitung im Jahre 1988 genutzt werden konnten. Darüber hinaus wurden in diesem Jahr auch mehr Überstunden geleistet, was die durchschnittliche Produktivität ebenfalls erhöhte.

Bei nahezu unveränderten Lohnstückkosten lagen die Absatzpreise industrieller Erzeugnisse erstmals seit zwei Jahren wieder über ihrem Vorjahresniveau. Der Abstand zum Vorjahr betrug zwar lediglich etwa 1½ vH. Im Jahresverlauf war aber eine gewisse Beschleunigung der Preisentwicklung unverkennbar.

Das war nicht allein dem kräftigen Anstieg der Weltmarktpreise wichtiger Grundstoffe, etwa des Stahls, zuzuschreiben. Von Bedeutung war es auch, daß sich — von Ölprodukten abgesehen — die Einstandspreise für wichtige Vorprodukte erhöhten, die aus dem Ausland bezogen wurden. Außerdem haben die Unternehmen ihre Absatzpreise im Laufe des Jahres wieder leichter erhöhen können, weil der preisliche Wettbewerbsdruck der ausländischen Konkurrenz, vor allem aus dem Dollarraum, durch den rückläufigen

Außenwert der D-Mark nachließ. In den vergangenen beiden Jahren waren sowohl bei Exportprodukten als auch bei Importsubstituten erhebliche Preisnachlässe erforderlich gewesen, um Marktanteile zu verteidigen. Insgesamt konnten somit bei wieder anziehenden Preisen und günstiger Kostenentwicklung die Gewinne im Verarbeitenden Gewerbe kräftig steigen.

66. Zur Erklärung des Investitionsschubs im Jahre 1988 wird häufig darauf hingewiesen, daß sich die Unternehmen mit höheren Investitionsausgaben auf den intensiveren Wettbewerb und die vergrößerten Absatzmärkte vorbereiten, die die Vollendung des europäischen Binnenmarktes erwarten läßt.

Die Bedeutung dieses Investitionsmotivs ist schwer abzuschätzen, da es sich mit anderen überschneidet. Anstöße dürfte die beabsichtigte Vollendung des Binnenmarktes gleichwohl gegeben haben. Auch ist zu erwarten, daß sie in den nächsten Jahren nicht nur für die Investitionstätigkeit im Inland, sondern auch für die Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen zunehmend Bedeutung erlangt. Daraus abzuleiten, daß die Investitionszurückhaltung der vergangenen Jahre nunmehr aufgegeben worden ist und die Investitionen in den nächsten Jahren der Motor der gesamtwirtschaftlichen Expansion sein werden, wäre allerdings verfrüht. Eine Bewertung des Jahres 1988

sollte auch im Rückblick auf das vergangene Jahr erfolgen, in dem die Unternehmen nicht nur aufgrund der Aktienmarkturbulenzen im Spätherbst, sondern auch aufgrund der als labil angesehenen Konjunkturlage und der verbreiteten Unsicherheit über die Entwicklung des Dollarkurses bei Investitionsentscheidungen das ganze Jahr über äußerst zurückhaltend agierten. Investitionen, die damals unterlassen wurden, dürften bei verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auch aufgrund zusätzlicher Anreize durch das von der Kreditanstalt für Wiederaufbau durchgeführte Investitionsprogramm nunmehr nachgeholt worden sein. Betrachtet man die Investitionsentwicklung seit dem letzten Quartal 1986, so ergibt sich eine Jahreszuwachsrate von 6 vH, die nicht viel über dem durchschnittlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen seit Beginn der Aufwärtsentwicklung im Jahre 1982 liegt.

Höhere Bauinvestitionen nach mehrjähriger Schwächephase

67. Die Bauwirtschaft kann auf ein gutes Jahr 1988 zurückblicken (Schaubild 9). Nach mehreren Jahren der Schwäche stiegen die Bauinvestitionen mit 6 vH unerwartet kräftig an. Dabei profitierten die Bauunternehmen zu Jahresbeginn zweifellos von der günstigen Witterung. Daß sich auch die fundamentalen Bestimmungsgrößen der Baunachfrage, wie Renditeerwartungen und Baubedarf, verbessert hatten, zeigte sich im weiteren Verlauf des Jahres.

68. Die Bauwirtschaft empfing in diesem Jahr wieder verstärkte Impulse vom Wohnungsbau; im Jahresdurchschnitt lagen die Wohnungsbauinvestitionen um 6½ vH über dem Vorjahresniveau. Nachdem die Anzahl der genehmigten Wohnungen in den Jahren 1983 bis 1987 auf etwa die Hälfte gesunken war, kam es 1988 zu einem deutlichen Anstieg. Dazu hat nach Jahren des Nachfragerückgangs erstmals wieder der Mietwohnungsbau beigetragen. Die Marktlage ist hier vollständig umgeschlagen. Das Wohnungsangebot ist im Verhältnis zur Nachfrage, vor allem in den größeren Städten, wieder knapper geworden. Das belegt die mittlerweile geringe Anzahl leerstehender Wohnungen. Außerdem scheinen die langfristigen Folgen des Bevölkerungsrückgangs für den Wohnungsbau nicht mehr so pessimistisch eingeschätzt zu werden. Auf mittlere Sicht werden die weiter steigende Anzahl der Haushalte und der positive Wanderungssaldo der Bundesrepublik den Rückgang der Wohnungsnachfrage, der auf die natürliche Bevölkerungsbewegung zurückzuführen ist, voraussichtlich zumindest ausgleichen. Ein zusätzlicher Baubedarf wird durch Binnenwanderungen ausgelöst, wenn in Regionen mehr Menschen zuziehen als wegziehen.

Vor eine besondere Herausforderung wird der Wohnungsmarkt durch die verstärkte Zuwanderung von Aussiedlern gestellt. Ihre Versorgung mit Wohnraum ist durch die ohnehin angespannte Situation auf dem Mietwohnungsmarkt erschwert. Die Bundesregierung hat deshalb zur Erhöhung des Wohnungsangebots für Aussiedler ein spezielles Wohnungsbauprogramm beschlossen. In den kommenden beiden Jahren soll der Bau von insgesamt 45 000 Wohnungen mit

einem Zuschuß von je 50 000 DM gefördert werden. Die Wohnungen müssen für mindestens fünf Jahre Aussiedlerfamilien zur Verfügung stehen und unterliegen in dieser Zeit der Mietpreisbindung.

Die gestiegene Wohnungsnachfrage hat bei Neuvermietungen zu deutlich höheren Mieten geführt. Dies nährt die Erwartung von Wertsteigerungen der Gebäude. Die somit verbesserten Renditeerwartungen können als wichtige Ursache für die vermehrten Investitionen im Mietwohnungsbau angesehen werden.

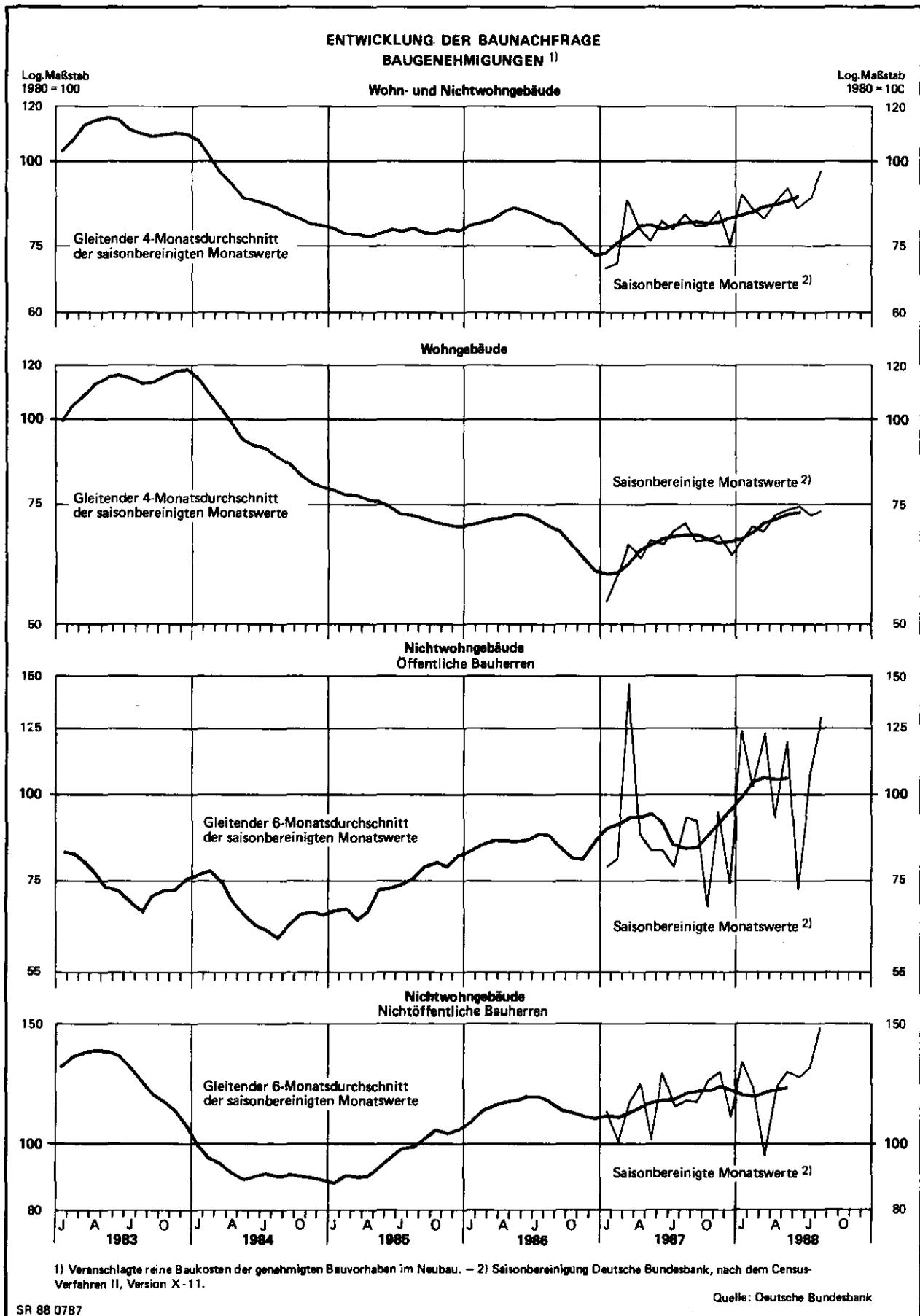
69. Die Nachfrage nach Wohnungseigentum entwickelte sich besonders dynamisch. In den ersten acht Monaten wurden 9,4 vH mehr Einfamilienhäuser und 14,7 vH mehr Eigentumswohnungen genehmigt. Von der Nachfrage nach Zweifamilienhäusern gingen ebenfalls wieder positive Impulse auf die Bautätigkeit aus. Nach dem Auslaufen der steuerlichen Begünstigung im Jahre 1986 war es 1987 bei Zweifamilienhäusern zu einem regelrechten Einbruch bei den Baugenehmigungen gekommen. Ein Teil der Nachfrage nach Wohnungseigentum, der in den Jahren davor aus steuerlichen Gründen auf Zweifamilienhäuser gelenkt worden war, dürfte sich nun direkt auf Einfamilienhäuser gerichtet haben.

70. Viele ältere Wohnungen entsprechen in qualitativer Hinsicht nicht mehr heutigen Vorstellungen. Die Wohnungseigentümer versuchen, diesen geänderten Nachfragewünschen durch Renovierung, Um- und Ausbau Rechnung zu tragen. So läßt sich beispielsweise durch eine Verbesserung der Schallisolierung der Wohnkomfort erhöhen. Die Verwendung neuer Heizungssysteme trägt einerseits den Umweltauflagen Rechnung und senkt andererseits die laufenden Unterhaltskosten einer Wohnung. Von den Modernisierungsmaßnahmen hat insbesondere das Ausbaugewerbe profitiert, dessen Entwicklung seit Jahren stetig aufwärtsgerichtet ist.

71. Die Finanzierungsbedingungen für Bauinvestitionen haben sich nur unwesentlich verschlechtert. Der Zinsanstieg bei den Hypotheken ab Mai dieses Jahres hat vermutlich zu einer zügigen Vergabe der Bauaufträge geführt, da die Bauherren den drohenden höheren Zinsbelastungen entgehen wollten. Im Herbst gaben die Hypothekenzinsen jedoch bereits wieder nach, so daß die Zinsen im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau nicht nennenswert überschritten.

72. Der kräftige Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen begünstigte die Nachfrage nach gewerblichen Bauten, die um 6½ vH über ihrem Vorjahreswert lag. Nicht nur Erweiterungsinvestitionen können mit einem zusätzlichen Baubedarf verbunden sein. Auch Rationalisierungsinvestitionen lösen oftmals Baumaßnahmen aus. Beispielsweise erhöht die Ausstattung von Büros mit modernen Datenverarbeitungsanlagen die notwendige Fläche je Arbeitsplatz. Dies könnte die ansteigenden Mietpreise für Büro- und Verwaltungsgebäude in Ballungsgebieten teilweise erklären, wodurch der Neubau derartiger Gebäude attraktiver wurde. Bei der höheren Nachfrage nach gewerblichen Bauten mag zusätzlich eine Rolle gespielt haben, daß ausländische Unternehmen mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt ihre Präsenz in der Bundesrepu-

Schaubild 9



blik verstärken. Da die Unternehmen über vergleichsweise hohe Eigenmittel verfügten, wurde die Bau nachfrage durch die im Jahresverlauf zeitweise steigenden Zinsen nicht wesentlich gedämpft.

73. In den einzelnen Wirtschaftszweigen dürften unterschiedliche Investitionsmotive vorherrschend gewesen sein. Eine Bestätigung dafür läßt sich der nach Bauherren untergliederten Statistik entnehmen. Bis August wies das Dienstleistungsgewerbe (einschließlich Handel, Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen) bei den Baugenehmigungen die höchste Zuwachsrate aller Wirtschaftsbereiche auf. Da die Unternehmen in erster Linie neue Geschäftsgebäude in Auftrag gaben, war in diesem Wirtschaftszweig die Erweiterung der Büro- und Verkaufsflächen von entscheidender Bedeutung. Im Produzierenden Gewerbe dominierte dagegen die Modernisierung der Produktionsanlagen, was vielfach mit Renovierungen schon bestehender Gebäude verbunden war.

74. Die öffentlichen Bauinvestitionen stiegen zwar mit 3½ vH deutlich schwächer als die Bauinvestitionen in anderen Bereichen, doch hatten die letztjährigen Prognosen allenfalls eine Stagnation erwarten lassen. Daß diese nicht eintrat, lag möglicherweise an der überraschend guten Entwicklung der Steuereinnahmen, die den Finanzierungsspielraum der Kommunen erweiterten. Auch das Zinsverbilligungsprogramm des Bundes, das über die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgewickelt wird, könnte dazu beigetragen haben, drängende öffentliche Baumaßnahmen in Angriff zu nehmen. Obgleich bei der Inanspruchnahme der Förderung Mitnahmeeffekte aufgetreten sind, mag manche finanzschwache Gemeinde erst durch die günstigeren Kreditkonditionen in die Lage versetzt worden sein, zusätzliche Investitionsprojekte zu realisieren. Offenbar ist es durch das Zinsverbilligungsprogramm jedoch zu Umschichtungen zwischen den Investitionsarten gekommen. Dem Anstieg der Bauausgaben steht eine deutliche Verringerung der Ausgaben für kommunale Ausrüstungsinvestitionen, die nicht gefördert werden, entgegen.

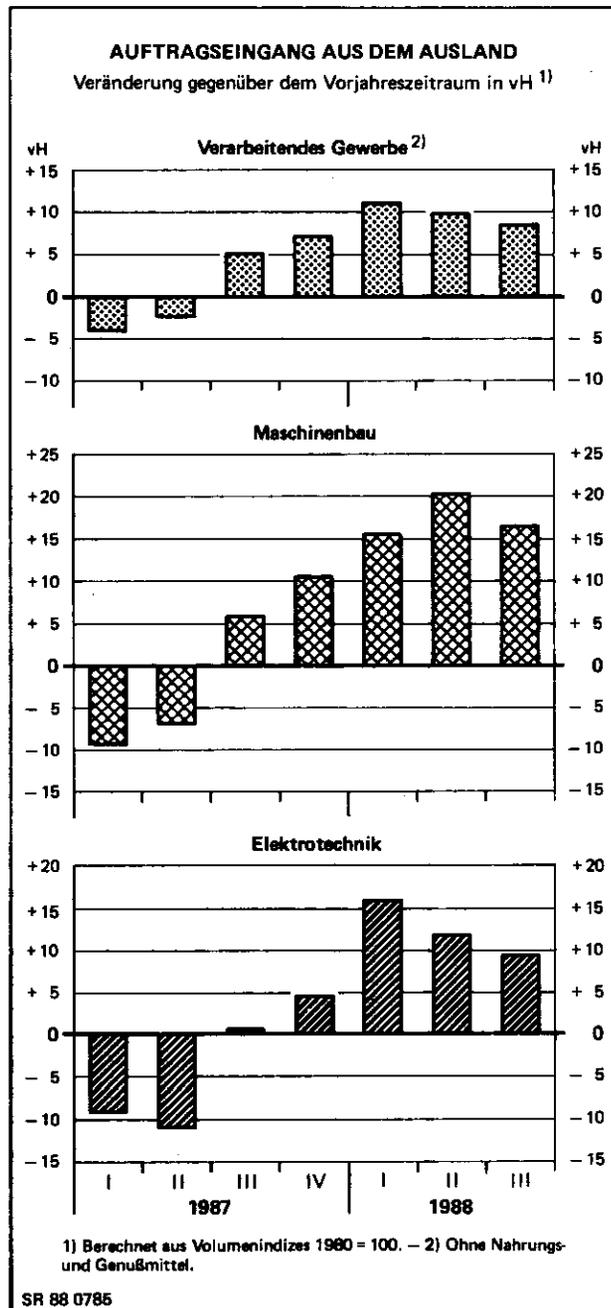
Die Weiterführung der Städtebauförderung hat die öffentlichen Bauinvestitionen ebenfalls gestützt, wengleich das Fördervolumen insgesamt reduziert wurde. Die Finanzierung des Programms ist zumindest bis 1990 gesichert; hierdurch kann die Bautätigkeit in diesem Bereich stabilisiert werden.

Konjunkturelle Impulse auch aus dem Ausland

75. Der Export gehörte in diesem Jahr wieder zu den Antriebskräften der Konjunktur. Exporterfolge wurden vor allem in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und in den übrigen Ländern Westeuropas erzielt. Ausschlaggebend hierfür war die gute Konjunktur in diesen Ländern, die mit einem Anteil von über 70 vH an der Ausfuhr die wichtigsten Absatzmärkte deutscher Exportgüter sind. Der Nachfrageanstieg in den europäischen Ländern wurde maßgeblich von der Investitionstätigkeit getragen. Dies kam der deutschen Exportwirtschaft, die traditionell auf Investitionsgüter spezialisiert ist, im besonderen Maße zugute. Bei den Herstellern von Maschinenbauerzeug-

nissen und von elektrotechnischen Erzeugnissen stiegen die Bestellungen aus dem Ausland bis zuletzt recht kräftig an (Schaubild 10). Auch die Produzenten von Vor- und Zwischenprodukten konnten ihre Exporte weiter steigern, da die europäischen Länder infolge der raschen Ausweitung der Industrieproduktion ihre Vorleistungsimporte erhöhten. Schließlich führte die weiterhin lebhafte Nachfrage nach Personenkraftwagen in diesen Ländern dazu, daß auch die deutsche Automobilindustrie die Lieferungen nach Westeuropa deutlich ausweiten konnte.

Schaubild 10



Eine Ursache dafür, daß deutsche Exporteure Marktanteile in Westeuropa halten und zum Teil vergrößern konnten, liegt in der leichten Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf diesen Märkten. Preise und Löhne sind in der Bundesrepublik in den letzten zwei Jahren langsamer gestiegen

als in den meisten anderen europäischen Ländern. Eine höhere Bewertung der D-Mark gegenüber den Währungen dieser Länder, die die Preisvorteile der deutschen Exporteure ausgleichen würde, ist bisher ausgeblieben. Die letzte Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem fand im Januar 1987 statt; gegenüber dem Pfund Sterling, das nicht am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnimmt, wurde die D-Mark während der letzten beiden Jahre sogar niedriger bewertet, insgesamt betrug der Wertverlust rund 8 vH.

Der preisliche Wettbewerbsdruck von Konkurrenten aus den Vereinigten Staaten und aus denjenigen Schwellenländern, die ihre Währungen an den Dollar angebunden haben, hat sich wegen des Wiederanstiegs des Dollarkurses abgeschwächt. Die Anbieter aus diesen Ländern hatten in den letzten zwei Jahren vom Dollarkursverfall profitiert und ihre Marktanteile in Europa ausweiten können (JG 87 Ziffer 72). Gegenüber dem Yen hat die D-Mark ebenfalls an Wert verloren, so daß deutsche Unternehmen auch gegenüber Japan preislich wettbewerbsfähiger wurden. Dies begünstigte deutsche Exporteure nicht nur auf den europäischen Märkten; es trug auch dazu bei, daß die deutsche Industrie ihre Ausfuhr nach Japan wiederum beträchtlich steigern konnte. Auch auf den Märkten der übrigen Länder des asiatisch-pazifischen Raumes erzielten die deutschen Unternehmen bemerkenswerte Exportzuwächse. Die Länder Südostasiens, die ihre Märkte verstärkt ausländischen Anbietern öffnen, haben für die deutsche Ausfuhr zunehmend Bedeutung erlangt. Daß die Unternehmen ihre zukünftigen Absatzmöglichkeiten in diesen Ländern positiv bewerten, geht aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages hervor; noch wird allerdings nur ein geringer Teil des gesamten deutschen Exports dort abgesetzt.

76. Exporteinbußen gab es dagegen auf dem nordamerikanischen Markt. Hier wirkt der Dollarkursverfall der letzten Jahre nach, der Wiederanstieg des Dollarkurses während dieses Jahres hat sich in den Absatzmengen noch nicht bemerkbar gemacht. Von einem Exportrückgang waren besonders deutsche Automobilhersteller betroffen, deren Absatz um fast die Hälfte zurückging. Die Marktanteilsverluste der deutschen Industrie sind aber nicht nur darauf zurückzuführen, daß amerikanische Konkurrenten wegen der für sie günstigen Wechselkursrelation wettbewerbsfähiger geworden sind. Die Investitions- und Innovationsanstrengungen der amerikanischen Industrie in den letzten Jahren und die damit verbundenen Produktivitätssteigerungen sowie Qualitätsverbesserungen der Produkte haben ebenfalls dazu beigetragen, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Unternehmen verbesserte (Ziffer 9).

77. Insgesamt lag die Ausfuhr unseren Schätzungen zufolge in realer Rechnung um 5½ vH, in nominaler Rechnung um gut 7½ vH über dem Niveau des Vorjahres. Für die deutsche Exportwirtschaft war das Jahr 1988 aber nicht nur im Hinblick auf das ansteigende Ausfuhrvolumen erfolgreich. Verbessert hat sich auch die Rentabilität des Exportgeschäfts. Bei wieder steigenden Exportpreisen und mäßigem Kostendruck im Inland konnten die Gewinneinbußen, die viele Exporteure in den vergangenen Jahren zur Wahrung ihrer

Marktanteile hinzunehmen hatten, teilweise ausgeglichen werden.

Der Anstieg der Exportpreise betrifft im wesentlichen Grundstoffe und Produktionsgüter. Insbesondere für Eisen und Stahl und NE-Metalle stiegen die Preise aufgrund der weltweiten Nachfragebelebung kräftig an. Auch bei Investitionsgütern und Verbrauchsgütern kam es seit Jahresanfang zu einem leicht beschleunigten Preisanstieg, weil Exporteure von Endserzeugnissen die Preiserhöhungsspielräume nutzten, die ihnen der Wiederanstieg des Dollarkurses im Verlauf des Jahres eröffnete.

78. *Aussagen über Größe und Struktur der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren sind in diesem Jahr mit Unsicherheit behaftet. Wegen der Umstellung der Anmeldeformulare im Außenhandel auf das „EG-Einheitspapier“ und wegen der Anpassung der Warensystematik des Außenhandels an das harmonisierte System sind die für dieses Jahr ausgewiesenen Außenhandelsdaten mit Daten früherer Jahre nicht ohne weiteres vergleichbar.*

Eigene Schätzungen der Ausfuhrwerte mit Hilfe der Auslandsumsätze und der Einfuhrwerte mit Hilfe der Einfuhrumsatzsteuer liegen deutlich über den für das erste Halbjahr ausgewiesenen Daten der amtlichen Außenhandelsstatistik. Geringere Abweichungen zu diesen Schätzungen ergeben die amtlichen Daten zur Ausfuhr und Einfuhr in realer Rechnung. Dies liegt an den gravierenden Unterschieden bei der Schätzung der Durchschnittswerte. Unseren Rechnungen zufolge erscheint ein Zuwachs der Warenausfuhr von 6½ vH und der Wareneinfuhr von 8 vH plausibel.

Wegen der Umstellungen in der Außenhandelsstatistik konnte auch die Sonderauswertung des letzten Jahres nicht aktualisiert werden, in der Durchschnittswertindizes und Volumenswerte der Warenausfuhr für einzelne Länder und Warengruppen berechnet worden waren (JG 87 Anhang V).

Weiterhin stabile Verbrauchskonjunktur

79. Der private Verbrauch trug auch in diesem Jahr zur gesamtwirtschaftlichen Expansion maßgeblich bei. Ein deutlicher Zuwachs der Nettoeinkommen, nahezu stabile Preise und eine weitgehend unveränderte Konsumneigung führten zu einer Ausweitung um real 3 vH.

80. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist mit 4 vH genauso rasch gestiegen wie im letzten Jahr. Bei nahezu unverändertem Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ist dies vor allem auf die Entlastungen bei der Einkommensteuer, insbesondere bei der Lohnsteuer, zurückzuführen, die zu Anfang des Jahres in Kraft traten. Damit wuchsen die Nettoeinkommen — anders als im letzten Jahr — in etwa mit der gleichen Rate wie die Bruttoeinkommen.

Der Zuwachs der Bruttoverdienste blieb mit 4 vH hinter dem Anstieg des Volkseinkommens zurück, das im Zuge der konjunkturellen Belebung kräftig expandierte. Die tariflichen Stundenverdienste sind in Verbindung mit den Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen weniger stark erhöht worden als im Vorjahr. Die Effektivverdienste stiegen zwar etwas rascher als die Tariflöhne, da wegen der konjunkturellen Entwicklung mehr Überstunden geleistet wurden; doch war auch hier der Zuwachs geringer als im Jahre 1987. Die Arbeitseinkommensquote sank damit auf einen „historischen Tiefstand“ von 77,3 vH. Im Gegensatz zum verhaltenen Anstieg der Löhne und

Schaubild 11

Gehälter expandierten die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kräftig; mit einem Zuwachs von 10 vH wuchsen sie mehr als doppelt so rasch. Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und die entnommenen Gewinne der Selbständigen sind weniger stark gestiegen. Die Belebung der Investitionstätigkeit dürfte ein Grund dafür gewesen sein, daß erwirtschaftete Mittel zunehmend im Unternehmen belassen worden sind. Die staatlichen Transferzahlungen, die dritte Einkommensquelle der privaten Haushalte, wuchsen um gut 4 vH. Da die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer verlängert worden ist, erhöhten sich die Zahlungen an Arbeitslose. Wiederum kräftig gestiegen sind auch die Zahlungen an Sozialhilfeempfänger (Ziffer 132).

81. Was den privaten Haushalten an Einkommen zufließt, wurde durch Preissteigerungen wenig entwertet. Die Preise für die Lebenshaltung stiegen etwas rascher als im Vorjahr. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Preise für Öl und Gas nicht mehr so stark zurückgegangen sind. Somit bestimmte der Preisanstieg bei den übrigen Verbrauchsgütern, der sich gegenüber dem Vorjahr allerdings kaum beschleunigte, wieder stärker die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus. Zu einem deutlichen Anstieg kam es nur bei den Mieten. Wachsende Nachfrage führte insbesondere in den Ballungsgebieten zu Mietpreissteigerungen. Darüber hinaus kam es infolge von Erhöhungen der kommunalen Abgaben zu einem Anstieg der Mietnebenkosten. Die Preise für Nahrungsmittel waren nochmals rückläufig. Im Durchschnitt des Jahres verteuerten sich die Verbrauchsgüter um weniger als 1½ vH. Damit war auch in diesem Jahr das Ziel der Preisniveaustabilität annähernd erreicht.

82. Das Vertrauen der Verbraucher in die wirtschaftliche Entwicklung scheint gefestigt. Entgegen der Erfahrung aus der Steuerreform 1986 reagierten die privaten Haushalte auf die diesjährige Steuerreform rasch und kräftig mit einer Erhöhung ihrer Verbrauchsausgaben. Die Konsumquote, die das Verhältnis von Konsumausgaben zu verfügbarem Einkommen angibt, ist im Vorjahresvergleich leicht gestiegen (Schaubild 11). Mit 87,8 vH lag sie auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Auch war die Verschuldungsbereitschaft größer – die Konsumentenkredite lagen im ersten Halbjahr deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

Für die Aufteilung der Konsumausgaben auf die verschiedenen Verwendungszwecke war von Bedeutung, daß die Verbraucher wiederum weniger für Energie aufwenden mußten als im Vorjahr. Der Anteil der Energieausgaben am privaten Verbrauch ist weiter zurückgegangen. Neben den gesunkenen Preisen für Öl und Gas spielte hierbei auch eine Rolle, daß infolge des milden Winters der Heizbedarf vergleichsweise gering war.

So konnten die privaten Haushalte die gestiegenen Einkommen verstärkt für andere Konsumzwecke ausgeben. Deutlich ausgeweitet haben sie ihre Ausgaben für Güter der Haushaltsführung. Vor allem die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen und elektrischen Haushaltsgeräten war lebhaft. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß mit dem Neubau und

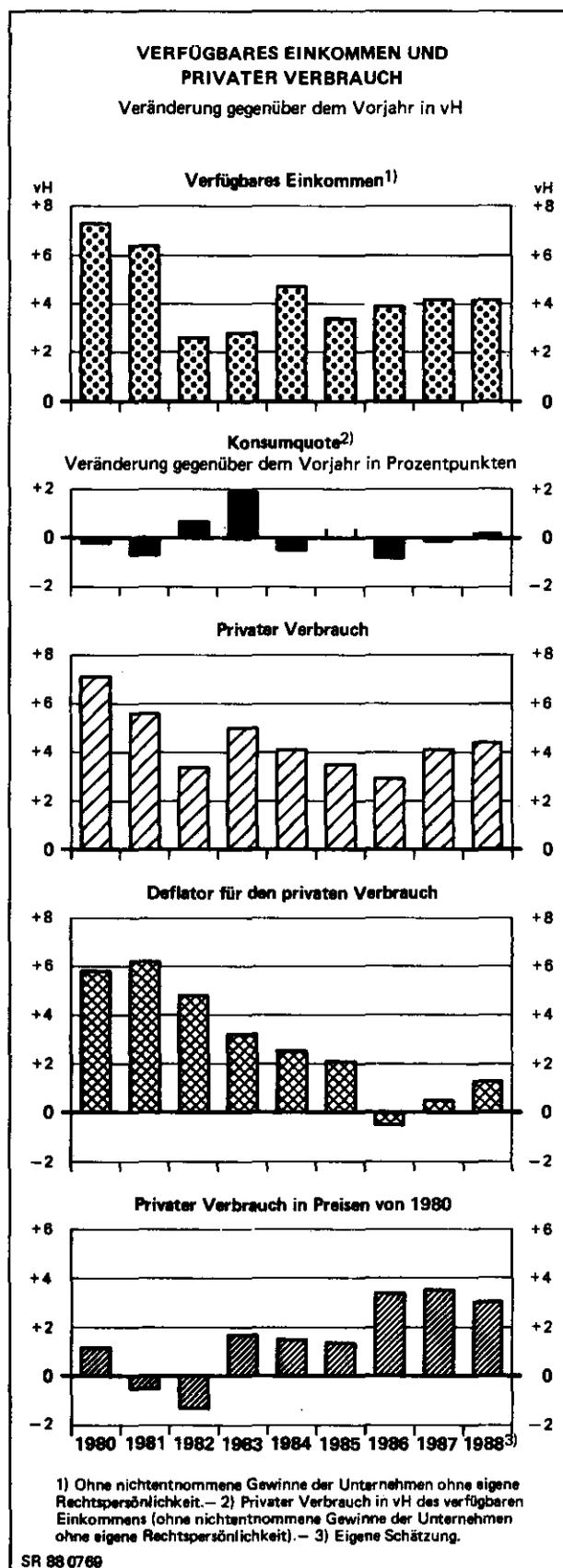
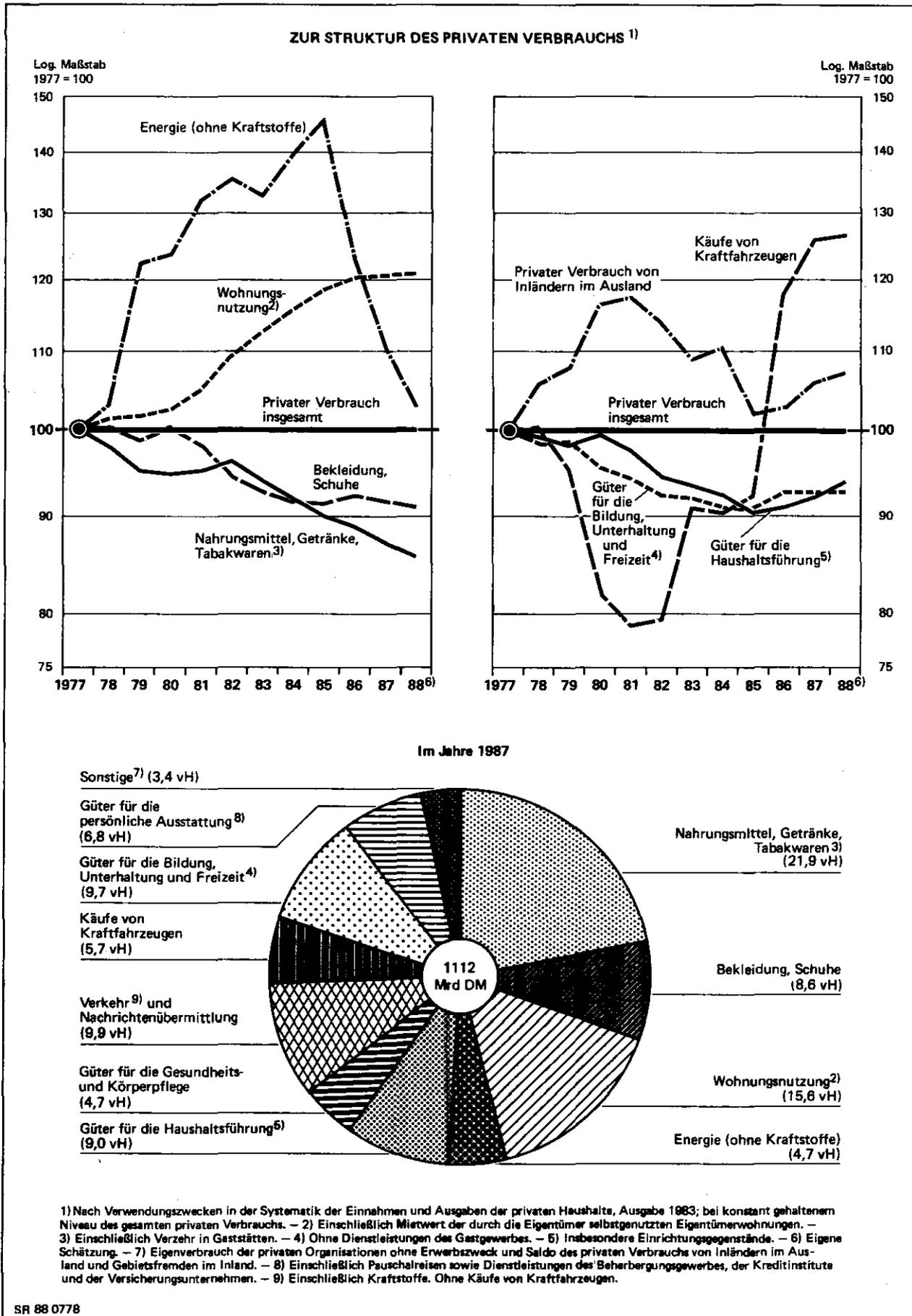


Schaubild 12



dem Umbau von Wohnungen der Bedarf an Möbeln und Küchengeräten gestiegen ist. Daneben dürfte eine Rolle gespielt haben, daß die Verbraucher bei zunehmendem Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung Neuanschaffungen machten, die sie in den letzten Jahren zurückgestellt hatten.

Der sehr kräftige Anstieg der Ausgaben für Automobilkäufe, der in den vergangenen beiden Jahren große Teile des zusätzlichen Einkommens absorbiert hatte, hat sich in diesem Ausmaß nicht wiederholt (Schaubild 12). Von Januar bis September lagen die Neuzulassungen von Personenkraftwagen knapp unter dem Niveau des Vorjahres. Dies ist wohl vor allem auf die bereits hohe Ausstattung der privaten Haushalte mit Personenkraftwagen zurückzuführen.

Bei den Gütern des täglichen Bedarfs setzte sich die Tendenz fort, daß die Ausgaben für Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe weniger stark steigen als die gesamten Verbrauchsausgaben. Ihr Anteil am privaten Verbrauch ist auf weniger als ein Drittel geschrumpft. Dagegen expandierten die Ausgaben für die Wohnungsnutzung in etwa mit der gleichen Rate wie der private Verbrauch. Bereits in den vergangenen Jahren war der Anteil der Mieten an den Konsumausgaben kontinuierlich gestiegen. Dies ist weniger auf einen überproportionalen Preisanstieg zurückzuführen; die Ursache liegt vielmehr in dem Wunsch privater Haushalte nach verbesserter Wohnqualität und größerer Wohnfläche sowie in ihrer Bereitschaft, mehr dafür zu bezahlen.

83. Der Staatsverbrauch trug 1988 mit 2 vH nur unterdurchschnittlich zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrageexpansion bei. Die konsumtiven Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen nahmen in nominaler Rechnung um 3½ vH zu. Dahinter verbargen sich recht unterschiedliche Entwicklungen. Während die Gebietskörperschaften nur einen um rund 2½ vH höheren Staatsverbrauch aufwiesen als 1987, weiteten die Sozialversicherungen ihre Sachkäufe mit 6 vH erheblich aus. Ursache hierfür war die für 1989 angekündigte Strukturreform im Gesundheitswesen; die Versicherten hatten finanzielle Vorteile, wenn sie zeitlich disponible Leistungen (Zahnersatz, Brillen, Hörgeräte) noch im Jahre 1988 unter der alten Regelung in Anspruch nahmen.

Kräftiger Anstieg der Einfuhr

84. Deutlich stärker als 1987 nahm in diesem Jahr die Einfuhr von Gütern zu. Der Importzuwachs war in den letzten Jahren im wesentlichen eine Folge der guten Verbrauchskonjunktur. Im Jahre 1988 war er dagegen maßgeblich auf die gestiegene Investitionsgüternachfrage zurückzuführen. Auch die Einfuhr von Vor- und Zwischenprodukten stieg weiter an, da mit der Ausweitung der Produktion mehr ausländische Vorleistungen nachgefragt wurden. Insgesamt nahm die Einfuhr unseren Schätzungen zufolge in realer Rechnung um 6½ vH und in nominaler Rechnung um 7 vH zu (Ziffer 78).

Die Einfuhrpreise lagen im Jahresdurchschnitt nur wenig über dem Niveau des Vorjahres. Hinter diesem insgesamt mäßigen Preisanstieg standen sehr unter-

schiedliche Preisentwicklungen für einzelne Gütergruppen. Industrierohstoffe verteuerten sich merklich. Der Anstieg der Weltmarktpreise und die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und dem Pfund Sterling, den beiden Währungen, in denen Rohstoffe international vorwiegend fakturiert werden, bewirkten zusammen einen kräftigen Preisschub. Diesem Anstieg standen fallende Weltmarktpreise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse gegenüber, so daß in der Summe das Importpreisniveau für Rohstoffe und Halbwaren weiter rückläufig war. Bei Fertigwaren kam es infolge der wieder niedrigeren Bewertung der D-Mark zu einem leicht beschleunigten Preisanstieg. Insgesamt stiegen die Importpreise wiederum langsamer als die Ausführpreise, so daß sich auch in diesem Jahr die Terms of Trade leicht verbesserten.

85. Trotz der kräftigen Ausweitung des Imports geriet der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß, der in den letzten zwei Jahren stattgefunden hatte, im Laufe dieses Jahres ins Stocken. Der reale Außenbeitrag, der im ersten Halbjahr noch unter dem Niveau des Vorjahres gelegen hatte, übertraf im zweiten Halbjahr das Vorjahresniveau um 2½ Mrd DM. Für das gesamte Jahr 1988 ergab sich zwar nochmals ein leichter Rückgang des realen Außenbeitrags, er fiel aber viel schwächer aus als in den Jahren 1986 und 1987. Da sich die Terms of Trade nochmals verbesserten, stieg der nominale Außenbeitrag weiter an. Vor allem im Handel mit den europäischen Ländern kam es zu steigenden Exportüberschüssen. Diese wurden im Gesamtergebnis erneut dadurch ausgeglichen, daß der Ausfuhrüberschuß mit den Vereinigten Staaten nochmals stark zurückging. Insgesamt war der nominale Außenbeitrag um rund 11½ Mrd DM höher als im Vorjahr.

Auslastungsgrad überschritt langjährigen Durchschnitt

86. Das Bruttoinlandsprodukt ist mit 3½ vH um gut 1½ Prozentpunkte stärker gestiegen als das Produktionspotential. Damit nahm der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten wieder deutlich zu und überschritt geringfügig den Normalauslastungsgrad von 96½ vH (Schaubild 13).

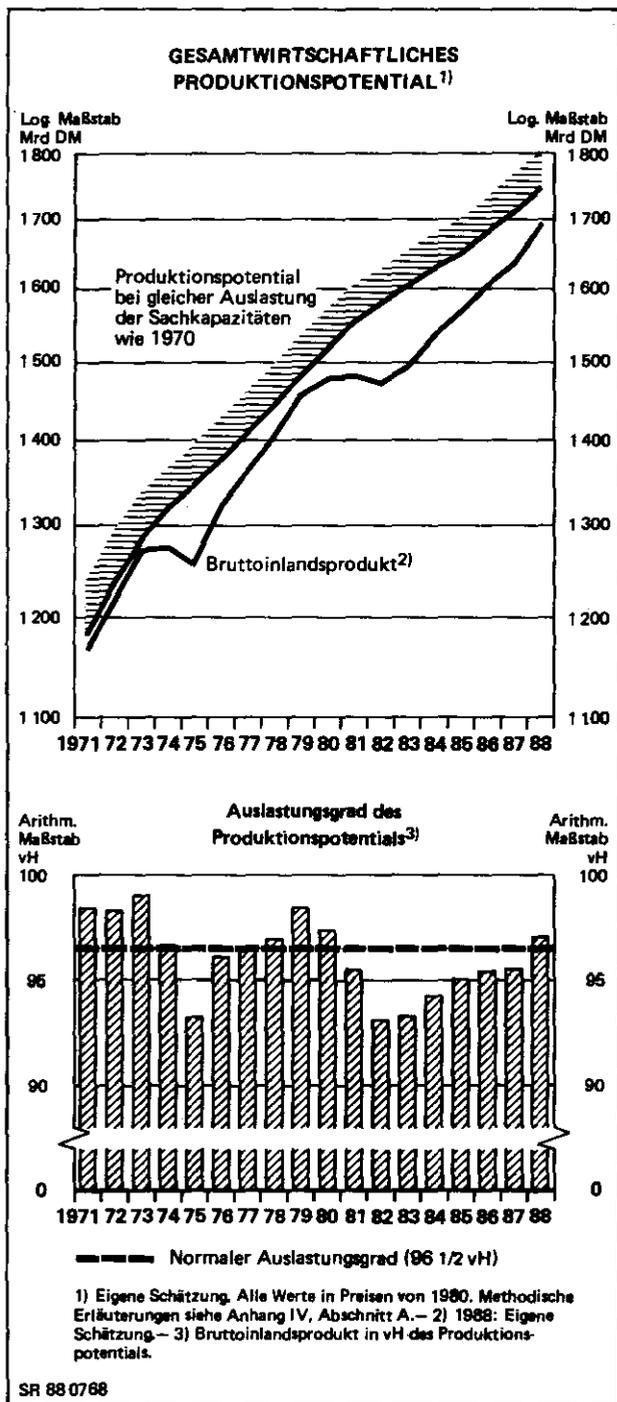
Als diagnostisches Hilfsmittel für die „normale“ Kapazitätsauslastung dient der Durchschnitt des Auslastungsgrades der Jahre von 1963 bis 1985. Der Sachverständigenrat möchte mit dieser Festlegung der unterschiedlich intensiven Sachkapitalnutzung im Konjunkturverlauf Rechnung tragen.

87. Mit der Normalauslastung der Kapazitäten verbindet sich die Vorstellung, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung dann im großen und ganzen den Angebotsmöglichkeiten entspricht. Dies heißt nicht, daß ein rascheres Wirtschaftswachstum durch eine starre Kapazitätsgrenze verhindert würde. Eine solche stellt das Produktionspotential eines gegebenen Kapitalstocks nicht dar, da die Unternehmen ihre Produktion durch organisatorische Änderungen erweitern können. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit etwa, die zu einer Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit führt, erlaubt eine Steigerung des Güterangebots,

ohne daß der Maschinenbestand vergrößert werden müßte.

Möglicherweise wird durch die zunehmende Ausbreitung der Mikroelektronik die Bedeutung des Produktionspotentials zusätzlich relativiert. Elektronisch gesteuerte Produktionsanlagen arbeiten selbst bei hoher Leistung so präzise, daß kaum Ausschuß anfällt. Außerdem können durch die Programmierung der Maschinen die Rüstzeiten erheblich verkürzt werden. In den Verwaltungsabteilungen wird die Produktivität beispielsweise durch den Einsatz von Personalcomputern erhöht.

Schaubild 13



Mit dem zunehmenden Beitrag der Dienstleistungsunternehmen zum Sozialprodukt läßt sich die Vorstellung einer starren Kapazitätsgrenze nur schwer verbinden. Viele Dienstleistungen zeichnen sich durch eine besonders hohe Angebotselastizität in dem Sinne aus, daß das Angebot ohne lange Vorlaufzeiten zügig an die gestiegene Nachfrage angepaßt werden kann. Eine Produktion der Dienstleistungen auf Vorrat ist in der Regel nicht möglich, und so entscheidet erst die aktuelle Nachfrage der Kunden über die Inanspruchnahme des Leistungspotentials; dieses ist durch die relativ hohen Investitionen des Dienstleistungssektors (ohne Wohnungsvermietung) und die seit Jahren ansteigende Beschäftigung in diesem Bereich beträchtlich erweitert worden.

88. Der Sachverständigenrat unterstellt bei seiner Potentialschätzung, daß die Kapitalproduktivität im längerfristigen Trend mit einer jährlichen Rate von 1,3 vH abnimmt. Mit Blick auf die zuletzt deutlich niedrigeren Abnahmeraten – seit 1982 sind es durchschnittlich rund 1/2 vH – könnte argumentiert werden, daß die trendmäßige Abnahmerate der Kapitalproduktivität geringer geworden sei.

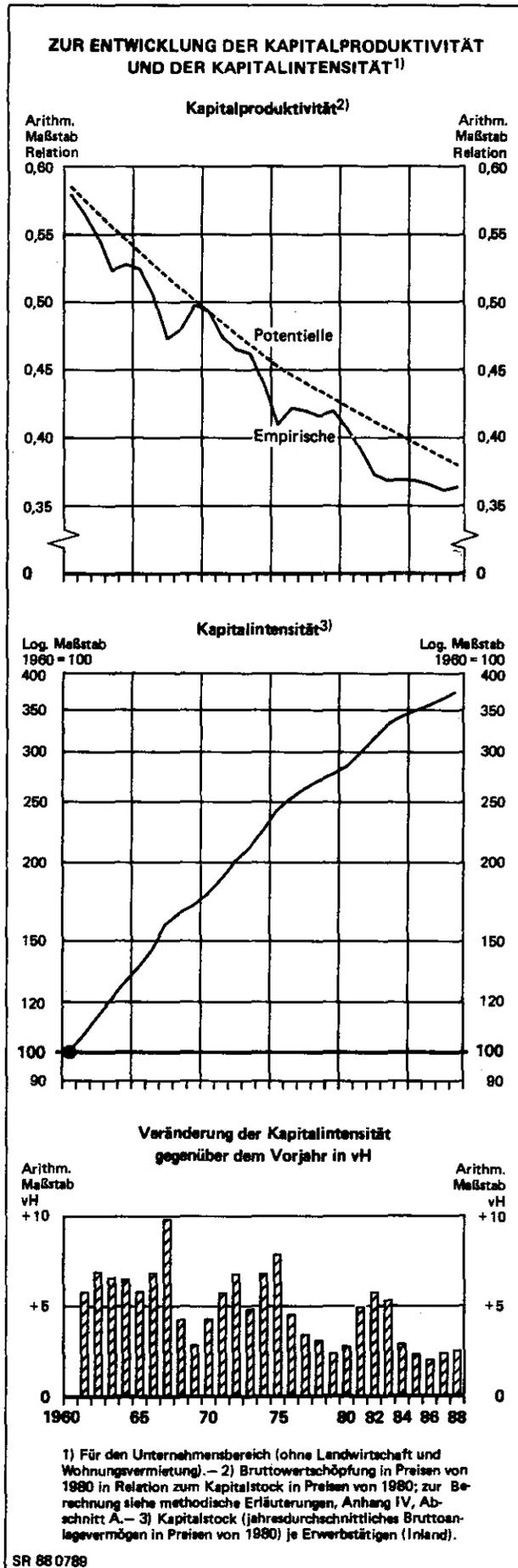
Auf die Schwierigkeiten, die sich aus der zyklengerechten Trendschätzung ergeben, hat der Rat im Jahresgutachten 1986/87 (Ziffern 78 ff.) hingewiesen. Zu einem Problem wird zunehmend, daß eine Aktualisierung der Trendschätzung nach dieser Konzeption erst nach Abschluß eines vollständigen Zyklus vorzunehmen ist. Behält man die Konzeption trotzdem bei, dann darf man die seit 1983 andauernde Aufschwungsphase nicht mit dem gesamten Zyklus von 1975 bis 1982 vergleichen, sondern nur mit dem Aufschwung von 1976 bis 1979. Dabei stellt man fest, daß in der Periode nach 1975 die Kapitalproduktivität stieg. Hierin liegt ein entscheidender Unterschied zur derzeitigen Aufwärtsentwicklung, die mit sechs Jahren allerdings schon wesentlich länger dauert als die letzte. Dies könnte auf ein geändertes Zyklennmuster hindeuten (Schaubild 14).

Für eine geringere Abnahme der Kapitalproduktivität spricht, daß in den letzten Jahren die Kapitalintensität mit deutlich geringeren Raten zunahm als in den sechziger und siebziger Jahren. Die notwendige Ausstattung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes mit Kapital hat sich zwar weiterhin erhöht, jedoch nicht mehr so stark wie früher.

Aus dem empirischen Befund kann zwar nicht sicher auf eine schwächere trendmäßige Abnahmerate der Kapitalproduktivität geschlossen werden. Trotzdem spricht das wiederum geringere Ansteigen der Kapitalintensität in diesem Aufschwung dafür, daß die Potentialschätzung derzeit die Kapazitätsgrenzen eher unterschätzt als überzeichnet.

89. Schaubild 13 zeigt, daß in Zeiten guter Konjunktur die Sachkapitalnutzung regelmäßig über ihrem „normalen“ Niveau liegt. Es stellt sich – mit Blick auf Erfahrungen in den sechziger und siebziger Jahren – die Frage, ob nicht ein weiterer Anstieg des Auslastungsgrades mit inflationären Spannungen verbunden wäre. Wenn immer mehr Unternehmen ihre Sachkapazitäten immer besser auslasten können, schwinden die Möglichkeiten der Nachfrager, einen preis-

Schaubild 14



günstigen Anbieter zu finden; der Wettbewerbsdruck läßt folglich tendenziell nach. Unter sonst gleichen Umständen kann eine höhere Kapazitätsauslastung die Durchsetzung von Preissteigerungen erleichtern.

Allerdings vermittelt diese isolierte Betrachtung nur ein unvollständiges Bild. Gegen einen strammen Zusammenhang zwischen der Veränderung des Auslastungsgrades und der Preissteigerungsrate kann man mit Blick auf die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation folgende Einwände vorbringen:

- In den letzten Jahren hat die Importkonkurrenz ständig zugenommen. Die Unternehmen, die ihre Preise bei Annäherung an die Kapazitätsgrenze erhöhen, laufen Gefahr, Marktanteile zu verlieren.
- Gerade in diesem Jahr hat die Aufwärtsentwicklung eine deutlich breitere Basis als in den Vorjahren gewonnen. Davon haben auch Wirtschaftszweige mit bisher unterdurchschnittlicher Auslastung profitiert. Der hiervon ausgehende Preisimpuls ist geringer zu veranschlagen, als wenn nur ohnehin gut ausgelastete Branchen an dem Nachfrageanstieg teilgehabt hätten. Auf diesen Märkten dürften die Neigung und die Möglichkeit zu Preiserhöhungen ausgeprägter sein als in Bereichen mit bislang unterdurchschnittlicher Auslastung, in denen der Wunsch nach einer besseren Nutzung der Sachanlagen den Wettbewerbsdruck hoch halten wird.
- Grundsätzlich wird die Bereitschaft zu mehr Investitionen bei einer höheren Auslastung der Sachkapazitäten zunehmen. Kommen vergleichsweise günstige Investitionsbedingungen hinzu, dann veranlaßt dies die Unternehmen zu Kapazitätserweiterungen. Diese können auch in Form von Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen vorgenommen werden, da neue Ausrüstungsgüter in der Regel auch einen kapazitätserweiternden Effekt haben. Die Unternehmen haben auf die höhere Sachkapitalnutzung bereits in diesem Jahr mit einer Erhöhung ihrer Anlageinvestitionen reagiert. Hierdurch ist es zu einem Anstieg des Produktionspotentials gekommen, das mit 2 vH etwas stärker wuchs als in den letzten sechs Jahren.

III. Anhaltender Beschäftigungsanstieg bei weiterhin hoher Arbeitslosigkeit

90. Zur Jahreswende 1987/88 schienen die Aussichten für die Beschäftigungsentwicklung nicht günstig zu sein. Im letzten Halbjahr 1987 war die Anzahl der Erwerbstätigen kaum noch gestiegen. Unternehmensbefragungen ließen für 1988 eine Stagnation auf dem Arbeitsmarkt erwarten; Unsicherheiten über die weitere Entwicklung im Außenhandel nach Börsenkrise und Dollarkursverfall hatten bei vielen Arbeitgebern vorsichtige Personalplanungen zur Folge. Doch die ungünstige Einschätzung erwies sich schon bald als zu pessimistisch. In den ersten Monaten des Jahres führte die außergewöhnlich milde Witterung in den witterungsabhängigen Bereichen zu mehr Beschäftigung als jahreszeitlich üblich. Als die wirtschaftliche

Aufwärtsentwicklung im weiteren Verlauf des Jahres an Breite gewann, setzte sich auch die Zunahme der Gesamtbeschäftigung fort.

91. Gleichwohl war der Beschäftigungsanstieg 1988 verhalten. Im Jahresverlauf nahm die Anzahl der Erwerbstätigen um 175 000 Personen zu. Verglichen mit 1987 (106 000) war das zwar viel, verglichen mit 1986 (280 000) war es aber wenig. Auch mit Blick auf das in diesem Jahr kräftige Wirtschaftswachstum (3½ vH) ist die Zuwachsrate bei den Erwerbstätigen (½ vH) niedrig. Im Vorjahr haben sich offenbar Personalreserven gebildet, die – wie nicht zuletzt die rückläufige Kurzarbeit belegt – nun im Zuge der raschen Produktionsausweitung besser ausgelastet werden konnten. Dies spiegelt sich in dem unerwartet hohen Anstieg der Arbeitsproduktivität wider.

Neben den Beschäftigtenzahlen weisen auch andere Indikatoren auf eine Nachfragebelebung am Arbeitsmarkt im Jahre 1988 hin. So wurden weniger Menschen durch Entlassung arbeitslos; die Anzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich weiter (Tabelle 8).

Es ist hervorzuheben, daß die Grundtendenz der Beschäftigungsentwicklung weiter nach oben gerichtet ist. Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung Ende 1983 sind zusätzlich 923 000 Beschäftigungsverhältnisse für Arbeitnehmer entstanden. Mehr wäre für einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit notwendig gewesen; aber die gelegentlich anzutreffende Einschätzung, die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre habe am Arbeitsmarkt kaum Spuren hinterlassen, trifft nicht zu (Schaubild 15).

92. *Einen wesentlich stärkeren Anstieg der Beschäftigung erhält man, wenn man statt auf die Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die Ergebnisse der von der Bundesanstalt für Arbeit geführten Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgreift. Zwischen diesen beiden Datengrundlagen sind in den letzten Jahren nämlich erhebliche Diskrepanzen entstanden.*

Der Anstieg der Beschäftigung seit 1983 wird von der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 300 000 Personen höher ausgewiesen als durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Von März 1987 bis März 1988 – weiter ist diese Statistik noch nicht verfügbar – weisen die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Anstieg von 230 000 Personen, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aber nur einen Zuwachs von 130 000 Personen aus; allein in dieser Zeit beträgt der Unterschied rund 100 000 Personen.

Aus den Unterschieden in der Abgrenzung der beiden Statistiken läßt sich das Ausmaß der Abweichung nicht vollständig erklären. In der Anzahl der nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürften sich keine großen Änderungen vollzogen haben; die Anzahl der Beamten hat vermutlich leicht abgenommen, die der unter der Sozialversicherungspflichtgrenze Beschäftigten leicht zugenommen. Eine mögliche Erklärung wäre, daß die Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund einer unvollständigen Erfassung kleinerer Unternehmen (unter 100 Beschäftigten) die Beschäftigungsentwicklung hier unterzeichnen. Für kleinere Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes wird beispielsweise ein Beschäftigungsrückgang ausgewiesen.

Andererseits könnte die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Entwicklung überzeichnen, wenn es bei der Anmeldung zur Sozialversicherung weniger Lücken gäbe als früher oder wenn sie schneller erfolgte.

Ein Urteil über die Stärke der Beschäftigungsdynamik in diesem Aufschwung im Vergleich zu früheren Aufschwüngen ist wegen dieser statistischen Unklarheiten derzeit schwer möglich. Diese mißliche Situation wird sich wohl erst dann ändern, wenn durch die Volkszählung die Angaben über die Beschäftigung wieder auf eine gesicherte Basis gestellt werden können. In der vorliegenden Analyse werden die Zahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde gelegt.

93. Der strukturelle Wandel hin zum tertiären Sektor und zu Lasten des Warenproduzierenden Gewerbes prägt schon seit langem die Entwicklung am Arbeitsmarkt: Trendmäßig nimmt die Beschäftigung im tertiären Sektor zu, im Warenproduzierenden Gewerbe dagegen ab. Im Jahre 1988 war das nicht so. Die Bereiche Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat und private Haushalte weiteten ihre Beschäftigung im Jahresverlauf zwar wiederum aus, um rund 194 000 Personen; im Warenproduzierenden Gewerbe schrumpfte die Beschäftigung jedoch nicht weiter. Noch im Verlauf des Vorjahres hatte sie deutlich abgenommen. Ein neuer Trend ist im Warenproduzierenden Gewerbe wohl nicht angelegt. Gleichwohl zeigt sich, daß ein kräftiges Wirtschaftswachstum die Anpassungslasten für die Beschäftigung im Warenproduzierenden Gewerbe mildern kann. Nimmt man an, daß hier nicht mehr so hohe Personalreserven vorhanden sind wie im Jahr zuvor, ist die Einschätzung begründet, daß der industrielle Bereich sogar Beschäftigungszuwächse erzielen könnte, vorausgesetzt, das Wachstum der Wirtschaft schwächt sich nicht deutlich ab.

Die Gesamtzunahme der abhängig Beschäftigten seit dem Tiefpunkt Ende 1983 bis Ende 1988 zeigt folgendes Bild:

– Landwirtschaft	– 7 000
– Warenproduzierendes Gewerbe	– 48 000
– Handel und Verkehr	+ 91 000
– Dienstleistungsunternehmen	+513 000
– Staat, private Haushalte	+374 000

Bei einem solchen Vergleich ist zu berücksichtigen, daß Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse mit gleichem Gewicht enthalten sind. Es ist wohl davon auszugehen, daß im industriellen Bereich vornehmlich Vollzeitarbeitsplätze verloren gehen. Dafür spricht, daß die Raten, mit denen dort die Anzahl der Beschäftigten und die geleisteten Beschäftigtenstunden trendmäßig sinken, in etwa gleich sind. Im Bereich der Dienstleistungen entstehen vielfach auch Teilzeitarbeitsverhältnisse. Insofern überzeichnet die Beschäftigungszunahme im tertiären Bereich das Ausmaß, in dem hier das Arbeitsvolumen steigt. Aber die Grundrichtung des Strukturwandels am Arbeitsmarkt ist unverkennbar.

94. Das Arbeitsangebot ist, gemessen an der Anzahl der Erwerbspersonen, im Verlauf des Jahres 1988 mit 158 000 Personen nicht viel langsamer gewachsen als 1987. Hinter der Gesamtzahl verbergen sich gegenläufige Tendenzen. Der demographisch bedingte Zuwachs an Erwerbspersonen, der die Entwicklung der Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter widerspiegelt, ist deutlich kleiner geworden; bei seiner Berechnung werden konstante spezifische Erwerbsbe-

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbs- per- sonen ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾				Arbeits- lose ⁴⁾	Kurz- arbeiter ⁴⁾	Offene Stellen ⁴⁾	Arbeits- losen- quote ⁶⁾
		insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer		Selb- ständige ⁵⁾				
			zu- sammen	darunter Auslän- der ^{3) 4)}					
1 000									vH
1960	26 518	26 247	20 257	279	5 990	271	3	465	1,3
1961	26 772	26 591	20 730	507	5 861	181	3	552	0,9
1962	26 845	26 690	21 032	629	5 658	155	4	574	0,7
1963	26 930	26 744	21 261	773	5 483	186	11	555	0,9
1964	26 922	26 753	21 484	902	5 269	169	2	609	0,8
1965	27 034	26 887	21 757	1 119	5 130	147	1	649	0,7
1966	26 962	26 801	21 765	1 244	5 036	161	16	540	0,7
1967	26 409	25 950	21 054	1 014	4 896	459	143	302	2,1
1968	26 291	25 968	21 183	1 019	4 785	323	10	488	1,5
1969	26 535	26 356	21 752	1 366	4 604	179	1	747	0,8
1970	26 817	26 668	22 246	1 807	4 422	149	10	795	0,7
1971	27 002	26 817	22 606	2 128	4 211	185	86	648	0,8
1972	26 990	26 744	22 633	2 285	4 111	246	76	546	1,1
1973	27 195	26 922	22 906	2 498	4 016	273	44	572	1,2
1974	27 147	26 565	22 640	2 381	3 925	582	292	315	2,5
1975	26 884	25 810	22 014	2 061	3 796	1 074	773	236	4,7
1976	26 651	25 591	21 939	1 925	3 652	1 060	277	235	4,6
1977	26 577	25 547	22 029	1 872	3 518	1 030	231	231	4,5
1978	26 692	25 699	22 264	1 857	3 435	993	191	246	4,3
1979	26 923	26 047	22 663	1 924	3 384	876	88	304	3,7
1980	27 217	26 328	23 009	2 018	3 319	889	137	308	3,7
1981	27 416	26 144	22 869	1 912	3 275	1 272	347	208	5,3
1982	27 542	25 709	22 436	1 787	3 273	1 833	606	105	7,6
1983	27 589	25 331	22 057	1 694	3 274	2 258	675	76	9,3
1984	27 629	25 363	22 097	1 609	3 266	2 266	384	88	9,3
1985	27 844	25 540	22 274	1 568	3 266	2 304	235	110	9,4
1986	28 024	25 796	22 535	1 570	3 261	2 228	197	154	9,0
1987	28 216	25 987	22 739	1 577	3 248	2 229	278	171	8,9
1988 ⁷⁾	28 380	26 130	22 900	1 600	3 230	2 250	200	195	8,9

1) Erwerbstätige und Arbeitslose.

2) Nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Jahresdurchschnitte.

3) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.

4) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.

5) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.

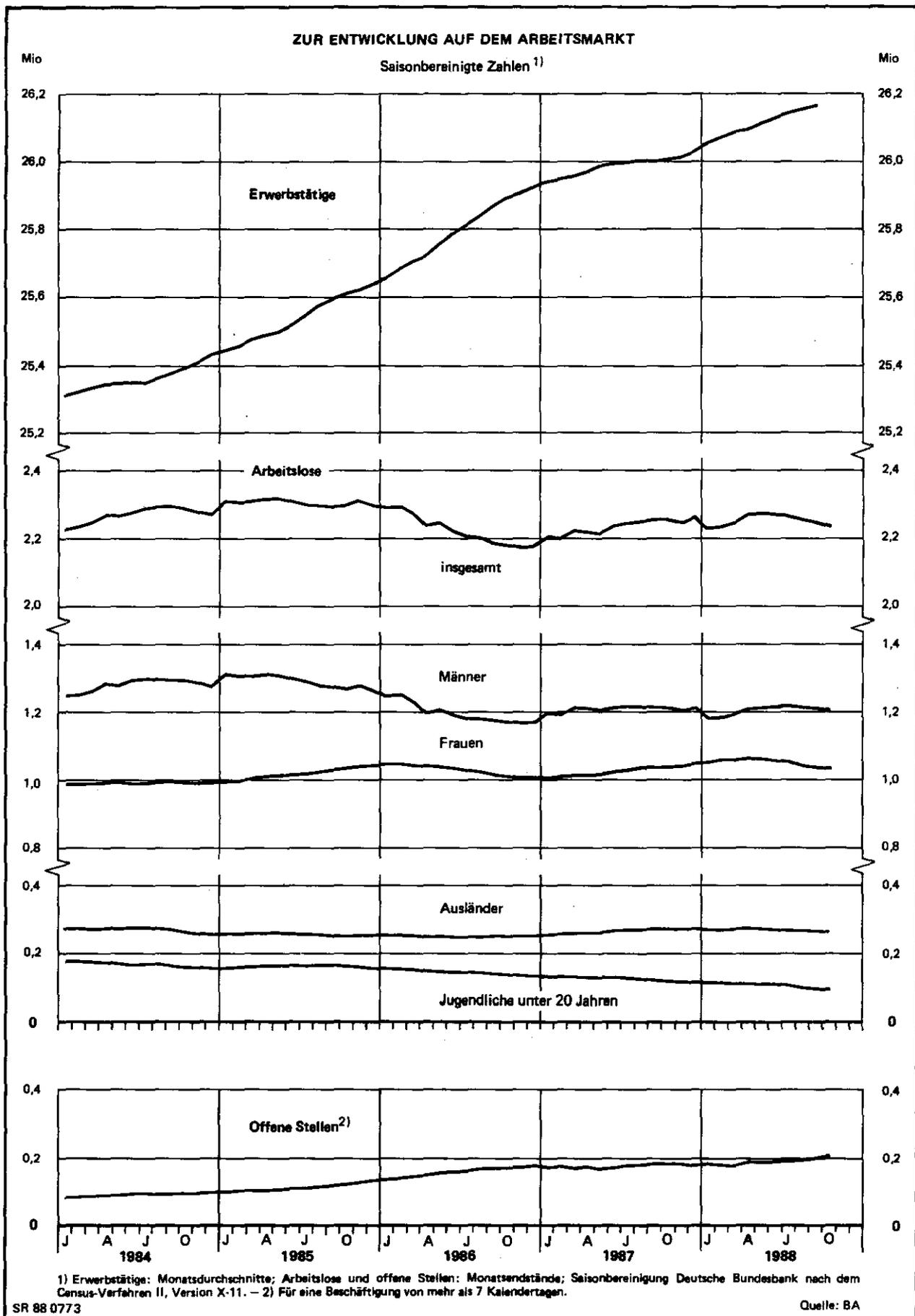
6) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).

7) Eigene Schätzung.

teiligungen und ein Wanderungssaldo von Null unterstellt. Hier deutet sich an, was in den nächsten Jahren – vorliegenden Schätzungen zufolge – noch stärker zu Buche schlagen wird, nämlich die Verknappung des Arbeitsangebotes aufgrund der demographischen Bewegungen.

Einen größeren Anteil an der Zunahme des Arbeitsangebotes haben Asylberechtigte, die nach mehrjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik nun eine Arbeitserlaubnis erhalten. Sprunghaft angestiegen ist zudem die Anzahl der Aussiedler aus Osteuropa, was sich jedoch erst 1989 in voller Stärke beim Arbeitsan-

Schaubild 15



gebot auswirken wird. Sollten sich die Zuwanderungen von Aussiedlern in den nächsten Jahren mit der jetzt absehbaren Größenordnung fortsetzen, würde dies ein Gegengewicht zu dem demographisch bedingten Rückgang des Arbeitsangebotes bilden. Daraus ist jedoch nicht zu folgern, daß die Probleme am Arbeitsmarkt in Form von hoher Arbeitslosigkeit durch die Zuwanderungen von Aussiedlern verstärkt werden. Die Aussiedler werden aufgrund ihrer vermutlich sehr hohen Mobilitätsbereitschaft vorwiegend in Regionen und Berufe streben, in denen heute schon eine gewisse Arbeitskräfteknappheit besteht. Dies wird um so mehr geschehen, je schneller es den Aussiedlern gelingt, sich zu qualifizieren und weiterzubilden, um ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten den hierzulande bestehenden Anforderungen anzupassen.

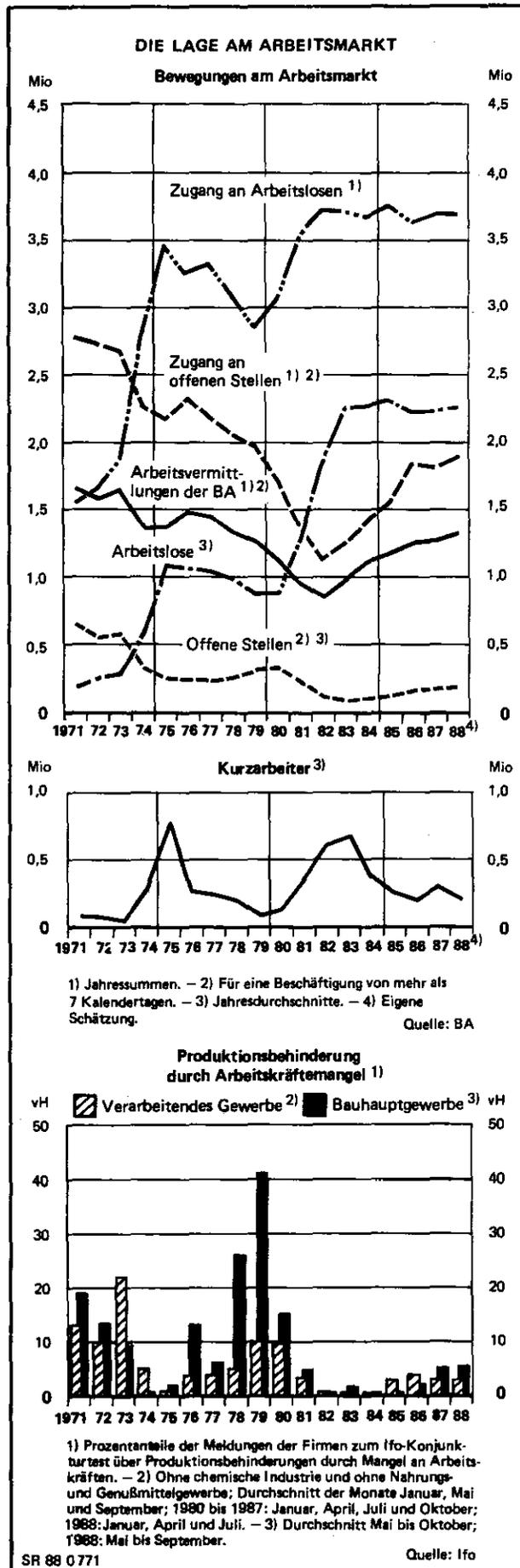
95. Keine Fortschritte sind im Jahre 1988 beim Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt worden. Im Jahresdurchschnitt lag die Anzahl der Arbeitslosen mit 2,25 Millionen Personen sogar noch leicht über dem Vorjahresstand. Aber seit Jahresmitte ging die Anzahl der Arbeitslosen saisonbereinigt zurück, wenn auch nicht mit hohem Tempo. Ende des Jahres waren rund 17 000 Personen weniger arbeitslos als im letzten Quartal des Vorjahres.

Kleine Veränderungen in der Anzahl der Arbeitslosen dürfen nicht unbedingt konjunkturellen Einflüssen zugeschrieben werden, weil auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – so beispielsweise die Regelungen des § 105 c Arbeitsförderungsgesetz, die 58jährigen oder älteren Arbeitnehmern das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben erleichtern – den Bestand an als arbeitslos registrierten Personen beeinflussen. Dennoch paßt das leichte Sinken der Arbeitslosenzahl seit Mitte des Jahres durchaus zu dem Bild einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung in diesem Jahr.

96. Eine im Zeitverlauf weitgehend unveränderte Bestandszahl an Arbeitslosen läßt nicht die Schlußfolgerung zu, es gebe keine Bewegungen innerhalb der Arbeitslosigkeit. Tatsächlich findet eine starke Fluktuation statt. So waren im Jahre 1988 bei einem Durchschnittsbestand von etwa 2,25 Millionen Arbeitslosen erheblich höhere Zugänge an Arbeitslosen, nämlich von 3,7 Millionen Personen zu verzeichnen (Schaubild 16). Dem standen Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in Höhe von 3,7 Millionen Personen gegenüber. Diese Zahlen machen deutlich, daß im Laufe eines Jahres wesentlich mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, als es die Bestandszahl ausdrückt. Aber sie machen ebenso deutlich, daß viele Menschen aus der Arbeitslosigkeit wieder ausscheiden, sei es, weil sie eine neue Beschäftigung gefunden haben, sei es, weil sie zum Beispiel in den Ruhestand überwechseln.

Bei den Zugängen zur Arbeitslosigkeit gab es im Jahre 1988 gegenüber dem Vorjahr strukturelle Verschiebungen. Der Zugang an Arbeitslosen, die zuvor erwerbstätig waren oder sich in einer betrieblichen Ausbildung befanden, hat abgenommen. Das spricht für einen höheren Kräftebedarf der Wirtschaft; und als Beleg für die größere Breite, die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in diesem Jahr gewonnen hat und

Schaubild 16



die vor allem auch die Industrie einschließt, kann gelten, daß der Zugang von Arbeitslosen nicht nur aus „witterungsabhängigen“ Wirtschaftszweigen rückläufig war, sondern auch aus dem Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Im Zugang an Arbeitslosen waren jedoch deutlich mehr Personen vertreten, die zuvor nicht oder seit längerem nicht mehr erwerbstätig waren. Bei diesen Personen mag eine gestiegene Zuversicht, auf einen Arbeitsplatz vermittelt zu werden, ein Grund dafür gewesen sein, sich arbeitslos zu melden. Die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit werden 1988 etwas höher liegen als im Vorjahr. Auch dies weist auf einen höheren Kräftebedarf der Wirtschaft hin.

Nach wie vor gibt es in der Bundesrepublik große regionale Unterschiede in der Arbeitslosigkeit. Allerdings ist die regionale Streuung der Arbeitslosenquote, gemessen an der mittleren Abweichung der

Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt, im Jahre 1988 zum ersten Mal seit 1980 nicht weiter angestiegen (Tabelle 9).

Der internationale Vergleich von Arbeitslosenquoten ist wegen unterschiedlicher nationaler Abgrenzungen und Berechnungsmethoden problematisch. Die OECD berechnet daher standardisierte Arbeitslosenquoten, um die Vergleichbarkeit zu verbessern. Für die Bundesrepublik werden für die Jahre 1986 bis 1988 Arbeitslosenquoten von jeweils 6,5 vH ausgewiesen gegenüber rund 9 vH in der amtlichen Statistik (Tabelle 3, Seite 26 und Tabelle 8, Seite 63).

97. Ende September 1987 waren rund 670 000 Arbeitslose länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, etwa die Hälfte davon länger als zwei Jahre. Die Anzahl dieser Langzeitarbeitslosen hat sich gegenüber dem Vergleichsmonat des Jahres 1980 vervielfacht. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug 1987 knapp 32 vH (Tabelle 10).

Tabelle 9

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH¹⁾

Landesarbeitsamtsbezirk	Einheit ²⁾	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988 ³⁾
Schleswig-Holstein-Hamburg	I	4,6	4,6	4,8	4,6	4,0	3,6	5,8	8,4	10,3	10,9	11,6	11,7	11,8	11,3
	II	3,7	3,9	4,1	3,4	2,9	2,6	4,0	6,5	8,0	8,3	9,1	8,4	8,0	8,1
	III	6,4	5,9	6,2	5,6	5,5	5,7	8,9	13,1	14,5	14,9	16,4	16,5	16,1	14,8
Niedersachsen-Bremen	I	5,4	5,4	5,5	5,2	4,7	4,7	6,8	9,5	11,4	12,1	12,5	11,9	11,8	11,7
	II	4,0	3,9	4,1	3,9	3,6	3,6	5,6	7,4	9,4	10,4	11,1	9,6	8,5	9,3
	III	9,8	9,5	9,5	8,8	8,2	7,5	12,6	17,8	20,9	23,1	23,0	21,6	21,3	19,7
Nordrhein-Westfalen	I	4,8	4,9	5,0	5,0	4,6	4,6	6,4	8,6	10,6	10,7	11,0	10,9	11,0	11,1
	II	3,2	3,3	3,1	2,9	2,6	2,9	4,1	5,7	6,9	7,2	7,7	8,0	8,5	8,8
	III	6,5	6,8	7,1	7,8	7,3	6,6	8,5	11,9	15,0	16,3	16,7	16,7	17,1	17,6
Hessen	I	4,5	4,4	4,0	3,6	2,9	2,8	4,3	6,2	7,6	7,4	7,2	6,8	6,7	6,6
	II	3,1	3,1	2,9	2,3	2,2	2,3	3,5	4,9	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9	6,1
	III	6,1	5,8	5,5	5,0	4,2	4,1	6,4	9,7	12,2	12,3	12,4	11,5	10,9	10,8
Rheinland-Pfalz-Saarland	I	5,3	5,2	5,2	5,1	4,3	4,4	6,0	7,7	9,2	9,3	9,7	9,4	9,2	8,7
	II	3,7	3,6	3,7	3,4	2,9	3,0	4,8	6,5	8,3	8,2	8,2	8,3	7,7	7,5
	III	7,6	7,7	8,4	8,6	7,6	7,5	9,3	11,6	14,6	15,9	16,2	16,2	16,1	15,6
Baden-Württemberg	I	3,5	3,4	2,9	2,6	2,1	2,3	3,3	4,8	5,9	5,6	5,4	5,1	5,1	5,1
	II	2,6	2,1	1,8	1,7	1,4	1,4	2,1	3,6	4,6	4,0	3,5	3,4	3,6	3,8
	III	5,7	4,6	3,9	4,0	3,4	3,4	4,6	6,3	7,9	7,7	7,9	8,1	7,9	8,2
Nordbayern ⁴⁾	I	5,6	5,7	5,2	4,8	4,1	4,0	6,0	8,2	9,4	8,9	8,7	7,8	7,3	7,2
	II	4,0	4,2	3,7	3,5	2,7	2,7	4,9	7,3	8,7	7,8	7,4	6,4	6,0	6,0
	III	9,7	10,1	9,6	9,5	8,0	7,4	10,4	13,5	15,5	15,1	15,0	13,6	13,2	12,8
Südbayern ⁴⁾	I	4,8	4,5	4,1	3,7	3,2	3,1	4,4	5,9	7,1	6,9	6,9	6,4	6,1	5,9
	II	3,6	3,1	3,0	2,8	2,2	2,4	3,3	4,8	6,1	6,2	6,2	6,0	5,3	5,2
	III	10,5	10,5	9,6	9,1	7,9	8,3	11,4	14,6	15,7	14,3	14,8	13,6	13,1	12,5
Berlin	I	3,7	3,9	4,5	4,6	4,0	4,3	5,8	8,7	10,4	10,2	10,0	10,5	10,5	11,1
Bundesgebiet	I	4,7	4,6	4,5	4,3	3,8	3,8	5,5	7,5	9,1	9,1	9,3	9,0	8,9	8,8
Mittlere Abweichung ⁵⁾		1,00	1,08	1,19	1,25	1,21	1,16	1,53	2,02	2,32	2,59	2,89	2,95	2,98	2,94

1) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.

Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.

Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.

2) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.

II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

3) Januar bis einschließlich Oktober.

4) Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke sind die Ergebnisse ab 1977 mit denen für frühere Jahre nur bedingt vergleichbar.

5) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquote in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: BA

Auch wenn sich die Anzahl der Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren stark erhöht hat und wenn für sie die Arbeitsmarktsituation nach wie vor ungünstig ist, kann festgestellt werden, daß sie durchaus Chancen haben, wieder eine Beschäftigung zu finden. Nach der Sondererhebung der Bundesanstalt für Arbeit in den Monaten Mai/Juni 1988 waren unter all denen, die eine Arbeit aufnahmen und zuvor als arbeitslos gemeldet waren, 9,3 vH, die den Langzeitarbeitslosen

zuzuordnen sind; gegenüber dem Vorjahr ist dieser Anteil leicht gestiegen (Tabelle 11).

98. Wie stark der Strukturwandel in der Wirtschaft auf die Langzeitarbeitslosigkeit wirkt, zeigt deutlich eine regionale Betrachtung. So geht beispielsweise der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen schon auf 37 vH zu, während er in Baden-Württemberg mit

Tabelle 10

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1983		1984		1985		1986		1987	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	2 134	100	2 143	100	2 151	100	2 046	100	2 107	100
nach Geschlecht										
Männer	1 145	53,7	1 155	53,9	1 132	52,6	1 040	50,8	1 082	51,4
Frauen	989	46,3	988	46,1	1 019	47,4	1 006	49,2	1 025	48,6
nach Nationalität										
Deutsche	1 850	86,7	1 896	88,5	1 907	88,6	1 803	88,1	1 843	87,5
Ausländer	284	13,3	247	11,5	244	11,4	243	11,9	264	12,5
nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	1 049	49,2	1 085	50,6	1 082	50,3	1 006	49,2	1 042	49,5
ohne Abschluß	1 084	50,8	1 058	49,4	1 069	49,7	1 040	50,8	1 065	50,5
nach Stellung im Beruf										
Facharbeiter	399	18,7	405	18,9	387	18,0	351	17,2	362	17,2
Nichtfacharbeiter	985	46,1	954	44,5	967	45,0	928	45,3	949	45,1
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	496	23,2	520	24,3	496	23,1	470	23,0	442	21,0
mit einfacher Tätigkeit	254	11,9	264	12,3	301	14,0	297	14,5	354	16,8
nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	1 896	88,8	1 915	89,4	1 915	89,0	1 815	88,7	1 875	89,0
Teilzeitarbeit	238	11,2	228	10,6	236	11,0	230	11,3	232	11,0
mit gesundheitlicher										
Einschränkung	423	19,8	417	19,5	410	19,0	406	19,9	421	20,0
darunter: Schwerbehinderte ...	135	6,3	139	6,5	133	6,2	122	6,0	129	6,1
nach Dauer der Arbeitslosigkeit ¹⁾										
unter 1 Monat	245	11,5	249	11,6	265	12,3	249	12,2	256	12,1
1 bis unter 3 Monate	471	22,1	464	21,7	434	20,2	409	20,0	427	20,3
3 bis unter 6 Monate	363	17,0	348	16,2	341	15,8	320	15,6	336	16,0
6 bis unter 12 Monate	524	24,5	464	21,7	446	20,7	414	20,2	418	19,8
1 bis unter 2 Jahre	377	17,7	371	17,3	363	16,9	334	16,3	332	15,8
2 Jahre und länger	155	7,2	247	11,5	303	14,1	320	15,6	338	16,1
nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	203	9,5	177	8,3	174	8,1	149	7,3	132	6,2
20 bis unter 25 Jahre	420	19,7	406	18,9	389	18,1	354	17,3	347	16,5
25 bis unter 35 Jahre	580	27,2	584	27,2	584	27,2	562	27,5	582	27,6
35 bis unter 45 Jahre	381	17,9	375	17,5	367	17,1	357	17,4	371	17,6
45 bis unter 55 Jahre	315	14,8	333	15,5	357	16,6	368	18,0	390	18,5
55 Jahre und älter	234	11,0	268	12,5	279	13,0	256	12,5	285	13,5
darunter: 59 Jahre und älter ...	95	4,4	104	4,9	104	4,8	80	3,9	93	4,4
Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld ...	841	39,4	730	34,0	679	31,6	647	31,6	809	38,4
Bezieher von Arbeitslosenhilfe ...	474	22,2	565	26,3	568	26,4	528	25,8	476	22,6
Leistungen beantragt	239	11,2	228	10,7	224	10,4	218	10,7	193	9,1
keine Leistungen	579	27,1	620	28,9	680	31,6	653	31,9	630	29,9
Nachrichtlich:										
Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	138	6,5	135	6,3	141	6,6	139	6,8	129	6,2

¹⁾ Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Erhebung.

Quelle: BA

23 vH unter dem Bundesdurchschnitt von 32 vH liegt. In Baden-Württemberg ist die Langzeitarbeitslosigkeit vor allem bei Berufsanfängern mit akademischem Abschluß und bei verheirateten Frauen festzustellen, die wieder eine Erwerbstätigkeit als ungelernete Arbeiterin aufnehmen wollen. Entsprechende Arbeitsplätze mit geringen Ansprüchen an das Qualifikationsniveau sind in den letzten Jahren vielfach durch Rationalisierung weggefallen. In Nordrhein-Westfalen sind darüber hinaus noch andere Personengruppen betroffen. Einerseits sind es männliche Industriearbeiter mittleren und höheren Alters, die in ihrer Jugend als Ungelernte ins Arbeitsleben eintraten und sich nach und nach zum Facharbeiter hochgearbeitet hatten. Einer beruflichen Mobilität steht neben dem fehlenden Berufsabschluß ihr Alter entgegen, einer

regionalen in vielen Fällen die Bindung an Wohnungseigentum. Andererseits dürften aber auch viele jüngere Frauen betroffen sein, die einen Angestelltenberuf erlernt haben. Das vergleichsweise langsame Wachstum des Dienstleistungssektors vor allem in den altindustriellen Regionen Nordrhein-Westfalens hat dazu geführt, daß das Arbeitsplatzangebot nicht mit der Zunahme der Arbeitskräfte Schritt hielt.

99. Der Berufsnachwuchs wird knapp. Wie schon 1987 überstieg auch in diesem Jahr das Angebot an Ausbildungsstellen die Anzahl der Bewerber für solche Stellen, diesmal um schätzungsweise 40 000 Personen (Tabelle 12). Die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden, sind so gut wie lange nicht mehr. Diese günstige Situation erklärt sich daraus, daß die

Tabelle 11

Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen
Anteil in vH

Arbeitslose	Zugänge				Abgänge				Abgänge in ein Arbeitsverhältnis			
	Mai/Juni											
	1985	1986	1987	1988	1985	1986	1987	1988	1985	1986	1987	1988
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
nach Geschlecht												
Männer	57,4	56,2	57,2	56,5	67,1	65,1	62,6	62,0	71,2	69,5	66,6	66,2
Frauen	42,6	43,8	42,8	43,4	32,9	34,9	37,4	38,0	28,8	30,5	33,4	33,8
nach Nationalität												
Deutsche	89,6	89,3	88,6	88,7	89,4	89,8	89,3	88,7	90,4	90,7	90,5	90,0
Ausländer	10,4	10,7	11,4	11,3	10,6	10,2	10,7	11,3	9,6	9,3	9,5	10,0
nach Berufsausbildung												
ohne Abschluß	41,7	43,3	44,1	44,3	41,1	41,1	41,9	44,0	37,4	37,8	38,2	40,2
mit betrieblichem Abschluß	47,7	45,6	44,6	43,8	51,7	51,0	49,6	47,2	55,6	54,6	53,5	51,2
mit sonstigem Abschluß	10,6	11,1	11,4	11,9	7,2	7,9	8,5	8,7	7,0	7,6	8,3	8,7
mit gesundheitlicher Einschränkung ..	10,7	12,0	11,9	12,4	10,2	10,8	11,1	12,1	8,7	9,0	9,2	10,1
nach Dauer der Arbeitslosigkeit ¹⁾												
unter 1 Monat	13,5	16,1	16,8	17,2	15,2	18,3	19,7	19,6
1 bis unter 3 Monate	22,9	24,0	24,1	24,2	25,1	26,4	26,9	27,5
3 bis unter 6 Monate	26,8	25,0	25,9	25,0	28,1	26,2	27,0	26,1
6 bis unter 12 Monate	21,0	21,0	19,5	19,8	19,5	19,1	17,5	17,5
1 bis unter 2 Jahre	11,9	9,5	9,0	9,1	9,5	7,0	6,2	6,6
2 Jahre und länger	3,9	4,4	4,6	4,7	2,5	3,0	2,8	2,7
nach Altersgruppen												
unter 25 Jahre	41,3	37,4	37,2	36,0	36,1	35,1	33,6	32,0	38,1	36,9	35,5	34,4
25 bis unter 55 Jahre	54,1	57,7	57,7	58,6	59,0	60,5	61,4	62,5	59,1	60,4	61,5	62,6
55 Jahre und älter	4,6	4,9	5,2	5,4	4,9	4,3	5,0	5,5	2,8	2,7	2,9	3,0
nach vorherigem Erwerbsstatus												
Arbeitsverhältnis	63,1	65,5	63,7	59,8	76,2	74,9	73,3	70,6	80,2	79,3	78,6	77,2
betriebliche Ausbildung	9,6 ^{a)}	6,1	6,2	5,7	4,1	3,4	3,3	3,2	4,4	3,7	3,6	3,5
sonstige Erwerbstätigkeit	2,5	2,9	3,0	3,0	2,7	2,9	3,0	2,8	2,5	2,8	2,9	2,8
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit												
von 6 Monaten und länger	11,4	12,0	11,9	14,1	9,4	10,3	10,8	11,6	6,8	7,3	7,4	8,4
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	13,4	13,6	15,2	17,5	7,6	8,6	9,6	11,8	6,1	6,9	7,4	8,1

¹⁾ Abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit der Personen, die im betrachteten Zeitraum aus der Arbeitslosigkeit abgegangen sind.

^{a)} Wegen Verschiebungen der Ferientermine nicht mit den anderen Jahren vergleichbar.

Quelle: BA

Tabelle 12

Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Anzahl in 1 000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge ¹⁾	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nicht vermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsstellen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsstellen (1) + (3)
		30. September ²⁾			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1973	450	102		552	
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	496	18	28	514	524
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	24	624	626
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	606	37	22	643	628
1982	631	20	34	651	665
1983	677	20	47	696	724
1984	706	21	58	727	764
1985	697	22	59	719	756
1986	685	31	46	716	731
1987	646	45	34	690	680
1988	600 ³⁾	62	25	662 ⁴⁾	625 ⁴⁾

¹⁾ Für 1973 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.

²⁾ Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber.

⁴⁾ Eigene Schätzung.

Quellen: BMBW; BA

Anzahl neuer Bewerber um eine Ausbildungsstelle schneller zurückgegangen ist als die Zahl der verfügbaren Stellen. Die Zahl der Stellen betrug im Jahre 1988 rund 660 000; darum bewarben sich 625 000 Personen, das sind rund 140 000 weniger als im Jahre 1984. Das Ungleichgewicht am Ausbildungsstellenmarkt wird auch darin sichtbar, daß die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen deutlich zunimmt, die Anzahl nicht vermittelter Bewerber dagegen schrumpft.

Die Hauptursache für die Verringerung der Bewerberzahl ist die demographisch bedingte geringere Anzahl von Schulabgängern. Daneben verblieben auch weniger Ausbildungsplatzsuchende des Vorjahres; zudem ist auch die Neigung der Abiturienten zu studieren wieder höher.

Regional bestehen weiterhin große Unterschiede, wie ein Vergleich der den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen mit der Anzahl der dort gemeldeten Bewerber zeigt. In Bayern und in Baden-Württemberg ist das Überangebot an Ausbildungsstellen besonders groß. In Niedersachsen/Bremen und in Nordrhein-Westfalen überwiegt dagegen noch die Anzahl der Stellenbewerber. In berufsfachlicher Gliederung gibt es nach wie vor zuwenig Ausbildungsstellen bei den Dienstleistungsberufen, während es in Fertigungsberufen zuwenig Bewerber gibt.

In den letzten Jahren standen viele junge Menschen nach Abschluß ihrer Lehre vor dem Problem, einen Arbeitsplatz zu finden. Diese „zweite Schwelle“ beim Eintritt in das Berufsleben ist niedriger geworden. Die

Unternehmen geben ihre Zurückhaltung bei der Übernahme von Lehrlingen in ein Beschäftigungsverhältnis zunehmend auf, da sie sich bereits auf den absehbaren Mangel an Nachwuchskräften einstellen.

100. Durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, vor allem durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen, wurde der Arbeitsmarkt 1988 beachtlich entlastet, nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit um rund eine halbe Million Personen. Das Erfolgskriterium für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist aber letztlich nicht, daß dadurch Arbeitslosigkeit rechnerisch verringert werden kann. Entscheidend ist vielmehr, daß sie die Beschäftigungschancen der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nachhaltig verbessern.

Im Jahre 1989 sind im Rahmen der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz bestimmte Einschränkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vorgesehen. Dazu gehören:

- Der Rechtsanspruch auf Erstattung der Sachkosten bei Teilnahme an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen entfällt; an seine Stelle tritt eine Ermessensentscheidung, die sich an der Haushaltslage der Bundesanstalt für Arbeit zu orientieren hat.
- Die Bedingungen für die finanzielle Förderung betrieblicher Bildungsmaßnahmen werden enger gefaßt; Voraussetzung soll sein, daß die Maßnahmen mit einem qualifizierenden Abschluß enden.

Tabelle 13

**Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten¹⁾
nach Alter und Geschlecht**

Alter ²⁾	1980						1986					
	insgesamt	ohne Ausbildung	Lehre, Berufsfachschule	Fachschule	Fachhochschule	wissenschaftliche Hochschule	insgesamt	ohne Ausbildung	Lehre, Berufsfachschule	Fachschule	Fachhochschule	wissenschaftliche Hochschule
Insgesamt	Männer und Frauen											
	3,6	6,9	2,4	1,8	2,1	2,2	8,8	17,4	6,2	3,4	4,0	5,2
	Männer											
15–20	8,5	14,1	3,7	1,5	–	–	19,8	34,5	8,1	6,9	–	–
20–25	4,0	9,8	2,3	1,8	5,9	5,0	10,3	23,0	6,4	4,1	5,8	10,6
25–30	2,8	7,2	1,7	1,3	3,2	3,6	7,5	20,3	4,7	2,2	3,7	6,3
30–35	2,1	4,8	1,4	0,8	1,5	2,5	6,6	19,1	4,5	1,3	3,0	6,4
35–40	1,9	4,7	1,3	0,6	0,8	1,7	6,3	16,3	5,0	1,4	2,3	3,9
40–45	1,6	3,8	1,0	0,5	0,7	1,1	5,5	13,5	4,5	1,1	1,8	2,7
45–50	1,7	4,0	1,1	0,4	0,6	0,8	5,2	11,7	4,1	0,9	1,6	1,7
50–55	2,0	4,6	1,3	0,4	0,7	0,9	6,3	13,6	4,6	1,1	1,8	2,1
55–60	4,3	8,1	3,7	1,1	1,7	1,3	10,5	19,4	9,4	2,0	3,5	2,6
60–65	8,5	13,6	8,0	2,8	4,9	2,6	9,7	16,9	9,6	2,4	5,7	3,7
Zusammen	2,7	6,2	1,8	0,8	1,5	1,9	7,4	17,8	5,4	1,5	2,7	4,0
	Frauen											
15–20	12,7	19,1	6,8	8,0	–	–	28,3	44,4	13,5	18,1	–	–
20–25	6,0	10,7	4,2	7,0	5,1	3,3	11,6	23,3	8,0	16,4	7,1	8,0
25–30	6,2	9,3	5,1	7,5	7,9	4,1	12,0	19,9	9,5	10,5	10,8	13,7
30–35	4,8	7,4	3,7	4,6	6,5	2,9	11,0	16,6	8,6	11,6	13,2	10,4
35–40	3,9	5,9	2,8	3,6	2,7	2,2	8,1	13,7	5,8	8,0	9,4	5,4
40–45	3,1	4,4	2,0	2,5	1,9	1,4	7,3	11,9	5,3	5,7	5,4	3,6
45–50	3,3	4,4	2,0	1,9	1,6	1,2	7,1	10,5	4,9	5,5	3,9	2,9
50–55	4,1	5,9	2,4	2,1	1,1	0,7	9,8	13,2	6,5	5,4	4,4	2,7
55–60	7,2	9,7	4,9	2,8	2,9	1,3	14,5	20,4	9,0	5,5	2,6	2,3
60–65	10,6	13,2	8,8	5,3	1,5	1,8	13,1	18,4	9,1	5,8	3,9	2,3
Zusammen	5,2	7,6	3,7	4,8	4,6	2,6	10,7	17,1	7,5	9,9	8,9	7,6

¹⁾ Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen ohne Auszubildende und ohne Soldaten.

²⁾ Von ... bis unter ... Jahre.

Quelle: BA

- Bei allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen soll der Höchsförderungssatz des Zuschusses 75 vH des Arbeitsentgelts nicht mehr überschreiten.
- Die Höchsförderungssätze bei der Eingliederungsbeihilfe und beim Einarbeitungszuschuß werden von 70 vH auf 50 vH des Arbeitsentgelts abgesenkt. Überbrückungshilfe nach einem Arbeitsplatzwechsel soll nur noch in Härtefällen geleistet werden.

Durch diese Änderungen wird eine Konsolidierung beim Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit angestrebt. Zugleich machen sie qualitative Anpassungen erforderlich. So wird es beispielsweise wegen der knapperen Mittel für berufliche Fortbildung und Umschulung notwendig werden, diese Maßnahmen mehr auf Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen zu konzentrieren. Sie sind aber auch die eigentlichen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik.

101. Der Vergleich gruppenspezifischer Arbeitslosenquoten zeigt den Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Arbeitslosigkeit. Hierbei wird die Anzahl der Arbeitslosen bestimmter Qualifikationsgruppen auf die Anzahl der Erwerbspersonen derselben Qualifikationsgruppe bezogen. Die in einer Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegten Daten erlauben zudem noch die Differenzierungen nach Geschlecht und Alter. Die Angaben beziehen sich im folgenden, soweit nichts anderes angegeben wird, auf das Jahr 1986 (Tabelle 13).

Der Strukturwandel geht zu Lasten der Arbeitnehmer ohne berufliche Ausbildung. Ihre Arbeitslosenquote war mit 17,4 vH um ein Mehrfaches höher als die Arbeitslosenquote aller anderen Qualifikationsstufen. Während die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote nach 1983 weitgehend unverändert blieb, ist die spezifische Arbeitslosenquote der Arbeitnehmer ohne berufliche Ausbildung bis zuletzt gestiegen. Im Vergleich zu den beruflich qualifizierten Arbeitnehmern

haben sich also die Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer ohne Abschluß noch weiter verschlechtert. Wenngleich in den vergangenen Jahren die Zahl an Arbeitsplätzen für Personen ohne beruflichen Abschluß drastisch reduziert wurde, ist noch immer ein knappes Viertel der Erwerbstätigen ohne Ausbildungsabschluß. Diese Beschäftigungsgruppe wird den Arbeitsmarkt auch in Zukunft belasten, denn es ist nicht erkennbar, daß der rückläufige Trend in der Zahl von Arbeitsplätzen für Arbeitnehmer ohne Ausbildungsabschluß alsbald enden wird. Mit der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors und im Zuge der Spezialisierung und Technisierung der Arbeitswelt wird es für Arbeitnehmer ohne Ausbildung immer weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz geben. Es ist daher wohl eine realistische Einschätzung, daß bei dieser Arbeitnehmergruppe auch weiterhin neue Arbeitslosigkeit entsteht, die nicht allein mit verstärktem Wirtschaftswachstum zu verhindern sein wird. Anderes müßte hinzukommen: eine geeignete Lohnstruktur, die den Personen mit geringer Qualifikation bessere Beschäftigungschancen eröffnet, und eine Qualifizierung für diese Arbeitnehmer, um ihren entscheidenden Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt abzubauen.

Noch ist es so, daß die gruppenspezifischen Arbeitslosenquoten bei Jugendlichen, das heißt bei der Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren, deutlich höher sind als bei allen Arbeitnehmern zusammen. So lagen die Arbeitslosenquoten in dieser Altersstufe bei 19,8 vH für Männer und 28,3 vH für Frauen. Besonders ausgeprägt war die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ohne beruflichen Abschluß, doch auch Jugendliche mit betrieblicher Ausbildung und Fachschulabschluß sind mit Arbeitslosigkeit stärker belastet als Ältere. In diesen Zahlen zeigt sich das Problem der „zweiten Schwelle“, die Schwierigkeit, die viele Jugendliche nach der Ausbildung beim Übergang in das Beschäftigungssystem haben. Die zukünftigen Perspektiven sehen hier allerdings günstiger aus. Nachdem nun die Zahl der Ausbildungsstellen größer geworden ist als die Anzahl der Bewerber um solche Stellen, Berufsnachwuchs also knapp geworden ist, werden sich für diese Altersgruppe die Beschäftigungschancen verbessern.

Frauen, insbesondere Absolventinnen von Fachschulen und Fachhochschulen, aber auch von wissenschaftlichen Hochschulen, hatten erheblich höhere gruppenspezifische Arbeitslosenquoten als Männer. Dies kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Frauen sind häufig in nichttechnischen und nichthandwerklichen Berufen ausgebildet, in denen die Beschäftigungschancen ungünstiger sind als in technischen und handwerklichen Berufen. Auch wählen Fachhochschulabsolventinnen häufiger als Männer Studienrichtungen, die auf eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausgerichtet sind, was bei restriktiver Personalpolitik des Staates Beschäftigungschancen mindert. Schließlich mag es auch in familiären Bindungen, beispielsweise der Kindererziehung, begründet sein, daß es Frauen bei gleicher formaler Qualifikation am Arbeitsmarkt schwerer haben als ihre männlichen Mitbewerber. Um die gruppenspezifische Arbeitslosenquote der Frauen zu sen-

ken, bleibt es sinnvoll, das Interesse der Mädchen für eine Ausbildung in Berufen zu wecken, die bislang von Jungen bevorzugt werden, also auch für technische und handwerkliche Berufe. Weiterhin ist die Tarifpolitik aufgerufen, durch flexible Arbeitszeitregelungen mehr Frauen die Chance zu geben, berufliche Aktivitäten mit familiären Verpflichtungen zu verbinden.

IV. Rasche monetäre Expansion trotz leichter Zinsanhebungen

102. Die Geldpolitik sah sich 1988 anders als in den beiden Jahren zuvor nicht mehr einem Konflikt zwischen der Sicherung des Außenwertes und der des Binnenwertes der Währung ausgesetzt. Die D-Mark tendierte an den Devisenmärkten bis in den Spätsommer zu einer niedrigeren Bewertung. Dies erleichterte es der Bundesbank, durch die Abgabe ihr vorher zugegangener Devisen und durch die Anhebung ihrer Zinssätze die monetäre Expansion zu dämpfen und damit eine wieder stärker binnenwertorientierte Politik zu betreiben. Dabei kam ihr zugute, daß sich die Finanzmärkte nach den Turbulenzen im Herbst 1987 wieder festigten und sich die Konjunktur unerwartet kräftigte. Dennoch war die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld abermals reichlicher, als es der Entwicklung des Produktionspotentials entsprochen hätte.

Wechsel der geldpolitischen Zwischenzielgröße

103. Nachdem in den letzten Jahren beträchtliche Zielüberschreitungen verzeichnet werden mußten, hat die Bundesbank ihr diesjähriges Geldmengenziel nicht mehr anhand der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, sondern mit Hilfe der Geldmenge M3 festgelegt. Damit ist sie von einem Aggregat abgegangen, das bisher sowohl als Zwischenziel als auch als Indikator für die Geldpolitik diente, weil es nach ursprünglicher Auffassung der Bundesbank die Eigenschaften besitzt, „hinlänglich von der Notenbank kontrollierbar zu sein, die Grundtendenz der monetären Entwicklung richtig wiederzugeben und in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu stehen“. Wie die Bundesbank bei der Umstellung der geldpolitischen Zwischenzielgröße auf M3 betonte, hätten die Erfahrungen gezeigt, daß die Zentralbankgeldmenge vor allem die zweite ihr zugeordnete Rolle nur unbefriedigend erfüllt habe. Ungeachtet der Umstellung werde aber weiterhin an einer potentialorientierten Geldpolitik festgehalten werden.

Bei der Festlegung des Zieltrichters für das Geldmengenaggregat M3 im Januar 1988 orientierte sich die Bundesbank an der erwarteten jahresdurchschnittlichen Zunahme des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen, die sie mit 4 vH veranschlagte. Hinzugechnet wurde ein Aufschlag von etwa einem halben Prozentpunkt für die trendmäßige Veränderung der Relation von M3 zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen. Unter der Annahme, daß die Unsicherheiten der außenwirtschaftlichen und binnenwirt-

schaftlichen Entwicklungen auch in diesem Jahr anhalten würden, wurde die Bandbreite des Vorjahres von drei Prozentpunkten beibehalten. Damit betrug das Verlaufsziel 3 vH bis 6 vH für die Ausweitung der Geldmenge M3.

104. Mit dem Übergang zu M3 als dem maßgeblichen geldpolitischen Zwischenziel soll nach Darstellung der Bundesbank „vor allem der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Zentralbankgeldmenge in der letzten Zeit dahin tendierte, die monetäre Entwicklung zu überzeichnen. Die ‚Mißweisung‘ rührte daher, daß einerseits der Bargeldumlauf als Folge der niedrigen Zinsen und der Aufwertungstendenz der D-Mark an den Devisenmärkten überproportional rasch expandierte und zum anderen die Bargeldkomponente ein zu hohes Gewicht hat“.

Tatsächlich gewichtet die Bundesbank bei ihrer Berechnungsmethode der Zentralbankgeldmenge den Bargeldbestand mit dem Faktor eins, während für die Sicht-, Termin- und Spareinlagen die Mindestreservesätze von Januar 1974 – 0,166, 0,124 und 0,081 – als Gewichtungsfaktoren verwendet werden. Im Dezember 1987 hatte der Bargeldumlauf einen Anteil von gut 50 vH an der Zentralbankgeldmenge (Schaubild 17). Mit dieser unterschiedlichen Gewichtung sollte den unterschiedlichen Liquiditätsgraden der einzelnen Komponenten Rechnung getragen werden.

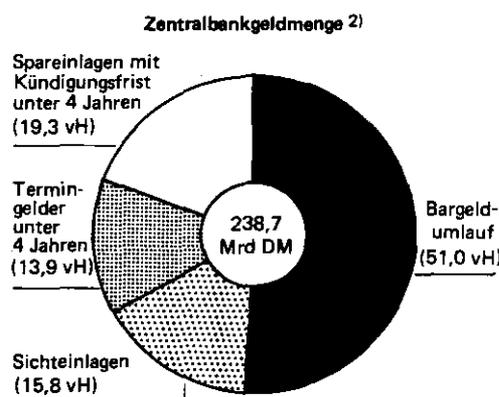
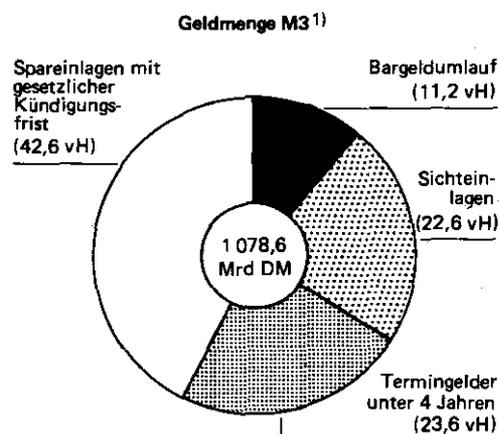
Die besonders starke Berücksichtigung des Bargelds bei der Zentralbankgeldmenge begründete die Bundesbank damit, daß hiermit vor allem private Käufe finanziert werden und es sich um jene Geldart handelt, die die Notenbank selbst schafft und die deshalb ihre Verantwortung für die Geldwertstabilität besonders deutlich macht. Angesichts dieser dem Bargeld zugemessenen Bedeutung nahm die Bundesbank bisher in Kauf, daß wegen der ausgeprägten Reaktion des Bargeldumlaufs auf Schwankungen von Zinsen und Wechselkursen – wie beispielsweise in den Jahren 1978 und 1981 – auch die Zentralbankgeldmenge entsprechend deutlich reagierte. Die verhältnismäßig starke Zins- und Wechselkursreagibilität des Bargeldumlaufs und – wegen seiner hohen Gewichtung – auch der Zentralbankgeldmenge wurde bislang nicht als problematisch eingeschätzt. Seit Beginn der potentialorientierten Geldmengenpolitik im Jahre 1975 waren die Verschiebungen in der Struktur der Geldhaltung nicht so gravierend, als daß erhebliche Unterschiede in den Expansionsraten der Zentralbankgeldmenge und der Geldmenge M3, bei der dem Bargeld eine nur gleich hohe Gewichtung wie den übrigen Komponenten zukommt, zu beobachten gewesen waren (Schaubild 18).

Schließt man sich der Begründung der Bundesbank für die besondere Bedeutung des Bargelds an, ließe sich der Wechsel der monetären Zwischenzielgröße nur dann rechtfertigen, wenn zukünftig mit noch größeren Schwankungen in der Bargeldhaltung, die sich auch mittelfristig nicht ausgleichen, gerechnet werden müßte.

105. Mit der Verwendung von M3 ist nicht nur die gegenüber der Zentralbankgeldmenge veränderte – nämlich gleich starke – Gewichtung des Bargelds, der Sicht-, Spar- und Termineinlagen verbunden, die

DIE BESTANDTEILE DER GELDMENGE M3 UND DER ZENTRALBANKGELDMENGE

Saisonbereinigte Werte, Stand Dezember 1987



1) Monatsdurchschnitt; gemittelt aus dem Endstand der Monate November und Dezember. – 2) Bargeldumlauf und gewichtete Einlagen (Mindestreserve-Soll auf Inlandsverbindlichkeiten). Die Gewichte betragen, den durchschnittlichen Mindestreservesätzen von Januar 1974 für die drei Einlagekategorien entsprechend, 16,6 vH für Sichteinlagen, 12,4 vH für Termingelder und 8,1 vH für Spareinlagen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

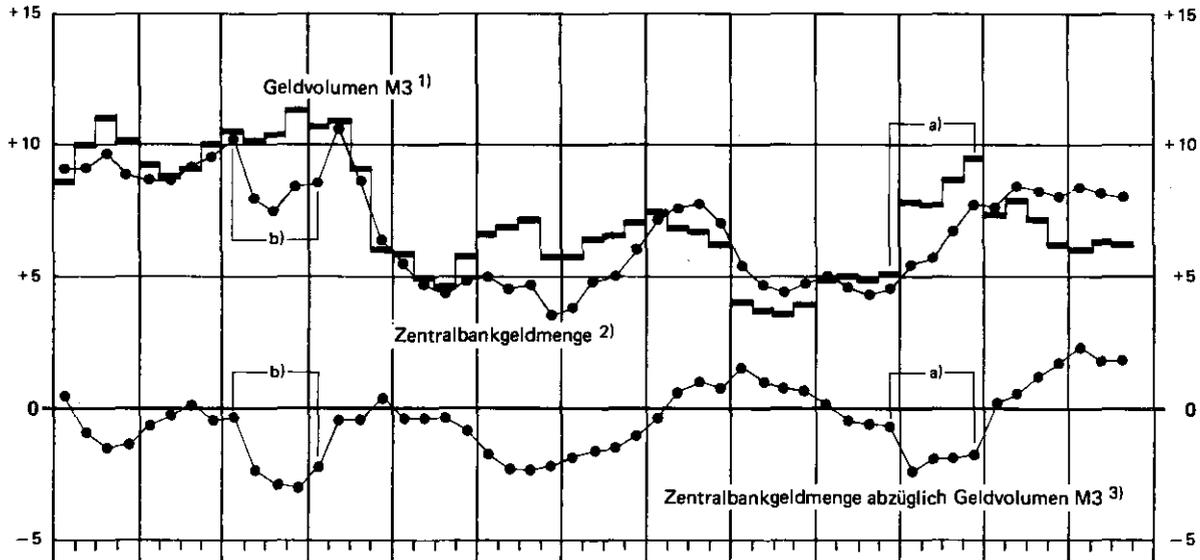
SR 880777

Aggregate weisen auch eine unterschiedliche Indikatorqualität auf. Gelingt es schon mit Hilfe der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen nicht, zwischen Einflüssen des Geldangebots und der Geldnachfrage auf die monetäre Expansion genau zu trennen, so erlaubt das Geldmengenaggregat M3 dies noch weniger. Durch den Übergang zu M3 wird deshalb die Urteilsfindung darüber, ob die Notenbank einen expansiven, kontraktiven oder neutralen Kurs verfolgt, erschwert.

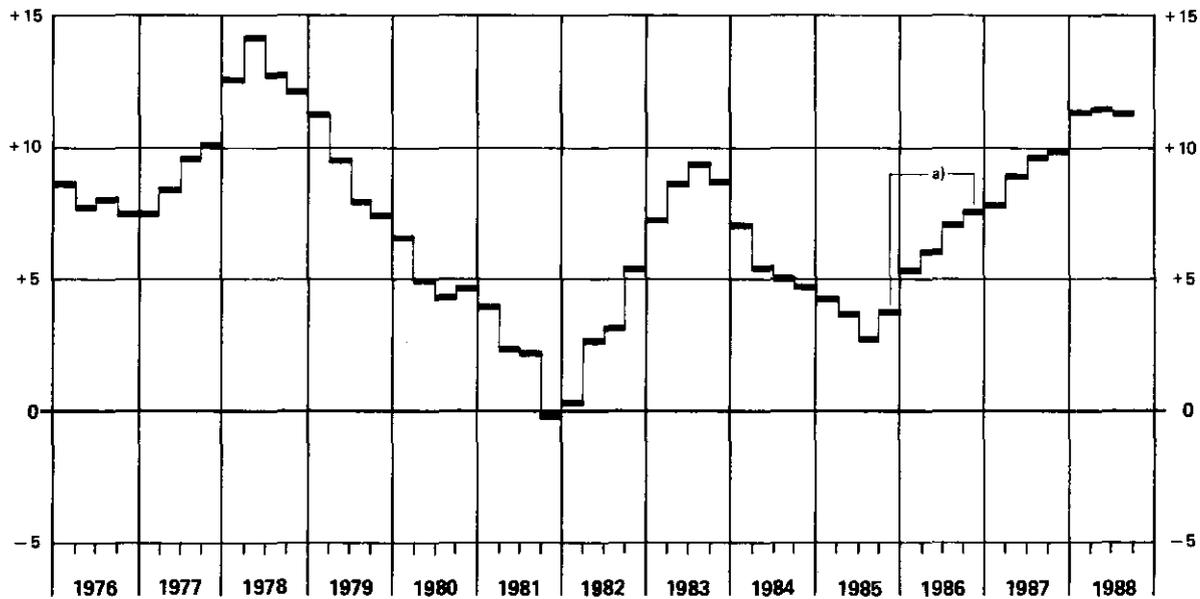
106. Dieser Nachteil, der sich für die Beurteilung der Geldpolitik ergibt, wird nicht dadurch ausgeglichen, daß es bei der Verwendung von M3 technisch einfacher ist, die immer wichtiger gewordenen Euro-Einlagen inländischer Nichtbanken und die kurzfristigen Bankschuldverschreibungen zu berücksichtigen. Während diese Anlageformen zwar nicht in der Geld-

ZUR ANALYSE DER MONETÄREN ENTWICKLUNG

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH



Bargeldumlauf 4)



1) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute), Sichteinlagen, Termineinlagen bis unter 4 Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. – 2) Bargeldumlauf (ab März 1978 ohne anrechenbare Kassenbestände der Kreditinstitute) plus Mindestreserve-Soll auf Inlands-einlagen zu konstanten Reservesätzen – von Januar 1974 – berechnet. – 3) Veränderung in Prozentpunkten; berechnet als Differenz der Veränderungs-raten Zentralbankgeldmenge gegenüber Geldvolumen M3. – 4) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute. – a) Durch Änderung der Berichtspflicht für Kreditgenossenschaften nur bedingt vergleichbar. – b) Nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 88 0782

menge M3 enthalten sind, aber ohne weiteres hinzugezählt werden können, muß — wie dies die Bundesbank bisher getan hat — für die Einbeziehung in die Zentralbankgeldmenge fiktiv unterstellt werden, daß auch die Euro-Einlagen und die kurzfristigen Bankschuldverschreibungen der Mindestreservepflicht unterliegen. Diese technische Vereinfachung wäre aber nur dann ausschlaggebend, wenn zwischen den Komponenten der Zwischenzielgröße, insbesondere den Spar- und Termineinlagen, und den Euro-Einlagen sowie kurzfristigen Bankschuldverschreibungen enge substitutive Beziehungen bestehen, die die Durchführung der Geldpolitik beeinflussen können. In welchem Ausmaß dies zutrifft, ist bislang jedoch nicht geklärt.

Geldmengenwachstum im Jahresverlauf verlangsamt

107. Die Geldmenge M3 lag im September — auf Jahresrate umgerechnet und von saisonalen Einflüssen bereinigt — um 6,7 vH über dem Durchschnittsstand im letzten Vierteljahr 1987 und damit noch oberhalb des Zieltrichters der Bundesbank (Schaubild 19).

Die für 1988 geplante Ausweitung des Geldangebots war mit 3 vH bis 6 vH bereits großzügig bemessen. Man muß bedenken, daß das Geldvolumen M3 in den vergangenen zwei Jahren ähnlich stark expandierte wie die Zentralbankgeldmenge; der Zieltrichter setzte deshalb an einem hohen Ausgangsniveau an. Aus mittelfristiger Sicht wäre ein Geldmengenwachstum entlang der unteren Ziellinie eher potentialgerecht gewesen.

108. Obwohl die monetäre Expansion sich im Jahresverlauf abschwächte, bleibt festzustellen, daß die Geldpolitik im Jahre 1988 expansiv gewirkt hat. Dies zeigt sich insbesondere an der Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge, die der Sachverständigenrat als geldpolitischen Indikator verwendet. Auf Jahresrate umgerechnet und um Saisoneinflüsse korrigiert lag die bereinigte Zentralbankgeldmenge im September um 8,8 vH über dem Stand im letzten Quartal des Vorjahres. Damit war die monetäre Expansion sogar noch stärker als in den beiden Jahren zuvor.

109. Im Jahre 1984 ist der Sachverständigenrat erstmals dafür eingetreten, die Geldpolitik an einem für mehrere Jahre festgelegten Wachstumspfad der bereinigten Zentralbankgeldmenge zu orientieren. Nach dieser Konzeption, die der Sachverständigenrat seither seiner Beurteilung über den angemessenen Kurs der Geldpolitik zugrunde gelegt hat, sollen mittelfristig ausreichend monetäre Mittel bereitgestellt werden, um die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ausschöpfen zu können, ohne gleichzeitig die Preisniveaustabilität zu gefährden. Mit dieser mittelfristigen Orientierung sind vorübergehende Abweichungen der tatsächlichen Geldmenge von dem mehrjährigen Zielpfad durchaus vereinbar. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge verläuft jedoch bereits seit nunmehr drei Jahren oberhalb des Zielpfades (Schaubild 20).

110. Die Tatsache, daß die Geldmengenausweitung auch in diesem Jahr stärker als die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben war, spiegelt sich in der abermals gesunkenen Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge wider. Trotz des vergleichsweise größeren Zuwachses des nominalen Sozialprodukts war der Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit in den ersten beiden Quartalen des Jahres noch deutlicher als in der Vergangenheit. Erst mit der verringerten Liquiditätsvorliebe seit Jahresmitte hat sich der Rückgang wieder verlangsamt. In Relation zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen, das in diesem Zusammenhang als Indikator für das in einer Periode mögliche Transaktionsvolumen verwendet wird, ist die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge etwa in gleichem Ausmaß wie in den beiden Jahren zuvor gesunken. Die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld war wiederum reichlicher (Schaubild 21).

Geldpolitik im veränderten Umfeld

111. Die Handlungsmöglichkeiten der Bundesbank haben sich in diesem Jahr in zweierlei Hinsicht verbessert. Während die geldpolitische Rücksichtnahme auf den Wechselkurs in den Jahren 1986 und 1987 ein wesentlicher Grund für die erheblichen Zielverfehlungen war, erleichterte die Entwicklung des Außenwertes der D-Mark in diesem Jahr die Geldmengensteuerung. Hinzu kamen die gute konjunkturelle Entwicklung und die Überwindung der mit dem Börsenkrach verbundenen Unsicherheiten an den Finanzmärkten. Der Aufschwung hat sich fortgesetzt, und seine Basis ist breiter geworden. Im Verlauf des Jahres wurde immer deutlicher, daß ein weniger expansiver Kurs der Geldpolitik den anhaltenden Aufschwung nicht gefährden konnte. Zwischen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Zielen bestand kein Konflikt mehr. Gleichzeitig nahm die Sorge um einen abwertungsbedingten Anstieg der Importpreise zu.

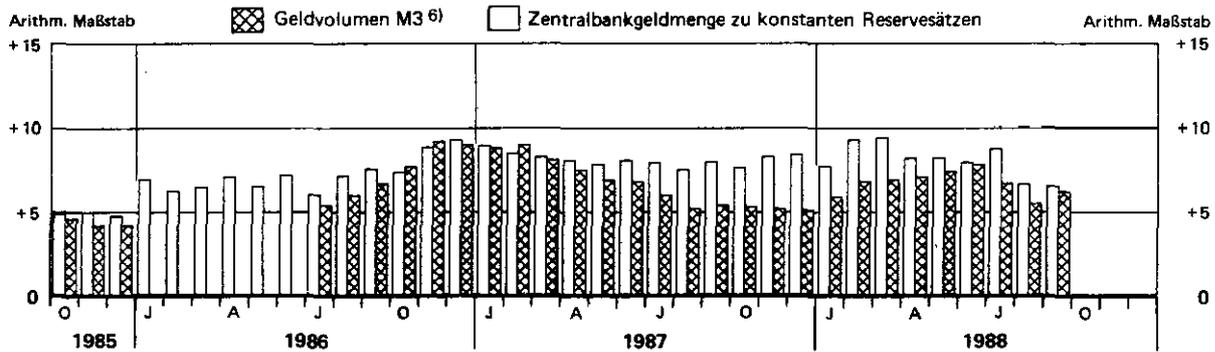
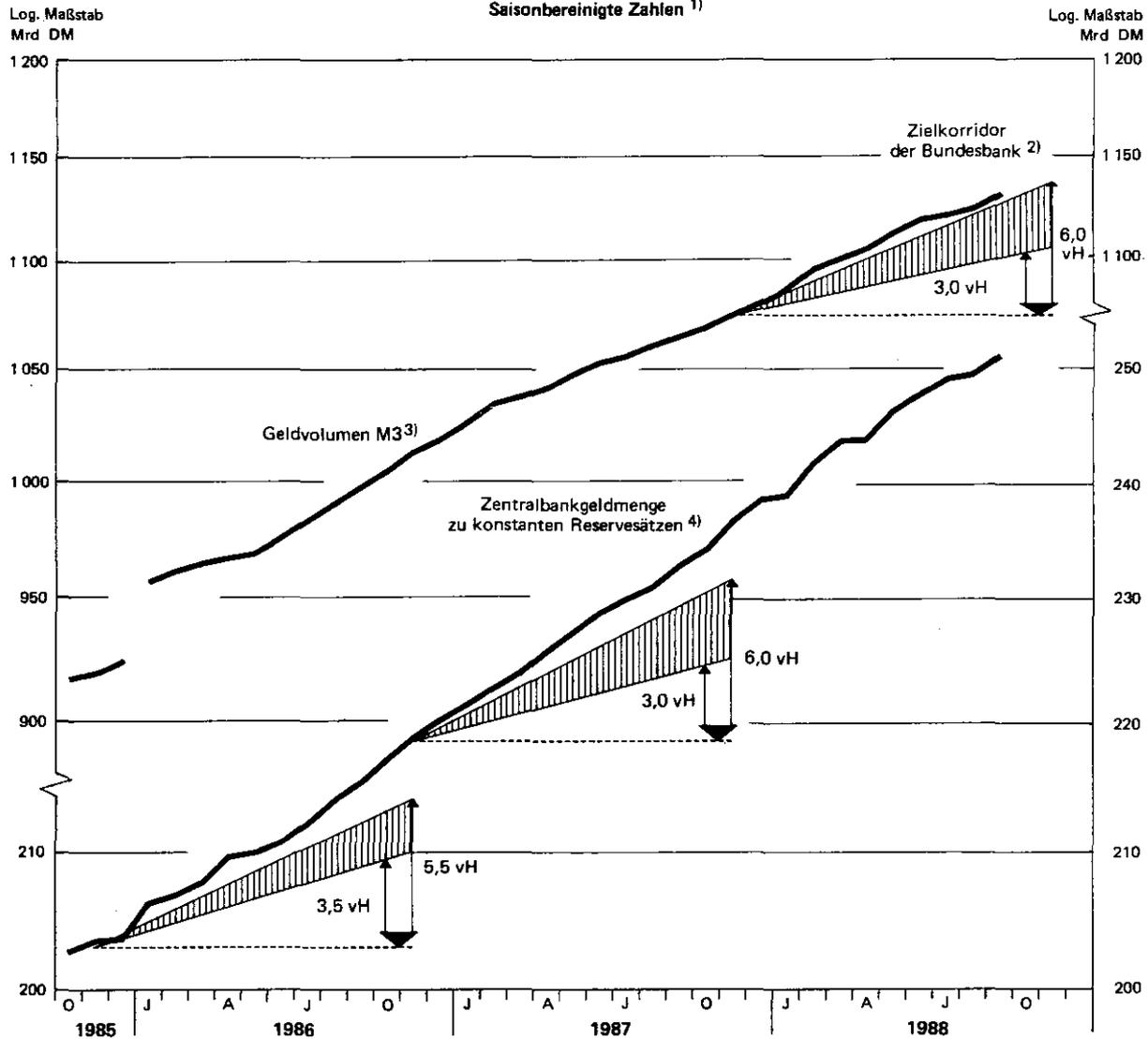
Wenn die Geldmenge in diesem Jahr trotzdem stark expandierte, deutet dies darauf hin, daß die Bundesbank erst relativ spät von dem Ausbleiben der befürchteten konjunkturellen Abschwächung und einer tendenziell anhaltenden niedrigeren Bewertung der D-Mark überzeugt war. Erst ab Ende Juni war die Geldpolitik stärker auf die sich bietenden Möglichkeiten ausgerichtet, zugleich dem Rückgang des Außenwertes der D-Mark entgegenzuwirken und die monetäre Expansion zu dämpfen und dadurch die Gefahr eines Inflationsimports zu verringern.

Zur Geldmarktsteuerung

112. Bis zur Mitte des Jahres war die Bundesbank darum bemüht, die von ihr weitgehend kontrollierbaren Geldmarktsätze auf dem seit Ende letzten Jahres herrschenden niedrigen Niveau zu belassen. Den liquiditätsverknappenden Effekten ihrer Devisenmarktinterventionen zur Stützung des D-Mark-Außenwertes wirkte sie mit Hilfe von Wertpapierpensionsgeschäften entgegen — ein Instrument der Offenmarktpolitik, auf das sich die Bundesbank bereits

Schaubild 19

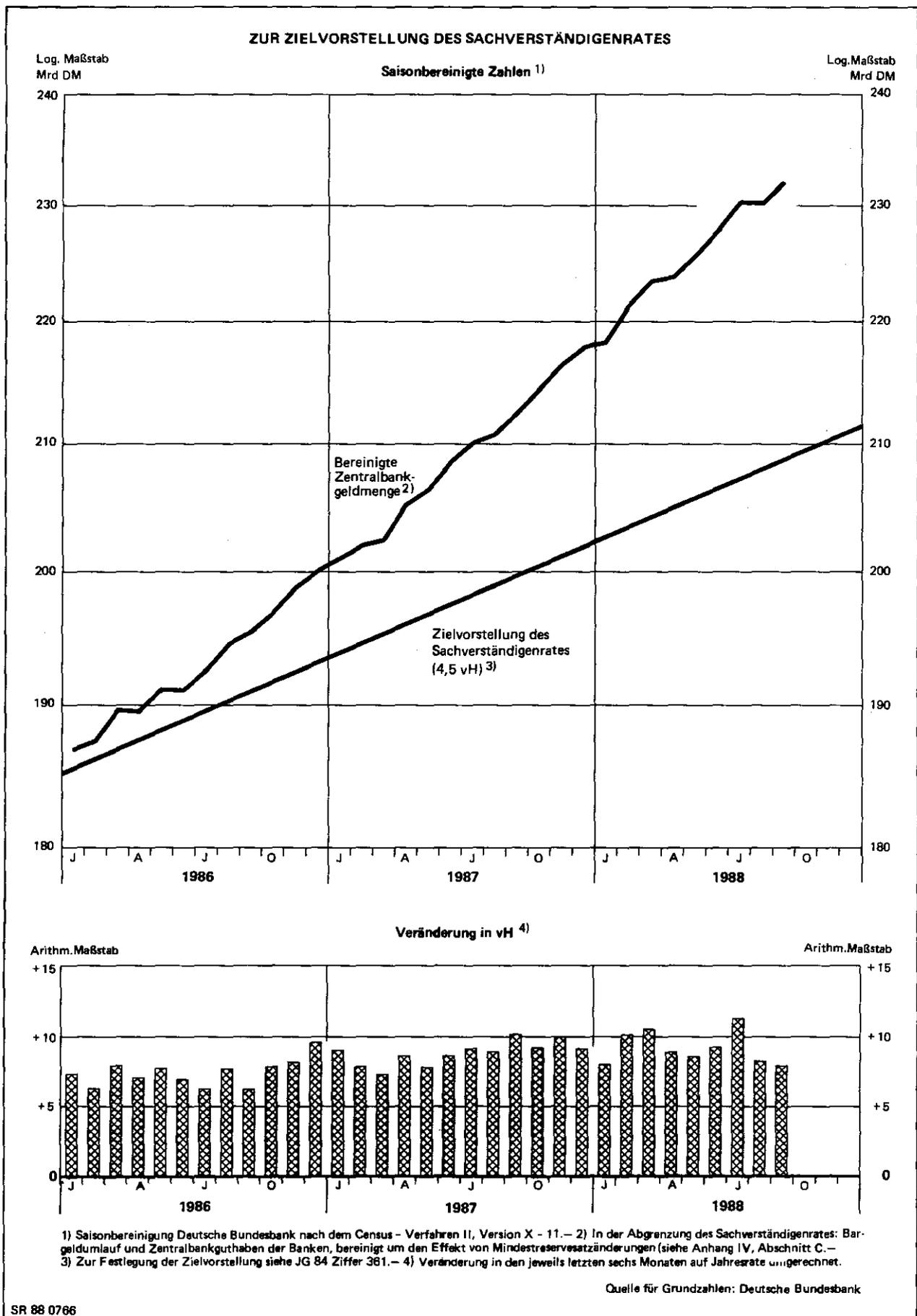
GELDPOLITISCHE ZIELVORSTELLUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

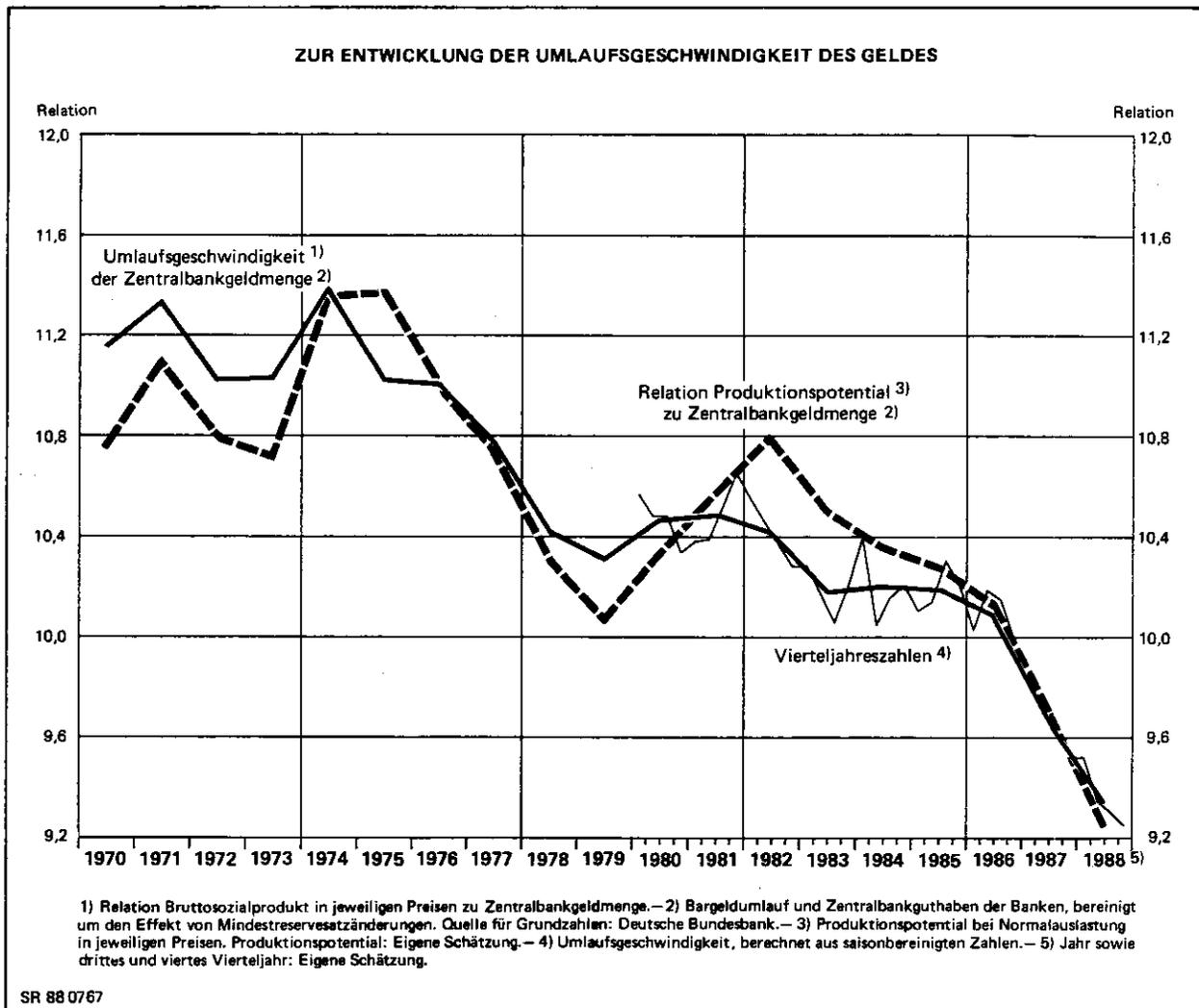


1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.- 2) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme des Geldvolumens M3 bzw. der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres.- 3) Gemittelt aus den Endständen des jeweiligen und des vorangegangenen Monats.- 4) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute plus Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu Reservesätzen vom Januar 1974.- 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.- 6) Wegen Änderung der Berichtspflicht bei den Kreditgenossenschaften ab Dezember 1985 ist die Ausweisung von Veränderungsdaten für die Monate Januar bis Juni 1986 nicht möglich.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 20



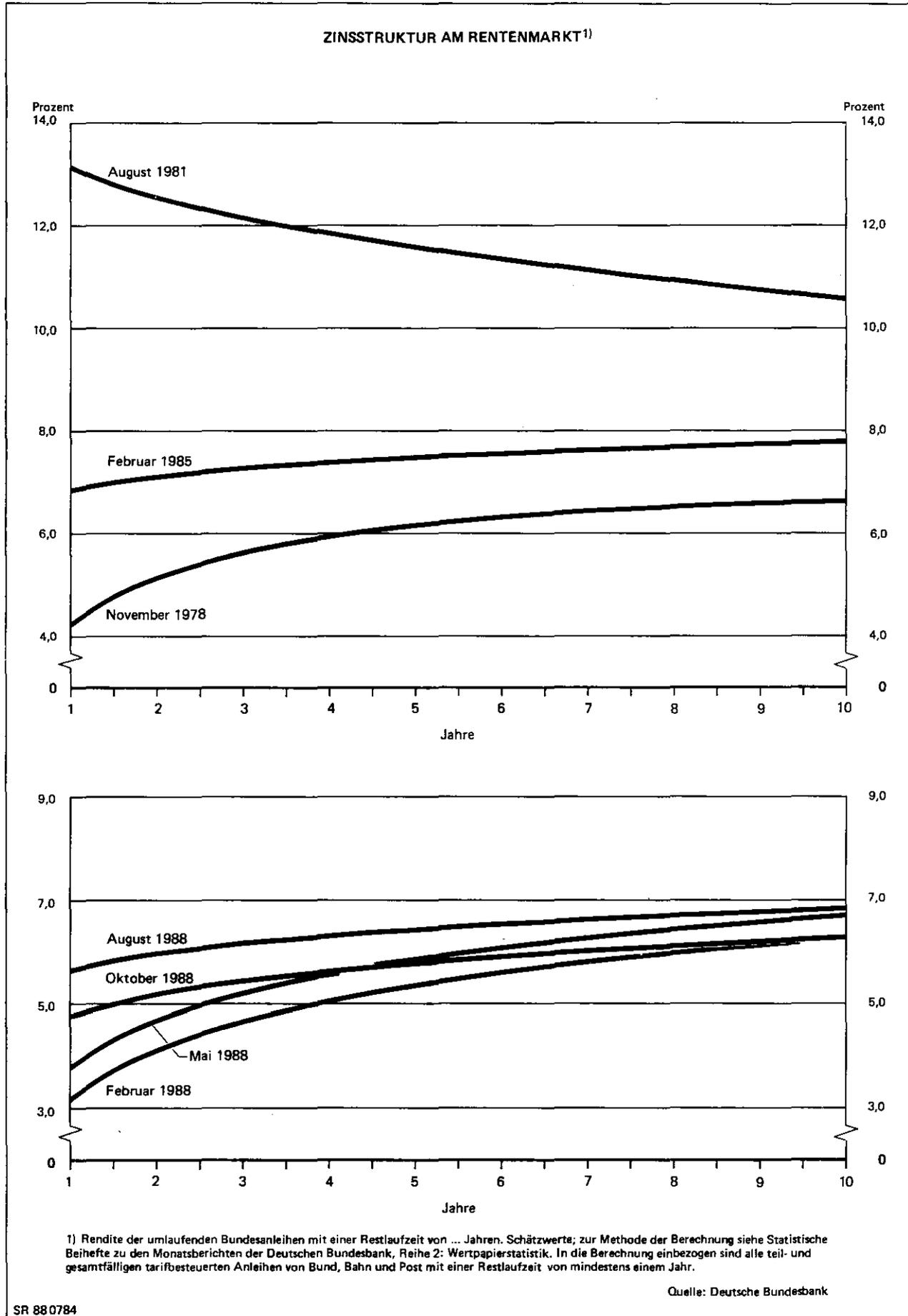


seit längerer Zeit bei der Feinsteuerung des Geldmarktes stützt. Das Volumen der Wertpapierpensionsgeschäfte, die bis Ende Juni als Mengentender zum Festzins von 3,25% abgeschlossen wurden, bemaß die Bundesbank dabei so, daß es der laufenden Nachfrage der Kreditinstitute nach Zentralbankgeld entsprach. Dadurch, daß die Liquiditätswirkungen der Interventionen neutralisiert wurden, blieb die sehr weite Spanne zwischen den kurz- und längerfristigen Marktzinssätzen zunächst erhalten. Im Februar des Jahres war die Rendite umlaufender Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren fast doppelt so hoch wie die mit einer Restlaufzeit von einem Jahr. Wenngleich hohe Renditedifferenzen in Phasen eines niedrigen Zinsniveaus nicht ungewöhnlich sind, so bedeutet dies im historischen Vergleich einen Rekordabstand (Schaubild 22).

113. Den binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend deckte die Bundesbank in den Sommermonaten den Liquiditätsbedarf des Bankensystems zurückhaltend: Zentralbankgeld wurde weiter entsprechend der laufenden Nachfrage, aber zu steigenden Zinssätzen bereitgestellt. Nach

und nach erhöhte die Bundesbank den Festzinssatz für Wertpapierpensionsgeschäfte von 3,25% auf 4,25%, den Diskontsatz in zwei Schritten von 2,5% auf 3,5% und den Lombardsatz von 4,5% auf 5,0% (Tabelle 14). Mit der anschließend wieder etwas großzügigeren Liquiditätsbereitstellung war sie darauf bedacht, übertriebene Zinserhöhungserwartungen am inländischen Geld- und Kapitalmarkt zu bremsen; der Tagesgeldsatz bewegte sich zunächst auch weiterhin nur knapp unterhalb des Lombardsatzes (Schaubild 23). Durch den Abschluß kurzfristiger Devisenwapengeschäfte und eines zusätzlichen Wertpapierpensionsgeschäfts Ende August lockerten sich dann – unterstützt durch die Abschwächung des internationalen Zinsauftriebs – die Versteifungstendenzen am Geldmarkt. Ab März flachte sich die Zinsstrukturkurve ab, als die Zinsen am kurzen Ende des Marktes stärker stiegen als am langen Ende. Im Gefolge abbröckelnder Zinsen in den Vereinigten Staaten gaben dann ab Ende August auch die langfristigen Zinsen am deutschen Rentenmarkt nach; die Zinsen am kurzen Ende sanken ebenfalls wieder, so daß sich die gesamte Zinsstrukturkurve nach unten verschob.

Schaubild 22



Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

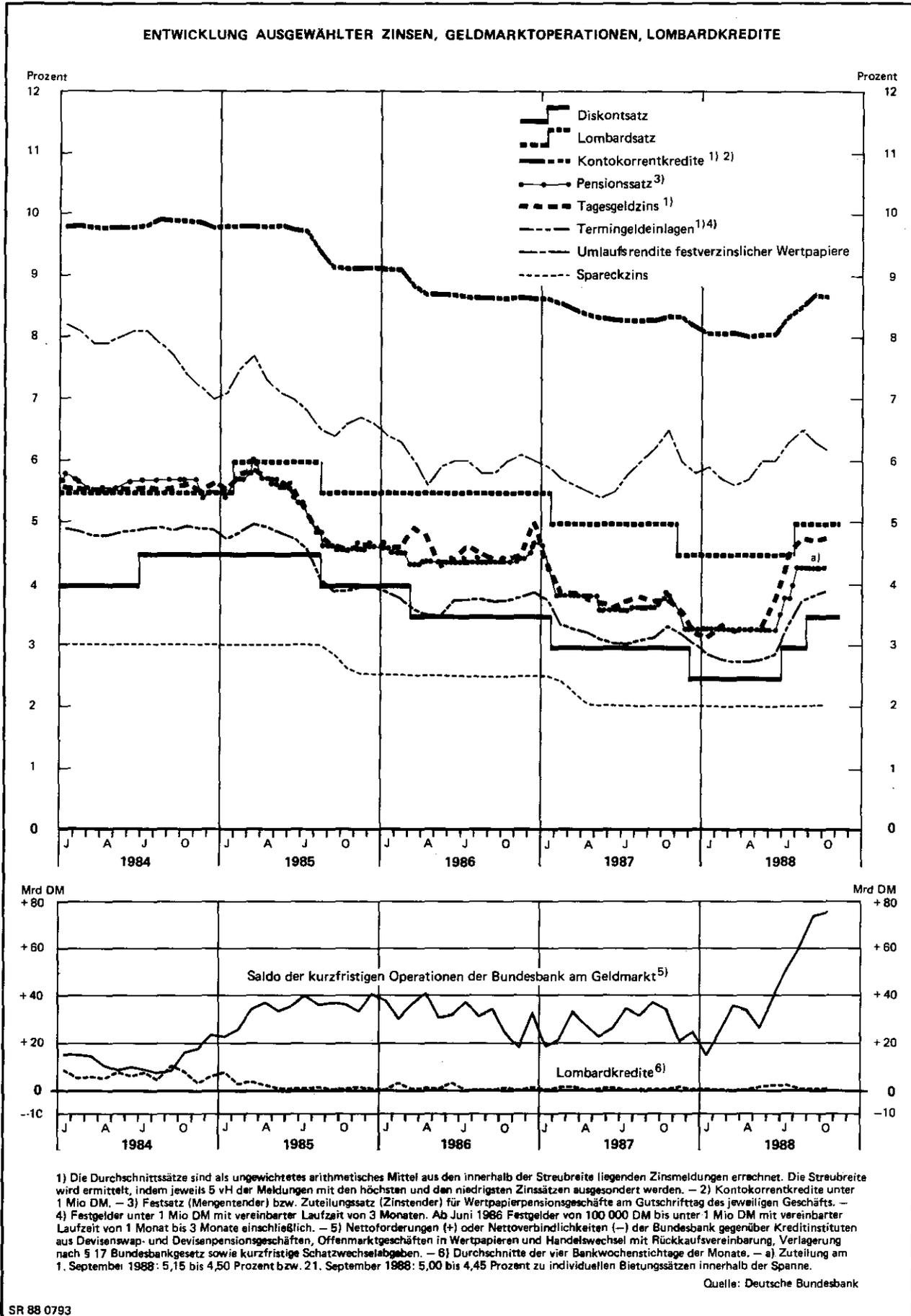
Datum	
1987	
3. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt, den Diskontsatz mit Wirkung vom 4. Dezember von 3 % auf 2,5 % herabzusetzen. Parallel zur Diskontsatzsenkung der Bundesbank senken auch andere europäische Zentralbanken ihre Leitzinsen.
1988	
7. Januar	Um die mit Devisenmarktinterventionen verbundenen Liquiditätswirkungen zu einem Teil dauerhaft zu neutralisieren, kürzt die Bundesbank zum 1. Februar die Rediskontkontingente der Kreditinstitute um rund 6 Mrd D-Mark. Diese Maßnahme soll sicherstellen, daß die Geldmarktsteuerung über Wertpapierpensionsgeschäfte weiterhin möglich bleibt.
21. Januar	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für 1988. Als Zielgröße dient nicht mehr wie bisher die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, sondern das Geldmengenaggregat M3. Vom vierten Quartal 1987 bis zum vierten Quartal 1988 soll die Geldmenge M3 um 3 vH bis 6 vH ausgeweitet werden.
15. April	In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1987 stellt die Bundesbank einen Reingewinn von 338 Mio DM fest. Davon werden 240 Mio DM an den Bund abgeführt.
22. Juni	Der Festzinssatz für Wertpapierpensionsgeschäfte (Mengentender) wird von 3,25 % auf 3,5 % angehoben.
30. Juni	Der Zentralbankrat beschließt, den Diskontsatz mit Wirkung vom 1. Juli von 2,5 % auf 3,0 % zu erhöhen. Gleichzeitig wird der Wertpapierpensionssatz um weitere 0,25 Prozentpunkte angehoben.
4. Juli	Die Bundesbank erhöht den Festzinssatz für Wertpapierpensionsgeschäfte von 3,75 % auf 4 %.
20. Juli	Der Wertpapierpensionssatz wird abermals um 0,25 Prozentpunkte angehoben.
28. Juli	Mit der Erhöhung des Lombardsatzes mit Wirkung vom 29. Juli von 4,5 % auf 5 % will die Bundesbank der Entwicklung der Marktzinssätze und den Spannungen am Devisenmarkt Rechnung tragen.
25. August	Der Zentralbankrat beschließt, den Diskontsatz von 3 % auf 3,5 % heraufzusetzen.
1. September	Parallel zu einem Mengentender mit einem Festzinssatz von 4,25 % bietet die Bundesbank ein Wertpapierpensionsgeschäft in Form eines Zinstenders an, bei dem sie für die Zuteilung erstmals das „amerikanische“ Verfahren anwendet. Im Gegensatz zum „holländischen“ Verfahren, das bisher angewendet wurde, wird die Zuteilung zu den individuellen Bietungssätzen vorgenommen.
25. Oktober	Mit Wirkung vom 2. November 1988 wird die Rediskontkontingente um 5 Mrd D-Mark erhöht.

114. Den nach den schrittweisen Zinserhöhungen wieder etwas expansiveren Kurs behielt die Bundesbank in der Folgezeit bei. Nachdem sie seit Mitte Oktober 1987 Wertpapierpensionsgeschäfte ausschließlich nach dem Mengentenderverfahren abgeschlossen hatte, bot sie im September dieses Jahres – parallel zu einem Mengentender bei unverändertem Festzinssatz von 4,25 % – wieder einen Zinstender an, wobei sie erstmals ein anderes Zuteilungsverfahren wählte. Bisher ging die Bundesbank bei Zinstendern nach dem „holländischen“ Verfahren vor. Sie teilte zu einem einheitlichen Zinssatz zu. Nun stellte sie den Kreditinstituten, die nach den gebotenen Sätzen berücksichtigt werden, die individuellen Bietungssätze in Rechnung („amerikanisches“ Zuteilungsverfahren). Durch die Änderung des Verfahrens

sollen Wettbewerbsverzerrungen in der Weise vermieden werden, daß kleine Institute, die wegen der geringen Höhe der nachgefragten Beträge kaum Einfluß auf den (beim „holländischen“ Verfahren einheitlichen) Zuteilungssatz nehmen, übertrieben hohe Sätze bieten, um so eine Berücksichtigung sicherzustellen.

Im Hinblick auf den hohen Sockel ausstehender Wertpapierpensionsgeschäfte, der sich durch den zunehmenden Einsatz dieses Instruments bei der Feinsteuerung seit nunmehr zwei Jahren aufgebaut hatte, war die Bundesbank zum Jahresende darum bemüht, die Zentralbankgeldversorgung wieder stärker mit Hilfe der Refinanzierung von Handelswechseln durchzuführen. Durch die Anhebung der Rediskontkontin-

Schaubild 23



SR 88 0793

gente um 5 Mrd DM Anfang November nahm sie die Senkung vom Januar um etwa den gleichen Betrag wieder zurück. Hierdurch sollte den Kreditinstituten die Möglichkeit gegeben werden, sich Zentralbankgeld wieder mehr über den Verkauf von Wechseln zum niedrigeren Diskontsatz zu beschaffen.

115. Die leichte geldpolitische Kurskorrektur während der Sommermonate ließ das internationale Zinsgefälle praktisch bestehen, da gleichzeitig auch in anderen wichtigen Industrieländern Zinserhöhungen erfolgten. Mit den liquiditäts- und zinspolitischen Maßnahmen der Bundesbank stabilisierten sich allmählich die Wechselkursenerwartungen, so daß sich der hohe langfristige Nettokapitalexport, der in der ersten Jahreshälfte zu verzeichnen war, nicht in dem bisherigen Maße wiederholte.

Leichte Dämpfung der Geldnachfrage

116. An dem seit zwei Jahren zu beobachtenden Phänomen einer zunehmend auf liquide Mittel gerichteten Vermögenshaltung änderte sich in den ersten beiden Quartalen 1988 nicht viel. In der ersten Jahreshälfte expandierten der Bargeldumlauf und die Sichteinlagen, die in der Geldmenge M1 zusammengefaßt sind, unvermindert stark. Vermutlich hat hierfür eine wesentliche Rolle gespielt, daß in zunehmendem Maße wieder mit steigenden Zinsen und damit verbundenen Kursverlusten gerechnet wurde. Außerdem dürfte als Folge des Börsenkrachs eine gewisse Zurückhaltung gegenüber längerfristigen und damit vergleichsweise risikoreichen Anlagen bestanden haben, so daß trotz der deutlich höheren Verzinsung am langen Ende des Marktes und der damit einhergehenden Alternativkosten der Kassenhaltung die Liquiditätsneigung weiterhin sehr ausgeprägt war.

Deutlich langsamer stieg dagegen das weiter abgegrenzte Geldmengenaggregat M2, da kürzerfristige Termingelder, die neben den Komponenten von M1 hierin enthalten sind, merklich abgebaut wurden. Demgegenüber nahmen die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, die neben den Aggregaten von M2 in die Geldmengenabgrenzung M3 eingehen, zunächst relativ stark zu. Dies dürfte zu einem guten Teil mit der geplanten Quellensteuer zu erklären sein, die auf Zinseinnahmen aus Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist nicht erhoben werden soll.

117. Im Zuge des von der Bundesbank geförderten Anstiegs der kürzerfristigen Einlage- und Wertpapierzinsen hat sich die hohe Liquiditätsvorliebe inländischer Geldanleger vermindert. Vor allem verlangsamte sich die Expansion der Sichteinlagen. Auf die Bargeldhaltung schlug die Zinsentwicklung allerdings weniger deutlich durch.

Während die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist im zweiten Halbjahr weniger stark als noch bis zur Jahresmitte zunahmen, kam es ab Juli, anders als in den beiden Vorquartalen, zu einer raschen Ausweitung der Termingelder. Somit expandierte M3 auf das gesamte Jahr umgerechnet mit 6,7 vH gleich schnell wie die Geldmenge M2, während M1 mit 10,4 vH expandierte (Schaubild 24).

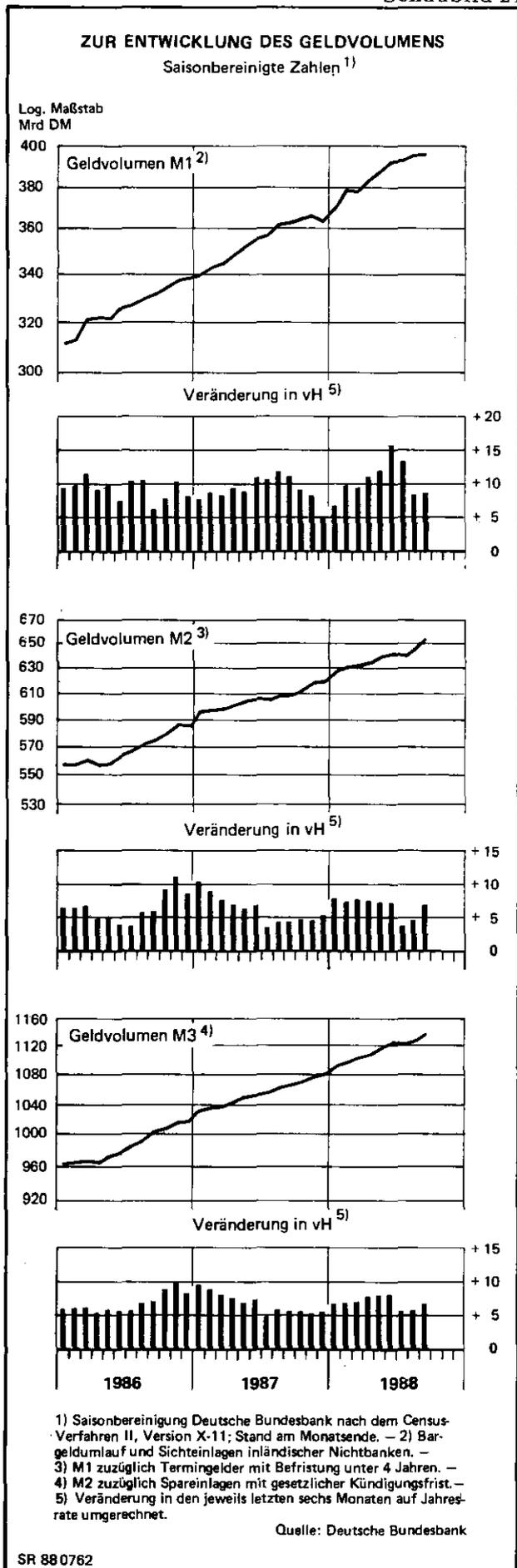


Tabelle 15

Emission und Erwerb von Wertpapieren
Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Emission durch				Erwerb durch			Emission durch	
	inländische Stellen ¹⁾			Ausland ⁴⁾	Inländer		Ausländer ⁷⁾	inländische Unternehmen ⁸⁾	ausländische Unternehmen ⁹⁾
	zusammen	darunter			zu-sammen ⁵⁾	darunter Nicht-banken ⁶⁾			
Banken ²⁾		öffentliche Hand ³⁾							
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818 ^{a)}
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 ^{a)}
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	- 2 608	6 204	74 528	57 149	- 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 020	13 818	6 278	5 676
1985	76 050	33 013	42 738	27 462	72 052	39 527	31 460	11 009	7 460
1986	87 485	29 509	57 774	16 312	44 736	12 371	59 061	16 394	15 842
1987	88 190	28 448	59 768	24 839	78 049	34 441	34 980	11 889	5 043
1987 1. Vj.	42 455	15 326	27 208	7 227	26 507	14 222	23 174	1 567	384
2. Vj.	13 949	5 328	8 701	8 147	10 090	2 880	12 006	4 700	940
3. Vj.	19 883	6 462	13 268	8 666	29 046	16 486	- 497	1 993	89
4. Vj.	11 903	1 332	10 591	799	12 405	852	298	3 629	3 631
1988 1. Vj.	16 328	- 1 822	18 195	13 485	27 444	17 130	2 369	1 083	4 353
2. Vj.	3 961	- 2 508	6 513	13 884	19 257	10 789	- 1 412	845	4 839
3. Vj.	11 446	- 1 177	12 616	12 719	26 628	14 904	- 2 463	1 255	5 580
1987 Jan	20 557	11 563	9 022	1 748	9 251	7 392	13 054	524	389
Feb	11 194	1 652	9 549	2 003	9 195	1 987	4 003	838	- 221
Mär	10 704	2 111	8 637	3 475	8 062	4 844	6 118	205	216
Apr	- 1 312	- 1 983	712	3 262	- 2 189	- 51	4 139	2 771	457
Mai	14 761	8 877	5 916	2 268	10 228	4 466	6 801	433	397
Jun	500	- 1 566	2 073	2 618	2 052	- 1 534	1 066	1 496	85
Jul	5 871	- 212	6 078	5 194	9 803	5 814	1 263	413	499
Aug	9 727	3 351	6 222	1 628	11 089	5 646	267	1 122	- 760
Sep	4 285	3 323	968	1 843	8 155	5 027	- 2 026	458	349
Okt	1 964	- 2 200	4 172	224	6 691	- 1 515	- 4 504	2 509	1 506
Nov	10 250	5 758	4 495	- 987	4 486	3 624	4 777	796	466
Dez	- 311	- 2 226	1 924	1 563	1 228	- 1 257	24	324	1 659
1988 Jan	12 566	4 052	8 540	2 133	12 986	8 632	1 713	455	831
Feb	3 916	- 1 785	5 705	3 912	7 073	3 463	756	443	1 419
Mär	- 154	- 4 089	3 950	7 440	7 386	5 036	- 100	185	2 103
Apr	- 1 358	- 2 573	1 248	5 434	2 451	3 050	1 625	64	2 336
Mai	6 551	2 459	4 098	4 446	12 407	6 813	- 1 409	395	1 443
Jun	- 1 232	- 2 394	1 167	4 003	4 399	926	- 1 628	386	1 060
Jul	- 3 607	- 3 040	- 560	5 302	5 679	3 665	- 3 984	449	2 093
Aug	9 218	2 161	7 041	3 618	12 948	7 588	- 112	683	1 740
Sep	5 835	- 298	6 135	3 799	8 001	3 651	1 633	123	1 747

1) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten.

2) Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namenschuldverschreibungen.

3) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen.

4) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (-) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer.

5) In- und ausländische Rentenwerte.

6) Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds.

7) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (-) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer.

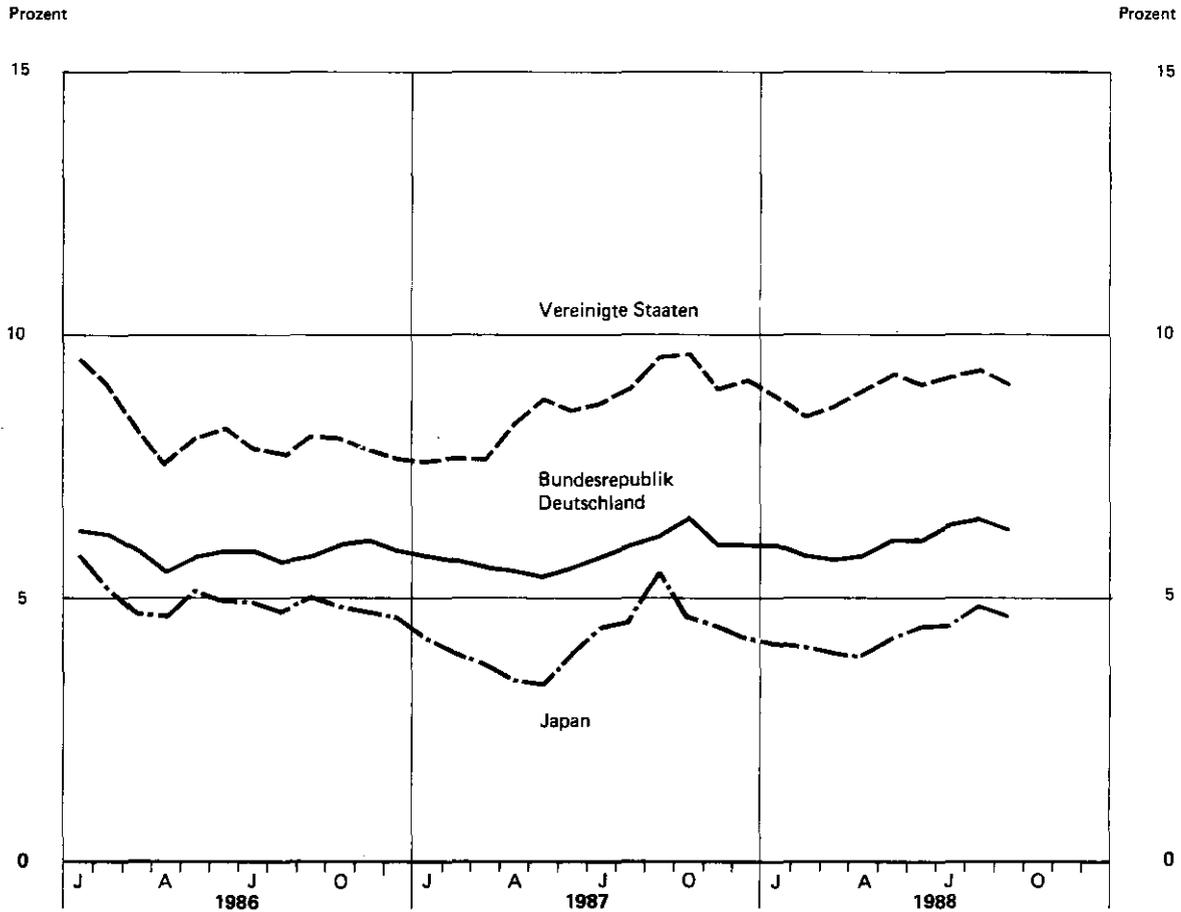
8) Zu Emissionskursen.

9) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (-) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.

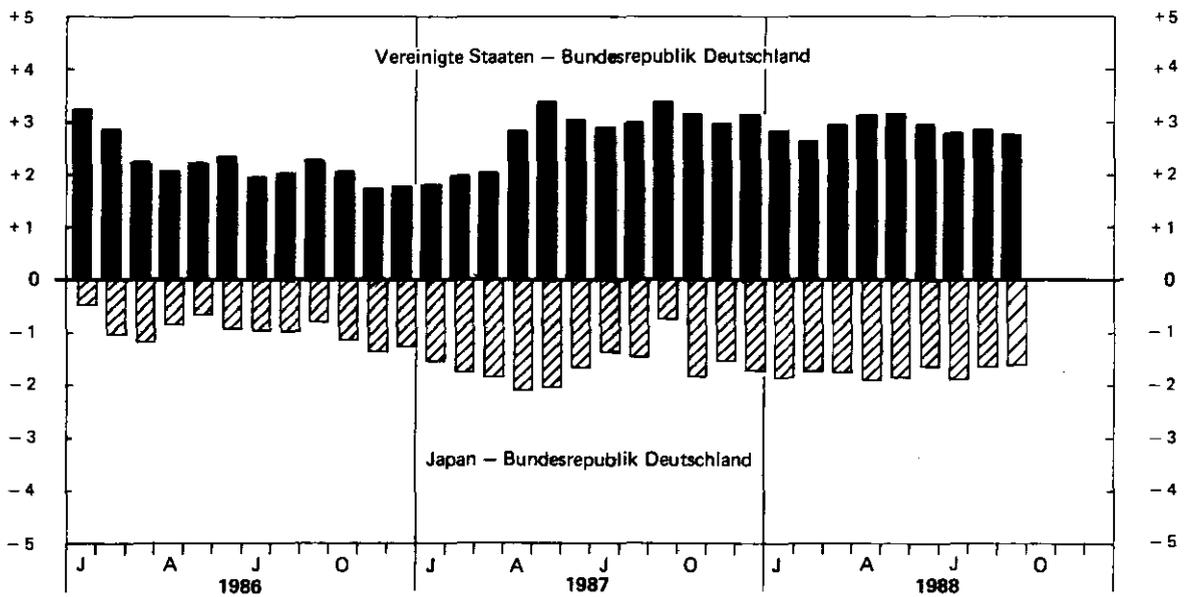
a) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

RENDITEN LANGFRISTIGER STAATSSCHULDPAPIERE ¹⁾



Renditedifferenzen
Abweichung in Prozentpunkten



1) Vereinigte Staaten: Mit einer Laufzeit von 10 Jahren und länger, Quelle: OECD. Bundesrepublik Deutschland: Umlaufrendite aller festverzinslichen Wertpapiere der öffentlichen Hand, Quelle: Deutsche Bundesbank. Japan: Mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 7 Jahren, Quelle: OECD.

Hohe langfristige Nettokapitalexporte

118. Der zunächst sehr steile Verlauf der Zinsstrukturkurve war nicht nur auf das Bemühen der Bundesbank zurückzuführen, die kürzerfristigen Geldmarktsätze auf niedrigem Niveau zu halten, sondern auch darauf, daß sich die ab Mitte 1987 abzeichnende Tendenz zu steigenden Nettokapitalexporten auch in diesem Jahr fortsetzte. Während langfristige Mittel ins Ausland abfließen, flaute das Auslandsinteresse an deutschen Wertpapieren weiter ab. Zunächst konnte eine Übertragung internationaler Zinssteigerungen auf den deutschen Kapitalmarkt vermieden werden, weil inländische Emittenten den Markt nur wenig beanspruchten (Tabelle 15). Mit dem zunehmenden Zinsgefälle gegenüber dem Ausland und der tendenziell schwächeren Einschätzung der D-Mark an den internationalen Devisenmärkten stieg der langfristige Nettokapitalexport kräftig an. Nicht zuletzt dürften für die Entscheidungen zugunsten ausländischer Anleihen steuerliche Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Infolgedessen gerieten im ersten Halbjahr die Anleihezinsen in der Bundesrepublik in den Sog der internationalen Aufwärtsbewegung, wie dies schon im Frühjahr und im Herbst des Vorjahres der Fall gewesen war, als sich der Dollar-Zins-Vorsprung gegenüber D-Mark-Papieren deutlich vergrößerte (Schaubild 25).

119. Durch die Stabilisierung der Wechselkurswartungen, die allmählich einsetzte, ließ das große Interesse deutscher Anleger an ausländischen Werten ab Jahresmitte etwas nach, blieb aber dennoch rege. Den Anlagepräferenzen entsprechend wurden besonders stark Fremdwährungsanleihen, darunter insbesondere Dollar-Anleihen, sowie D-Mark-Auslandsanleihen nachgefragt. Letztere erfreuten sich wohl auch deshalb großer Beliebtheit, weil sie nicht der Quellensteuer unterliegen werden. Daß das Steuermotiv eine nicht unwesentliche Rolle für das große Auslandsengagement deutscher Anleger gespielt haben dürfte, läßt sich auch daraus ableiten, daß erhebliche Mittel in vor allem in Luxemburg aufgelegte Rentenfonds flossen, die den größten Teil ihres Vermögens in hochrentierliche, von der deutschen Quellensteuer ausgenommene ausländische Anleihen investierten. Ein weiterer Beleg für diese Vermutung ist in der Reaktion der Märkte auf die Ankündigung zu sehen, das Abzugsverfahren bei der Quellensteuer zu ändern.

120. In erster Linie war der stark defizitäre Saldo der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland für den enormen Nettoabfluß an langfristigem Kapital verantwortlich. Bei weiterhin hohen deutschen Direktinvestitionen im Ausland und einem negativen Saldo bei den langfristigen Krediten wies die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs in den ersten neun Monaten ein Defizit von 67,1 Mrd DM auf.

Zusätzlich nahmen die kurzfristigen Netto-Auslandsforderungen zu, so daß der defizitäre Saldo der Kapitalbilanz den Leistungsbilanzüberschuß deutlich überstieg. Die Netto-Auslandsposition der Bundesbank verringerte sich vor allem wegen ihrer Interventionen zur Stabilisierung des Außenwertes der D-Mark.

V. Finanzpolitik: Höhere Defizite trotz verhaltener Ausgabensteigerung

121. Die öffentlichen Haushalte standen 1988 wiederum im Zeichen kräftig steigender Defizite. Trotz der vergleichsweise günstigen konjunkturellen Bedingungen in diesem Jahr hielt der Einnahmewachstum mit der Ausgabenexpansion nicht Schritt. Die Mindereinnahmen aus der diesjährigen Steuerreform und die gegenüber dem Haushaltsansatz niedrigere Gewinnüberweisung der Bundesbank summierten sich auf knapp 1 vH des Bruttosozialprodukts zu jeweiligen Preisen. Zudem stiegen die Überweisungen an die Europäischen Gemeinschaften aus dem Umsatzsteueraufkommen des Bundes erheblich an.

Kurzfristige Einnahmeherausfälle sollten für eine auf Verstärkung ausgerichtete Finanzpolitik keine kurzfristige Ausgabenkürzung oder Steuererhöhung begründen, sie sind mit Krediten zu finanzieren. Problematisch muß es dagegen erscheinen, wenn dauerhafte Mehrbelastungen nicht im erforderlichen Ausmaß bei der mittelfristigen Haushaltsplanung berücksichtigt werden. Die zusätzlichen Leistungen an die Europäischen Gemeinschaften hätten zum Anlaß genommen werden sollen, Ausgaben dort zu kürzen oder Steuervergünstigungen dort zu streichen, wo das ohne Schaden für die Gesamtwirtschaft möglich ist, wo es sogar positive Wirkungen hervorrufen kann, insbesondere bei den Subventionen. Diese Chance wurde bislang von der Finanzpolitik nicht genügend genutzt. Stattdessen ist geplant, im nächsten Jahr Verbrauchsteuern zu erhöhen.

122. Für die Haushalte der Gebietskörperschaften insgesamt stellte sich 1988 ein Defizit ein, das mit 58 Mrd DM in der Abgrenzung der Finanzstatistik beziehungsweise mit 49 Mrd DM in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen deutlich höher war als im Vorjahr, und zwar um 7 Mrd DM beziehungsweise um 6½ Mrd DM. Der Schuldenstand der Gebietskörperschaften nahm um 7 vH zu. Mit rund 900 Mrd DM entsprach er 41 vH des Produktionspotentials zu jeweiligen Preisen. Die Zinszahlungen der Gebietskörperschaften beliefen sich auf 59½ Mrd DM. Die Zunahme um 3 vH — 1987 waren es nur 1,5 vH gewesen — deutet darauf hin, daß Umschuldungen auf zinsgünstigere Kredite nicht im Ausmaß des Vorjahres möglich waren.

Die Höhe der 1988 neu aufgenommenen Kredite entsprach in etwa den Zinsausgaben. Dies ist in einer Konsolidierungsphase nicht außergewöhnlich; denn wenn die Finanzpolitik die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte anstrebt, steigen Schuldenstand und Zinszahlungen zunächst weiter an, auch wenn die Nettokreditaufnahme rückläufig ist. Ein Rückgang der Zinszahlungen ist — bei gegebenem Zinssatz — erst dann zu erwarten, wenn der Finanzierungssaldo positiv wird. Problematischer ist es in der gegenwärtigen Situation, daß die Zinsausgaben immer noch rascher steigen als Ausgaben und Einnahmen insgesamt. Der Anteil der Zinszahlungen an den Gesamtausgaben betrug 1988 rund 9 vH, vor zehn Jahren waren es noch 5,4 vH gewesen.

Geringere Steuereinnahmen durch die Tarifreform

123. Die Entwicklung des Steueraufkommens war 1988 dadurch geprägt, daß eine Tarifreform in Kraft trat. Die Gesamtentlastung der Steuerzahler betrug 13,7 Mrd DM, wovon 8,5 Mrd DM dem Steuerreformpaket 1986/88 zuzurechnen sind. Weitere 5,2 Mrd DM sind aus der für 1990 vorgesehenen Steuerentlastung vorgezogen worden. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen blieben mit einem Anstieg von 4 vH hinter der Zunahme des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen von 5½ vH zurück. Die Steuerquote nahm weiter ab und betrug 22,9 vH (Tabelle 16).

Die Lohnsteuereinnahmen waren 1988 um knapp 2½ vH höher als im Vorjahr. Die Aufkommensdynamik, die insbesondere in der günstigen Entwicklung der Brutto Lohn- und -gehaltssumme als Folge der regen Wirtschaftstätigkeit angelegt war, wurde im Jahresergebnis wegen der Mindereinnahmen durch die Steuerreform nicht sichtbar. Die Lohnsteuerzahler wurden durch den Steuerreformschritt 1988 um rund 10 Mrd DM entlastet.

In der Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer spiegelt sich der Steuerreformschritt noch nicht wider, der Zuwachs lag hier bei 7 vH. Dafür dürften insbesondere die hohen Abschlußzahlungen ausschlaggebend gewesen sein, die noch aus den kräftigen Gewinnsteigerungen des Jahres 1986 resultierten. Hohe Zuwachsraten wiesen auch die Gewerbesteuer mit 8½ vH sowie die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag mit 9½ vH auf. In dieses Bild, das gut mit der Gewinnentwicklung der letzten Jahre harmoniert, paßt das Aufkommen der Körperschaftsteuer 1988 nur auf den ersten Blick. Die Zunahme des Körperschaftsteueraufkommens von 6 vH erweist sich bei näherer

Betrachtung als technische Reaktion: Ursächlich dafür war, daß die Basis im Jahre 1987 als Folge einer Rückerstattung im Zusammenhang mit der sogenannten Flick-Transaktion ein besonders niedriges Niveau aufwies. Ohne diesen Effekt hätte sich dieses Jahr ein leichter Aufkommensrückgang ergeben.

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Aufkommensveränderungen der einzelnen gewinnabhängigen Steuern ist zu berücksichtigen, daß sie stets das Ergebnis der Gewinnentwicklung mehrerer Jahre sind und daß die Verzögerungen zwischen der Gewinnentstehung und der zugehörigen Steuerentrichtung unterschiedlich lang sein können. Unterschiede entstehen auch dann, wenn die Gewinnsituation von Kapitalgesellschaften zeitweise von derjenigen der Personengesellschaften abweicht. Zu Verschiebungen zwischen Einkommensteuer und Körperschaftsteuer kann es kommen, wenn der Anteil der von Kapitalgesellschaften ausgeschütteten Gewinne sich ändert. Erhöht sich die Ausschüttungsquote, dann wirkt dies tendenziell einnahmesteigernd bei der Einkommensteuer und einnahmeminierend bei der Körperschaftsteuer, denn wegen des niedrigeren Satzes auf ausgeschüttete Gewinne sinkt dann der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz. Welche dieser Effekte letztlich für die divergierenden Entwicklungen der gewinnabhängigen Steuern im Jahr 1988 entscheidend waren, läßt sich nicht eindeutig bestimmen.

Das Aufkommen der Umsatzsteuer einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer entwickelte sich 1988 weitgehend parallel zur Binnennachfrage. Die kräftige Zunahme des Imports erhöhte die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 7 vH, die Einnahmen aus der übrigen Mehrwertsteuer lagen um 2 vH über dem Vorjahresergebnis.

124. Die Europäischen Gemeinschaften haben seit Februar 1988 eine neue Finanzverfassung. Die Regelung für Beitragszahlungen, die die Mitgliedstaaten in Form der sogenannten Mehrwertsteuer-Eigenmittel zu leisten haben, ist geändert worden. Die Höhe die-

Tabelle 16

Aufkommen wichtiger Einzelsteuern¹⁾

Steuerart	1985	1986	1987	1988 ²⁾	1985	1986	1987	1988 ²⁾
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen	437,2	452,4	468,7	487½	+ 5,4	+ 3,5	+ 3,6	+ 4
Lohnsteuer	147,6	152,2	164,2	168	+ 8,3	+ 3,1	+ 7,8	+ 2½
Veranlagte Einkommensteuer	28,6	29,9	30,7	33	+ 8,3	+ 4,6	+ 2,7	+ 7
Körperschaftsteuer	31,8	32,3	27,3	29	+ 21,0	+ 1,5	- 15,5	+ 6
Steuern vom Umsatz	109,8	111,1	118,8	124	- 0,6	+ 1,2	+ 6,9	+ 4½
Mineralölsteuer	24,5	25,6	26,1	27	+ 2,0	+ 4,6	+ 1,9	+ 3
Tabaksteuer	14,5	14,5	14,5	14½	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0
Branntweinabgaben	4,2	4,1	4,1	4	- 2,0	- 2,1	+ 0,2	- 0
Vermögensteuer	4,3	4,4	5,4	5½	- 4,6	+ 2,5	+ 23,3	+ 2
Kraftfahrzeugsteuer	7,4	9,4	8,4	8	+ 0,9	+ 27,3	- 10,6	- 3½
Gewerbesteuer ³⁾	30,8	32,0	31,4	34	+ 8,6	+ 4,0	- 1,7	+ 8½
Grundsteuern A und B	7,4	7,6	7,9	8½	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,6	+ 5
Nachrichtlich: Steuerquote ⁴⁾	23,7	23,3	23,2	22,9	x	x	x	x

1) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
 2) Eigene Schätzung.
 3) Nach Ertrag und Kapital (einschließlich Gewerbesteuerumlage).
 4) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Tabelle 17

Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bund ¹⁾

Mrd DM

1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
2,27	10,51	11,04	11,37	12,94	12,65	7,34	0,24

¹⁾ Jahresüberschuß (Bilanzgewinn) des jeweiligen Vorjahres abzüglich der Zuweisungen zur gesetzlichen Rücklage, zu den sonstigen Rücklagen (letztmalig für das Jahr 1980) und dem Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

ser Beiträge wird nur noch insoweit allein in Abhängigkeit von der Höhe der harmonisierten Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage festgelegt, als diese 55 vH des Bruttosozialprodukts des jeweiligen Landes nicht übersteigt. Ein darüber hinausgehender Teil ist für die Beitragsbemessung irrelevant.

Außerdem wurde mit dem Eigenmittelbeschluß vom 13. Februar eine weitere Finanzierungsquelle erschlossen, die direkt am Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anknüpft und der Spitzenfinanzierung dienen soll. Diese BSP-Eigenmittel füllen die Deckungslücke, die zwischen dem für jedes Jahr festgelegten Ausgabenrahmen und den Einnahmen aus den übrigen drei Eigenmittelquellen besteht. Neben den bereits erwähnten Mehrwertsteuer-Eigenmitteln sind das die Zölle und die Agrarabschöpfungen (Ziffer 46).

Die Neuregelung bei den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln hat zur Folge, daß Staaten mit einer im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt kleinen Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage stärker als bisher zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden. Für die Bundesrepublik bedeutet dies höhere Zahlungen an die Europäischen Gemeinschaften als nach dem alten Berechnungsschema; im Jahre 1988 waren es etwa 4 Mrd DM zusätzlich. Wegen des hohen Exportanteils am Bruttosozialprodukt und wegen der Freistellung des Exports von der Umsatzsteuer ist die Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage in der Bundesrepublik, gemessen am Sozialprodukt, vergleichsweise niedrig.

Die von der Bundesrepublik zu finanzierenden EG-Eigenmittel verringern den Bundesanteil am Umsatzsteueraufkommen, sie stellen insofern eine Mindereinnahme des Bundes dar. Im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden diese Leistungen brutto ausgewiesen, das heißt, es erfolgt kein Abzug bei den Steuereinnahmen, sondern eine betragsgleiche Erhöhung der Ausgaben, und zwar der „sonstigen laufenden Übertragungen an die übrige Welt“.

125. Erstmals seit 1981 führte die Bundesbank 1988 keinen nennenswerten Gewinn an den Bund ab (Tabelle 17), da als Folge der Dollarschwäche Ende 1987 erhebliche Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen vorgenommen worden waren. Dem Bundeshaushalt flossen nur noch 240 Mio DM zu, nach 7,34 Mrd DM im Jahre 1987.

Der Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz 1989 sieht vor, den Betrag des überwiesenen Bundesbankgewinns, der 5 Mrd DM überschreitet, nicht für die

Finanzierung des laufenden Etats zu verwenden, sondern für die Tilgung von Altschulden (Ziffer 262).

Ausgabenverhalten von der Steuerreform geprägt

126. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte wurden 1988 um reichlich 3½ vH ausgeweitet (Tabelle 18). Hinter dieser Rate, die etwas über der des Vorjahres lag, verbirgt sich jedoch eine zurückhaltendere Ausgabenpolitik. Ohne die Zusatzbelastung aus der oben erwähnten Umstellung der EG-Finanzierung wäre die Ausgabenexpansion um gut einen halben Prozentpunkt geringer ausgefallen.

Der **Bund** gab rund 2½ vH mehr aus als im Vorjahr. Trotz dieser verhaltenen Ausgabenexpansion war ein deutlich höheres Finanzierungsdefizit zu verzeichnen, es betrug 37 Mrd DM nach 27,9 Mrd DM ein Jahr zuvor. Die Differenz zwischen dem Haushaltsplan (Defizit 30 Mrd DM) und der Ende letzten Jahres absehbaren Entwicklung erforderte für 1988 einen Nachtragshaushalt, der zusammen mit dem Regierungsentwurf für den Haushalt 1989 beschlossen wurde. Soweit die im Nachtrag ausgewiesenen Mehrausgaben oder Mindereinnahmen — wie der Bundesbankgewinn — nicht dauerhaft zu erwarten sind, steht es nicht in Widerspruch zu einer auf Verstärkung und mittelfristige Haushaltskonsolidierung gerichteten Finanzpolitik, das Defizit mit Krediten zu finanzieren.

Die zusätzlichen Belastungen des Bundeshaushalts, die aus der Finanzreform der Europäischen Gemeinschaften herrühren, sind demgegenüber nicht als einmalig einzustufen; sie werden vielmehr in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Daß diese absehbaren Belastungen nicht schon im Bundeshaushalt 1988 berücksichtigt worden waren, mag politische Gründe gehabt haben. Wäre ein entsprechender Betrag bereits im Etat ausgewiesen worden, so hätte dies die Position der Bundesrepublik bei den Verhandlungen über eine Änderung der Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaften wohl beeinträchtigt.

Der dritte große Posten im Nachtragshaushalt war ein Zuschuß in Höhe von knapp 1½ Mrd DM, den der Bund an die Bundesanstalt für Arbeit zu leisten hatte. Dieser war erforderlich geworden, nachdem durch Rechtsänderungen beim Arbeitslosengeldbezug und durch die Verlagerung von Ausgaben der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit um 1½ Mrd DM belastet und der Bundeshaushalt 1988 um knapp 1 Mrd DM

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1985	1986	1987 ²⁾	1988 ³⁾	1986	1987 ²⁾	1988 ³⁾
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)	604,4	627,8	649,8	673	+ 3,9	+ 3,5	+ 3 ^{1/2}
Laufende Rechnung	509,5	530,0	551,1	571	+ 4,0	+ 4,0	+ 3 ^{1/2}
davon:							
Personalausgaben	191,8	200,5	209,1	215	+ 4,5	+ 4,3	+ 3
Sachaufwand ⁴⁾	98,8	101,6	104,2	106	+ 2,8	+ 2,6	+ 1 ^{1/2}
Laufende Übertragungen	163,1	170,2	179,3	190	+ 4,3	+ 5,3	+ 6
Zinszahlungen	55,8	57,6	58,4	60	+ 3,3	+ 1,5	+ 3
Kapitalrechnung	93,1	97,9	98,0	102	+ 5,1	+ 0,1	+ 4
davon:							
Sachinvestitionen	50,2	53,2	54,2	56 ^{1/2}	+ 6,0	+ 1,9	+ 4
Vermögensübertragungen	22,7	25,2	24,7	24 ^{1/2}	+ 10,6	- 1,9	- 1
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	20,1	19,5	19,1	20	- 3,2	- 2,2	+ 4 ^{1/2}
Saldo im Verrechnungsverkehr ⁵⁾	+ 1,8	- 0,0	+ 0,7	-	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)	565,1	585,6	599,0	615	+ 3,6	+ 2,3	+ 2 ^{1/2}
Laufende Rechnung	547,6	566,1	577,7	594	+ 3,4	+ 2,0	+ 3
darunter: Steuern	436,9	452,6	468,3	487 ^{1/2}	+ 3,6	+ 3,5	+ 4
Kapitalrechnung	17,5	19,5	21,3	20 ^{1/2}	+ 11,4	+ 9,2	- 3 ^{1/2}
Saldo der durchlaufenden Mittel	0,0	0,0	0,0	-	x	x	x
Haushaltsdefizit	39,3	42,2	50,8	58	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote ⁶⁾	31,4	31,0	30,9	30,8	x	x	x
Steuerquote ⁷⁾	23,7	23,3	23,2	22,9	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	575,0	600,4	621,1	643 ^{1/2}	+ 4,4	+ 3,5	+ 3 ^{1/2}
Einnahmen	549,0	565,7	578,9	594 ^{1/2}	+ 3,1	+ 2,3	+ 2 ^{1/2}
davon:							
Steuern	459,9	473,4	491,9	512	+ 2,9	+ 3,9	+ 4
Sonstige Einnahmen	89,0	92,3	87,0	82 ^{1/2}	+ 3,7	- 5,7	- 5
Haushaltsdefizit	26,0	34,7	42,2	49	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote ⁸⁾	29,8	29,6	29,5	29,4	x	x	x
Steuerquote ⁹⁾	24,9	24,3	24,4	24,0	x	x	x

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände; einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

²⁾ Schätzung nach Teilergebnissen.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.

⁵⁾ Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.

⁶⁾ Ausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁷⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.

⁸⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁹⁾ Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

entlastet wurden. Im Jahre 1989 werden die Mehrausgaben durch diese Beschlüsse voraussichtlich 3½ Mrd DM betragen und bis 1991 auf rund 1½ Mrd DM zurückgehen.

127. Um die höheren EG-Mittel zu finanzieren, wurde von der Bundesregierung beschlossen, ab 1989 die Mineralölsteuer auf Benzin und leichtes Heizöl, die Tabaksteuer und die Versicherungssteuer zu erhöhen. Als weiterer Grund für die Steuererhöhungen wurden die Strukturhilfen des Bundes an finanzschwache Länder genannt. Der Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit soll durch eine Steuer auf den Verbrauch von Erdgas und Flüssiggas — zunächst begrenzt bis 1992 — finanziert werden.

Obgleich diese Steuererhöhungen zum Teil bereits in der Regierungserklärung angekündigt worden waren, wäre es im Interesse einer auf Verstetigung, Haushaltskonsolidierung und Rückführung der Staatsquote gerichteten Finanzpolitik geboten gewesen, die Zusatzbelastungen wenigstens zum Teil durch die Umschichtung von Mitteln und durch eine Ausgabenverringerung an anderer Stelle zu finanzieren. Von dieser Aufgabe lenkt die gegenüber der Öffentlichkeit vorgenommene Zuordnung bestimmter Einnahmen zur Finanzierung bestimmten Ausgaben ab, zumal eine solche Zuordnung nicht mit dem Haushaltsgrundsatz der Gemeindedeckung (Nonaffektation) zu vereinbaren ist.

128. Der Bundeshaushalt 1989 ist nicht nur durch den Beschluß neuer Ausgaben geprägt (Tabelle 19), sondern auch mit wiederum höheren Ansätzen für Subventionen vorbelastet. Die Finanzhilfen für die Förderung der Luftfahrttechnik steigen um 44½ vH auf knapp 1½ Mrd DM; für die Kokskohlenbeihilfen sind mit 2,9 Mrd DM 17 vH mehr vorgesehen als 1988. Den Landwirten wird 1989 ein sogenannter soziostruktureller Einkommensausgleich in Höhe von 715 Mio DM gewährt, der den Abbau der Mehrwertsteuerpauschale um zwei Prozentpunkte kompensieren soll. Wenngleich diese Maßnahme insofern positiv zu beurteilen ist, als eine bislang im Haushaltsplan nicht ausgewiesene Steuervergünstigung nunmehr als Finanzhilfe auf der Ausgabenseite ersichtlich wird, so ist doch insgesamt im Bundeshaushalt 1989 keine Rückführung der Subventionen erkennbar.

129. Die Länder weiteten ihre Ausgaben 1988 um etwas mehr als 2½ vH aus, eine ähnlich niedrige Zuwachsrate — 1987 war sie um etwa einen Prozentpunkt höher gewesen — hatte es zuletzt im Jahre 1984 gegeben. Diese in den Haushaltsplänen der Länder angelegte Ausgabenzurückhaltung dürfte zum Teil auf die mit dem zweiten Schritt der Steuerreform erwarteten Steuermindereinnahmen zurückzuführen sein. Da die Steuereinnahmen, bedingt durch die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung, höher ausfielen als erwartet und auch die sonstigen Einnahmen ihre Ansätze übertrafen, war das Defizit in den Länderhaushalten 1988 insgesamt um rund 1½ Mrd DM geringer als ein Jahr zuvor.

Leicht überdurchschnittlich nahmen mit knapp 3 vH die Personalausgaben zu. Daß der Zuwachs hier größer war, als es dem Tarifaufschluß für 1988 von 2 vH im Jahresdurchschnitt entsprechen hätte, lag zum kleineren Teil an Struktureffekten im Personalbereich

und an Neueinstellungen. Eine größere Rolle spielten höhere Ausgaben für Versorgungsbezüge sowie für Beihilfen und Unterstützungen. Deutliche Mehrausgaben verursachten die Zinszahlungen, die ihr Vorjahresniveau um rund 4 vH übertrafen. Die allgemeinen Finanzzuweisungen an den kommunalen Bereich nahmen um 3 vH zu, auch als Folge der höheren Steuereinnahmen, an denen die Gemeinden über den Steuerverbund partizipieren.

Die Bedeutung der Landeszuweisungen für die kommunale Finanzausstattung ist in den einzelnen Flächenländern recht unterschiedlich. Den höchsten Anteil an den Bruttoeinnahmen der kommunalen Haushalte hatten in den betrachteten Jahren 1982 bis 1986 diese Zuweisungen in Niedersachsen. Der Grund lag in den hohen übrigen Finanzzuweisungen, zu denen die Zuweisungen für laufende Zwecke und die Investitionszuweisungen zählen, weniger in den allgemeinen Zuweisungen, die im Rahmen des Steuerverbundes geleistet werden. Diese waren für die saarländischen Kommunen von besonderem Gewicht. Die bestehenden Unterschiede lassen nicht ohne weiteres auf den Grad schließen, in dem die Länder die Finanzkraft ihrer Gemeinden stärken; zu unterschiedlich ist von Land zu Land die Aufgabenverteilung zwischen den Haushaltsebenen geregelt. Einen Hinweis darauf, in welchem Ausmaß die Länder mit Hilfe ihrer Zuweisungspolitik Einfluß auf die kommunale Aufgabenerfüllung nehmen, kann der Anteil geben, den die übrigen Zuweisungen an den gesamten Finanzzuweisungen vom Land haben. Besonders hoch war dieser Anteil von 1982 bis 1986 in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen.

130. Die kommunalen Haushalte waren 1988 durch kräftige Steigerungen der Steuereinnahmen und der Ausgaben für Bauinvestitionen geprägt. Das Gewerbesteueraufkommen übertraf sein Vorjahresniveau um gut 2½ Mrd DM. Daneben waren auch die Gebühreneinnahmen um 7 vH höher als 1987, was in erster Linie auf Gebührenerhöhungen zu Beginn des Jahres zurückzuführen ist. Für Bauinvestitionen gaben die Kommunen 6 vH mehr aus. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß das günstige Bauwetter im ersten Quartal 1988, in dem der Zuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast 20 vH betragen hatte, die Bautätigkeit kräftig stimulierte. Welche quantitative Bedeutung für die kommunalen Investitionen 1988 das Gemeinden-Investitionsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau hatte, läßt sich nur schwer abschätzen.

Am 2. Dezember 1987 legte die Bundesregierung vor allem unter dem Eindruck des vorangegangenen Börsenkrachs ein Kreditprogramm auf, mit dem neben privaten Investitionen kleiner und mittlerer Betriebe insbesondere die kommunale Investitionstätigkeit gestärkt werden sollte. Das Gemeinden-Investitionsprogramm wird über die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgewickelt, der Bund senkt durch Subventionen die Zinssätze. Gefördert werden kommunale Investitionen in den Bereichen Umweltschutz, Wasserversorgung, Stadtsanierung und Dorterneuerung, Verkehrsinfrastruktur und Erschließung von Gewerbeflächen. Bis Mitte Oktober 1988 wurden Kreditanträge in Höhe von 3,5 Mrd DM gestellt, davon wurden 2,8 Mrd DM zugesagt.

Obgleich das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ für die Kreditzusage erfüllt sein muß, ist nicht auszuschließen, daß es Vorzieheffekte und Mitnahmeeffekte ge-

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1987	
19. November	Der Finanzplanungsrat bekräftigt unter Hinweis auf die voraussichtliche Überschreitung der geplanten Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts 1987 seine Auffassung, daß der Ausgabenzuwachs der Gebietskörperschaften insgesamt 3 vH jährlich nicht überschreiten solle.
2. Dezember	Das Bundeskabinett beschließt Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums, insbesondere das auf 3 Jahre angelegte 21 Mrd DM Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau und eine Erhöhung der Investitionen der Bundespost um 1 1/2 Mrd DM auf 20 Mrd DM im Jahr 1988.
18. Dezember	Der Bundesrat stimmt der gesetzlichen Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern zu. Im einzelnen werden mit dem Gesetz folgende Änderungen gegenüber dem bisher geltenden Recht beschlossen: Länderfinanzausgleich: <ul style="list-style-type: none"> – Einbeziehung der Grunderwerbsteuer, der Feuerschutzsteuer und der Spielbankabgabe in die Berechnungsgrundlagen des Länderfinanzausgleichs; – volle Berücksichtigung der bergrechtlichen Förderabgabe beim Länderfinanzausgleich; – Streichung der bisherigen Sonderlastabzüge für das Saarland und Schleswig-Holstein; – Erhöhung der Abgeltungsbeträge für Hafengebühren für Hamburg von 55 Mio DM auf 142 Mio DM, für Bremen von 25 Mio DM auf 90 Mio DM sowie für Niedersachsen von 6 Mio DM auf 18 Mio DM; – Gleichstellung der Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz und der Samtgemeinden in Niedersachsen bei der Einwohnerwertung der Gemeindesteuern mit den Einheitsgemeinden in den übrigen Flächenländern; – Gewährleistung der Finanzkraftfolge der ausgleichspflichtigen Länder; – Streichung der bisher für die Stadtstaaten geltenden Hanseatenklausel. <p>Die bisherige Einwohnerwertung der Stadtstaaten für die Ländersteuern von 135 vH wird nach Überprüfung beibehalten. Die Gemeindesteuern werden wie bisher im Länderfinanzausgleich mit 50 vH berücksichtigt.</p> Bundesergänzungszuweisungen: <ul style="list-style-type: none"> – Anhebung des Gesamtvolumens der Bundesergänzungszuweisungen auf 2 vH des Umsatzsteuer-aufkommens für die Jahre 1988 bis 1993. Im Jahre 1987 Gewährung eines Festbetrages von 1 775 Mio DM. – Vorabbeträge zum Nachteilsausgleich für den Zeitraum zwischen 1983 und 1986 an Nordrhein-Westfalen von 75 Mio DM und an Bremen von zweimal 100 Mio DM; – Vorabbeträge zur Berücksichtigung einer überdurchschnittlichen Belastung kleiner finanzschwacher Länder mit Kosten der politischen Führung von 50 Mio DM an Bremen, 100 Mio DM an das Saarland, 50 Mio DM an Schleswig-Holstein und 20 Mio DM an Rheinland-Pfalz; – Vorabbeträge von 75 Mio DM jährlich für 4 Jahre an das Saarland als Haushaltsnothilfe; – Aufschlüsselung des Restbetrages der Bundesergänzungszuweisungen auf die finanzschwachen Länder nach einem abgestuften Fehlbetragsmaßstab, der an die Finanzkraft der einzelnen Länder nach Länderfinanzausgleich anknüpft, wobei Fehlbeträge oberhalb einer Finanzkraftgrenze von 99 vH nur zu einem Drittel gewichtet werden; – Einführung einer gleitenden zweijährigen Referenzperiode für die Gewährung der Bundesergänzungszuweisungen durch Zugrundelegung der zusammengefaßten Finanzkraftverhältnisse der jeweils letzten beiden Vorjahre; für das Jahr 1987 Übergangsregelung mit pauschalierenden Festbeträgen; für das Jahr 1988 Beschränkung auf eine einjährige Referenzperiode mit den Ist-Ergebnissen des Jahres 1987 als dem ersten vollständig nach neuem Recht vollzogenen Ausgleichsjahr.
1988	
1. Januar	Die zweite Stufe des Steuersenkungspaketes 1986/88, ergänzt um das Steuersenkungserweiterungsgesetz, tritt in Kraft. Der Kohlepfennig wird von durchschnittlich 7,5 vH auf 7,25 vH der Strompreise gesenkt.
14. Januar	Der Bundesfinanzminister legt den Referentenentwurf des Steuerreformgesetzes 1990 vor.
28. Januar	Die Bundesregierung legt den Jahreswirtschaftsbericht 1988 vor.
11./12. Februar	Der Europäische Rat faßt Beschlüsse zur Reform der Finanz-, Agrar- und Strukturpolitik, die für den Bundeshaushalt Zusatzbelastungen von 4 Mrd DM im Jahr 1988 zur Folge haben und bis 1992 auf 10 Mrd DM ansteigen werden.
24. Februar	Die Ruhrgebietskonferenz unter Vorsitz des Bundeskanzlers beschließt ein Sonderprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Montanindustrie in Regionen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Der Bund stellt hierfür in den Jahren 1989 bis 1993 jeweils 500 Mio DM bereit, die Länder leisten denselben Betrag.

noch Tabelle 19

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1988	
26. Februar	Der endgültige Abschluß des Bundeshaushalts 1987 wird festgestellt. Die Ausgaben waren um 2,9 vH (Soll 2,7 vH) höher als 1986, die Steuereinnahmen stiegen um 3,9 vH und blieben damit um 3,5 Mrd DM oder 1,4 Prozentpunkte unter dem Soll-Ansatz. Die Nettokreditaufnahme lag mit 27,5 Mrd DM um knapp 5,2 Mrd DM über dem Soll.
1. März	Der vorläufige Abschluß der Länderhaushalte für 1987 weist mit 19,2 Mrd DM ein Finanzierungsdefizit auf, das um 1,8 Mrd DM über dem (endgültigen) Vorjahreswert, aber noch um 0,7 Mrd DM unter dem für 1987 veranschlagten Defizit liegt. Die Ausgaben lagen 1987 um 4,0 vH über dem Vorjahreswert und damit um 1/2 Prozentpunkt über den Haushaltsplanungen. Die Steuereinnahmen blieben mit 171,4 Mrd DM (+3,8 vH) um 1,2 Mrd DM unter den Haushaltsansätzen, die nichtsteuerlichen Einnahmen lagen mit 61,6 Mrd DM (+2,9 vH) dagegen um 2,7 Mrd DM über den Erwartungen.
23. März	Der Finanzplanungsrat erörtert die Abschlüsse der öffentlichen Haushalte 1987 sowie die Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften 1988 vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Lage.
24. März	Die restliche Bundesbeteiligung an der Volkswagen AG (16 vH des Grundkapitals von 1,5 Mrd DM) wird privatisiert; die Haushaltseinnahme beträgt 1,094 Mrd DM.
3. Mai	Die VIAG AG wird vollständig privatisiert; die Haushaltseinnahme beträgt 1,213 Mrd DM. Die Bundesrepublik Deutschland hatte noch 47,44 vH des Grundkapitals gehalten, die Kreditanstalt für Wiederaufbau 12,56 vH.
11. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1988 bis 1991 vor. Für 1988 werden Steuereinnahmen in Höhe von 480,6 Mrd DM erwartet, das entspricht einem Zuwachs von 2,5 vH; dabei ist eine Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts zu jeweiligen Preisen von 3,6 vH unterstellt.
18. Mai	Der Finanzplanungsrat erörtert die Haushaltsentwicklung 1988 angesichts der aktuellen Konjunkturlage sowie die grundlegenden Annahmen für die Haushaltsentwürfe 1989 und die Finanzplanung bis 1992.
23. Juni	Der Bundestag beschließt das Steuerreformgesetz 1990.
7. Juli	Die Bundesregierung beschließt den Haushaltsentwurf für 1989, den Entwurf des Nachtrags für 1988 und den Finanzplan bis 1992. Im Jahre 1989 sollen die Ausgaben des Bundes um 4,6 vH steigen, die Nettokreditaufnahme soll auf unter 32 Mrd DM zurückgeführt werden. Der Nachtrag zum Bundeshaushalt 1988 sieht eine Erhöhung von Einnahmen und Ausgaben um 0,3 Mrd DM sowie der Verpflichtungsermächtigungen um 3,1 Mrd DM vor. Der Kreditrahmen wird um 9,7 Mrd DM erweitert. In den Jahren 1990 bis 1992 soll die Ausgabenerhöhung auf 2 vH beziehungsweise jeweils 2,5 vH begrenzt werden. Die Nettokreditaufnahme soll nach einem vorübergehenden Anstieg im Jahr 1990 auf 29,7 Mrd DM 1992 reduziert werden. Die Bundesregierung beschließt die Erhöhung der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer sowie die Einführung einer Steuer auf den Verbrauch von Erdgas und Flüssiggas.
2. August	Das Steuerreformgesetz 1990 wird verkündet.
12. Oktober	Der Bundeshaushalt verabschiedet den Entwurf des Gesetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern (Strukturfonds). Kriterien für die Verteilung der Mittel (2,45 Mrd DM jährlich über einen Zeitraum von 10 Jahren) sind das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Bundesdurchschnitt.
8. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ überprüft seine Schätzungen vom Mai für die Jahre 1988 und 1989. Bei einer angenommenen Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von 5,3 vH 1988 und 4,2 vH 1989 wird 1988 mit Steuereinnahmen in Höhe von 488,1 Mrd DM, 1989 in Höhe von 512,7 Mrd DM gerechnet. Gegenüber der Schätzung vom Mai sind das für 1988 7,5 Mrd DM mehr, für 1989 13,5 Mrd DM. Dabei ist die Verbrauchsteuererhöhung 1989 nicht berücksichtigt.

geben hat. Dafür könnte es sprechen, daß die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Bauwirtschaft zu Jahresbeginn zunächst stockte, aber kräftig zulegte, nachdem die Anträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bewilligt worden waren. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß das Programm dazu beigetragen hat, einen Rückgang der kommunalen Bau nachfrage zu verhindern.

Sozialhilfeausgaben und Länderfinanzausgleich

131. Seit 1987 ist der Länderfinanzausgleich neu geregelt (Tabelle 19, Seite 89f.). Für die gleichfalls anstehende Neuaufteilung der Mehrwertsteuereinnahmen auf Bund und Länder wurde im Zusammenhang mit den aufgestockten Bundesergänzungszuweisungen beschlossen, zunächst den gültigen Schlüssel beizubehalten, nach dem die Länder 35 vH des Mehrwertsteueraufkommens erhalten und der Bund 65 vH, woraus er dann allerdings noch die Mehrwertsteuereinnahmen an die Europäischen Gemeinschaften abführen muß. Nach Auffassung einiger Länder waren die getroffenen Entscheidungen nicht geeignet, ihre auch durch die zunehmende Belastung mit Sozialhilfeaufwendungen geschwächte Finanzkraft in ausreichendem Maße zu stärken. Die Initiative ergriff das Land Niedersachsen (Albrecht-Plan). Er sah vor, daß der Bund die Hälfte der Sozialhilfekosten (9,7 Mrd DM) übernimmt und dafür 11 vH der Mehrwertsteuereinnahmen der Länder (5 Mrd DM) erhält. Den verbleibenden Fehlbetrag von 4,7 Mrd DM sollte er durch Anhebung von Verbrauchsteuern finanzieren. Innerhalb der Länder war dieser Vorschlag umstritten, weil er zu einer Umverteilung von Mitteln zu den nördlichen Bundesländern geführt hätte. Für den Bund hätten sich finanzielle Nachteile ergeben, wenn die Sozialhilfeausgaben schneller gestiegen wären als die Mehrwertsteuereinnahmen. Der Plan fand keine Zustimmung.

Statt dessen wird 1989 ein Strukturfonds des Bundes eingerichtet (Tabelle 19, Seite 89f.), aus dem Zahlungen an strukturschwache Länder fließen werden. Zehn Jahre lang zahlt der Bund jeweils 2,45 Mrd DM in diesen Fonds, der dazu dienen soll, die Investitionstätigkeit zu beleben und das wirtschaftliche Wachstum zu kräftigen. Inwieweit diese Mittel, die den Länderhaushalten zufließen, auch den Gemeinden zugute kommen und dort zu einer Verstärkung der Investitionstätigkeit beitragen, ist von den Regelungen in den einzelnen Bundesländern abhängig. Darüber hinaus ist bislang noch ungeklärt, wie die zweckentsprechende Verwendung der Mittel in den Ländern sichergestellt werden soll.

132. In der Diskussion über den Länderfinanzausgleich spielt die regional recht unterschiedliche Entwicklung der Belastung mit Sozialhilfeausgaben eine entscheidende Rolle. Das Argument lautet, daß die schnell zunehmenden Sozialhilfeaufwendungen, deren Höhe von Ländern und Gemeinden nur in begrenztem Umfang beeinflußt werden könne, die disponible Haushaltsmasse in den finanzschwachen Regionen zunehmend einschränke und Investitionen erschwere. Um die Entwicklung der Sozialhilfelasten in den einzelnen Ländern zu beurteilen, ist es sinnvoll,

die von Land und Gemeinden erbrachten Leistungen gemeinsam zu betrachten; denn die Zuständigkeiten der örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) sind in den Bundesländern nicht einheitlich geregelt. Zwei Leistungsarten sind grundsätzlich zu unterscheiden: die Hilfe zum Lebensunterhalt, die insbesondere als laufende Leistung nach Regelsätzen gewährt wird und die den wiederkehrenden Grundbedarf der Lebenshaltung abdecken soll, und die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die zum weit überwiegenden Teil an „Empfänger in Einrichtungen“ geleistet wird. Meist wird sie als Hilfe zur Pflege an Personen in Altenpflegeheimen oder in Form von Eingliederungshilfe für Behinderte gezahlt.

133. Im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) sind die Sozialhilfeausgaben zwischen 1970 und 1987 von 3,3 Mrd DM auf 25,2 Mrd DM angestiegen (Schaubild 26). Ihr Anteil an den Gesamtausgaben von Ländern und Gemeinden hat sich damit von 2,8 vH auf 6,3 vH erhöht. Die Ursachen für diese überproportionale Zunahme liegen zum einen in der Verdoppelung der Anzahl der Hilfeempfänger, 1987 waren es 3,1 Millionen. Zum größeren Teil wurde die Entwicklung aber von der Erhöhung der Leistungen bestimmt, die je Empfänger gezahlt wurden; sie stiegen von 2 237 DM im Jahr 1970 auf 8 066 DM im Jahr 1987, das waren 260 vH mehr.

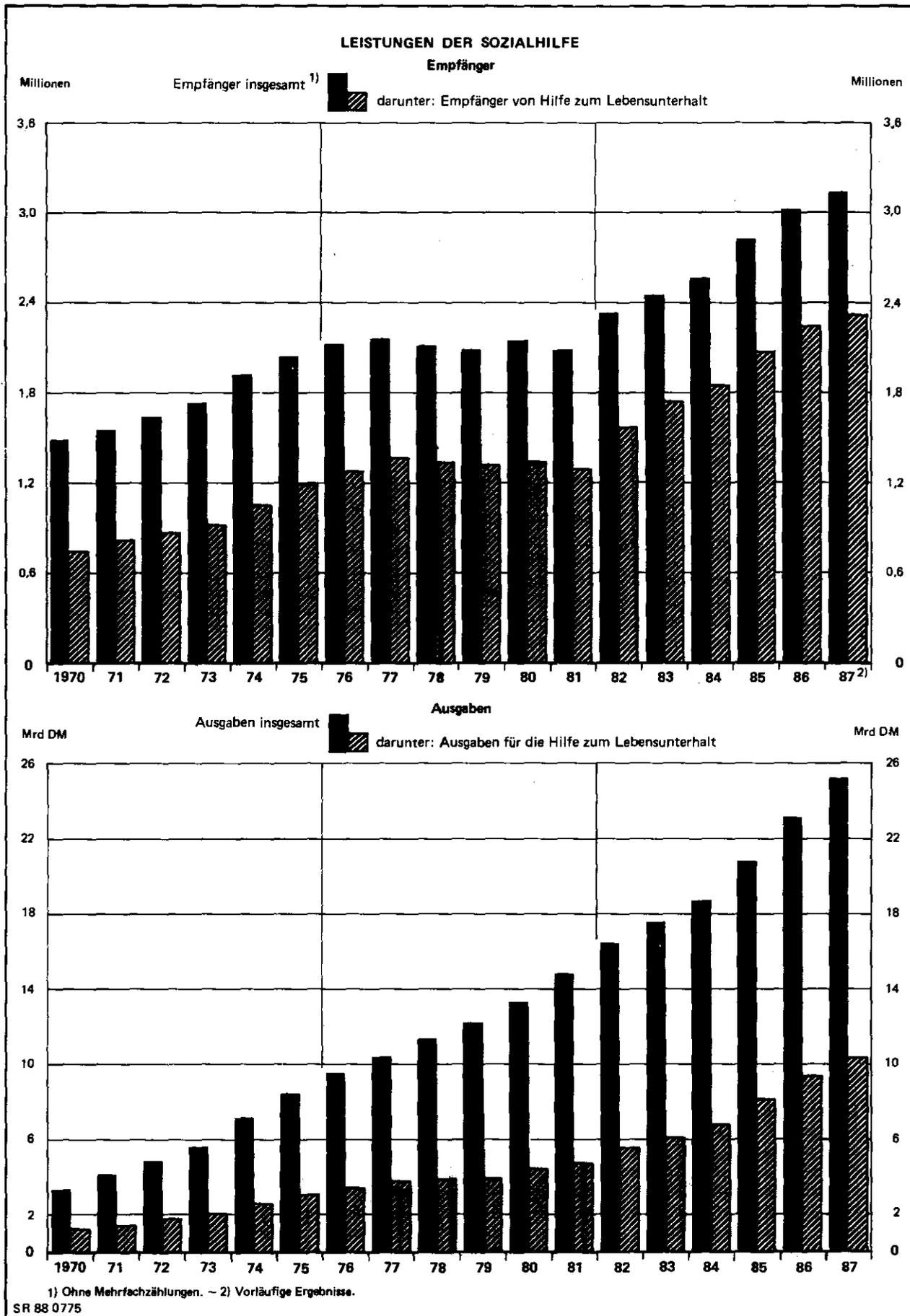
Für den längerfristigen Vergleich der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben und der Anzahl der Sozialhilfeempfänger in den einzelnen Ländern wurden nur die Daten bis einschließlich 1986 verwendet. Es liegen zwar endgültige Ergebnisse über die Sozialhilfeausgaben für 1987 vor, die Angaben über die Anzahl der Sozialhilfeempfänger sind aber zum Teil noch geschätzt. Darüber hinaus gab es 1987 in einem Land methodische Änderungen, wodurch die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren beeinträchtigt ist.

In der jährlichen Sozialhilfestatistik werden die Hilfeempfänger unabhängig von der Dauer des Leistungsbezugs erfaßt. Verlängert sich die Zeit des Leistungsbezugs, dann erhöht das für sich genommen die Ausgaben je Hilfeempfänger. Dies ist bei der Interpretation der Daten zu bedenken.

Betrachtet man die einzelnen Hilfearten getrennt, dann zeigt sich, daß die Zunahme der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt (+696 vH) in erster Linie durch die steigende Anzahl von Hilfeempfängern (+199 vH) bestimmt wurde (Tabelle 20). Dies ist auch im Zusammenhang mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit im betrachteten Zeitraum zu sehen. Daneben waren es die zunehmende Anzahl von alleinerziehenden Müttern, eine höhere Anzahl von Rentnern, deren Altersruhegeld nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes ausreichte, und insbesondere in den letzten Jahren der starke Zustrom von Asylbewerbern, die Sozialhilfeleistungen begründeten.

Die Ausgaben je Hilfeempfänger stiegen von 1970 bis 1986 mit 166 vH schneller an als der Preisindex für die Lebenshaltung für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit 100 vH. Das läßt sich nicht allein mit der Anhebung der Eckregelsätze in diesem Zeitraum um 155 vH erklären. Hinzu kommen Veränderungen in der Struktur der Sozialhilfeempfänger, die sich auf die Höhe der Leistungen auswirken. So wird die sogenannte ergänzende Hilfe gezahlt, wenn andere Sozialleistungen wie Rente oder Arbeitslosenhilfe kein existenzsicherndes Niveau er-

Schaubild 26



Zur Entwicklung der Sozialhilfeausgaben in den Ländern von 1970 bis 1986

	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Hilfe zum Lebensunterhalt:	1970 = 100											
– Leistungen insgesamt	796	932	1306	991	1 069	858	774	733	985	648	750	364
– Anzahl der Hilfeempfänger ...	299	306	510	342	331	303	311	287	338	263	248	184
– Leistungen je Hilfeempfänger ...	266	304	256	290	323	283	249	256	291	246	302	198
Nachrichtlich:	DM											
Eckregelsatz ¹⁾												
1970	154,—	156,—	160,—	156,—	156,—	156,— ^{a)}	156,—	144,— ^{a)}	155,— ^{b)}	148,— ^{a)}	152,—	157,—
1986	393,—	386,—	406,—	390,—	392,—	395,—	400,—	391,— ^{a)}	398,—	380,— ^{a)}	389,—	402,—
Hilfe in besonderen Lebenslagen:	1970 = 100											
– Leistungen insgesamt	644	684	823	705	626	568	574	605	656	663	629	997
– Anzahl der Hilfeempfänger ...	124	108	128	137	70	117	116	127	136	139	167	103
– Leistungen je Hilfeempfänger ...	520	632	642	516	893	487	493	477	482	477	378	972

1) Nach § 22 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) für Haushaltsvorstände und Alleinstehende.

a) Mindestregelsätze.

b) Regelsatz für alle Stadtkreise und Landkreise außer Stuttgart, Regelsatz für Stuttgart 162,— DM.

reichen. Waren es in früheren Jahren insbesondere ältere Menschen ohne hinreichenden Rentenanspruch, die ergänzende Hilfe erhielten, so sind es heute oftmals Langzeitarbeitslose mit geringen Leistungen aus der Arbeitslosenhilfe. Daneben gibt es eine zunehmende Anzahl ausländischer Sozialhilfeempfänger (Asylbewerber, Asylberechtigte), die keine Ansprüche an das Sozialversicherungssystem haben. Sie sind vollständig auf Sozialhilfezahlungen angewiesen, wodurch die Ausgaben je Hilfeempfänger tendenziell ansteigen.

Im Jahre 1985 erhielten einer Sonderuntersuchung zufolge rund 10 vH aller Sozialhilfeempfängerhaushalte gleichzeitig auf Dauer Lohnersatzleistungen durch die Arbeitslosenversicherung. Das waren 76 000 Haushalte. Hinzu kam ein großer Anteil von Arbeitslosen, die von Anfang an keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen hatten (1985 etwa 25 vH aller Sozialhilfeempfänger): Berufsanfänger, die eine schulische Berufsausbildung abgeschlossen haben, Ausländer, die eine Arbeitserlaubnis erhielten, und – in jüngster Zeit zunehmend – Aussiedler. Hohe Arbeitslosigkeit beeinflusst auch in indirekter Weise die Ausgabenentwicklung bei der Sozialhilfe. Ältere, Kranke oder auch alleinerziehende Mütter, die in Zeiten der Vollbeschäftigung von ihren erwerbstätigen Angehörigen (mit)unterhalten werden konnten, sind vor allem in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit verstärkt von Sozialhilfe abhängig. Nach Schätzung des Deutschen Städtetages belaufen sich die Zusatzbelastungen der Kommunen durch Sozialhilfe für Arbeitslose mittlerweile auf 3 Mrd DM, das wären zwischen 10 vH und 15 vH der gesamten Sozialhilfearbeitungen.

Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen (+544 vH) dagegen waren es die Leistungen je Hilfeempfänger, die die Entwicklung dominierten (+420 vH); der Kreis

der Hilfeempfänger weitete sich im Vergleich dazu nur wenig aus (+24 vH). Der starke Anstieg der je Hilfeempfänger aufgewendeten Leistungen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen ist in Verbindung mit der Kostenentwicklung im Bereich der Pflegeheime für alte Menschen und für Behinderte zu sehen. Betrugen die Aufwendungen für Hilfe in besonderen Lebenslagen in Einrichtungen 1970 noch 3 700 DM im Jahr, so belief sich der vergleichbare Betrag 1986 bereits auf rund 22 000 DM. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der Schwerstpflegebedürftigen in Heimen zugenommen hat.

134. Der starke Anstieg der Sozialhilfeausgaben ist in den einzelnen Bundesländern durch ein unterschiedliches Zusammenwirken der genannten Faktoren gekennzeichnet (Tabelle 21). In den nördlichen Flächenländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, aber auch in Bremen und Baden-Württemberg waren in der Zeit von 1970 bis 1986 sowohl die Zunahme der Anzahl der Hilfeempfänger als auch die Erhöhung der Leistungen je Hilfeempfänger für Hilfe zum Lebensunterhalt – gemessen an der Entwicklung im Bundesgebiet – überdurchschnittlich hoch. Die steigende Anzahl der Hilfeempfänger läßt sich dabei zum Teil durch die überproportional zunehmende Arbeitslosigkeit in den als wirtschaftsschwach geltenden nördlichen Bundesländern erklären. In Baden-Württemberg, das ebenfalls eine überdurchschnittlich starke Zunahme der Hilfeempfänger zu verzeichnen hatte, war es in den letzten Jahren insbesondere die schnell zunehmende Anzahl der Asylbewerber und Asylberechtigten, die

Tabelle 21

Ausgaben der Sozialhilfe nach Ländern
 Insgesamt je Einwohner¹⁾

Bundesland	1970	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	DM								
Schleswig-Holstein	44	190	211	231	247	267	294	333	359
Hamburg	62	282	340	401	435	497	556	668	753
Niedersachsen	41	196	208	245	255	261	294	325	344
Bremen	64	291	336	371	419	468	560	597	652
Nordrhein-Westfalen	52	184	206	228	246	268	310	342	370
Hessen ²⁾	44	168	183	188	199	221	249	275	325
Rheinland-Pfalz	36	117	136	143	168	182	200	228	249
Baden-Württemberg	27	112	123	136	148	159	179	205	222
Bayern	28	106	121	128	141	150	164	179	193
Saarland	42	170	191	206	220	250	282	310	326
Berlin (West)	95	375	448	495	508	555	611	654	669
Bundesgebiet	43	165	185	204	219	237	267	297	322
	1970 = 100								
Schleswig-Holstein	100	431,6	478,9	525,0	561,5	606,4	669,1	758,5	816,6
Hamburg	100	452,5	544,2	642,4	697,7	796,5	890,2	1 069,4	1 206,9
Niedersachsen	100	473,3	502,7	591,9	616,9	630,4	711,0	784,9	830,9
Bremen	100	454,9	525,1	579,9	654,5	730,0	874,3	932,9	1 018,4
Nordrhein-Westfalen	100	354,0	396,5	439,0	473,8	516,9	596,9	659,4	713,6
Hessen ²⁾	100	382,5	418,8	429,3	454,0	505,0	567,5	627,2	741,5
Rheinland-Pfalz	100	325,2	377,1	397,1	466,8	505,0	556,6	633,6	692,7
Baden-Württemberg	100	406,8	447,1	493,1	536,9	578,6	652,3	747,4	808,2
Bayern	100	378,6	434,0	457,5	504,9	538,4	587,1	641,6	691,6
Saarland	100	408,1	457,3	493,8	527,5	599,6	677,1	743,2	780,7
Berlin (West)	100	395,5	472,4	521,8	535,8	585,1	644,4	689,5	705,5
Bundesgebiet	100	386,1	432,7	476,6	512,8	554,4	625,2	695,0	754,1

1) Berechnet aus Werten in Mio DM.

2) Wegen methodischer Umstellung ist 1987 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

die Entwicklung bestimmte. Die Ursache für die überdurchschnittliche Erhöhung der Ausgaben je Hilfeempfänger in den genannten Ländern ist weniger in vergleichsweise kräftigen Anhebungen der Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt als vielmehr in der Struktur der Hilfeempfänger zu sehen.

Die Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen nahmen im betrachteten Zeitraum in Berlin, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg und in Bayern überdurchschnittlich stark zu. In den drei letztgenannten Bundesländern war dies vor allem eine Folge der steigenden Anzahl der Hilfeempfänger, in Hamburg wirkten beide Faktoren in überdurchschnittlich expansiver Weise auf die Ausgaben.

135. Neben den unterschiedlichen in der Person der Sozialhilfeempfänger begründeten Entwicklungen wird die Höhe der Sozialhilfeleistungen in gewissem Ausmaß von der Ausgestaltung konkreter Regelungen in den einzelnen Ländern und Gemeinden beeinflusst. So gibt es Gestaltungsspielraum bei der Höhe und der Häufigkeit der einmaligen Leistungen, die für Anschaffungen gewährt werden, die nur in größeren Abständen wiederkehren – beispielsweise Hausrat und Kleidung – und die nicht dem wiederkehrenden Grundbedarf der Lebenshaltung zuzuordnen sind.

Daneben können sich die Kommunen von Sozialhilfezahlungen entlasten, wenn sie die Sozialhilfeempfänger befristet sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Werden diese nach einem Jahr arbeitslos, haben sie Anspruch auf Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit beziehungsweise des Bundes. Die Länder, in deren Aufgabenbereich die jährliche Festsetzung der Regelsätze der Sozialhilfe fällt, können auf diesem Weg gleichfalls Einfluß auf die Höhe der Ausgaben nehmen. Jedoch waren die Unterschiede hier vergleichsweise gering. Im Jahre 1970 bewegten sich die Eckregelsätze für Haushaltsvorstände und Alleinstehende zwischen 144 DM in Rheinland-Pfalz und 162 DM in Stuttgart, 1986 war der Satz mit 380 DM am niedrigsten in Bayern, mit 406 DM am höchsten in Hamburg.

Von der Initiative der Länder und Gemeinden hängt es auch ab, in welchem Ausmaß die Sozialhilfeempfänger selbst, Unterhaltspflichtige oder Dritte – vor allem der Bund als Mitträger des Wohngelds – zur Kostenerstattung herangezogen werden; denn die Haushaltsbelastung ergibt sich als Saldo der Ausgaben und der Einnahmen im Zusammenhang mit der Gewährung von Sozialhilfe (Tabelle 21). Im Durchschnitt aller Länder erhöhte sich der Anteil der Reinen Ausgaben für Sozialhilfe, gemessen an allen Einnah-

men von Ländern und Gemeinden, im Zeitraum 1970 bis 1986 von 2,4 vH auf 5,1 vH. Am höchsten war er 1986 in den nördlichen Bundesländern sowie im Saarland und in Berlin.

Struktur der öffentlichen Ausgaben weiterhin ungünstig

136. Die Struktur der öffentlichen Ausgaben hat sich 1988 zwar leicht verbessert. Der Anteil der investiven Ausgaben nahm – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – von 7,5 vH auf etwas über 7½ vH zu. Es erscheint aber zweifelhaft, daß sich hiermit eine Trendwende in der Entwicklung der Ausgabenstruktur andeutet. Eher dürften Sonderfaktoren wie das gute Bauwetter und auch das Gemeinden-Investitionsprogramm der Bundesregierung die Investitionstätigkeit begünstigt haben. Hierfür spricht, daß die Finanzpläne des Bundes und einiger Länder bis 1992 einen abnehmenden Anteil der investiven Ausgaben am Budget vorsehen.

Für die Gebietskörperschaften insgesamt läßt sich diese Tendenz bis zum Anfang der siebziger Jahre zurückverfolgen (Tabelle 22). Dabei ist es bemerkenswert, daß die abnehmende Investitionsquote in den öffentlichen Haushalten durch die – auch in absoluten Beträgen – rückläufigen Bauinvestitionen geprägt ist, während die sonstigen Investitionen in etwa

proportional zu den Gesamtausgaben zunahmen. Ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Investitionen hat sich in den Jahren 1970 bis 1987 auf 14,1 vH verdoppelt. Eine Ursache hierfür dürfte die auch im öffentlichen Sektor zunehmende Ausstattung der Arbeitsplätze mit EDV-Geräten sein.

Die Struktur der öffentlichen Bauinvestitionen hat sich in dieser Zeit ebenfalls gewandelt. Obgleich der Straßenbau nach wie vor den größten Anteil aufweist, hat seine relative Bedeutung mittelfristig etwas abgenommen. In stärkerem Maße gilt dies für die Investitionsausgaben für Schulen, was angesichts der rückläufigen Schülerzahlen nicht überrascht. An Bedeutung gewonnen haben dagegen Investitionen für den Umweltschutz, für die Städtebauförderung und für den Verwaltungsbereich. In dieser Entwicklung zeigt sich neben Sättigungstendenzen in einzelnen Bereichen auch ein geändertes Anforderungsprofil für die öffentlichen Investitionen.

137. Die für die Gebietskörperschaften insgesamt aufgezeigte Entwicklung wird zum entscheidenden Teil durch das Investitionsverhalten der Städte und Gemeinden bestimmt; sie haben einen Anteil an den öffentlichen Investitionen von etwa zwei Dritteln. In realer Rechnung wurden von den Gemeinden im letzten Jahr 20 vH weniger investiert als 1970. Berücksichtigt man daneben, daß einer Umfrage des Ifo-Instituts aus dem Jahr 1987 zufolge bereits mehr als die Hälfte der Hochbauausgaben der Bestanderhal-

Tabelle 22

Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften¹⁾

Jahr	Investitionsquoten in vH ²⁾						Anteil an den Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften in vH		
	Gebietskörperschaften			für die einzelnen Ebenen			Bund	Länder	Gemeinden
	zusammen	darunter		Bund	Länder	Gemeinden			
		Bauinvestitionen	Ausrüstungs-						
1970	16,5	15,2	1,2	5,6	8,4	40,4	16,8	20,4	62,8
1971	15,5	14,2	1,2	5,3	7,1	39,0	16,8	18,8	64,5
1972	14,0	12,8	1,2	4,6	6,0	36,5	16,4	18,1	65,5
1973	12,9	11,7	1,2	4,0	5,6	33,9	15,3	18,8	65,9
1974	13,0	11,8	1,2	4,1	5,8	33,2	14,9	19,8	65,2
1975	11,5	10,3	1,1	3,8	5,4	31,1	16,6	19,7	63,7
1976	10,7	9,7	1,0	3,2	4,9	30,6	15,1	19,3	65,7
1977	10,0	8,9	1,0	3,2	4,7	28,4	16,5	19,8	63,7
1978	10,2	9,1	1,1	3,2	4,5	29,5	15,9	18,6	65,5
1979	10,5	9,4	1,1	3,1	4,4	30,4	15,0	17,9	67,1
1980	10,8	9,6	1,1	3,1	4,5	30,8	13,9	17,7	68,4
1981	9,5	8,5	1,0	2,4	4,1	28,1	12,8	17,9	69,3
1982	8,3	7,4	0,9	2,1	3,9	24,9	12,8	19,8	67,4
1983	7,5	6,7	0,8	2,1	3,8	22,7	14,6	21,0	64,4
1984	7,3	6,4	0,9	2,1	3,8	21,8	15,0	21,5	63,5
1985	7,2	6,2	1,0	2,1	3,7	21,1	14,8	21,8	63,4
1986	7,6	6,6	1,0	2,1	3,9	22,2	14,0	21,6	64,4
1987 ³⁾	7,5	6,5	1,1	2,1	3,9	22,0	14,0	21,9	64,1

¹⁾ Bruttoinvestitionen (Bauinvestitionen, Ausrüstungsinvestitionen und Vorratsveränderung) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ²⁾ Anteil der Bruttoinvestitionen an den Gesamtausgaben. – ³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

tung diene, wird deutlich, daß ein Investitionsvolumen von 30 Mrd DM 1987 eine wesentlich geringere Bedeutung hatte als die rund 19,5 Mrd DM, die von den Kommunen 1970 für Investitionen ausgegeben worden waren. Diese Tendenz kann zwei Ursachen haben. Zum einen ist es möglich, daß sich die Präferenzen geändert haben und den Investitionen nun weniger Bedeutung zugemessen wird. Dafür spricht, daß es in einigen Aufgabenfeldern Sättigungstendenzen gibt; dagegen spricht, daß durch ein stärker ausgeprägtes Umweltbewußtsein und auch durch die demographische Entwicklung Investitionsschwerpunkte in anderen Bereichen gesetzt werden. Andererseits kann die Investitionsschwäche in einer angespannten Finanzlage der Gemeinden begründet sein.

Bei alledem ist zu bedenken, daß die aufgezeigte Entwicklung sich auf Globalgrößen bezieht. Es gibt durchaus Kommunen, die sich in einer anhaltend günstigen finanziellen Situation befinden. In solchen Fällen mag zwar auch die Investitionsquote sinken, dies aber deshalb, weil die Aufgabenfelder bereits aufgrund früherer Investitionen weitgehend abgedeckt sind.

138. Anders als Bund und Länder können die Kommunen nur dann Kredite aufnehmen und damit Investitionen finanzieren, wenn sie im Verwaltungshaushalt, in dem die laufenden Einnahmen und die laufenden Ausgaben verbucht werden, einen ausreichenden Überschuß aufweisen. Von 1970 bis 1987 nahmen die laufenden Ausgaben mit einer durchschnittlichen Rate von 8,2 vH im Jahr zu, die entsprechenden Einnahmen jedoch nur mit 7,7 vH. Der für Investitionen verfügbare Überschuß wurde demzufolge kleiner. Dies paßt zu der beobachteten Entwicklung der Investitionen. Das disponible Haushaltsvolumen wurde darüber hinaus durch den überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen eingeeengt; diese haben sich von 1970 bis 1987 nahezu vervierfacht, ihr Anteil an den gesamten Ausgaben der Kommunen erhöhte sich im selben Zeitraum von 7,8 vH auf 11,4 vH.

139. Besonders negative Auswirkungen hat diese Entwicklung in Kommunen, die in strukturschwachen Regionen liegen. Die ungünstige wirtschaftliche Situation der dort ansässigen Betriebe mindert die Gewerbesteuereinnahmen. Gleichzeitig verringert die in solchen Gebieten schlechte Beschäftigungssituation die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und erhöht die Ausgaben für Sozialhilfe.

Die Gemeindefinanzen geraten so von zwei Seiten unter Druck. Die Möglichkeit, durch wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen oder auch durch niedrige Hebesätze bei der Gewerbesteuer ihre Standortqualität zu verbessern und um Neuansiedlungen zu werben, wird eingeschränkt. Damit ist eine auch zukünftig ungünstige Finanzlage programmiert.

Beispielhaft für einen solchen Circulus vitiosus ist die Situation einiger Städte im Ruhrgebiet. So sind die Gewerbesteuereinnahmen (einschließlich der Einnahmen aus der Lohnsummensteuer) je Einwohner von 1970 bis 1986 in Duisburg von 316 DM auf 405 DM gestiegen, in Oberhausen von 179 DM auf 271 DM. Stuttgart konnte seine entsprechenden Einnahmen je Einwohner in derselben Zeit von 429 DM auf 1 300 DM steigern. Bei Arbeitslosenquoten von 15,7 vH und 13,6 vH leisteten 1986

Duisburg 237 DM und Oberhausen 200 DM je Einwohner netto an Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz. Das waren jeweils rund 23 vH der Steuereinnahmen insgesamt; der Anteil an den Gewerbesteuereinnahmen betrug in Duisburg 58,4 vH, in Oberhausen 73,5 vH. Für Stuttgart lagen die entsprechenden Relationen bei 7,8 vH bezogen auf die gesamten Steuereinnahmen und bei 12,8 vH bezogen auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer; die Nettoleistungen der Sozialhilfe beliefen sich auf 166 DM je Einwohner.

Für Bauinvestitionen wurde — je Einwohner gerechnet — in Duisburg und in Oberhausen von 1980 bis 1986 deutlich weniger ausgegeben als bundesdurchschnittlich in Städten vergleichbarer Größenordnung. Der Wert für Duisburg lag bei weniger als der Hälfte, derjenige für Oberhausen bei weniger als einem Drittel des entsprechenden Bundesdurchschnitts. In Stuttgart wurde im betrachteten Zeitraum überdurchschnittlich investiert.

Für die Kommunen insgesamt ist allerdings festzustellen, daß sich sowohl bei den Steuern als auch bei den gesamten Einnahmen der auf die Städte und Gemeinden entfallende Anteil von 1970 bis 1986 leicht erhöht hat, dagegen ging im selben Zeitraum auf der Ausgabenseite der Anteil der Kommunen zurück. Ihre finanzielle Situation hat sich im Vergleich zu den übergeordneten Gebietskörperschaften demnach nicht verschlechtert.

Kräftiger konjunktureller Impuls

140. Die Finanzpolitik gab der Wirtschaft 1988 einen kräftigen konjunkturellen Impuls. In der Rechnung des Sachverständigenrates war er mit 14½ Mrd DM um 4½ Mrd DM höher als im Vorjahr (Tabelle 23). Der Impuls gibt an, welche konjunkturellen Anstoßeffekte von den öffentlichen Haushalten ausgehen. Dies wird gemessen an einem Einnahmen- und Ausgabenverhalten des Staates, das für sich genommen konjunkturalneutral gewesen wäre. Der Maßstab für diese Betrachtung ist der konjunkturalneutrale Haushalt.

Die Basis des konjunkturalneutralen Haushalts sind die Quoten der staatlichen Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1985 gemessen am Produktionspotential. Konjunkturalneutral hätte sich der Staat dann verhalten, wenn er für seine Zwecke den gleichen Anteil des Produktionspotentials beansprucht hätte wie 1985; es war aber mehr. Die zusätzliche Beanspruchung resultierte nicht aus den Ausgaben; sie waren für sich genommen um 8½ Mrd DM niedriger, als es dem potentialorientierten Wert entsprochen hätte. Dagegen konnten die Privaten zusätzliche Ansprüche an das Produktionspotential stellen, die den vom Staat weniger beanspruchten Teil übertrafen; denn durch die Steuerreform wurden ihre Nachfragemöglichkeiten gegenüber dem Basisjahr um 19½ Mrd DM erweitert. Hinzu kamen 3½ Mrd DM Entlastung bei den Sonstigen Einnahmen. Die Differenz zwischen diesen Mindereinnahmen von zusammen 23 Mrd DM wegen einer niedrigeren Steuerquote und einer niedrigeren Quote der Sonstigen Einnahmen und den Minderausgaben ergibt den konjunkturellen Impuls in Höhe von 14½ Mrd DM.

Bei der Berechnung der Sonstigen Einnahmen wird der überwiesene Bundesbankgewinn mit einem „Normalbetrag“ eingestellt, der sich aus der rechnerischen Verzinsung der Zentralbankgeldmenge ergibt, 1988 waren das 8½ Mrd DM. Abweichungen von dem normalen Niveau werden bei der Ermittlung

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht¹⁾

Mrd DM

	1982	1983	1984	1985	1986 ²⁾	1987 ²⁾	1988 ³⁾
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen ⁴⁾	1 715,7	1 795,6	1 862,1	1 927,3	2 025,0	2 102,0	2 185
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr ⁵⁾	1 692,3	1 791,8	1 871,9	1 927,3	2 025,0	2 102,0	2 185
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1985 ⁶⁾	504,9	534,5	558,4	575,0	604,1	627,1	652
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials ⁷⁾	1 633,0	1 729,0	1 806,4	1 859,9	1 954,1	2 028,4	2 108 ^{1/2}
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Pro- duktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1985 ⁶⁾	407,2	431,2	450,5	463,8	487,3	505,8	526
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Pro- duktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr ⁷⁾	404,0	426,9	448,3	463,8	475,5	493,9	506 ^{1/2}
(6a) Tatsächliche Steuereinnahmen ¹⁾	395,1	414,9	439,2	459,9	473,4	491,9	512
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) × (5)	- 3,3	- 4,3	- 2,2	-	- 11,8	- 11,9	- 19 ^{1/2}
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Dek- kungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ ⁸⁾	- 2,4	- 0,5	- 0,9	0	- 0,4	- 4,0	- 3 ^{1/2}
(9) Konjunkturneutraler Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	499,2	529,7	555,3	575,0	591,9	611,1	629
(10) Tatsächliche Staatsausgaben ¹⁾	530,9	538,8	557,4	575,0	600,4	621,2	643 ^{1/2}
(11) Konjunktureller Impuls ⁹⁾ (10) × (9)	+ 31,7	+ 9,1	+ 2,1	0	+ 8,5	+ 10,0	+ 14 ^{1/2}
(12) Veränderungen des konjunkturellen Impulses ge- genüber dem jeweiligen Vorjahr	- 7,0	- 22,6	- 7,0	- 2,1	+ 8,5	+ 1,5	+ 4 ^{1/2}

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

⁵⁾ Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr; ab 1985 wird die „konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts gleich der tatsächlichen im jeweiligen Jahr gesetzt.

⁶⁾ Normalauslastungsgrad (96,5 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.

⁷⁾ Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenpielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralen“ Preisanstieg ergäbe.

⁸⁾ Ohne die Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

⁹⁾ Expansiv: +; kontraktiv: -.

des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens berücksichtigt, so daß sie den Impuls nicht verzerren. Für 1988 bedeutet das, daß die Mindereinnahmen aus der Gewinnabführung der Bundesbank nicht so betrachtet werden, als hätten sie den Ausgabenpielraum der Privaten erweitert.

141. Der konjunkturelle Impuls läßt sich auch durch den Vergleich von tatsächlichem Haushaltsfehlbetrag und konjunkturneutraler Kreditaufnahme, das ist die

Normalverschuldung, ermitteln. Sie betrug 34^{1/2} Mrd DM und setzte sich zusammen aus der potentialorientierten Kreditaufnahme in Höhe von 1,5 vH des Produktionspotentials (31^{1/2} Mrd DM) und dem anomalen Teil des Bundesbankgewinns (8^{1/2} Mrd DM). Davon werden die Steuern abgezogen, die als Folge eines übernormal ausgelasteten Produktionspotentials eingenommen wurden (5^{1/2} Mrd DM). Der konjunkturelle Impuls ergibt sich, wenn vom tatsächlichen Haus-

noch Tabelle 23

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht¹⁾

vH

		1982	1983	1984	1985	1986 ²⁾	1987 ²⁾	1988 ³⁾
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr		+ 3,3	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,2	+ 4,4	+ 3,5	+ 3 ^{1/2}
(b) des konjunkturalen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)		- 2,9	- 0,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,9	+ 1,8	+ 1 ^{1/2}
Bestimmungsfaktoren von (b)¹⁰⁾								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1980		+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 2
(d) „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts ¹¹⁾		+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,0	+ 2
(e) Veränderung des Ausgabenpielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres		- 0,9	- 0,2	+ 0,4	+ 0,4	- 2,0	+ 0,1	- 1
(f) Veränderung des Ausgabenpielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres		+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,6	+ 0
(g) Veränderung des Ausgabenpielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr		- 7,6	- 4,9	- 1,5	- 0,9	- 0,0	- 1,4	- 1 ^{1/2}
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$		24,74	24,69	24,82	24,94	24,34	24,35	24,02
(15) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$		29,50	29,57	29,67	29,83	29,23	29,07	28,78
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$		31,37	30,07	29,78	29,83	29,65	29,55	29,45
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): $(16) \cdot (15)$		+ 1,87	+ 0,51	+ 0,11	0	+ 0,42	+ 0,48	+ 0,66
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$		30,94	30,01	29,93	29,83	29,65	29,55	29,45

Fußnote 1 siehe Seite 97.

¹⁰⁾ (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang IV, Abschnitt D).¹¹⁾ Ab 1985 identisch mit der tatsächlichen Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts.

haltsdefizit (49 Mrd DM) das konjunkturneutrale Defizit abgezogen wird (Tabelle 24).

142. Angesichts der vergleichsweise günstigen konjunkturellen Entwicklung im Jahre 1988 erscheint der gemessene finanzpolitische Impuls relativ hoch. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß dafür wichtige Entscheidungen — wie das Hinausschieben der Verbrauchsteuererhöhung auf 1989 — zu einer Zeit ge-

troffen worden waren, in der noch große Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres geherrscht hatte.

Es muß jedoch auch berücksichtigt werden, daß ein und derselbe Impuls je nach den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen unterschiedliche Wirkungen entfalten kann (JG 85 Ziffer 254). So dürfte der von ihm ausgehende Anstoß wegen der erhöhten Umsatz-

Tabelle 24

Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der Gebietskörperschaften¹⁾

Mrd DM

	1982	1983	1984	1985	1986 ²⁾	1987 ²⁾	1988 ³⁾
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Haushaltsdefizits							
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme ⁴⁾ . . .	24,3	25,7	26,8	27,6	29,0	30,1	31 1/2
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen (-)/Steuermindereinnahmen (+) ⁵⁾ . .	+14,3	+12,9	+ 6,7	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,0	- 5 1/2
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen (-) ⁶⁾	- 5,4	- 0,9	+ 2,3	-	-	-	-
(d) Mehreinnahmen (-)/Mindereinnahmen (+) in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne . . .	- 4,5	- 4,5	- 4,5	- 5,5	- 5,0	-	+ 8 1/2
I. (a) bis (d) Defizit des konjunkturneutralen Haushalts⁷⁾	29,0	33,2	31,4	26,0	26,2	32,2	34 1/2
II. Tatsächliches Haushaltsdefizit⁸⁾	60,3	42,3	33,5	26,0	34,7	42,2	49
II. \times I. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	+31,7	+ 9,1	+ 2,1	0	+ 8,5	+10,0	+14 1/2
(expansiv: +; kontraktiv: -)							

1) Haushalte der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D.

2) Vorläufige Ergebnisse.

3) Eigene Schätzung.

4) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basisjahr 1985, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.

5) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (96,5 vH) zuzurechnen ist. Dabei ist angenommen, daß die Elastizität des Steueraufkommens bezüglich des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen gleich eins ist; die jeweilige Steuerquote und die „konjunkturneutrale“ Vollbeschäftigungsquote sind dadurch identisch.

6) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale“ Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Ab 1985 wird die „konjunkturneutrale“ Steigerungsrate des Preisniveaus gleich der tatsächlichen gesetzt; inflationsbedingte Steuereinnahmen entfallen somit.

7) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

8) Einschließlich der Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

steuer-Abführung an die Europäischen Gemeinschaften überhaupt nur zu einem Teil die Wirtschaftsentwicklung im Inland unmittelbar beeinflusst haben. Außerdem zeigt die seit Jahren anhaltende Aufwärtsbewegung keine Verspannungen, so daß unsere Überlegungen zur Auslastung des Produktionspotentials auch für die Beurteilung des konjunkturellen Impulses beachtet werden müssen (Ziffern 86 ff.).

Schließlich können wir die Einschätzung, die wir für das Jahr 1986 abgegeben haben, weitgehend auf das Jahr 1988 übertragen:

Bei einer finanzpolitischen Strategie, die auf mittelfristige Rückführung der Steuerquote abzielt, ist es auch bei Zurückhaltung auf der Ausgabenseite kaum zu vermeiden, daß in manchen Jahren expansive Impulse ausgelöst werden, selbst wenn diese von der wirtschaftlichen Lage her eigentlich nicht angezeigt sind. Hier ist eine Abwägung erforderlich zwischen den wachstumspolitisch bedeutsamen Anreizwirkungen der Steuersenkungen einerseits und konjunkturellen Wirkungen andererseits. In konjunktureller Hinsicht hat die Finanzpolitik die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr nicht gestört. Mit Blick auf die mittelfristigen Pläne für Steuersenkungen wäre eine stärkere Ausgabenzurückhaltung angezeigt gewesen (JG 86 (Ziffer 145)).

Die Haushalte der Sozialversicherungen

143. Die Haushalte der Sozialversicherungen schlossen 1988 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit einem um etwa

2 Mrd DM niedrigerem Ergebnis ab als im Vorjahr, der Überschuß betrug 5 Mrd DM. Einem Defizit bei der Bundesanstalt für Arbeit stand ein insgesamt positiver Saldo bei den Gesetzlichen Rentenversicherungen, den Gesetzlichen Krankenversicherungen, den Gesetzlichen Unfallversicherungen, der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und den Landwirtschaftlichen Alterskassen gegenüber.

144. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung lagen 1988 um knapp 5 1/2 Mrd DM über den Einnahmen, das war das höchste Defizit seit 1982. Zu seiner Deckung war ein Bundeszuschuß in Höhe von annähernd 1 1/2 Mrd DM erforderlich; denn die Rücklagen, die zum Teil durch die Negativsalden der Vorjahre aufgezehrt worden waren, reichten nicht mehr aus, den Fehlbetrag zu finanzieren.

Während die Einnahmen bei unverändertem Beitragssatz von 4,3 vH im Gleichklang mit der Brutto-lohn- und -gehaltssumme um 1 1/2 Mrd DM anstiegen, war die Ausgabenseite durch Mehraufwendungen in Höhe von über 4 Mrd DM gekennzeichnet, die aus dem Gesetz zur Verlängerung des Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie aus der achten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes resultieren. Hinzu kamen höhere Ausgaben als Folge der ungünstigeren Situation am Arbeitsmarkt. Für 1989 rechnet die Bundesanstalt für Arbeit bei unverändertem Leistungsumfang mit einem um rund 1/2 Mrd DM höheren Defizit als in diesem Jahr. Da die

Rücklagen bis dahin vollständig aufgezehrt sein werden, soll die Deckungslücke durch Bundeszuschüsse (4 Mrd DM) und durch Einsparungen bei den Leistungen (knapp 2 Mrd DM) finanziert werden, der Beitragssatz soll unverändert bleiben.

145. Der Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherungen wurde 1988 weiter angehoben, im Durchschnitt lag er mit 13 vH um knapp einen halben Prozentpunkt höher als im Vorjahr, wodurch den Kassen rund 2 Mrd DM zusätzlich zuflossen. Erforderlich wurde dies, weil die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen schneller zunahmen als die Grundlohnsumme. In den Zuwachsraten für einzelne Leistungen spiegelt sich deutlich die für 1989 angekündigte Strukturreform im Gesundheitswesen wider. So lagen die Ausgaben im ersten Halbjahr 1988 für Zahnersatz um 18 vH, für Sehhilfen um 11 vH und für Hörhilfen um mehr als 20 vH über dem Niveau in den ersten sechs Monaten des Jahres 1987; zusammengekommen machen diese Ausgabenkategorien jedoch nur rund 7½ vH der gesamten Aufwendungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen aus. Überdurchschnittlich stark wurden auch die Ausgaben für Arzneimittel ausgeweitet, die allein einen Anteil von 15 vH an den gesamten Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen haben.

Die ins Jahr 1988 vorgezogenen Käufe dürften die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und damit den Ausgabenanstieg 1989 dämpfen. Hinzu kommt, daß mit der Strukturreform im Gesundheitswesen Lei-

stungskürzungen in Kraft treten, die gleichfalls ausgabenmindernd wirken. Demzufolge dürfte sich die finanzielle Lage der Gesetzlichen Krankenversicherungen im kommenden Jahr entspannen, so daß zunächst keine weiteren Beitragssatzerhöhungen zu erwarten sind.

146. In den Gesetzlichen Rentenversicherungen gab es 1988 keine Änderung des Beitragssatzes, er lag wie im Vorjahr bei 18,7 vH. Dadurch fand die Zunahme der Beitragseinnahmen (3½ vH) wieder Anschluß an die Entwicklung der Brutto Lohn- und -gehaltssumme. Für Rentenzahlungen gaben die Gesetzlichen Rentenversicherungen 4½ vH mehr aus als 1987, die Renten selbst wurden zum 1. Juli um 3,03 vH nach oben angepaßt. Die Gesamtausgaben nahmen schneller zu (5½ vH), auch als Folge der ausgeweiteten Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung. Außerdem wurden für Rentenempfänger die Eigenbeiträge zur Krankenversicherung 1988 nicht weiter heraufgesetzt. Gesetzliche Rentenversicherungen und Rentenempfänger zahlen seit dem 1. Juli 1987 jeweils 5,9 vH der Altersruhegeldbezüge an die Gesetzlichen Krankenkassen, um die medizinische Versorgung der Rentner mitzufinanzieren.

Im Zuge der Strukturreform im Gesundheitswesen ist es vorgesehen, den bislang günstigeren Beitragssatz der Rentner an den Normalsatz der Gesetzlichen Krankenversicherungen anzupassen. Dies bedeutet in Zukunft sowohl höhere Ausgaben für die Gesetzlichen Rentenversicherungen als auch ein niedrigeres Nettorentenniveau für die Leistungsempfänger.

Teil C

Die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Vergleich

147. Die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von Ländern mit hohem Offenheitsgrad macht eine Einschätzung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit erforderlich. Dies gilt für die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr auch deshalb, weil hierüber in der Öffentlichkeit streitig diskutiert worden ist.

Wettbewerbsfähigkeit ist ein Begriff, der zunächst nur auf Unternehmen zu beziehen ist. Die Fähigkeit heimischer Unternehmen, sich in der Konkurrenz mit ausländischen Anbietern zu behaupten, hängt jedoch immer auch von den allgemeinen Rahmenbedingungen ab, die der Staat und die Tarifparteien schaffen, so vom Ausbau der Infrastruktur, vom Ausbildungswesen, von den steuerlichen Vorschriften und administrativen Investitionsbedingungen, von den Arbeitsschutzgesetzen und von den Vereinbarungen über Löhne und Vergünstigungen, Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe. Deshalb ist internationale Wettbewerbsfähigkeit auch ein Merkmal von Ländern. Sie genau zu definieren und zu quantifizieren, fällt jedoch äußerst schwer; denn es liegt im Wesen des internationalen Güteraustausches, daß ein Land komparative Vorteile in der Herstellung dieser und komparative Nachteile in der Herstellung jener Güter hat. Eine einfache Aggregation oder die Ermittlung eines Saldo der Vorteile und der Nachteile ist nicht möglich. Erschwerend kommt hinzu, daß im internationalen Wettbewerb immer nur relative Veränderungen zählen. Selbst wenn die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln in der Bundesrepublik verbessert werden, kann sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hier produzierenden Unternehmen verschlechtern, dann nämlich, wenn im Ausland noch größere Verbesserungen vorgenommen werden. So muß man sich damit begnügen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes mit Hilfe von Indikatoren, die jeweils auf andere Aspekte verweisen, grob abzuschätzen.

148. Im folgenden soll mit Hilfe von vier unterschiedlichen Indikatoren untersucht werden, ob die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik in den achtziger Jahren nachgelassen oder zugenommen hat und ob sie in den kommenden Jahren erhalten bleiben wird. Bei der Auswahl der Indikatoren ist darauf geachtet worden, daß mit ihnen jeweils auf unterschiedliche Aspekte verwiesen wird. Diese Indikatoren sind

- die Entwicklung des realen Außenwertes der D-Mark,
- das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung im Vergleich mit anderen Industrienationen,

- die Repräsentanz deutscher Unternehmen auf wachstumskräftigen Weltmärkten und
- der Anteil ausländischer Direktinvestitionen in Europa, der auf die Bundesrepublik entfällt.

Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik

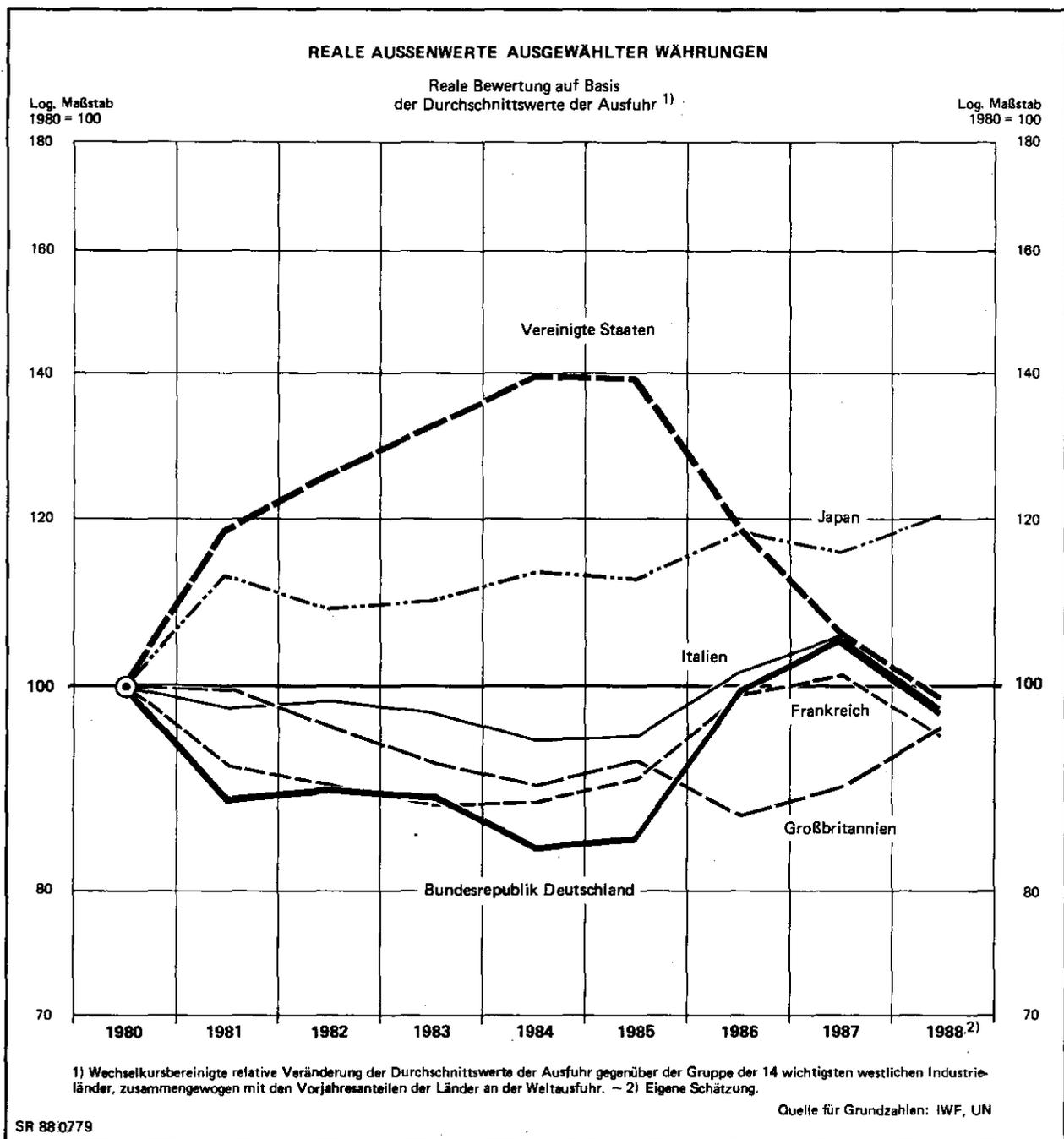
Realer Außenwert der D-Mark

149. Der am häufigsten verwendete Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist der reale Außenwert seiner Währung. Wegen seines ambivalenten Charakters ist er zugleich derjenige Indikator, der am schwierigsten zu interpretieren ist. Änderungen des realen Außenwertes der heimischen Währung können sowohl Reflex als auch Ursache einer besseren oder schlechteren internationalen Wettbewerbsfähigkeit sein.

Wenn sich heimische Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten aus anderen Ländern im Durchschnitt besser als bisher durchsetzen, Marktanteile im Inland und im Ausland hinzugewinnen und Exportpreiserhöhungen erreichen, die über diejenigen der ausländischen Exportfirmen hinausgehen, stellt sich in der Regel — nimmt man allein den Einfluß dieser Entwicklungen — bei fixiertem Wechselkurs eine Verbesserung der Leistungsbilanz ein. Dies erzeugt einen Druck, die heimische Währung aufzuwerten. Bei flexiblem Wechselkurs ergibt sich eine höhere Bewertung der nationalen Währung bereits unmittelbar. Dabei steigt nicht nur ihr nominaler, sondern auch ihr realer, auf Exportpreisbasis berechneter Außenwert. Das Ausmaß dieses Anstiegs kann dann eine Vorstellung davon vermitteln, wie stark sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes erhöht hat.

Aus diesen Überlegungen darf nicht geschlossen werden, daß ein unveränderter oder gar niedrigerer realer Außenwert als Beleg für das Unvermögen heimischer Unternehmen angesehen werden kann, ihre Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten zu verbessern. Führen beispielsweise Prozeßinnovationen inländischer Firmen zu einem Rückgang der Stückkosten und werden daraufhin die Exportpreise (in ausländischer Währung) gesenkt, sind die Unternehmen wettbewerbsfähiger als zuvor. Ihr Exportabsatz wird größer. Wie sich der Exportwert und mit ihm das Devisenangebot und der nominale Wechselkurs ändern, hängt von der Preiselastizität der Auslandsnachfrage ab und kann deshalb nicht ohne weiteres vorausgesagt werden. Sicher ist jedoch, daß die niedrigeren Exportpreise — für sich genommen — auf einen geringeren realen Außenwert hinwirken. Deshalb würde es keine Überraschung bedeuten, wenn in die-

Schaubild 27



sem Fall der reale Außenwert zurückgeht, obwohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärker geworden ist.

Es ist deshalb festzustellen, daß aus den Veränderungen des realen Außenwertes nur dann auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft geschlossen werden kann, wenn die Ursachen dieser Veränderungen bekannt sind und mitberücksichtigt werden. Das mindert die Verwendbarkeit des realen Außenwertes der Währung eines Landes als Indikator seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit erheblich.

Noch stärker wird diese Verwendbarkeit dadurch eingeschränkt, daß sich der nominale Wechselkurs, der in die Berechnung des realen Außenwertes der heimischen Währung eingeht, auch unter dem Einfluß von solchen internationalen Kapitalbewegungen bildet, die auf spekulativen Motiven beruhen oder politische Ursachen haben. Steigt dabei der reale Außenwert, ist das nicht Reflex und Ergebnis einer im Durchschnitt besseren Wettbewerbsfähigkeit der im Inland ansässigen Firmen; vielmehr hat sich die Fähigkeit der Unternehmen, den Preiswettbewerb mit Anbietern aus dem Ausland zu bestehen, wechselkursbedingt verschlechtert.

150. Schaubild 27 zeigt für die achtziger Jahre, daß der reale Außenwert der D-Mark (auf Exportpreisbasis) zunächst gesunken und dann wieder auf das Ausgangsniveau angestiegen ist. Bei der Frage, ob diese Bewegungen ein Reflex der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gewesen sind oder umgekehrt diese Fähigkeit maßgeblich bestimmt haben, sind die Geschehnisse im internationalen Währungssystem während dieses Zeitraums und die Ursachen für die starken Schwankungen des Dollarkurses mitzuberücksichtigen. Der Dollar hatte sich im Frühjahr 1985 weit von der Kaufkraftparität entfernt, sein Anstieg geht wesentlich auf Divergenzen der Geld- und Finanzpolitik in den einzelnen Ländern und auf damit verbundene spekulative Motive der internationalen Kapitalanleger zurück (JG 86 Ziffern 247 bis 249). In Kenntnis dieses Sachverhalts muß man das Schaubild so interpretieren, daß die von Jahr zu Jahr eingetretenen Wechselkursänderungen die Unternehmen in ihrem Bemühen, im Preiswettbewerb auf den Weltmärkten zu bestehen, zunächst gestützt, danach behindert haben. Nicht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat die jährlichen Änderungen des realen Außenwertes geprägt, diese haben vielmehr umgekehrt die Wettbewerbsfähigkeit in den einzelnen Jahren maßgeblich bestimmt.

Was für den Vergleich zweier jeweils aufeinanderfolgender Jahre gilt, muß wegen der heftigen Wechselkursschwankungen nicht für den Vergleich weit auseinanderliegender Jahre zutreffen. Die dabei ermittelten Differenzen des realen Außenwertes könnten durchaus eine veränderte Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft widerspiegeln. Mittelfristig wirken sich die fundamentalen wettbewerbsrelevanten Änderungen in der Volkswirtschaft stärker auf den realen Außenwert der Währung aus als kurzfristig.

Gleichwohl ist der Vergleich der realen Außenwerte der D-Mark am Ende und am Anfang der Untersuchungsperiode problematisch. Nur mit großen Vorbehalten läßt sich auf der Grundlage von Schaubild 27 sagen, daß in den vergangenen zwei Jahren die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht wesentlich besser, aber auch nicht wesentlich schlechter war als zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung im internationalen Vergleich

151. Zu den herausragenden Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung in aller Welt während der vergangenen anderthalb Jahrzehnte gehören die Globalisierung der Gütermärkte und der Finanzmärkte sowie die Internationalisierung der Produktion. Die Verflechtungen der nationalen Volkswirtschaften sind sehr stark geworden und haben es mit sich gebracht, daß die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nicht mehr losgelöst von der anderer Staaten betrachtet werden kann. Trotz des engen internationalen wirtschaftlichen Verbundes ist es jedoch jedem Land möglich, eine günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung einzuschlagen als andere Länder. Ob dies gelingt, hängt wesentlich von der Wettbewerbskraft seiner Unternehmen ab. Das gilt auch für ein

fortgeschrittenes Industrieland wie die Bundesrepublik, die mit ihren Hauptkonkurrenten (Vereinigte Staaten, Japan, Großbritannien, Frankreich und Italien) an der Spitze des technischen Fortschritts steht. Ein schnelleres Wachstum, als es im Durchschnitt dieser Länder erzielt wird, und eine günstigere Beschäftigungsentwicklung lassen sich verwirklichen, wenn die heimischen Unternehmen in der Innovationskonkurrenz auf den Weltmärkten gut abschneiden, in der Qualitätskonkurrenz mit Anbietern aus anderen Staaten Vorteile erringen und sich rascher als ihre ausländischen Konkurrenten an weltwirtschaftliche und technologische Strukturwandlungen anzupassen vermögen. Umgekehrt darf ein Zurückbleiben hinter dem Wachstum und der Beschäftigungsentwicklung der wichtigsten Konkurrenzländer als ein Hinweis – nicht als sicherer Beleg – auf eine nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit gedeutet werden.

Diesen Überlegungen entspricht die Konzeption, die neueren wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen über die internationale Wettbewerbsfähigkeit zugrunde gelegt worden ist. Man versteht darunter die Fähigkeit eines Landes, entscheidende wirtschaftspolitische Ziele, insbesondere Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, zu erreichen, ohne dabei auf außenwirtschaftliche Schwierigkeiten zu stoßen.

152. Abgesehen von Frankreich hat die Bundesrepublik mit keinem ihrer Hauptkonkurrenzländer in den achtziger Jahren Schritt halten können, weder beim Wirtschaftswachstum noch bei der Beschäftigungsentwicklung (Tabelle 25). Zwar sind die Rechenergebnisse zurückhaltend zu interpretieren, zum Beispiel weil der konjunkturelle Aufschwung nicht in allen Ländern gleichzeitig einsetzte und weil die Beschäftigungszunahme in der Bundesrepublik seit 1983 um 655 000 Personen (bis 1987) verdeckt bleibt, aber dennoch sind die internationalen Differenzen der Zuwachsraten von Sozialprodukt und Beschäftigung ein Hinweis darauf, daß die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren eine vergleichsweise geringe Wettbewerbsfähigkeit besessen haben dürfte.

153. Dieser Hinweis verliert seine Bedeutung nicht dadurch, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik anders als die in den übrigen Ländern rückläufig war. Bei globalisierten Märkten spielen Nachfragegesichtspunkte nur noch in wenigen Bereichen eine Rolle, beispielsweise im Wohnungsbau; die für das Wirtschaftswachstum in einer offenen Volkswirtschaft wichtige Determinante ist vielmehr die Anzahl der Erwerbspersonen. Nur daraus könnte für das Produktionswachstum eine Schranke entstehen. Die im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerung ist jedoch in der Bundesrepublik gestiegen; mit einem generellen Mangel an Arbeitskräften läßt sich das vergleichsweise langsame Wirtschaftswachstum nicht erklären. Selbst wenn man die Untersuchung über die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf den Vergleich der Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen ausrichten dürfte, erhielte man für die Bundesrepublik einen unter dem Durchschnitt der Konkurrenzländer liegenden Wert.

154. Der internationale Vergleich von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung schließt den des Produktivitätsanstiegs ein. Eine genauere Analyse der Produktivitätssteigerungen in den einzel-

Tabelle 25

Wichtige volkswirtschaftliche Größen im internationalen Vergleich
Durchschnittlich jährliche Veränderung 1987 gegenüber 1981 in vH

Land	Bruttoinlands- produkt ¹⁾ (real)	Beschäftigung ²⁾	Bevölkerung	Bruttoinlands- produkt ¹⁾ (real) je Einwohner
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,7	- 0,1	- 0,1	+ 1,8
Frankreich	+ 1,8	- 0,2	+ 0,4	+ 1,3
Großbritannien	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,7
Italien	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,0
Japan	+ 3,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 3,2
Vereinigte Staaten	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,9

1) Bruttosozialprodukt für Japan und die Vereinigten Staaten.

2) Erwerbstätige („civilian employment“); Japan einschließlich Streitkräfte.

Quellen: OECD, UN

nen Ländern zeigt, daß die häufig geäußerte Befürchtung, ein starker Produktivitätsfortschritt gehe zu Lasten der Beschäftigung, für das Verarbeitende Gewerbe nicht zutreffen muß (Tabelle 26).

So hat Japan hier nach Großbritannien das zweit-schnellste Produktivitätswachstum erzielt, konnte aber als einziges Land während des Berichtszeitraums seine Beschäftigung in diesem Sektor erhöhen. In den Vereinigten Staaten stieg die Produktivität mit einer Rate, die mehr als doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik war, die Beschäftigung in diesem Bereich ging jedoch in beiden Ländern gleich schnell zurück.

Im Dienstleistungsbereich dagegen ist der negative Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritt und Beschäftigungsentwicklung evident. So hatten Italien und die Vereinigten Staaten den niedrigsten Produktivitätsanstieg und zugleich die größte Beschäftigungszunahme zu verzeichnen. In der Bundesrepublik dagegen wuchs die Produktivität vergleichs-

weise schnell, die Beschäftigung dagegen langsamer als in jedem anderen Vergleichsland. Ein Teil der Beschäftigungsprobleme in der Bundesrepublik findet hier eine – wenngleich vordergründige – Erklärung.

*Repräsentanz deutscher Unternehmen
auf wachstumskräftigen Weltmärkten*

155. Wirtschaftliches Wachstum erfordert und verursacht zugleich sektorale Strukturwandlungen. Wo diese nicht vollzogen werden können, stockt der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß. Diese Erkenntnis gewinnt für hochentwickelte Industrieländer, deren Volkswirtschaften eng miteinander verflochten sind, eine besondere Bedeutung. Ihr Wachstumstempo hängt wesentlich davon ab, ob sie traditionelle komparative Vorteile in der internationalen Arbeitsteilung, die sie an nachstoßende Länder, insbesondere an sogenannte Schwellenländer, verlieren, durch Ge-

Tabelle 26

Bruttowertschöpfung, Beschäftigung und Produktivität in ausgewählten Ländern
Durchschnittlich jährliche Veränderung 1986 gegenüber 1981 in vH

Land	Verarbeitendes Gewerbe			Dienstleistungssektor ¹⁾		
	Bruttowert- schöpfung real	Beschäfti- gung ²⁾	Arbeits- produktivi- tät ³⁾	Bruttowert- schöpfung real	Beschäfti- gung ²⁾	Arbeits- produktivi- tät ³⁾
Bundesrepublik Deutschland	+1,1	-1,3	+2,4	+2,5	+0,7	+1,8
Frankreich	-0,5	-2,5	+2,0	+2,6	+1,5	+1,1
Großbritannien	+2,2	-3,3	+5,7	+3,6	+1,4	+2,2
Italien	+1,1	-3,0	+4,2	+2,9	+2,9	+0,1
Japan	+6,5	+1,2	+5,2	+3,8	+2,1	+1,7
Vereinigte Staaten	+3,7	-1,3	+5,0	+3,2	+2,6	+0,6

1) „Services“ in der Abgrenzung der OECD: Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat und private Haushalte.

2) Erwerbstätige („civilian employment“); Japan einschließlich Streitkräfte.

3) Reale Bruttowertschöpfung in Relation zur Anzahl der Erwerbstätigen („civilian employment“); Japan einschließlich Streitkräfte.

Quelle: OECD

winnung neuer komparativer Vorteile ausgleichen und den entsprechenden Strukturwandel zügig vollziehen können. Neue komparative Vorteile sind vor allem im Bereich technologie- und wissensintensiver Produkte zu suchen. Deren Märkte gelten als zukunftsreich. Auf ihnen herrscht jedoch eine heftige Innovationskonkurrenz. Ob die Bundesrepublik sich mit ihren Unternehmen auf diesen Märkten als konkurrenzfähig erwiesen hat und sich deshalb auch künftig Wachstumsmöglichkeiten ausrechnen darf, läßt sich durch die Berechnung der relativen Ausfuhr-Einfuhr-Positionen (RCA-Werte) der fraglichen Wirtschaftszweige zeigen. Wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Strukturberichten ausgewiesen haben, sind in den achtziger Jahren die komparativen Vorteile für die Investitionsgüterindustrien und die Chemie zurückgegangen, während Verbrauchsgüterindustrien und verschiedene Grundstoffindustrien ihre Position verbessert haben. Die Wettbewerbsstellung deutscher Unternehmen hat sich insbesondere bei technologisch hochwertigen Gütern (Ausnahme: feinmechanische und optische Erzeugnisse) verschlechtert. Bei den Gütern der Spitzentechnologie ist die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik schwach; hier übersteigt der Import den Export.

Diese Entwicklungen deuten darauf hin, daß die Strukturprobleme, die in der Bundesrepublik bestehen, zu einem Teil durch die unzureichende Wahrnehmung von Expansionschancen entstanden sind. Die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft zur Gewinnung neuer komparativer Vorteile im Innovationswettbewerb ist hinter der anderer Industrienationen zurückgeblieben, zwar nicht in ausgeprägter Weise, aber unübersehbar.

156. Richtet man den Blick nicht so sehr auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik gegenüber anderen fortgeschrittenen Ländern, sondern darauf, wie weit sich die deutsche Wirtschaft dem Konkurrenzdruck aus Niedriglohnländern entziehen konnte und weiterhin kann, ergibt sich ein anderes Bild. Im Wettbewerb mit Entwicklungsländern muß sich die Bundesrepublik bewähren, indem sie auf den umstrittenen Märkten ihre komparativen Vorteile ausspielt, insbesondere Humankapital und technisches Können. Um diese Märkte zu erfassen, ist die Gruppe der technologie- und wissensintensiven Produkte sehr weit zu definieren. Man erhält dann Ausfuhr-Einfuhr-Positionen, die eine starke internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft anzeigen. Nur Japan steht in dieser Beziehung besser da. Allerdings ist die Spezialisierung auf technologie-intensive Güter bei der deutschen Ausfuhr in den achtziger Jahren auch bei der gewählten umfassenden Abgrenzung zurückgegangen. Das bedeutet, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik im Vergleich mit Ländern, die im Entwicklungsprozeß aufholen, zwar nach wie vor stark ist, aber nachzulassen scheint.

157. Das Ergebnis der Wirtschaftsforschungsinstitute, daß die Bundesrepublik ihre relativen Ausfuhr-Einfuhr-Positionen bei Gütern mit rasch wachsenden Weltmärkten nicht ganz halten können, wird durch folgende Untersuchung erhärtet.

Es wird überprüft, ob die Bundesrepublik ihre Weltmarktstellung bei den Gütern mit überdurchschnittli-

chem Wachstum des Welthandels in den vergangenen Jahren verteidigen oder sogar ausbauen konnte. Deshalb werden die 35 zweistelligen Gruppen des internationalen standardisierten Klassifikationsschemas (SITC) für Industrieerzeugnisse nach dem Rang geordnet, den sie hinsichtlich der Höhe der jeweiligen Zuwachsrates der Weltexporte zwischen 1978 und 1986 einnehmen (Tabelle 27).

Die Rangzahl 1 in der Spalte „Welt“ besagt, daß die Weltausfuhren in der SITC-Klasse 75 (Büromaschinen, automatische Datenverarbeitungsmaschinen) zwischen 1978 und 1986 schneller angestiegen sind als in jeder anderen Gütergruppe. Die Steigerungsrate war mit 280,5 vH mehr als doppelt so hoch wie diejenige in der Gütergruppe 87 (Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente und -geräte), die den Rang 2 einnimmt.

In gleicher Weise wird für jedes der sechs Industrieländer, auf die sich die Untersuchung erstreckt, ermittelt, wie stark jeweils die nationalen Exporte in jeder Gütergruppe zwischen 1978 und 1986 angewachsen sind. Gemäß diesen nationalen Steigerungsrates werden wiederum den einzelnen SITC-Gruppen für jedes Land Rangzahlen zugeordnet.

Beispielsweise besagt die Rangzahl 2 für die Bundesrepublik Deutschland, daß die deutschen Exporte von „Papier und Pappe und von Waren daraus und aus Papierhalbstoff“ (SITC 64) mit der zweithöchsten Rate von allen 35 Gütergruppen gesteigert werden konnten. In Frankreich erreichten diesen zweiten Rangplatz die Exporte in der SITC-Gruppe 57 (Pulver und Sprengstoffe, pyrotechnische Artikel).

Vergleicht man die Rangzahlen der sechs Industrieländer jeweils mit denen der Welt, ergibt sich in allen Fällen eine positive (Rang-)Korrelation.

In den Gütergruppen, in denen die Weltausfuhren überdurchschnittlich stark zugenommen haben, konnte im großen und ganzen auch jedes einzelne Land seinen eigenen Export überdurchschnittlich steigern. Das wird beispielhaft daran deutlich, daß die SITC-Gruppe 75 nicht nur für die Welt die Rangzahl 1 erhält, sondern auch für jedes der sechs Länder. Insofern gilt, daß auch die Bundesrepublik sich mit ihren Ausfuhren in etwa auf die großen Unterschiede hat einstellen können, mit denen die einzelnen Weltmärkte gewachsen sind.

Damit läßt sich noch nicht die Frage nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik auf den besonders wachstumskräftigen Weltmärkten beantworten. Das ist erst möglich, wenn ermittelt worden ist, ob die Bundesrepublik hier Marktanteilsgewinne erzielen können oder aber Anteilsverluste hinnehmen mußte. Marktanteilsgewinne in einer bestimmten Gütergruppe sind dann errungen worden, wenn die Steigerungsrate des deutschen Exports diejenige der Weltausfuhren in dieser Gruppe übersteigt. Demgegenüber hat sich die Bundesrepublik auf dem Weltmarkt einer Produktgruppe dann als vergleichsweise wenig wettbewerbsfähig erwiesen, wenn ihre Zuwachsrates hinter derjenigen der Welt zurückgeblieben ist.

In der Tabelle ist für jedes Land und für jede Gütergruppe die Relation zwischen der nationalen Steigerungsrate und derjenigen der Weltausfuhren angegeben. Wenn die Relation kleiner als 1 ist, hat das betreffende Land in dieser Gütergruppe Weltmarktanteilsverluste erlitten. Ist die Relation größer als 1, hat das Land seine Marktposition verbessern können.

Tabelle 27

**Zum Exportwachstum in
1986 gegen**

Gütergruppen ¹⁾	Welt ²⁾		Bundesrepublik Deutschland ²⁾		
	Rang- Zahl	vH	vH	Rang- zahl	Relation (3):(2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
75 Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungs- maschinen	1	280,5	187,3	1	0,67
87 Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente und -gerä- te	2	135,4	133,4	3	0,99
76 Geräte für Nachrichtentech.; Bild- und Tonaufnahme- und -wiedergabegeräte	3	128,1	58,6	23	0,46
84 Bekleidung und Bekleidungszubehör	4	126,1	98,5	8	0,78
77 Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte	5	124,2	62,0	20	0,50
89 Sonstige bearbeitete Waren	6	115,5	104,1	6	0,90
58 Kunststoffe, Zelluloseäther und Zelluloseester	7	108,7	93,6	10	0,86
85 Schuhe	8	103,8	119,1	4	1,15
51 Organische Chemikalien	9	102,3	82,3	12	0,80
64 Papier und Pappe sowie Waren daraus	10	99,8	151,6	2	1,52
83 Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse	11	97,9	65,0	16	0,66
78 Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeuge)	12	96,6	98,3	9	1,02
54 Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	13	96,5	100,2	7	1,04
82 Möbel und Teile davon	14	94,9	63,6	18	0,67
55 Ätherische Öle und Riechstoffe; Pflegemittel	15	89,6	105,5	5	1,18
61 Leder, Lederwaren und zugerichtete Pelzfelle	16	83,4	63,5	19	0,76
53 Farbstoffe, Gerbstoffe und Farben	17	76,4	72,5	13	0,95
62 Kautschukwaren	18	76,0	66,5	14	0,88
59 Chemische Erzeugnisse	19	73,6	92,8	11	1,26
52 Anorganische Chemikalien	20	69,1	66,1	15	0,96
88 Fotografische Apparate und Zubehör; optische Waren; Uhrmacherwaren	21	68,9	46,8	30	0,68
71 Kraftmaschinen und Kraftmaschinenausrüstungen	22	68,9	40,3	32	0,59
73 Metallbearbeitungsmaschinen	23	65,9	32,9	34	0,50
65 Garne, Gewebe, fertiggestellte Spinnstoff- erzeugnisse	24	59,5	63,7	17	1,07
81 Sanitäre Anlagen, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen und Zubehör	25	58,9	43,0	31	0,73
57 Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel	26	54,5	49,8	29	0,91
72 Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke	27	52,5	52,2	26	0,99
74 Maschinen, Apparate, Geräte für verschiedene Zwecke und Teile davon	28	50,1	59,0	22	1,18
68 NE-Metalle	29	44,8	59,7	21	1,33
79 Andere Beförderungsmittel	30	43,0	50,2	28	1,17
63 Kork- und Holzwaren (ausgenommen Möbel)	31	41,6	50,3	27	1,21
69 Metallwaren	32	40,8	56,6	25	1,39
56 Chemische Düngemittel	33	39,0	33,1	33	0,85
66 Waren aus mineralischen Stoffen	34	31,0	58,2	24	1,88
67 Eisen und Stahl	35	25,5	17,9	35	0,70
Nachrichtlich: Anteil an der Weltausfuhr 1978/1986 (in vH)		100		17,3/16,4	

¹⁾ Nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. II von 1978).

Es zeigt sich, daß die Bundesrepublik auf den meisten der überdurchschnittlich rasch wachsenden Weltmärkte zurückgefallen ist, während sie auf einigen der nur langsam expandierenden Märkte stark war und Anteilsgewinne erzielte. Die Bundesrepublik kann somit mit dem Welthandelswachstum dort nicht ganz Schritt halten, wo es besonders schnell ist. Im Hinblick auf das weitere Wirtschaftswachstum ist darin ein Warnzeichen zu erblicken.

Anteil an ausländischen Direktinvestitionen

158. In den Wettbewerb auf globalisierten Weltmärkten greifen Anbieter aus aller Welt ein. Dieser weltweite Wettbewerb ist bei vielen Gütern sehr intensiv geworden und veranlaßt die Unternehmen, standortgebundene nationale Produktions- oder Absatzvorteile, die ihre ausländischen Konkurrenten aufweisen, durch Verlagerung der Betriebsstätten für

35 Industriegütergruppen

über 1978

Frankreich ²⁾			Großbritannien ²⁾			Italien ²⁾			Japan ²⁾			Vereinigte Staaten ²⁾			Lfd. Nr.
vH	Rangzahl	Relation (6):(2)	vH	Rangzahl	Relation (9):(2)	vH	Rangzahl	Relation (12):(2)	vH	Rangzahl	Relation (15):(2)	vH	Rangzahl	Relation (18):(2)	
(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)	(17)	(18)	(19)	(20)	
183,6	1	0,65	196,0	1	0,70	222,1	1	0,79	503,0	1	1,79	221,2	1	0,79	1
90,4	11	0,67	152,4	2	1,13	176,3	2	1,30	199,3	3	1,47	104,6	5	0,77	2
98,5	9	0,77	44,3	16	0,35	82,6	17	0,64	180,6	5	1,41	76,0	12	0,59	3
46,2	25	0,37	40,1	19	0,32	127,1	7	1,01	49,0	26	0,39	25,3	25	0,20	4
69,9	17	0,56	84,7	5	0,68	76,8	21	0,62	211,7	2	1,71	139,7	3	1,13	5
76,4	15	0,66	97,1	4	0,84	83,8	15	0,73	178,7	6	1,55	81,9	9	0,71	6
101,2	8	0,93	65,1	9	0,60	65,3	27	0,60	100,9	16	0,93	77,3	11	0,71	7
67,1	18	0,65	30,1	22	0,29	83,7	16	0,81	-31,1	33	-0,30	218,9	2	2,11	8
87,6	14	0,86	116,1	3	1,14	134,1	5	1,31	73,3	21	0,72	95,8	7	0,94	9
109,5	6	1,10	61,1	12	0,61	117,8	9	1,18	110,2	14	1,10	64,5	13	0,65	10
139,3	3	1,42	61,9	10	0,63	69,1	25	0,71	33,3	29	0,34	-35,7	34	-0,36	11
36,5	28	0,38	-1,7	31	-0,02	33,6	32	0,35	170,8	7	1,77	40,8	19	0,42	12
116,1	4	1,20	78,9	6	0,82	96,3	14	1,00	129,8	11	1,34	112,6	4	1,17	13
90,0	12	0,95	16,0	25	0,17	110,2	10	1,16	107,4	15	1,13	98,8	6	1,04	14
113,2	5	1,26	61,4	11	0,68	175,8	3	1,96	133,0	10	1,48	37,1	20	0,41	15
44,2	26	0,53	30,7	21	0,37	156,1	4	1,87	33,8	28	0,41	63,4	14	0,76	16
101,4	7	1,33	67,6	8	0,88	132,9	6	1,74	116,5	12	1,52	33,2	21	0,43	17
59,2	20	0,78	37,3	20	0,49	64,0	29	0,84	110,4	13	1,45	47,6	18	0,63	18
88,6	13	1,20	73,0	7	0,99	96,7	13	1,31	139,5	9	1,89	14,5	30	0,20	19
62,0	19	0,90	52,9	15	0,77	118,6	8	1,72	57,2	24	0,83	60,0	16	0,87	20
47,3	24	0,69	57,2	13	0,83	81,5	19	1,18	96,6	18	1,40	28,1	22	0,41	21
58,0	21	0,84	40,2	18	0,58	74,3	24	1,08	97,7	17	1,42	63,1	15	0,92	22
-0,3	34	-0,00	15,1	26	0,23	81,7	18	1,24	198,1	4	3,01	27,5	23	0,42	23
38,2	27	0,64	5,6	28	0,09	76,6	22	1,29	42,8	27	0,72	17,3	28	0,29	24
71,5	16	1,21	2,9	30	0,05	79,6	20	1,35	76,4	20	1,30	5,9	31	0,10	25
168,1	2	3,08	5,2	29	0,10	52,8	31	0,97	62,0	23	1,14	25,7	24	0,47	26
17,0	32	0,32	9,2	27	0,17	101,4	11	1,93	143,7	8	2,74	14,9	29	0,28	27
24,3	30	0,49	26,1	24	0,52	98,2	12	1,96	80,9	19	1,62	-2,7	32	-0,05	28
54,9	23	1,23	41,9	17	0,94	64,1	28	1,43	49,7	25	1,11	17,6	27	0,39	29
95,7	10	2,23	54,8	14	1,27	76,3	23	1,77	-29,5	32	-0,69	85,0	8	1,98	30
2,5	33	0,06	-23,0	34	-0,55	28,4	33	0,68	-36,5	34	-0,88	53,0	17	1,27	31
25,9	29	0,64	-4,6	32	-0,11	53,3	30	1,31	25,2	30	0,62	-5,8	33	-0,14	32
-4,8	35	-0,12	-11,1	33	-0,28	-12,1	35	-0,31	-55,9	35	-1,43	78,0	10	2,00	33
56,3	22	1,82	-37,7	35	-1,22	68,7	26	2,22	70,5	22	2,27	18,0	26	0,58	34
19,0	31	0,74	28,9	23	1,13	19,3	34	0,76	7,2	31	0,28	-36,2	35	-1,42	35
8,2/7,0			7,9/6,1			6,6/6,5			13,0/15,5			13,3/11,8			

²⁾ Die Rangzahlen für die Welt und für die einzelnen Länder ergeben sich aus der Höhe der Veränderungsrate (in vH) der einzelnen Gütergruppen zwischen 1978 und 1986 (höchste positive Veränderungsrate – Rangzahl 1).

Quelle für Grundzahlen: UN

Komponenten ihrer Endprodukte in diese Länder oder durch entsprechende Kooperationsabkommen mit Auslandsfirmen auch für sich zu gewinnen. Dabei kommt ihnen entgegen, daß der technische Fortschritt eine zunehmende Zerlegbarkeit des Produktionsprozesses mit sich gebracht hat und daß die relative Bedeutung der unternehmensspezifischen Wettbewerbsvorteile, die auf international verlagerbarem Know-how beruhen, zugenommen hat. Eine Interna-

tionalisierung der Produktion ist das Ergebnis. Ihre Ausgestaltung ist von den nationalen Standortbedingungen abhängig; diese entscheiden vielfach darüber, wo Investitionen vorgenommen und Betriebsstätten errichtet werden.

159. Würde die Standortqualität der einzelnen Länder im großen und ganzen gleich eingeschätzt werden, dürfte man erwarten, daß die mit der Internatio-

Tabelle 28

Zur Entwicklung der Direktinvestitionen¹⁾
Mio DM

Jahr	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland			Ausländische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland			Saldo (3)–(6)	Nachrichtlich
	brutto	Rückflüsse	netto	brutto	Rückflüsse	netto		Deutsche Direktinvestitionen (netto) im Ausland in vH der Ausrüstungsinvestitionen in der Bundesrepublik
								(8)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1977			5 093,8			3 734,9	1 358,9	5,3
1978	7 693,2	1 642,7	6 050,5	5 775,0	1 701,8	4 073,2	1 977,3	5,7
1979	9 221,4	1 412,2	7 809,2	4 178,7	2 262,3	1 916,4	5 892,8	6,6
1980	10 823,4	2 663,6	8 159,8	4 481,4	2 107,5	2 373,9	5 785,9	6,4
1981	12 627,2	2 803,1	9 824,1	6 283,4	2 239,3	4 044,1	5 780,0	7,7
1982	13 158,2	3 396,5	9 761,7	6 428,7	2 310,6	4 118,1	5 643,6	7,8
1983	13 697,4	5 859,8	7 837,6	7 333,0	4 263,6	3 069,4	4 768,2	5,8
1984	14 970,1	5 704,3	9 265,8	7 930,7	4 867,3	3 063,4	6 202,4	6,7
1985	21 165,5	7 522,9	13 642,6	7 831,8	4 271,0	3 560,8	10 081,8	8,9
1986 } ²⁾	23 754,0	7 325,0	16 429,0	10 707,0	8 375,0	2 332,0	14 097,0	10,2
1987 }	18 637,0	5 868,0	12 769,0	7 679,0	7 677,0	2,0	12 767,0	7,6

¹⁾ Kapitalströme (jährlich transferierte Investitionsmittel) nach der Transferstatistik des Bundeswirtschaftsministeriums.

²⁾ Durch die Umstellung der Transferstatistik ab 1986 sind die Ergebnisse mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.

Quelle: BMWi

nalisation der Produktion verbundenen Direktinvestitionen zu Kapitalzuflüssen und zu Kapitalabflüssen führen, die sich mittelfristig jeweils annähernd ausgleichen. Aus dieser Hypothese folgt, daß ein hoher positiver oder negativer Saldo während eines längeren Zeitraums Hinweise auf die Attraktivität des jeweiligen Landes als Unternehmensstandort liefert. Aus der Differenz zwischen inländischen Direktinvestitionen im Ausland und ausländischen Investitionen im Inland werden somit Rückschlüsse auf die Position

eines Landes im internationalen Wettbewerb mit Standortbedingungen gezogen.

Für die Bundesrepublik lassen sich solche Differenzen mit Hilfe der Transferstatistik des Bundesministeriums für Wirtschaft (Tabelle 28) und der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank (Tabelle 29) ermitteln. Die Auswertung der beiden Tabellen zeigt zunächst, daß deutsche Unternehmen ihre Direktinvestitionen im Ausland absolut und auch im Vergleich

Tabelle 29

Direktinvestitionen¹⁾ im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Deutsche Direktinvestitionen ²⁾ im Ausland (Kapitalexport: –)	Darunter: in Kapitalanteilen ³⁾	Nachrichtlich: Direktinvestitionen in vH der Ausrüstungsinvestitionen	Ausländische Direktinvestitionen ²⁾ im Inland (Kapitaleinfuhr: +)	Darunter: in Kapitalanteilen ³⁾	Direktinvestitionen Saldo (1)–(4)
	Mio DM		vH	Mio DM		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1977	– 5 122	– 4 241	5,4	+2 249	+1 151	– 2 873
1978	– 7 242	– 5 693	6,8	+3 270	+2 108	– 3 972
1979	– 8 235	– 6 803	6,9	+3 194	+ 906	– 5 041
1980	– 7 281	– 6 556	5,7	+ 771	+ 662	– 6 510
1981	– 8 727	– 9 133	6,8	+ 770	+2 086	– 7 957
1982	– 6 020	– 6 104	4,8	+1 988	+2 396	– 4 032
1983	– 8 095	– 7 268	6,0	+4 533	+2 648	– 3 562
1984	–12 492	– 8 683	9,1	+1 573	+2 064	–10 919
1985	–14 142	– 7 934	9,2	+1 759	+1 201	–12 383
1986	–20 299	–14 683	12,6	+2 221	+ 907	–18 078
1987	–16 480	–10 708	9,8	+3 456	– 680	–13 024

¹⁾ Nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank. Als Direktinvestitionen gelten alle Beteiligungen inländischer Unternehmen oder Investoren an ausländischen Aktiengesellschaften, die 25 vH oder mehr des Nominalkapitals erreichen; Entsprechendes gilt für Beteiligungen des Auslands an inländischen Aktiengesellschaften. Ausgewiesen werden die Differenzen von Neuanlagen und Liquidationen.

²⁾ Soweit erkennbar, einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.

³⁾ Aktien und sonstige Kapitalanteile.

Quelle: Deutsche Bundesbank

mit den gesamten Ausrüstungsinvestitionen gesteigert haben. Dies ist ein sicherer Hinweis darauf, daß sie aktiv an dem weltweiten Prozeß der Internationalisierung der Produktion beteiligt waren, Kostenvorteile der Auslandsproduktion genutzt und die Abwicklung des Exportgeschäfts abgesichert haben. Dabei hat sich die Struktur der Bestimmungsländer deutlich zu Lasten der Entwicklungsländer verschoben; auf diese entfiel in den letzten drei Jahren der Untersuchungsperiode nur noch ein geringer Teil der deutschen Auslandsinvestitionen.

Auffällig ist es, daß die deutschen Direktinvestitionen in den Jahren mit hohem Dollarkurs – in den Jahren 1983 bis 1985 lag der mittlere Kassakurs jeweils über 2,50 DM – ihre Aufwärtsentwicklung nicht unterbrochen und im Jahre 1987, als der mittlere Dollarkurs nur noch 1,79 DM betrug, nicht beschleunigt haben.

Die ausländischen Direktinvestitionen im Inland waren während der gesamten Untersuchungsperiode geringer als die deutschen Auslandsinvestitionen, auch zeigt sich bei ihnen im Trend kein Anstieg. Der Saldo von Kapitalabflüssen und Kapitalzuflüssen infolge von Direktinvestitionen ist somit ständig größer geworden. Hierin könnte ein Hinweis darauf gesehen werden, daß die Standortqualität der Bundesrepublik international nicht als sehr hoch eingeschätzt wird. Doch ist Zurückhaltung geboten. Die vorliegenden Statistiken sind wissenschaftlich bisher noch nicht derart gründlich ausgewertet und erörtert worden, als daß man den genannten Hinweis schon als sicheren Beleg betrachten dürfte.

160. Deshalb sollen weitere Angaben ausgewertet werden. Dazu wird auf die Statistiken zurückgegriffen, die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften über Direktinvestitionen vorgelegt worden sind (Tabelle 30).

Dabei zeigt sich,

- daß alle Industrienationen ihre Auslandsinvestitionen kräftig ausgeweitet und dadurch die Internationalisierung ihrer Produktion vorangetrieben haben,
- daß während der achtziger Jahre die Vereinigten Staaten, Spanien, Belgien und Luxemburg, Portugal, Griechenland und Irland per saldo mehr Direktinvestitionen empfangen als im Ausland durchgeführt haben und
- daß die Bundesrepublik im innereuropäischen Vergleich weit weniger Direktinvestitionen empfangen hat als andere Mitgliedstaaten der EG, weit weniger auch, als es ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in Europa entspricht. So hat sie in der Untersuchungsperiode im Durchschnitt nur ein Viertel aller ausländischen Direktinvestitionen, die im EG-Raum vorgenommen worden sind, empfangen, obwohl ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung bei gewerblichen Erzeugnissen nahezu ein Drittel ausmacht.

Wie ein Land von der gesamten Welt hinsichtlich seiner Qualität als Unternehmensstandort beurteilt wird, zeigt sich vor allem in den ihm zufließenden Direktinvestitionen. Offenbar ist die Fähigkeit der Bundesrepublik, Kapital aus dem Ausland anzulocken, im Ver-

gleich mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in der Welt eher als gering einzuschätzen.

Zusammenfassende Auswertung

161. Ein Überblick über die vier ermittelten Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zeigt, daß es nicht berechtigt erscheint, schlechthin von unzureichender internationaler Wettbewerbsfähigkeit und von mangelnder Standortqualität zu sprechen. Dennoch ist unverkennbar, daß die Bundesrepublik den Herausforderungen an hochentwickelte offene Volkswirtschaften, die mit der Globalisierung der Märkte und der Internationalisierung der Produktion verbunden sind, weniger gut entsprochen hat, als es ihre Hauptkonkurrenzländer im Durchschnitt vermocht haben. Besonders die im Vergleich zu anderen Industrieländern ermittelte Wachstumsschwäche verbunden mit einem geringen Verlust an komparativen Vorteilen bei solchen Produkten, die technologieintensiv sind und hohe Zuwachsraten im Welthandel aufweisen, sollte als Warnzeichen dafür genommen werden.

Bestimmungsgründe der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft

162. Mit Hilfe der erörterten Indikatoren kann – wenn überhaupt – lediglich ermittelt werden, ob die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes stärker oder schwächer geworden ist, nicht dagegen, warum das geschehen ist. Diese zweite Frage ist noch schwerer zu beantworten als die erste; denn die Bestimmungsgründe der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind zahlreich und heterogen, sie ändern sich von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig und sie lassen sich vielfach ebenso wenig quantitativ erfassen wie die von ihnen ausgehenden Einflüsse auf die Wettbewerbsstärke. So gelten etwa das duale Ausbildungssystem und die vergleichsweise hohe Preisniveaustabilität in der Bundesrepublik als günstige Standortbedingungen, während die hohe Regulierungsdichte sowie langsame und komplizierte bürokratische Genehmigungsverfahren durchweg als äußerst nachteilig bezeichnet werden. Eine quantitative Abschätzung dieser Einflüsse ist nicht möglich.

163. So kann im folgenden nicht der Versuch unternommen werden, abschließend zu klären, worauf es zurückzuführen ist, daß die Bundesrepublik den Herausforderungen an hochentwickelte offene Volkswirtschaften weniger gut als andere Industrieländer entsprochen hat. Es lassen sich nur einige Bestimmungsgründe isoliert erörtern. Das geschieht in der Absicht, der Wirtschaftspolitik wichtige Anhaltspunkte für ihre künftige Ausrichtung zu geben und die darüber in der Öffentlichkeit geführte Diskussion zu versachlichen. Behandelt werden

- Investitionstätigkeit,
- Forschungs- und Entwicklungsausgaben,
- Lohnstückkosten,

Tabelle 30

Direktinvestitionen in den Europäischen

Mrd

Jahr	EG	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien-Luxemburg	Großbritannien
Anteil in vH ³⁾	100	30,0	20,5	15,0	3,6	3,2	17,0
						Im Ausland durchgeführte	
1977	- 9,03	-1,94	-1,05	-0,49	-1,33	-0,32	- 3,67
1978	-11,43	-2,84	-1,41	-0,13	-1,38	-0,28	- 5,28
1979	-16,89	-3,29	-1,44	-0,40	-1,71	-0,82	- 9,15
1980	-16,70	-2,94	-2,26	-0,54	-2,36	-0,04	- 8,18
1981	-23,28	-3,50	-4,13	-1,25	-2,97	-0,03	-11,01
1982	-17,03	-2,54	-3,13	-1,05	-2,08	-0,08	- 7,71
1983	-20,10	-3,56	-2,08	-2,39	-2,20	-0,40	- 8,99
1984	-23,49	-3,95	-2,71	-2,54	-3,33	-0,36	-10,16
1985	-31,54	-6,36	-2,94	-2,37	-4,59	-0,30	-14,60
1986	-40,88	-9,63	-5,32	-2,72	-4,48	-1,67	-16,68
1987	...	-7,96	-7,07	-2,02	-6,79	-2,32	-21,90
						Vom Ausland empfangene	
1977	+ 9,69	+0,85	+1,54	+1,00	+0,31	+0,98	+ 3,89
1978	+ 9,79	+1,28	+1,93	+0,40	+0,52	+1,02	+ 2,98
1979	+11,77	+1,27	+1,99	+0,26	+0,93	+0,74	+ 4,73
1980	+14,83	+0,31	+2,39	+0,42	+1,41	+1,05	+ 7,30
1981	+13,69	+0,29	+2,18	+1,02	+1,23	+1,22	+ 5,32
1982	+13,33	+0,85	+1,59	+0,65	+0,73	+1,40	+ 5,29
1983	+15,84	+1,80	+1,83	+1,34	+0,82	+1,42	+ 5,87
1984	+10,15	+1,48	+2,80	+1,64	+0,75	+0,46	- 0,27
1985	+17,85	+0,79	+2,92	+1,33	+0,82	+1,27	+ 7,04
1986	+17,25	+1,03	+2,79	-0,04	+2,43	+0,65	+ 6,23
1987	...	+1,67	+3,78	+3,52	+2,04	+2,03	+ 8,48
						Saldo	
1977	+ 0,66	-1,09	+0,50	+0,51	-1,01	+0,66	+ 0,23
1978	- 1,64	-1,56	+0,52	+0,27	-0,86	+0,74	- 2,30
1979	- 5,12	-2,02	+0,55	-0,14	-0,77	-0,08	- 4,42
1980	- 1,87	-2,63	+0,14	-0,12	-0,95	+1,01	- 0,89
1981	- 9,59	-3,21	-1,96	-0,23	-1,75	+1,19	- 5,69
1982	- 3,70	-1,69	-1,54	-0,40	-1,35	+1,48	- 2,42
1983	- 4,26	-1,76	-0,25	-1,06	-1,38	+1,02	- 3,12
1984	-13,34	-2,47	+0,09	-0,90	-2,59	+0,10	-10,43
1985	-13,69	-5,57	-0,02	-1,04	-3,77	+0,97	- 7,56
1986	-23,63	-8,60	-2,53	-2,76	-2,05	-1,02	-10,46
1987	...	-6,29	-3,29	+1,50	-4,76	-0,30	-13,41

¹⁾ In jeweiligen Preisen und Wechselkursen.

²⁾ Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften ermittelt die Direktinvestitionen der Mitgliedsländer mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens. Für die Vereinigten Staaten und Japan entnimmt es die Angaben nationalen Veröffentlichungen; wegen unterschiedlicher Abgrenzungen sind die Zahlen dieser beiden Länder mit denen Europas nicht voll vergleichbar.

- Energiekosten,
- Kosten des Umweltschutzes und
- steuerliche Belastung der Unternehmen.

Investitionstätigkeit

164. Die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen auf globalisierten Märkten setzt in der Regel hohe Investitionen voraus: Technischer Fortschritt ist vielfach kapitalgebunden; Unternehmen, die zur Verbesserung ihrer Produktquali-

täten oder zur Senkung ihrer Kosten daran teilhaben wollen, müssen die dem neuesten Stand der Technologie entsprechenden Maschinen zügig in den Produktionsbetrieb einfügen. Neue Absatzchancen, die sich im Strukturwandel ergeben, können in der Regel nur durch schnellen Kapazitätsaufbau genutzt werden. Private Investitionen setzen oft komplementäre öffentliche Investitionen voraus. Deshalb darf davon ausgegangen werden, daß Länder mit vergleichsweise hohen Investitionsquoten im privaten und im öffentlichen Sektor tendenziell ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verstärken, Länder mit unterdurchschnittlichen Quoten relativ zurückfallen.

Tabelle 30

Gemeinschaften, den Vereinigten Staaten und Japan¹⁾

ECU

Dänemark	Irland	Griechenland	Spanien	Portugal	Vereinigte Staaten ²⁾	Japan ²⁾	Jahr
1,4	0,6	0,9	6,8	0,9	x	x	Anteil in vH ³⁾
Direktinvestitionen							
-0,14	0	0	-0,10	-0,00	-10,40	- 1,43	1977
-0,03	0	0	-0,08	-0,00	-12,60	- 1,85	1978
0	0	0	-0,10	+0,01	-18,45	- 2,12	1979
-0,14	0	0	-0,22	-0,01	-13,91	- 1,71	1980
-0,13	0	0	-0,24	-0,02	- 8,50	- 4,41	1981
-0,08	0	0	-0,52	-0,01	+ 2,59	- 4,64	1982
-0,18	0	0	-0,27	-0,02	- 0,59	- 4,05	1983
-0,12	0	0	-0,32	-0,01	- 3,84	- 7,53	1984
0	0	0	-0,33	-0,03	-21,85	- 8,45	1985
0	0	0	-0,38	+0,00	-29,09	-14,51	1986
0	0	0	...	+0,01	-38,18	-16,80	1987
Direktinvestitionen							
+0,07	+0,12	+0,34	+0,53	+0,05	+ 3,26	+ 0,03	1977
+0,07	+0,30	+0,34	+0,91	+0,05	+ 6,21	+ 0,01	1978
+0,08	+0,25	+0,45	+1,02	+0,06	+ 8,64	+ 0,18	1979
+0,08	+0,21	+0,48	+1,07	+0,11	+12,13	+ 0,21	1980
+0,09	+0,18	+0,47	+1,54	+0,16	+22,96	+ 0,17	1981
+0,14	+0,25	+0,45	+1,84	+0,15	+14,28	+ 0,47	1982
+0,07	+0,19	+0,50	+1,85	+0,16	+13,50	+ 0,48	1983
+0,01	+0,15	+0,62	+2,26	+0,25	+32,20	- 0,01	1984
0	+0,21	+0,59	+2,55	+0,33	+25,46	+ 0,81	1985
0	-0,04	+0,48	+3,50	+0,24	+33,95	+ 0,23	1986
0	+0,08	+0,59	...	+0,27	+36,41	+ 1,03	1987
Saldo							
-0,08	+0,12	+0,34	+0,43	+0,05	- 7,15	- 1,40	1977
+0,04	+0,30	+0,34	+0,83	+0,05	- 6,39	- 1,84	1978
+0,08	+0,25	+0,45	+0,93	+0,06	- 9,81	- 1,94	1979
-0,07	+0,21	+0,48	+0,85	+0,10	- 1,78	- 1,51	1980
-0,04	+0,18	+0,47	+1,30	+0,14	+14,46	- 4,24	1981
+0,06	+0,25	+0,45	+1,32	+0,14	+16,88	- 4,17	1982
-0,11	+0,19	+0,50	+1,57	+0,14	+12,91	- 3,57	1983
-0,11	+0,15	+0,62	+1,94	+0,24	+28,36	- 7,54	1984
0	+0,21	+0,59	+2,21	+0,30	+ 3,60	- 7,64	1985
0	-0,04	+0,48	+3,11	+0,24	+ 4,86	-14,28	1986
0	+0,08	+0,59	...	+0,28	- 1,77	-15,76	1987

³⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung für gewerbliche Erzeugnisse der EG-Länder im Jahre 1980.

Quelle: EG

165. Die Bundesrepublik ist in den achtziger Jahren sowohl bei der gesamten Investitionstätigkeit (ohne Wohnbauten) als auch bei der des Staates nur von Japan und Italien übertroffen worden. Ihre Investitionsquoten entsprachen in etwa denen von Frankreich, fielen dagegen höher aus als in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien; die Differenz zwischen den deutschen und britischen Quoten ist allerdings geringer geworden (Tabelle 31). Insgesamt läßt sich somit mit den Investitionsquoten eine nachlassende oder – umgekehrt – eine wachsende Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik gegenüber den anderen großen Industrienationen nicht verbinden.

Der Investitionsanteil am Sozialprodukt vermittelt allerdings kein vollständiges Bild. Hinzunehmen muß man das Tempo, mit dem die Investitionen ansteigen. Dabei zeigt sich, daß die deutschen Bruttoinvestitionen im internationalen Vergleich nur langsam erhöht worden sind; wie Tabelle 25, Seite 104 ausweist, war das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik relativ schwach, bei annähernd konstanter Investitionsquote sind deshalb auch die Investitionen unterdurchschnittlich erhöht worden. Insofern zeigt sich eine Investitionsschwäche. Dagegen zeichnet sich Japan durch Investitionsstärke aus; hier ist bei äußerst starkem Wirtschaftswachstum die Investitionsquote höher als in jeder anderen Industrienation.

Auffällig ist es, daß in der Bundesrepublik – anders als in anderen Ländern – die private Spartätigkeit stärker geworden ist. Diese Tendenz ist jedoch nicht zu vermehrten Investitionen im Inland genutzt worden. Vielmehr sind zusätzliche Forderungen an das Ausland aufgebaut und mehr Transferzahlungen geleistet worden; der Anteil von Außenbeitrag und Netto-Transferzahlungen an das Ausland am Brutto-sozialprodukt hat stark zugenommen.

Tabelle 31

Sparen und Investieren in ausgewählten Ländern

Land	Jahr	Bruttoinvestitionen nominal (ohne Wohnbauten)	Wohnbauten	Ersparnis der privaten Haushalte und der Unternehmen einschließlich Abschreibungen	Ersparnis des Staates einschließlich Abschreibungen	Außenbeitrag plus Saldo der laufenden Übertragungen	Bruttoinvestitionen des Staates
Bundesrepublik Deutschland	1981	14,4	6,6	19,0	1,1	-0,8	6,5
	1982	13,5	6,2	19,2	1,1	0,5	5,7
	1983	14,0	6,4	19,6	1,4	0,7	5,1
	1984	14,1	6,4	19,6	2,1	1,3	4,9
	1985	14,0	5,6	19,4	2,7	2,6	4,9
	1986	14,2	5,3	21,4	2,4	4,3	5,1
	1987	14,6	5,1	21,9	1,9	4,0	5,1
Frankreich	1981	14,8	7,0	19,3	1,7	-0,9	6,5
	1982	15,3	6,6	18,8	0,9	-2,2	6,7
	1983	13,6	6,3	18,7	0,4	-0,9	6,2
	1984	13,2	5,9	18,5	0,6	-0,1	5,8
	1985	13,4	5,5	18,4	0,6	-0,0	6,0
	1986	14,2	5,2	19,4	0,5	0,4	6,1
	1987	15,3	5,4	19,2	1,1	-0,5	6,3
Großbritannien	1981	11,9	3,2	18,1	-0,1	2,8	3,7
	1982	12,4	3,2	18,3	-0,1	2,4	3,3
	1983	13,0	3,4	18,4	-0,4	1,6	4,3
	1984	13,7	3,6	19,2	-0,9	1,1	4,2
	1985	13,7	3,3	19,0	-0,1	1,6	4,4
	1986	13,2	3,5	18,4	-0,1	1,0	4,3
	1987	13,4	3,6	4,1
Italien	1981	18,1	6,9	.	.	-2,2	7,9
	1982	17,0	6,6	.	.	-1,6	7,7
	1983	15,1	6,8	.	.	0,3	7,4
	1984	16,5	6,5	.	.	-0,6	7,0
	1985	16,5	6,1	.	.	-0,9	7,2
	1986	15,6	5,6	.	.	0,8	6,6
	1987	7,0
Japan	1981	30,9	0,3	27,5	3,7	-0,1	21,4
	1982	29,8	0,3	27,0	3,5	0,3	20,3
	1983	28,0	0,3	26,7	3,0	1,4	19,0
	1984	28,0	0,3	26,7	3,9	2,4	18,0
	1985	28,1	0,3	26,6	5,0	3,2	17,4
	1986	27,7	0,3	27,2	4,6	3,9	17,3
	1987	15,8
Vereinigte Staaten	1981	12,9	4,0	18,0	-1,0	0,2	4,6
	1982	10,8	3,3	17,6	-3,5	-0,0	4,2
	1983	10,3	4,5	17,4	-3,8	-1,1	4,0
	1984	12,8	4,8	17,9	-2,8	-2,6	3,9
	1985	11,3	4,7	16,6	-3,3	-2,7	4,3
	1986	10,6	5,1	16,1	-3,4	-3,0	4,1
	1987	10,7	5,0	15,0	-2,3	-3,4	...

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Forschungs- und Entwicklungsausgaben

166. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer hochentwickelten Industrienation sind neben den physischen Investitionen ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F & E) von ausschlaggebender Bedeutung. Die zwischen den Unternehmen aus Industrieländern bestehende Konkurrenz ist zu einem wesentlichen Teil Innovationskonkurrenz; im Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern lassen sich Marktpositionen vielfach nur verteidigen, wenn Prozeß- und Produktinnovationen vorgenommen werden. Da der technologische Fortschritt sich weltweit äußerst rasch vollzieht und in zahlreichen Fällen mit einer Verkürzung des Produktzyklus einhergeht, sind zur Erhaltung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf hohem Stand zu halten oder gar zu steigern.

167. Dies ist in der Bundesrepublik geschehen (Tabelle 32). Sie liegt hinsichtlich des Niveaus in der Spitzengruppe der Länder, unabhängig davon, ob man die F & E-Ausgaben auf das Bruttosozialprodukt oder die Ausrüstungsinvestitionen bezieht. Auch hinsichtlich der Dynamik, mit der Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden, hält die Bundesrepublik dem internationalen Vergleich stand, obwohl Japan, Italien und Frankreich ihre Ausgaben schneller erhöht haben. Insofern besteht kein Grund, an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik in den kommenden Jahren zu zweifeln.

168. Schlußfolgerungen wie diese gelten allerdings nur unter großem Vorbehalt. Das hat im wesentlichen drei Gründe. Erstens sind die statistischen Angaben der einzelnen Länder nicht ohne weiteres vergleichbar. Was dem F & E-Bereich zugerechnet wird, ist von Land zu Land verschieden. Außerdem entsprechen wegen unterschiedlich hoher Bezahlung von Forschern ein- und demselben Geldbetrag nicht in jedem Land Forschungsaktivitäten gleichen Umfangs.

Zweitens ist F & E den Inputfaktoren zuzurechnen. Ob daraus Innovationen werden und ob diese beträchtliche Produktivitätssteigerungen verursachen oder relative Preisanhebungen auf den Weltmärkten ermöglichen, ist nicht sicher zu unterstellen. Ohnehin gibt es von Land zu Land beträchtliche Unterschiede

in den Forschungsaktivitäten; demzufolge muß selbst bei gleich hohem F & E-Anteil am Sozialprodukt mit unterschiedlichen Einflüssen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder gerechnet werden. Die wichtigsten Unterschiede sind nach Angaben der OECD die folgenden:

- Der Anteil der F & E-Ausgaben, die von der privaten Wirtschaft finanziert werden, beläuft sich im Jahre 1985 in der Bundesrepublik auf rund 61 vH. Dieser Wert wird nur noch von Japan überboten (etwa 74 vH); die entsprechenden Zahlen für die Vereinigten Staaten (rund 48 vH) und Großbritannien (rund 46 vH) sind deutlich niedriger.
- Auf den Verteidigungsbereich entfallen von den öffentlichen F & E-Ausgaben in den Vereinigten Staaten knapp zwei Drittel, in Großbritannien fast die Hälfte, in der Bundesrepublik dagegen nur rund ein Zehntel und in Japan nicht einmal 3 vH.
- Die sektorale Aufteilung der F & E-Ausgaben ist von Land zu Land sehr verschieden. Gemessen am Durchschnitt der Industrieländer sind in der Bundesrepublik die Anteile der chemischen Industrie und des Maschinenbaus an sämtlichen F & E-Ausgaben im privaten Sektor hoch, die Anteile der Luftfahrtindustrie und des Dienstleistungssektors niedrig.

Drittens ist die Übernahmefähigkeit von Innovationen oftmals entscheidender, als es eigene Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen sind. Diese Erkenntnis ist deshalb bedeutsam, weil Grundlagenforschung und auch grundlagennahe angewandte Forschung mehr und mehr den Charakter eines weltweit öffentlichen Gutes erhalten. Dadurch wird es Ländern, die mit wissenschaftlich geschulten oder technisch erfahrenen Arbeitskräften vergleichsweise reichlich ausgestattet sind, möglich, ohne intensive eigene Forschung dieser Art am technologischen Fortschritt in der Welt teilzunehmen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auf diese Weise läßt sich etwa erklären, weshalb der deutsche Maschinenbau seine führende Position in der Welt halten konnte, obwohl die Bundesrepublik Defizite in der mikroelektronischen Forschung gegenüber Konkurrenzländern aufweist.

Tabelle 32

Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Land	In vH des Bruttosozialprodukts				In vH der Ausrüstungsinvestitionen			
	1975	1979	1983	1987	1975	1979	1983	1987
Bundesrepublik Deutschland ...	2,2	2,4 ^{a)}	2,5	2,7	29,4	28,1 ^{a)}	31,0	32,3
Frankreich	1,8	1,8	2,1	2,3	23,1	23,7	29,3	31,6
Großbritannien	2,0	2,1 ^{b)}	2,3	2,4 ^{c)}	24,7	22,8 ^{b)}	30,3	29,4 ^{c)}
Italien	0,8	0,7	1,0	1,2	3,5	5,9	10,2	12,4
Japan	2,0	2,1	2,6	2,8 ^{c)}	12,3	14,2	17,9	17,2 ^{c)}
Vereinigte Staaten	2,3	2,3	2,6	2,8	34,4	27,8	38,2	40,8

^{a)} Mit den Vorjahren nicht voll vergleichbar, da kleine und mittlere Unternehmen stärker einbezogen worden sind.

^{b)} 1978.

^{c)} 1986.

Quelle: OECD

Lohnstückkosten

169. Investitionen und Innovationen bringen in der Regel höhere Arbeitsproduktivitäten mit sich. Die diesen entsprechenden Lohnerhöhungen lassen die Stückkosten per saldo unverändert; sie schwächen somit nicht notwendigerweise die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft. Produktivitätsbedingt hohe Löhne sind deshalb eher als ein Zeichen für den Wirtschaftserfolg eines Volkes zu betrachten denn als genereller Standortnachteil. Erhöhungen von Löhnen und Personalnebenkosten erweisen sich gewöhnlich nur dann als wettbewerbsrelevant, wenn sie die Lohnstückkosten relativ zu denen in den Konkurrenzländern ansteigen lassen. Dabei ist es gleichgültig, ob dieser relative Anstieg auf vergleichsweise geringen Lohnsteigerungen im Ausland oder auf einer hinter der Entwicklung in den Konkurrenzländern zurückbleibenden Produktivitätserhöhung im Inland beruht.

170. Bei der Zusammenschau von Lohnentwicklung und Produktivitätsdynamik schneidet während der achtziger Jahre – rechnet man jeweils in nationaler Währung – Japan am besten ab, hier sind die Lohnstückkosten gesunken (Tabelle 33). Vergleichsweise gering sind sie in den Vereinigten Staaten, vergleichsweise stark in Frankreich und Italien gestiegen.

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit besagen diese Rechnungen auf nationaler Währung nicht viel. Allgemeine Lohnsteigerungen etwa, die stärker als im Ausland ausfallen, lassen sich in ihrer Wirkung auf die in Auslandswährung angegebenen Preise durch Abwertung der jeweiligen Landeswährung kompensieren. Deshalb sind die Lohnstückkosten in einer einheitlichen Währung, zum Beispiel dem Dollar, anzugeben oder mit dem effektiven Wechselkurs des Landes zu bewerten. Im letzten Fall erhält man den realen Außenwert der Währung auf Lohnkostenbasis. Im Verarbeitenden Gewerbe haben die Wechselkurschwankungen während der achtziger Jahre die personalkostenbedingte Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder stark beeinflusst (Tabelle 33).

So haben deutsche Anbieter zunächst eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition erfahren, danach eine Schwächung hinnehmen müssen. Betrachtet man allein das Anfangsjahr und das Endjahr der Vergleichsperiode, so zeigt sich, daß die Lohnstückkosten (bewertet mit dem effektiven Wechselkurs) in der Bundesrepublik stärker gestiegen sind als im Durchschnitt der übrigen Länder; nur in Japan war die Entwicklung ungünstiger. Insofern ist der komparative Nachteil, den die Bundesrepublik in der internationalen Arbeitsteilung bei vergleichsweise arbeitsintensiv produzierten Gütern besitzt, größer geworden. Der Druck zum Strukturwandel zu Lasten arbeitsintensiver Wirtschaftszweige und der Anreiz, Prozeß- und Produktinnovationen vorzunehmen und Arbeit durch Kapital zu ersetzen, haben dadurch zugenommen.

Energiekosten

171. Für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten sind auf der Kostenseite neben den Lohnstückkosten vielfach die Energiekosten maßgeblich. Angesichts der starken Mechanisierung der Produktion kommt insbesondere den Strompreisen eine große Bedeutung zu.

Deutsche und japanische Industrieunternehmen sind mit überdurchschnittlich hohen Strompreisen belastet (Tabelle 34). In wichtigen Konkurrenzländern wie in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Frankreich liegen die Elektrizitätspreise je Kilowattstunde deutlich unter dem deutschen Niveau. Dieser komparative Nachteil hat sich für deutsche Unternehmen in den achtziger Jahren erhöht; denn die Industriestrompreise (in Dollar) sind in der Bundesrepublik spürbar gestiegen. Nur in Japan war der Anstieg größer – mit der Auswirkung übrigens, daß hier ein starker sektoraler Strukturwandel zu Lasten stromintensiv produzierender Wirtschaftszweige vollzogen wurde.

Vergleichsweise stark sind in der Bundesrepublik auch die Preise für Kohle erhöht worden, und dies,

Tabelle 33

Lohnstückkosten in ausgewählten Ländern

Verarbeitendes Gewerbe

1980 = 100

Land	In nationaler Währung		In US-Dollar		Bewertet mit dem effektiven Wechselkurs ¹⁾	
	1985	1987	1985	1987	1985	1987
Bundesrepublik Deutschland ...	110,8	116,9	68,4	118,0	85,9	108,7
Frankreich	149,2	152,6	70,1	107,1	89,3	96,9
Großbritannien	115,9	122,8	64,7	86,6	81,8	76,7
Italien	167,5	176,1	75,0	116,1	96,5	106,0
Japan	95,5	96,0	90,4	149,8	118,9	142,5
Vereinigte Staaten	109,0	107,0	109,0	107,0	151,4	96,4

¹⁾ Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr.

Quellen: IWF, UN, U.S. Department of Labor.

Tabelle 34

Energiepreise für die Industrie in ausgewählten Ländern

Land	Einheit	Schweres Heizöl (je Tonne)		Leichtes Heizöl (je 1 000 l)		Strom (je 1 000 Kilowattstunden)		Kesselkohle (je Tonne)	
		1980	1987	1980	1987	1980	1987	1980	1987
Bundesrepublik Deutschland	US-Dollar	186,44	126,87	301,19	180,94	57,5	83,1	120,28	162,46
	Veränderung vH ¹⁾	-32,0		-39,9		+44,5		+35,1	
	vH ²⁾	-32,7		-40,6		+42,7		+33,6	
Frankreich	US-Dollar	182,48	148,24	349,78	313,07	51,5	45,5	95,25	98,16
	Veränderung vH ¹⁾	-18,8		-10,5		-11,7		+ 3,1	
	vH ²⁾	+15,6		+27,3		+44,9		+46,6	
Großbritannien	US-Dollar	213,58	147,17	298,79	177,85	62,8	57,7	81,89	78,52
	Veränderung vH ¹⁾	-31,1		-40,5		- 8,1		- 4,1	
	vH ²⁾	- 2,2		-15,5		+30,4		+36,1	
Italien	US-Dollar	181,55	124,64	311,60	385,22	64,3	72,1	50,02	46,02
	Veränderung vH ¹⁾	-31,3		+23,6		+12,1		- 8,0	
	vH ²⁾	+ 3,9		+87,1		+69,7		+60,1	
Japan	US-Dollar	268,32	173,74	298,49	329,02	86,4	127,0	59,67	59,32
	Veränderung vH ¹⁾	-35,2		+10,2		+47,0		- 0,6	
	vH ²⁾	-58,7		-29,7		+ 9,2		-36,6	
Vereinigte Staaten	US-Dollar	146,28	108,23	212,73	156,79	36,9	48,7	38,72	37,29
	Veränderung vH ¹⁾	-26,0		-26,3		+32,0		- 3,7	

1) Veränderung 1987 gegenüber 1980, gerechnet aus Dollarpreisen.

2) Veränderung 1987 gegenüber 1980, gerechnet aus Preisen in nationaler Währung.

Quelle: OECD

obwohl das deutsche Kohlepreisniveau, auf Dollarbasis, weit höher liegt als in jedem anderen Industrieland. Für Unternehmen mit hohem Kohleeinsatz und starkem Stromverbrauch, die dem Wettbewerb auf den Weltmärkten ausgesetzt sind, ist die Bundesrepublik ein ungünstiger Standort. Ein günstigeres Bild ergibt sich bei einem internationalen Vergleich der Ölpreise. Hier weist die Bundesrepublik – weitgehend dank niedrigerer Mineralölsteuern – (noch) Kostenvorteile auf.

Umweltschutzkosten

172. Die Kostenbelastung durch Umweltschutzaufgaben lassen sich statistisch nicht voll erfassen und deshalb international schwer vergleichen. Lediglich über die Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe für wenige Länder hat die OECD Zahlen vorgelegt. Danach sind die Vereinigten Staaten das Land mit den höchsten Investitionen zum Schutz der Umwelt. An zweiter Stelle folgt die Bundesrepublik; hinter ihr rangieren mit großem Abstand Japan und Frankreich (Tabelle 35). Bemerkenswert ist der relativ starke Anstieg der Investitionsquote in der Bundesrepublik während der achtziger Jahre.

Aus diesen aggregierten Zahlen läßt sich nicht ableiten, in welchen Bereichen die Bundesrepublik aufgrund ihrer Umweltschutzregelungen komparative Nachteile in der internationalen Arbeitsteilung aufweist.

Das hat im wesentlichen drei Gründe:

- Die Umweltschutzinvestitionen verteilen sich sehr ungleich auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Auf detaillierte Angaben, die einen internationalen Vergleich zulassen, kann nur in Einzelfällen zurückgegriffen werden. So lagen 1985 die durch Umweltschutz-Rechtsvorschriften ausgelösten Investitionskosten für Raffinerien in der Bundesrepublik um das Fünffache, bei den Betriebskosten um das Dreifache höher als in Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden.
- Zu den Investitionsaufwendungen müssen die laufenden Kosten für den Betrieb und die Wartung der Umweltschutzanlagen hinzugerechnet werden. In

Tabelle 35

Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe in vH des Bruttosozialprodukts

Land	1975	1980	1985
Bundesrepublik Deutschland ..	0,24	0,18	0,36
Frankreich	0,12	0,13	0,12
Japan	0,52	0,13	0,12
Vereinigte Staaten	0,49	0,50	0,55

Quelle: OECD

einigen Branchen übersteigen diese Kosten die Investitionen deutlich. So lagen zum Beispiel in der chemischen Industrie 1985 die Betriebskosten für Umwelthanlagen in der Bundesrepublik nahezu sechsmal so hoch wie der für Umweltschutzzinvestitionen aufgewendete Betrag. International vergleichbare statistische Angaben hierüber liegen nicht vor.

- Die Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren des Umweltschutzes sind von Land zu Land verschieden. Nach einer Umfrage des DIHT beklagen deutsche Unternehmen eine im Durchschnitt der Fälle „unangemessen lange Verfahrensdauer“, besonders im abfallrechtlichen Planfeststellungsverfahren. Sie nennen als Gründe „mangelhafte Abstimmungsverfahren der Behörden“, „überzogenen bürokratischen Aufwand“ und „mangelnde Entscheidungsfreude bei den beteiligten Behörden“. Welche Kosten für Unternehmen damit verbunden sind und wie sich dieser Tatbestand auf die Investitionsneigung und auf die Standortwahl von Unternehmen auswirkt, läßt sich nicht quantifizieren. Gleichwohl darf davon ausgegangen werden, daß deutsche Unternehmen hier einen komparativen Nachteil gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten haben.

Diesem Nachteil stehen zwei Vorteile gegenüber, die bei einem internationalen Vergleich nicht übersehen werden sollten. Einmal gilt, daß langfristig diejenigen Länder besser fahren, die auf vorsorgenden statt auf nachsorgenden und dann kostspieligeren Umweltschutz setzen. Zum anderen führt ein konsequenter Umweltschutz im eigenen Land langfristig zu einem Vorsprung im Know-how; es werden Techniken entwickelt, die später gewinnbringende Ausfuhren ermöglichen.

Steuerliche Belastung der Unternehmen

173. Für die künftige Wettbewerbsfähigkeit ist es entscheidend, ob die notwendigen Voraussetzungen für eine rege Investitions- und Innovationstätigkeit gegeben sind. Zu ihnen zählen steuerliche Vorschriften, die den Leistungswillen und die Risikobereitschaft der Menschen möglichst wenig schwächen. Jedes Allokationssystem muß notwendigerweise auch ein System von Anreizen umfassen. Um die gesellschaftlich gewünschten Ergebnisse zu erzielen, müssen die Anreize um so stärker sein, je höher das Risiko ist, das auf den Entscheidungen lastet. Da mit Investitionen und Innovationen in der Regel große Risiken verbunden sind, sollten die Anreize entsprechend stark sein. Hohe steuerliche Lasten, insbesondere hohe Grenzsteuersätze, stehen dem entgegen; sie schwächen die Investitions- und Innovationsneigung und beeinträchtigen dadurch die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

174. Internationale Steuerbelastungsvergleiche sind mit immensen Problemen verbunden. Allzu unterschiedlich sind die Vorschriften zur Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlagen sowie die einzelnen Steuersätze. Eindeutige und zugleich umfassende Aussagen sind deshalb kaum möglich. Man muß sich mit einzelnen Indikatoren zufriedengeben. Ein wich-

tiger Indikator sind die jeweils geltenden Grenzsteuersätze; von ihnen hängen die Entscheidungen über zusätzliche Investitionen und F & E-Aufwendungen in der Regel maßgeblich ab. Die durchschnittliche Steuerbelastung des gesamten Unternehmensbereichs fällt dahinter an Bedeutung zurück. Ein internationaler Grenzsteuervergleich bei Personengesellschaften ist wegen des progressiven Tarifverlaufs nicht möglich und bei Kapitalgesellschaften wegen der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinnen äußerst schwierig. Gleichwohl liefern die Körperschaftsteuersätze und die Spitzensätze bei der Einkommensteuer einen Hinweis auf die internationalen Unterschiede in der marginalen Steuerbelastung. Danach müssen die Grenzsteuersätze in der Bundesrepublik als vergleichsweise hoch eingeschätzt werden (Tabelle 36). Dies gilt vor allem dann, wenn die Gewerbesteuer in den internationalen Belastungsvergleich einbezogen werden.

175. Es mag bezweifelt werden, daß es überzeugend gelingt, die einzelnen Länder mit Hilfe der jeweils geltenden Körperschaftsteuersätze und der Spitzensätze bei der Einkommensteuer nach der Höhe der marginalen Steuerbelastung ihrer Unternehmen zu reihen. Dennoch lassen sich einigermaßen verlässliche Aussagen über steuerliche Einflüsse auf die künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik machen. Dies hat seinen Grund darin, daß wichtige Konkurrenzländer Steuerreformen beschlossen haben oder planen, mit denen sie die Standortbedingungen für Unternehmen relativ verbessern, teilweise sogar massiv. Im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme droht die Bundesrepublik zurückzufallen (Tabelle 37).

Ergebnisse

176. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und ihre Attraktivität als Unternehmensstandort können nicht schlechthin als unzureichend bezeichnet werden. Ein anderes Urteil widerspricht den Tatsachen. Dennoch ist unübersehbar, daß die Bundesrepublik den Herausforderungen an hochentwickelte offene Volkswirtschaften, die mit der Globalisierung der Märkte und der Internationalisierung der Produktion verbunden sind, weniger gut als andere Industrienationen entsprochen hat. Darauf deuten das im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Wachstum und ein geringer Verlust an komparativen Vorteilen bei solchen Produkten hin, die technologieintensiv sind und hohe Zuwachsraten im Welthandel aufweisen. Diese Zeichen sollten von der Wirtschaftspolitik ernstgenommen werden.

177. Bei der Ausgestaltung wirtschaftspolitischer Gegenmaßnahmen ist den Bestimmungsgründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, von denen Gefahr droht, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Investitionstätigkeit muß als zu gering eingestuft werden; besonders deshalb verlangen die in anderen Ländern beschlossenen oder geplanten Steuerreformen eine Antwort. Lohnsteigerungen, die über die Produktivitätserhöhung hinausgehen, und vergleichsweise hohe Strom- und Kohlepreise gefährden

Körperschaftsteuern 1988

Tabelle 36

System	Staaten	Steuersätze ¹⁾	Arten und Umfang der Entlastungen
1	2	3	4
„Klassisches“ System mit einheitlicher Besteuerung des Gesamteinkommens	Luxemburg	36 vH ²⁾	X
	Niederlande	42 vH	
	Schweiz (Zürich)	11,1 vH bis 30,2 vH ³⁾	
	USA (New York)	39,9 vH ⁴⁾	
System des „gespaltenen“ Steuersatzes	Österreich	30 vH bis 55 vH ⁵⁾ ; auf Ausschüttungen die Hälfte der Tarifsätze	Ermäßigung der Einkommensteuer auf Ausschüttungen um die Hälfte.
System der „Teilanrechnung“ der auf Ausschüttungen entfallenden Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer des Anteilseigners	Belgien	43 vH ⁶⁾	Anrechnung mit 50 vH der Ausschüttung (nach Abzug der Kapitalertragsteuer von 25 vH).
	Dänemark	50 vH	Anrechnung mit 25 vH der Ausschüttung.
	Frankreich	42 vH	Anrechnung mit 50 vH der Ausschüttung.
	Großbritannien	35 vH ⁷⁾	Anrechnung mit ²⁵ / ₇₅ der Ausschüttung.
	Irland	47 vH ⁸⁾	Anrechnung mit ³² / ₆₈ der Ausschüttung.
	Kanada	42 vH ⁹⁾	Anrechnung mit 16,67 vH der Ausschüttung auf Einkommensteuer des Bundes und der Provinz ¹⁰⁾ .
System der „Teilanrechnung“ mit „gespaltenem“ Steuersatz	Japan	37,536 vH bis 49,266 vH ¹²⁾	Anrechnung von 7,4 vH bis 12,8 vH der Ausschüttung ¹¹⁾ .
	System des Vollabzugs der Ausschüttung von der Bemessungsgrundlage	Griechenland	49 vH ¹³⁾
Portugal		34,2 vH bis 42,8 vH ¹⁴⁾	Ergänzungsteuer auf Gewinn nach Abzug der Ausschüttung; bei Schedulessteuer keine Doppelerfassung von Ausschüttungen.
System der „Vollanrechnung“	Italien	46,368 vH ¹⁵⁾	Anrechnung mit ⁹ / ₁₆ der Ausschüttung bei Staatssteuer ¹⁶⁾ ; bei lokaler Steuer sind Ausschüttungen beim Anteilseigner einkommen- bzw. körperschaftsteuerfrei.
System des „gespaltenen“ Steuersatzes mit „Vollanrechnung“	Bundesrepublik Deutschland	56 vH 36 vH auf Ausschüttungen	Vollanrechnung der Ausschüttungsbelastung beim Anteilseigner.

- 1) Einschließlich Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften; eine etwaige Abzugsfähigkeit dieser Steuern bei der (Staats-) Bundessteuer wurde berücksichtigt.
- 2) Auf Einkommen über 1,312 Mio lfr; ermäßigte Eingangssätze 20 vH (Einkommen bis 600 000 lfr) und 30 vH (Einkommen zwischen 600 000 lfr und 1,312 Mio lfr) mit Grenzberichtigung; zuzüglich Zuschlag 2 vH des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds.
- 3) Progressive Staffelung der Steuersätze nach Rendite (Verhältnis von Ertrag und Kapital): Bund 3,63 vH bis 9,8 vH, Kanton und Gemeinde 7,8 vH bis 22,6 vH; alle Steuern sind bei Einkommensermittlung zur Bundessteuer absetzbar.
- 4) Corporation Income Tax des Bundes 34 vH mit ermäßigten Eingangssätzen von 15 vH und 25 vH auf Einkommensteile bis 75 000 \$; zuzüglich weitere 5 vH (höchstens 11 750 \$) auf Einkommen über 100 000 \$ (hier nicht berücksichtigt); Corporation Franchise (Income) Tax des Staates New York 9 vH (von Bemessungsgrundlage Bundessteuer absetzbar); New York City General Corporation Tax 8,85 vH (von Bemessungsgrundlage Staats- und Bundessteuer absetzbar) wurde nicht erfaßt.
- 5) Progressiver Durchrechnungstarif; Höchstsatz 55 vH bei Einkommen über 1 142 800 S.
- 6) Auf Einkommen über 16,6 Mio bfr; ermäßigte Eingangssätze 30 vH und 38 vH.
- 7) 25 vH auf Einkommen bis 100 000 £; dieser Satz erhöht sich bis 500 000 £ kontinuierlich auf 35 vH.
- 8) 40 vH auf Einkommen bis 25 000 lfr; dieser Satz erhöht sich bis 35 000 lfr kontinuierlich auf 47 vH.
- 9) Bundessteuer 38 vH, abzüglich 10 vH des Einkommens; 14 vH Provinzsteuer (Durchschnittssatz); ohne Steuerzuschlag von zur Zeit 3 vH bei der Bundessteuer (surtax).
- 10) Erfassung der um 25 vH erhöhten Dividende im Einkommen der Anteilseigner.
- 11) Ohne Einbeziehung der Gutschrift in das Einkommen.
- 12) Staatssteuer 42 vH auf das nichtausgeschüttete Einkommen, 32 vH auf Ausschüttungen; Zuschläge auf den Steuerbetrag: Präfekturen Standardzuschlag 5 vH (Höchstsatz 6 vH), Gemeinden Standardzuschlag 12,3 vH (Höchstgrenze 14,7 vH). Für Steuerpflichtige mit einem Gesellschaftskapital bis 100 Mio Yen ermäßigen sich die Sätze der Staatssteuer auf die ersten 8 Mio Yen auf 30 vH (Gewinneinbehalten) bzw. 24 vH (Gewinnausschüttungen).
- 13) Für bestimmte griechische Aktiengesellschaften Ermäßigung auf 44 vH bzw. 39 vH.
- 14) Schedulessteuer auf Gewerbeeinkünfte (bei Bemessungsgrundlage Ergänzungsteuer absetzbar) mit zwei Teilmengensätzen von 30 vH und 35 vH und Ergänzungsteuer auf nicht ausgeschüttetes Einkommen mit progressivem Teilmengentarif von 6 vH bis 12 vH; ohne Gemeindefzuschläge und ohne zeitlich begrenzte Sondersteuer von 2,5 vH auf gewerbliche Einkünfte.
- 15) 36 vH Staatssteuer; 16,2 vH lokale Steuer, die von der Bemessungsgrundlage der Staatssteuer absetzbar ist.
- 16) ⁹/₁₆ der Bruttodividende (vor Abzug der Kapitalertragsteuer von 10 vH) entspricht der Körperschaftsteuer von 36 vH auf die Ausschüttung (³⁶/₆₄).

Quelle: BMF

Tabelle 37

Die wichtigsten Steueränderungen im Rahmen der ausländischen Reformen

Land	Abgabenquote ¹⁾ 1986	Steuerquote ²⁾ 1986	Durchgeführte/geplante Absenkung der Einkommensteuer (Zentralstaat)		Durchgeführte/geplante Absenkung der Körperschaftsteuer (nicht ausgeschüttete Gewinne — Zentralstaat)		Ausweitung der Bemessungsgrundlage durch Abbau von Steuer-subsventionen	Teilweise Kompensation durch Erhöhung von Verbrauch-steuern	Auf-kommens-neutral
			von bisher	auf	von bisher	auf			
Bundesrepublik Deutschland	39,3	23,2	22 vH bis 56 vH	19 vH bis 53 vH	56 vH	50 vH	in erheblichem Umfang	in geringem Umfang	nein
Vereinigte Staaten	28,9	19,9	11 vH bis 50 vH	2 Sätze: 15 vH und 28 vH (mit Erhöhung der Freibeträge im Eingangsbereich)	46 vH	34 vH	in erheblichem Umfang	nein	im wesentlichen
Japan	26,9	19,1	10,5 vH bis 70 vH	10 vH bis 50 vH	43,3 vH	37,5 vH	ja	Abbau von Verbrauch-steuern bei Einführung einer allgemeinen Mehrwertsteuer	nur bei Einführung der Mehrwertsteuer
Frankreich	46,0	26,2	5 vH bis 58 vH	5 vH bis 56,8 vH	42 vH	39 vH	nein	nein	nein
Großbritannien	38,5	31,6	29 vH bis 60 vH	2 Sätze: 20 vH und 40 vH	35 vH	35 vH	in geringem Umfang	ja	nein
Österreich	42,6	29,1	21 vH bis 62 vH	10 vH bis 50 vH	30 vH bis 55 vH	30 vH	in erheblichem Umfang	ja	ja
Italien	43,0	28,3	12 vH bis 62 vH	10 vH bis 50 vH	36 vH	36 vH	unwesentlich	ja	ja
Niederlande	45,6	26,1	16 vH bis 72 vH	3 Sätze: 35 vH, 52 vH und 60 vH (einschließlich Sozialabgaben)	42 vH	35 vH	in wesentlichen Bereichen	nein	im wesentlichen
Belgien	45,8	31,2	0,3 vH bis 72 vH	0,3 vH bis 55 vH	45 vH	45 vH	ja	ja	ja

¹⁾ Steuern und Sozialabgaben in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen; Steuerquote der Bundesrepublik Deutschland in haushaltsrechtlicher Abgrenzung; Sozialabgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Abgabenquoten der übrigen Länder entsprechend den Abgrenzungen in der Bundesrepublik Deutschland.

²⁾ Steuern in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen; volkswirtschaftliche Steuerquote der Bundesrepublik Deutschland in haushaltsrechtlicher Abgrenzung; volkswirtschaftliche Steuerquote der übrigen Länder entsprechend den Abgrenzungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Quelle: BMF

die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik.

Entscheidende Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit lassen sich nicht quantifizieren und sind deshalb nicht näher erörtert worden. Doch gerade sie könnten eine ernsthafte Gefahr für die künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik

darstellen, zumal bei der Vollendung des europäischen Binnenmarktes. In erster Linie ist dabei an eine Vielzahl von Regulierungen und schutzrechtlichen Vorschriften sowie an die Länge behördlicher Genehmigungsverfahren zu denken. Die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen unerläßliche Flexibilität wird dadurch erheblich eingeschränkt.

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1989

I. Zur Ausgangslage

178. Die deutsche Wirtschaft kann Ende 1988 auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sie startete mit viel Schwung, und sie hielt das Tempo bislang bei, ohne erkennbare Zeichen von Ermüdung. Die Aussichten sind gut, daß sie auch im Jahre 1989 auf einem Expansionspfad bleibt.

179. Die Entwicklung im Jahre 1988 hat alle Konjunkturbeobachter überrascht. Vor einem Jahr, nach Dollarkursverfall und Börsenkrach, war allgemein nur mit einer sehr verhaltenen und unsteten Aufwärtsentwicklung gerechnet worden. Das Spektrum der Prognosen war nicht sehr breit; die Schätzungen für die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion bewegten sich zwischen 1 vH und 1½ vH. Einige Prognosen, die die Perspektiven etwas günstiger zeichneten, waren entweder schon vor den Turbulenzen an den Finanzmärkten abgegeben worden, oder sie hatten diese nicht mehr berücksichtigt. Unsere eigene Prognose (reichlich 1½ vH) lag zwar am oberen Rande, und sie galt damals auch als sehr optimistisch. Aber sie hat, wie alle Prognosen, die Dynamik der Aufwärtsentwicklung bei weitem unterschätzt. Wir müssen einräumen: Selten war die Abweichung zwischen prognostizierter und tatsächlicher Entwicklung so groß wie in diesem Jahr.

180. Wenn die Dynamik der Weltwirtschaft stärker war, als wir es erwarteten, so hat das verschiedene Gründe. Der wichtigste ist wohl, daß das internationale Krisenmanagement der Wirtschaftspolitik gut funktioniert hat. Das Notenbankensystem hat die Wirtschaft reichlich mit Geld versorgt, reichlicher als wir dieses unterstellt hatten. Der Wechselkurs des amerikanischen Dollar stabilisierte sich rasch, zeitweise zog er sogar wieder an. Die Verunsicherung der Wirtschaft war deshalb nur von kurzer Dauer. Damit setzen sich überall in der Welt die Auftriebskräfte wieder durch — unerwartet rasch und unerwartet kräftig. Das erklärt auch, weshalb in der Bundesrepublik die Investitionskonjunktur, die im Herbst letzten Jahres zu versanden drohte, nach der Jahreswende erneut an Schwung gewann.

Ein weiterer Grund ist, daß wir die konjunkturelle Entwicklung im zweiten Halbjahr 1987 nicht richtig eingeschätzt hatten, unter anderem, weil wichtige Konjunkturdaten damals kein klares Bild zeigten, auch die Daten nicht, die aus der Zeit vor dem Börsenkrach stammten. Die Ausgangslage am Jahresende 1987 war deutlich besser, als wir es in der Prognose angenommen hatten (größerer „Überhang“). Zum Zeitpunkt, an dem wir unsere Schätzungen machen, Anfang November, liegen normalerweise erst die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Hälfte des laufenden

Jahres vor; die Ergebnisse für die zweite Hälfte sind bereits Teil der Prognose.

Ein dritter Grund ist schließlich, daß in diesem Jahr eine Reihe von Sonderfaktoren wirksam war, die die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion schätzungsweise um einen halben Prozentpunkt angehoben haben. In der Bilanz für 1988 wird somit die konjunkturelle Dynamik überzeichnet. Hierzu gehört, daß die Witterung im letzten Winter ungewöhnlich milde war. Die Außenarbeiten waren, anders als sonst, kaum behindert. Das begünstigte nicht nur das Baugewerbe, sondern auch andere Bereiche, etwa die Hersteller von Baustoffen oder von Baumaschinen. Zudem fiel in der Landwirtschaft die Ernte sehr gut aus. Witterungsbedingte Sonderentwicklungen lassen sich nicht in der Prognose vorwegnehmen. Sie gehören zu den Risiken, unter denen jede Prognose steht.

181. Während vor einem Jahr die Erwartungen der Unternehmen unter dem Eindruck von Dollarkursverfall und Börsenkrach reichlich skeptisch waren, ist die Situation in diesem Jahr eine völlig andere. Der überwiegende Teil der Unternehmen hält die derzeitige wirtschaftliche Lage für gut oder zufriedenstellend und beurteilt die Aussichten für das kommende Jahr kaum schlechter. Das Vertrauen in den Fortgang der guten Konjunktur, so lautet übereinstimmend der Tenor neuerer Konjunkturumfragen, hat sich gefestigt.

Wir schätzen das auch so ein. Die Prognose, daß die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr auf einem Expansionspfad bleibt, hat eine solide Basis — in den Urteilen der Unternehmen, in den aktuellen Konjunkturindikatoren und vor allem in den wirtschaftlichen Rahmendaten. Wir sehen keine Anzeichen dafür, daß die bereits sechs Jahre dauernde wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung sich dem Ende nähern könnte: Wir rechnen nicht mit einer Ermüdung nach dem Muster früherer Konjunkturzyklen, und auch nicht mit einer Übersteigerung, die den Grund für einen Konjunktumschwung legen könnte. Bislang zeichnen sich auch keine gravierenden Verspannungen ab, die die Geldpolitik in Zugzwang bringen könnten. Es ist zwar nicht zu übersehen, daß seit einiger Zeit die Preise wieder rascher steigen, doch braucht die Geldpolitik deshalb nicht einen Kurs zu steuern, der Restriktionsdruck erzeugt.

Man sollte sich freilich auch keinen falschen Erwartungen hingeben. In der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist nach unserer Einschätzung keine Selbstverstärkung angelegt, die auf einen steileren Wachstumspfad führt. Die Entwicklung dürfte, nachdem die Sondereinflüsse abgeklungen sind, wieder auf jenen mittelfristigen Pfad einschwenken, der in den vergangenen Jahren bestimmend war. Eine Selbstverstär-

kung würde nur dann eintreten, wenn es zu einer breiten Welle von zusätzlichen Investitionen käme. Ob es dazu kommen wird, ist völlig offen; Anzeichen dafür, daß das schon im nächsten Jahr der Fall sein könnte, gibt es derzeit nicht. Die Bereitschaft, die Kapazitäten zu erweitern und zu modernisieren, ist zwar in diesem Jahr vergleichsweise groß gewesen, aber zum Teil dürfte dies die Reaktion auf die Zurückhaltung im letzten Jahr gewesen sein (Nachholeffekte). Ohne eine deutliche Verstärkung der Investitionen ist und bleibt der Wachstumsspielraum der deutschen Wirtschaft mittelfristig eng begrenzt.

182. Bei alledem darf nicht aus dem Blick geraten, daß die Lage auf den internationalen Finanzmärkten nach wie vor labil ist. Daran wird sich voraussichtlich nichts ändern. Die Leistungsbilanzen einiger Industrieländer werden auch im nächsten Jahr hohe Überschüsse oder Defizite aufweisen, mögen diese da und dort auch etwas kleiner ausfallen. Die Währungen der Defizitländer, vor allem der Dollar, können erneut unter Druck geraten. Die Konjunktur — die Geschehnisse im Herbst 1987 haben dies gezeigt — würde dann möglicherweise wieder stocken.

Bevor wir uns mit der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik beschäftigen, müssen wir uns ein Urteil darüber bilden, wie das wirtschaftliche Umfeld für die deutschen Unternehmen im nächsten Jahr aussehen wird. Wir fragen, welchen Kurs die Wirtschaftspolitik im Ausland und im Inland einschlagen wird und wie sich — teilweise als Reaktion darauf — die Weltkonjunktur und der Weltmarkt entwickeln werden.

II. Die Annahmen der Prognose

183. Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung sind immer bedingte Aussagen. Unsere Prognosen beruhen auf Annahmen, die wir zwar für plausibel halten, die aber von der Entwicklung korrigiert werden können. Jede Prognose kann nur so gut sein, wie es die Annahmen sind, auf denen sie beruht.

Mit Annahmen müssen wir überall dort arbeiten, wo es zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Prognose keine verbindlichen Festlegungen gibt und oftmals auch keine geben kann. Das gilt vor allem für die Wirtschaftspolitik, die ihren Kurs meistens noch nicht abgesteckt hat und die ihn überdies häufig im nachhinein korrigiert. Annahmen sind auch dort unumgänglich, wo bei einzelnen Größen, die den Wirtschaftsablauf maßgeblich mitbestimmen, das Schätzrisiko unvermeidbar groß ist; solche Größen sind derzeit der Dollarkurs und der Ölpreis.

184. Für die Wirtschaftspolitik in den großen Industrieländern nehmen wir folgendes an:

— Die Finanzpolitik wird, ähnlich wie in diesem Jahr, einen Konsolidierungskurs steuern, zumal konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen eine Rückführung der Defizite erleichtern werden. Das gilt auch für die Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten, wengleich von der neuen Regierung zunächst keine spektakulären Schritte zu erwarten sind. In der Bundesrepublik wird sich der konjunkturelle Impuls, der von den Haushalten der Ge-

bietskörperschaften ausgeht, deutlich zurückbilden; dazu wird insbesondere die Erhöhung einiger Verbrauchsteuern beitragen (Ziffer 125).

— Die Geldpolitik wird bei ihrem Kurs bleiben, den sie seit dem Frühsommer 1988 eingeschlagen hat: Die Geldversorgung wird zwar nicht mehr so reichlich sein wie in der Zeit nach dem Börsenkrach, aber reichlich genug, um keinen Restriktionsdruck zu erzeugen. Solange die Inflationsgefahren als nicht gravierend eingeschätzt werden, und das ist bisher der Fall, werden insbesondere die geldpolitischen Instanzen in den Vereinigten Staaten an dem Ziel festhalten, einen Zinsanstieg zu vermeiden. Die Notenbanken anderer Länder werden dem weitgehend folgen, schon um die Gefahr zu verringern, daß sich wegen größerer Zinsdifferenzen Spannungen im Wechselkursgefüge einstellen. Für die Geldpolitik in der Bundesrepublik nehmen wir an, daß die Bundesbank die Geldmenge M3 mit einer Rate ausweitet, die etwa der Wachstumsrate des Produktionspotentials, bewertet zu jeweiligen Preisen entspricht (Ziffern 302 ff.).

185. Ob es gelingen wird, die Devisenmärkte vor neuerlichen Turbulenzen zu bewahren, kann niemand zuverlässig vorhersagen, und erst recht kann niemand prognostizieren, welche Wechselkurse im nächsten Jahr gelten werden. Angesichts der immer noch großen Leistungsbilanzsalden spricht vieles dafür, daß es bei einer Reihe von Währungen zu einer Neubewertung kommt, wenn auch nicht notwendigerweise in größerem Ausmaß. Das gilt vor allem für die Währungen jener Defizitländer, deren Kurse frei schwanken, aber auch für einige Währungen mit festen, aber anpassungsfähigen Paritäten im Europäischen Währungssystem. In der Prognose haben wir angenommen, daß der Kurs des amerikanischen Dollar im Durchschnitt des Jahres 1989 bei 1,70 DM liegen wird und daß im Europäischen Währungssystem im Zuge eines Realignments die Paritäten so festgelegt werden, daß sich im Ergebnis die D-Mark im ganzen leicht aufwertet.

186. Zu den Annahmen der Prognose gehört auch eine Setzung für den Ölpreis. Bei einer voraussichtlich nur schwach steigenden Nachfrage rechnen wir nicht mit spektakulären Veränderungen, sondern mit einer Stabilisierung auf einem leicht höheren Niveau als gegenwärtig. Wir halten einen Preis von etwa 15 Dollar für das Faß Öl für plausibel.

187. Die Prognose wird in diesem Jahr dadurch erschwert, daß in der Bundesrepublik bei wichtigen Größen wie der Ausfuhr und der Einfuhr sowie den Investitionen noch keine amtlichen Ergebnisse für das erste Halbjahr 1988 vorliegen. Wir mußten uns dort mit Schätzungen behelfen. Die Prognose steht also unter dem Vorbehalt, daß diese Schätzungen im großen und ganzen bestätigt werden.

III. Die Weltkonjunktur im Jahre 1989

188. In den Industrieländern wird sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im kommenden Jahr

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern

Land	Anteil am		Bruttoinlandsprodukt (real) ^{2) 3)}		Verbraucherpreise ^{3) 4)}	
	Bruttoinlands- produkt ¹⁾ der OECD-Länder	Export der Bundes- republik Deutschland				
	1987		1988	1989	1988	1989
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland ...	9,01	×	3½	2½	1½	2
Frankreich	7,09	12,1	3	3	2½	3
Großbritannien	5,34	8,8	4	3	4½	5½
Italien	6,05	8,7	3½	3	5	4½
Niederlande	1,73	8,7	2½	2	½	1½
Belgien	1,17	7,4	3	2½	1	1½
Schweiz	1,37	6,1	2½	2	2	2½
Österreich	0,95	5,4	3½	2½	2	2½
Schweden	1,28	3,0	2½	2	6	5½
Norwegen	0,67	1,1	1	2	6	5
Dänemark	0,82	2,1	0	1	4½	4
Spanien	2,32	2,8	4½	4	5	5
Europa ^{5) 6)}	39,97	70,4	3½	3	4½	5
Europäische Gemeinschaft ⁵⁾ ...	34,41	52,7	3½	3	3½	4
Vereinigte Staaten	35,72	9,5	3½	2½	4½	5
Japan	19,13	2,0	5½	4½	0	1½
Kanada	3,33	0,9	4½	3½	3½	4
Insgesamt ⁵⁾	98,15	82,7	4	3	3½	4

1) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen. Vorläufige Ergebnisse.

2) Für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan und Kanada: Bruttosozialprodukt.

3) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.

4) Deflator des privaten Verbrauchs.

5) Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1986.

6) Europäische OECD-Länder (EG-Länder, EFTA-Länder und Türkei).

fortsetzen. Das Tempo wird allerdings etwas verhalten sein als in der ersten Hälfte dieses Jahres, nicht zuletzt, weil die Wirkungen verschiedener Sonderfaktoren inzwischen abgeklungen sind, die damals für zusätzlichen Auftrieb sorgten. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Durchschnitt des Jahres 1989 um 3 vH zunehmen, also weniger als im Durchschnitt des Jahres 1988 (4 vH); der Rückgang in der Zuwachsrate ist aber nur teilweise als konjunkturelle Abschwächung zu werten. Erneut wird es Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern geben: Japan wird wieder deutlich vor den Vereinigten Staaten und den meisten westeuropäischen Ländern liegen. Erstmals seit längerem dürften freilich die westeuropäischen Länder im ganzen eine höhere Wachstumsrate als die Vereinigten Staaten erzielen (Tabelle 38). Dies zeigt, daß die Konjunktur auch in diesen Ländern inzwischen ihre eigene Dynamik hat und nicht mehr ihre Impulse überwiegend von außen erhält.

Während die Schwellenländer, teilweise im Schlepptau der Industrieländer, erneut mit einem kräftigen

Wachstum rechnen können, sind die Aussichten für die meisten Entwicklungsländer weniger gut. Ihre Produktion dürfte nur verhalten steigen, da die Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen nur schwach expandieren wird. Hinzu kommt, daß die Rohstoffpreise nach ihrem zeitweiligen Höhenflug wieder nach unten tendieren. Die wirtschaftliche Lage der hochverschuldeten Länder wird weiter prekär bleiben. Ohne zusätzliche Kredite der Industrieländer können sie ihre Nachfrage nach Industriegütern nur wenig ausweiten. Ob hier in naher Zukunft für beide Seiten tragbare Lösungen gefunden werden, ist ungewiß.

189. Auch im nächsten Jahr werden die Auftriebskräfte von den Investitionen kommen. Die Rahmenbedingungen für die Investoren sind fast überall gut, zumindest sind sie deutlich besser als zu Beginn der achtziger Jahre. In den meisten Ländern – wenn auch mit Unterschieden von Land zu Land – haben sich die Erträge wieder erholt; teils weil sich der Kostenanstieg abgeflacht, teils weil sich die Belastung

mit Steuern und Abgaben vermindert hat. Überdies hat es Fortschritte bei der Beseitigung bürokratischer Investitionshemmnisse gegeben. Das hat den Strukturwandel vorangebracht und die Wachstumschancen auf längere Sicht verbessert. Allerdings ist die Investitionsdynamik nicht überall gleich groß — in Japan ist sie deutlich höher als in den westeuropäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Unternehmen haben zwar in diesem Jahr ihre Investitionen überaus kräftig ausgeweitet, aber es ist nicht damit zu rechnen, daß sich ähnliches im nächsten Jahr wiederholen wird. Aus heutiger Sicht zeichnet sich vielmehr ein deutlich flacherer Anstieg ab. Das wird der Investitionskonjunktur zwar etwas vom bisherigen Schwung nehmen, gleichwohl wird sie nach wie vor schwungvoll bleiben.

190. Der konjunkturelle Gleichschritt der westlichen Industrieländer läßt auch den Welthandel erneut kräftig expandieren. Es ist aber derzeit schwer, das Ausmaß zu beziffern. Die Schätzungen von internationalen Organisationen liegen weit auseinander. Sie reichen für den Welthandel mit Industriegütern bis zu einer Expansionsrate von reichlich 7 vH; damit würde der Welthandel mit einer ähnlich hohen Rate expandieren wie in diesem Jahr. Wir sind nicht ganz so optimistisch, weil die bisherige Entwicklung auch von Sonderfaktoren mitgeprägt war. Das Expansions-tempo ist im nächsten Jahr fast überall etwas verhaltener, und das dürfte sich auch in den internationalen Warenströmen niederschlagen. Wir rechnen deshalb mit einer etwas niedrigeren Expansionsrate — mit 5½ vH für das Volumen des Welthandels mit Industriegütern und mit 5 vH für das Importvolumen der deutschen Handelspartner.

Wie schon in diesem Jahr dürften die großen Industrieländer in recht unterschiedlichem Maße an der Expansion des Welthandels teilhaben. Die Vereinigten Staaten dürften erneut Weltmarktanteile gewinnen, Japan dürfte Anteile verlieren, und die europäischen Unternehmen dürften ihre Weltmarktanteile etwa behaupten. Der Abbau der hohen Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse wird sich damit fortsetzen, wenn auch nicht überall. Die Vereinigten Staaten und Japan werden erneut Fortschritte im Anpassungsprozeß machen, freilich nicht mehr ganz so große wie in diesem Jahr, da die Wirkungen der kräftigen Dollarabwertung in den Jahren 1985 bis 1987 allmählich schwächer werden. Der Überschuß der westeuropäischen Länder gegenüber den Vereinigten Staaten wird sich ebenfalls weiter verringern, die teilweise hohen Salden der europäischen Länder im Handel untereinander dürften hingegen bestehen bleiben. Damit dürfte das Wechselkursgefüge im Europäischen Währungssystem Belastungen ausgesetzt sein.

191. Die Sorge, daß sich mit dem kräftigen Konjunkturaufschwung auch der Preisanstieg beschleunigen könnte, bleibt weiterhin groß. Allerdings ist bislang der inflatorische Druck vergleichsweise schwach gewesen, nicht zuletzt weil der neuerliche starke Rückgang der Ölpreise den Kostenanstieg dämpfte. Im nächsten Jahr wird das voraussichtlich nicht mehr so sein. Auf der Kostenseite — bei den Vorleistungen, den Löhnen und den Kapitalkosten — werden sich zwar die Belastungen in engen Grenzen halten, zumal

die Produktivität erneut kräftig steigen wird. Gefahren drohen aber von der Nachfrageseite. In vielen Ländern ist und bleibt die Kapazitätsauslastung hoch, und eine solche Konstellation eröffnet den Unternehmen Preiserhöhungsspielräume. Alles in allem muß man sich wohl darauf einstellen, daß die Preissteigerungsraten im nächsten Jahr im ganzen etwas höher sein werden als in diesem Jahr.

192. In den **Vereinigten Staaten** wird die Konjunktur nicht mehr so schwungvoll sein, wie sie es zu Beginn dieses Jahres war. Der Hauptgrund ist, daß die Investitionen und die Exporte deutlich verhaltener expandieren werden als zuvor. Die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird — im Durchschnitt des Jahres — mit reichlich 2½ vH einen Prozentpunkt geringer ausfallen als die Zuwachsrate in diesem Jahr. Die hohe Beanspruchung der Kapazitäten dürfte mithin zwar anhalten, aber wohl kaum weiter zunehmen. Der Geldpolitik würde eine solche Konstellation vermutlich gelegen kommen. Sie geriete dadurch nicht in die Zwickmühle: Sie müßte die Konjunktur nicht herunterbremsen mit der Folge, daß die Arbeitslosigkeit möglicherweise wieder steigen würde.

Man kann davon ausgehen, daß die Vereinigten Staaten auch im nächsten Jahr Fortschritte bei der Verringerung des Budgetdefizits machen werden. Beim Budget werden sich vor allem die Maßnahmen auswirken, die schon im Dezember 1987 beschlossen wurden und den Kreditbedarf der Bundesregierung im Fiskaljahr 1988/89 um 12 Mrd Dollar senken sollen. Allerdings sind weitere Einsparungen bei den Ausgaben oder Steuererhöhungen notwendig, um im nächsten Jahr die Grenze für die Neuverschuldung nach dem Gramm-Rudman-Hollings-Act von 136 Mrd Dollar einhalten zu können. Falls energische Schritte in diese Richtung unternommen werden, die auch die nach dem Gesetz vorgeschriebenen größeren Konsolidierungsschritte für die kommenden Jahre einschließen müssen, wird sich das amerikanische Leistungsbilanzdefizit ohne einen stärkeren Zinsanstieg finanzieren lassen.

193. In **Japan** bleiben die gewerblichen Investitionen der Wachstumsträger. Die Ausgaben der Unternehmen für Ausrüstungsgüter und Bauten dürften, nach den bisher bekanntgewordenen Planungen zu urteilen, um mehr als 10 vH gesteigert werden, nachdem sie in diesem Jahr schon um 17 vH aufgestockt worden waren. Weil jedoch von den öffentlichen Investitionen nur schwache Impulse und von den Wohnungsbauproduktionen sogar Bremswirkungen ausgehen werden und weil auch die Expansion des privaten Verbrauchs etwas an Tempo verliert, wird die Binnennachfrage nicht mehr so kräftig zunehmen wie bisher. Zum Teil kann das dadurch ausgeglichen werden, daß die Exporte wieder etwas stärker steigen werden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird gleichwohl mit einer Rate von etwa 4½ vH merklich langsamer expandieren als in diesem Jahr (5½ vH).

Der Produktionsanstieg wird damit erneut größer sein als das Wachstum des Produktionspotentials. Dies wird die Engpässe bei Sachkapazitäten und Arbeitskräften verstärken. Die Löhne werden deshalb stärker steigen als in diesem Jahr, und weil bei schon hoch

ausgelasteten Kapazitäten keine großen Produktivitätsreserven mobilisiert werden können, wird der Kostendruck zunehmen. Damit wird die dreijährige Phase eines stabilen Preisniveaus zu Ende gehen, zumal eine reichliche Geldversorgung für die Unternehmen Überwälzungsspielräume eröffnet. Falls, wie geplant, es zur Einführung einer Mehrwertsteuer kommt, könnte das den Index der Verbraucherpreise zusätzlich anheben. Die zur Kompensation vorgesehene Senkung einiger spezieller Verbrauchsteuern wird nur teilweise Entlastung bringen.

194. In Westeuropa wird die Konjunktur voraussichtlich nur wenig an Schwung verlieren, und das Muster wird sich nicht wesentlich ändern. Der Export wird – im Durchschnitt aller Länder – um etwa 6 vH erneut kräftig zunehmen; der Abstand zur Expansionsrate beim Welthandel, der in diesem Jahr noch etwa 2 Prozentpunkte betrug, wird damit verschwinden. Auch bei den Investitionen wird die Zunahme nicht nennenswert schwächer als bisher sein, zumindest nicht bei den gewerblichen Investitionen. Die Anpassung der Produktionsstruktur, die in vielen Ländern bisher nur zögerlich vorangekommen ist, scheint inzwischen wegen der geplanten Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes ein gewichtiges Investitionsmotiv für die Unternehmen in den Ländern der EG geworden zu sein. Gleiches gilt auch für die Unternehmen in den EFTA-Ländern, die bemüht sind, im Wettbewerb mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft nicht an Boden zu verlieren.

Insgesamt wird sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion nur wenig verlangsamen. Der Rückgang in den Zuwachsraten – 3½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1988 und knapp 3 vH für den Durchschnitt des Jahres 1989 – überzeichnet die konjunkturelle Grundtendenz etwas, weil sich darin auch Sondereinflüsse spiegeln.

Bei dieser Entwicklung kann auch die Beschäftigung erneut spürbar ausgeweitet werden, aber auf den Arbeitsmarkt wird sich das nicht entscheidend auswirken; denn das Angebot an Arbeitskräften wird erneut wachsen, weil noch immer die Jahrgänge der Berufsanfänger zahlenmäßig sehr stark sind und weil die Anzahl der bisher nicht erwerbstätigen Frauen, die sich nach einer Beschäftigung umsehen, weiterhin hoch bleibt. Auch im nächsten Jahr dürfte wiederum jede zehnte Erwerbsperson ohne festen Arbeitsplatz sein.

Der Preisauftrieb dürfte sich in den meisten Ländern leicht verstärken, aber er dürfte, gemessen an den von Land zu Land unterschiedlichen Zielvorstellungen, nirgendwo schon als bedrohlich angesehen werden. Die Unterschiede in den Inflationsraten – sie reichen beispielsweise von 13 vH in Griechenland über 5½ vH im Vereinigten Königreich bis zu 2 vH in der Bundesrepublik und 1½ vH in den Niederlanden – werden im großen und ganzen fortbestehen.

195. Von den großen westeuropäischen Ländern werden Frankreich und Italien das bisherige Expansionsstempo in etwa vermutlich beibehalten. Ähnliches gilt auch für Spanien, das vom EG-Beitritt profitiert, und das auch im nächsten Jahr beim Wachstum den Spitzenplatz einnehmen dürfte (4 vH). Das Verei-

nigte Königreich wird dagegen zurückfallen; die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird knapp 3 vH betragen, nach 4 vH in diesem Jahr. Der Grund dafür liegt vor allem im wachsenden Lohnkostendruck, dem die Geldpolitik nur mit restriktiven Maßnahmen zu begegnen vermag; beides drückt im nächsten Jahr die Investitionen auf einen recht flachen Pfad.

196. Alles in allem werden also die für den deutschen Export so wichtigen westeuropäischen Märkte erneut spürbar wachsen, vermutlich werden sie nicht einmal langsamer wachsen als in diesem Jahr. Das ist eine gute Basis für die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik im nächsten Jahr.

IV. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

197. Die Wirtschaft der Bundesrepublik bleibt auch im kommenden Jahr auf einem Expansionspfad, der freilich etwas flacher sein wird als in diesem Jahr, in dem der Anstiegswinkel durch Sonderfaktoren mitbestimmt war. Das konjunkturelle Muster wird sich nicht wesentlich verändern: Die Auftriebskräfte werden erneut aus dem Ausland wie aus dem Inland kommen und erneut mehr von den Investitionen, weniger vom privaten Verbrauch. Die Basis für die Aufwärtsentwicklung ist also nach wie vor recht breit. Das eröffnet gute Chancen, daß die Beschäftigung weiter steigt. Dennoch wird es bei der Lösung der Arbeitsmarktprobleme nur geringe Fortschritte geben; denn auch die Anzahl der Arbeitsuchenden wird zunehmen. Das helle Konjunkturbild für das kommende Jahr ist somit nicht ohne Schatten.

198. In diesem Jahr waren es neben den Exporten vor allem die Investitionen, von denen die Dynamik kam. Im kommenden Jahr muß es sich erweisen, was hinter dem kräftigen Anstieg steckt – ob darin der Auftakt zu einem noch kräftigeren, lang anhaltenden Investitionsaufschwung oder nur ein Nachziehen bisher aufgeschobener Investitionsvorhaben zu sehen ist. Wir sind uns hier in unserem Urteil unsicher.

Einerseits: Die Rahmenbedingungen für die Investoren sind so gut wie seit langem nicht mehr. Die Kosten-Erlös-Relation hat sich auch in diesem Jahr verbessert, und sie dürfte sich im nächsten Jahr zumindest nicht verschlechtern. Die Unternehmen werden also weiterhin über hohe Eigenfinanzierungsmittel verfügen. Überdies sind die Zinsen für langfristige Kredite und damit die Kosten der Fremdfinanzierung vergleichsweise niedrig. Einer abermaligen kräftigen Aufstockung der Investitionsbudgets stünde also von der Finanzierungsseite nichts im Wege. Es kommt hinzu, daß Absatzlage und Absatzerwartungen durchweg zufriedenstellend oder gut sind, auf den inländischen wie auf den ausländischen Märkten. Höhere Auftragsbestände und längere Lieferfristen signalisieren, daß sich viele Unternehmen mit der Produktion den Kapazitätsgrenzen nähern. Kapazitätsengpässe lassen sich zwar bis zu einem gewissen Grad durch vermehrte Überstunden, verstärkte Schichtarbeit oder auch durch zusätzliche Einstellungen beheben; aber das geht nicht überall, und es

Tabelle 39

Die wichtigsten Daten der Volkswirt
Für das Jahr 1988 teilweise Schätzung,

Absolute Werte

	Einheit	1987	1988	1989	1988		1989	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 112,0	1 161,0	1 212,0	555,6	605,5	582,5	630,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	397,2	411,5	419,5	189,2	222,5	193,5	226,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	389,3	419,5	448,0	190,5	229,0	200,0	248,5
Ausrüstungen	Mrd DM	168,7	181,5	198,0	81,0	100,5	88,5	109,5
Bauten	Mrd DM	220,6	238,0	250,0	109,4	128,5	111,0	139,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 10,5	+ 16,5	+ 14,5	+ 26,0	- 9,5	+ 23,5	- 9,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+111,1	+122,5	+133,5	+ 56,3	+ 66,0	+ 63,0	+ 70,5
Ausfuhr	Mrd DM	638,3	686,5	742,0	331,0	355,5	360,5	381,5
Einfuhr	Mrd DM	527,2	564,0	608,5	275,0	289,0	297,5	311,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 020,1	2 131,0	2 228,0	1 017,2	1 114,0	1 062,0	1 166,0
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	924,7	953,0	975,5	456,9	496,5	470,5	505,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	328,3	335,0	336,0	162,3	172,5	163,0	173,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	331,3	351,5	366,5	160,5	191,0	165,0	202,0
Ausrüstungen	Mrd DM	141,3	150,5	160,5	67,5	83,0	72,5	88,0
Bauten	Mrd DM	190,0	201,0	206,0	92,9	108,0	92,0	114,0
Ausfuhr	Mrd DM	550,2	579,5	609,0	282,5	297,0	298,0	311,0
Einfuhr	Mrd DM	501,2	533,0	557,0	263,5	269,5	274,5	282,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 643,2	1 702,0	1 744,0	823,1	879,0	844,0	900,0
Realwert des Bruttosozialprodukts ¹⁾	Mrd DM	1 687,0	1 756,5	1 800,0	851,3	905,0	872,5	927,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1980 = 100	120,3	122,0	124,0	121,6	122,0	124,0	124,5
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	122,9	125,0	128,0	123,6	126,5	126,0	129,5
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	119,7	121,5	124,0	119,5	123,0	122,0	125,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	25 891	26 035	26 230	25 841	26 230	26 030	26 430
Arbeitszeit ²⁾	Stunden
Arbeitsvolumen	Mrd DM
Produktivität	DM je Std.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 634,3	1 693,0	1 736,0	820,4	872,5	842,0	894,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 081,5	1 124,5	1 166,0	528,4	596,0	548,5	617,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	486,8	535,0	563,5	259,0	276,0	271,0	292,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 568,3	1 659,5	1 729,5	787,4	872,0	819,5	910,0
Reales Volkseinkommen ¹⁾	Mrd DM	1 309,7	1 368,0	1 397,0	659,0	708,5	673,0	724,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit ³⁾	Mrd DM	580,6	605,0	623,5	287,3	317,5	297,0	326,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	415,9	459,5	480,5	223,2	236,0	231,5	249,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ⁴⁾	Mrd DM	1 269,0	1 322,5	1 374,5	634,4	688,0	660,5	714,0

¹⁾ Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).

²⁾ Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

schaftlichen Gesamtrechnungen
für das Jahr 1989 Prognose

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1987	1988	1989	1988		1989	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 4,1	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 4,4	+ 4 ^{1/2}	+ 5	+ 4
Staatsverbrauch	+ 3,8	+ 3 ^{1/2}	+ 2	+ 3,1	+ 4	+ 2	+ 2
Anlageinvestitionen	+ 3,1	+ 7 ^{1/2}	+ 7	+ 9	+ 6 ^{1/2}	+ 5	+ 8 ^{1/2}
Ausrüstungen	+ 4,5	+ 7 ^{1/2}	+ 9	+ 5	+ 9 ^{1/2}	+ 9 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}
Bauten	+ 2,1	+ 8	+ 5	+ 12,1	+ 4 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}
Vorratsveränderung
Außenbeitrag
Ausfuhr	+ 0,0	+ 7 ^{1/2}	+ 8	+ 7	+ 8	+ 9	+ 7 ^{1/2}
Einfuhr	+ 0,7	+ 7	+ 8	+ 8	+ 6 ^{1/2}	+ 8	+ 7 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt	+ 3,9	+ 5^{1/2}	+ 4^{1/2}	+ 5,6	+ 5^{1/2}	+ 4^{1/2}	+ 4^{1/2}
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 3,5	+ 3	+ 2 ^{1/2}	+ 3,2	+ 3	+ 3	+ 2
Staatsverbrauch	+ 1,6	+ 2	+ 1 ^{1/2}	+ 1,9	+ 2	+ 1 ^{1/2}	0
Anlageinvestitionen	+ 1,8	+ 6	+ 4 ^{1/2}	+ 8	+ 4 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}
Ausrüstungen	+ 4,0	+ 6 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 8	+ 7 ^{1/2}	+ 6
Bauten	+ 0,2	+ 6	+ 2 ^{1/2}	+ 10,4	+ 2	- 1	+ 5 ^{1/2}
Ausfuhr	+ 0,8	+ 5 ^{1/2}	+ 5	+ 5 ^{1/2}	+ 5	+ 5 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Einfuhr	+ 4,9	+ 6 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 8	+ 5	+ 4	+ 5
Bruttosozialprodukt	+ 1,8	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 3,9	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 2^{1/2}
Realwert des Bruttosozialprodukts¹⁾	+ 2,7	+ 4	+ 2^{1/2}	+ 4,5	+ 4	+ 2^{1/2}	+ 2^{1/2}
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 0,5	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 1,2	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 2,0	+ 2	+ 2	+ 1,6	+ 2	+ 2	+ 2
Letzte inländische Verwendung	+ 1,2	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 1,1	+ 1 ^{1/2}	+ 2	+ 2
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 0,7	+ 1 ^{1/2}	+ 1	+ 0,5	+ 1 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}	+ 1
Arbeitszeit ²⁾	- 0,7	0	- 1	+ 0,5	- 1 ^{1/2}	- 1 ^{1/2}	- 1
Arbeitsvolumen	+ 0,0	+ 1 ^{1/2}	0	+ 1,0	0	+ 1 ^{1/2}	- 1 ^{1/2}
Produktivität	+ 1,9	+ 3	+ 2 ^{1/2}	+ 2,9	+ 3	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 1,9	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 3,9	+ 3^{1/2}	+ 2^{1/2}	+ 2^{1/2}
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,9	+ 4	+ 3 ^{1/2}	+ 4,0	+ 4	+ 4	+ 3 ^{1/2}
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 4,0	+ 10	+ 5 ^{1/2}	+ 10,3	+ 9 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 6
Volkseinkommen	+ 3,9	+ 6	+ 4	+ 6,0	+ 5^{1/2}	+ 4	+ 4^{1/2}
Reales Volkseinkommen¹⁾	+ 2,7	+ 4^{1/2}	+ 2	+ 4,9	+ 4	+ 2	+ 2
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit ³⁾	+ 2,8	+ 4	+ 3	+ 4,1	+ 4	+ 3 ^{1/2}	+ 3
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 5,5	+ 10 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 10,2	+ 10 ^{1/2}	+ 4	+ 5 ^{1/2}
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte⁴⁾	+ 4,2	+ 4	+ 4	+ 3,8	+ 4^{1/2}	+ 4	+ 4

³⁾ Nettolohn- und -gehaltssumme.

⁴⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

erfordert häufig zusätzliche Investitionen. Zudem sieht es so aus, als würden sich wegen der Vollendung des europäischen Binnenmarktes die Modernisierungstendenzen verstärken. Auf den ersten Blick spricht somit vieles dafür, daß sich die Investitionskonjunktur weiter kräftigt.

Andererseits: Trotz guter Rahmenbedingungen hat die Investitionsbereitschaft lange Zeit enttäuscht. Die deutschen Unternehmen haben in den vergangenen Jahren die Investitionen deutlich weniger ausgeweitet als früher in ähnlichen Konjunkturphasen. Und sie haben in wachsendem Maße ausländische Standorte bevorzugt, so wie Unternehmen aus anderen Ländern bei ihren Auslandsinvestitionen den Standort Bundesrepublik weitgehend ausgespart haben. Es stellt sich die Frage, ob die hiesigen Investitionsbedingungen in der Einschätzung durch die Unternehmen wirklich so attraktiv sind, wie es die gute Konjunkturlage und die nicht minder gute Gewinnsituation erscheinen läßt.

Wohlgemerkt: Wir sind ziemlich sicher, daß die Investitionen im kommenden Jahr erneut deutlich ausgeweitet werden. Die Entwicklung beim Auftragseingang und bei den Auftragsbeständen weist klar erkennbar nach oben, bei Ausrüstungsgütern und auch bei Bauten. Aber wir sind unsicher, um wieviel sie ausgeweitet werden — ob sich der kräftige Anstieg, wie er dieses Jahr zu beobachten war, fortsetzt oder gar noch verstärkt, oder ob er sich wieder abschwächt.

199. Umfragen und statistische Erhebungen bei Unternehmen über ihre Investitionsabsichten für das kommende Jahr, die den Stand der Planungen vom Spätsommer wiedergeben, vermitteln kein einheitliches Bild. Nach der Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages wäre mit einer Abschwächung der Investitionsdynamik zu rechnen: Die Investitionsbudgets werden danach zwar weiter aufgestockt, aber weniger als es in diesem Jahr der Fall war. Auffällig ist, daß sich dort die positiven Absatzerwartungen nicht voll in den Investitionsplänen spiegeln. Etwas anders sieht es das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Nach den Ergebnissen seines Investitionstests und sonstiger Recherchen zu urteilen, wäre im kommenden Jahr mit folgender Entwicklung zu rechnen: die Unternehmensinvestitionen werden ähnlich kräftig steigen wie in diesem Jahr; im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft, auf die zusammen etwa ein Drittel der Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft) entfällt, wird sich die Investitionsbereitschaft sogar deutlich verstärken, dort ist im nächsten Jahr eine Steigerung der Investitionen um 9 vH beziehungsweise 10 vH zu erwarten, in diesem Jahr lag die Steigerungsrate bei etwa 4 vH beziehungsweise 6 vH. Höhere Zuwächse erwartet das Ifo-Institut auch beim Handel und — wenngleich hier nur leicht höhere — bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen. Dem stehen freilich einige Bereiche gegenüber, die ihre Investitionsbudgets weniger stark aufstocken wollen als bisher, so etwa die Bundesbahn und die Bundespost, oder die, die sogar kräftige Kürzungen planen (Energiewirtschaft und Steinkohlenbergbau). Bei den Elektrizitätsunternehmen laufen die Maßnahmen zur Rauchgasentschwefelung aus, den Steinkohlenbergbau plagen Absatzsorgen.

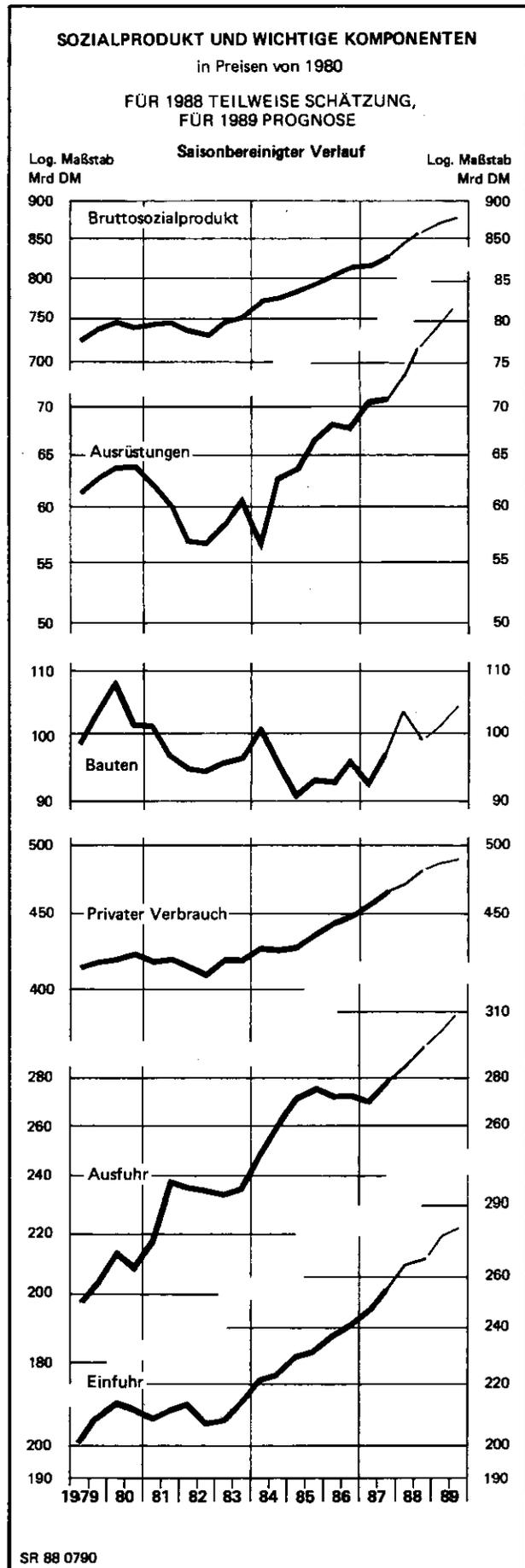
200. Die Planung in den Unternehmen ist eine Sache, die Realisierung der Pläne eine andere. Die Erfahrung zeigt, daß es in wechselnden Konjunkturlagen rasch zu Planrevisionen kommt — nach oben wie nach unten. Das Stimmungsbarometer schlägt dann häufig kräftiger aus, als es aufgrund der tatsächlichen Konjunkturlage gerechtfertigt erscheint; zudem läuft die Einschätzung der Konjunkturlage den Planungen meistens voraus. Im Herbst vergangenen Jahres waren derartige Umfragen und Erhebungen kein Fixstern am Prognosehimmel, sondern ein Irrlicht. Man sollte deshalb deren Ergebnisse nur als Tendenzangabe werten, insbesondere wenn sie einen frühen Stand der Planungen wiedergeben, bei dem selten schon verbindliche Festlegungen getroffen sind.

Wir sind bei unseren Schätzungen davon ausgegangen, daß es noch zu leichten Planrevisionen kommt oder schon gekommen ist, und zwar überwiegend nach oben. Für die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft) haben wir in unsere Prognose eine deutliche Zunahme eingesetzt; wir beziffern sie für den Durchschnitt des nächsten Jahres auf 5½ vH. Die Zuwachsrate ist zwar etwas niedriger als in diesem Jahr (6½ vH), doch ist dies nicht als konjunkturelle Abschwächung zu interpretieren, sondern hat wie erwähnt andere Gründe.

201. Mit einem unvermindert kräftigen Anstieg rechnen wir bei den Ausrüstungsinvestitionen. Dafür spricht, daß ein großer Teil der Unternehmen die Produktionsanlagen grundlegend erneuert und modernisiert. Erneuerungs- und Modernisierungsinvestitionen schlagen sich in erster Linie in Käufen von Erzeugnissen der Büro- und Datentechnik, der Elektrotechnik und des Maschinenbaus nieder. Diese Gütergruppen waren im laufenden Jahr überdurchschnittlich an der Ausweitung der Investitionen beteiligt, und ganz ähnlich dürfte es auch im nächsten Jahr sein. Zu einem gewissen Teil spiegelt sich darin auch die Verlagerung der sektoralen Investitionsschwerpunkte wider: Im nächsten Jahr werden diejenigen Bereiche mit Abstand Spitzenreiter unter den Investoren sein, die mehr in Ausrüstungen als in Bauten investieren — die Bauwirtschaft und die Industrie. Im Durchschnitt des Jahres 1989 dürfte nach unserer Schätzung die Zuwachsrate bei den Ausrüstungsinvestitionen mit rund 6½ vH etwa gleich hoch ausfallen wie die Rate für den Durchschnitt des Jahres 1988 (Tabelle 39, Schaubild 28). Weil gewisse Nachholeffekte entfallen, die die Entwicklung in diesem Jahr mitbestimmt haben, ergibt sich für den Verlauf des nächsten Jahres eine allerdings deutlich niedrigere Rate (6 vH nach reichlich 9 vH).

202. Bei den Bauinvestitionen insgesamt wird die hohe Zuwachsrate dieses Jahres (6 vH) nicht wieder erreicht werden; die Rate dürfte im nächsten Jahr sogar um mehr als die Hälfte zurückgehen. Darin kommt allerdings nicht so sehr eine veränderte Einschätzung der Baukonjunktur zum Ausdruck, sondern der statistische Basiseffekt der anomal milden Witterung im letzten Winter. Wegen dieses Effektes dürfte die Bauproduktion im ersten Vierteljahr 1989 das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums um rund ein Zehntel unterschreiten, normales Winterwetter vorausgesetzt. Bei konjunktureller Betrachtung

Schaubild 28



wird die Baukonjunktur im kommenden Jahr nur wenig an Tempo verlieren.

- Im Gewerblichen Bau rechnen wir mit einem weiteren, wenngleich deutlich flacheren Anstieg der Produktion. Die witterungsbedingt überhöhte Zuwachsrates für dieses Jahr wird sich nicht noch einmal wiederholen; wir schätzen, daß die Rate um etwa die Hälfte sinkt.
- Im Öffentlichen Bau zeichnet sich gleichfalls eine Verlangsamung im Anstieg ab, die hier freilich nicht nur witterungsbedingt ist, sondern andere Ursachen hat: Den Gemeinden, die den überwiegenden Teil der staatlichen Bauaufträge vergeben, fehlt häufig das Geld, um höhere Investitionen zu finanzieren, auch wenn sich ihre finanzielle Situation wegen unerwarteter Steuermehreinnahmen derzeit wieder etwas günstiger darstellt. Dabei spielt auch eine Rolle, daß die bisherigen Förderprogramme (unter anderem das Städtebauförderungsprogramm) allmählich auslaufen, und daß das neue Strukturhilfeprogramm vermutlich nur langsam anlaufen wird. Viele Gemeinden dürften sich folglich zunächst einmal abwartend verhalten.
- Im Wohnungsbau, der nach einer längeren Durststrecke wieder Anschluß gefunden hat, wird sich die Erholung unvermindert fortsetzen. Auf dem Wohnungsmarkt hat sich – wie steigende Immobilienpreise und Mieten zeigen – der Wind inzwischen gedreht. Das Angebot an Wohnungen ist teilweise wieder knapp geworden, jedenfalls in bestimmten Wohnlagen und Regionen. Und da die Hypothekenzinsen derzeit günstig sind (aber kaum noch günstiger werden), dürfte die Bereitschaft, ein Haus oder eine Wohnung zu erwerben, weiter zunehmen. Zusätzliche Impulse werden schließlich von dem Wohnungsbauprogramm für Aussiedler ausgehen, zumal es beträchtliche Folgewirkungen hat. Auch im Wohnungsbau wird freilich die Zuwachsrates im kommenden Jahr wegen des witterungsbedingt überhöhten Ausgangsniveaus deutlich unter der von diesem Jahr liegen.

Insgesamt dürften die realen Bauinvestitionen im nächsten Jahr den Vorjahresstand um etwa 2½ vH übertreffen.

203. Die Prognose der Entwicklung der Investitionen steht unter dem Vorbehalt einer weiterhin guten Exportkonjunktur. Vor einem Jahr hat sich gezeigt, daß ein Rückschlag beim Export vor allem die Investitionen trifft. Umgekehrt – und dafür liefert die Entwicklung seit Anfang dieses Jahres den Beleg – gilt aber auch: Zieht der Export wieder an, kehrt die Investitionsdynamik rasch zurück.

Wir sind zuversichtlich, daß das Exportgeschäft auch im kommenden Jahr schwungvoll sein wird. Diese Einschätzung begründen wir wie folgt:

- Mit der Weltwirtschaft geht es weiter aufwärts, wenn auch in einem etwas langsameren Tempo als bisher. Der Welthandel wird erneut kräftig expandieren – schätzungsweise mit einer Rate von 5½ vH, nach 8 vH in diesem Jahr.

Tabelle 40

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾
Schätzung für das Jahr 1988 und Prognose für das Jahr 1989

	1987	1988	1989	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
	Mrd DM			1988	1989
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	912,6	946	1 002	+ 3 ¹ / ₂	+ 6
Steuern	491,9	512	548 ¹ / ₂	+ 4	+ 7
Sozialbeiträge	350,7	368	379 ¹ / ₂	+ 5	+ 3
Sonstige laufende Einnahmen	49,5	44 ¹ / ₂	52 ¹ / ₂	-10	+18
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	20,5	21 ¹ / ₂	21 ¹ / ₂	+ 5 ¹ / ₂	+ 1 ¹ / ₂
Ausgaben insgesamt	948,2	990	1 018	+ 4 ¹ / ₂	+ 3
Staatsverbrauch	397,2	411 ¹ / ₂	419 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂	+ 2
Einkommensübertragungen	413,5	436 ¹ / ₂	452	+ 5 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂
Private Haushalte	333,2	349	360 ¹ / ₂	+ 5	+ 3
Unternehmen und übrige Welt	80,3	87	91 ¹ / ₂	+ 8 ¹ / ₂	+ 5
Zinsen	57,9	59 ¹ / ₂	61	+ 3	+ 2 ¹ / ₂
Vermögensübertragungen	31,6	32	32 ¹ / ₂	+ 1	+ 2 ¹ / ₂
Investitionen	48,1	50 ¹ / ₂	52 ¹ / ₂	+ 5 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂
Haushaltsdefizit	35,7	44	16	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes ²⁾	45,1	45,3	44,7	x	x
Abgabenquote ³⁾	41,7	41,3	41,6	x	x
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	578,9	594 ¹ / ₂	641	+ 2 ¹ / ₂	+ 8
Steuern	491,9	512	548 ¹ / ₂	+ 4	+ 7
Sonstige Einnahmen	87,0	82 ¹ / ₂	92 ¹ / ₂	- 5	+12
Ausgaben	621,1	643 ¹ / ₂	668	+ 3 ¹ / ₂	+ 4
Haushaltsdefizit	42,2	49	27	x	x
	vH				
Staatsquote ⁴⁾	29,5	29,4	29,4	x	x
Steuerquote ⁵⁾	24,4	24,0	24,6	x	x
Nachrichtlich:					
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	599,0	615	655	+ 2 ¹ / ₂	+ 6 ¹ / ₂
Steuern	468,3	487 ¹ / ₂	522 ¹ / ₂	+ 4	+ 7
Sonstige Einnahmen	130,7	127 ¹ / ₂	132 ¹ / ₂	- 2 ¹ / ₂	+ 4
Ausgaben	649,8	673	700	+ 3 ¹ / ₂	+ 4
Haushaltsdefizit	50,8	58	45	x	x
	vH				
Staatsquote ⁶⁾	30,9	30,8	30,8	x	x
Steuerquote ⁷⁾	23,2	22,9	23,4	x	x

¹⁾ Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

³⁾ Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.

⁴⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁵⁾ Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.

⁶⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁷⁾ Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

- Die deutschen Unternehmen haben bei den augenblicklichen Wechselkursen offensichtlich eine starke Position im Preiswettbewerb, wie der hohe Exportüberschuß zeigt. Diese dürfte sich auch im nächsten Jahr nicht oder allenfalls leicht verschlechtern. Die Annahme ist, daß es zu keinen größeren Veränderungen im Wechselkursgefüge kommt, mit Ausnahme einer leichten Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem.
- In den meisten Ländern kommt die Dynamik von der Ausweitung der Investitionen. Beim Export von Ausrüstungsgütern zeigen die deutschen Unternehmen seit jeher ihre starke Seite. Das weltweit ähnliche Konjunkturmuster ist ein Indiz dafür, daß die Entwicklung des Exports auch im nächsten Jahr deutlich aufwärts gerichtet bleibt. Die Hersteller von Ausrüstungsgütern werden dadurch in doppelter Weise begünstigt: Die steigende Nachfrage nach Investitionsgütern in der Welt treibt den deutschen Export, und der wiederum treibt die heimische Nachfrage nach Investitionsgütern.
- Das bisherige Konjunkturgefälle zwischen den westeuropäischen Ländern und dem Rest der Welt wird sich im nächsten Jahr weitgehend einebnen. Die für den deutschen Export gewichtigen Märkte – etwa 70 vH der Auslandslieferungen deutscher Unternehmen gehen in westeuropäische Länder – wachsen nicht mehr wesentlich langsamer als die Märkte anderswo, von den Märkten im pazifischen Raum, insbesondere den Märkten der Schwellenländer, einmal abgesehen.

Alles in allem rechnen wir damit, daß die Exporte (Waren und Dienste zusammengenommen) im Durchschnitt des kommenden Jahres mit einer Rate von reichlich 5 vH zunehmen werden, das ist etwa die gleiche Rate wie in diesem Jahr. Das Wachstum des Marktpotentials deutscher Unternehmen im Ausland schätzen wir ähnlich ein. Der Prognose liegt also die Annahme zugrunde, daß die deutsche Exportwirtschaft ihre Marktanteile halten wird.

204. Während die Konjunktur von den Investitionen und vom Export weiterhin Auftrieb erhält, werden die Impulse, die im nächsten Jahr von den öffentlichen Haushalten kommen werden, deutlich schwächer sein als in diesem Jahr. Die Gebietskörperschaften werden 1989 ihre Defizite kräftig abbauen. Die Verbrauchsteuererhöhung, die wieder progressive Wirkung der Einkommensteuer und ein Bundesbankgewinn von voraussichtlich 9½ Mrd DM lassen die Einnahmen der Gebietskörperschaften im nächsten Jahr um 8 vH ansteigen (Tabelle 40). Die Ausgaben werden mit einer ähnlichen Rate zunehmen wie in diesem Jahr (knapp 4 vH). Dabei wird angenommen, daß der Bund mit 4 Mrd DM für das Defizit bei der Bundesanstalt für Arbeit eintritt, und daß die Leistungen an die Europäischen Gemeinschaften 1989 etwa 2 Mrd DM niedriger sein werden, als es bislang erwartet worden ist. Unter diesen Voraussetzungen wird das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – 1989 nur noch 27 Mrd DM betragen.

Auch die Sozialversicherungen werden ihre finanzielle Situation 1989 verbessern; ihr Überschuß wird sich auf 11 Mrd DM verdoppeln. Dies insbesondere

deshalb, weil die Reform im Gesundheitswesen im nächsten Jahr zu Einsparungen bei den Gesetzlichen Krankenversicherungen von schätzungsweise 4 Mrd DM führen wird. Außerdem ist wohl davon auszugehen, daß die gesetzlichen Krankversicherer die Beitragssätze leicht senken, wenn auch nicht im Ausmaß der Einsparungen, die sie im kommenden Jahr voraussichtlich erzielen werden. Bei der Bundesanstalt für Arbeit werden dagegen wieder hohe Defizite entstehen.

205. Auch vom privaten Verbrauch werden im kommenden Jahr geringere Impulse ausgehen als bisher. Das erklärt sich zum Teil aus dem etwas langsameren Anstieg der Einkommen, der Lohneinkommen und der Übertragungen.

- Obwohl die effektiven Stundenlöhne im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt mit 3½ vH etwa mit der gleichen Rate steigen werden wie in diesem Jahr, wird sich das Nettoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer nur um 2 vH und die Nettolohn- und -gehaltssumme nur um 3 vH erhöhen (nach 3½ vH und 4 vH in diesem Jahr), weil ein Teil der Lohnerhöhungen dem Ausgleich der Arbeitszeitverkürzungen dient (und der Ausfall an Arbeitsstunden vermutlich nur im begrenzten Umfang durch Neueinstellungen wettgemacht wird) und weil, anders als in diesem Jahr, in dem die Einkommen steuerlich entlastet wurden, die Steuerprogression wieder voll greift.

- Obwohl die Renten mit etwa 3 vH um den gleichen Prozentsatz angehoben werden wie in diesem Jahr, werden die gesamten Einkommensübertragungen deutlich schwächer steigen. Das hängt damit zusammen, daß die Rentner einen höheren Eigenbeitrag zur Krankenversicherung leisten müssen, die tatsächliche Rentenerhöhung also niedriger ausfällt. Außerdem treten bei der Bundesanstalt für Arbeit verschiedene Leistungskürzungen in Kraft. Wir veranschlagen den Zuwachs bei den Einkommensübertragungen auf etwa 3 vH, nach reichlich 4 vH in diesem Jahr.

Die anderen Einkommensarten, die Entnahmen der Selbständigen und die Vermögenseinkommen, werden zwar stärker steigen als Löhne und Transfereinkommen, aber das Gesamtbild verändert sich dadurch nicht nennenswert. Dies bedeutet, daß die privaten Haushalte im kommenden Jahr knapp 4 vH mehr Einkommen zur Verfügung haben werden; in diesem Jahr betrug die Steigerungsrate reichlich 4 vH.

206. Wir sind etwas unsicher, wie sich die Abflachung im Einkommensanstieg auf die Ausgaben der privaten Haushalte auswirkt. Die Entwicklung beim privaten Verbrauch hängt zwar weitgehend von der Entwicklung bei den Einkommen ab, aber nur auf mittlere Frist. Auf ein einzelnes Jahr bezogen ist dieser Zusammenhang weniger stramm, vor allem dann, wenn die Entwicklung der Kaufkraft nicht stetig ist; 1989 könnte ein solches Jahr sein. Es werden sich nicht nur die Einkommen etwas langsamer erhöhen, sondern es dürften auch die Verbraucherpreise etwas rascher steigen als in diesem Jahr. Die privaten Haushalte, inzwischen wieder an hohe Realeinkommenszuwächse gewöhnt, dürften darauf mit einer leichten

Verringerung ihrer Sparquote reagieren — ein Teil dürfte das Mehreinkommen voll ausgeben, ein Teil auch Ersparnisse auflösen oder zusätzlich Kredite aufnehmen. Da und dort dürften überdies Ausgaben im Vorgriff auf die steuerliche Entlastung im nächsten Jahr geleistet werden. Setzt man, wie wir es für begründet halten, bei der Sparquote einen Rückgang um einen halben Prozentpunkt an, dann ergibt sich für die privaten Verbrauchsausgaben eine Steigerungsrate von etwa $4\frac{1}{2}$ vH.

207. In den vergangenen Jahren haben die Verbraucher erfahren, welche Vorteile sie haben, wenn das Preisniveau weitgehend stabil ist. Die Phase, in der bei der Teuerungsrate eine Null vor dem Komma stand, ist jedoch zu Ende. Seit einiger Zeit liegt die Rate wieder deutlich höher — mit Schwankungen von Monat zu Monat bei etwa $1\frac{1}{2}$ vH. Auch wenn es bisher nicht zu einer weiteren Beschleunigung gekommen ist, so hat sich doch das Preisklima erkennbar gewandelt. Einige Sondereinflüsse, vor allem der Rückgang der Heizölpreise, haben das bislang verdeckt.

Wenn nicht alles täuscht, werden sich die Verbraucher künftig wieder auf eine höhere Preissteigerungsrate gefaßt machen müssen. Es ist kein gutes Zeichen, daß die Preise für gewerbliche Waren auf der Erzeugerstufe seit Anfang des Jahres wieder rascher steigen. Der scharfe Wettbewerb mag es dem Einzelhandel zwar schwer machen, die höheren Einstandspreise voll weiterzugeben, aber er wird es zumindest versuchen. Mit einer leicht höheren Teuerungsrate ist auch bei Dienstleistungen zu rechnen. Zu Buche schlagen hier insbesondere kräftige Anhebungen der Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen, die im kommenden Jahr dem Vernehmen nach gehäuft vorgenommen werden. Schließlich werden auch die Mieten — wie schon bisher — vergleichsweise kräftig steigen. Weitgehend stabil werden hingegen die Preise für Nahrungsmittel bleiben. Die EG-Marktordnungspreise dürften auch im kommenden Jahr nicht nennenswert erhöht werden; zudem ist wegen der guten Ernten das Angebot an Obst und Gemüse reichlich.

Der Preisindex der Lebenshaltung dürfte aufgrund der Einzelschätzungen, die wir für die verschiedenen Gruppen von Gütern und Dienstleistungen im Warenkorb der privaten Haushalte vorgenommen haben, im Verlauf des nächsten Jahres, also von Jahresanfang bis Jahresende 1989 gerechnet, mit einer Rate von 2 vH bis $2\frac{1}{2}$ vH steigen, nach etwa $1\frac{1}{2}$ vH in diesem Jahr. Im Ergebnis für den Durchschnitt des Jahres drückt sich das in einer etwas niedrigeren Rate aus (2 vH). Die höhere Rate für das nächste Jahr erklärt sich zum Teil auch damit, daß einige Verbrauchsteuern angehoben werden. Rein rechnerisch könnte dadurch der Preisindex für die Lebenshaltung um reichlich einen halben Prozentpunkt steigen — volle Überwälzung vorausgesetzt. Wir sind aber davon ausgegangen, daß die Überwälzung nur teilweise gelingt und haben in unserer Rechnung einen etwas geringeren Preiseffekt eingesetzt.

208. Günstig auf das Preisklima dürfte es sich auswirken, daß die Importpreise im kommenden Jahr voraussichtlich etwas langsamer steigen werden als in

diesem Jahr. Dazu werden vor allem leicht sinkende Rohstoffpreise beitragen. Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe ist der Preisaufruf schon im Frühsommer in einen Preisrückgang umgeschlagen, und auch auf den Märkten für Nahrungsmittel tendieren die Preise seit kurzem wieder nach unten. Die Neigung, aus spekulativen Gründen die Lager aufzustocken, die in diesem Jahr ausgeprägt war, dürfte daher wieder deutlich abnehmen.

209. Ein geringerer Lageraufbau bei Rohstoffen und Vorprodukten berührt freilich in erster Linie die Einfuhren und erst in zweiter Linie die heimische Produktion. Dies läßt erwarten, daß sich im kommenden Jahr der Importanstieg deutlich abflachen wird, zumal auch vom privaten Verbrauch geringere Sogwirkungen ausgehen werden. Nachdem in diesem Jahr die Zuwachsrate des Importvolumens (Waren und Dienste) noch bei $6\frac{1}{2}$ vH gelegen hat, wird sie im kommenden Jahr nur $4\frac{1}{2}$ vH betragen.

Die langsamere Importzunahme hat freilich ihre Schattenseite. Sie trägt dazu bei, daß sich der nominale Außenbeitrag wieder deutlich erhöht, und zwar nach unserer Rechnung auf etwa 6 vH des Bruttosozialprodukts.

210. Alles in allem wird die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr nicht mehr so schwungvoll sein wie in diesem Jahr. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird wieder spürbar langsamer expandieren — wir veranschlagen die Zuwachsrate für den Verlauf des Jahres 1989 auf 2 vH bis $2\frac{1}{2}$ vH; 1988 betrug die Verlaufsrate 3 vH. Bei den Zuwachsraten für den Jahresdurchschnitt ist der Abstand etwas größer — die Rate geht von $3\frac{1}{2}$ vH auf $2\frac{1}{2}$ vH zurück. Allerdings wird dort das Ausmaß der konjunkturellen Verlangsamung aus verschiedenen Gründen überzeichnet. So ist das Ergebnis für 1988 auch durch die gute Entwicklung am Jahresende 1987 bestimmt, die für einen hohen „Überhang“ sorgte.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird damit etwa im gleichen Tempo zunehmen, wie das Produktionspotential wächst. Die Sachkapazitäten werden weiterhin — im Durchschnitt — gut ausgelastet sein. Die Wachstumsdynamik reicht aber nicht aus, um den Bedarf an Arbeitskräften so zu steigern, daß er eine spürbare Entlastung für den Arbeitsmarkt bringen könnte. Daran wird auch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die in gewichtigen Wirtschaftszweigen vereinbart wurde, nicht viel ändern. Zwar kann man damit rechnen, daß in manchen Bereichen auch zusätzliches Personal eingestellt wird, in den meisten Bereichen werden jedoch verstärkt Rationalisierungsreserven erschlossen. Die Arbeitszeitverkürzung wird also mehr die Produktivität und weniger die Beschäftigung steigern.

211. Dennoch ist damit zu rechnen, daß im nächsten Jahr erneut mehr Menschen beschäftigt sein werden. Wir halten es sogar für wahrscheinlich, daß die Anzahl der Beschäftigten etwas stärker zunimmt als in diesem Jahr, und dies, obwohl die Produktion langsamer steigt. Das hängt — überwiegend — damit zusammen, daß ein wachsender Teil der Unternehmen seine Personalreserven inzwischen ausgeschöpft hat, die Produktion also nur noch steigern kann, wenn die Unternehmen den Personalstand aufstocken. Es

kommt hinzu, daß immer mehr Teilzeitkräfte eingestellt oder daß Vollzeitkräfte durch Teilzeitkräfte ersetzt werden. Insgesamt veranschlagen wir den Anstieg der Beschäftigung für den Verlauf des Jahres 1989 auf 200 000 Personen (175 000 für den Verlauf des Jahres 1988). Seit die Aufwärtsentwicklung auch den Arbeitsmarkt erfaßt hat, seit Ende 1983, haben bis Ende 1988 nicht weniger als 923 000 abhängig Beschäftigte einen Arbeitsplatz gefunden, und bis Ende 1989 dürften es mehr als eine Million geworden sein. Es kann also keine Rede davon sein, daß sich die Beschäftigungschancen in dieser Zeit nicht verbessert haben. Sie haben sich aber nicht so gebessert, daß ein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich gewesen wäre.

212. Von der Nachfrage nach Arbeitskräften wird der Arbeitsmarkt im kommenden Jahr erneut entlastet, vom Angebot wird er hingegen erneut belastet. Die Anzahl derer, die einen Arbeitsplatz suchen, wird weiter zunehmen, und sie wird — um schätzungsweise 200 000 Personen — stärker zunehmen als die Anzahl derjenigen, deren Arbeitsplätze frei werden. Die Anzahl junger Menschen, die vor dem Start ins Berufsleben stehen, wird zwar zurückgehen, die Anzahl von Frauen, die ins Erwerbsleben zurückkehren wollen, wird sich jedoch weiter erhöhen. Hinzu kommt erneut eine größere Anzahl von Aussiedlern

und Asylberechtigten, von denen viele im erwerbsfähigen Alter stehen und mithin als Arbeitsuchende auftreten. Die Anzahl der Arbeitslosen wird deshalb trotz des anhaltenden Beschäftigungsanstiegs nicht nennenswert zurückgehen. Die Anzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen dürfte — im Durchschnitt des Jahres — bei etwa 2,25 Millionen verharren, die Arbeitslosenquote, ausgedrückt als Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen, von 9,0 vH auf 8,9 vH sinken. Zwar kann es im Jahresverlauf größere Veränderungen geben — nach unten wie nach oben — doch hat das saisonale Gründe. Solche Veränderungen sollten nicht vorschnell als konjunkturelle Bewegungen interpretiert werden.

213. Nach unserer Prognose wird die deutsche Wirtschaft 1989 wieder auf einen Expansionspfad zurückkehren, der ihr mittelfristig durch das Wachstum des Produktionspotentials vorgezeichnet ist. Trotz deutlich höherer Investitionen in diesem und im nächsten Jahr wachsen die Sachkapazitäten weiterhin nur mit einer jährlichen Rate von schätzungsweise 2 vH. Dies zeigt, daß das Kernproblem, der Mangel an Wachstumsdynamik, auch durch die gute Entwicklung in diesem Jahr keinesfalls behoben ist, sondern fortbesteht.

DRITTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für 1989 und danach

Teil A

Aufgaben und Möglichkeiten

I. Ziele und Wirklichkeit

Der empirische Befund

214. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik führt nun schon im sechsten Jahre aufwärts, und die Aussichten sind gut, daß es über 1988 hinaus bei dieser Grundrichtung bleibt. Auch wenn man die Zuwachsrate des Sozialprodukts, die in diesem Jahr mit 3½ vH den höchsten Wert seit 1979 erreichte, nicht überschätzen und nicht einfach fortschreiben darf, macht sie doch deutlich, daß die Konstitution der Volkswirtschaft heute besser ist als zu Beginn der achtziger Jahre. Störungen, wie sie vom Börsenkrach und den anschließenden Turbulenzen an den Devisenmärkten im vergangenen Spätherbst ausgingen, hätte sie ohne diese Besserung weniger leicht verkraftet. Doch nicht allein dies ist als Erfolg zu buchen. Nicht weniger zählt, daß die zurückgewonnene Stabilität des Geldwerts fast ungeschmälert gewahrt werden konnte. Daß alles im Lot sei, läßt sich gleichwohl nicht sagen. Anlaß zur Zufriedenheit besteht insbesondere so lange nicht, wie der Zuwachs an Beschäftigung, so ansehnlich er für sich genommen auch ist, nicht ausreicht, den Abbau der Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt voranzubringen.

215. Zur Verstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte in diesem Jahr hat eine Reihe von Einflüssen beigetragen. Günstige Witterungsbedingungen, eine gute Ernte, eine reale Abwertung der D-Mark und die nochmalige Verbilligung des Öls sind hier ebenso zu nennen wie die expansiven Impulse, die von der Geldpolitik und von der Finanzpolitik ausgingen. Da die Wirtschaftspolitik auch im Ausland überwiegend einen gleichgerichteten Kurs verfolgte, nicht zuletzt, um vermeintlichen negativen Folgen der Unruhe an den Finanzmärkten zu begegnen, kam vermehrte Nachfrage von den Auslandsmärkten hinzu. Dies wiederum förderte die Investitionsneigung im Inland deutlich, und alle Einflüsse zusammen bewirkten, daß auch das Einkommen der privaten Haushalte und mit diesem der private Verbrauch stärker stiegen als erwartet. Der Schub, der sich aus dem Zusammentreffen erhöhter Binnennachfrage und erhöhter Auslandsnachfrage für die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion ergeben hat, wird noch bis weit in das nächste Jahr hinein nachwirken.

216. Die deutlich gestiegene und voraussichtlich auch im kommenden Jahr noch hohe Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten bedeutet nicht, daß diese ihrerseits in dem Maße wachsen, das erforderlich ist, um die Arbeitslosigkeit schnell zu verrin-

gern. Die Investitionstätigkeit hat zwar zugenommen, aber erst wenn die Belebung über längere Zeit anhält und sich verstärkte, wäre dies in Aussicht. Für eine beschleunigte Vermehrung des Arbeitsplatzangebots reicht die Verbesserung der Angebotsbedingungen noch nicht aus, die in den letzten Jahren erzielt werden konnte. Vorrang für die Wachstumspolitik ist daher nach wie vor geboten.

217. Zusammengefaßt ergibt sich mit Blick auf die Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, der folgende Befund:

- Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist deutlich höher als in den zurückliegenden Jahren. Auch die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, gemessen am Produktionspotential, wachsen stärker. Noch genügt die Wachstumsdynamik jedoch nicht, um bei den großen un erledigten Aufgaben voranzukommen.
- Der Zuwachs der Beschäftigung war 1988 im Jahresverlauf stärker als 1987. Für das Jahr 1989 ist ein noch größerer Anstieg der Beschäftigtenzahl zu erwarten, doch wird er weiterhin nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit abzusinken. Immer noch gilt: Die hohe Arbeitslosigkeit ist und bleibt die ärgste Zielverfehlung.
- Die Kaufkraft des Geldes erfuhr 1988 eine Schmälerung. Gemessen an der geringen Steigerung der Verbraucherpreise kann das Stabilitätsziel jedoch noch als erfüllt gelten; nimmt man die angelegte Beschleunigung im Anstieg des Preisniveaus mit in den Blick, entsteht indes Sorge, daß die Geldwertstabilität gefährdet sein könnte.
- Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist nicht erreicht. Das kommt im sehr großen Nettokapitalexport zum Ausdruck. Ihm entspricht der hohe Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz, der auch im Jahre 1989 nicht sinken, sondern voraussichtlich sogar noch steigen wird.

Wirtschaftswachstum auf steilerem Pfad?

218. Führt man sich die Entwicklung seit Ende 1982, als die Aufwärtsentwicklung einsetzte, noch einmal im ganzen vor Augen, so ist festzustellen, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung seither mit jahresdurchschnittlichen Raten von rund 2½ vH expandiert,

zeitweilig etwas langsamer, zeitweilig etwas rascher. In diesem Jahr haben Sonderfaktoren den Auftrieb verstärkt, der von den endogenen Kräften getragen wurde; im kommenden Jahr wird die Belastung durch höhere Verbrauchsteuern einen dämpfenden Einfluß ausüben. Aus temporären Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Expansionsraten läßt sich daher nicht auf Veränderungen des mittelfristigen Wachstumspfades schließen. Das Urteil, ob dieser jetzt steiler bergauf führt, muß sich auf die Einschätzung der grundlegenden Wachstumsbedingungen stützen. Hier sind Besserungen unverkennbar; nach wie vor gibt es aber auch Zeichen dafür, daß diese noch nicht ausreichen.

219. Zum Positiven im Bild gehören die gute Ertragslage der meisten Unternehmen und die wieder bessere Eigenkapitalausstattung. Vielen fällt es damit leichter, Neues zu wagen – neue Fertigungsverfahren einzuführen, neue Produkte auf den Markt zu bringen, neue Märkte zu erschließen, neue Kunden zu gewinnen – und damit den Grundstein zu mehr rentabler Produktion zu legen. Die Belebung der Investitionen in diesem Jahr läßt hoffen, daß der Ausbau der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nun rascher als in den zurückliegenden Jahren vorankommt.

Gesichert ist das in der Breite der Wirtschaft aber noch nicht. Obwohl der Kostendruck schwächer geworden ist, Einkommen mit Steuern nicht mehr ganz so stark belastet sind und zukunftsgerichtete Entscheidungen nicht mehr und noch nicht wieder von mangelnder Stabilität des Geldwertes fehlgeleitet werden, sind die Angebotsbedingungen keineswegs rundum gut. Der Zugang zu nicht wenigen Märkten, insbesondere zu wachstumsträchtigen im Dienstleistungsbereich, ist weiterhin behindert. Die Subventionen an Unternehmen steigen anhaltend, verzerren den Wettbewerb und lasten schwer auf allen, die nicht subventionsbegünstigt sind. Der Staat interveniert zu viel und mit schlechtem wirtschaftlichem Ergebnis. Die Unternehmensbesteuerung bleibt reformbedürftig. Die Tarifparteien müssen offener für den erhöhten Anpassungsbedarf werden, der mit dem Strukturwandel einhergeht.

Die Wachstumsbedingungen weiter zu verbessern, bleibt damit vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Hohe Arbeitslosigkeit trotz anhaltender Beschäftigungszunahme

220. Die Beschäftigung ist 1988 weiter gestiegen, im Jahresverlauf sogar stärker als im Jahr davor. Verglichen mit der kräftigen Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion blieb der Beschäftigungsanstieg indessen verhalten. Mit grundlegenden Veränderungen im Einstellungsverhalten der Unternehmen hat das nichts zu tun. Vielmehr konnten die Unternehmen auf personelle Reserven zurückgreifen, die zuvor bei langsamer Produktionsausweitung entstanden waren. Der Beschäftigungsanstieg im Jahresverlauf ändert allerdings nichts daran, daß Arbeitsplätze nach wie vor in großer Zahl fehlen und daß es – so wie die

Aussichten sind – dabei auch im nächsten Jahr bleiben wird.

221. Daß die Arbeitslosigkeit damit auch im siebten Jahr der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung unverändert hoch sein wird, darf jedoch nicht zu dem Fehlschluß verleiten, Wirtschaftswachstum gehe am Arbeitsmarkt vorbei, nicht zuletzt weil die Produktivitätsentwicklung im Zuge des technischen Fortschritts eine solche Eigendynamik habe, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht Schritt halten könne. Weder das eine noch das andere ist richtig, und nichts wäre verkehrter, als den Produktivitätsfortschritt aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zu drosseln.

Gesamtwirtschaftlich gesehen nimmt die Beschäftigung nicht deshalb zu wenig zu, weil die Produktivität zu stark ansteigt, sondern weil die Wirtschaft nicht rasch genug wächst, und das heißt, weil nicht genügend viel neue Produktion genügend schnell rentabel wird. Das Wachstumstempo ist nicht unabhängig vom Produktivitätsfortschritt, schon gar nicht in einer offenen, dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Wirtschaft. Bei gegebenen Ansprüchen an den Produktionsertrag – Ansprüchen der Arbeitnehmer, der Kapitaleigner und des Staates – entscheidet das Ausmaß des Produktivitätsanstiegs darüber, wieviel Produktion und damit letztlich auch wieviel Beschäftigung sich lohnt. In einzelnen Bereichen schließt das Freisetzen nicht aus. Worauf es ankommt, ist, daß genügend viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten an anderer Stelle entstehen.

Staat und Tarifparteien haben es in der Hand, dafür günstige Voraussetzungen zu schaffen, günstigere als bislang gegeben sind. Auch auf das notwendige Maß an Strukturwandel haben sie Einfluß: Je enger die Grenzen sind, in denen sich die Ansprüche an den Produktionsertrag im gesamten halten, um so weniger muß die Produktivität im Wettbewerb mit dem Ausland steigen und um so kleiner kann die Sorge geschrieben werden, daß der Anpassungsbedarf die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmern überfordert.

222. Wie groß die Anzahl der Arbeitsplätze ist, die seit Ende 1983 neu geschaffen worden sind, und wie viele in der gleichen Zeit verloren gingen, ist nicht bekannt, weil sich der Wandel der Arbeitsplatzstruktur nicht nur zwischen den einzelnen Sektoren und deren Zweigen, sondern auch innerhalb der jeweiligen Bereiche vollzieht und weil selbst die einzelnen Unternehmen von Abteilung zu Abteilung in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Stellt man nur auf die großen Wirtschaftsbereiche ab, so ist festzustellen, daß der Dienstleistungsbereich und – freilich in deutlich geringerem Umfang – das Verarbeitende Gewerbe ihren Beschäftigtenstand ausgeweitet haben. Dem stehen in der Landwirtschaft, im Bergbau und im Baugewerbe Rückgänge gegenüber. Insgesamt summiert sich der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungszuwachs im Ergebnis auf rund 923 000 Personen.

223. Die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand erfordert eine deutlich verstärkte Ausweitung des Arbeitsplatzangebots. Es müssen so viele Arbeitsplätze neu geschaffen werden, daß zugleich genügend Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze bereitsteht

und Arbeitslose wie all jene, die zusätzlich Arbeit suchen, eine Stelle finden können, ohne daß die einen den anderen Beschäftigungsmöglichkeiten nehmen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zeigt, daß die Zunahme der Beschäftigtenzahl noch immer gerade nur Schritt hält mit der Zunahme der Nachfrage nach Arbeitsplätzen. Die Anzahl der ins Berufsleben eintretenden Jugendlichen sinkt zwar inzwischen, die der Frauen, die sich erstmals oder nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wieder um eine Stelle bemühen, steigt jedoch weiter, und neuerdings kommen Aussiedler in großer Anzahl hinzu. Darin nur eine Erschwerung des Beschäftigungsproblems zu sehen, hieße zu verkennen, daß ein größeres Erwerbspersonenpotential immer auch ein größeres Wachstumspotential bedeutet.

Stabilität des Geldwertes ohne Restriktionsdruck sichern

224. Zu den bedeutendsten wirtschaftspolitischen Erfolgen der letzten Jahre gehört die Wiedergewinnung der Stabilität des Geldwertes. Dazu haben alle Politikbereiche beigetragen, die Geldpolitik und die Finanzpolitik ebenso wie die Tarifpolitik. Teil daran hatte auch eine Handelspolitik, die den Wettbewerb von außen scharf hielt. Daß der letzte Schritt bis ins Ziel in den Jahren 1986 und 1987 einer starken Verbilligung der Einfuhr zu verdanken war, schmälert den Erfolg nicht. Dieser konnte auch 1988 noch weitgehend gewahrt werden; ein Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um nicht viel mehr als 1 vH kann noch als stabilitätskonform angesehen werden. Allerdings: An der laufenden Rate gemessen nimmt der Anstieg seit Anfang des Jahres tendenziell zu, und Ende 1989 wird er sich – unter den Annahmen zur Geldpolitik und Tarifpolitik, die wir unserer Prognose zugrunde legen – auf annähernd 2½ vH belaufen. Rechnet man den Preiseinfluß der höheren Verbrauchsteuern heraus, bleibt immer noch eine Beschleunigung. Bei den Erzeugerpreisen ist diese schon derzeit deutlicher. Darin ist ein Frühindikator zu sehen, der für den Geldwert auf mittlere Sicht nichts Gutes verheißt.

Gewiß wäre es überspitzt, wollte man Geldwertstabilität mit einer Steigerungsrate von Null beim Preisniveau gleichsetzen. Jeder Preisindex ist unscharf. Qualitätsveränderungen lassen sich nur grob erfassen; andere Meßprobleme kommen hinzu. Deshalb sollte man eine Preissteigerungsrate von jährlich ein bis anderthalb vom Hundert nicht ohne weiteres schon als Inflation deuten. Das Urteil, ob ein inflatorischer Prozeß in Gang gekommen und wie stark er ist, kann man, solange die Preisniveausteigerung allerdings gering ist, nicht allein auf die jeweils realisierte Steigerungsrate gründen. Man muß vielmehr auch prüfen, auf welche Entwicklung des Preisniveaus in Zukunft sich die Erwartungen in der Wirtschaft richten. Schließlich sind allfällige Einflüsse von Sonderfaktoren auf die allgemeine Preisentwicklung zu berücksichtigen. So wie in den letzten Jahren Preisrückgänge beim Erdöl und bei anderen Importgütern verbliebene endogene Preissteigerungen verdeckt haben, wird 1989 die Erhöhung der Verbrauchsteuern den allgemeinen Preisauftrieb überzeichnen.

225. Das ändert nichts daran, daß sich mit wieder anziehenden Preissteigerungen nicht gering einzuschätzende Risiken verbinden. Die Gewerkschaften haben sich zum Teil für mehrere Jahre mit tarifvertraglichen Lohnerhöhungen festgelegt und dabei von der Erwartung leiten lassen, daß die Kaufkraft des Geldes keine nennenswerten Einbußen erleidet. Würde diese Erwartung enttäuscht, könnte das dazu führen, daß sie früher oder später Lohnnachschnitte durchsetzen und daß in neu zu vereinbarende Lohnsteigerungen höhere, für unvermeidlich gehaltene Inflationsraten eingehen. Für beschleunigte Preissteigerungen wären damit die Weichen gestellt. Ist die Preis-Lohn-Spirale einmal in Gang gesetzt, muß die Geldpolitik gegensteuern, und dieses Gegensteuern wird dann den Anstieg von Produktion und Beschäftigung dämpfen. Das könnte das Ende der Aufwärtsentwicklung einleiten.

226. Nicht nur aus diesem Grunde gilt es, größere Abweichungen vom Ziel eines stabilen Geldwertes zu vermeiden. Auch ihre Lenkungsfunction erfüllen Veränderungen der Preise auf den einzelnen Märkten am besten, wenn das Preisniveau im ganzen stabil ist. Ein weiteres kommt hinzu – die Wahrung der Wertbeständigkeit von Geldvermögen. Schon heute ist dessen Höhe in der Bundesrepublik beträchtlich, und wenn mehr private Eigenvorsorge die gesetzliche Altersversorgung in Zukunft verstärkt ergänzen soll, was unumgänglich ist, darf die Attraktivität weiterer Geldvermögensbildung keinen Schaden leiden.

Die Erfahrung aus der Vergangenheit lehrt, daß es ein Irrtum wäre zu glauben, der Wirtschaftspolitik fiele es leichter, den Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus – hat er sich erst einmal beschleunigt – auf 3 vH oder 4 vH zu begrenzen, als ihn von vornherein in größerer Nähe zum Stabilitätsziel zu halten.

227. Dies sollte nicht nur der Geldpolitik, sondern auch der Tarifpolitik im kommenden Jahr Führung geben. Die Tarifpolitik dient den längerfristigen Interessen der Arbeitnehmer am besten, wenn sie bei den anstehenden Vereinbarungen auf eine nachträgliche oder vorgegreifende Einbeziehung von Preissteigerungen in die Tarifierhebungen ganz verzichtet und so weiteren Abweichungen von der Geldwertstabilität keinen Vorschub leistet. Die Anhebung der Verbrauchsteuern im nächsten Jahr darf in keinem Falle zum Anlaß genommen werden, einen Ausgleich zu verlangen. Sie soll die Staatseinnahmen erhöhen, also Einkommen vom privaten Sektor zum Staat hin umverteilen. Steuererhöhungen dürfen im Rahmen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik ebenso wenig ein Anlaß für Lohnanhebungen sein, wie Steuersenkungen – etwa die 1988 durchgeführte oder die für 1990 vorgesehene Einkommensteuersenkung – kein Anlaß für entsprechend geringere Bruttolohnanhebungen sind.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: keine weitere Zielannäherung

228. Der hohe außenwirtschaftliche Überschuß der Bundesrepublik hat sich im Jahre 1988 nicht verringert. Nach gut zwei Jahren eines durch die starke Höherbewertung der D-Mark verschärften internatio-

nenal Wettbewerbs, der zu stagnierenden Exporten geführt hatte, nahm die Ausfuhr 1988 in realer Rechnung nur wenig langsamer zu als die Einfuhr, und auch die Exportpreise, die zuvor deutlich nachgegeben hatten, zogen wieder an. Preisänderungen und Mengenänderungen haben sich in einem kräftigen Anstieg des Ausfuhrwertes niedergeschlagen. So ist der Überschuß in der Leistungsbilanz nochmals gestiegen, und zwar um rund 10 Mrd DM. Im kommenden Jahr dürfte er sich weiter erhöhen.

229. Das heißt nicht, daß der Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland immer noch einen gleich hohen oder gar einen höheren Beitrag zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Inland leistet wie vor drei Jahren. Der reale Außenbeitrag hat sich von rund 85 Mrd DM im Jahre 1985 auf etwa 47 Mrd DM vermindert, in Relation zum Brutto-sozialprodukt von 5,4 vH auf rund 2,7 vH. Daran zeigt sich, wie stark die in internationaler Konkurrenz stehenden Unternehmen gezwungen waren, neue oder bessere Produkte anzubieten und neue Absatzmärkte zu erschließen, um sich zu behaupten. Friktionslos ist die Anpassung an die Veränderung der Wechselkurse und damit der relativen Preise nicht verlaufen.

230. Der Außenwert der D-Mark gegenüber dem Dollar verdoppelte sich gegenüber seinem Tiefstand im Frühjahr 1985 bis zum Beginn dieses Jahres. Erst nach dem kräftigen Rückgang des Dollarkurses, der nun eher wieder zu Aufwertungserwartungen für die amerikanische Währung führte, waren die internationalen Kapitalanleger bereit, den hohen Kapitalbedarf der Vereinigten Staaten ohne größere Risikoauflagen bei den geforderten Zinsen zu decken. Im Laufe des Jahres, als immer deutlicher wurde, daß die Rückführung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits bei rasch steigenden Exporten Fortschritte machte, festigten sich die Erwartungen, und der Kurs des Dollar zog an. Das darf freilich nicht den Blick dafür verstellen, daß sich die Stabilisierung der Wechselkurse und der internationalen Zinsdifferenzen als fragil erweisen könnte. Eine Änderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten oder Anzeichen für veränderte wirtschaftspolitische Prioritäten etwa könnten dazu führen, daß sich Zinsen und Wechselkurse erneut in eine Richtung verändern, die mit binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen in der Bundesrepublik nicht im Einklang steht. Die Wirtschaftspolitik darf daher in dem Bemühen nicht nachlassen, einen Abbau der Verzerrungen im internationalen Leistungsbilanzgefüge zu fördern.

231. Der hohe Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz ist Ausdruck der Tatsache, daß in der Wirtschaft mehr Güter produziert als investiert und verbraucht werden, oder anders gewendet, daß die Investitionsvorhaben hinter der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis zurückbleiben. Für ein hoch industrialisiertes und wohlhabendes Land ist es im Prinzip nicht ungewöhnlich, wenn es finanzielle Forderungen gegenüber dem Ausland erwirbt. Ob und in welchem Ausmaß das geschieht, ist nicht unabhängig davon, wie Zinsen und Wechselkurse auf außenwirtschaftliche Einflüsse reagieren. Möglich ist durchaus, daß ein hoher Nettokapitalexport dauerhaft Bestand hat. Das kann sowohl aus nationaler als auch aus weltwirtschaftlicher Sicht von Vorteil sein. Aus der Sicht der

Bundesrepublik könnte der weitere Aufbau von Auslandsvermögen, dessen Erträge in der kritischen Phase der stark steigenden realen Belastung durch die Versorgung der älteren Mitbürger genutzt werden können, dazu beitragen, diese Belastungen zu mindern. Aus weltwirtschaftlicher Sicht ist ein Nettokapitalexport der Bundesrepublik ebenfalls positiv zu beurteilen: Für die Entwicklungsländer insbesondere ist ein Zustrom von Auslandskapital — als Sachinvestition oder auch als Finanzinvestition — geradezu lebenswichtig. Der Kapitalexport in Entwicklungsländer macht im Falle der Bundesrepublik allerdings nur einen bescheidenen Anteil des gesamten Kapitalexports aus.

232. Ein anhaltender Kapitalexport steht somit grundsätzlich durchaus im Einklang mit Zielen der nationalen Wirtschaftspolitik und der internationalen Zusammenarbeit. So gesehen ist auch ein Leistungsbilanzüberschuß — das Gegenstück zum Kapitalexport — nicht negativ zu beurteilen. Die eigentliche Frage richtet sich auf die Angemessenheit des hohen Ausmaßes des deutschen Leistungsbilanzüberschusses beziehungsweise des Kapitalexports.

Eine entscheidende Ursache für die hohen Überschüsse ist darin zu erblicken, daß die wirtschaftlich attraktiven Investitionschancen in der Bundesrepublik — gemessen an denen des Auslands — hinter der Sparkraft des Landes zurückbleiben. Diese „Investitionslücke“ hat zur Folge, daß das Angebot an Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik zu gering ausfällt.

Aus dieser Sicht sind die Überschüsse im Kapitalexport beziehungsweise im Export von Waren und Dienstleistungen „zu hoch“. Mit anderen Worten: Das „außenwirtschaftliche Ungleichgewicht“ muß im Zusammenhang mit dem binnenwirtschaftlichen Ungleichgewicht gesehen werden. Eine Wirtschaftspolitik, die bessere Rahmenbedingungen für das Investieren schafft und so die Nachfrage nach Sparkapital im Inland erhöht, fördert die Ausweitung des Arbeitsplatzangebots und mindert zugleich den außenwirtschaftlichen Überschuß.

II. Neue Herausforderungen, unveränderte Aufgaben

Die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik erhöhen

233. Nach wie vor gilt: Vorrang für die Wachstumspolitik. An dem Befund eines unbefriedigenden Wirtschaftswachstums hat sich trotz der jüngsten Expansion nichts geändert (Ziffer 214). Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ist auf mittlere Sicht immer noch zu gering, nimmt man zum Maßstab, was notwendig ist, um bei den großen unerledigten Aufgaben schneller zum Ziel zu gelangen — die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen, einen größeren deutschen Beitrag zur Entzerrung des internationalen Leistungsbilanzgefüges zu leisten, das wirtschaftliche Fundament der sozialen Sicherung zu stärken, die Umwelt besser zu schützen (JG 87 Ziffern 245 ff.). Der weiterhin große Abstand zwischen

Wachstumsziel und Wachstumswirklichkeit erfordert eine entschlossenerere Schwerpunktsetzung in der Wirtschaftspolitik. Die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre ist und bleibt die breite und grundlegende Verbesserung der Bedingungen, unter denen sich wirtschaftliches Wachstum entfalten kann.

Für eine derart weitgehend in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingebundene Wirtschaft wie die der Bundesrepublik heißt „Vorrang für die Wachstumspolitik“, die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik für inländische und ausländische Investoren zu erhöhen. Mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes erhält diese Aufgabe einen besonderen Akzent und besondere Dringlichkeit (Ziffern 237 ff.). Anders gewendet: Die neuen Herausforderungen unterstreichen den unveränderten wachstumspolitischen Handlungsbedarf. Über die Kennzeichnung der wirtschaftspolitischen Grundlinien hinaus gilt es daher einmal mehr, deutlich zu machen, was von der Wirtschaftspolitik zu fordern und zu tun ist.

234. Anlaß zur Zufriedenheit mit dem Erreichten besteht nicht. Das bestätigen die Ergebnisse des in diesem Gutachten unternommenen Versuchs, die Qualität des Unternehmensstandorts Bundesrepublik und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen zu beurteilen (Ziffern 147 ff.). Sicher ist es nicht berechtigt, schlechthin von einer mangelnden Standortqualität oder von unzureichender internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu sprechen. Die Bundesrepublik steht – mit wenigen anderen Industrieländern – im vordersten Rang hinsichtlich der Qualifikation der Arbeitskräfte, der Tüchtigkeit der Unternehmer sowie der Güte der Infrastruktur, und im Export hat sie eine starke Stellung. Nicht zu verkennen ist aber, daß die Bundesrepublik den Herausforderungen an hochentwickelte offene Volkswirtschaften in den letzten Jahren weniger gut entsprochen hat als eine Reihe anderer Industrieländer (Ziffer 176). Auf den besonders wachstumsträchtigen Märkten ist sie schwächer vertreten, beim Wirtschaftswachstum hat sie Boden verloren, und hinsichtlich der Beschäftigungssteigerung rangiert sie weit hinten.

Die wichtigsten zukunftsbezogenen Indikatoren, wie etwa die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen, weisen nicht auf eine Umkehr dieser Tendenzen hin (Ziffern 158 ff.). Ausländische Investoren bevorzugen andere Länder in der EG; der Anteil, der auf Direktinvestitionen in der Bundesrepublik entfällt, ist viel kleiner, als es dem deutschen Anteil am Sozialprodukt der Gemeinschaft entspräche. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland expandieren gleichzeitig kräftig, wobei sich ein nicht geringer Teil mit Produktionsverlagerungen verbindet. Das Verhalten der inländischen und der ausländischen Investoren läßt nicht auf eine vergleichsweise günstige Einschätzung der Bundesrepublik als Unternehmensstandort schließen. Dagegen ist um so nachdrücklicher anzugehen, als sich andere Länder – Industrieländer, Schwellenländer, Entwicklungsländer – anstrengen, neue Marktpositionen zu besetzen.

235. Die Qualität des Standorts Bundesrepublik erhöhen heißt: die vorhandenen Vorzüge pflegen und Mängel, wo immer dies möglich ist, beseitigen. Die

Aufgabe, für ein gutes Abschneiden im internationalen Standortwettbewerb zu sorgen, konkretisiert sich für die Wirtschaftspolitik immer wieder von neuem, und sie spart keinen wichtigen Bereich der Wirtschaft aus. Neue Wettbewerber treten auf dem Weltmarkt auf; technische Neuerungen entwerfen nicht nur alte Produktionsanlagen, sondern auch alte Qualifikationen und erfordern neue. Institutionelle Reformen wie die Vollendung des europäischen Binnenmarktes verlangen von der Wirtschaftspolitik, daß sie ihre Regelwerke und ihre Ausrichtung überprüft und gegebenenfalls Änderungen vornimmt. Eine ein für allemal feststehende Grenze zwischen international handelbaren Gütern und Dienstleistungen auf der einen Seite und „nationalen“ Gütern und Diensten auf der anderen Seite gibt es nicht, schon gar nicht im zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt. Wer heute noch auf einem abgegrenzten regionalen oder lokalen Markt anbietet, kann sich schon morgen der Konkurrenz ausländischer Anbieter ausgesetzt sehen.

Aus alledem folgt, daß der internationalen Wettbewerbsfähigkeit als Prüfstein für die Ausgestaltung der nationalen Wirtschaftspolitik mehr und mehr Bedeutung zukommt. Das schließt Maßnahmen nicht aus, die hier und da Einbußen im internationalen Wettbewerb mit sich bringen, sofern diese durch einen Zugewinn an anderer Stelle wettgemacht werden können. Wenn ein Land beispielsweise beim Umweltschutz ehrgeizigere Ziele als andere Länder verfolgt und hier vortreibt, muß das Zurückfallen der die Umwelt stark belastenden Produktionsbereiche im internationalen Wettbewerb der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung nicht schaden, wenn andere Produkte mit komparativen Vorteilen schnell genug auf den Markt gebracht werden. An dieser Fähigkeit, einen friktionsarmen Strukturwandel zu gewährleisten, mangelt es in der Bundesrepublik (JG 87 Ziffer 251). Entsprechend eng sind die Grenzen für eine Wirtschaftspolitik gezogen, die mit ihren Entscheidungen erhöhten Anpassungsbedarf schafft; es sei denn – und darum muß es vor allem gehen –, sie fördert gleichzeitig die Anpassungsfähigkeit in verstärktem Maße.

236. Eine Wirtschaftspolitik, der es gelingt, die Wachstumskräfte in der Bundesrepublik zu stärken, nutzt nicht nur der deutschen Volkswirtschaft, sondern auch dem Ausland. Einer in der Stärkung der Wachstumskräfte gründenden Exportfähigkeit der deutschen Unternehmen steht eine wachstumsbedingt höhere Nachfrage nach ausländischen Gütern und Diensten gegenüber. Und das ist nur ein Teil der Wirkungskette. Eine wiedererlangte Wachstumsstärke trägt außerdem dazu bei, die Standortqualität im Urteil der Märkte zu erhöhen: Es lohnt sich, mehr in der Bundesrepublik zu investieren; entsprechend nimmt die Attraktivität der Bundesrepublik für international mobiles Kapital zu, mit der Folge, daß mehr im Inland statt im Ausland investiert wird, was wiederum zu einem Anstieg des Außenwertes der D-Mark führt, auch gegenüber den Partnerwährungen im Europäischen Währungssystem, wenn das erforderliche Realignment nicht hinausgezögert wird. Die Höherbewertung dämpft den Zuwachs der Exporte und fördert den der Importe. Der Leistungsbilanzüberschuß geht dann zurück, und zwar letztlich

aufgrund der vermehrten Investitionen im Inland. Eine auf kräftigerem Wachstum beruhende Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses gibt aus inländischer Sicht keinen Anlaß zur Besorgnis, und aus weltwirtschaftlicher Sicht hilft sie, bestehende Verspannungen zu lösen.

Die neue Herausforderung: Vollendung des EG-Binnenmarktes bis 1992

237. Mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 soll die Europäische Gemeinschaft zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen werden. Die Erwartungen sind hochgesteckt. Die wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus dem Abbau von Schranken für den innergemeinschaftlichen Handel, aus der Beseitigung von Grenzkontrollen, aus der Nutzung von Größenvorteilen in der Produktion sowie aus dem verstärkten Wettbewerb im gemeinsamen Markt ergeben werden, sind fraglos nicht gering zu veranschlagen. Bei geeigneter Flankierung, insbesondere durch regionalpolitische Maßnahmen, rechnet die EG-Kommission damit, daß alle Länder und Regionen an der Wohlfahrtssteigerung angemessen teilhaben werden. Die europäische Wirtschaft, die in den achtziger Jahren gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan zurückgefallen ist, sollte sich im internationalen Wettbewerb in den neunziger Jahren besser behaupten können.

238. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes erfordert den Abbau aller noch bestehenden Beschränkungen des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs und noch bestehender Beschränkungen der Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten. Sie verlangt außerdem eine Harmonisierung oder Abstimmung in wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik.

- Einem freien Warenverkehr stehen bislang noch unterschiedliche nationale Standards und Regelungen im Wege. Versuche, diese Normen auf Gemeinschaftsebene zu harmonisieren, erwiesen sich als wenig erfolgreich. Nach der „Neuen Konzeption der technischen Harmonisierung und Normung“ sollen alle in einem Mitgliedsland rechtmäßig hergestellten und auf den Markt gebrachten Produkte grundsätzlich freien Zugang zu den Märkten aller Mitgliedsländer haben. Die Gemeinschaft soll für umfangreiche Produktbereiche nur noch die grundlegenden Schutzanforderungen festlegen. Eine gegenseitige Anerkennung der nationalen Normen ist überall dort vorgesehen, wo bis 1992 keine Harmonisierung erreicht wird.
- Der Dienstleistungsverkehr wird derzeit noch in starkem Maße durch Unterschiede der nationalen Regulierungssysteme behindert. Eine uneingeschränkte Betätigungsmöglichkeit der Anbieter von Dienstleistungen in allen EG-Ländern, wie sie geplant ist, eröffnet oder intensiviert den Wettbewerb in diesem Sektor, der von allen Wirtschaftsbereichen das größte Wachstumspotential aufweist.
- Der Kapitalverkehr unterliegt in der Europäischen Gemeinschaft noch mannigfachen Einschränkungen.

gen. Blicke es dabei, so könnten die Vorteile, die sich auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten bei intensiviertem Wettbewerb ergeben, nicht voll genutzt werden. Kapital bleibe in Verwendungen und an Standorten gebunden, die nicht den besten Ertrag versprechen. Der geplante Abbau der noch bestehenden Behinderungen im innergemeinschaftlichen Kapitalverkehr bis Mitte 1990 (mit längeren Übergangsfristen für einzelne Länder) genügt indes allein nicht. Soll die Liberalisierung Bestand haben, so muß es in der Wirtschaftspolitik, insbesondere in der Geldpolitik der Gemeinschaftsländer, zu einer stärkeren Annäherung kommen. Für jedes EG-Land bedeutet das, daß es im Wettbewerb um die Gunst der Investoren möglichst gute Bedingungen bieten muß, will es Vorteil aus dem freien Kapitalverkehr ziehen.

- Die Niederlassungsfreiheit für Selbständige soll durch gegenseitige Anerkennung von Qualifikationsnachweisen gewährleistet, Mobilitätshemmnisse für Facharbeiter und Fachangestellte sollen durch eine gegenseitige Anerkennung der beruflichen Befähigungsnachweise beseitigt werden.

Zu den Kernbereichen der geplanten Binnenmarkt-vollendung gehören außerdem der Abbau der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen, die Liberalisierung der öffentlichen Auftragsvergabe und die Harmonisierung der indirekten Steuern, die den Wettbewerb erheblich verzerren.

239. Nicht alle Maßnahmen liegen schon im einzelnen fest, und nicht in allen Bereichen ist damit zu rechnen, daß das, was angestrebt ist, in der vorgesehenen Zeit in die Tat umgesetzt sein wird. In einer Reihe von Bereichen wird es wohl längerer Übergangsfristen bedürfen, wenn das Vorhaben im ganzen nicht scheitern soll.

Daß dem Wettbewerb mehr Geltung verschafft werden soll, ist in jedem Fall zu begrüßen. Die gegenseitige Anerkennung der nationalen Standards ist dafür ein wichtiges Beispiel. Da sich a priori nicht entscheiden läßt, welche Standards für den Binnenmarkt die besten sind, liegt es nahe, dies im Wettbewerb herauszufinden. Man darf darauf vertrauen, daß die Nachfrager in der Lage sind, das Preis-Leistungsverhältnis konkurrierender Produktangebote zu beurteilen. Auch wo es um den Schutz der Verbraucher geht, sollte man deren Urteilsfähigkeit und der für die Überprüfung zuständigen ausländischen Behörden grundsätzlich nicht mißtrauen. Lediglich für besonders sensible Produkte könnte es angezeigt sein, auf Gemeinschaftsebene Mindeststandards zu vereinbaren, von denen dann jedes Land nach oben abweichen kann.

Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung nationaler Rechtsvorschriften sollte auch im Dienstleistungsverkehr gelten. Bei Dienstleistungen, wie sie zum Beispiel Lebensversicherungen erbringen, kann ein Qualitätsvergleich freilich auf Schwierigkeiten stoßen, weil sich die Sicherheit einer Geldanlage oder eines Leistungsversprechens nicht ohne weiteres ermessen läßt. Auch hier können deshalb gemeinschaftlich vereinbarte Mindestnormen gerechtfertigt sein.

Ein besonderer Harmonisierungsbedarf nationaler Vorschriften auf der Ebene der Gemeinschaft besteht

überall dort, wo die Produktion von Gütern grenzüberschreitende externe Effekte auslöst, wie vor allem Umweltschäden. Auch die nationalen Regelungen für die Nutzung öffentlicher Güter, beispielsweise das Straßensystem, können eine Harmonisierung auf Gemeinschaftsebene erfordern. Die von der Bundesregierung geplante Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für Schwerlastwagen steht dem nicht entgegen; im Gegenteil, soweit eine Senkung der hohen deutschen Kraftfahrzeugsteuer damit verbunden wird, ist sie – in Verbindung mit der Beseitigung nationaler Regulierungen – als Beitrag zum Abbau bestehender Wettbewerbsverzerrungen im innergemeinschaftlichen Güterverkehr zu sehen (Ziffer 359).

240. Soweit es erforderlich erscheint, vom Prinzip der gegenseitigen Anerkennung nationaler Normen und Vorschriften abzuweichen und diese einander anzugleichen oder gemeinschaftliche Mindeststandards festzulegen, kommt es entscheidend darauf an, auf welche Weise und auf welchem Niveau das geschieht. Die Förderung des Wettbewerbs sollte auch in diesen Fällen die Entscheidungen leiten. Wichtig ist, daß die Harmonisierung nicht zum Anlaß genommen wird, die Gemeinschaft nationaler Marktwirtschaften unter die Kuratel einer europäischen Superbehörde zu stellen. Dafür fehlte nicht nur die politische Legitimation. Es müßte nach aller Erfahrung auch befürchtet werden, daß eine mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete europäische Behörde der Versuchung erliegen würde, die Märkte mit einem Übermaß an Regulierungen zu überziehen; an neuen „Marktordnungen“ besteht kein Bedarf.

241. Unter Wettbewerbsbedingungen wird die Regulierungsdichte im Gemeinsamen Markt nicht steigen, sondern sinken; denn im Wettbewerb wird es sich erweisen, wo das Ausmaß nationaler Regulierungen die Fähigkeit der Unternehmen gefährdet, gegenüber der Konkurrenz aus anderen EG-Ländern zu bestehen, in denen die Freiräume größer sind. Die Vorstellung, man könne das weiterreichende eigene Regelwerk exportieren, ist unter Wettbewerbsbedingungen in den meisten Fällen eine Illusion. Das birgt die Gefahr, daß sich die nationale Wirtschaftspolitik gedrängt sehen wird und bereit findet, bestehende restriktivere Regulierungen mit politischer Macht in der Gemeinschaft durchzusetzen. Dem ist entgegenzutreten.

Ein Beispiel für Bereiche, in denen die deutschen Regulierungen besonders weit gehen, ist der Straßengüterverkehr. Mittel und Wege zur Deregulierung hat der Sachverständigenrat bereits vor drei Jahren zur Diskussion gestellt (JG 85 Ziffern 325ff.); er befaßt sich damit in diesem Gutachten aufs neue (Ziffern 348ff.).

Ein anderes Beispiel ist der Energiebereich mit dem komplexen Regelwerk der Kohleschutzpolitik. Auch dieses wird im europäischen Wettbewerb so, wie es ist, allein schon deshalb nicht bestehen können, weil es den Strom im Vergleich zu anderen EG-Ländern erheblich verteuert. Es ist daher unrealistisch anzunehmen, die bis 1995 geltenden Verstromungsregelungen könnten ohne Änderungen im Kern über diesen Zeitpunkt hinaus fortgeschrieben werden. Um die

Solidarität der Elektrizitätsunternehmen brüchig werden zu lassen, auf der der sogenannte Jahrhundertvertrag zwischen Bergbau und Elektrizitätserzeugern gegründet, genügt es bereits, wenn einige dieser Unternehmen ihre eigene Stromerzeugung aus der teuren deutschen Steinkohle reduzieren und dafür wesentlich billiger erzeugten Strom aus dem Ausland beziehen. Das gilt um so mehr, wenn der Gebietsschutz entfällt und auch ausländische Elektrizitätsunternehmen unmittelbar deutsche Abnehmer beliefern können.

242. Auch was die Arbeitsmärkte betrifft, die in allen EG-Ländern vielfältigen Regulierungen unterliegen, sollte der wettbewerbliche Ansatz Vorrang vor einer bürokratischen Harmonisierung der nationalen Regulierungssysteme haben. Zum einen wäre die Effizienz eines einheitlich vorgegebenen Systems angesichts der großen Unterschiede in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen von Land zu Land nicht zu gewährleisten, zum anderen ist fraglich, inwieweit ein gemeinsamer Binnenmarkt einheitliche Regelungen am Arbeitsmarkt überhaupt benötigt. Zudem müßte befürchtet werden, daß bei der Suche nach einheitlichen Regulierungen, die ja auf eine Nivellierung von Unterschieden und auf ein Auffüllen von Regulierungslücken hinauslaufen, eine Überregulierung das Ergebnis wäre. Dies könnte die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber denen aus Drittländern beträchtlich herabsetzen.

Es sollte daher jedem Land überlassen bleiben, seine arbeitsrechtlichen Regelungen mit Blick auf den Binnenmarkt zu durchforsten, zu revidieren und gegebenenfalls auch auszubauen. Durch den starken Wettbewerbsdruck am Binnenmarkt wird es zur Überprüfung gedrängt werden. Eine Angleichung kommt hierbei insoweit von selbst zustande, als überlegene Regulierungen für sich werbend wirken und Verbreitung finden werden. Wo die Überlegenheit nicht eindeutig ist, haben unterschiedliche Regelungen Bestand; weiteren Harmonisierungsbedarf gibt es dann nicht. Die Befürchtung, daß in diesem Fall gravierende Unterschiede in den Arbeitsbedingungen der Länder erhalten bleiben, weil die Arbeitskräfte vergleichsweise wenig mobil sind und von daher kein Zwang zur Anpassung ausgehe, ist nicht zu teilen. Da das Kapital mobil ist und bei Liberalisierung des Kapitalverkehrs noch mobiler wird, üben Kapitalverlagerungen und damit auch Arbeitsplatzverlagerungen Druck auf eine Angleichung der Arbeitsmarktregulierungen aus.

Ein Abbau sozialer Errungenschaften muß damit nicht einhergehen. Der Sinn und die ökonomische Berechtigung von Arbeitsmarktregulierungen bestehen in erster Linie darin, daß beide Marktseiten durch die Regulierung Vorteile erhalten. Man sollte auch nicht übersehen, daß es für Kapitalverlagerungen letztlich auf die jeweiligen Standortbedingungen im ganzen ankommt, und dazu zählt auch die Qualifikation der verfügbaren Arbeitskräfte, ebenso das soziale Klima. Je günstigere Bedingungen insgesamt ein Land im Standortwettbewerb zu bieten hat, desto höhere Ansprüche kann es sich bei seinen Arbeitsmarktregelungen leisten. Für die in der wirtschaftlichen Entwicklung noch zurückliegenden Länder ist es entsprechend wichtig, daß Mindeststandards nicht zu hoch angesetzt werden. Dies würde ihnen die wichtigste

Trumpfkarte im internationalen Wettbewerb — komparative Vorteile bei der Herstellung arbeitsintensiver Produkte — nehmen.

243. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes wird den Wettbewerb in der Gemeinschaft verschärfen. Nach aller Erfahrung wird dies die Interessenvertreter der davon besonders betroffenen Wirtschaftszweige verstärkt auf den Plan rufen. Wo die Möglichkeit besteht, den zunehmenden innergemeinschaftlichen Wettbewerbsdruck durch Abschottung nach außen abzumildern, wird das Drängen stark sein, sie zu nutzen. Daß es dazu kommt, wird auch in Drittländern befürchtet. Die Erfahrungen mit restriktiven Importregelungen einzelner europäischer Länder, aber auch mit der EG-Handelspolitik bei wichtigen Produkten, legen den Grund für ihre Sorge, daß im Gefolge der Vollendung des europäischen Binnenmarktes eine „Festung Europa“ entstehen werde.

Eine Europäische Gemeinschaft, die Anbietern aus Drittländern weitere Märkte versperrt, würde dem multilateralen System des internationalen Güteraus-tausches schweren Schaden zufügen. Es käme zu einer Verfestigung der drei großen Handelsblöcke — Europa, Nordamerika, Südostasien —, und die Gräben zwischen diesen Blöcken würden tiefer, anstatt zugeschüttet wie bei liberaler EG-Handelspolitik.

Mit der Verfestigung der Handelsblöcke verbindet sich die Gefahr, daß der Grundsatz der „Reziprozität“ ihre Handelsbeziehungen bestimmen wird. Darauf weisen bereits Äußerungen von Mitgliedern der EG-Kommission hin. Danach sollen die Einfuhren aus jedem Land so behandelt werden, wie dieses den Import europäischer Erzeugnisse zuläßt. Selbst wenn der Grundsatz der „Reziprozität“ nicht auf jedes Drittland, sondern lediglich auf einzelne Länder Anwendung finden sollte, käme es doch zum Rückfall in den Bilateralismus: zu Bestrebungen, die bilateralen Handelsbilanzen auszugleichen oder gar bei einzelnen Sektoren eine Art „Handelsausgleich“ zu erzielen; zu Versuchen, einen bestimmten Anteil der Wertschöpfung europäischen Ursprungs bei Produkten, die ausländische Unternehmen aus Drittländern in der Gemeinschaft erzeugen, vorzuschreiben.

Es besteht die Gefahr, daß die Gemeinschaft über die Anwendung des Grundsatzes der „Reziprozität“ ihren ohnehin hohen Außenschutz noch verstärkt. Den Schaden hätten in diesem Fall nicht allein die Konkurrenten aus Drittländern zu tragen, sondern auch die Konsumenten in der Gemeinschaft ebenso wie die Unternehmen, die für geschützte Produkte überhöhte Preise zahlen müssen. In dem Maße, wie die Auslandskonkurrenz vom Binnenmarkt ferngehalten wird, erfüllt sie ihre wichtige Funktion als Antriebskraft der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr. Der Druck auf die Unternehmen, sich im Wettbewerb mit hochleistungsfähigen Anbietern aus Japan, den Vereinigten Staaten und Schwellenländern durch Produkt- und Prozeßinnovationen zu behaupten, wird schwächer. Dies müßte zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Europa führen. Gleichzeitig würden die Gefahren größer, daß die Wirtschaftsmacht der Großunternehmen und der Unternehmenszusammenschlüsse unkontrolliert bliebe und

leicht mißbraucht werden kann. Freihandelspolitik war und ist noch immer die beste Wettbewerbspolitik. Gerade angesichts einer bislang rudimentären europäischen Wettbewerbsordnung darf diese Erfahrung nicht vergessen werden. Es sollte auch bedacht werden, daß ein freier Außenhandel das wirksamste Mittel gegen institutionelle und strukturelle Verhärtungserscheinungen ist, die als Folge von staatlichen Zugeständnissen an Interessentengruppen auftreten.

Die zentrale Aufgabe: für gute Angebotsbedingungen sorgen

244. Im internationalen Wettbewerb der Standorte wird die Fähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften geprüft, die Herausforderungen des strukturellen Wandels unter den Bedingungen globalisierter Märkte zu bestehen. Diese Fähigkeit hängt primär davon ab, was die Unternehmen an Innovations- und Investitionskraft aufbringen und wie es um Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer steht. Die Wirtschaftspolitik kann weder das eine noch das andere verordnen. Sie kann und muß jedoch das ihre dazu tun, daß sich Neuerungsaktivität und Leistungsstreben, wo immer vorhanden, entfalten können. Die Aufgabe, den wirtschaftlichen Antriebskräften Hindernisse aus dem Weg zu räumen, stellt sich nahezu allen Bereichen der Wirtschaftspolitik — der Ordnungspolitik, die für das entsprechende gesetzliche und institutionelle Rahmenwerk zu sorgen hat, der Infrastrukturpolitik, die wichtige Vorleistungen für die Effizienz privater Investitionen in Sachkapital und Humankapital erbringt, der Finanzpolitik mit ihren die Rentabilität privatwirtschaftlicher Anstrengungen stark beeinflussenden Ausgabenentscheidungen und Einnahmeregulungen, der Geldpolitik, die zukunftsgerichteten Dispositionen Orientierung gibt, indem sie Abweichungen von der Geldwertstabilität klein hält, der Sozialpolitik, die Absicherung gewährt, ohne Leistungsanreize zu verschütten, und nicht zuletzt auch der Tarifpolitik von Arbeitgebern und Gewerkschaften, von der flexibles Reagieren auf Marktveränderungen gefordert ist.

Gemessen an den Herausforderungen, hat die Wirtschaftspolitik gravierende Rückstände aufzuarbeiten. In einer Reihe von Bereichen sind Reformen notwendig, die nicht ohne schmerzhaftes Anpassen abgehen. Zu bedenken ist jedoch: Wo Reformen hinausgeschoben oder wo am Bestehenden nur geflickt wird, ist die Aufgabe künftig um so schwerer zu lösen.

Die Beispiele für nicht oder unzureichend gelöste Aufgaben sind zahlreich. Im folgenden wird auf einige davon — auf die Öffnung der Märkte, den Abbau von Subventionen, die Neuordnung der Unternehmensbesteuerung, eine flexiblere Gestaltung der Tarifpolitik — einmal mehr eingegangen.

245. Die Öffnung der Märkte und Tätigkeitsfelder, zu denen der Zugang heute erschwert, teilweise sogar versperrt wird, zählt nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Im grenzüberschreitenden Bereich ist damit in erster Linie die Europäische Gemeinschaft angesprochen; ihr obliegt es, die

Märkte innerhalb der Gemeinschaft und gegenüber Anbietern aus Drittländern offen zu halten beziehungsweise zu öffnen. Im binnenwirtschaftlichen Bereich geht es vor allem um die Beseitigung von Marktzutrittsschranken, die teilweise den Ausschluß neuer Wettbewerber bezwecken, teilweise aus ganz anderen Gründen eingeführt worden sind. Die eigentlichen Kosten der Regulierung sind im Ausfall an Produktion und Beschäftigung zu sehen, der aus der Blockade des Zugangs zu Märkten oder Tätigkeitsfeldern folgt (JG 85 Ziffern 199 ff. und 320 ff.). Diese Kosten sind in der Bundesrepublik angesichts der Regulierungsdichte hoch zu veranschlagen.

246. Stark reguliert ist immer noch das Post- und Fernmeldewesen. Der Sachverständigenrat hat sich dazu mehrfach geäußert (JG 85 Ziffern 335 ff. und JG 87 Ziffern 403 ff.). Die geplante Neuordnung¹⁾ ist nur ein zaghafter Schritt in Richtung auf eine stärker marktorientierte Gestaltung der Postdienstleistungen und insbesondere auf eine Eröffnung erweiterter Wettbewerbschancen auf den Märkten des Fernmeldewesens. Die Deutsche Bundespost bleibt danach ein einheitliches Sondervermögen, wird aber in der Form von drei verselbständigten öffentlichen Unternehmen — Postdienst, Postbank, Telekom — geführt werden.

Für das Fernmeldewesen ist eine Neuabgrenzung zwischen dem Monopolbereich und den Wettbewerbsbereichen vorgesehen. Das Netzmonopol bleibt erhalten; die (zivilen) Fernmeldenetze werden zukünftig von der Deutschen Bundespost Telekom errichtet und betrieben. Ausnahmen vom Netzmonopol sollen dort zugelassen werden, wo „wettbewerbliche Strukturen die Entwicklung innovativer Teilmärkte fördern, ohne dadurch die der Deutschen Bundespost im Netz- und Dienstbereich ausschließlich übertragenen Aufgaben . . . zu beeinträchtigen“. Der Fortbestand des uneingeschränkten Monopols im Telefondienst wird von der Bundesregierung für notwendig erachtet, um unter Aspekten der Daseinsvorsorge einen flächendeckenden Telefondienst zu raumeinheitlichen Tarifen sicherzustellen. Bei Endgeräten ist ein offener Wettbewerb vorgesehen, an dem sich auch die Telekom beteiligen kann. Das wirft die wettbewerbspolitisch zentrale Frage auf, wie verhindert werden kann, daß Gewinne aus dem Netzmonopol zu einer Subventionierung des Endgeräteangebots und damit zum Nachteil von Wettbewerbern auf diesem Markt genutzt werden. Eine Kontrolle durch die Kartellbehörden ist unerlässlich. An ihrer Wirksamkeit muß jedoch gezweifelt werden.

Selbst gegen das Wenige, was an Reform der Post geplant ist, gibt es Widerstand.

- Gegen die Neugliederung in drei Unternehmensbereiche wird eingewendet, dadurch gingen Verbundvorteile verloren. Mit einer entsprechenden Organisation und gegenseitiger Leistungsverrechnung kann dem jedoch Rechnung getragen werden.

¹⁾ Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz) vom 27. Mai 1988

- Gefordert wird ferner, die drei Unternehmen einem gemeinsamen Direktorium und einem gemeinsamen Verwaltungsrat aus Vertretern des Bundesrates, des Bundestages und des Personals zu unterstellen. Dies liefe darauf hinaus, daß die Trennung zwischen hoheitlichen und unternehmerischen Aufgaben in der Praxis nicht verwirklicht würde, wie sie im übrigen auch im Hinblick auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Telekommunikationsmarktes vom Rat der Postminister angestrebt wird.
- Starkem Widerstand im politischen Raum begegnet zudem die Zulassung von Randwettbewerb im Netzbereich, mit der Begründung, das Telefondienstmonopol der Deutschen Bundespost werde dadurch ausgehöhlt, so daß die öffentlichen Aufgaben nicht mehr angemessen erfüllt werden könnten. Dieses Argument ist wenig überzeugend, und angesichts der hohen Wachstumschancen des Mobilfunks, um den es im wesentlichen geht, wäre es höchst ineffizient und innovationsfeindlich, wenn die Entwicklung dieser Dienste nicht dem Wettbewerb übertragen würde.

247. Der Abbau von Subventionen steht ebenfalls seit vielen Jahren im vordersten Rang der wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Aufgaben. Erreicht wurde bislang nur wenig. Nur einzelne öffentliche Finanzhilfen von geringer Bedeutung sind in den letzten Jahren beseitigt oder eingeschränkt worden. Weil zugleich alte Subventionen erhöht und neue beschlossen wurden, ist die fiskalische Belastung durch Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sogar anhaltend gestiegen. Was an Kürzungen im Zuge der Einkommensteuerreform beschlossen ist, bringt den Subventionsabbau nicht im erforderlichen Maße voran (Ziffern 267 ff.).

Altes, Unwirtschaftliches zu subventionieren, bedeutet immer, auf neue, chancenreiche Produktion und Beschäftigung zu verzichten. Gewöhnung an Subventionen lähmt zudem die wirtschaftlichen Antriebskräfte. Die Begünstigten — nicht selten Unternehmer und Arbeitnehmer gemeinsam — sehen es als lohnender an, sich um staatlichen Schutz gegen Konkurrenz zu bemühen, als durch eigene Anstrengung Wege aus der Misere zu finden, und selbst florierende Unternehmen verlieren je länger desto mehr die Scheu, sich öffentlicher Hilfen zu bedienen.

Wenn es schon an Mut und an Kraft fehlt, Subventionen gezielt abzuschaffen oder zumindest zu senken, verbleibt als politisch leichter begehrter Weg der, in einem ersten Schritt die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen einheitlich zu kürzen; wie es die Schweiz getan hat.

Welches Ausmaß die staatlichen Hilfen erreicht haben, geht aus den Subventionsberichten der Bundesregierung nur unvollständig hervor. Manche staatlichen Leistungen an Unternehmen, die zweifelsfrei Subventionscharakter haben — die Übernahme von Verlusten öffentlicher Betriebe etwa oder die Förderung der Forschung in Unternehmen —, erscheinen im Subventionsbericht nicht. Eine an ökonomischen Kriterien ausgerichtete Berichterstattung über sämtliche staatliche Hilfen an Unternehmen, über ihre öko-

nomische oder soziale Rechtfertigung und die Dauer der Rechtfertigungsgründe ist dringend erforderlich, um mehr Licht in das Subventionsdunkel zu bringen.

248. Abzulehnen sind nicht nur Erhaltungssubventionen, sondern auch gezielte Hilfen zur Markteinführung bestimmter neuer Produkte. Auch solche Hilfen haben in einer marktwirtschaftlichen Ordnung keinen Platz. In dieser Ordnung mit dynamischem Wettbewerb als Triebfeder liegt es im ureigensten Interesse der Unternehmen, neue Produkte auf den Markt zu bringen. Die Wirtschaftspolitik hat lediglich dafür zu sorgen, daß das ökonomische Anreizsystem nicht gestört ist – daß ein jeder seine Chance suchen kann und die staatlichen Ansprüche auf Beteiligung am Erfolg nur so hoch sind, daß Neuerungsaktivitäten in Ansehung der Risiken, die sie bergen, hinreichenden Ertrag versprechen. Erhöhten Risiken, ob sie aus neuen Technologien oder aus der Globalisierung der Märkte rühren, ist in der Marktwirtschaft durch Senkung der allgemeinen Abgabelast, und nicht durch gezielte Förderung einzelner Branchen oder Produkte Rechnung zu tragen. In gewissem Umfang können auch indirekte Formen der Innovationsförderung, wie beispielsweise die Verbesserung des Wissenstransfers, weiterhelfen (JG 85 Ziffer 316).

Eine gezielte Förderung der Markteinführung bestimmter Produkte hingegen würde nicht nur zentrale Elemente der marktwirtschaftlichen Ordnung ausschalten, sondern auch Gefahr laufen, einer Fehlinvestition und Wettbewerbsverzerrungen den Boden zu bereiten.

An Beispielen dazu fehlt es nicht; das Begehren, die Markteinführung erneuerbarer Energien zu fördern, ist ein weiteres in dieser Reihe, deren Fortsetzung es zu wehren gilt. Die Marktchancen für Energie aus erneuerbaren Quellen sind von den Kosten her vorerst denkbar schlecht, und so wie sich die Verhältnisse auf den internationalen Energiemärkten darstellen, wird sich daran auf absehbare Zeit wenig ändern. Statt mit erheblichem öffentlichen Mittelaufwand den bestehenden Abstand zwischen den Kosten und den erzielbaren Preisen zu decken, worauf eine forcierte Markteinführung erneuerbarer Energien hinauslaufen würde, sollte vorerst die technologische Weiterentwicklung mit dem Ziel vorangebracht werden, die Nutzungskosten schrittweise zu senken. Es läßt sich vertreten, wenn dafür der Grundlagenforschung weitere Mittel gewährt werden. Die in der politischen Diskussion erhobene Forderung, man müsse in der Forschungsförderung der erneuerbaren Energiesysteme mit der Forschungsförderung gleichziehen, die der Entwicklung der Kernenergie seit der Mitte der 50er Jahre zuteil geworden ist und die schließlich zur Markteinführung der Kernenergie entscheidend beigetragen hat, ist jedoch abwegig. Es ist wirtschaftspolitisch geradezu widersinnig, wenn zum einen die gewaltige Subventionierung der Kernenergie für eine gravierende Fehlentscheidung gehalten wird und zum anderen mit dem Hinweis auf diese Praxis der Vergangenheit neue Subventionen für die Markteinführung alternativer Energien gefordert werden. Im übrigen zeigt das Beispiel der Kernenergie deutlich, wie wenig verlässlich politische Prioritätensetzung für ökonomische Entwicklungsaufgaben sein kann.

249. Bei der Aufgabe, die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb zu verbessern, fällt der Finanzpolitik eine besonders wichtige Rolle zu. Mehr Innovationen und mehr Investitionen im Inland wird es auf Dauer nur geben, wenn die Abgaben spürbar verringert werden, die auf dem Ertrag von Leistung und Neuerungsaktivitäten lasten. Es gilt also, die direkten Steuern und die sonstigen Abgaben zu senken und die Steuerstruktur zu verbessern. Das darf jedoch nicht zu höherer Kreditfinanzierung führen. Wachsende Haushaltsdefizite verunsichern die Bürger; sie müssen dann befürchten, später über höhere Steuern zur Konsolidierung der Haushalte herangezogen zu werden. Der Schlüssel zu einer Steuerpolitik, die die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik erhöht, liegt deshalb in einer Begrenzung des Anstiegs der Staatsausgaben. Um hier voranzukommen, muß sich der Staat auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken und sich aus Bereichen zurückziehen, die er der privaten Bedarfsdeckung und der Marktversorgung überlassen kann. Auch deshalb ist der Subventionsabbau dringlich.

Die Bundesregierung hat mit der Einführung des linearprogressiven Tarifs, der Senkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie dem Abbau einiger Steuervergünstigungen in dieser Legislaturperiode Schritte unternommen, um die aus der hohen Besteuerung resultierende Beeinträchtigung von Leistungsbereitschaft und Risikobereitschaft zu verringern. Das ist zu begrüßen. Nicht zu verkennen ist jedoch, daß verteilungspolitische Erwägungen es verhindert haben, dem wachstumspolitisch Gebotenen voll Rechnung zu tragen. Was erreicht worden ist, muß zudem daran gemessen werden, was die Finanzpolitik in anderen Ländern auf den Weg gebracht oder schon in die Tat umgesetzt hat. Mit der Senkung der Spitzenbelastung bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer auf etwa 30 bis 40 vH haben die wichtigsten Industrienationen in den letzten Jahren Richtgrößen gesetzt, an denen sich die deutsche Steuerpolitik orientieren muß, will sie es den Unternehmen erleichtern, erfolgreich im internationalen Wettbewerb abzuschneiden.

Bei der Aufgabe, die Unternehmensbesteuerung neu zu ordnen, stehen Abschaffung und Ersatz oder zumindest eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer obenan.

Hierbei müssen vier Erfordernisse berücksichtigt werden:

- Die Steuer darf nicht den Charakter einer Sondersteuer auf Gewinne und Eigenkapital haben, wie es heute der Fall ist.
- Die Steuer darf keine Abgabe nur für größere Unternehmen sein; die Lasten müssen vielmehr auf alle Unternehmen und gegebenenfalls Verwaltungen verteilt werden, so daß die bisherigen Steuerzahler fühlbar entlastet werden können.
- Die Steuerbemessungsgrundlage muß wenigstens grob dem Umfang der kommunalen Vorleistungen und den in den Gemeinden anfallenden sozialen Kosten Rechnung tragen.
- Die Gemeinden müssen das Hebesatzrecht haben, damit ihre Finanzautonomie und ihre örtliche Ver-

antwortung gewahrt werden, was nicht zuletzt auch im Interesse der ortsansässigen Unternehmen liegt.

Über die Grundstruktur einer Reform der Unternehmensbesteuerung sollte bald Klarheit geschaffen werden, auch wenn die Umsetzung einer neuen Konzeption zeitaufwendige Vorarbeiten erfordert. Gerade deshalb müssen diese möglichst bald in Angriff genommen werden, damit die Reform später zügig umgesetzt werden kann. Schon die Bekanntgabe einer wachstumsfreundlichen Reformkonzeption dürfte positive Ankündigungseffekte auslösen. Da Investitionen auf längere Sicht geplant werden, könnte sich die Erwartung verbesserter steuerlicher Bedingungen bei Entscheidungen über die internationale Standortwahl günstig für die Bundesrepublik auswirken.

250. Auf die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik hat auch die Tarifpolitik der Arbeitsmarktparteien erheblichen Einfluß. Gefordert ist eine Tarifpolitik, die den strukturellen Wandel unterstützt, die Investitionsbereitschaft fördert und bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen den Erfordernissen der Betriebe wie den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer gerecht wird. Was die gesamte Volkswirtschaft unter verstärktem Anpassungsdruck stellt – die Beschleunigung des technologischen Wandels, die Produkte, Verfahren und erworbenes Können rascher als früher veralten läßt, die demographischen Veränderungen mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und der geringeren Besetzung jüngerer Altersjahrgänge, die Globalisierung der Märkte und die Verschärfung des Wettbewerbs – dies alles verlangt auch den Tarifparteien erhöhte Fähigkeit und Bereitschaft zur Anpassung ab. Je weniger einfache Arbeit am Arbeitsmarkt eine Chance hat und je schneller einmal erworbenes Wissen veraltet, desto mehr werden Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer zu einer fundamentalen Voraussetzung eines hohen Beschäftigungsstandes. Die Tarifpolitik muß dazu beitragen, daß Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer zu einem festen Bestandteil des Arbeitslebens werden.

Mit Lohnanhebungen, die moderat bleiben, wirkt die Tarifpolitik der Gefahr entgegen, daß Inflationserwartungen wieder aufleben und zu Wachstums- und Beschäftigungseinbußen führen. Eine Lohnpolitik, die mittelfristig Übereinstimmung von Nominallohnanstieg und Produktivitätsfortschritt erzielt, entspricht dem am besten. Wenn auf dieser Basis mehrjährige Tarifabschlüsse weitere Verbreitung finden, kann dies helfen, die mittelfristigen Erwartungen der Unternehmen zu stabilisieren und so die Investitionsneigung zu kräftigen. Je differenzierter die wirtschaftliche Entwicklung im Zuge des Strukturwandels wird, um so rascher und flexibler müssen Betriebe reagieren. Stärker differenzierte Tarifabschlüsse sollten dem Rechnung tragen. Wenn damit Handlungsspielraum von den Tarifvertragsparteien auf die betriebliche Ebene verlagert wird, muß das nicht das Ende kollektiver Tarifvereinbarungen bedeuten. Die Tarifpolitik kann auch für erweiterte betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten Grenzen ziehen, wie sie etwa im Interesse des Arbeitsschutzes oder aus sozialpolitischen Gründen gerechtfertigt erscheinen. Die Tarifpolitik erhält so einen stärker ordnungspolitischen Charakter,

weil sie den Rahmen festlegt, in dem die Betriebe dann über die Arbeitsbedingungen selbständiger entscheiden können.

Es liegt nicht allein im Interesse der Unternehmen, die Marktanteile zu verteidigen haben, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Arbeitnehmer, wenn sie die Herausforderung durch technologischen Wandel und geänderte Wettbewerbsbedingungen annehmen. Konflikte und Reibungsverluste, die dabei entstehen können, gilt es möglichst klein zu halten. Notwendige Anpassungen hinauszuzögern, wäre kein Ausweg. Immer wieder hat sich erwiesen, daß eine Entscheidung gegen die Einführung technischer Neuerungen, die Arbeitsplatzverluste vermeiden will, diese Arbeitsplatzverluste meist nur um so schneller und in größerer Zahl herbeiführt. Die Unternehmen müssen aber auch erkennen, daß die Effizienz technischer Neuerungen beeinträchtigt wird, wenn die Belegschaft nicht von deren Notwendigkeit und Überlegenheit überzeugt werden kann. Die Einführung weitreichender Innovationen ist daher nicht allein eine technische Aufgabe, sondern stets auch eine Aufgabe der Personalplanung und insbesondere der Personalentwicklung. Auf Dauer wird das Unternehmen den größten Erfolg für Kapitaleigner und Mitarbeiter erzielen, in dem sich Management und Belegschaft den Herausforderungen der Märkte kooperativ stellen.

Arbeit für Langzeitarbeitslose: Eine sozialpolitische Flankierung der Wachstumspolitik

251. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Stärkung der Wachstumskräfte zielt und sich bemüht, die Attraktivität der Bundesrepublik als Unternehmensstandort zu erhöhen, ist essentiell Beschäftigungspolitik. Sie sorgt für Bedingungen, unter denen es sich lohnt, das Angebot an Arbeitsplätzen zügig auszuweiten. Das ist der wachstumspolitische Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die Anzahl der Beschäftigten hat von Ende 1983 bis Ende 1988 um 923 000 Personen zugenommen; über 200 000 werden voraussichtlich im nächsten Jahr hinzukommen. Das entspricht freilich weiterhin nur gerade der Anzahl derer, die zusätzlich eine Arbeitsstelle suchen, mit der Folge, daß noch immer über 2 Millionen Arbeitslose registriert sind, ebenso viele wie vor fünf Jahren. Das darf jedoch nicht so gedeutet werden, als ob der wachstumspolitische Weg, der über die Verbesserung der Angebotsbedingungen führt, sich als ungeeignet für die Lösung der Beschäftigungsprobleme erwiesen habe. Ohne die Lohnmäßigung der letzten Jahre, ohne die kräftige Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation und der Renditen, ohne die Senkung des Einkommensteuertarifs und die größere Zurückhaltung des Staates bei seinen Ausgaben, ohne einzelne Änderungen im Arbeitsrecht – ohne all diese bereits erzielten Verbesserungen in den Angebotsbedingungen wären der Beschäftigungszuwachs geringer und die Arbeitslosigkeit höher ausgefallen. Was zuwege gebracht wurde, reichte jedoch nicht aus, um – über mehr Beschäftigung – den Abbau der Arbeitslosigkeit voranzubringen.

252. Um so wichtiger ist es, der Wachstumspolitik Vorrang zu geben. Nur so läßt sich der erreichte Beschäftigungsstand sichern und darüber hinaus das für den Abbau der Arbeitslosigkeit erforderliche größere Angebot an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen schaffen. Zeit wird es freilich auch dann brauchen, um die Arbeitslosigkeit auf einen Stand herabzudrücken, den man als deutliche Annäherung an das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes bezeichnen kann. Der Grund liegt nicht zuletzt darin, daß sich mit der Arbeitsplatzstruktur auch die Qualifikationsanforderungen an die benötigten Arbeitnehmer wandeln und daß die neuen Arbeitsplätze in vielen Fällen nicht dort entstehen, wo alte im Strukturwandel wegfallen.

Im internationalen Wettbewerb lassen sich neue rentable Arbeitsplätze vor allem in Bereichen einrichten, in denen vergleichsweise wissensintensiv, technologieintensiv und innovationsintensiv produziert wird. Entsprechend hoch sind die Ansprüche an die Kenntnisse und Fähigkeiten, die der Großteil der dort Beschäftigten mitbringen oder sich aneignen muß. Es sind Kenntnisse und Fähigkeiten, über die viele Arbeitslose nicht verfügen. Daran läßt sich kurzfristig nicht viel ändern. Zwar ist die Förderung der beruflichen Qualifikation Teil der Wachstumspolitik, doch wäre es unrealistisch anzunehmen, daß sie zu einer schnellen Anpassung der Qualitätsmerkmale von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage führen könnte. Schon das Alter und die mangelnde Gesundheit vieler Arbeitsloser stehen dem entgegen; andere Begrenzungen in den Möglichkeiten zur Qualifizierung, die in der Person liegen, kommen noch hinzu. Eine schnellere Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes, die aus einer größeren Dynamik erwächst, verbessert sicherlich auch die Beschäftigungschancen für weniger qualifizierte Arbeitskräfte, allerdings nur nach und nach und nicht für alle; denn die komplementären Beschäftigungsmöglichkeiten zu denen der höher Qualifizierten sind begrenzt.

Die anhaltend großen regionalen Unterschiede lassen darüber hinaus zweierlei erkennen: Zum einen sind offenbar die wirtschaftlichen Anreize für Arbeitslose in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit nicht groß genug, diese zu veranlassen, woanders Arbeit anzunehmen. Zum anderen genügt die Attraktivität dieser Regionen nicht, um mehr Kapital anzuziehen und so das dortige Arbeitsplatzangebot zu erhöhen. Einer Verstärkung der ökonomischen Mobilitätsanreize sind nach aller Erfahrung recht enge Grenzen gezogen, und bis sich die Attraktivität einer Region für anlage-suchendes Kapital verbessern läßt, bedarf es beträchtlicher Anstrengungen und Zeit. Von einer stärkeren Wachstumsdynamik in der Bundesrepublik im ganzen sind zwar auch positive Beschäftigungswirkungen in Problemregionen zu erwarten, jedoch keine schnellen und keine hinreichend großen.

253. Unter den gegebenen Bedingungen wäre es unrealistisch, von einer konsequenten Wachstumspolitik mehr als einen schrittweisen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Damit stellt sich die Frage, ob es erfolgversprechende Alternativen zur Wachstumspolitik gibt, und, wenn nicht, wie die Wachstumspolitik ergänzt werden könnte. Mit den verschiedenen Alternativen zur Wachstumspolitik hat sich der Sachverständigenrat immer wieder auseinandergesetzt, zu-

letzt eingehend in seinem Jahresgutachten 1985/86 (JG 85 Ziffern 203 ff.). Im folgenden wird erneut diskutiert, inwieweit nachfragepolitische Maßnahmen in Betracht kommen könnten; außerdem wird der Frage nachgegangen, ob die Verstärkung der ökonomischen Anreize für Arbeitslose bei der Suche nach einer neuen Stelle eine taugliche Alternative abgeben könnte.

– Die Nachfragepolitik als Alternative zur Wachstumspolitik brächte kaum einen schnelleren Erfolg und gewiß keinen dauerhaften. Wer heute höhere staatliche Ausgaben verlangt, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, übersieht, daß bei globalisierten Märkten von einem allgemeinen Nachfragemangel nicht gesprochen werden kann. Über Absatzprobleme können immer nur einzelne Unternehmen oder Wirtschaftsbereiche klagen, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr ausreicht, ihre traditionellen Marktpositionen zu halten, oder von denen sich die Nachfrager abwenden, weil sich ihre Präferenzen ändern. Ebenso werden die strukturellen Aspekte der Arbeitslosigkeit übersehen. Eine Konzentration zusätzlich geschaffener Nachfrage auf die Bereiche, die im Strukturwandel zurückfallen und Arbeitskräfte freisetzen, ist ebenso wenig möglich wie eine regional differenzierende Nachfragepolitik. Bei allgemein nachfragestimulierenden Maßnahmen geht ein großer Teil der zusätzlichen Nachfrage an den Wirtschaftsbereichen mit Beschäftigungsproblemen vorbei in Wirtschaftszweige, die im Strukturwandel ohnehin begünstigt sind und in denen Arbeitslose aus den sogenannten Problemgruppen häufig die Einstellungs Voraussetzungen nicht erfüllen. Wenn somit ein schneller Erfolg nachfragepolitischer Maßnahmen bezweifelt werden muß, so gilt erst recht, daß sie dauerhaft ungeeignet sind, dem Problem der hohen Arbeitslosigkeit zu begegnen. Höhere Staatsverschuldung oder höhere Steuern zur Finanzierung höherer Staatsausgaben legen den Grund für eine Verschärfung des Beschäftigungsproblems in der Zukunft.

– Die Alternative, den Abbau der Arbeitslosigkeit durch Kürzung der Leistungen an Arbeitslose rascher voranzubringen, wäre aus sozialen Gründen kaum akzeptabel. Auch die Tarifpolitik wäre überfordert, wenn ihr aufgetragen würde, durch Lohnsenkung Arbeitslosen ohne Berufsabschluß, mit gesundheitlichen Einschränkungen oder in höherem Alter, die zu den sogenannten Problemgruppen zählen, eine schnelle Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß zu ermöglichen. Zu niedrig sind inzwischen aufgrund eines raschen arbeits-sparenden technischen Fortschritts und einer starken Kapitalintensivierung die Stückkosten in zahlreichen Tätigkeitsfeldern geworden, in denen diese Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten. Mit arbeitsintensiver Produktion auf gleich niedrige Stückkosten zu kommen, erforderte hier extrem niedrige Löhne.

254. Zusammenfassend ist die nüchterne Konsequenz zu ziehen, daß auf Jahre hin mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit zu rechnen ist. Schwerfallen wird es insbesondere, die Langzeitarbeitslosigkeit in

den Problemgruppen deutlich abzubauen. Es gilt, diesen besonders hart betroffenen Gruppen einen breiten Zugang zu sinnvoller Beschäftigung zu eröffnen und so die Wachstumspolitik sozialpolitisch zu flankieren.

Die Arbeitsmarktpolitik verfügt dazu im Prinzip über eine Reihe tauglicher Instrumente. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Unterstützung von Fortbildung und Umschulung, Lohnsubventionen nach dem Arbeitsförderungsgesetz oder Förderung von Beschäftigungsgesellschaften sind seit längerem zum Teil schon auf Langzeitarbeitslose zugeschnitten. In verstärkter Konzentration eingesetzt, könnten sie auch einer größeren Zahl Betroffener zu einer Wiedereingliederung ins Berufsleben verhelfen. Mit der strukturellen Verhärtung der Langzeitarbeitslosigkeit stößt die Arbeitsmarktpolitik hier jedoch an Grenzen. Diese ergeben sich zum einen aus den Kosten: Die Entlohnung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beispielsweise richtet sich nach dem, was für vergleichbare reguläre Arbeit zu bezahlen ist; davon nach unten abzuweichen, um so einem größeren Kreis längerfristig Arbeitsloser eine Beschäftigungsmöglichkeit bieten zu können, ist tarifrechtlich nicht gestattet. Zum anderen ist nicht zu verkennen, daß sich für eine große Anzahl von Langzeitarbeitslosen auch mittels arbeitsmarktpolitischer Instrumente die Chancen auf eine Eingliederung in das Erwerbsleben nur schwer erhöhen lassen. Die Erfahrungen in Schweden mit weitreichenden Lohnsubventionsprogrammen widersprechen dem nicht. Zwar ist es dort gelungen, den Anteil der Langzeitarbeitslosen zu senken, dies aber lediglich durch die Einrichtung sogenannter geschützter Arbeitsplätze mit den hohen Kosten einer Dauersubvention.

255. Sind die Möglichkeiten somit begrenzt, Langzeitarbeitslosen Einbußen an Einkommen zu ersparen, so muß das nicht in gleicher Weise auch für Einbußen an gesellschaftlicher Anerkennung und an Chancen zur Selbstbestätigung gelten, die sich in vielen Fällen mit längerer Arbeitslosigkeit verbinden. Vermeiden läßt sich dies beispielsweise, wenn ver-

stärkte Anstrengungen unternommen werden, Arbeitsgelegenheiten für die Betroffenen zu schaffen, wie es § 19 Bundessozialhilfegesetz heute schon für Hilfesuchende vorsieht, die keine Arbeit finden können. Gedacht ist dabei an gemeinnützige Arbeit, die sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde, also zusätzliche Arbeit darstellt und damit reguläre Arbeit nicht verdrängt. Den so Beschäftigten kann entweder das „übliche Arbeitsentgelt“ oder, wo dazu die Mittel fehlen, Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt werden. Analoge Angebote könnten auch Empfängern von Arbeitslosenhilfe gemacht werden.

Die Vorteile für diejenigen, die auf diese Weise Arbeit fänden, könnten erheblich sein, selbst wenn sie dadurch ihre finanzielle Lage nicht nennenswert verbessern:

- Diese Menschen fühlten sich wieder gebraucht, verlören weniger von ihren beruflichen Fähigkeiten und ihrer Motivation zur Arbeit als sonst;
- sie wären nicht als arbeitsunwillig oder arbeitsunfähig stigmatisiert und erhielten bessere Chancen, doch noch zum vollen Gehalt oder Lohn einen Arbeitsplatz zu finden, vor allem dann, wenn sie an ergänzenden Qualifizierungsmaßnahmen teilnahmen.

Das Argument, daß zu wenig Langzeitarbeitslose bereit sind, ohne zusätzliche Entlohnung gemeinnützige Arbeit zu verrichten, muß so lange als unbewiesen gelten, wie nicht mehr Gelegenheit dazu geboten wird, als es bislang der Fall ist.

Sicher verursacht auch die Schaffung solcher Arbeitsgelegenheiten Kosten; die Projekte müssen organisiert und betreut, Arbeitsmittel bereitgestellt werden. Zum einen halten sich diese Kosten jedoch in vergleichsweise engen Grenzen, zum anderen dürften sie in aller Regel geringer sein als der Nutzen, den die geleisteten Arbeiten stiften. Gefordert ist daher nicht in erster Linie mehr Geld, sondern mehr Initiative.

Teil B

Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Finanzpolitik:

Energischer die Wachstumskräfte stärken

256. Mit noch größerem Nachdruck sollte die Finanzpolitik auf das Ziel hinarbeiten, das Wirtschaftswachstum zu kräftigen. Dazu ist es mehr denn je notwendig, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen so zu gestalten, daß deren internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird und sie den Herausforderungen besser gewachsen sind, die sich mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes stellen werden.

Die Korrekturen des Einkommensteuertarifs in den Jahren 1988 und 1990 sind richtige Schritte auf diesem Wege: Die Senkung des Anstiegs der Grenzsteuersätze, vor allem für die Bezieher mittlerer Einkommen, stärkt die Leistungsanreize, nicht allein die der Selbständigen und Kleingewerbetreibenden, sondern auch die der Arbeitnehmer. Für die mittleren und großen Unternehmen bringt die Steuerreform 1990 jedoch zu wenig. Notwendige Änderungen der Steuerstruktur stehen aus, insbesondere die Lösung des Gewerbesteuerproblems und die Abschaffung der Kapitalverkehrssteuern. Die marginale Belastung von Ge-

winnen durch die Körperschaftsteuer oder durch den Spitzensatz der Einkommensteuer bleibt – gemessen an den Maßstäben, die in der jüngsten Zeit vom Ausland gesetzt wurden – auch dann zu hoch, wenn die beschlossenen Tarifenkungen in Kraft treten. Eine weitere Verminderung dieser Steuerlasten sollte jetzt vorbereitet und zu Anfang der neunziger Jahre umgesetzt werden.

Die Steuerentlastungen dürfen aber nicht durch eine dauerhafte Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote erkaufte werden. Ein Aufbau struktureller Defizite würde das Wirtschaftswachstum von einer anderen Seite her beeinträchtigen. Es verschlechterte die Finanzierungsbedingungen für Investoren und verunsicherte die Bürger, weil sie mit Recht befürchten, daß der Staat früher oder später den „Steuererlaß auf Zeit“ wieder einstriche und die Steuern noch kräftiger erhöhen müßte, um auch die Zinsen auf die gestiegene Staatsschuld zahlen zu können. Schon unter den derzeitigen Bedingungen schränkt die hohe Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte die Möglichkeiten des Staates ein, seine notwendigen Aufgaben zu erfüllen.

Wenn das Wirtschaftswachstum durch deutliche Steuerentlastungen der Unternehmen energischer als bisher gefördert werden soll, so kann dies nur gelingen, wenn der Anstieg der öffentlichen Ausgaben nachhaltig unterhalb der Zuwachsraten des Produktionspotentials (in jeweiligen Preisen) gehalten wird, die Staatsquote also sinkt. Kehrt die Finanzpolitik 1990 und danach zu einer Linie der gemäßigten Ausgabenexpansion zurück, kann die bereits beschlossene Steuerreform ohne drastische Ausweitung der Haushaltsdefizite verkräftet werden, und in den folgenden Jahren wird dann Raum für eine Senkung der Unternehmenssteuern gewonnen.

Im Jahre 1989 wird es nach der Defiziterhöhung in diesem Jahr wieder einen größeren Konsolidierungsfortschritt geben. Der Erfolg der Haushaltskonsolidierung wurde aber nicht durch Einsparungen weniger wichtiger oder gar schädlicher Ausgaben finanziert; vielmehr ist vorgesehen, die indirekte Belastung der Bürger durch spezielle Verbrauchsteuern zu erhöhen, und das zum Teil in einer steuersystematisch bedenklichen Form. Außerdem ist nach wie vor die Ausgabenstruktur unbefriedigend. Die Subventionen sind entgegen den Erklärungen der Regierung nicht abgebaut, sondern aufgestockt worden, und die Zuwachsraten bei den öffentlichen Investitionen sind hinter dem zurückgeblieben, was mancherorts zur Verbesserung der Infrastruktur notwendig wäre. Den Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu begrenzen, heißt nicht, auf wichtige öffentliche Investitionen zu verzichten, insbesondere nicht auf diejenigen, die zu den privaten komplementär sind. Der Staat kann die Wachstumskräfte um so stärker fördern, je schneller er mit der qualitativen Konsolidierung vorankommt. Aus den ihm dann mehr zufließenden Steuern kann er trotz einer niedrigeren Staatsquote mehr für Investitionen ausgeben.

In diesem Gutachten können nicht alle finanzpolitisch bedeutsamen Aufgaben erörtert werden, die 1989 zu erledigen sind. Dazu gehört insbesondere die Krankenversicherungsreform, die weniger dirigistisch ge-

staltet werden sollte, als es sich abzeichnet; auch in der Gesundheitspolitik müßte versucht werden, die Effizienz der Versorgung durch die stärkere Anwendung marktwirtschaftlicher Steuerungsprinzipien zu heben. (Zu den Grundsätzen einer solchen Reform: JG 85 Ziffern 358 ff., JG 86 Ziffern 319 ff.).

Chancen für eine mittelfristige Konsolidierung

257. Den Anstieg der Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte zu begrenzen, ist eine der wichtigsten Aufgaben einer Finanzpolitik, die auf die Förderung der Wachstumskräfte in der Wirtschaft gerichtet ist. Indem die Kapitalmärkte weniger stark in Anspruch genommen werden, trägt der Staat zur Erfüllung einer wichtigen Voraussetzung für anhaltend hohe Investitionen bei: einem niedrigen Zinsniveau. Indem es dem Staat gelingt, den Anstieg der Staatsausgaben zu senken, dämpft er die Furcht vor künftigen Steuererhöhungen, ja, läßt Erwartungen auf Steuerensenkungen aufkommen, Investitionen und Innovationen werden dadurch tendenziell angeregt. Indem der Anstieg der öffentlichen Schuld verlangsamt wird, gewinnt der Staat auf längere Sicht Handlungsfreiheit für eine wachstumsfördernde Strukturverbesserung seiner Ausgaben; in dem Maße wie der Zinsanteil an den gesamten Staatsausgaben zurückgeht, kann der Anteil der öffentlichen Investitionen erhöht werden.

258. Den Schlüssel zur Begrenzung der Defizite bietet eine zurückhaltende Ausgabenpolitik auf allen Ebenen des förderativen Staatsaufbaus. Sie ist Steuererhöhungen vorzuziehen. Die Gründe hat der Sachverständigenrat bereits wiederholt erörtert, zuletzt in seinem Jahresgutachten 1987/88 (Ziffer 281). Auch hat er Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Ausgaben-dynamik gebremst werden kann (zuletzt JG 86 Ziffer 272). Im wesentlichen geht es darum, problematische Haushaltsansätze, wie Subventionen, zu kürzen und die Möglichkeiten zu sparsamer Haushaltsführung, die es nach den Berichten der Rechnungshöfe reichlich gibt, energisch zu nutzen.

Für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte haben die Personalausgaben besonderes Gewicht. Die Lohnstruktur für den öffentlichen Dienst muß mehr an den Verhältnissen des Arbeitsmarktes orientiert werden (Ziffer 344). Bei einigen Berufen kann der Staat mit den Angeboten der privaten Wirtschaft nicht mehr Schritt halten. Bei den meisten Stellen zeigt der Überhang an qualifizierten Bewerbern indessen, daß die Arbeitsbedingungen beim Staat als günstig eingeschätzt werden. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst im allgemeinen bietet, bildet in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit einen großen Vorteil. Mit ihm läßt sich rechtfertigen, wenn die Bezüge hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückbleiben, und zwar auch dann, wenn die Arbeitszeit anders als in anderen Wirtschaftsbereichen nicht verkürzt würde. In Anbetracht der Besonderheiten des Beamtenstatus ist es wenig einleuchtend, daß die Besoldungserhöhungen regelmäßig den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst folgen (Ziffer 377).

259. Auch bei einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik muß und kann der Staat seine notwendigen Auf-

gaben erledigen. Zu diesen gehört die Bereitstellung der öffentlichen Güter, die als Vorleistungen in die Produktion der Unternehmen eingehen. Ohne eine leistungsfähige technische und soziokulturelle Infrastruktur ist ein kräftiges Wirtschaftswachstum nicht möglich. Freilich gilt auch hier: Wo die Infrastruktur schon gut ist, braucht vorerst nur wenig investiert zu werden, um den erreichten hohen Standard zu halten; und die Erfahrung lehrt, daß nicht jede öffentliche Investition wachstumsfördernd ist.

Eine Senkung der Staatsquote bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Staatsausgaben nicht expandieren können. Es kommt auf die richtige Nutzung der Freiräume an, die die Zuwachsraten bieten. Nicht alle Ausgabenansätze müssen mit gleicher Dringlichkeit fortgeschrieben werden, und nicht nur die Subventionen sollten absolut gekürzt werden (Ziffern 267 ff.). Beim Abbau wachstumshemmender Regulierungen beispielsweise kann manche Kontrollbehörde aufgelöst oder verkleinert werden. Je besser es gelingt, das Wirtschaftswachstum zu kräftigen, um so mehr vergrößern sich auch bei einer sinkenden Staatsquote die Ausgabenpielräume bei den Gebietskörperschaften; und um so mehr verbessert sich auch die Fähigkeit, den temporären Anstieg der Zinslastquote zu verkraften, der sich mit der Absenkung der Staatsquote ergibt.

260. Eine zurückhaltende Ausgabenpolitik entspricht auch den Vorstellungen des Finanzplanungsrates zur mittelfristigen Gestaltung der öffentlichen Haushalte. Danach soll der jährliche Zuwachs der Staatsausgaben 3 vH nicht überschreiten. Dieser Rahmen wird allerdings im Jahre 1989 nicht eingehalten; denn die Ausgaben werden mit einer Rate von knapp 4 vH steigen. Diese Abweichung von der Zielvorstellung mindert den möglichen Konsolidierungsschritt, hält aber Chancen für eine mittelfristige Konsolidierung offen. Dafür sind Entwicklungen auf der Einnahmenseite maßgeblich, die das Finanzierungsdefizit im Jahre 1989 zurückgehen lassen.

261. Die Einnahmen werden 1989 um 6½ vH über ihrem in diesem Jahr erreichten Niveau liegen. Die Steuereinnahmen werden kräftig zunehmen. Allein durch die Erhöhungen der Verbrauchsteuern auf Mineralöl und Tabak, der Versicherungssteuer, der Kraftfahrzeugsteuer auf Diesel-PKW sowie durch die zeitlich begrenzte Erhebung einer Steuer auf den Verbrauch von Erdgas und Flüssiggas werden 1989 rund 10 Mrd DM mehr in die Kassen der öffentlichen Haushalte fließen. Das Aufkommen der kleinen Kapitalertragsteuer (Quellensteuer), die zur Teilfinanzierung der Steuerreform 1990 ab 1989 erhoben wird, schätzt man auf etwa 3 Mrd DM. Die Einnahmen aus der Einkommensbesteuerung werden im kommenden Jahr deutlich zunehmen, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Progression dann wieder auf die Lohnsteuer auswirken wird. Die Steuern vom Gewinn werden nur mäßige Mehreinnahmen erbringen, hier wirkt noch die weniger günstige Gewinnentwicklung des Jahres 1987 nach. Die Steuerquote wird 1989 um rund einen halben Prozentpunkt auf (23,4) vH ansteigen.

262. Im Jahre 1989 ist wieder mit einer hohen Gewinnüberweisung der Bundesbank zu rechnen. Von den zu erwartenden 9½ Mrd DM sollen 5 Mrd DM zur

Finanzierung des Haushalts verwendet, mit dem überschießenden Betrag Schulden getilgt werden.

Um die Nettokreditaufnahme des Staates ökonomisch besser beurteilen zu können, teilt der Sachverständigenrat den Bundesbankgewinn seit 1981 in einen „Normalgewinn“ und einen anomalen Betrag auf. Um diesen anomalen Betrag ist die potentialorientierte Kreditaufnahme bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsdefizits zu korrigieren. Die „normale“ Gewinnausschüttung entspricht einer etwa vierprozentigen Verzinsung der bereinigten Zentralbankgeldmenge (JG 84 Ziffer 242). Mit dieser Berechnung wird erreicht, daß sich die starken Schwankungen der an den Bund abgeführten Bundesbankgewinne nicht auf die Kriterien auswirken, die für die Einschätzung der Haushaltsentwicklung herangezogen werden. Es widerspräche den Grundsätzen einer Verstetigung der Haushaltsführung, wenn die Ausgaben des Bundes im Jahr einer extrem hohen Gewinnausschüttung der Bundesbank wegen der Erweiterung des Einnahmerahmens sprunghaft heraufgesetzt würden, wie es auch umgekehrt unangemessen wäre, die Ausgaben des Bundes einzuschränken, wenn die Gewinnabführung der Bank in einem einzelnen Jahr ungewöhnlich niedrig ausfällt, wie das in diesem Jahr der Fall war (Ziffer 125).

Offenbar hat sich auch die Bundesregierung von solchen Vorstellungen leiten lassen, als sie in § 2 Abs. 2 ihres Entwurfs für das Haushaltsgesetz 1989 vorgesehen hat, daß die den Betrag von 5 Mrd DM übersteigende Gewinnausschüttung der Bundesbank zur Tilgung fälliger Schulden zu verwenden sei und die im Haushaltsgesetz vorgesehene Kreditermächtigung entsprechend vermindere. Im Ergebnis wird damit bewirkt, daß die ausgewiesene Nettokreditaufnahme um den Betrag der Bundesbankgewinnabführung höher ausfällt, der 5 Mrd DM übersteigt.

Faktisch ändert sich an der Kapitalmarktbelastung durch den Bund nichts; denn der Betrag, der nicht mehr zur Finanzierung des laufenden Haushalts zur Verfügung steht, mindert den Kreditbedarf für die Altschuldentilgung. Insofern kann sich durch die neue Regelung nur dann eine Entlastung künftiger Haushalte von Zinszahlungen ergeben, wenn das ausgewiesene höhere Haushaltsdefizit die Ausgabenwünsche bremst.

Ob die angestrebte Verstetigung der Ausgabenpolitik mit einer solchen Regelung im Haushaltsgesetz auf Dauer erreicht werden kann, erscheint fraglich. Es wäre angemessen, eine Bestimmung von derart grundsätzlicher Bedeutung in der Bundeshaushaltsordnung zu verankern.

Zuvor müßte geklärt werden, nach welchem Maßstab der Teil des Bundesbankgewinns festgelegt wird, der jeweils zur Deckung des Haushalts verwendet werden soll. Nach welchen Kriterien der für 1989 angesetzte Betrag von 5 Mrd DM gefunden wurde, ist unklar, zumal in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1990 bis 1992 jeweils 7 Mrd DM angesetzt worden sind.

263. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird 1989 auf 45 Mrd DM zurückgehen, in der Abgrenzung

der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird es sich für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften auf 27 Mrd DM belaufen. In dieser Abgrenzung ist der Defizitabbau gegenüber dem Vorjahr (22 Mrd DM) auch deswegen größer als in der Finanzstatistik (13 Mrd DM), weil der Bundesbankgewinn in voller Höhe berücksichtigt wird. Für den gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, der für die Kreislaufbetrachtungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entscheidend ist, wird das Finanzierungsdefizit 1989 auf 16 Mrd DM abnehmen (Tabelle 40, Seite 128).

264. Die Betrachtung der unbereinigten Finanzierungsdefizite allein läßt eine Aussage über die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte nicht zu. Um hierüber ein Urteil zu gewinnen, berechnet der Sachverständigenrat den „konjunkturellen Impuls“. Dieser bildet die Anstoßeffekte des Staatsbudgets für den volkswirtschaftlichen Kreislauf ab. Die Basis für die Berechnungen sind die Verhältnisse im Jahre 1985. Der konjunkturelle Impuls wird als Differenz von tatsächlichem Haushaltsdefizit und konjunkturneutralalem Defizit berechnet. Dieses erhält man, wenn man die potentialorientierte Kreditaufnahme um die auslastungsbedingten Steuermehreinnahmen bereinigt. Für das Jahr 1989 errechnet sich ein geringfügiger konjunktureller Impuls von 2 Mrd DM (Tabelle 41).

Das Verhalten des Staates ist also in etwa konjunkturneutral. Da der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten im nächsten Jahr sein normales Niveau wiederum leicht überschreiten wird, ist dieses Verhalten angemessen.

265. Mit dem Rückgang des Defizits im nächsten Jahr verbessern sich die mittelfristigen Aussichten für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Für die Abschätzung der weiteren Entwicklung ab 1990 legen wir die Annahmen der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde und gehen von einem Ausgabenzuwachs von 3 vH aus; die Einnahmenschätzung basiert auf einem Wachstum des nominalen Sozialpro-

dukts von 4 vH. Die Steuereinnahmen wurden mit den Steuerquoten berechnet, die der Arbeitskreis Steuerschätzungen im Mai ermittelt hat, korrigiert um die Effekte der Verbrauchsteuererhöhungen und der Steuerreform 1990. Vergleicht man das durch eine solche Betrachtung gewonnene Defizit der öffentlichen Haushalte mit der Normalverschuldung – sie wird in der Abgrenzung der Finanzstatistik hier mit 2,1 vH des Sozialprodukts angesetzt (JG 86 Ziffer 278) –, bekommt man einen Anhaltspunkt dafür, ob die Steuerreform 1990 ohne größeren Anstieg der Defizite und damit ohne hohe Zusatzbelastungen für zukünftige Haushalte finanziert werden kann. Darüber hinaus wird erkennbar, welche Möglichkeiten für weitere Steuerentlastungen bestehen, beispielsweise im Rahmen einer Reform der Unternehmensbesteuerung.

Unter den beschriebenen Annahmen erreicht das Haushaltsdefizit bereits im Jahr nach der Steuerreform 1990 annähernd sein normales Niveau; für 1992 errechnet sich ein Steuersenkungsspielraum von etwa 11½ Mrd DM (Tabelle 42). Dieses Ergebnis beruht nicht nur auf der Ausgabenzurückhaltung des Staates, die in der Projektion entsprechend den Vorgaben des Finanzplanungsrates unterstellt wird, sondern auch auf dem Anstieg der Steuerquote. Zwar wird durch die Steuerreform 1990 der Progressionsgrad der Einkommensbesteuerung für die wichtigsten Tarifbereiche gesenkt, doch wird das Steuersystem wahrscheinlich insgesamt leicht progressiv bleiben: Die Volkseinkommenselastizität des Steueraufkommens wird vermutlich weiter etwas über eins liegen.

Damit sind die mittelfristigen Perspektiven günstiger, als sie noch im letzten Jahr erwartet wurden. Weitere Möglichkeiten für eine steuerpolitische Stärkung der Wachstumskräfte in den neunziger Jahren tun sich auf. Zu diesen guten Aussichten trägt maßgeblich bei, daß die Haushaltssituation im Basisjahr der Rechnung, also 1989, als günstig eingeschätzt werden kann.

266. Ob es nun in den neunziger Jahren wirklich so günstig kommt, hängt wesentlich davon ab, daß die

Tabelle 41

Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der Gebietskörperschaften 1989¹⁾

Mrd DM

	1988	1989
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Haushaltsdefizits ²⁾		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	31½	32½
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen (-) / Steuermindereinnahmen (+)	- 5½	- 8
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen (-)	-	-
(d) Mehreinnahmen (-) / Mindereinnahmen (+) in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne	+ 8½	-
I. (a) bis (d) Defizit des konjunkturneutralen Haushalts	34½	24½
II. Tatsächliches Haushaltsdefizit ³⁾	49	27
II. - I. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	+14½	+ 2
(expansiv: +; kontraktiv: -)		

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Methodische Erläuterungen siehe Tabellen 23 und 24 sowie Anhang IV, Abschnitt D.

³⁾ Einschließlich der Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

Tabelle 42

Zur mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte¹⁾

	Einheit	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Ausgaben	Mrd DM vH ²⁾	649,8 +3,5	673 (+3 ^{1/2})	700 (+4)	721 (+3)	743 (+3)	765 (+3)
Einnahmen	Mrd DM vH ²⁾	599,0 +2,3	615 (+2 ^{1/2})	655 (+6 ^{1/2})	663 (+1)	691 (+4)	724 (+5)
darunter: Steuern	Mrd DM	468,3	487 ^{1/2}	522 ^{1/2}	526	548	577
Haushaltsdefizit	Mrd DM	50,8	58	45	58	52	41
Steuersenkungspotential bei Kreditfinanzierungs- quote wie 1985	Mrd DM	—	—	1 ^{1/2}	—	—	11 ^{1/2}
Ausgabenquote ³⁾	vH	32,2	31,6	31,4	31,1	30,8	30,5
Steuerquote ⁴⁾	vH	23,2	22,9	23,4	22,7	22,7	23,0

1) Auf Basis der Finanzstatistik; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

3) Ausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

4) Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

Ausgabenentwicklung nicht steiler verläuft, als es bei den Berechnungen angenommen worden ist. Ein Ausgabenwachstum, das über 3 vH hinausginge, würde die Hoffnung auf einen Fortgang der Konsolidierung und auf wachstumsfördernde Reformmaßnahmen bei der Besteuerung der Unternehmen schwinden lassen. Deshalb ist nachdrücklich anzumahnen, den Vorstellungen des Finanzplanungsrates zu folgen und Ausgaben disziplin zu üben.

Nur auf diese Weise ist es möglich, Spielraum dafür zu gewinnen, die Unternehmen in absehbarer Zeit – und das heißt bereits 1992, spätestens 1993 – von Steuern entlasten zu können. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung, bei der es auch zu Steuerausfällen kommt, ist zwar nicht notwendigerweise an eine vorherige Konsolidierung gebunden. Aber ein Anstieg der Kreditfinanzierungsquote, der dann unvermeidbar wäre, würde den positiven Wirkungen der Reform entgegenstehen. Per Saldo könnte der erwünschte Wachstumsschub sogar ausbleiben.

Subventionsabbau unverzichtbar

267. Kritik an den Subventionen lösen nicht nur die dadurch entstehenden Belastungen für die öffentlichen Haushalte aus, sondern auch die Methoden, nach denen Subventionen gewährt werden. Der Staat hat sich hier selbst zur Unbeweglichkeit verurteilt, indem er

- faktisch dauerhafte „Besitzstände“ oder gar Rechtsansprüche geschaffen hat und
- häufig die Entwicklung dieser Ansprüche durch die Bindung an Referenzpreise oder an Devisenkurse in Formeln automatisiert hat, die dem Staat unkalkulierbare Risiken aufbürden.

Auf diese Weise fühlt sich das Management begünstigter Unternehmen kaum veranlaßt, typischen Unternehmerrisiken durch geeignete Dispositionen vorzubeugen. Bei dieser Kritik geht es nicht darum, alle Subventionen in Bausch und Bogen zu verurteilen.

Subventionen können beispielsweise eingesetzt werden, um einen notwendigen Strukturwandel sozial abzufedern. Zu diesem Zweck dürfen sie freilich nicht als Dauermaßnahme eingesetzt werden. Vielmehr muß ihr beschleunigter Abbau angekündigt und tatsächlich auch vollzogen werden. Nur so gelingt es, die Subventionsempfänger wirksam dazu anzuhalten, sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen und sich von staatlichen Hilfen zu lösen. Zu bedenken ist es freilich, daß selbst mit solchen befristeten Interventionen volkswirtschaftliche Kosten verbunden sein können, die über den Subventionsbetrag hinausgehen, weil subventionsbedingt Verzögerungen des Strukturwandels auftreten können und damit Effizienz einbußen in der Volkswirtschaft verursacht werden.

Auch zu einer Mindestsicherung der nationalen Versorgung mit bestimmten lebenswichtigen Gütern, wie zum Beispiel der Energie, mögen Subventionen zu rechtfertigen sein. Notwendig ist es dann allerdings, daß Kosten und Nutzen einer Stützung dieser Bereiche immer wieder neu veranschlagt werden, damit im politischen Willensbildungsprozeß darüber entschieden werden kann, ob und in welchem Umfang die Hilfen fortgesetzt werden sollen. Wenn sie nach strengen Maßstäben gerechtfertigt werden können, muß die Form der Subventionierung so gewählt werden, daß die gesteckten Ziele effizient erreicht werden. Kohleverstromungsabgabe und Koks-kohlesubventionen beispielsweise genügen diesen Kriterien nicht. Beide werden auch im europäischen Binnenmarkt nicht mehr zu halten sein.

268. Auf einigen Gebieten gibt es allerdings Versuche, den Anstieg der Subventionen zu begrenzen. In erster Linie sind die Beschlüsse der EG-Regierungschefs zur Agrar- und Haushaltspolitik vom Februar 1988 zu erwähnen. Zwar wurden hier nicht die Weichen für eine Überleitung des landwirtschaftlichen Sektors in eine marktwirtschaftliche Ordnung gestellt; doch ist der mit der neuen Preispolitik verbundene Abbau der mengenabhängigen Subventionierung immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Tabelle 43

Wettbewerbsbeschränkende Regulierungen und Subventionen nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Regulierung auf dem Binnenmarkt					Außen- protektion	Sektorspezifische Hilfen		
	Markt- zugang	Inve- stition	Mengen	Preise	Kondi- tionen, Neben- lei- stungen		Steuer- vergün- stigen	Finanzhilfen für die	
								laufende Produk- tion	Kapital- bildung
Land- u. Forstwirtsch. Fischerei			§§	§§		xxx	xxx	xxx	xx
Elektrizität	§§	§§	§§	§	§§		x	x	x
Gas, Wasser, Fernwärme	§§	§§	§§	§	§§		x		x
Bergbau	§§	§	§§	§		xxx	xxx	xxx	xxx
Chemische Industrie						x	xx		x
Mineralölverarbeitung							x		
Kunststoffwarenherstellung									
Gummiverarbeitung									
Steine und Erden									
Feinkeramik									
Glasgewerbe						x			
Eisenschaffende Industrie						xx		x	xxx
NE-Metallerzeugung						xxx			
Gießereien						x			
Zieher., Kaltwalzw., Stahlverf. .									
Stahl- und Leichtmetallbau ...									
Maschinenbau									
Büromaschinen, ADV-Geräte ..									
Straßenfahrzeugbau							x		
Schiffbau							xx	xxx	xx
Luft- und Raumfahrzeugbau ...								xx	xxx
Elektrotechnik									
Feinmechanik, Optik									
EBM-Waren									
Musikinstrumente, Spielwaren .									
Holzbearbeitung						x			
Holzverarbeitung									
Zellstoff, Papier und Pappe ...						xxx			
Papier- und Pappeverarbeitung						xx			
Druckerei, Vervielfältigung ...									
Ledergewerbe									
Textilgewerbe						xxx			
Bekleidungs-gewerbe						xxx			
Nahrungs- und Genußmittelge- werbe			§	§		xxx	x		
Baugewerbe									
Großhandel, Handelsvermitt- lung			§	§					
Einzelhandel	§			§					
Eisenbahnen	§§	§§	§§	§	§§		xxx	xxx	xxx
Schifffahrt	§§			§§	§§		xx	x	xx
Übriger Verkehr	§§	§	§	§§	§		x	xx	xxx
Bundespost	§§		§	§§	§§		xxx		
Kreditinstitute	§		§	§	§		x		
Versicherungen	§		§	§	§		x		
Gaststätten, Heime				§			xx	xx	xxx
Bildung, Wissenschaft	§			§					
Gesundheits- und Veterinärwesen	§§	§	§	§	§		xxx	x	xxx
Übrige Dienstleistungen	§			§	§		x		x

Symbole: § = Teilregulierung, §§ = überwiegend oder gänzlich regulierter Wirtschaftszweig, x = überdurchschnittliche Begünstigung, xx = merklich überdurchschnittliche Begünstigung, xxx = deutlich überdurchschnittliche Begünstigung. Quelle: Ifo-Institut

Allerdings muß sichergestellt werden, daß der preispolitische Kurs nicht durch die flankierenden Maßnahmen unterlaufen wird. Solche ergänzenden Hilfen sind daher zeitlich zu befristen, und die dafür eingesetzten Mittel sind degressiv zu staffeln.

Im Bereich der Wohnungswirtschaft ist ein Fortschritt darin zu sehen, daß Ende 1987 im Zusammenhang mit der Einkommensteuerreform beschlossen wurde, die subjektive Steuerfreiheit der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft auf Genossenschaften einzuschränken, deren Tätigkeit auf Vermietung begrenzt ist. Gegenwärtig mehren sich Stimmen, die angesichts der anhaltenden Zuwanderung in die Bundesrepublik für eine Wiederbelebung des „Sozialen Wohnungsbaus“ plädieren. Von einem erneuten Wiedereinstieg in die Objektförderung ist nach den ungünstigen Erfahrungen mit dieser Form der Subventionierung dringend abzuraten. Die erforderliche Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung für notleidende Menschen sollte als personenbezogene Förderung in Form von Unterstützung gewährt werden.

Die Bundesregierung ist darum bemüht, die unübersehbaren Risiken in den Griff zu bekommen, die für sie aus der Subventionierung des Airbus-Programms entstanden sind (JG 87 Ziffer 419). Die Übernahme der Altlasten aus früheren Zusagen für die Modelle A 300, A 310 und A 320 wird dabei unvermeidlich sein. Für die neuen Modelle A 330/340 sollte es jedoch gelingen, die Finanzhilfen auf einen Teil des Wechselkursrisikos zu begrenzen und sie vor allem im Zeitablauf degressiv zu gestalten. Wenn die Bundesregierung anstrebt, die Zahlungen bis zum Jahre 2000 zu befristen, so zeigt dies, wie schwierig der Abbau von Subventionen ist, wenn nicht schon beim Einstieg in die Förderung ein klarer Zeithorizont für ihren Abbau abgesteckt wird.

269. Die genannten positiven Beispiele dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesregierung im Laufe ihrer bisherigen Amtszeit die Subventionen nicht wie angekündigt abgebaut, sondern beträchtlich ausgeweitet hat. Wenn die Finanzpolitik nicht zu Lasten des Wirtschaftswachstums gehen soll, ist eine umgehende Kurskorrektur geboten. Wir verkennen nicht, daß es leichter ist, für eine Kürzung der Subventionen zu werben, als eine solche Politik umzusetzen. Die globale Forderung nach einem Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ist zwar populär, doch stößt jede konkrete Initiative auf den heftigen Widerstand der Begünstigten, die dann mit ihren Klagen nur allzuoft auch in der Öffentlichkeit auf Verständnis stoßen. Unter diesen Umständen ist die lineare Kürzung aller Finanzhilfen, die der Sachverständigenrat schon früher einmal angeregt hat, möglicherweise der einzige erfolgversprechende Ausweg (JG 83 Ziffern 384 f.).

Dieser Weg ist freilich mit einer Reihe von Schönheitsfehlern behaftet. Er kann im Fall der Steuervergünstigungen nicht beschritten werden; er eröffnet den Streit darüber, welche Staatsausgaben als Subventionen anzusehen sind; er führt zu Forderungen nach vielfältigen Ausnahmen; vor allem offenbart er die Hilflosigkeit der politischen Entscheidungsträger, mit dem Wildwuchs der Subventionen in angemessener Form fertig zu werden. Trotz allem ist eine lineare

Kürzung der Finanzhilfen besser als ein weiterhin ungehindertes Anschwellen der Subventionen. Eine selektive Kürzung der Subventionen wäre jedoch eindeutig der bessere Weg.

Wenn wir uns Jahr für Jahr für einen Subventionsabbau einsetzen, so geschieht das nicht nur mit Blick auf die Entlastung der öffentlichen Haushalte. Nicht minder bedenklich ist es, daß das Wirtschaftswachstum behindert wird, weil Subventionen den Wettbewerb beeinträchtigen sowie zur Konservierung veralteter Wirtschaftsstrukturen beitragen. Besonders schlimm ist das Zusammenwirken mannigfacher Finanzhilfen und Steuervergünstigungen mit vielfältigen Regulierungen. Das ist von mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten untersucht worden. Eine neuere Auflistung ordnungspolitisch bedenklicher Verzerrungen hat das Ifo-Institut vorgenommen (Tabelle 43). In wichtigen Sektoren wird der Steuerungsprozeß der Märkte durch Subventionen in Verbindung mit Regulierungen verfälscht. Eine strukturelle Erneuerung der deutschen Volkswirtschaft und eine Verstetigung des Wirtschaftswachstums auf höherem Niveau werden sich nur erreichen lassen, wenn die Wirtschaftspolitik auch in diesen Sektoren wieder stärker auf die Lenkungsfunktion der Preise vertraut.

Finanzausgleich: Fehlentwicklungen vermeiden

270. Die ungünstige Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zeigt sich in der hohen Belastung durch die Subventionen und in der niedrigen Investitionsquote des Staates. Der Anteil der Sachinvestitionen an den gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre etwa halbiert. In vielen Gemeinden fehlt es heute an Mitteln, um dringende öffentliche Investitionen durchführen zu können. Hier kann es sinnvoll sein, daß der Bund den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) gemäß Art. 104 a Abs. 4 GG gewährt (Ziffern 427 ff.).

Solche Investitionshilfen sind im Entwurf eines Strukturhilfegesetzes vorgesehen, das die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet hat. Dieses Gesetz sieht Leistungen des Bundes an die meisten Länder in Höhe von jährlich insgesamt 2,45 Mrd DM für eine Laufzeit von zehn Jahren vor. Investitionen der Länder und Gemeinden sollen bis zu einer Grenze von 90 vH gefördert werden. Die Bundesregierung erwartet, daß die Flächenländer einen erheblichen Teil der ihnen zufließenden Mittel den kommunalen Gebietskörperschaften für Investitionen zur Verfügung stellen. Der Jahresbetrag soll auf die einzelnen Länder im wesentlichen nach zwei Schlüsseln, nämlich nach dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und nach der Arbeitslosenquote der zurückliegenden Jahre, verteilt werden, wobei allerdings die nach diesen Indikatoren über dem Bundesdurchschnitt liegenden Länder Baden-Württemberg und Hessen nicht berücksichtigt werden sollen.

271. Die Finanzausgleichsregelungen nach Art. 107 Abs. 2 GG werden schon heute stark ausgeschöpft. Unter Berücksichtigung der Bundesergänzungszu-

Finanzausgleich unter den Bundesländern für das Jahr 1987¹⁾

Mio DM

	Nord- rhein- Westfa- len	Bayern	Baden- Würt- tem- berg	Nieder- sach- sen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Hol- stein	Saar- land	Ham- burg	Bre- men	Insge- samt
Steuern der Länder im Finanz- ausgleich ²⁾											
– Insgesamt	45 263	30 326	27 809	18 010	16 727	9 072	6 312	2 515	5 703	1 765	163 502
– DM je Einwohner	2 715	2 746	2 974	2 505	3 013	2 516	2 416	2 415	3 640	2 700	2 758
– in vH des Länderdurch- schnitts	98,44	99,58	107,84	90,84	109,24	91,22	87,62	87,57	131,98	97,90	100
Gemeindesteuern im Finanz- ausgleich	8 856	5 706	5 740	3 026	3 315	1 576	1 096	360	1 272	377	31 324
Finanzkraftmeßzahl	54 119	36 033	33 549	21 036	20 042	10 648	7 408	2 875	6 974	2 141	194 826
Ausgleichsmeßzahl	54 477	35 757	30 271	23 320	18 007	11 681	8 442	3 377	6 719	2 775	194 826
Überschüsse (+)/Fehl- beträge (-)	- 358	+ 275	+3 278	-2 284	+2 036	-1 032	-1 033	- 502	+ 255	- 634	±5 844
Beiträge (-)/Zuwei- sungen (+)	+ 134	-	-1 867	+1 118	-1 193	+ 448	+ 611	+ 333	- 81	+ 495	±3 140
Steuern der Länder nach Fi- nanzausgleich											
– Insgesamt	45 397	30 326	25 942	19 146	15 535	9 521	6 923	2 848	5 764	2 350	163 752
– DM je Einwohner	2 723	2 746	2 775	2 663	2 798	2 640	2 650	2 735	3 679	3 595	2 762
– in vH des Länderdurch- schnitts	98,6	99,4	100,5	96,4	101,3	95,6	96,0	99,0	133,2	130,2	100
Bundesergänzungszuweisun- gen (1987)	124	37	-	572	-	310	281	267	-	225	1 817
Steuern ³⁾ und Bundesergän- zungszuweisungen											
– Insgesamt	45 521	30 364	25 942	19 719	15 535	9 831	7 205	3 115	5 764	2 575	165 570
– DM je Einwohner	2 730	2 750	2 775	2 743	2 798	2 726	2 758	2 991	3 679	3 940	2 793
– in vH des Länderdurch- schnitts	97,77	98,45	99,35	98,22	100,19	97,62	98,76	107,12	131,73	141,08	100

¹⁾ Einschließlich Bundesergänzungszuweisungen (Auszahlungsbetrag). – ²⁾ Einschließlich Förderabgabe und Abgeltung von Hafentlasten. –
³⁾ Nach Finanzausgleich.

Quelle: BMF

weisungen ergibt sich bei den Stadtstaaten der wider-
sinnige Effekt, daß dem beitragspflichtigen Land
Hamburg pro Kopf der Bevölkerung rund 260 DM
weniger an Steuereinnahmen verbleiben als dem zu-
weisungsberechtigten Land Bremen. Bei den Flä-
chenstaaten führt der Ausgleichsmechanismus zu ei-
ner weitgehenden Einebnung des den Ländern zur
Verfügung stehenden Steueraufkommens pro Kopf.
In einzelnen Fällen ergibt sich hier ebenfalls ein Über-
ausgleich (Tabelle 44). Die Nivellierung würde noch
weitergehen, wenn der von der Bundesregierung ein-
gebrachte Entwurf eines Strukturhilfegesetzes verab-
schiedet werden sollte.

Sowohl die vorgesehenen Verteilungsschlüssel als
auch die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes stüt-
zen die Vermutung, daß die Zahlungen des Bundes
darauf abzielen, die Finanzkraft der begünstigten
Länder allgemein zu stärken, daß es sich bei den ge-
planten Finanzhilfen also wirtschaftlich um Schlüssel-
zuweisungen handelt. Die vorgesehenen Schlüssel,
das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Arbeitslo-
senquote, sind Maßstäbe, die sich für allgemeine Fi-

nanzzuweisungen besonders gut eignen. Auf die An-
regung zusätzlicher Investitionen kommt es dagegen
nicht an; denn § 4 Abs. 1 des Gesetzentwurfs sieht
ausdrücklich vor, daß Investitionen, die im Zeitpunkt
des Inkrafttretens des Gesetzes begonnen, aber noch
nicht abgeschlossen sind, ebenfalls gefördert werden
können. Die formale Bindung an Investitionsvorhaben
schließt mithin nicht aus, daß Länder und Gemeinden
die Finanzhilfen für ohnehin geplante Vorhaben be-
anspruchen und so Spielräume für nichtinvestive Aus-
gaben gewinnen (Mitnahmeeffekte).

272. Aus der Entstehungsgeschichte ergibt sich
ebenfalls, daß die Strukturhilfeleistungen den Bun-
desergänzungszuweisungen wirtschaftlich ähnlich
sind. Der Gesetzentwurf ist von der Bundesregierung
beschlossen worden, um eine vom Ministerpräsidenten
des Landes Niedersachsen ausgehende Initiative
abzuwehren, die darauf abzielte, finanzschwachen
Ländern zusätzliche Mittel zu Lasten des Bundes und
der finanzstarken Länder zu verschaffen. Der Vorstoß
wurde mit den hohen Belastungen aus der Sozialhilfe
begründet, die in den strukturschwachen Ländern zu

tragen seien. Der Bund sollte nach dieser Vorstellung für die Hälfte der Sozialhilfeausgaben aufkommen, die sich insgesamt auf etwa 20 Mrd DM belaufen. Die Belastung für den Bundeshaushalt in Höhe von rund 10 Mrd DM sollte ungefähr zur Hälfte durch einen Verzicht der Länder auf vier Prozentpunkte ihres Umsatzsteueranteils zugunsten des Bundes gedeckt werden, die andere Hälfte aus der Erhöhung von Verbrauchsteuern.

Die Begründung der Initiative vermochte nicht zu überzeugen. Da die wesentlichen Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes bereits vor geraumer Zeit erlassen wurden, handelt es sich bei diesen Ausgaben der Träger der Sozialhilfe nicht um neue Belastungen, bei denen es allenfalls zweifelhaft sein könnte, ob die Länder nach den in Art. 104 a Abs. 1 oder 2 GG verankerten Prinzipien eine Erstattung oder Beteiligung beanspruchen könnten. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Sozialhilfebelastung bei der Steuerverteilung auf Bund und Länder, insbesondere bei der Verteilung der Umsatzsteuer nach Art. 106 Abs. 3 GG, berücksichtigt wird.

Eine Umsetzung der Initiative hätte den Bund ohnehin nur scheinbar belastet. Wirtschaftlich wären die Lasten nur unter den Bürgern der Länder umverteilt worden; denn die Differenzen zwischen der vom Bund übernommenen Hälfte der Sozialhilfeausgaben und dem Einnahmeverzicht aus dem Umsatzsteueranteil der Länder hätten sich auf die Finanzsituation der einzelnen Länder sehr unterschiedlich ausgewirkt, und die Lasten aus der Verbrauchsteuererhöhung wären ebenfalls von den Bürgern aller Länder zu tragen gewesen. Im Ergebnis wäre die Entlastung der finanzschwachen Länder von den Bürgern der finanzstarken Länder zu tragen gewesen, so daß die Initiative des niedersächsischen Ministerpräsidenten Effekte gehabt hätte, die den Wirkungen eines horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Ländern ähnlich sind.

Zu einer solchen Umverteilung der Finanzierungslasten für die Sozialhilfe besteht auch insofern wenig Anlaß, als die Länder die Höhe der in ihrem Gebiet anfallenden Sozialhilfelasten beeinflussen können. Zwar gibt es regionale Gegebenheiten, die der Staat nicht ändern kann, doch wird die Entwicklung eines Wirtschaftsraums nicht zuletzt auch von den Erfolgen oder Mißerfolgen der Landespolitik geprägt.

Die Finanzpolitik eines Landes bestimmt das Niveau seiner Ausgaben. Es ist deshalb wohlbegründet, wenn nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts „Sonderbedarfe einzelner Länder“ beim horizontalen Finanzausgleich nach Art. 107 Abs. 2 Satz 1 GG unberücksichtigt bleiben müssen. Die niedersächsische Initiative zielte jedoch gerade auf den Ausgleich von Sonderlasten. Die vermeintliche Lücke zu schließen, wurde mit dem Vorstoß bezweckt. Mit den Finanzhilfen nach dem Strukturhilfegesetz und ihrer Finanzierung durch eine Erhöhung spezieller Verbrauchsteuern wird wirtschaftlich das gleiche Ziel verfolgt, freilich mit einem ermäßigten Volumen und in einer verfassungsrechtlich möglicherweise schwerer angreifbaren Form.

273. Ähnlich wie die Subventionen, die der Staat den Unternehmen gewährt, können die Finanzzuweisungen und andere Regelungen, die innerhalb des

öffentlichen Sektors zu einer Umverteilung führen, bei den Empfängern der Zahlungen den Anreiz zu wirtschaftlichem Verhalten vermindern. Auch im öffentlichen Bereich müssen die Regelmechanismen so eingestellt werden, daß effizientes Wirtschaften gefördert wird. Das kann ohne eine begrenzte Steuerautonomie der Länder schwerlich gelingen. Allerdings ist es verständlich, daß aus der Sicht des Bundes gegen eine Erweiterung der Steuergesetzgebungskompetenz der Länder Bedenken bestehen; denn einzelne Länder könnten dann in ihrem Bereich die Steuerpolitik des Bundes durchkreuzen, indem sie beispielsweise bei einer Steuersenkung des Bundes die eigenen Abgaben erhöhen. Einem solchen Verhalten sind jedoch Grenzen gesetzt, da der Wettbewerb zwischen den Ländern eine disziplinierende Wirkung ausüben dürfte. Deshalb sollte im Zuge der weiteren Etappen der Steuerreform erwogen werden, den einzelnen Ländern mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Steuerrecht einzuräumen (JG 87 Ziffer 297).

Reform der Unternehmenssteuern

274. An anderer Stelle des Gutachtens haben wir begründet, warum es intensiver Anstrengungen der Wirtschaftspolitik bedarf, um die Qualität des Unternehmensstandorts Bundesrepublik zu verbessern (Ziffern 147 ff.). Wichtige Konkurrenzländer haben bereits die Grenzsteuersätze bei der Einkommens- und Körperschaftsbesteuerung fühlbar gesenkt, andere werden ihnen schon bald folgen. In diesem Zusammenhang ist die deutsche Steuerreform 1990 zu würdigen. Mit dem Übergang zu einem linear progressiven Tarif und der Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer sowie der Ermäßigung des Normalsatzes bei der Körperschaftsteuer leistet die Steuerreform 1990 einen unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der Qualität des Standorts Bundesrepublik. Das kann aber nur ein erster Schritt auf dem richtigen Wege sein.

Der nächste Schritt, der nicht allzu weit hinausgeschoben werden sollte, ist die Reform der Unternehmensbesteuerung. Diese hat sich stärker an der Setzung besserer Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu orientieren. Es geht dabei zum einen um aus ökonomischer Sicht erforderliche Änderungen in der Struktur der Unternehmensbesteuerung, zum anderen geht es um die Frage, inwieweit eine weitere Steuerentlastung der Unternehmen erforderlich erscheint. Eine durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung erfordert beides, die strukturelle Verbesserung ebenso wie die Senkung der Gesamtbelastung mit Steuern.

275. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß die Gewerbesteuer abgeschafft oder zumindest grundlegend reformiert werden muß. Ginge es dabei allein um die Verbesserung der Unternehmensbesteuerung, ließe sich das Problem leicht lösen: Das Gewerbesteuergesetz könnte aufgehoben und der Steuerausfall durch eine Anhebung des Umsatzsteuersatzes ausgeglichen werden. Rein rechnerisch müßten hierzu der Normalsatz der Mehrwertsteuer um etwa vier Prozentpunkte und der ermäßigte Satz um zwei Prozentpunkte angehoben werden. Tatsächlich

könnte die Erhöhung geringer ausfallen, weil sich durch den Wegfall der Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage für die Gewinnbesteuerung vergrößert und das Aufkommen aus Körperschaftsteuer und Einkommensteuer steigt.

Dieser Weg ist jedoch aus verschiedenen Gründen nicht gangbar. Der naheliegende Gedanke, die Gemeinden für den Ausfall an Gewerbesteuern durch eine entsprechende Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen schadlos zu halten, scheidet daran, daß es keine praktikable Lösung für die Verteilung des Gemeindeanteils auf die einzelnen Gemeinden gibt. Untersuchungen haben ergeben, daß das örtliche Aufkommen an Umsatzsteuer sehr ungünstig streut; Gemeinden mit einer exportorientierten Gewerbebasis würden jedenfalls sehr stark benachteiligt werden. Auch die Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer nach der Einwohnerzahl könnte nicht befriedigen, weil die Wohngemeinden bereits durch den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer begünstigt sind.

Selbst wenn es gelänge, eine sinnvolle Lösung für die Schlüsselung zu finden, bliebe das Hebesatzproblem. Wir halten das Hebesatzrecht der Gemeinden, wie wir in früheren Gutachten begründet haben (zuletzt JG 87 Ziffern 297 ff.), für unverzichtbar. Kommunale Zuschläge zum örtlichen Umsatzsteueraufkommen, die theoretisch ein Hebesatzrecht der Gemeinden ermöglichen könnten, sind jedoch mit Artikel 12 der 6. Harmonisierungsrichtlinie der Europäischen Gemeinschaften zur Umsatzsteuer nicht zu vereinbaren.

Es gibt nur eine vernünftige Lösung, die Erfordernisse der Unternehmensbesteuerung und der Gemeindefinanzierung bei der Ablösung der Gewerbesteuer in Einklang zu bringen: den Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Wertschöpfungssteuer. Es ist nicht Uneinsichtigkeit, wenn wir unseren Vorschlag erneut zur Diskussion stellen. Seit 1983 hat der Sachverständigenrat das Für und Wider einer solchen Reform in jedem Gutachten mehr oder weniger ausführlich erwogen (zuerst JG 83 Ziffern 399 ff., zuletzt JG 87 Ziffern 295 und 300 ff.). Eine erneute ausführliche Begründung erübrigt sich, zumal wir an anderer Stelle auf die regionalpolitische Bedeutung einer solchen Reform eingehen (Ziffern 429 ff.).

Der vielfältige Widerstand gegen die Einführung einer neuen Steuer ist nicht erstaunlich. Verständlich ist die Ablehnung vor allem bei denjenigen, die bisher von der Gewerbesteuer freigestellt waren (freie Berufe und andere Selbständige) oder im Zuge der zunehmenden Aushöhlung dieser Abgabe aus der Steuerpflicht entlassen wurden (Kleingewerbe). Nachdem sich die Gewerbesteuer immer mehr zu einer Sondersteuer auf Gewinne und Eigenkapitaleinsatz entwickelt hat, ist schließlich auch der Widerstand derjenigen einleuchtend, die – wie insbesondere die hoch subventionierten Bereiche – kaum mehr Gewinne erzielen. Sie alle profitieren von den kommunalen Infrastrukturleistungen, beispielsweise von den enormen Aufwendungen, die den Gemeinden für den hoch defizitären öffentlichen Personennahverkehr und den Ausbau des Straßennetzes für die Spitzenbelastung bei den Fahrten der Arbeitnehmer zur Arbeitsstätte

erwachsen. Der Verzicht auf einen angemessenen Beitrag der von Gewerbesteuer freigestellten Unternehmen zu den kommunalen Kosten der Infrastrukturleistungen kommt einer Subventionierung gleich.

Weniger verständlich ist es, daß die vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Wertschöpfungssteuer auch bei denjenigen auf Ablehnung stößt, die heute die Belastungen aus der Gewerbesteuer tragen und durch die Neuordnung entlastet würden.

- Die Wertschöpfungssteuer würde im Gegensatz zur Gewerbesteuer allen Unternehmen, gegebenenfalls auch Verwaltungen, auferlegt; die Last verteilt sich damit auf mehr Schultern und reduziert die Belastung für die gegenwärtigen Gewerbesteuerzahler.
- Die Wertschöpfungssteuer hätte eine breitere Bemessungsgrundlage als die Gewerbesteuer; dementsprechend würde sich die marginale Gewinnbelastung der erfolgreichen Unternehmen stark verringern.
- Die Wertschöpfungssteuer würde die doppelte Diskrimination des Eigenkapitaleinsatzes gegenüber der Fremdfinanzierung beseitigen; auf diese Weise würden die derzeitigen Wettbewerbsverzerrungen durch die Gewerbesteuer vermieden.
- Die Wertschöpfungssteuer wäre leichter kalkulierbar und damit besser überwälzbar als die Gewerbesteuer; denn sie knüpft an den Einsatz bestimmter Produktionsmittel an und könnte durch bestimmte Zuschläge in der Kostenrechnung leicht berücksichtigt werden.

Ökonomisch gesehen ist es nicht entscheidend, ob die Bemessungsgrundlage einer Wertschöpfungssteuer nach der sogenannten Additionsmethode ermittelt wird, wie es der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen und der Sachverständigenrat vorgeschlagen haben, oder ob man sich der sogenannten Subtraktionsmethode bedient, wie es dem Kronberger Kreis vorschwebt. Beim zweiten Verfahren handelt es sich um eine Nettoumsatzsteuer vom Vorumsatztyp. Daraus könnten sich rechtliche Schwierigkeiten ergeben, weil Art. 33 der 6. Harmonisierungsrichtlinie der Europäischen Gemeinschaften zur Umsatzbesteuerung die Einführung einer anderen Umsatzsteuer neben der Mehrwertsteuer untersagt.

276. Sollte sich die Wertschöpfungssteuer trotz ihrer Vorzüge politisch nicht durchsetzen lassen, müßte zumindest die doppelte Diskrimination des Eigenkapitaleinsatzes – und in verminderter Form auch der mittel- und langfristigen Fremdfinanzierung – durch das Nebeneinander von Gewerbeertragsteuer und Gewerkekapitalsteuer beseitigt werden. Dieser Gedanke legt es nahe, wenigstens eine der beiden Teilabgaben aufzuheben. Um bei einem solchen Schritt zu vermeiden, daß die Gewerbesteuerhebesätze erhöht werden, wäre es geboten, diese an die Grundsteuerhebesätze zu koppeln. Die Steuerausfälle für die Gemeinden könnten dadurch kompensiert werden, daß die Gewerbesteuerumlage entfällt. Auf diese Weise würden freilich Bund und Länder Einbußen an Steuereinnahmen erleiden.

277. Unter den Gesichtspunkten einer Strukturreform der Unternehmensbesteuerung steht die Notwendigkeit obenan, die Kapitalverkehrssteuern abzuschaffen. Die Gesellschaftsteuer diskriminiert die Zuführung von Eigenkapital gegenüber der Fremdfinanzierung, was ordnungspolitisch besonders bedenklich ist. Durch die Börsenumsatzsteuer werden die deutschen Finanzplätze gegenüber den ausländischen benachteiligt; auch diese Wettbewerbsverzerrung sollte künftig vermieden werden. Die Aufhebung der Kapitalverkehrssteuern war ursprünglich schon für den Steuerreformschritt 1990 ins Auge gefaßt worden; sie ist dann aber bedauerlicherweise zugunsten anderer Steuerentlastungen vertagt worden, um die Steuerzufälle in Grenzen zu halten.

Die gänzliche Freistellung des Betriebsvermögens von der Vermögensteuer gehört nicht zu den dringenden Aufgaben einer Reform der Unternehmensbesteuerung. Gegen diese Freistellung spricht, daß sich mit dieser einseitigen Steuerbefreiung eine Diskrimination anderer Vermögensanlagen verbindet. Außerdem stünden die Kosten der Erhebung der übrigen Vermögensteuer in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zu dem verbleibenden Aufkommen von 1 bis 2 Mrd DM. Im übrigen würde sich eine Steuerbefreiung der Betriebsvermögen nicht auf die Grenzsteuerbelastung der Gewinne auswirken. Aus wachstumspolitischer Sicht ist es konsequent, den bei der Steuerreform 1990 nur zaghaft eingeschlagenen Weg energischer fortzusetzen und den Körperschaftsteuersatz sowie den Spitzensatz der Einkommensteuer zu senken.

278. Die steuerliche Belastung der deutschen Unternehmen wird auch 1990 und danach hoch bleiben. Vor allem die marginale steuerliche Belastung, die den zusätzlichen Gewinn verkürzt – sowohl den laufenden Gewinn als auch den aus Investitionen erwarteten künftigen Gewinn –, ist höher als in anderen vergleichbaren Industrieländern (Ziffer 174). Es ist die marginale Besteuerung – und nicht etwa die durchschnittliche Steuerbelastung –, die für die Entscheidungen der Unternehmen über den Umfang der rentablen Investition und Produktion relevant ist. In der öffentlichen Diskussion wird dagegen der Eindruck erweckt, als ob es vorrangig um die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen gehe.

Es wird behauptet, daß die durchschnittliche Steuerbelastung der deutschen Unternehmen niedrig sei und im Laufe der achtziger Jahre von mehr als einem Drittel auf weniger als ein Viertel des Gewinns gesunken sei. Bei dieser gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsberechnung wird das kassenmäßige Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer auf die privaten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit (ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte) bezogen. Derartige Berechnungen auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind methodisch problematisch. Für die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen haben sie einen nur geringen Aussagewert.

- Die Abgrenzung der Unternehmensgewinne gegenüber den anderen Vermögenseinkommen

nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist aus mehreren Gründen notwendigerweise unscharf. Jedenfalls sind die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit nicht mit den steuerpflichtigen Gewinnen identisch. Beispielsweise enthalten die Unternehmereinkommen Gewinne oder Gewinnausschüttungen ausländischer Tochterunternehmen sowie ähnliche Einkünfte, die nach den Doppelbesteuerungsabkommen in der Regel in Deutschland steuerfrei bleiben.

- Die kassenmäßigen Steuereinnahmen eines Jahres geben keinen Aufschluß über die Belastung der tatsächlich in diesem Jahr erzielten Gewinne; denn das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist um die Lohnsteuerrückerstattungen für die veranlagten Arbeitnehmer verkürzt. Außerdem ist bei den Veranlagungssteuern eine gewisse Zeitverschiebung – in Deutschland etwa 2 Jahre – bei der Steuerfestsetzung unvermeidlich. Dies führt in einer wachsenden Wirtschaft zwangsläufig dazu, daß die Steuerbelastung der Gewinne auf der Grundlage der hier in Rede stehenden Relationen zu niedrig eingeschätzt wird. Der Effekt verstärkt sich in Zeiten hoher Geldentwertungsraten oder rasch zunehmender Renditen, was das Absinken dieser Quoten zumindest teilweise erklären kann.
- In die gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsberechnungen gehen ein die Gewinne von Gewerbetreibenden und Freiberuflern, von großen und kleinen Unternehmen, von steuererhlichen und steuerunerhlichen Unternehmen, von Steuerpflichtigen, die durch Steuervergünstigungen hoch subventioniert werden, und anderen, die nicht in den Genuß derartiger Ermäßigungen gelangen. Für die Streuung um diesen Durchschnitt sind die Einkommensteuerprogression sowie hohe Freibeträge, insbesondere bei der Gewerbesteuer, ursächlich. Nicht genug damit, weitere Umstände müssen berücksichtigt werden, beispielsweise werden einzelne Unternehmen durch einige Abgaben überhaupt nicht belastet, so vor allem die Angehörigen der freien Berufe durch die Gewerbesteuer.

Aus all diesen Gründen läßt sich aus der gesamtwirtschaftlichen Relation der kassenmäßigen Steuereinnahmen zu den Unternehmereinkommen keine Folgerung für die Bedeutung der Steuerbelastung deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb ziehen. Es spricht alles dafür, daß die durchschnittliche Steuerbelastung der Gewinne erfolgreicher Innovatoren weit über dem errechneten Durchschnitt liegt.

Wachstumspolitisch spielt die durchschnittliche Steuerbelastung des Gewinns einer Unternehmung nur insofern eine Rolle, als sie den Grad der Selbstfinanzierung mitbestimmt und für die Möglichkeit bedeutsam ist, neues Beteiligungskapital zu attrahieren. Das steht jedoch im zweiten Rang gegenüber dem Einfluß, der durch die marginale Besteuerung und insbesondere durch den Spitzensatz der Einkommensteuer sowie den Normalsatz der Körperschaftsteuer bestimmt wird: Für die Frage, ob sich Innovationen und Investitionen lohnen, ob sie in Deutschland oder im Ausland

erfolgen sollen, kommt es allein auf die Relation der zusätzlichen Steuerbelastungen zu den erwarteten zusätzlichen Gewinnen an, also auf die marginale Abgabenbelastung. Diese ist in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich außerordentlich hoch.

Probleme der Energiebesteuerung

279. Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat die Bundesregierung vorgesehen, vom Jahre 1989 an einige Verbrauchsteuern zu erhöhen und außerdem – zunächst bis zum Jahre 1992 befristet – eine Steuer auf den Verbrauch von Erdgas und Flüssiggas einzuführen (Ziffern 125 und 261). Zu den Verbrauchsteuern, deren Tarife erhöht werden sollen, gehört die Mineralölsteuer auf Benzin und leichtes Heizöl. Diese Steuererhöhungen, insbesondere die Einführung einer Erdgassteuer, sind umstritten.

Tatsächlich ist die Besteuerung von Mineralöl und Erdgas nicht unproblematisch. Aus wirtschaftlicher Sicht handelt es sich bei der Mineralölsteuer und der Erdgassteuer zum einen um Steuern auf den privaten Verbrauch, zum anderen um Steuern auf ein Produktionsmittel. Die selektive Besteuerung des Einsatzes eines Faktors im Produktionsprozeß eines Unternehmens – etwa des Kraftstoffes im Transportgewerbe oder der Rohstoffe in der petrochemischen Industrie – pflegt Substitutionseffekte auszulösen, die in der Regel unerwünscht sind. Deshalb sollten Produktionsmittelsteuern grundsätzlich nur aufgrund einer strengen Indikation erhoben werden, wie sie insbesondere bei dem Versuch gegeben ist, externe Effekte zu internalisieren.

Solche Voraussetzungen können für die Besteuerung von Mineralölen und Gas in mehrfacher Hinsicht vorliegen. Die verschiedenen Gründe, mit denen sich eine Besteuerung dieser Produktionsmittel rechtfertigen läßt, sind allerdings sehr heterogen und bedingen deshalb sehr unterschiedliche steuerliche Lösungen. Im allgemeinen werden drei Argumente angeführt:

- Mit der Mineralölbesteuerung von Kraftstoff sollen die Vorleistungen des Staates für den Kraftverkehr den Fahrzeugbenutzern angelastet werden;
- die Besteuerung des Heizöls ist eingeführt worden, um die Chancen für den Absatz der deutschen Kohle im Wettbewerb auf den Brennstoffmärkten zu verbessern; diese Überlegung trifft auch auf die Besteuerung von Gas zu;
- seit einiger Zeit wird die Besteuerung des Mineralöls – und inzwischen ebenso die von Erdgas – auch mit ökologischen Gesichtspunkten gerechtfertigt; denn jede Verbrennung von Mineralölen und Gas belastet die Umwelt.

280. Ursprünglich lag der Mineralölbesteuerung der Gedanke zugrunde, daß der Kraftverkehr seinen Beitrag zu den Wegekosten leisten solle. Die Konzeption dieser Beitragsteuer ist später dahin erweitert worden, daß den Nutzern von Kraftfahrzeugen auch die übrigen Kosten, die dem Staat aus dem Betrieb dieser Verkehrsmittel erwachsen, anzulasten sind. Mit den gleichen Gesichtspunkten kann ferner die Besteuerung

der Binnenschifffahrt für die Benutzung der Wasserstraßen gerechtfertigt werden. Die Gründe für die Erhebung der Mineralölsteuer als Beitragsteuer erlauben jedoch strenggenommen nur die Belastung von Benzin, Dieselöl oder Flüssiggas, die als Kraftstoff in Automobilen oder Binnenschiffen verbraucht werden. Andere Verwendungsformen der Mineralöle müßten dagegen im Prinzip steuerfrei gestellt werden.

Bei der Rechtfertigung der Mineralölbesteuerung zur Abgeltung insbesondere der Wegekosten ist eine Steuerbefreiung aus wettbewerbspolitischen Gründen insbesondere für den Kraftstoffverbrauch derjenigen Verkehrsmittel geboten, die entweder – wie beispielsweise die Eisenbahnen – ihre Verkehrswege selbst unterhalten oder – wie etwa im Luftverkehr – für die Nutzung öffentlicher Verkehrswege Gebühren entrichten müssen.

Die der Bundesbahn früher gewährten Betriebsbeihilfen waren deshalb in dem Umfang gerechtfertigt, in dem mit diesen Zahlungen die Mineralölsteuer erstattet wurde, die auf den Kraftstoffverbrauch der Dieselloks entfiel. Von daher ist auch die heftige Diskussion nicht verständlich, die sich an der Frage entzündete, wie das Flugbenzin künftig bei der Mineralölbesteuerung behandelt werden soll. Die aus dem Jahre 1952 stammende globale Befreiung des Kraftstoffverbrauchs in Luftfahrzeugen wurde durch das Subventionengesetz vom 26. Juni 1981 auf den Linienflugverkehr beschränkt. Das Steuerreformgesetz 1990 sah zunächst vor, den Luftfahrtbetriebsstoff vom 1. Januar 1990 an generell von der Mineralölsteuer zu befreien und damit den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Soweit die Mineralölsteuer als Beitragsteuer erhoben wird, wäre dies auch gerechtfertigt, während die erneut von der Befreiung ausgenommene Besteuerung des Flugbenzins für Privatflieger dazu im Widerspruch steht.

281. Zumindest Formen und Umfang des Schutzes für den deutschen Steinkohlenbergbau sind obsolet geworden (Ziffer 267). Solange indessen mit dieser Motivation an der Heizölbesteuerung festgehalten wird, ist es folgerichtig, auch das Erdgas zu belasten; denn das Erdgas ist zur Substitution des Kohleinsatzes ebenso geeignet wie das Heizöl. Auch im Interesse des Wettbewerbs zwischen Mineralöl und Gas erscheint die Gleichbehandlung der Brennstoffe geboten. Dies gilt verstärkt, wenn die Steuerbelastung des Heizöls erhöht wird, wie es im Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988 vorgesehen ist; denn bei den Erdgaserzeugern oder dem Erdgashandel fallen sonst zufallsbedingte Gewinne (windfall profits) an.

282. Auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten liegt es nahe, den Erdgasverbrauch zu besteuern; denn bei der Erdgasverbrennung werden ebenfalls Schadstoffe freigesetzt. Die Verbrennung von Erdgas ist allerdings weniger umweltbelastend als die von Heizöl. Deshalb ist es angezeigt, das Erdgas steuerlich weniger stark als das Heizöl zu belasten.

Unter dem Umweltaspekt erscheint auch die Besteuerung des Flugbenzins und des Dieselölverbrauchs der Eisenbahnen sinnvoll. In diesem Falle müßten jedoch ebenfalls niedrigere Steuertarife angewandt werden, als sie für den Mineralölverbrauch der Kraftfahrzeuge und der Binnenschifffahrt gelten, wenn man die Kon-

zeptionen der Beitragsteuer und der Umweltschutzabgabe zusammenführt. Nur auf diese Weise lassen sich die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern in Grenzen halten.

283. Von der Vorstellung, die Besteuerung von Mineralöl und Erdgas in den Dienst des Umweltschutzes zu stellen, ist es nur ein kleiner Schritt zur Konzeption einer allgemeinen „Energiesteuer“, bei deren Umsetzung allerdings unterschiedliche Zielvorstellungen verwirklicht werden könnten. Aus umweltpolitischer Sicht käme es nur darauf an, den Verbrauchern von Energie diejenigen volkswirtschaftlichen Kosten anzulasten, die vornehmlich aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen. Es gibt allerdings auch die weiterreichende Vorstellung, daß es notwendig sei, die Bürger mit einer solchen Abgabe zu einem sparsamen Verbrauch jeder Form von Energie zu erziehen.

Der Gedanke, den Energieverbrauch durch die Besteuerung generell zu verteuern, ist nicht unbedenklich. Durch die Kohleschutzpolitik und andere Regulierungen ist insbesondere der Strom in der Bundesrepublik schon heute verhältnismäßig teuer (Ziffer 171). Eine weitere Preiserhöhung für diese und einige andere Formen des Energieeinsatzes bliebe sicher nicht ohne Folgen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Auch bei der Harmonisierung des europäischen Binnenmarktes wird die Konzeption einer Energiesteuer kaum durchzusetzen sein.

Eine andere Meinung

284. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zur Frage der wachstumsförderlichen Ausgestaltung der Finanzpolitik eine abweichende Meinung. Zu einer wachstumsförderlichen Finanzpolitik gehört nicht nur die Entlastung bei den Steuern, sondern auch die Ausweitung derjenigen Staatsausgaben, mit denen der Staat Aufgaben erfüllt, die die Lebensqualität verbessern und die Wachstumskräfte stärken. Eine Absenkung der Staatsquote, wie sie von der Mehrheit des Sachverständigenrates vorgeschlagen wird, steht diesem Ziel nach Meinung dieses Mitgliedes entgegen. Die Möglichkeit, durch Ausgabeneinsparungen an anderer Stelle – Personalausgaben, Subventionen – zugleich wachstumsfördernde Staatsausgaben verstärken und darüber hinaus noch die Gesamtausgaben in Relation zum Sozialprodukt kürzen zu können, sind begrenzt. Daher würde eine Absenkung der Staatsquote letztlich dazu führen, daß der Staat wachstumsfördernde Ausgabenaktivitäten kürzen oder sogar unterlassen müßte. Dies würde die wirtschaftliche Entwicklung im ganzen hemmen.

285. Eine Stärkung der Staatsausgaben, wenigstens der Verzicht auf eine Absenkung der Staatsquote, als wachstumspolitische Strategie setzt nicht primär an der volkswirtschaftlichen Nachfrageseite an. Vielmehr geht es um die nachhaltige Stärkung der mittelfristigen Wachstumskräfte. Durch die Bereitstellung öffentlicher Güter wird die Wohlfahrt und Leistungsbereitschaft gefördert; viele öffentliche Ausgaben stellen Vorleistungen für die privatwirtschaftliche

Produktion dar, etwa im Bereich der Infrastruktur, und machen privatwirtschaftliche Produktion erst rentabel – darüber gibt es im Sachverständigenrat keine Meinungsverschiedenheit. Insofern setzt der Staat mit einer wachstumspolitisch motivierten Stärkung der Staatsausgaben an der Angebotsseite der Wirtschaft an.

286. Nach Ansicht dieses Ratsmitgliedes ist bei den für eine relative Kürzung in Frage kommenden staatlichen Ausgabenblöcken nicht so viel Spielraum vorhanden, daß daraus Umschichtungen zugunsten der wachstumsfördernden Staatsausgaben und eine Absenkung der Staatsquote zugleich finanzierbar sind. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren unabwiesbare Mehrbelastungen tragen müssen, die – ohne unmittelbar wachstumsfördernd zu wirken – die Möglichkeiten für Ausgabenkürzungen weiter schmälern. Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte sind unter anderem aus folgenden Gründen zu erwarten: Der deutsche Beitrag an internationale und supranationale Organisationen (einschließlich der Leistungen an die EG) wird in den nächsten Jahren drastisch um 10 Mrd DM von 30 Mrd DM 1987 auf 40 Mrd DM 1992 steigen; die Sozialhilfeleistungen, die eine überproportional steigende Tendenz aufweisen, werden auch weiterhin überdurchschnittlich steigen; die Zinslastquote, die Zinsausgaben in Relation zu den gesamten Staatsausgaben, wird deutlich zunehmen. Dies gilt auch, wenn die Vorstellungen der Ratsmehrheit zur Kreditaufnahme des Staates verwirklicht würden; denn danach würde die Kreditaufnahme mit der Rate des Bruttosozialprodukts steigen, was letztlich auch die Zunahme der Zinsausgaben bestimmt; da gleichzeitig aber die Staatsausgaben mit einer geringeren Rate wachsen sollen, muß die Zinslastquote dann notwendigerweise zunehmen.

287. Einsparmöglichkeiten bei den Personalausgaben sind nicht mehr so hoch wie bisher zu veranschlagen. In den letzten zwölf Jahren ist der Einkommensanstieg der staatlich Bediensteten deutlich unter der allgemeinen Entwicklung geblieben, so daß sich die Stundenlöhne der öffentlich Beschäftigten in Relation zu den Löhnen im Produzierenden Gewerbe um nicht weniger als 12 Prozentpunkte verringert haben. Zwar gibt es in manchen Bereichen des öffentlichen Dienstes noch einen Überhang an Bewerbern um eine Stelle, der relative Lohnsenkungen weiterhin vertretbar erscheinen läßt; in anderen Bereichen wird der Staat aber sogar relative Lohnanhebungen vornehmen müssen, weil es ihm zunehmend schwerfällt, in der Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft qualifizierte Arbeitnehmer zu finden.

Die Kürzung der Subventionen ist erforderlich. Nur dürfen hier die Größenordnungen nicht überschätzt werden. Nach Schätzung von Wirtschaftsforschungsinstituten lagen die Subventionen Mitte der achtziger Jahre bei rund 120 Mrd DM, davon 50 Mrd DM in Form von Steuervergünstigungen, 70 Mrd DM als Finanzhilfen. Eine drastische Einschränkung der Steuervergünstigungen wird ohnehin notwendig sein, um weitere Steuerreformaßnahmen, zum Beispiel bei der Unternehmensbesteuerung, finanzieren zu können. Für die Absenkung der Staatsquote kämen dann nur Kürzungen bei den Finanzhilfen in Frage. Selbst

wenn es gelänge, die Finanzhilfen linear um 15 vH zu kürzen, würde der frei werdende Betrag allenfalls ausreichen, die geschuldeten Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte aus EG-Abführungen — aber nicht mehr — zu finanzieren.

288. Unter diesen Bedingungen würde eine dennoch durchgeführte Absenkung der Staatsquote letztlich zu Lasten derjenigen Ausgabenkategorien gehen, die für die Erhaltung der Lebensqualität und der Förderung der Wachstumskräfte vordringlich sind. Das ist inzwischen mehr als nur eine Gefahr. In den achtziger Jahren ist in der Bundesrepublik die Staatsquote um gut 2 Prozentpunkte gesunken, und dies ging in erster Linie zu Lasten der staatlichen Investitionen. Es hat sich ein erheblicher Nachholbedarf im Bereich des Umweltschutzes aufgestaut, etwa die Sanierung des Abwasserkanalsystems, die Sicherung der Abfallbeseitigung, die Altlastensanierung, die Umweltüberwachung. Im Städtebau geht es nach wie vor um Wohnumfeldverbesserung, zunehmend um die Sanierung von Großwohnanlagen. Ausbaubedarf besteht in der Verkehrsinfrastruktur (Öffentlicher Personennahverkehr, Hochleistungsschienensystem, Flughäfen) wie in der sozialen Infrastruktur (zum Beispiel im Bereich der Altenpflege). Bei den öffentlichen Bauten gibt es einen überproportional steigenden Aufwand für Instandhaltungen und für die Beseitigung von Bauschäden, nicht zuletzt infolge der zunehmenden Luftverschmutzung. Daß verstärkte staatliche Leistungen auf diesen Gebieten notwendig sind, wird auch im politischen Raum heute so gesehen. Einen wichtigen Beleg hierfür stellen die von der Bundesregierung im Dezember 1987 beschlossenen „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums“ dar, die ausdrücklich auf eine Verstärkung und Verstetigung der kommunalen Investitionen in den Bereichen Erschließung neuer Gewerbeflächen, Stadt- und Dorferneuerung, Umweltschutz einschließlich Wasserbau, Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur gerichtet sind.

Nach Einschätzung dieses Ratsmitgliedes kann eine nur allmählich und schrittweise durchführbare Absenkung der Staatsquote und der Steuerquote das Wirtschaftswachstum nicht so schnell und nachhaltig verstärken, daß so genügend Finanzierungsspielräume für die gebotene Stärkung der wachstumsfördernden Staatsausgaben entstehen.

289. Verzichtet man auf eine Absenkung der Staatsquote, hat das Konsequenzen für die weitere Steuerreformpolitik. Eine Finanzierung von Steuersenkungen durch vorübergehend vermehrte Kreditaufnahme käme nur in Betracht, wenn die Effekte der Steuersenkung auf Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen hoch einzuschätzen wären. Sind diese Wirkungen dagegen schwach, müssen weitere Steuerreformschritte aufkommensneutral gestaltet werden. Dies gilt auch für die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung. Für eine Absenkung des Gesamtaufkommens der von Unternehmen gezahlten Steuern besteht kein Grund, weil der Unternehmenssektor insgesamt eine vergleichsweise geringe Steuerbelastung aufweist. Aus Berechnungen der Deutschen Bundesbank folgt, daß die steuerlichen Abzüge (einschließlich Beiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung) bezogen auf die Unternehmenserträge bei den Produktionsun-

ternehmen im Zeitraum 1985 bis 1987 nur knapp 20 vH ausmachen. Zum Vergleich: die auf der Brutto-lohn- und -gehaltssumme lastende Lohnsteuer beträgt ebenfalls knapp 20 vH. Das eigentliche Problem der Unternehmensbesteuerung besteht darin, die steuerlichen Anreize für das Investieren zu verstärken. Investitionshemmnisse durch überhöhte Grenzsteuerbelastungen lassen sich aufkommensneutral verringern, indem überhöhte Steuerbelastungen von Unternehmen durch eine gleichmäßigere Verteilung der Steuerlast auf alle Unternehmen, auch auf die bislang nicht voll in die Besteuerung einbezogenen Betriebe, abgebaut werden.

II. Geldpolitik: Am Geldmengenziel festhalten

290. Nachdem im Laufe der siebziger Jahre die Notenbanken vieler Industrienationen dazu übergegangen waren, Zielgrößen für die Expansion der Geldmenge öffentlich bekanntzugeben, schien diese Praxis nach den bemerkenswerten Erfolgen in der Bekämpfung der Inflation seit 1981 fest etabliert. In den letzten Jahren wurden die vorgegebenen Wachstumsraten der Geldmenge jedoch durchweg und nicht selten eklatant überschritten. Diese Entwicklung ist weniger auf Mängel in der Technik der Geldmengensteuerung zurückzuführen als vielmehr auf bewußtes Handeln der Notenbanken, mit dem sie einerseits auf Unsicherheiten bei der Einschätzung der Geldnachfrage und andererseits auf unerwartete Störungen (starke Änderungen der realen Wechselkurse, Börsenkrise) reagiert haben.

Die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bildet hiervon keine Ausnahme. So hat sie in den Jahren 1986 und 1987 ihre Zielvorgaben deutlich verfehlt. Die allgemeine Verunsicherung über den richtigen Kurs offenbarte sich nicht zuletzt darin, daß der Zentralbankrat anders als in allen Jahren seit 1974 im letzten Dezember keine Entscheidung über ein Geldmengenziel für 1988 getroffen hat. Erst im Januar dieses Jahres beschloß die Bundesbank, an der Praxis einer Zielvorgabe festzuhalten, jedoch die bisherige Variable Zentralbankgeldmenge durch die Geldmenge M3 zu ersetzen (Ziffer 103).

Nach diesem Befund und aufgrund der zunehmenden Kritik an der Festlegung von Geldmengenzielen erscheint es angebracht, die Frage der angemessenen geldpolitischen Konzeption grundsätzlich zu erörtern.

291. Richtet die Notenbank ihre Geldpolitik auf die Steuerung der Geldmenge — in welcher Abgrenzung auch immer — aus, so geschieht dies in der Überzeugung, daß auf diese Weise der am besten geeignete Weg zur Erreichung des eigentlichen Zieles eingeschlagen wird. Die Bundesbank sieht ihre wichtigste Aufgabe in der Sicherung der Geldwertstabilität. Geldmengenpolitik kann für sie folglich nur sinnvoll sein, wenn zwischen den angestrebten Veränderungen dieser (Zwischen-)Zielgröße und der Entwicklung des Preisniveaus ein möglichst enger und verläßlicher Zusammenhang besteht. Damit ist keineswegs unterstellt, eine Überschreitung des Geldmengenzieles müsse sich binnen kurzer Frist in einem entsprechen-

den Anstieg des Preisniveaus niederschlagen; entscheidend ist jedoch, daß Veränderungen der Geldmenge (in Relation zum Wachstum des Produktionspotentials beziehungsweise des Sozialprodukts) und Veränderungen des Preisniveaus in einer einigermaßen festen, prognostizierbaren Beziehung stehen.

Vor allem diese Bedingung sehen die Gegner der Politik der Geldmengensteuerung zunehmend verletzt. Für ihre Kritik führen sie im wesentlichen folgende Überlegungen an:

- Die nun schon Jahre anhaltende Expansion der Geldmengenaggregate, die erheblich über der des realen Wachstums liegt, hat bisher keineswegs zu dem befürchteten Preisanstieg geführt. Der Zusammenhang zwischen Geldmengenentwicklung und Preisniveau hat sich offensichtlich entscheidend gelockert, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist seit Jahren deutlich gesunken.
- Wegen der erhöhten Liquiditätsneigung ist die Geldpolitik in der genannten Zeit keineswegs als besonders expansiv einzuschätzen. Ein Einhalten der Geldmengenziele hätte vielmehr zu Zinssteigerungen führen müssen und damit die Wirtschaftstätigkeit entscheidend beeinträchtigt.
- Eine Geldpolitik, die weder bei der Formulierung noch bei der Verfolgung des Geldmengenzieles Änderungen des Wechselkurses berücksichtigt, setzt gerade eine Volkswirtschaft mit einem hohen Offenheitsgrad, wie die der Bundesrepublik, großen Risiken aus. Die ausschließliche Orientierung an binnenwirtschaftlichen Überlegungen negiert im übrigen die Interessen wichtiger ausländischer Partner und läuft damit den Bemühungen um eine stärkere internationale Koordination der Politik zuwider.
- Auf den Finanzmärkten haben sich vielfältige Innovationen vollzogen, die als mehr oder weniger enge Substitute zu den Größen auftreten, die in den herkömmlichen Geldmengenaggregaten erfaßt werden. Notenbanken, die unter diesen Umständen dennoch unbeirrt an den bisherigen Geldmengenabgrenzungen als Grundlage ihrer Politik festhalten, geraten zwangsläufig in die Gefahr der Fehlsteuerung.
- Indem die Notenbanken vielfach ihre Geldmengenziele verfehlten, haben sie die von ihnen bisher bevorzugte Strategie selbst desavouiert. Die Ankündigung von Geldmengenzielen, die wiederholt nicht eingehalten werden, gerät zu einem leeren Ritual und kann dem Anspruch, die Öffentlichkeit über den künftigen geldpolitischen Kurs zu informieren und eine sichere Grundlage für die Erwartungsbildung zu liefern, nicht gerecht werden.

Übergang zu einer Mehrindikatorenkonzeption?

292. Zur Ablösung der Politik der Geldmengensteuerung werden verschiedene Alternativen diskutiert. Mit einigen Vorschlägen hat sich der Sachverständigenrat im letzten Jahresgutachten kritisch auseinandergesetzt. Dies gilt insbesondere für die Über-

legung, der Geldpolitik eine Steigerungsrate für das nominale Bruttoinlandsprodukt als Ziel vorzugeben (JG 87 Ziffern 331 ff.).

In eine ähnliche Richtung, und das mit noch wesentlich größeren Ansprüchen an die Steuerungsmöglichkeiten der Geldpolitik, zielt ein anderer Ansatz, nach dem die Notenbank zahlreiche weitere Indikatoren in die Betrachtung einbeziehen soll. In einer derartigen Mehrindikatorenkonzeption wären – neben den Geldmengenaggregaten – folgende Variablen zu berücksichtigen:

- Geldkapital als umfassender Ausdruck des Geldvermögens der Nichtbanken; dazu zählen neben kurzfristigen Wertpapieren wie Sparbriefen auch der Bestand an langfristigen Staatsschuldtiteln;
- Bankkredite, und zwar an inländische Unternehmen und Privatpersonen sowie an das Ausland. Die Veränderung der Bankkredite soll Auskunft über das Aktivgeschäft der Kreditinstitute und damit über die zu erwartenden Aktivitäten bei Investition und Konsum geben;
- Bankenliquidität als Information über die Liquiditätssituation des Bankensektors;
- Zinsen, und zwar sowohl im kurzfristigen wie im langfristigen Bereich. Die Notenbank bestimmt den Zins am kurzen Ende des Marktes, die Spreizung zwischen kurz- und langfristigen Zinsen, wie sie in der Steilheit der Zinsstrukturkurve zum Ausdruck kommt, kann als wichtiges Indiz für Marktlage und Kurs der Geldpolitik dienen;
- Der Wechselkurs als besonders wichtiger Preis in einer Volkswirtschaft hat bei allen Entscheidungen der Geldpolitik eine zentrale Rolle zu spielen;
- Die Veränderungsrate des Preisniveaus dient der Information über das Maß an Geldwertstabilität beziehungsweise über die Inflationsgefahren;
- Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und seine Veränderungen als Ausdruck des Spielraumes, der für expansive Maßnahmen der Geldpolitik besteht, ohne daß mit Gefährdungen für die Stabilität des Geldwertes gerechnet werden muß.

Diese Mehrindikatorenkonzeption leitet den Anspruch einer überlegenen Strategie entscheidend aus der Tatsache ab, daß die Geldpolitik damit nicht auf die Entwicklung eines letztlich immer nur willkürlich abgegrenzten Geldmengenaggregates ausgerichtet werde, sondern möglichst alle relevanten Informationen bei der Entscheidung über geldpolitische Maßnahmen berücksichtige. Nur so könne die Notenbank Fehlentwicklungen vermeiden, die sich bei der Vielfalt von Störungen aus dem monetären und realen Bereich ergeben und deren Erscheinungsbild sich ohnehin laufend ändere.

293. Die Mehrindikatorenkonzeption hat auf den ersten Blick den Anschein höherer Rationalität für sich: Während sich die Politik der Geldmengensteuerung bei der Festlegung ihres Zieles an wenigen Größen orientiert – und von Ausnahmesituationen abgesehen an dem vorgegebenen Kurs festhält –, bleibt die skizzierte alternative Konzeption dafür offen, auf-

grund neuer Informationen jederzeit flexibel auf die veränderte Situation zu reagieren.

Bei näherer Analyse fällt das Urteil jedoch gerade umgekehrt aus.

- Je mehr Informationen nicht nur gesammelt, sondern auch als Grundlage für den laufenden Entscheidungsprozeß herangezogen werden, desto mehr gerät die diskretionäre Geldpolitik in Schwierigkeiten, den Aussagegehalt meist unterschiedlicher, ja widersprüchlicher Informationen richtig zu interpretieren.
- Die Instrumente der Geldpolitik sind durch erhebliche und in ihrer Länge variable zeitliche Wirkungsverzögerungen gekennzeichnet. Aus den eingehenden Informationen ist daher in den meisten Fällen kaum zu ersehen, inwieweit sich zu einem früheren Zeitpunkt getroffene Maßnahmen bereits vollständig oder teilweise in Veränderungen der genannten Variablen ausgewirkt haben, zumal diese zu einem wesentlichen Teil auch von anderen Einflüssen bestimmt werden. Damit gerät die Geldpolitik zwangsläufig in die Gefahr eines Aktionismus, der schließlich in sich widersprechenden Maßnahmen enden muß.
- Die Schwierigkeiten, in die eine diskretionäre Geldpolitik zwangsläufig gerät, die ihrem Selbstverständnis nach flexibel auf neue Informationen mit adäquaten Maßnahmen reagiert, lassen sich am deutlichsten am Problem der Zinssteuerung darlegen.

Im Kern geht es dabei um den Kapitalmarktzins, da von ihm entscheidende Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen ausgehen. Bereits hier zeigt sich jedoch eine gravierende Schwäche dieses Ansatzes; denn die Höhe des Kapitalmarktzinses hängt ganz wesentlich von den Entscheidungen der Anleger und der Nachfrager nach langfristigen Krediten ab. Für sie spielen nicht nur die Erwartungen über die Rendite von Investitionen, sondern auch diejenigen über die zukünftige Inflationsrate eine wichtige Rolle. Steigt also der Kapitalmarktzins, so kann dies ebenso an einer zunehmenden Furcht vor höheren Inflationsraten wie an vergrößerten Renditeerwartungen der Investoren liegen.

Für die Notenbank ist es außerordentlich schwierig, die Veränderungen des Kapitalmarktzinses richtig zu interpretieren und danach angemessene Entscheidungen zu treffen. Diese Unsicherheit wird noch dadurch verstärkt, daß sich die Maßnahmen der Geldpolitik nur mit zeitlicher Verzögerung auf die Zinshöhe auswirken. Je „flexibler“ eine Notenbank aber auf Veränderungen des Kapitalmarktzinses reagiert, desto schwieriger ist ein Urteil darüber zu fällen, inwieweit sich die zu verschiedenen Zeitpunkten getroffenen bisherigen Maßnahmen bereits ganz oder nur teilweise in der Zinshöhe niedergeschlagen haben. Es kommt hinzu, daß sich Sparer und Investoren auch eine Vorstellung von diesen Zusammenhängen machen und damit in die Entscheidungen über Anlage und Nachfrage am Kapitalmarkt ebenfalls Erwartungen über die möglichen zukünftigen Reak-

tionen der Geldpolitik auf die jeweilige Situation eingehen.

Einer zinsorientierten Geldpolitik mangelt es aus diesen Gründen an einer überzeugenden Orientierung; Veränderungen des Kapitalmarktzinses geben der Politik schwer zu interpretierende und damit immer wieder zwangsläufig falsch aufgenommene Signale. Der Kapitalmarktzins ist also ein völlig unzweckmäßiger Indikator für die Ausrichtung der Geldpolitik; er eignet sich auch nicht als Zielgröße, weil die Geldpolitik seine Höhe nicht steuern kann. Dies gilt erst recht für den Realzins, das heißt den um die erwartete Inflationsrate verminderten nominellen Kapitalmarktzins. Auf diesen aber kommt es bei Investitionsentscheidungen an.

Diese Folgerungen sollten im Grunde nicht Streitig sein. In der Mehrindikatorenkonzeption spielt die Zinsentwicklung für die Gestaltung der Geldpolitik jedoch eine wichtige Rolle. Damit ist von einer Geldpolitik, die diesem Ansatz folgt, zu erwarten, daß sie immer wieder falsche Entscheidungen trifft, die Erwartungen verunsichert und den Kapitalmarkt destabilisiert. Da es der zinsorientierten Politik an einem nominellen Anker für das Preisniveau mangelt, wird die Geldwertstabilität auf der Strecke bleiben.

- Auch beim Wechselkurs ist dessen realer Wert die für Export und Import entscheidende Variable. Eine Steuerung dieser komplexen Größe liegt völlig außerhalb der Möglichkeiten der Geldpolitik. Mit der Ausrichtung geldpolitischer Maßnahmen auf den nominellen Wechselkurs mag es zwar kurzfristig gelingen, auch dessen realen Wert in der gewünschten Richtung zu beeinflussen, doch sind die Wirkungen auf mittlere Sicht äußerst ungewiß; dies gilt um so mehr, als die Reaktionen der Erwartungen der Marktteilnehmer, die für diese Frist auf den Devisenmärkten dominieren, berücksichtigt werden müßten. Je rascher die Geldpolitik auf Veränderungen der verschiedenen Indikatoren und insbesondere des Wechselkurses reagiert, desto mehr Unsicherheit erzeugt sie für die Erwartungen, desto größer ist jedoch auch die Gefahr der Desorientierung der Wirtschaftssubjekte und der Destabilisierung der Devisenmärkte. Unberührt von diesem Einwand bleibt der Versuch, kurzfristige Ausschläge des Wechselkurses durch Interventionen zu glätten.

Ein ganz anderer Fall ist gegeben, wenn ein kleines Land wegen der besonders engen außenwirtschaftlichen Verflechtung den Kurs seiner Währung an die eines großen Landes bindet. Für die Geldpolitik resultiert daraus eine strikte Wechselkursorientierung, in der die anderen Indikatoren zwangsläufig keine wesentliche Rolle mehr spielen können. Für einen auf die Stabilität des (bilateralen) Wechselkurses zu einer anderen Währung ausgerichteten Kurs mögen sich auch Länder entscheiden, die sich auf diese Weise an die stabilitätsorientierte Geldpolitik eines anderen Landes „anbinden“. Es liegt auf der Hand, daß diese Option gerade für das Land nicht besteht, dessen

Währung die Funktion des „Ankers“ für seine Partner erfüllt.

- In einer Mehrindikatorenkonzeption droht die Verantwortung der Notenbank für die Geldwertstabilität zu verschwimmen. So können stabilitätswidrige Tarifabschlüsse geradezu einen Handlungszwang für die Geldpolitik schaffen, wenn die Arbeitslosigkeit wegen des Anstiegs der Reallöhne zunimmt und damit Argumente für eine expansivere Geldpolitik im Rahmen dieses Ansatzes liefert. Für die Notenbank wird es unter diesen Umständen sehr schwer werden, entsprechendem politischen Druck zu widerstehen.
- Aus der Mehrzahl der Indikatoren ergeben sich zwangsläufig vielfältige und immer wieder wechselnde Informationen. Die Notenbank wird darauf in ihren Entscheidungen laufend reagieren. Der Weg in eine Politik des Stop and Go ist damit vorgezeichnet, ebenso sind es aber auch deren Folgen, nämlich erhöhte Unsicherheit, geringere Investitionen und schwächeres Wachstum.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Mehrindikatorenkonzeption überschätzt bei weitem die Möglichkeiten der Geldpolitik, anhand vielfältiger Informationen situationsgerecht zu handeln und die angestrebten Ziele zu erreichen. Folgt eine Notenbank diesem Ansatz, wird sie die Wirtschaft einer Abfolge von Maßnahmen aussetzen, in der auf Dauer jegliche Orientierung verlorengehen muß. Das Ergebnis wird im krassen Gegensatz zu den Hoffnungen stehen, die mit dieser Konzeption geweckt werden; im Konflikt mit anderen Zielen droht die Stabilität des Geldwertes auf der Strecke zu bleiben.

Plädoyer für Beibehaltung des Geldmengenzieles

294. Die Bedenken gegen die „Mehrindikatorenkonzeption“ zu äußern heißt nicht, die Schwierigkeiten zu leugnen, vor denen die Geldpolitik aktuell steht.

Für die Bundesrepublik ist zunächst festzuhalten, daß im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Ländern Finanzinnovationen zumindest bisher den Aussagewert der Geldmengenaggregate nicht wesentlich beeinträchtigt haben. Nicht unerhebliche Probleme ergeben sich dagegen aus Veränderungen in der Kasenhaltung.

295. In den letzten Jahren ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes deutlich gesunken. Die reichliche Geldversorgung hat dazu sicherlich nicht unerheblich beigetragen. Eine gleichzeitige Erhöhung der Liquiditätsneigung ist allerdings nicht auszuschließen. Eine befriedigende quantitative Unterscheidung des Anteils der beiden Einflußfaktoren erscheint jedoch nicht möglich. Diese Unsicherheit gilt es bei der Beurteilung der bisherigen und der Konzipierung der künftigen Geldpolitik zu berücksichtigen.

296. Mit der erneuten Ankündigung eines Geldmengenzieles für 1988 hat die Bundesbank ein wichtiges Signal gesetzt, das gerade vor dem Hintergrund der nur kurze Zeit zurückliegenden Börsenkrise weit hin beachtet wurde. Sie hat sich damit grundsätzlich

zur Kontinuität ihrer Politik bekannt, auch wenn sie bei dieser Gelegenheit ihre bisherige Ziel- und Indikatorgröße Zentralbankgeldmenge durch die Geldmenge M3 ersetzt hat.

Die Gründe, welche die Bundesbank für diesen Wechsel anführt, haben wir an anderer Stelle erläutert (Ziffern 104 ff.). Die bis dahin maßgebende Zentralbankgeldmenge der Bundesbank unterschied sich formal von der vom Sachverständigenrat bevorzugten bereinigten Zentralbankgeldmenge durch die Abgrenzung und die Art der Bereinigung um die Wirkungen von Änderungen der Mindestreservesätze (Anhang IV, Abschnitt C). Das wesentliche inhaltliche Merkmal der vom Sachverständigenrat vertretenen Konzeption liegt in deren Orientierung an der Entstehung des Zentralbankgeldes, das heißt es wird dabei auf das Geldangebot abgestellt. Im Gegensatz dazu vermischen sich in der Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank Einflüsse der Geldnachfrage mit solchen des Geldangebots. Bei der neuen Ziel- und Indikatorgröße M3 ist es jedoch noch schwieriger geworden, diese Einflüsse voneinander zu unterscheiden.

Nachdem es nach unserer Auffassung bei einer Politik der Geldmengensteuerung entscheidend darauf ankommt, die Verantwortung der Notenbank für die Basisgeldmenge zu betonen, sehen wir keinen Anlaß, unsere bisherige Konzeption aufzugeben. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge bildet also unverändert die Grundlage unseres Urteils über die monetäre Entwicklung und unserer Vorstellung über den angemessenen geldpolitischen Kurs.

297. Die Bundesbank hat ihr jeweiliges Geldmengenziel bisher stets für ein Jahr bekanntgegeben. Unter den im Jahre 1984 gegebenen Bedingungen hat der Sachverständigenrat dagegen vorgeschlagen, die Bundesbank solle nunmehr auf eine „mittelfristig normale“ Geldmengenausweitung bedacht sein und für mehrere Jahre im voraus eine Zunahme des Geldangebots – gemessen am Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge – von 4½ vH, allenfalls 5 vH ankündigen (JG 84 Ziffer 361).

Für diesen Vorschlag, an dem der Sachverständigenrat in den Folgejahren festgehalten hat, waren im wesentlichen drei Überlegungen ausschlaggebend:

- verlässliche Bewahrung der Preisstabilität
- Vorgabe zur Orientierung der Lohnpolitik und der Finanzpolitik
- Stabilisierung der Erwartungen der internationalen Kapitalanleger.

Im Zusammenwirken dieser Faktoren leistet die Geldpolitik am besten den ihr möglichen Beitrag zur Stärkung der Wachstumskräfte und zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. Dies schließt keineswegs aus, daß die Notenbank in Ausnahmefällen zeitweilig von der Zielvorgabe für die Geldmenge abgeht.

298. Kündigt eine Notenbank ihr Geldmengenziel unter dem Vorbehalt an, daß sie in einer möglichen zukünftigen Ausnahmesituation davon abweichen werde, darf sie damit keine Unsicherheit über ihren grundsätzlichen Kurs aufkommen lassen. Insbeson-

dere darf sie nicht dem Eindruck Vorschub leisten, eine stabilitätswidrige Lohnpolitik oder Finanzpolitik könne den „Ausnahmefall“ quasi selbst herbeiführen und damit auf eine nachträgliche monetäre Alimentierung hoffen.

Um diesen und möglichen anderen Fehlinterpretationen vorzubeugen, könnte man daran denken, vorweg einen Katalog von Ausnahmetatbeständen explizit aufzuführen. Dagegen spricht jedoch, daß es mit einer bloßen Nennung nicht getan wäre und bisher in ihrer Art oder in ihrem Ausmaß unbekannt relevante Störungen für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden können. Die für das Vertrauen der Öffentlichkeit unerläßliche Glaubwürdigkeit kann eine Notenbank nur gewinnen und erhalten, wenn sie ausschließlich in wirklichen Ausnahmesituationen vom angekündigten Geldmengenziel abweicht, diese Abweichung nach außen überzeugend begründen kann und mit den tatsächlichen Ergebnissen ihrer Politik rechtfertigt.

Unter allen Umständen darf die Notenbank die Vorbehaltsklausel nicht zu einem kurzfristig orientierten Handeln mißbrauchen, das ihrer Ankündigung widerspricht. Der Sinn der in der Festlegung eines Geldmengenzieles liegenden Selbstbindung der Geldpolitik gründet in der Überzeugung, daß sich auf diese Weise Geldwertstabilität erreichen und auf mittlere Sicht auch bessere Ergebnisse bei Wachstum und Beschäftigung erzielen lassen als bei diskretionärem Handeln, das jeweils ad hoc versucht, richtig zu reagieren. Die auf Verstetigung angelegte Geldpolitik hat daher immer mit dem Vorwurf zu leben, sie verschenke quasi gesamtwirtschaftliche Spielräume und nütze nicht jede Gelegenheit, expansiv zu wirken – denn darauf laufen die Argumente in der Wirklichkeit immer hinaus.

299. Überschreitet die Notenbank im Gefolge einer Ausnahmesituation ihr Geldmengenziel, so folgt daraus im Rahmen einer mittelfristigen Verstetigung die Aufgabe, durch eine anschließende Verringerung des Geldmengenwachstums wieder zum angekündigten Zielpfad zurückzukehren. Über das Tempo, mit dem dies erreicht werden soll, lassen sich generelle Aussagen nicht machen, doch wird die Rückkehr auf den Zielpfad um so schwerer, je stärker und je länger die Abweichung praktiziert beziehungsweise toleriert wurde.

Bei einer jährlich grundsätzlich neuen Festlegung des Geldmengenzieles fehlt diese Orientierung durch einen mittelfristigen Zielpfad. Hier ist Jahr für Jahr nicht nur über die Wachstumsrate der Geldmenge, sondern auch über die Anbindung an das zum Zeitpunkt der Zielvorgabe erreichte Niveau zu entscheiden. Der damit verbundene Entscheidungsspielraum verschafft der Geldpolitik einerseits mehr Flexibilität, setzt sie andererseits aber in erhöhtem Maße der Gefahr aus, die vorherige Überschreitung des Geldmengenzieles allzu leicht zu sanktionieren und die Vorgabe für das kommende Jahr zu sehr am aktuellen Wirtschaftsgeschehen zu orientieren.

Für die Entscheidung, eine durch Reaktion auf eine Ausnahmesituation bedingte Zielüberschreitung anschließend durch eine vorübergehende Verringerung des Geldmengenwachstums wieder zu kompensie-

ren, ist die Art der aufgetretenen Störung von zentraler Bedeutung.

Unter den generellen Vorbehalt bei der Formulierung des Geldmengenzieles fällt sicher die Börsenkrise vom Oktober 1987. Zweifelsohne hat vornehmlich die rasche, abgestimmte Reaktion der Notenbanken dazu beigetragen, daß die Gefahr einer allgemeinen Vertrauenskrise und damit einer Kettenreaktion vermieden wurde, in der die Finanzmärkte und der reale Sektor in einen Prozeß der kumulativen Abwärtsbewegung hätten geraten können. Nachdem diese Gefahr gebannt war, gab es keinen Grund mehr, mit der vorübergehend erhöhten Geldmengenexpansion fortzufahren; es wäre im Gegenteil angemessen gewesen, die jetzt als überhöht einzuschätzende Liquidität wieder abzuschöpfen. Wartet eine Notenbank hier zu lange, ist zu befürchten, daß sich die Wirtschaftssubjekte auf steigende Preise einrichten und die Preisstabilität schließlich auch tatsächlich verlorengibt.

Hat die Notenbank dagegen ihr Geldmengenziel überschritten, weil sie im Falle abrupten exogen bedingter Preiserhöhungen davon überzeugt ist, der notwendige Anpassungsprozeß der relativen Preise erfordere unnötig hohe Kosten, wenn die Stabilität des Preisniveaus auch unter diesen Umständen uneingeschränkt verteidigt werde, so wird sie folgerichtig die stärkere Erhöhung der Geldmenge nicht nachträglich wieder rückgängig machen. Sie muß in diesem Falle aber alles daran setzen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß es bei diesem einmaligen Effekt bleibt und die Geldpolitik unter keinen Umständen mögliche anschließende Verteilungskämpfe monetär alimentiert, in denen die einzelnen Gruppen versuchen, sich der durch den Preisanstieg bedingten Verringerung ihrer realen Position zu entziehen.

300. Eine Politik der Geldmengensteuerung muß schließlich eine angemessene Antwort auf Veränderungen der Geldnachfrage bieten. Kurzfristige Schwankungen stellen schon deshalb keinen Grund für ein Abweichen vom festgelegten Kurs dar, weil sie ohnehin nur im nachhinein ermittelt werden können. Die diskretionäre Geldpolitik kann im übrigen in diesem Zusammenhang gerade nicht auf konzeptionelle Vorteile verweisen, da sie in besonderem Maße durch den späten Eingang von Informationen beeinträchtigt wird.

Versucht die Notenbank auf beobachtete oder vermutete Änderungen der Geldnachfrage zu reagieren, so ist es so gut wie unmöglich, das Geldangebot in dem dazu erforderlichen Ausmaß genau anzupassen. Sie wird deshalb häufig nicht nur den Geldmarktzins, sondern auch das reale Einkommen und/oder das Preisniveau beeinflussen, also Faktoren, die ihrerseits wieder die Geldnachfrage bestimmen. Je flexibler die Notenbank also auf Veränderungen der Geldnachfrage reagiert, desto weniger wird es ihr möglich sein zu unterscheiden, ob sie ihre aktuellen Maßnahmen an exogen bedingten oder an durch ihre frühere Politik bewirkten Änderungen der Geldnachfrage orientiert. Kurzfristige Schwankungen der Geldnachfrage legen daher erst recht eine Politik der verstetigten Geldmengenausweitung nahe.

Längerfristige, trendmäßige Veränderungen der Geldnachfrage lassen sich dagegen grundsätzlich

durch Zu- oder Abschläge entsprechend der Verringerung beziehungsweise Zunahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bei der Festlegung des Geldmengenzieles berücksichtigen. In der Praxis bereitet freilich die Interpretation der vorliegenden Daten im allgemeinen Schwierigkeiten, weil sich auch die längerfristigen Veränderungen der Umlaufgeschwindigkeit meist nicht völlig stetig vollziehen und von der in der Vergangenheit verfolgten Geldpolitik nicht unabhängig sind.

Die für die Bundesrepublik vorliegenden empirischen Untersuchungen liefern nach unserer Einschätzung keinen Beleg dafür, daß eine Politik der Geldmengensteuerung wegen einer erhöhten Instabilität der Geldnachfrage ihre Grundlage eingebüßt hätte. Der Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit in den letzten Jahren stellt jedenfalls kein unüberwindliches Hindernis bei der Formulierung einer adäquaten Zielvorgabe für das Geldmengenwachstum dar.

301. Gemessen an dem vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Zielpfad von 4,5 vH für das Wachstum der bereinigten Zentralbankgeldmenge ist die Bundesbankpolitik der letzten Jahre als außerordentlich expansiv einzuschätzen. Dies gilt auch für das laufende Jahr. So setzte nicht nur der von der Bundesbank für 1988 angekündigte Zieltrichter bei einem hohen Ausgangsniveau an und war zudem mit 3 vH bis 6 vH für das Wachstum von M3 reichlich bemessen, die Geldmenge hat vielmehr diese Zielvorgabe im Jahresverlauf auch meist deutlich überschritten. Trotz der Annäherung im weiteren Verlauf an den oberen Wert des Trichters muß man immer noch von einer vergleichsweise expansiven Politik sprechen, da die bei der Ankündigung betonten „Unsicherheiten der äußeren und inneren Wirtschaftslage“ allenfalls bis zum Frühjahr eine Geldmengenexpansion im oberen Bereich des Korridors gerechtfertigt hätten. Gegenüber dem Zielpfad nach der Konzeption des Sachverständigenrates hat die Geldpolitik in den Jahren 1986 bis 1988 inzwischen einen beträchtlichen Überhang der bereinigten Zentralbankgeldmenge aufgebaut.

Berücksichtigt man den in dieser Zeit eingetretenen starken Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit explizit, ergibt sich rückblickend ein deutlich höherer Wert für das Geldmengenziel und ein entsprechend niedrigerer für den Überhang. Im Urteil über die Ausgangssituation für die Formulierung des weiteren Kurses der Geldpolitik sind diese Zusammenhänge nicht zu vernachlässigen. Auf die Unsicherheit, dabei zwischen den exogenen und endogenen, das heißt vom erhöhten Geldangebot ausgehenden Einflüssen zu unterscheiden, wurde bereits hingewiesen.

Geldpolitik für 1989

302. Mit der starken Expansion der Geldmenge in den letzten Jahren hat die Bundesbank ein Faktum geschaffen, das der Sachverständigenrat bei seinen Überlegungen über den angemessenen weiteren Kurs der Geldpolitik nicht ignorieren kann.

Ein deutlicher Abbau des hohen Überhangs in absehbarer Frist wäre mit unbestreitbar hohen Risiken für

die wirtschaftliche Entwicklung verbunden und kann daher nicht empfohlen werden. Damit verliert der für die Zeit ab 1985 vorgeschlagene mittelfristige Zielpfad seine Orientierungsfunktion für den künftigen geldpolitischen Kurs. Wir sehen daher keinen anderen Weg als den, für 1989 grundsätzlich vom gegenwärtig erreichten Niveau der Geldversorgung auszugehen.

303. Die Risiken, die mit diesem Vorgehen verbunden sind, dürfen allerdings nicht unterschätzt werden. Zu verweisen ist dabei in erster Linie auf das bedrohliche Inflationspotential, das sich mittlerweile aufgrund der starken Geldmengenexpansion aufgebaut hat. Der Hinweis auf die gesunkene Umlaufgeschwindigkeit genügt nicht, um die Gefahr zu verneinen, die von dem hohen Überhang für die Geldwertstabilität droht. Höhere Zinsen und vor allem die Erwartung steigender Preise könnten den Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit rasch beenden und sogar eine Umkehr einleiten. Von einer Politik der Geldmengensteuerung, die ein anhaltendes Sinken der Umlaufgeschwindigkeit in ihre Zielvorgabe einbezieht, ist zu verlangen, daß sie umgekehrt auch einem Anstieg Rechnung trägt, indem sie ihr Geldmengenziel niedriger ansetzt.

304. Warnungen vor einer Wiederbelebung der Inflation werden gegenwärtig in der Bundesrepublik häufig mit dem Hinweis auf die auch derzeit immer noch niedrige Preissteigerungsrate abgetan. Diese Argumentation ist Ausdruck einer weitverbreiteten Einstellung, nach der in Zeiten der Preisstabilität andere Ziele der Wirtschaftspolitik höhere Priorität verdienen. Dieser Auffassung ist zunächst entgegenzuhalten, daß Erfolge bei Beschäftigung und Wachstum unter Vernachlässigung der Geldwertstabilität allenfalls kurzfristig zu erreichen sind und in der unvermeidlich nachfolgenden Phase der Rückführung der Preissteigerungsrate nicht nur wieder verlorengehen, sondern sogar in Nettoverlusten enden. Es ist nie zu früh, daran zu erinnern, welche hohe gesamtwirtschaftliche Kosten die Inflationsbekämpfung erfordert: Es ist allemal „billiger“, Inflation erst gar nicht entstehen zu lassen, als sie hinterher „teuer“ zu bekämpfen.

Der auch im langfristigen Vergleich große Erfolg bei der Wiedergewinnung der Geldwertstabilität wurde nicht zuletzt durch moderate Lohnerhöhungen und eine weitgehend stabilitätsgerechte Finanzpolitik ermöglicht. Zudem haben aber auch andere Umstände, wie die höhere Bewertung der D-Mark und die Entwicklung der Preise wichtiger Einfuhr Güter diesen Prozeß begünstigt; mit einer Fortsetzung dieser Tendenz ist kaum zu rechnen.

Generell hat die Preisentwicklung in diesem Jahr eine Wende vollzogen, alle Preisindikatoren zeigen inzwischen deutlich nach oben. Unter diesen Umständen sprechen alle Anzeichen dafür, daß 1989 als ein besonders kritisches Jahr zu gelten hat, zumal von den vorgesehenen Verbrauchsteuererhöhungen die Gefahr ausgeht, daß der Preisauftrieb verstärkt wird. Der Lohnentwicklung fällt dabei eine Schlüsselrolle zu. Nicht zuletzt im Vertrauen auf die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Bundesbank haben die Tarifparteien in wichtigen Sektoren der Wirtschaft in der Erwartung niedriger Preissteigerungen Tarifverträge

mit mehrjähriger Laufzeit abgeschlossen. Wird dieses Vertrauen durch die tatsächliche Preisentwicklung enttäuscht, werden zumindest zunächst Tarifverträge mit mehrjähriger Laufzeit entweder nicht mehr oder nur noch auf der Basis wesentlich höherer Inflationserwartungen abgeschlossen. Letzteres gilt im übrigen dann auch für Tarifabschlüsse mit kürzerer Laufzeit. Damit wäre auf absehbare Zeit wieder eine Inflationserwartung in Lohnkontrakten festgeschrieben, die nur allmählich und mit erheblichen gesamtwirtschaftlichen Kosten eliminiert werden könnte.

Unter ähnlichen Vorzeichen steht die weitere Entwicklung am Kapitalmarkt. Sollten die Anleger höhere Preissteigerungsraten erwarten, könnten sie nur durch einen deutlichen Anstieg des langfristigen Nominalzinses zum Kauf von Wertpapieren veranlaßt werden. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit kann auf die Schwierigkeiten, das Inflationselement im Zins anschließend wieder zu verringern, nicht eindringlich genug verwiesen werden.

305. Mit dem im internationalen Vergleich herausragenden Ergebnis bei der Erhaltung der Geldwertstabilität hat sich die Bundesbank ein Vertrauenskapital erworben, dessen Wert kaum überschätzt werden kann. Die zentrale Aufgabe der Geldpolitik im nächsten Jahr liegt darin, dieses Vertrauen zu erhalten und allen Spekulationen über eine Beschleunigung des Preisanstiegs vorzubeugen. Nur so kann eine drohende Selbstverstärkung des Preisauftriebs verhindert werden. Die Marktteilnehmer, allen voran die Tarifparteien, müssen davon überzeugt werden, daß für die Realisierung höherer Inflationserwartungen kein monetärer Spielraum besteht und daß stabilitätswidrige Tarifabschlüsse an unverrückbare, von der Geldpolitik gesetzte Grenzen stoßen.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, bedarf es einer eindeutig stabilitätsorientierten Zielvorgabe für die Geldmengenentwicklung. Unter den veränderten Bedingungen wird die Bundesbank die Öffentlichkeit davon zu überzeugen haben, daß sie ihr angekündigtes Geldmengenziel 1989 auch tatsächlich einhalten wird.

Aus der Schätzung des mittelfristigen Wachstums des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen von reichlich 4 vH leiten wir den Vorschlag ab, die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einer Rate von 4,5 vH, berechnet vom vierten Quartal 1988 zum vierten Quartal 1989, wachsen zu lassen. Diese Vorgabe ist so bemessen, daß sie selbst ein kräftiges reales Wachstum nicht behindert, gleichzeitig aber einer nicht auszuschließenden Tendenz zur Beschleunigung des Preisauftriebs Grenzen setzt. Sollte sich allerdings der hohe Überhang über eine deutliche Zunahme der monetären Nachfrage abbauen, hätte die Geldpolitik einen anhaltenden Wiederanstieg der Umlaufgeschwindigkeit zum Anlaß zu nehmen, um das Geldmengenwachstum entsprechend zu verringern.

306. Auch wegen ihrer internationalen Verantwortung darf die Bundesbank keinen Zweifel an der Kontinuität ihrer Politik aufkommen lassen. Innerhalb des Europäischen Währungssystems erfüllt die D-Mark die Rolle des „Ankers“ für die Geldpolitik der übrigen Mitgliedstaaten. Ohne die Führungsrolle der Bundes-

bank hätte der Erfolg bei der Inflationsbekämpfung und bei der Konvergenz der nationalen Preissteigerungsraten nicht erzielt werden können. Ginge die Geldwertstabilität in der Bundesrepublik verloren, wären die anderen Länder noch weniger in der Lage, ihre Stabilitätspolitik fortzuführen.

Mit der Ankündigung eines stabilitätsgerechten Geldmengenzieles setzt die Bundesbank schließlich ein klares Signal für die weltweiten Finanzmärkte und trägt zur Stabilisierung der Erwartungen der Anleger bei. Sie leistet damit gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik, indem sie möglichen Verunsicherungen und Unklarheiten vorbeugt.

307. Der Vorschlag, die bereinigte Zentralbankgeldmenge im nächsten Jahr mit einer Rate von 4,5 vH wachsen zu lassen, ist mit folgenden Vorstellungen zur Durchführung einer an diesem Ziel orientierten Geldpolitik verbunden.

- Der Übergang zu einem verringerten Geldmengenwachstum im nächsten Jahr wird um so leichter zu vollziehen sein, je besser es der Bundesbank gelingt, die Geldmengenexpansion in den letzten Monaten dieses Jahres doch noch in die Nähe des oberen Randes ihres Zieltrichters zu bringen. In diesem Falle hätte sie im wesentlichen einen bereits eingeschlagenen Kurs fortzusetzen; weitgehend unveränderte oder nur geringfügig erhöhte Notenbankzinsen wären damit durchaus vereinbar.
- Eine Einschätzung der Entwicklung der kurzfristigen Zinsen kann die in den letzten Jahren aufgebaute reichliche Liquiditätsausstattung nicht außer acht lassen. Von daher gibt es wenig Anlaß zur Sorge, eine Verlangsamung des Geldmengenwachstums müsse zu Liquiditätsanspannungen und stark steigenden Geldmarktzinsen führen. Dazu besteht um so weniger Grund, als die erhöhte Liquiditätsneigung auch endogen bedingt ist und sich insoweit bei einer Verlangsamung des Geldmengenwachstums zurückbilden dürfte.
- Die Politik der Geldmengensteuerung mißt der vorübergehenden Entwicklung der kurzfristigen Zinsen aber ohnehin nur begrenzte Bedeutung bei. Gegebenenfalls nimmt sie einen temporären Anstieg der kurzfristigen Zinsen in Kauf beziehungsweise führt ihn herbei, falls dies für die Einhaltung des Geldmengenzieles erforderlich ist. Darin unterscheidet sie sich von einer Geldpolitik, die sich mehr oder weniger an der Stabilisierung der Zinsen orientiert. In dieser Konzeption ist die Geldmenge eine weitgehend endogene, von der Geldnachfrage bestimmte Größe. Wie an anderer Stelle bereits dargelegt, mangelt es dieser Politik an einem nominellen Anker. Schon auf mittlere Sicht muß diese Politik den Versuch, die Zinsen zu stabilisieren, mit einer übermäßigen Expansion der Geldmenge, einem Verlust an Geldwertstabilität und einem höheren Kapitalmarktzins bezahlen.
- Eine Politik der Verstetigung der Geldmengenexpansion kann dagegen darauf vertrauen, daß die Märkte eine von der Notenbank aus den genannten Gründen bewußt herbeigeführte Erhöhung der

kurzfristigen Zinsen als Ausdruck einer auf die Erhaltung der Geldwertstabilität gerichteten Politik verstehen und mit einem vergleichsweise niedrigen Kapitalmarktzins honorieren. Die Politik der Geldmengensteuerung schafft ein Vertrauenskapital, das sich über ein weitgehend stabiles Preisniveau, ein durch schwankende Inflationsraten nicht verzerrtes Informations- und Anreizsystem der relativen Preise, mit höherem Wachstum und mehr Beschäftigung gesamtwirtschaftlich reichlich verzinst.

Eine andere Meinung

308. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zu den Fragen, ob die Deutsche Bundesbank im Rahmen ihrer Geldmengensteuerung 1989 gegebenenfalls größere Zinssteigerungen in Kauf nehmen müßte und ob ein erneutes Geldmengenziel zweckmäßig sei, eine abweichende Meinung. Nach den Vorstellungen der Ratsmehrheit soll die Wachstumsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge — sie lag im dritten Vierteljahr 1988 bei 9,4 vH — auf 4,5 vH im vierten Vierteljahr 1989 reduziert werden. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Ob es ohne einen fühlbaren Anstieg der langfristigen Zinsen erreicht werden kann, ist der strittige Punkt. Der Einschätzung der Ratsmehrheit zufolge sind nennenswerte Zinssteigerungen damit nicht verbunden. Dies kann 1989 durchaus auch der Fall sein, wenn sich nämlich der Anstieg der Zentralbankgeldmenge vom Markt her, also durch einen autonomen Rückgang der Liquiditätspräferenz oder durch eine Geldumschichtung zu Lasten der Bargeldkomponente verlangsamt.

Es kann auch ganz anders kommen. Drängen nicht die Marktkräfte von selbst auf eine Abschwächung des Wachstums der bereinigten Zentralbankgeldmenge, müßte dies die Bundesbank — um der Einhaltung des Geldmengenzieles willen — durch eine baldige und kräftige Anhebung ihrer Zinssätze anstreben. Die geldpolitisch induzierten Zinssteigerungen würden erst am Geldmarkt spürbar werden und dann tendenziell auf den für die Konjunkturentwicklung wichtigeren Kapitalmarkt übergreifen. Das wäre ein restriktiver monetärer Impuls. Für die Ausrichtung der Geldpolitik 1989 genügt es daher nicht, lediglich ein Geldmengenziel vorzugeben. Es sind auch Abwägungen für den Fall vorzunehmen, daß ein Geldmengenziel nur durch Zinssteigerungen zu realisieren wäre. Daher sind die Einschätzungen über die Geldwertentwicklung und die konjunkturelle Lage im Jahre 1989 einzubeziehen. Aus heutiger Sicht sind nach Ansicht dieses Mitgliedes keine Gefahren für den Geldwert zu erkennen, die es rechtfertigen würden, ein ehrgeiziges Geldmengenziel auch auf dem Wege von Zinssteigerungen durchzusetzen.

309. Es gibt im Sachverständigenrat divergierende Einschätzungen über die Auswirkungen der gegenwärtigen monetären Entwicklung auf die Geldwertstabilität. Die Ratsmehrheit orientiert sich an der bereinigten Zentralbankgeldmenge; aus deren anhaltend starken Wachstum wird auf die Gefahr einer inflationären Beschleunigung geschlossen. Dagegen ist

einzuwenden, daß die monetäre Expansion von der bereinigten Zentralbankgeldmenge derzeit drastisch überzeichnet wird. Während das Konstrukt der bereinigten Zentralbankgeldmenge als Indikator für die Stärke geldpolitischer Impulse durchaus verwendbar ist, kommt es für das Urteil über mögliche inflationäre Bewegungen mehr auf die Geldmenge an, die das Publikum wirklich in der Kasse hält. Das ist die Geldmenge M3. Meistens bewegen sich die Wachstumsraten der Zentralbankgeldmenge und von M3 in die gleiche Richtung. Doch ist das seit zwei Jahren nicht mehr der Fall. Während die Wachstumsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge kräftig angestiegen ist (von 6,5 vH im Jahre 1986 auf 9,3 vH im ersten Halbjahr 1988), hat sich die Wachstumsrate des Geldvolumens M3 in der gleichen Zeit deutlich verringert (von 8,4 vH auf nur noch 6,2 vH). Während die Zuwachsraten der Zentralbankgeldmenge ihren langjährigen Durchschnittswert 1988 um 3,6 Prozentpunkte überstieg, entsprach der Zuwachs des Geldvolumens M3 gerade seinem langjährigen Durchschnitt. Der mittlerweile moderate Anstieg von M3 spricht dagegen, daß sich ein inflationärer Geldüberhang aufbaut. Unter Berücksichtigung des trendmäßigen Rückgangs der Umlaufgeschwindigkeit von M3 (rund 1 vH bis 1,5 vH im Zeitraum 1983 bis 1988) entspricht der gegenwärtige Zuwachs von M3 (etwas über 6 vH) einem Wert, der mit einem mittelfristigen Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts (4,5 vH, dieser Wert liegt der potentialorientierten Geldpolitik zugrunde) noch vereinbar ist. Von daher ist kein monetärer Restriktionsbedarf angezeigt.

310. Eine ernsthafte Gefährdung der Geldwertstabilität läge vor, wenn sich verstärkt Inflationserwartungen herausbilden. Dies ist nicht der Fall. Der wichtigste Beleg hierfür ist die Entwicklung des Kapitalmarktzins. Erhöhte Inflationserwartungen hätten sich in entsprechenden Nominalzinssteigerungen niederschlagen müssen. Doch der Kapitalmarktzins verharrt seit 1986 unverändert auf einem Niveau von rund 6% (1986: 6,0%; 1987: 5,8%; 1988 [Januar bis Oktober]: 6,0%), wenn auch unter Schwankungen. Der vorübergehende Zinsanstieg im Frühjahr und Sommer 1988 weist ebenfalls nicht auf pessimistischere Inflationseinschätzungen hin, denn die Zinsen sind seit August wieder deutlich rückläufig. Der beschleunigte Anstieg der bereinigten Zentralbankgeldmenge wird also von den Finanzmärkten nicht als ein Inflationssignal gewertet.

Das Publikum scheint begriffen zu haben, daß ein expansiver geldpolitischer Impuls, den die Bundesbank aus binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Gründen zuläßt, solange keine Gefahr für die Geldwertstabilität besteht, nicht Ausdruck eines erlahmenden Stabilisierungswillens der Notenbank ist. Die Erwartungen jener, die über Kosten und Preise entscheiden, orientieren sich heute weniger denn je an der Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge, sondern an der Einschätzung, daß die Bundesbank beim Auftreten inflationärer Tendenzen mit Restriktion reagieren würde.

311. Ein geldpolitisch induzierter Anstieg der kurzfristigen Zinssätze würde über den Zinsverbund zwischen den verschiedenen Finanzmarktsegmenten auch eine Zunahme des langfristigen Kapitalmarkt-

zinsens nach sich ziehen. Da die Inflationserwartungen nach Meinung dieses Mitgliedes vergleichsweise gering sind und sich auch nicht verstärkt haben, würde eine Anhebung der kurzfristigen Zinsen nicht zu einem so starken Abbau der Inflationserwartungen führen können, daß dadurch der Anstieg des Kapitalmarktzinses verhindert würde. Langjährige Erfahrungen zeigen, daß sich kurzfristige und langfristige Zinsen in der Tendenz gleichläufig bewegen. Würde die Bundesbank zur Erfüllung ihres Geldmengenziels die kurzfristigen Zinssätze anheben, müßte sie mit einer Zunahme des Kapitalmarktzinses und bei sonst gleichen Bedingungen auch mit einer tendenziellen Aufwertung der D-Mark rechnen. Beides wäre ein restriktiver konjunktureller Impuls. Es ist zu bedenken, daß expansive Impulse der Geldpolitik und der Finanzpolitik in den Vorjahren zur Kräftigung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte beigetragen haben; würden beide Politikbereiche im nächsten Jahr auf Restriktionskurs gehen, stünde dies einer stetigen Wirtschaftsentwicklung entgegen.

312. Richtig ist, daß Inflation vor ihrem Entstehen bekämpft werden muß. Das rechtfertigt aber noch keine vorsorgliche monetäre Restriktion; denn es entstünden volkswirtschaftliche Kosten in Form von Wachstums- und Beschäftigungseinbußen, wenn überschätzte Inflationsgefahren eine monetäre Restriktion auslösen. Daher kommt es darauf an, wie die gegenwärtige Preisentwicklung — die Verbraucherpreise stiegen im Herbst mit einer Jahresrate von 1,6 vH nach 0,2 vH zu Jahresbeginn — zu bewerten ist. Wäre es so, daß sich hieraus eine Eigendynamik entwickelte, die nachhaltig verstärkte Preissteigerungen unvermeidlich erscheinen ließe, bliebe der Bundesbank nichts anderes übrig, als die monetären Zügel anzuziehen. Die Gefahr einer Selbstverstärkung des Preisauftriebs ist gegenwärtig jedoch als gering einzuschätzen. Entscheidend kommt es hier auf die Lohnpolitik an. Man kann wohl davon ausgehen, daß in den mittelfristigen Lohnabschlüssen Preissteigerungsraten in einer Größenordnung von 2 vH eingerechnet sind. Das entspricht der gegenwärtigen Entwicklung. Den Tarifparteien ist bekannt, daß die vergleichsweise niedrigen Preissteigerungsraten der letzten beiden Jahre Sonderfaktoren (Terms of Trade-Gewinne, Ölpreisrückgang) zu verdanken waren, die nicht für die Zukunft fortgeschrieben werden können. Insofern spiegelt die gegenwärtige Preisbewegung das Ausbleiben solcher Sondereinflüsse, und sie gibt keinen Anlaß, die mittelfristigen Preisentwicklungen nunmehr pessimistischer einzuschätzen und daraufhin höhere Lohnanhebungen zu fordern. Bleibt es auf Grund dieser Überlegungen auch weiterhin bei einer moderaten Lohnpolitik — für die Verschärfung des Verteilungskampfes gibt es keine Anzeichen —, dann ist in der gegenwärtigen Preisentwicklung keine Selbstverstärkung angelegt. Eine monetäre Restriktion bleibt dann entbehrlich.

313. Im Gegensatz zur Ratsmehrheit ist dieses Mitglied nicht der Auffassung, daß die Bundesbank weiter an einem Geldmengenziel festhalten sollte. Allerdings hat diese Frage erheblich an Bedeutung verloren. Nachdem die Geldmengenziele sehr flexibel gehandhabt werden und häufige Zielabweichungen ihre Unverbindlichkeit dokumentieren, stellen sie

kaum mehr eine Selbstbindung der Notenbank dar. Das ist auch zu begrüßen, denn die Bundesbank muß ihre geldpolitische Beweglichkeit bewahren. Ihre Glaubwürdigkeit kann sie nur erhalten, ihre Orientierungsfunktion nur wahrnehmen, wenn die Bundesbank angesichts unsicherer Wirkungszusammenhänge im monetären Bereich und immer wieder unvorhergesehener Entwicklungen flexibel reagiert, statt strikt an einem vorgegebenen Zielpfad festzuhalten. Allerdings bleibt auch bei flexibel gehandhabten Geldmengenzielen das Problem bestehen, daß die Öffentlichkeit Verfehlungen des Geldmengenziels als Fehlverhalten der Notenbank interpretieren könnte, wo diese Zielabweichungen eigentlich durch das Eintreten nicht vorhersehbarer Ausnahmetatbestände gerechtfertigt sind. Daher wäre es konsequent, ganz auf Geldmengenziele zu verzichten. Es wäre vorzuziehen, wenn die Bundesbank statt dessen in Analogie zur mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung eine monetäre Projektion vorlegte, in der realwirtschaftliche und wichtige monetäre Größen konsistent aufeinander bezogen werden. Wie die mittelfristige Finanzplanung soll auch die monetäre Projektion keine Zielvorgaben — weder für die Geldmenge, noch für den Zins oder den Wechselkurs — enthalten. Gleichwohl erlaubt sie den Märkten Orientierung, weil sie die Einschätzungen der Bundesbank über die gesamtwirtschaftliche und monetäre Entwicklung deutlich macht und daraus Schlußfolgerungen über den geldpolitischen Kurs ermöglicht.

314. Richtig ist der Einwand der Ratsmehrheit, daß die im Rahmen einer monetären Projektion zusammengefaßten Indikatoren widersprüchliche Informationen geben könnten und daß eine flexibler gehandhabte Geldpolitik vielfach auch diskretionär wäre. Dieser Einwand trifft allerdings auch auf die Ratskonzeption zu. Diese Konzeption sieht ja keineswegs die unter allen Umständen strikte Realisierung eines einmal formulierten Zielpfades für die Geldmenge vor. Ob aber ein Ausnahmetatbestand eine Zielabweichung rechtfertigt, ob nach einer Zielverfehlung zum Zielpfad zurückgekehrt werden soll, ob Änderungen im Geldnachfrageverhalten eine neue Zielplanung notwendig machen — alle diese im Rahmen des Geldmengenkonzepts des Rates zu stellenden Fragen können nur durch die Auswertung einer Vielzahl von Indikatoren beantwortet werden, die dann aber auch widersprüchlich sein können. Je nach der Antwort auf diese Fragen wird es zu diskretionären Maßnahmen der Notenbank kommen. Diagnoseschwierigkeiten aufgrund divergierender Indikatorsignale sind nicht an eine bestimmte geldpolitische Konzeption gebunden, sondern sind als Folge der Unsicherheit über monetäre Wirkungszusammenhänge unvermeidlich. Gerade dies ist der Grund, daß die Notenbanken vorsichtig, aber auch flexibel handeln müssen. Unsicherheit in der Diagnose und flexible Reaktion auf unvorhergesehene Störungen dürfen aber nicht zu einem geldpolitischen Aktionismus verleiten.

III. Währungspolitik im europäischen Integrationsprozeß

315. Nach dem Willen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft soll sich nach Abschluß des Integrationsprozesses der Wirtschaftsverkehr zwi-

schen den einzelnen Ländern nicht mehr von dem innerhalb eines Landes unterscheiden. Binnenmarktverhältnisse in diesem Sinne sind mit der Fortdauer von Währungsrisiken unvermeidbar. Währungsrisiken sind dann beseitigt, wenn die völlige Freiheit des Zahlungs- und Kapitalverkehrs unwiderruflich hergestellt und die Wechselkurse zwischen den Mitgliedswährungen endgültig und ohne jegliche Schwankungsspanne fixiert, also die Merkmale einer Währungsunion erfüllt sind. Irreversibel wird diese Situation allerdings erst mit der Einführung einer einheitlichen Währung.

316. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft scheint weitgehend Einigkeit zu bestehen, das endgültige Ziel der währungspolitischen Integration dadurch anzustreben, daß die nationalen Währungen beseitigt werden und ein einheitliches Geld geschaffen wird. Erhebliche Meinungsverschiedenheiten sind jedoch darüber zu verzeichnen, auf welche Weise und mit welchem Tempo dieses Ziel anzustreben ist. So wird im Rahmen der Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes gefordert, auch die währungspolitische Integration zu verstärken, indem die Wechselkurse möglichst bald endgültig fixiert und die Währungsreserven in einem Pool zusammengefaßt werden.

Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen. Im Zuge des Abbaus von Schranken aller Art, nicht zuletzt im Bereich des Kapitalverkehrs und der Änderung ganz unterschiedlicher nationaler Regulierungen, wird es zu Verlagerungen der Handels- und Kapitalströme kommen. In dieser Phase wäre es verfehlt, das Instrument der Wechselkurspolitik aufzugeben. Vielmehr sollte die Möglichkeit erhalten bleiben, die bilateralen Wechselkurse im Falle solcher durch die Maßnahmen zur Herstellung des Binnenmarktes ausgelöster fundamentaler Änderungen anzupassen. Würde man daher die Wechselkurse vorzeitig fixieren, wäre die Last der Anpassung vollständig von der nationalen Geld-, Finanz- und Lohnpolitik sowie der gemeinschaftlichen Regionalpolitik zu tragen. Diese würden dabei überfordert werden.

317. Die Hauptaufgabe der Geld- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten für die nahe Zukunft liegt darin, die Konvergenz weiter zu verstärken und die Preisstabilität zu sichern. Darüber hinaus ist es notwendig, eine Einigung über die Strategie herbeizuführen, mit der die angestrebte Währungsunion erreicht werden kann.

Der Weg, daß schließlich eine der nationalen Währungen die Rolle des einheitlichen Geldes übernehmen könnte, scheidet aus dem Kreis politisch denkbarer Lösungen aus. Nach wie vor stößt jedoch die Parallelwährungsstrategie auf positive Resonanz. Danach sollte eine neue, gemeinschaftliche Währung eingeführt werden. Sie werde sich dann als die bessere im Wettbewerb mit den zunächst noch weiter existierenden nationalen Währungen behaupten und diese schließlich verdrängen.

Ganz davon abgesehen, daß es eine solche Währung schwer haben dürfte, sich gegenüber den nationalen Währungen als Zahlungsmittel durchzusetzen, wären hier von Anfang an schwierige und weitreichende in-

stitutionelle Entscheidungen zu treffen. Die ECU, die gelegentlich als Parallelwährung ins Spiel gebracht wird, ist für diese Rolle gänzlich ungeeignet. So setzt sie schon definitionsgemäß die Existenz der nationalen Währungen voraus. Vor allem aber repräsentiert sie als „Korbwährung“ eine Durchschnittsgröße, zu der es immer mindestens eine bessere Alternative gibt, gegenüber der sie sich wird folglich kaum durchsetzen können.

318. Als erfolgversprechende Alternative bleibt nur der langwierige Weg, die Währungsunion schrittweise über eine weitere Annäherung der Geldpolitik unter Wahrung der Geldwertstabilität anzustreben. Um Fehlentwicklungen zu vermeiden, ist es jedoch vordringlich, das endgültige Ziel für diesen Prozeß von Anfang an klar zu formulieren.

Zuerst müssen sich die Mitgliedstaaten über den Charakter der gemeinsamen Europäischen Notenbank einigen. Zu bestimmen sind insbesondere deren Verhältnis zu Regierung und Parlament, ihre Organisation und ihre Aufgabe. Nach allen Erfahrungen kann nur von einer Notenbank, die in ihren Entscheidungen politisch unabhängig und vorrangig auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet ist, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik erwartet werden. Dem europäischen Einigungsprozeß würde schwerer Schaden zugefügt, wenn um kurzfristiger Vorteile willen Zugeständnisse bei der Preisstabilität gemacht würden. Nicht zuletzt deshalb ist der Europäischen Notenbank die Finanzierung der Defizite öffentlicher Haushalte strikt zu untersagen. Im übrigen sollte die Verfassung des geldpolitischen Entscheidungsgremiums dem föderativen Charakter der Gemeinschaft angemessen Rechnung tragen.

Mit einem Statut der Europäischen Notenbank, das diesen Prinzipien entspricht, wären die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, keineswegs aber schon eine Garantie für eine zukünftige stabilitätsorientierte Geldpolitik gegeben. Unerläßliche Bedingung dafür bleibt die von einer breiten Mehrheit in den Mitgliedstaaten getragene Überzeugung, daß auf Geldwertstabilität auch nicht vorübergehend verzichtet werden kann. Für die Fähigkeit, nicht nur gemeinsam Inflation erfolgreich bekämpfen, sondern Preisstabilität anschließend auch dauerhaft bewahren zu können, muß die Gemeinschaft erst noch den Beweis antreten. Institutionelle Vereinbarungen sozusagen im „Vorgriff“ könnten den Willen, das Stabilitätsbewußtsein über die Erfolge bei der Sicherung des Geldwertes zu fördern und zu festigen, schwächen und sind daher zu vermeiden.

319. Weitere Fortschritte in der wirtschaftlichen Integration bedingen nicht zuletzt eine deutliche Annäherung der Finanzpolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Anforderungen, die mit der Vollendung des Binnenmarktes an die Harmonisierung der Steuerpolitik gestellt werden, machen dies bereits deutlich. Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten, die sich dabei offenbaren, weisen auf das Widerstreben einzelner Mitgliedstaaten hin, ihre Finanzpolitik insoweit den Bedingungen des einheitlichen Binnenmarktes unterzuordnen.

Das Erfordernis eines weitgehenden nationalen Souveränitätsverzichts auf dem sensiblen Feld der öf-

fentlichen Finanzen dürfte als Testfall für die Bereitschaft gelten, den Weg bis zum Ziel der Integrationsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft, der politischen Union, zu gehen. Spätestens für den Zeitpunkt, zu dem die nationalen Währungen durch die einheitliche Europäische Währung abgelöst werden, ist das schwierige Problem zu lösen, wie die öffentliche Schuld der verschiedenen Mitgliedstaaten geregelt wird. In der Last, gemessen durch die Relation öffentliche Schuld zum Sozialprodukt, bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Spätestens die Übertragung der nationalen Schulden in die einheitliche Währung versperrt jedoch endgültig den Weg, eine Entlastung über die Geldentwertung zu suchen. Weil nach unserer Auffassung auch die Finanzierung von Defiziten öffentlicher Haushalte durch die Europäische Notenbank ausscheidet, ist die Finanzpolitik einzelner Mitgliedstaaten damit in erheblicher Weise vorbelastet. Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Gemeinschaft würden andererseits einen beträchtlichen Ressourcentransfer zu Lasten der Länder bedingen, die bisher wesentlich niedrigere kumulierte Defizite der öffentlichen Haushalte in Relation zum Sozialprodukt aufzuweisen hatten.

320. Schon diese Überlegungen verdeutlichen, daß die Währungsintegration nicht die Rolle eines Schrittmachers auf dem Weg zur politischen Einigung übernehmen kann, die ihr teilweise zugedacht wird. Mit dieser Aufgabe wäre sie eindeutig überfordert. Vorzeitige institutionelle Vereinbarungen in Richtung auf eine Währungsunion müßten ganz im Gegenteil den Integrationsbemühungen schweren Schaden zufügen, da sie die Illusion erzeugen, man könne fehlenden politischen Einigungswillen durch ein Vorpreschen in der Währungspolitik überwinden. Enttäuschungen könnten nicht ausbleiben, sie würden den Integrationsprozeß aufhalten oder sogar zurückwerfen. Davor kann nur die Erkenntnis bewahren: Letztlich ist die Währungsunion nicht ohne die politische Union zu bekommen.

Die Vollendung des Binnenmarktes stellt nur eine weitere, allerdings außerordentlich wichtige Etappe auf diesem langen Weg dar. Spektakuläre Entscheidungen sind in der Währungspolitik nicht geboten; es muß Schritt für Schritt vorangegangen werden. Im Vordergrund hat dabei neben der vollständigen und unwiderruflichen Liberalisierung des Kapitalverkehrs eine intensivere Abstimmung der Geldpolitik und Finanzpolitik zwischen den Mitgliedstaaten zu stehen. Entscheidungen zur Fixierung der Wechselkurse wären dagegen erst zu treffen, wenn der Prozeß der Anpassung an die von der Herstellung des Binnenmarktes ausgelösten Veränderungen im Zusammenwirken mit der nationalen Politik ein gewisses Gleichgewicht erreicht hat.

IV. Tarifpolitik für den strukturellen Wandel

321. Die Wachstumskräfte zu stärken, erfordert eine Tarifpolitik, die den Strukturwandel unterstützt, die Investitionsbereitschaft und die Innovationsneigung fördert und bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer sowie den Erfordernissen der Betriebe gerecht wird.

Indem sie das Wirtschaftswachstum stärkt und festigt, trägt die Tarifpolitik auch zu dem weiterhin vordringlichen Ziel bei, die Beschäftigung zu erhöhen und Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzugliedern. Die tarifpolitischen Schwerpunkte liegen in einer flexiblen und differenzierenden Arbeitszeitgestaltung, der Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten, in einer mittelfristig am Produktivitätsfortschritt orientierten Tariflohnentwicklung und schließlich darin, daß Raum für eine betriebsnähere Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen gegeben wird.

Differenzierte und flexible Arbeitszeitgestaltung

322. Differenzierte und flexible Arbeitszeitregelungen liegen im Interesse sowohl der Betriebe als auch der Arbeitnehmer. Den Betrieben geht es um eine rasche Umstellung der Produktion auf neue Produkte und Produktionsverfahren, um eine intensive, kostensenkende Nutzung ihrer Produktionsanlagen unabhängig von individuellen Arbeitszeiten sowie um Kostensenkungen durch flexible Anpassung des Arbeitsesatzes an die saisonalen und konjunkturellen Produktionsschwankungen. Bei immer schärferem internationalen Wettbewerb — Folge der Globalisierung der Märkte und der Internationalisierung der Produktion bei weltweit verstärkter Innovationskonkurrenz — kann es sich eine Volkswirtschaft immer weniger leisten, derartige Umstellungen aufzuschieben und solche Kostensenkungsmöglichkeiten ungenutzt zu lassen. Den Arbeitnehmern geht es um die Anpassung der Arbeitszeit an ihre individuellen Lebensumstände, die vor allem durch den Familienstand, die Erwerbsbeteiligung der Familienmitglieder und durch die Kinderzahl geprägt werden, um den Zuzugewinn von Freizeitblöcken und um mehr Handlungsautonomie und Dispositionsfreiheit am Arbeitsplatz. Indem die Tarifpolitik und die betriebliche Praxis einer größeren Individualität bei der Arbeitszeit Raum geben, fördern sie die Wohlfahrt der Arbeitnehmer.

323. Auch die demographische Entwicklung erfordert differenzierte und flexiblere Arbeitszeitregelungen. Nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit nimmt die Erwerbstätigkeit von Frauen deutlich zu. Da Frauen vielfach Teilzeitarbeit anstreben, steigt der Bedarf an entsprechenden Arbeitsplätzen. Was Teilzeitarbeit attraktiv macht, sind größere Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Länge und mehr Variationsmöglichkeiten für die Lage der Arbeitszeit in der Woche. Als Schritt in die richtige Richtung ist es zu beurteilen, daß es nun häufiger zu Tarifvereinbarungen über Teilzeitarbeit kommt, mit denen diese Beschäftigungsform von alten Nachteilen, nämlich gegenüber der Vollzeitarbeit eine Arbeit minderen Rechts darzustellen, befreit wird.

324. Eine flexible Arbeitszeitgestaltung kann zu einer Stabilisierung von Beschäftigungsverhältnissen beitragen. Anpassungen des Arbeitsvolumens an saisonale oder konjunkturelle Produktionsschwankungen, aber auch Umstellungen auf neue Produktionsverfahren können mit Variationen der Beschäftigtenzahlen oder der Arbeitszeit je Beschäftigten verbunden sein. Unter Effizienz- und Produktivitätsaspekten

ist es vorzuziehen, die Arbeitszeit flexibel zu halten und dadurch die Beschäftigungsverhältnisse zu stabilisieren. Den Unternehmen bleibt dann bei rückläufigem Arbeitsvolumen das an die Beschäftigten gebundene Humankapital erhalten; der möglicherweise produktivitätsmindernden Segmentierung in dauerhaft beschäftigte Stammbeslegschaften und jeweils nur vorübergehend beschäftigte und damit instabile Randbeslegschaften wird entgegengewirkt. Den Arbeitnehmern bringen stabile Beschäftigungsverhältnisse nicht zuletzt den Vorteil, daß dadurch Mehrfacharbeitslosigkeit, die die Wiederbeschäftigungschancen mindern würde, verhindert wird.

325. Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit stellen keineswegs neue Sachverhalte dar. In der Bundesrepublik wird seit langem ein umfangreiches Instrumentarium für differenzierte und flexible Arbeitszeitgestaltung angewendet (Kurzarbeit, Überstunden, Teilzeitarbeit, Gleitzeit, Schichtarbeit, versetzte Arbeitszeit, Arbeitsbereitschaft). Auch die Abkoppelung der Betriebszeit von der individuellen Arbeitszeit ist in vielen Bereichen Realität. Nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit lag die durchschnittliche Betriebszeit der Produktionsanlagen im Verarbeitenden Gewerbe 1984 bei 60,6 Stunden und in Mehrschichtbetrieben der chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung bei 136,9 Stunden je Woche.

Bei der Arbeitszeitgestaltung geht es also um die Weiterentwicklung bewährter Regelungen. Lücken zwischen Angebot und Nachfrage nach differenzierten Arbeitszeitregelungen gilt es zu schließen. Die Tarifparteien sollten Differenziertheit und Flexibilisierung der Arbeitszeit in Branchen anregen, die noch undifferenzierte und inflexible Arbeitszeitregelungen haben. Auch sollte den Betrieben Spielraum gegeben werden, neue Modelle für die Verknüpfung individueller Arbeitszeit und kostengünstiger Betriebslaufzeit ausprobieren zu können. Das schließt die Länge der täglichen Arbeitszeit oder die Samstagsarbeit ebenso ein wie die Länge des Ausgleichszeitraumes, innerhalb dessen bei schwankender Wochenarbeitszeit ein tarifvertraglich vereinbarter Durchschnittswert für die Wochenarbeitszeit erreicht werden muß.

326. Es wird die Sorge geäußert, daß differenzierte und flexible Arbeitszeitvereinbarungen, vor allem, wenn sie mit einer Ausdehnung der Betriebslaufzeiten verbunden sind, zu Arbeitsplatzverlusten führen, weil die Unternehmen ihre Produktion bei den vergleichsweise rentablen Betrieben ausweiten und dafür weniger rentable Betriebe schließen könnten. Dem Beschäftigungszuwachs des einen Betriebes stünde der möglicherweise größere Beschäftigungsverlust des geschlossenen Betriebes gegenüber. Es käme so in der Summe zu Arbeitsplatzverlusten, und es fänden regionale Umschichtungen von Arbeit statt.

Eine Ausdehnung der Betriebslaufzeit führt zu Arbeitsplatzverlusten, wenn der Gesamtabsatz einer Branche nicht oder nicht genügend schnell gesteigert werden kann. Mag dies auch in einigen Branchen der Fall sein, darf es dennoch nicht verallgemeinert werden. Auf zunehmend globalisierten Absatzmärkten haben viele Unternehmen die Möglichkeit, ihre Absatzanstrengungen zu verstärken. Wo Kostensenkun-

gen und eine Ausdehnung der Betriebslaufzeit niedrigere Güterpreise erlauben, wird eine größere Nachfrage induziert. Dies kann in der Summe sogar die Zahl der Arbeitsplätze steigern. Im übrigen sind Arbeitsplätze auf die Dauer nicht zu sichern, wenn Kostensenkungsmöglichkeiten ungenutzt bleiben, zumal dann nicht, wenn eine Branche unter zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck gerät. Vielen Unternehmen steht außerdem die Möglichkeit offen, Produktion und damit Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern.

327. Die Tarifpolitik muß Rahmenregelungen für den Konfliktfall treffen; denn das Interesse des Arbeitnehmers an geregelter, planbarer, individuell bestimmbarer Arbeitszeit kann mit dem Interesse des Arbeitgebers, das Arbeitsvolumen an den saisonalen oder konjunkturellen Produktionsrhythmus anzupassen, kollidieren. Man wird Kompensationen vereinbaren: daß die Arbeitnehmer für ungünstige und belastende Arbeitszeiten Kompensationen in Form von Lohnzuschlägen oder – bei gleichem Einkommen – in Form gekürzter Durchschnittsarbeitszeit erhalten; oder umgekehrt: daß die Arbeitnehmer für bestimmte, von ihnen gewählte Arbeitszeitregelungen Einkommensabschläge hinnehmen (zum Beispiel unbezahlte Urlaubstage).

Wettbewerbsvorteile durch Qualifizierung und Weiterbildung

328. Daß der technologische Wandel eine kontinuierliche Weiterbildung der Arbeitnehmer erzwingt, ist vielfach geschildert worden (JG 87 Ziffern 369 ff.). Das Tempo der Innovationen bei Produkten und Produktionsprozessen läßt berufliche Erstausbildung zu einer Grundausbildung werden, der im Verlauf des Berufslebens weiterbildende und qualifizierende Anstrengungen folgen müssen. Die trendmäßige Abnahme der Nachfrage nach Arbeit geringerer Qualifikation und der Bedarfswandel hin zu höheren Qualifikationen, die Tendenz in den Unternehmen zum Ausbau von Entscheidungsspielraum und Verantwortung für nachgeordnete Ebenen – alles das kann nur bewältigt werden, wenn sich die Arbeitnehmer durch Fortbildung anpassen und durch Weiterbildung immer wieder neu orientieren. Aus der Altersstruktur der Bevölkerung ist abzuleiten, daß der Anteil jüngerer Jahrgänge am Erwerbspotential deutlich zurückgehen wird. Junge Menschen sind es vor allem, die über moderne Ausbildung verfügen und aktuelles Wissen in den Produktionsprozeß einbringen. Wenn hier Lücken entstehen, muß dies durch verstärkte Weiterbildungsanstrengungen bei den bereits berufstätigen älteren Arbeitnehmern kompensiert werden.

Ein hohes Qualifikationsniveau ist ein bedeutender internationaler Standortvorteil. Die Volkswirtschaft kann Produktionsprozesse anwenden, die den Arbeitnehmern Kreativität, flexibles Denken und Entscheidungsfähigkeit abverlangen, und sie kann sich auf Produkte spezialisieren, die komplexe Entwicklungen und präzise Ausführung verlangen. Ohne diesen Standortvorteil wird es nicht gelingen, den Arbeitnehmern vergleichsweise hohe Löhne zu zahlen und eine ausreichende soziale Absicherung zu gewähren. Das

Qualifikationsniveau der deutschen Arbeitnehmer wird im internationalen Vergleich hoch eingeschätzt — aber dieser Vorsprung muß durch beständige Anstrengungen zur Qualifizierung und Weiterbildung verteidigt werden. Qualifizierung und Weiterbildung sind, da sie die Fähigkeit zum Strukturwandel vermitteln und damit internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten, in ihrem Kern Wachstumspolitik.

329. Es ist zwischen betrieblicher, überbetrieblicher und allgemeiner Qualifizierung und Weiterbildung zu unterscheiden. Für die Tarifpolitik geht es vornehmlich um die Gestaltung der betrieblichen Weiterbildung, das heißt um die Vermittlung betriebspezifischen Wissens und Könnens. Es wird mit Recht beklagt, daß Unternehmen zwar Investitionen in das Sachkapital weit voraus planen, die darauf abgestimmte Planung des Personals nach Qualifikationsprofilen und Investitionen in das Humankapital aber häufig vernachlässigen. Zwar entspricht es einem betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskalkül, wenn das einzelne Unternehmen Investitionen in das Humankapital unterläßt, solange es glaubt, darauf vertrauen zu können, daß der Arbeitsmarkt das benötigte Personal in der geforderten Menge und Qualifikation bereithalten wird. Gesamtwirtschaftlich geht es aber nicht auf, wenn die Unternehmen einerseits ungenügend geeignete Arbeitskräfte an den Arbeitsmarkt abgeben und zugleich qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen wollen.

Die Unternehmen können nicht darauf bauen, daß der Arbeitsmarkt stets genügend qualifizierte Arbeitnehmer hergibt; die Arbeitnehmer können sich nicht darauf verlassen, daß ihre spezifischen Fähigkeiten stets am Arbeitsmarkt verlangt werden. Tarifvertragliche Gestaltungen zur betrieblichen Weiterbildung basieren auf der Einsicht, daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht darin erschöpfen, daß Arbeitsleistung gegen Entgelt erbracht wird. Mehr ist gefordert: vom Arbeitnehmer die Bereitschaft, sich dem Wandel der im Betrieb geforderten Fähigkeiten anzupassen, und vom Betrieb die Bereitschaft, den Arbeitnehmern die entsprechende Möglichkeit für eine Qualifizierung und Weiterbildung zu geben.

330. Der 1988 abgeschlossene Tarifvertrag für die Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden, mit dem der vielseitige Arbeitseinsatz sowie der Erhalt und die Erweiterung der Qualifikation der Beschäftigten zum Gegenstand tarifvertraglicher Vereinbarungen gemacht worden sind, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Vertrag steckt einen Rahmen für betriebliche Weiterbildung ab. Der Qualifizierungsbedarf wird durch den Betrieb abgeleitet, wobei Qualifizierungsinteressen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden sollen. Die Qualifizierungszeit gilt als zu bezahlende Arbeitszeit; nach Abschluß der qualifizierenden Maßnahmen soll der Arbeitnehmer in eine entsprechend höherwertige Aufgabe eingewiesen werden. Die Kosten der Qualifizierungsmaßnahmen trägt der Arbeitgeber.

Eine besondere Variante tarifvertraglicher Weiterbildungspolitik stellt der diesjährige Tarifabschluß der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik mit der Deutschen Shell AG dar, weil hier Weiterbildung

mit Arbeitszeitverkürzung verknüpft wird. Die zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat abgestimmten Weiterbildungsveranstaltungen finden innerhalb der Arbeitszeit statt, wobei allerdings Freizeiten der Mitarbeiter verrechnet werden, die diese aufgrund der Wochenarbeitszeitverkürzung oder infolge von Zusatzfreischichten haben. Mit dieser Verknüpfung von Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung wird deutlich gemacht, daß Weiterbildung, zumal dann, wenn sie nicht nur auf betriebspezifische, sondern auch auf allgemeine Fähigkeiten gerichtet ist, im Interesse der Arbeitnehmer liegt und daher auch ein Freizeitopfer rechtfertigt.

331. Weiterbildung in einem Betrieb und für die Zwecke eines Betriebes, wie sie in dem Tarifvertrag der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden vereinbart wurde, macht überbetriebliche Weiterbildungsangebote an Arbeitnehmer keineswegs entbehrlich; denn betriebspezifische Weiterbildung kann Mobilitätsbarrieren vergrößern, wo unmittelbar betriebspezifische Fertigkeiten vermittelt werden, die in anderen Betrieben nur bedingt anwendbar sind. Um solchen Mobilitätsbeschränkungen vorzubeugen, muß Weiterbildungspolitik auf ein breit anwendbares Grundwissen gerichtet sein. Dies geht über die Aufgaben des einzelnen Betriebes grundsätzlich hinaus. Eine umfassende Konzeption für die Weiterbildung macht daher eine Vielzahl von Trägern und Lernorten der Weiterbildung (betrieblich, überbetrieblich; privatwirtschaftlich, staatlich) erforderlich. Dies zu organisieren, ist nicht Sache der Tarifpolitik, aber die Tarifparteien können Vereinbarungen treffen, die die Beteiligung von Arbeitnehmern an außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen.

332. Weiterbildung für die beschäftigten Arbeitnehmer verschlechtert die relativen Chancen derjenigen, die arbeitslos sind und von betrieblicher Weiterbildung ausgeschlossen bleiben. Arbeitslosigkeit entsteht vor allem dort, wo die spezifischen Qualifikationen von Arbeitnehmern am Markt nicht mehr gefragt sind, und sie führt zu einem Qualifikationsverlust, weil vorhandene Fähigkeiten in der Arbeitslosigkeit nicht trainiert und weiterentwickelt werden. Es muß nicht ausgeschlossen sein, daß die Tarifparteien Weiterbildungschancen für Arbeitslose eröffnen, indem zum Beispiel tarifvertraglich vereinbarte Weiterbildungsveranstaltungen für arbeitslose Erwerbspersonen geöffnet werden.

Wo betriebliche Weiterbildung für Arbeitslose nicht offensteht, muß der Staat subsidiär eingreifen. Die „Qualifizierungsoffensive“ der Bundesanstalt für Arbeit — eines der wichtigsten Instrumente staatlicher Weiterbildungspolitik — ist nach Jahren stürmischen Wachstums an finanzielle und personelle Grenzen gestoßen. Die Bundesanstalt ist zu einer Konsolidierung gezwungen, die weiterer Ausgabensteigerung vorbeugt und auch qualitative Verbesserungen des Qualifizierungsangebots bringt. Zu beklagen ist die mangelhafte Kontinuität der Qualifizierungsoffensive. In den letzten Jahren sind Weiterbildungskapazitäten aufgebaut worden, die nun teilweise wieder stillgelegt werden müssen. Zu wünschen sind Kontinuität und Stabilität der Qualifizierungsoffensive; denn daß die Qualifizierungsoffensive weitergeführt werden

muß, weil nach wie vor für eine große Anzahl von Arbeitslosen durch eine Qualifizierung Wiederbeschäftigungschancen eröffnet werden, ist außer Zweifel. Die Umwandlung des Rechtsanspruches auf volle Kostenerstattung für Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen in eine Ermessensleistung der Bundesanstalt kann zu einer Stabilisierung der Qualifizierungsoffensive beitragen. Auf diese Weise würde es der Bundesanstalt besser möglich, die Ausgaben zu planen. Inhaltlich sollten berufliche Bildungsmaßnahmen in erster Linie für Arbeitslose und jene Arbeitnehmer, die von Arbeitslosigkeit — zum Beispiel wegen absehbarer Betriebsschließungen — unmittelbar bedroht sind, offenstehen. Andere Arbeitnehmer sollten an den Kosten von Bildungsmaßnahmen beteiligt werden. Ziel dieser für die neunte Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes geplanten Modifikationen muß es sein, die Qualifizierungspolitik der Bundesanstalt effizienter zu machen, steuerbar zu halten und sie als subsidiäres Qualifizierungsangebot insbesondere für Arbeitslose zu festigen.

Moderate Lohnentwicklung weiter notwendig

333. Der Erfolg einer Wachstumsförderung und die damit erzielbaren Beschäftigungseffekte würden durch eine Lohnpolitik gefährdet, die unberechenbar ist und inflatorischen Druck erzeugt. Mehrjährige Tarifabschlüsse, die immer mehr Verbreitung finden, haben den Vorteil einer besseren Vorhersehbarkeit und Kalkulierbarkeit der Lohnentwicklung für die Unternehmen. Moderate Lohnanhebungen tragen dazu bei, daß eine zu Wachstumsverlusten und Beschäftigungseinbrüchen führende Stabilisierungskrise vermieden werden kann. Nach wie vor halten wir eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die mittelfristig eine Übereinstimmung von Nominallohnanstieg und Produktivitätsanstieg erzielt, für geeignet, das Wachstum und damit die Beschäftigung in der Wirtschaft zu stärken.

334. Hieran gemessen läßt sich für die Lohnpolitik der letzten Jahre ein im ganzen positives Urteil fällen, weil die Nominallohnhebungen näher am Produktivitätsanstieg lagen als noch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre (Ziffer 338). Der Abstand zwischen dem Anstieg der tariflichen Stundenlöhne und dem Produktivitätszuwachs betrug 1988 nur noch einen halben Prozentpunkt, nach rund zwei Prozentpunkten in den beiden Vorjahren. Das ist nicht nur einem beschleunigten Produktivitätsfortschritt zu verdanken, sondern auch auf einen deutlichen Rückgang der Lohnsteigerungsrate zurückzuführen. Jedoch wird 1989 ein schwieriges Jahr für die Lohnpolitik werden:

- Der für 1989 beschlossenen Erhöhung einiger Verbrauchsteuern wird ein Preiseffekt zugeschrieben, für den bei den Bruttolöhnen möglicherweise Kompensation verlangt werden wird, zumal in Branchen, in denen zuvor mehrjährige Tarifverträge auf der Basis niedriger Inflationserwartungen abgeschlossen wurden („Nachschlagdiskussion“).
- Die weitere, nun schon über sieben Jahre fortschreitende Verbesserung der Unternehmensge-

winne wird bei Arbeitnehmern den Eindruck von Umverteilungen zu ihren Lasten verstärken, was die bisher moderate Lohnpolitik in den Augen dieser Arbeitnehmer als Fehlschlag erscheinen lassen und Forderungen nach Verteilungskorrekturen auslösen könnte.

- Mit der Einkommensteuerreform 1990 werden Arbeitnehmern mit besonderen Arbeitsbedingungen (Nachtarbeit, Sonntagsarbeit) bisherige Steuervergünstigungen gestrichen, was diese Tätigkeiten unattraktiver macht, es sei denn, entsprechender Bruttolohnanstieg sorgt für Ausgleich.

335. Eine Entwicklung, die den Lohnanstieg vom Produktivitätspfad entfernt, wäre — so sehr sie auch aus der Sicht der betroffenen Arbeitnehmer zunächst verständlich erscheint — eine gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklung und letztlich nicht im Interesse der Arbeitnehmer selbst. Die Anhebung der Verbrauchsteuern soll die Staatseinnahmen erhöhen, und das impliziert notwendigerweise, daß Einkommen vom privaten Sektor zum Staat umverteilt wird. Dies lohnpolitisch kompensieren zu wollen, hieße, die steuerpolitischen Umverteilungsabsichten des Staates unterlaufen zu wollen. Es entstünde zwischen Lohnpolitik und Steuerpolitik ein Verteilungskonflikt, der destabilisierend wirken müßte. Steuererhöhungen dürfen im Rahmen einer produktivitätsorientierten (Brutto-)Lohnpolitik ebensowenig ein Anlaß für Lohnanhebungen sein, wie Steuersenkungen — etwa die 1988 durchgeführte oder die für 1990 vorgesehene Einkommensteuersenkung — kein Anlaß für zurückhaltende Bruttolohnanhebungen sind. Ob Verbrauchsteuererhöhungen zweckmäßig sind oder nicht, muß finanzpolitisch geklärt werden, nicht lohnpolitisch.

Ähnlich ist die Gewinnentwicklung zu bewerten. Bei Produktivitätsorientierung der Löhne sind überdurchschnittliche Gewinnausweitungen grundsätzlich kein Anlaß für Lohnzuschläge, wie unterdurchschnittliche Gewinnentwicklungen grundsätzlich keinen Anlaß für Lohnabschläge geben. Ohnehin läßt sich die Verteilungsrelation zwischen Gewinnen und Löhnen mit der Lohnpolitik allenfalls vorübergehend beeinflussen, wie die Bewegungen der bereinigten Lohnquote in den letzten 30 Jahren zeigen. Verteilungspolitisch motivierte Lohnanhebungen haben meist Preisniveauanhebungen zur Folge, die der beabsichtigten Verteilungswirkung zuwiderlaufen und die — wenn die Notenbank den Inflationsimpulsen entgegentritt — in eine Stabilisierungskrise mit ansteigender Arbeitslosigkeit münden könnten. Wenn anhaltend hohe Gewinnsteigerungen das Ergebnis eines inflationären Preisauftriebs sind, der trotz einer produktivitätsorientierten Lohnentwicklung auftritt, so ist nicht lohnpolitischer Nachschlag, sondern eine entschiedene Inflationsbekämpfung durch die staatliche Wirtschaftspolitik gefordert. Für eine inflationsbedingte Gewinnausweitung gibt es derzeit keine Anzeichen.

Die Belastung bestimmter Einkommen aus Nachtarbeit oder Sonntagsarbeit durch die Steuerreform 1990 schließlich ist ein Faktum, dem nicht durch eine generelle Anhebung des Lohnniveaus, sondern durch eine Anpassung der Lohnstruktur zu begegnen ist. Wo

Nacharbeit oder Sonntagsarbeit durch Wegfall steuerlicher Begünstigung unattraktiver wird und sich weniger Arbeitnehmer zu solchen Tätigkeiten bereitfinden, werden die Unternehmen nicht umhin können, den steuerlichen Effekt durch eine entsprechend höhere Bruttolohnanhebung auszugleichen.

336. Die Lohnpolitik ist besonders in den Bereichen gefordert, in denen 1989 über die Löhne neu zu verhandeln ist. Es müßte Spannungen in der Arbeitnehmerschaft erzeugen, wenn in diesen Bereichen höhere Lohnsteigerungen mit den steuerlichen Effekten und der Gewinnentwicklung begründet werden, während gleichzeitig in den Bereichen mit mehrjährigen Tarifverträgen bei vertragsgemäßem Vollzug keine Lohnnachschnitte möglich sind. Eine solche Divergenz würde die Bereitschaft der Arbeitnehmer, auch zukünftig mehrjährige Lohnabschlüsse abzuschließen, dämpfen. Ein wünschenswertes Element der Stetigkeit in der Lohnpolitik ginge so verloren.

337. Die Lohnpolitik des Jahres 1988 hat einmal mehr gezeigt, daß moderate Lohnanhebungen Arbeitnehmern wie Unternehmen zugute kommen. Für die Arbeitnehmer hat sich bei Tariflohnsteigerungen pro Stunde von 3,3 vH und einem Preisanstieg – gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung – von 1,1 vH der reale Stundenlohn um 2,2 vH erhöht. Dieser Kaufkraftzuwachs war zwar geringer als 1986 und 1987. Aber in diesen beiden Jahren hatten kräftige Terms of Trade-Gewinne zusätzlichen Verteilungsspielraum geschaffen, was in diesem Maße 1988 nicht mehr der Fall war. Für die Unternehmen steht der Kostenaspekt der Löhne im Vordergrund, und hier ist die Bilanz ebenfalls positiv. Die Relation von Erlösen und Kosten verbesserte sich im siebten Jahr nacheinander, vor allem weil die Lohnstückkosten praktisch konstant blieben (Anstieg um 0,3 vH), jedoch die am Deflator des Bruttoinlandsprodukts gemessenen Güterpreise um 2 vH stiegen. Das hat zu der verstärkten Investitionstätigkeit beigetragen und die Beschäftigungsentwicklung begünstigt.

338. Ein längerfristiger Vergleich zeigt, daß moderate Nominallohnanhebungen zu einer stabileren Kostenentwicklung führen, ohne den Kaufkraftzuwachs für die Arbeitnehmer zu beeinträchtigen. In Tabelle 45 werden Löhne, Preise, Produktivität in der Phase 1982 bis 1988 mit den Werten in der Phase 1975 bis 1982 verglichen. Die Nominallöhne waren nach 1982 mit 3,2 vH nur noch gut halb so schnell gestiegen wie 1975 bis 1982. Bei kaum veränderter Produktivitätsentwicklung von 2 vH führte dies zu einem erheblich langsameren Anstieg der Lohnstückkosten (1,3 vH) und damit auch der Preise (1,5 vH). Die am Reallohn gemessene Kaufkraft der Arbeitnehmer war trotz der deutlich geringeren Nominallöhnerhöhung mit 1,7 vH nach 1982 nicht langsamer gestiegen als in der Phase davor. Die Zahlen weisen sogar einen etwas stärkeren Anstieg des Reallohnes 1982/88 gegenüber 1975/82 aus, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß 1982/88 Terms-of-Trade-Gewinne Realeinkommenssteigerungen ermöglichten, während in der Phase zuvor Terms-of-Trade-Verluste Realeinkommenseinbußen bewirkten. Der Zahlenvergleich macht deutlich, was von einer moderaten Nominallohnpolitik erwartet werden kann: daß sie die Bedingungen für eine stabile Preisniveaumentwicklung entscheidend

Tabelle 45

Löhne, Preise, Produktivität
Durchschnittlich jährliche Veränderung in vH

	1975–1982	1982–1988 ¹⁾
Nominallohn ²⁾	+5,8	+3,2
Produktivität ³⁾	+2,4	+2,1
Lohnstückkosten ⁴⁾	+3,6	+1,3
Verbraucherpreise ⁵⁾	+4,5	+1,5
Reallohn ⁶⁾	+1,2	+1,7
Nachrichtlich:		
Terms-of-Trade-Effekt ⁷⁾	-0,4	+0,7

¹⁾ 1988 eigene Schätzung.

²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (Inländer).

³⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (im Inland).

⁴⁾ Lohnkosten je Produkteinheit, bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit; berechnet als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (im Inland) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (im Inland).

⁵⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1980=100).

⁶⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (Inländer) deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1980=100).

⁷⁾ Realwert des Sozialprodukts im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980.

verbessert, und was von ihr nicht befürchtet werden muß: daß sie die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kaufkraftzuwachs der Wirtschaft verhindert. Auch in den kommenden Jahren dürfen die Bemühungen nicht nachlassen, die Nominallohnsteigerungen mit der Produktivitätsentwicklung in Einklang zu bringen und zu halten.

339. Mit dem Strukturwandel ist immer auch eine Änderung der Lohnrelationen verbunden. Das betrifft vor allem die Löhne von Arbeitnehmern mit unterschiedlichen Qualifikationen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, und die erkennbaren Tendenzen lassen weiter erwarten, daß der Bedarf an Arbeitskräften ohne beruflichen Abschluß und an gering qualifizierten Arbeitskräften sinkt. Somit wird sich die Lohnrelation tendenziell zu Lasten weniger qualifizierter Arbeitnehmer verändern. Würde sich die Tarifpolitik dem entgegenstellen, indem sie – anders als in den vergangenen Jahren – überdurchschnittliche Lohnanhebungen für untere Lohngruppen vereinbart, müßten sich die Beschäftigungschancen der weniger qualifizierten Arbeitnehmer noch zusätzlich verschlechtern. Andererseits darf die Möglichkeit, durch bewußt niedrige Lohnabschlüsse die Beschäftigungschancen gering qualifizierter Arbeitnehmer zu erhalten, nicht überschätzt werden. Durch Kapitalintensivierung und arbeitsparenden technischen Fortschritt sind im Bereich der einfachen Arbeiten vielfach so niedrige Stückkosten entstanden, daß hier auch niedrigere Löhne nicht zu einer wesentlich arbeitsintensiveren Produktion führen würden. Allenfalls kann durch niedrige Löhne der Freisetzungsvorgang ungeleitet Arbeitnehmer verzögert werden. Bessere Qualifikation zu vermitteln, ist der wichtigste Ansatz, der eine Erhöhung der Beschäftigungschancen dieser Arbeitnehmergruppen verspricht (JG 82 Ziffer 222).

340. Zwischen der Qualifizierung und der Weiterbildung der Arbeitnehmer einerseits und einer über die Qualifikationsstufen differenzierenden Lohnstruktur andererseits besteht ein grundsätzlicher Zusammenhang. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich den vom Strukturwandel her erforderlichen Qualifikations- und Weiterbildungsanstrengungen zu unterziehen, würde durch eine nivellierende Lohnpolitik vermindert; die Wachstumskräfte würden so geschwächt werden. Erfahrungen in Schweden, wo eine nivellierende Lohnpolitik auf Schwierigkeiten gestoßen ist, belegen, daß eine qualifikationsadäquate Lohndifferenzierung wegen ihrer Anreizwirkung unentbehrlich ist. Wo sich Arbeitnehmergruppen den Qualifikations- und Weiterbildungsanforderungen nicht stellen, werden sie allerdings relative Einkommenseinbußen hinzunehmen haben; denn wenn Wettbewerbsfähigkeit nicht durch hohe Qualifikation der Arbeit erreicht und bewahrt werden kann, muß sie durch niedrige Kosten für die Arbeit gestärkt werden. Insofern ist eine qualifikationsadäquate Lohndifferenzierung Treibkraft für Qualifizierungs- und Weiterbildungsanstrengungen, während umgekehrt Qualifizierung und Weiterbildung ein hohes Lohnniveau erst ermöglichen. Für eine wachstumsförderliche Tarifpolitik ergibt sich hieraus die Konsequenz, daß sie mit der Festlegung der Lohnrelationen insbesondere auch Anreize für Qualifizierungs- und Weiterbildungsanstrengungen der Arbeitnehmer schaffen soll.

341. Schwerer fällt das Urteil über die erforderlichen sektoralen und regionalen Lohnrelationen. Nur bei Mobilitätsbeschränkungen zwischen den Sektoren und Regionen ist denkbar, daß gleich qualifizierte Arbeit überhaupt nach Sektoren und Regionen unterschiedliche Löhne erzielt; bei vollständiger Mobilität der Arbeit — oder der Arbeitsplätze — gäbe es für gleiche Qualifikation keine sektorale und regionale Lohndifferenzierung. Tatsächlich existieren sowohl ein beträchtliches sektorales als auch ein starkes regionales Lohngefälle. Gelänge es in Zukunft, die Mobilität der Arbeitnehmer und die der Arbeitsplätze zu erhöhen — beides wäre im Interesse eines reibungsarmen Strukturwandels erwünscht —, so würde sich dies in einer tendenziellen Einebnung der Lohnrelationen für gleich qualifizierte Arbeit zwischen Sektoren und Regionen niederschlagen. Wachstumspolitisch ist dagegen nichts einzuwenden, und die Lohnpolitik sollte dem auch nicht entgegenwirken. Angenommen, der Grad an Mobilitätshemmnissen sei gegeben, dann kann auch umgekehrt argumentiert werden. Durch ein bewußtes Auseinanderziehen der Lohnrelationen könnten Mobilitätshemmnisse überspielt werden. Durch unterdurchschnittliche Entlohnung oder Lohnzuwächse in schrumpfenden Sektoren und in Regionen mit wirtschaftlichem Rückstand würde die Abwanderung von Arbeitskräften zu Sektoren und Regionen mit überdurchschnittlicher Entlohnung und Lohnzuwächsen gefördert werden. Allerdings müßte die Volkswirtschaft dabei in Kauf nehmen, daß prosperierende Branchen und Regionen für gleich qualifizierte Arbeit mehr bezahlen müßten als schrumpfende; das Gewinngefälle würde tendenziell eingeebnet. Während verstärkte Lohnspreizung also einerseits den Wandel der Beschäftigtenstruktur zugunsten der wachstumsstarken Bereiche fördert,

dämpft sie andererseits den Strukturwandel, weil ein wichtiges Steuerungselement des Strukturwandels, nämlich die Gewinnrelation zwischen den Sektoren und Regionen, geschwächt wird. Die Gesamtwirkung ist schwer abschätzbar. Daher sollte die Förderung der Mobilität durch verstärkte Lohnspreizung, die unverzichtbar bleibt, nicht forciert werden.

342. Für den Abbau von Arbeitsplätzen im Strukturwandel haben die betroffenen Sektoren meist klare Signale: nachhaltige Absatzeinbußen, dauerhafte Verluste, Überkapazitäten. Dagegen sind die Signale für einen Aufbau von Arbeitsplätzen häufig unklar. Neue Produkte müssen erst auf Marktgängigkeit getestet, neue Märkte erst erschlossen, Kapital für vielleicht rentable aber auch risikoreiche neue Produktionen erst gewonnen werden. Der Abbau von unrentablen Arbeitsplätzen kann im ganzen schneller und leichter möglich sein als der Aufbau neuer rentabler Arbeitsplätze. Gesamtwirtschaftlich entsteht dann dadurch Arbeitslosigkeit, solange die Freisetzungsraten von schrumpfenden Sektoren über der Absorptionsrate expansiver Branchen liegt. Für die Bundesrepublik ist das für den Gesamtzeitraum von 1973 bis 1988 festzustellen. In der insgesamt schrumpfenden Industrie wurden in dieser Zeit mehr Arbeitskräfte freigesetzt, als der wachsende tertiäre Sektor aufgenommen hat. Sofern die Absorptionsrate aufgrund der geschilderten Unsicherheiten, die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze bestehen, nicht schnell und nachhaltig zu steigern ist, muß an dem Freisetzungsvorgang angesetzt werden. Ihn zeitlich zu strecken, heißt nicht, den notwendigen Strukturwandel dauerhaft unterbinden zu wollen. Anzustreben ist vielmehr, zwischen Zuwächsen und Verlusten von Arbeitsplätzen gesamtwirtschaftlich eine bessere Balance zu wahren. Unterdurchschnittliche Lohnsteigerungen für schrumpfende Bereiche würden dort den Anpassungsdruck mildern, das Tempo des Arbeitsplatzabbaus senken, bestenfalls sogar den Unternehmen Spielraum für die Umstellung an geänderte Marktbedingungen geben.

343. Bei sektoralen und regionalen Mobilitätshemmnissen bildet sich ein Lohngefälle heraus, welches bis zu einem gewissen Grade auch das Produktivitätsgefälle zwischen den Branchen widerspiegelt. Branchen mit hoher Arbeitsproduktivität zahlen in der Regel auch hohe Löhne. In gravierende Anpassungsschwierigkeiten kann eine Region geraten, die viele Branchen mit hohem Lohnniveau beherbergt, wenn diese Branchen im Zuge des Strukturwandels schrumpfen. Nur wenn es gelänge, an Stelle der alten Arbeitsplätze neue mit vergleichbar hoher Arbeitsproduktivität anzusiedeln, könnte die Region ihr Lohnniveau halten. Aber dies wird nicht immer gelingen. Vielmehr müssen in strukturschwachen Regionen rentable Arbeitsplätze auch dann willkommen sein, wenn sie eine geringere Produktivität als die alten Arbeitsplätze aufweisen. Soll die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen nicht schon an tradierten, hohen Einkommensvorstellungen scheitern, muß sich die Lohnpolitik in diesen Regionen weniger von den Produktivitätsniveaus der bisherigen, jetzt schrumpfenden Branchen leiten lassen und mehr auf das möglicherweise geringere Produktivitätsniveau potentieller neuer Arbeitsplätze einstellen.

Was hier an ökonomischen Begründungen für eine sektorale und regionale Differenzierung in der Lohnpolitik gegeben wird — Milderung des Anpassungsdrucks infolge unterschiedlicher Stärke beim Abbau und Aufbau von Arbeitsplätzen, Anpassung der regionalen Einkommensvorstellungen an eine geringere Arbeitsproduktivität bei Neuansiedlungen — gilt dann um so mehr, je größer die Mobilitätshemmnisse für Arbeit und Kapital zwischen den Sektoren und Regionen sind. Ob durch solche Differenzierung allein die sektoralen und regionalen Anpassungen durchschlagend und nachhaltig beeinflußt werden können, mag man skeptisch beurteilen. Doch das macht sie nicht irrelevant. Struktureller Wandel muß auf vielen Wegen ermöglicht und gefördert werden, nicht nur durch die Lohnpolitik, aber auch durch sie.

344. Der öffentliche Dienst bietet sichere Arbeitsplätze an, ein Vorzug, der gerade bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit seinen Niederschlag in der Lohnrelation finden muß. Tatsächlich hat sich seit Anfang der siebziger Jahre das Lohnniveau im öffentlichen Dienst unterdurchschnittlich entwickelt, so daß es zu einer deutlichen Absenkung der entsprechenden Lohnrelation gekommen ist. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben eine Sicherheitsprämie in Form eines Minderanstiegs ihrer Einkommen im Vergleich zur privaten Wirtschaft gezahlt. Änderungsbedarf gibt es für die Struktur der Löhne innerhalb des öffentlichen Dienstes; die Lohnstruktur muß mehr an den Verhältnissen des Arbeitsmarktes orientiert werden. In manchen Regionen und bei einigen Berufen ist der Staat mit seinen Löhnen gegenüber der privaten Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig. Hier sind relative Lohnanhebungen geboten. In anderen Regionen und Berufen sieht sich der Staat dagegen nach wie vor einem Überangebot an Arbeitskräften gegenüber. Hier ist eine relative Lohnabsenkung geboten.

Für eine betriebsnähere Tarifpolitik

345. Um das Wachstum zu stärken, müssen sich die Unternehmen und Arbeitnehmer in einem Strukturwandel bewähren, der von der weltwirtschaftlichen Entwicklung geprägt wird. Die Unternehmen müssen sich mehr als je zuvor gegen ausländische Konkurrenz durchsetzen, die unter anderen ökonomischen, sozialen und institutionellen Rahmenbedingungen produziert. Es sind rasche und flexible Anpassungen erforderlich; hierfür benötigen die Betriebe, aber auch die Arbeitnehmer, genügend Handlungsspielraum. Die Gewerkschaften haben es mit zunehmend selbstbewußten Mitgliedern zu tun, die unter dem Schutz kollektiver Tarifvereinbarungen ihre individuellen Wünsche realisieren wollen. Statt Einheitslösungen sind hier individuelle Freiräume gefragt. Bei den Arbeitgeberverbänden sind Spannungen aufgetreten, weil beispielsweise mittelständische Unternehmen über die ihrer Ansicht nach zu sehr auf Großunternehmen abgestellten Tarifvereinbarungen klagen. Alles das erfordert ein Umdenken in der Tarifpolitik, eine Neuorientierung hin zu einer betriebsnäheren Tarifpolitik, die den differenzierten Interessen der Arbeitnehmer und der Betriebe stärker Rechnung trägt.

Ihrer Natur nach ist die Tarifpolitik grundsätzlich an möglichst einheitlichen Regelungen für möglichst viele Betriebe und Arbeitnehmer interessiert. Das folgt aus dem Verbandsinteresse der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, für die einheitliche Regelungen einfacher zu gestalten, leichter zu vereinbaren und besser zu kontrollieren sind als differenzierte und flexibel anwendbare Regelungen, die zudem noch eine Verlagerung von Handlungskompetenz von der Verbandsebene auf die betriebliche Ebene voraussetzen.

Die Hinwendung zu einer betriebsnäheren Tarifpolitik leitet freilich nicht das Ende kollektiver Tarifvereinbarungen ein. Es geht nicht um den Ersatz allgemeiner tarifvertraglicher Regelungen durch nunmehr einzelbetriebliche Regelungen. Vielmehr ist eine Symbiose zwischen tarifvertraglichen Regelungen einerseits und Flexibilität der Arbeitnehmer und Betriebe andererseits anzustreben.

346. Betriebsnähere Tarifpolitik kann durchaus schon im herrschenden Tarifvertragssystem praktiziert werden. Es gibt eine große Zahl von Firmentarifverträgen, zudem gelten viele Tarifverträge nur für vergleichsweise kleine Beschäftigtengruppen; rund vier Fünftel der Tarifverträge gelten für Beschäftigtenzahlen unter 10 000 Personen. In alledem liegt ein Potential für differenzierte, betriebsnahe Lösungen und flexible Anpassungen an geänderte Rahmendaten.

347. Von einer im eigentlichen Sinne betriebsnäheren Tarifpolitik ist jedoch erst zu reden, wenn Entscheidungskompetenz durch die zentralen Tarifvertragsparteien auf die einzelnen Betriebe (Unternehmensleitung und Betriebsrat) verlagert wird. Dabei kommt es auf die faktische Verlagerung an. Keine Tarifpartei darf den im Tarifvertrag gewährten Handlungsspielraum aushöhlen, indem sie die im Betrieb Handelnden zu Entscheidungen drängt, die weniger am betrieblichen Interesse als vielmehr am Verbandsinteresse der Tarifpartei orientiert sind. Für eine Verlagerung von Entscheidungskompetenz auf den Betrieb gibt es Möglichkeiten, die zum Teil schon praktiziert werden, zum Teil weiterentwickelt werden sollten.

- So kann ein Tarifvertrag für einen bestimmten Tatbestand mehrere mögliche Regelungen vorsehen, aus denen der Betrieb wählen kann. Es bleiben Lösungen ausgeschlossen, die nicht im Tarifvertrag enthalten sind. Dieser Ansatz ist zum Beispiel für die Regulierung der Arbeitszeitfrage angewendet worden. Die Tarifverträge der Metallindustrie und der Druckindustrie zur Arbeitszeitverkürzung kamen den unterschiedlichen Interessen über Lage und Ausgestaltung der Arbeitszeit in der Weise entgegen, daß die Form der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung der Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmen überlassen blieb.
- Der Tarifvertrag kann Rahmenregelungen für bestimmte Sachverhalte enthalten, deren konkrete Ausgestaltung aber dem Betrieb überlassen. Das ist im Bereich Qualifizierung und Weiterbildung sinnvoll. Der Tarifvertrag würde den Rechtsan-

spruch, das Verfahren, die Konkretisierung des Bedarfs und Vergütungsansprüche für Weiterbildungsmaßnahmen regeln; über die konkrete Form der Weiterbildung würde im Betrieb entschieden. Ebenso könnte bei Arbeitszeitfragen vorgegangen werden. Der Tarifvertrag würde zum Beispiel für Teilzeitarbeit Rahmenbedingungen über die Vergütung, die Gleichwertigkeit der Teilzeitarbeit mit der Vollzeitarbeit schaffen. Dagegen wäre im Betrieb über Umfang und Lage der Teilzeitarbeit zu entscheiden.

- Es kann vermehrt auf das Instrument der Firmentarifverträge zurückgegriffen werden mit der Besonderheit, daß die unmittelbaren Betriebspartner (Unternehmensleitung und Betriebsrat) bei ihren jeweiligen Tarifvereinbarungen Antragsrechte auf Abschluß und Inhalt eines Firmentarifvertrages haben.
- Für die Entlohnung könnten Tarifverträge Alternativen anbieten, zum Beispiel verschiedene Kombinationen zwischen fester Entlohnung und Gewinnbeteiligung, etwa in Form eines betrieblichen Bonusystems. Tariflöhne müßten danach differenziert werden, ob und inwieweit eine Gewinnbeteiligung vorgesehen ist.

Allen diesen Vorschlägen ist gemeinsam, daß die Tarifvertragsparteien den Betrieben Handlungsspielraum für differenzierte Regelungen und flexible Anpassungen einräumen, dabei allerdings Grenzzlinien ziehen, die aus anderen Gründen, zum Beispiel des Arbeitsschutzes oder sozialpolitischer Art, gerechtfertigt sind. Der Tarifvertrag und die Tarifpolitik erhalten somit einen stärker ordnungspolitischen Charakter, weil sie den Rahmen festlegen, in dem die Betriebe dann selbständiger Arbeitsbedingungen festlegen können.

V. Dynamischer Wettbewerb durch Deregulierung: Das Beispiel Straßengüterverkehr

348. Im dynamischen Wettbewerb sieht der Sachverständigenrat das Leitbild einer nach vorne gerichteten Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung. Der Staat ist jedoch nicht Veranstalter des Wettbewerbs. Seine Aufgabe ist es vielmehr, den Wettbewerb zu wahren, das dazu erforderliche Regelwerk und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß Wege offen bleiben für die Suche nach Neuem und Besserem.

349. Preisvorschriften und Kontingentierungen stehen im Widerspruch zu diesem Leitbild. Sie bestimmen jedoch bis heute die Verhältnisse im Straßengüterverkehr. Mit den von einer Tarifkommission für den Straßengüterverkehr erlassenen Margentariifen werden Preisobergrenzen und Preisuntergrenzen festgelegt; die Einhaltung der Tarife wird streng überwacht. Die Regulierung der Preise wird durch eine Konzessionierung der Transportkapazitäten ergänzt. Lange Wartezeiten bis zur Erteilung der Konzessionen und Gebote für Lizenzen sind Belege dafür, daß die Kapazitäten infolge der administrativen Beschränkung weit hinter dem bei freiem Wettbewerb zu erwartenden Ausmaß zurückbleiben.

Solche Beschränkungen gibt es zwar für den Werkverkehr nicht. Da aber im Rahmen des Werkverkehrs nur unternehmenseigenes Transportgut befördert werden darf, erfolgt die Gegenfahrt häufig ohne Ladung. Dennoch hat der Werkverkehr in der Vergangenheit stark zugenommen.

In seinem Jahresgutachten 1985/86 hat der Sachverständigenrat den Straßengüterverkehr als Beispiel eines hochregulierten Wirtschaftsbereiches behandelt und sich für eine durchgreifende Deregulierung ausgesprochen (JG 85 Ziffern 320 ff.). Nachdem sich als Folge der auf die Vollendung des Binnenmarktes ausgerichteten Verkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaften für den grenzüberschreitenden Verkehr eine nahezu vollständige Liberalisierung des Marktzugangs sowie der Preisbildung abzeichnet und deshalb erhebliche Spannungen abzusehen sind, falls die in der Bundesrepublik geltenden nationalen Regulierungen aufrechterhalten werden, greifen wir dieses Thema erneut auf.

350. Die Wurzeln staatlicher Regulierung der Güterverkehrsmärkte reichen bis in die dreißiger Jahre zurück. Unter dem Druck eines drastischen Rückgangs der Verkehrsnachfrage im Gefolge der Weltwirtschaftskrise wurden damals in den meisten Industrieländern Fest- oder Mindestpreise eingeführt; teilweise wurde die Preisregulierung durch eine Kontingentierung des Angebots ergänzt. Die Preiskonkurrenz war beseitigt, die Intensität des Wettbewerbs in diesem Sektor war damit wesentlich gemindert. Als Ziel spielte neben der Abwehr „ruinöser Konkurrenz“ zugunsten der bestehenden Kraftverkehrsunternehmen der Schutz der Eisenbahn vor dem andrängenden Wettbewerb der Straße die entscheidende Rolle.

351. In Deutschland wurden der Marktzutritt im Straßengüterverkehr beschränkt und die Marktpreisbildung durch eine verwaltungswirtschaftliche Koordination ersetzt. Die Regulierung erreichte damit im internationalen Vergleich ein hohes Niveau. Ausschlaggebend dafür war nicht zuletzt, daß die vermeintlichen „Besonderheiten“ des Verkehrs als Argument für die staatliche Intervention akzeptiert wurden.

In seinen entscheidenden Bestandteilen wurde dieses Regulierungswerk auch nach 1948 weitergeführt. Es wurde zu einem Fremdkörper in der Sozialen Marktwirtschaft. Die Kritik an dieser Praxis konnte nicht ausbleiben. Vor allem bei den Verladern formierte sich mit der wachsenden Bedeutung der Beschaffungs- und Absatzlogistik allmählich des Gegeninteresses.

Die Reaktionen der Politik hierauf blieben jedoch äußerst bescheiden. In der Preisbildung kam es ab 1961 durch die zunehmende Einführung von Margentariifen zu einer begrenzten Flexibilisierung, ab 1971 wurde das Angebotspotential im Straßengüterfernverkehr durch den Übergang von Fahrzeuggenehmigungen zu Inhabergenehmigungen in begrenztem Umfang ausgeweitet. Selbst diese kleinen Schritte stießen auf den Widerstand der Interessengruppen. Auch die Tatsache, daß sich die wirtschaftliche Lage der Deutschen Bundesbahn seit Mitte der sechziger

Jahre wesentlich verschlechterte, beeinträchtigte die Chancen einer weitergehenden Deregulierung.

Im Gegensatz dazu entschlossen sich Länder wie die Schweiz, Schweden, Großbritannien und seit 1978 auch die Vereinigten Staaten zu einer umfassenden und schnell wirkenden Deregulierung der Transportmärkte einschließlich des Straßengüterfernverkehrs. Damit war es die Bundesrepublik, die neben Frankreich und Italien Verfechter des überkommenen Regulierungssystems staatlich administrierter Preise und konzessionierter Kapazitäten blieb.

352. Dieses Verharren der Verkehrspolitik der Bundesrepublik im althergebrachten System ist vor dem Hintergrund einer Entwicklung zu sehen, in der der Qualitätsanspruch der Nachfrage nach Transportleistungen laufend gestiegen ist. Das Funktionsfeld des Verkehrs wurde immer mehr als integriertes Systemelement der betrieblichen Beschaffungs-, Fertigungs- und Distributionslogistik verstanden. Vor allem haben Änderungen im Produktionsprozeß und in der Güterstruktur zu einer fortlaufenden Verschiebung der Anteile zu Lasten geringwertiger, transportkostenempfindlicher und massenhafter Transportgüter und zugunsten höherwertiger, häufiger und in kleinen Mengen anfallender Sendungen geführt. Die Änderungen in den Produktionsprozessen und in der Zusammensetzung des Güteraufkommens waren mit massiven Rationalisierungsbestrebungen in allen Bereichen der Material- und Güterbewegungen verbunden; diese Bestrebungen verfolgten das Ziel, die Kosten der Lagerhaltung zu senken und die Flexibilität der Fertigung bei möglichst hoher und kontinuierlicher Ausnutzung der Produktionsanlagen zu steigern. Dieser Prozeß war begleitet von einer Dezentralisierung der Produktion durch die Auslagerung von Fertigungsstufen.

353. Die Dynamik dieser Entwicklung auf der Nachfrageseite verlangte nach einer wesentlich flexibleren Anpassung der Leistungen und Leistungskombinationen auf der Angebotsseite. Dem stand das überkommene Regulierungssystem im Wege. Der Nachweis für diese Behauptung kann anhand gravierender Leistungsdefizite des Straßengüterverkehrs der Bundesrepublik geführt werden:

- Das Frachtniveau für Verkehrsleistungen innerhalb der Bundesrepublik ist im internationalen Vergleich überhöht. Diese Tatsache wird nicht mehr bestritten. Auch die Verkehrsträger gehen davon aus, daß das Frachtniveau um rund 20 vH sinken würde, falls die Preisbildung freigegeben würde. Dem wird entgegengehalten, der Preisdruck würde einen Einbruch des erreichten Qualitätsstandards auslösen. Dieser Einwand geht am Kern des Problems vorbei.

Wird der Preis als Wettbewerbsparameter ausgeschaltet, vollzieht sich der verbleibende Wettbewerb zwischen den Anbietern über die Gestaltung der Qualitätskomponenten. Dies geschah nicht zuletzt durch das Angebot unentgeltlicher Nebenleistungen, wie zum Beispiel in Form einer besonderen Behandlung des Fracht- oder Lagergutes. Bei unreguliertem Wettbewerb entscheiden letztlich die Nachfrager über die jeweils gewünschte Relation zwischen Preishöhe und Qualität der Leistung.

Nur so können eine optimale, jeweils individuell gestaltete Mischung des Verhältnisses von Preis und Qualität gesichert, eine Verschwendung von Ressourcen in Form überhöhter Qualitätskomponenten und eine Tendenz zur Uniformität des Angebots vermieden werden. Das „Qualitätsargument“ spricht also nicht gegen, sondern gerade für eine Deregulierung.

- Volkswirtschaftliche Kosten entstehen also auch durch die durchaus legalen Versuche, die von der Regulierung ausgehenden Beschränkungen zu umgehen. Dies geschieht insbesondere durch das Angebot von Paketlösungen, die neben den durch Regulierung gebundenen auch preisungebundene Bestandteile enthalten. Dieser Weg ist mit unnötigen Kosten verbunden. Er steht im übrigen auch nicht allen Verladern offen, begünstigt die großen Anbieter und schafft Diskriminierungen.
- Als weiteres Indiz für die Leistungsdefizite der Verkehrsordnung ist die Entwicklung des Werkverkehrs zu werten. Gewiß ist ein Teil dieser Transporte mit der firmenspezifischen Logistik der Materialwirtschaft und der Distribution so eng verbunden, daß eine Substitution nicht in Frage kommt. Ein anderer Teil muß jedoch als Ventil für den Versuch gelten, den Zwängen, Starrheiten und überhöhten Tarifen des gewerblichen Angebots auszuweichen.

Es erstaunt daher nicht, daß der Anteil des Werkverkehrs in der Bundesrepublik verglichen mit Ländern niedrigeren Regulierungsniveaus ungewöhnlich hoch ist. Da die darin sichtbare Entscheidung für Eigenproduktion gegenüber dem Marktbezug auf einer durch die Regulierung verzerrten Grundlage getroffen wird, werden die produktivitätssteigernden Wirkungen der Arbeitsteilung insoweit nicht ausgeschöpft und Ressourcen verschwendet. Dies äußert sich nicht zuletzt in der vergleichsweise schlechten Fahrzeugauslastung und dem hohen Anteil von Leerfahrten im Werkverkehr, die auf das strikte Verbot einer entgeltlichen Mitbeförderung zurückzuführen sind. Hier bleibt ein erhebliches Rationalisierungspotential ungenutzt.

- 354.** Der Druck des Marktes hat bisher nicht ausgereicht, um die wettbewerbsbeschränkenden Ausnahmeregelungen im Straßengüterfernverkehr in der Bundesrepublik zu beseitigen oder auch nur wesentlich zu verändern.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 22. Mai 1985, mit dem dieser der Untätigkeitsklage des Europäischen Parlamentes gegen den Ministerrat in wesentlichen Punkten stattgab und die Erfüllung der verkehrspolitischen Bestimmungen des EWG-Vertrages forderte, hat die Ausgangslage entscheidend verändert. Noch im November des gleichen Jahres hat daraufhin der Ministerrat beschlossen, durch eine kumulative Aufstockung des Gemeinschaftskontingents bis 1992 alle quantitativen Beschränkungen des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs zu beseitigen. Er hat gleichzeitig erklärt, die noch bestehenden Wettbewerbsverzerrungen durch Harmonisierungsschritte bei den Maßen und Gewichten der Fahrzeuge, bei den arbeits- und sozialrechtlichen Re-

gelungen und bei der Kraftfahrzeug- und Mineralölbesteuerung zu beseitigen.

Gleichzeitig läuft bereits in diesem Jahr die Möglichkeit aus, für den Verkehr zwischen Mitgliedstaaten obligatorische Margentarife zu bilden. Mit dem generellen Übergang zu Referenztarifen ab 1989 wird die Preisregulierung für den Gemeinschaftsverkehr praktisch beseitigt.

355. Während die Weichen für die Liberalisierung des Straßengüterverkehrs in der EG gestellt sind, ist für die überkommene Ordnung des Binnenverkehrs der Bundesrepublik ein ähnlich grundlegender Systemwechsel nicht in Sicht. In der Politik, bei Regierung und Opposition, dominiert immer noch die Auffassung, daß die deutsche Binnenordnung zwar punktuell flexibilisierungsbedürftig sei, mit ihren mengenmäßigen Beschränkungen und obligatorischen Tarifen aber grundsätzlich erhalten bleiben sollte. Es kann nicht überraschen, daß die Vertreter des Verkehrsgewerbes dieser Auffassung zustimmen, während die Verlagerer eine entgegengesetzte Meinung vertreten.

Als Begründung für die Verteidigung des Status quo dient der alte Kanon der Argumente: „Schutz der Bahn“ und gleichzeitig „Schutz des Gewerbes“. Die Folgen für die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den Wettbewerb werden dabei vernachlässigt oder gar nicht angesprochen.

356. Das Festhalten an der überkommenen Regulierung für die Binnenordnung der Bundesrepublik auf der einen und die weitgehende Deregulierung für den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr auf der anderen Seite schaffen ein ordnungspolitisches Spannungsverhältnis. Dies gilt jedenfalls insoweit, als die damit verbundene Marktpaltung administrativ kontrollierbar bleibt. Die Neigung und die Möglichkeiten, die höher regulierte deutsche Binnenordnung zu unterlaufen, werden mit der Festlegung gemeinsamer Regelungen für die Betätigung von Transportunternehmen innerhalb von Mitgliedstaaten, in denen sie nicht ansässig sind (Zulassung von Kabotageverkehr), noch weiter zunehmen.

Die Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung der Kabotageregeln reichen von einer vollständigen Marktöffnung, die eine Beseitigung aller mengenmäßigen Beschränkungen des Zutritts zum Binnenverkehr erfordern würde, bis zur Einreihung ausländischer Interessenten in das bisherige administrative Antragsverfahren bei unverändertem oder nur geringfügig ausgeweitetem Gesamtkontingent. Wird die Kontingentierung grundsätzlich beibehalten, entsteht ein weiteres Konfliktfeld gegenüber den anderen EG-Mitgliedern, das zu den Auseinandersetzungen im Bereich der steuerlichen Harmonisierung und der Straßenbenutzungsgebühren hinzutritt.

357. In dem Maße, in dem ein Gefälle zwischen der Regulierung des deutschen Binnenverkehrs und der EG-Ordnung geschaffen und administrativ gesichert wird, ist damit zu rechnen, daß die bereits praktizierten Umgehungsmöglichkeiten über Umschichtungen in der Planung der Transportwege und in der Standortwahl verstärkt genutzt werden. Wie bei allen Reaktionen dieser Art sind damit erhöhte Kosten im Vergleich zur Situation bei freiem Marktzutritt und freier

Preisbildung verbunden. Dadurch verschlechtern sich die Standortbedingungen in der Bundesrepublik; dies wird sich zum Beispiel darin äußern, daß die deutschen Seehäfen an Aufkommen zugunsten der Rheinmündungshäfen verlieren, daß Produktionsstätten ins Ausland verlagert und inländische durch ausländische Lieferanten ersetzt werden. Dieser zusätzliche Effekt vergleichsweise schlechterer Transportbedingungen ist in Verbindung mit anderen komparativen Nachteilen zu sehen.

358. Die Vertreter des deutschen Kraftverkehrsgewerbes überschätzen durchweg die Risiken einer durchgängigen Liberalisierung der Binnenordnung und interpretieren sie zugleich fehlerhaft.

In diesem Zusammenhang ist zunächst auf die günstigen Prognosen zu verweisen, nach denen der Güterverkehr auf der Straße auch längerfristig stärker wachsen wird als der Güterverkehr insgesamt und als das reale Sozialprodukt; erhebliche Investitionen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Eisenbahnsystems sind dabei bereits berücksichtigt. Zwar wird freier Wettbewerb in Richtung optimaler Betriebsgrößen wirken und dauerhaft nicht konkurrenzfähige Unternehmen zum Ausscheiden zwingen — dies ist eine seiner volkswirtschaftlich wichtigen Funktionen. Auf keinen Fall ist aber — wie ausländische Beispiele zeigen — mit einem breit greifenden Verdrängungswettbewerb und einer exzessiven Konzentration zu rechnen. Die Markttendenzen weisen vielmehr auf eine neue Schichtung der Funktionen und auf neue Formen der Kooperation hin.

Dabei ist zwischen den Speditionen und jenen Verkehrsunternehmen zu unterscheiden, die ausschließlich oder nahezu ganz auf die Transportfunktion beschränkt sind. Diese Gruppen, die sich in der Bundesrepublik traditionell überschneiden, rücken im Sinne stärkerer Arbeitsteilung auseinander. Die Spediteure entwickeln sich immer stärker zu Unternehmen, die besorgende und beratende Logistikdienste anbieten; der Einsatz eigener Fahrzeuge im Selbsteintritt verliert demgegenüber an Bedeutung. Die Funktion des Frachtführers wird verstärkt in Subverträgen mit spezialisierten und in der Transportplanung leistungsfähigen Unternehmen wahrgenommen.

In dem Maße, in dem die eigentlichen Speditionsfunktionen in den Vordergrund treten, wechselt daher die Interessenlage: Die Regulierungen erweisen sich als Hindernis für die logistische Planung, die im Interesse der Kunden liegt.

Die Marktaussichten für den Speditionssektor sind überdurchschnittlich gut. Das Bestreben der Unternehmen geht dahin, die Leistungspalette so auszubauen, daß die Fähigkeit zu Komplettangeboten gesichert ist. Im Blick auf die Vollendung des Binnenmarktes setzt dies eine europaweite Präsenz voraus. Eine intensive Politik des Aufkaufs und der Beteiligung zielt darauf ab, daß die Unternehmen in die Struktur und in die Größe hineinwachsen, die für die Wettbewerbsfähigkeit erforderlich sind. Dagegen lassen schon jetzt unorganische und allein auf Größe ausgerichtete Konglomerate Leistungsschwächen erkennen. Im übrigen kommt die zentrale Lage im Binnenmarkt den größeren, europa- und weltweit operierenden deutschen Speditionsfirmen entgegen.

Schwieriger kann die Situation dagegen für die Unternehmen werden, die im Grunde reine Transporteure sind oder dies auf die Dauer werden. Für die ganz kleinen wird sich nicht viel ändern, da sie im festen Vertrag arbeiten. Wer dagegen als freier Anbieter von Transportleistungen in der Leistungskette tätig werden will, benötigt als Mindestgröße eine Fahrzeugflotte, welche eine Touren- und Einsatzplanung ermöglicht, die zu einer günstigen Auslastung führt. Diese spezialisierten Transportunternehmen müssen sich als wettbewerbsfähig gegenüber dem Selbsteintritt der Spediteure und gegenüber dem Werkverkehr erweisen.

359. Eine Deregulierung im deutschen Binnenverkehr setzt eine Harmonisierung der Belastungen mit Mineralölsteuer und mit Kraftfahrzeugsteuer sowie des zulässigen Gesamtgewichts und der Fahrzeuglänge nicht zwingend voraus (JG 85 Ziffer 330). Mit der in Verbindung mit der zum 1. Januar 1990 geplanten Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für Schwerlastwagen vorgesehene Senkung der Kraftfahrzeugsteuer für inländische Unternehmen entfielen jedoch ein in der politischen Diskussion wichtiger Einwand gegen eine Liberalisierung des Binnenverkehrs. Deshalb müßte bei der Einführung einer Straßennutzungsgebühr die Deregulierung erst recht vorangetrieben werden.

360. Aus diesen Überlegungen läßt sich folgendes Fazit ziehen:

- Das überkommene Regulierungswerk der Bundesrepublik für den Straßengüterverkehr steht in eklatantem Widerspruch zu den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und den für einen dynamischen Wettbewerb notwendigen Bedingungen.
- Die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs in der Europäischen Gemeinschaft schafft ein Spannungsverhältnis zur deutschen Binnenordnung. Diese wird sich nur durch einen hohen und im Laufe der Zeit wachsenden Aufwand für administrative Kontrollen aufrechterhalten lassen. Zu der damit verbundenen Form der Ressourcenverschwendung treten die durch die absehbaren Ausweichreaktionen entstehenden zusätzlichen Kosten.
- Die Interessenvertreter interpretieren die von einer Deregulierung des Binnenverkehrs ausgehenden Wirkungen teilweise falsch und überschätzen die Risiken für die deutschen Unternehmen.
- Das absehbare Regulierungsgefälle zwischen der Binnenordnung und der EG-Ordnung erzeugt zusätzliche Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft. Die damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Kosten vergrößern die Einbußen an Wachstum und Beschäftigung, die sich aus dem Verstoß gegen die Bedingungen eines dynamischen Wettbewerbs ergeben.

Die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs verstärkt somit die Dringlichkeit der Forderung, die Deregulierung des deutschen Binnenverkehrs in raschen Schritten voranzubringen.

VI. Rentenversicherungsreform: Abgabenbelastung begrenzen – Selbstvorsorge anregen

361. Die Bundesregierung beabsichtigt, den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Gesetzlichen Rentenversicherungen bei den gesetzgebenden Körperschaften einzubringen. Die Diskussion über dieses Reformvorhaben läßt erkennen, daß über den Kern der Problematik nicht überall die notwendige Klarheit besteht. Änderungen des Rentenrechts werden erwogen, die unzulänglich sind oder die sich abzeichnenden Schwierigkeiten gar erhöhen werden. Es erscheint insbesondere bedenklich, daß

- die Erfordernisse einer Stärkung des Wirtschaftswachstums zu wenig berücksichtigt werden,
- die Vorstellung besteht, man könne den Belastungsanstieg durch die Erhöhung des Bundeszuschusses abflachen,
- die Möglichkeiten einer Ergänzung der Gesetzlichen Rentenversicherungen durch eine Verstärkung der Selbstvorsorge nicht erwogen werden und
- die vorgesehenen Änderungen auf einen Zeithorizont ausgerichtet sind, der zu kurz abgesteckt ist.

Der Sachverständigenrat nimmt dies zum Anlaß, den Fragenkreis erneut zu erörtern. Er beschränkt sich darauf, einige Grundsätze, die im Anschluß an die Darstellung früherer Jahresgutachten in einigen Punkten ergänzt werden, darzulegen (JG 83 Ziffern 468 und 484 ff.; JG 86 Ziffern 307 ff.; JG 87 Ziffern 305 und 307).

362. Die Neuordnung muß der langfristig erkennbaren demographischen Entwicklung Rechnung tragen. Im Jahre 2030 wird auf die Personen im erwerbsfähigen Alter eine etwa doppelt so große Anzahl alter Menschen entfallen wie heute. Bei derartigen Projektionen wird unterstellt, daß sich das generative Verhalten und die Lebenserwartung nicht grundlegend verändern, doch dürften diese Hypothesen realistisch sein. Die Zuwanderung von Aussiedlern oder Ausländern wird das Problem nicht nennenswert entschärfen, sondern die Schwierigkeiten nur zeitlich verlagern. Wenn die Erwerbsquote auf dem derzeit erreichten Niveau verharren sollte und die geltenden Regelungen für den Eintritt in das Rentenalter unverändert bleiben, müßte jeder Erwerbstätige etwa doppelt soviel ältere Menschen unterhalten wie heute. Was auf die Inaktiven übertragen werden muß, steht für die Bedarfsdeckung der Erwerbstätigen nicht zur Verfügung; von dem Sozialprodukt, das sie schaffen, verbleibt ihnen ein immer kleiner werdender Teil. Die alten Menschen werden dagegen insgesamt einen höheren Anteil des Volkseinkommens erhalten als heute. Dieses mit der Veränderung des Altersaufbaus unserer Bevölkerung verbundene realwirtschaftliche Problem stellt sich grundsätzlich unabhängig von der Form der Alterssicherung. Auch für andere Bereiche des sozialen Lebens werden sich schwerwiegende Konsequenzen ergeben. Beispielsweise werden die Alterslasten bei den nach zivilrechtlichen Regelungen Unterhaltsverpflichteten zunehmen.

Die mit der Umverteilung von der erwerbstätigen Generation auf die Senioren verbundenen Probleme werden im Verlauf der nächsten 40 bis 45 Jahre immer drückender werden. Sie werden sich um so eher lösen lassen, je kräftiger das Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum ist. Es ist schwer vorstellbar, daß in 20 bis 25 Jahren die jungen Menschen bereit sein werden, die aus dem sogenannten Generationenvertrag entstehenden größeren Lasten zu tragen, wenn ihnen nicht auch ein höheres Einkommen zuwächst.

Aus diesem Grunde müssen die Rentenversicherungsreform und die Reformen anderer staatlicher Regelungen für die Alterssicherung, aber auch die Neuordnung der Gesetzlichen Krankenversicherungen und anderer Bereiche des Sozialrechts so gestaltet werden, daß das Wirtschaftswachstum nicht behindert wird.

363. Hohe Abgabenlasten beeinträchtigen die Leistungsbereitschaft und hemmen das Wirtschaftswachstum. Das gilt für Steuern ebenso wie für Sozialversicherungsbeiträge. Zwar werden die Beiträge zur Rentenversicherung steigen müssen; es gilt jedoch, diesen Anstieg in Grenzen zu halten – und dies nicht dadurch, daß andere Lasten, nämlich Steuern, steigen –, weil andernfalls demotivierende Wirkungen bei den Arbeitnehmern zu erwarten sind. Außerdem ist zu bedenken, daß die Personalnebenkosten nur mäßig erhöht werden dürfen, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen nicht gefährdet werden soll.

Die Vorstellung, das Finanzierungsproblem der Rentenversicherungsträger lasse sich durch eine Aufstokkung des Bundeszuschusses zu den Rentenversicherungen mildern oder gar lösen, verkennt, daß der Bundeszuschuß aus dem Steueraufkommen finanziert werden muß; steigende Steuern erhöhen die Abgabenbelastung nicht anders als steigende Rentenversicherungsbeiträge. Zwar können über die Belastungen aus dem Bundeszuschuß zur Finanzierung der Altersrenten auch diejenigen Bürger herangezogen werden, die selbst nicht rentenversicherungspflichtig sind, doch ist die weit überwiegende Mehrzahl der Steuerbelasteten eben doch zugleich Beitragszahler bei den Trägern der Gesetzlichen Rentenversicherungen, so daß sich bei ihnen Steuerzahlung und Beitragsleistung zu einer Gesamtabgabenlast kumulieren. Im übrigen widerspricht der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung – von Ausnahmen abgesehen (Ziffer 368) – den Grundvorstellungen eines beitragsfinanzierten und leistungsbezogenen Rentensystems.

Auch die von hohen Abgabenlasten ausgehenden Wirkungen lassen es angezeigt erscheinen, die unumgänglichen Mehrbelastungen der Bürger eher aus einer Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge als aus einer Steuererhöhung zu decken. Durch die Besteuerung wird das Einkommen in der Regel progressiv belastet, während Sozialversicherungsbeiträge einkommensproportional oder gar einkommensregressiv erhoben werden. Da progressive Abgabenbelastungen tendenziell die Leistungsbereitschaft stärker lähmen als proportionale oder gar regressive, ist die Steuerfinanzierung der Renten aus wachstumspolitischer Sicht ungünstiger zu beurteilen als die Bei-

tragsfinanzierung. Außerdem gibt es eine große Anzahl von Bürgern, die nach ihrer individuellen Präferenzstruktur eher bereit sind, Beiträge für die Rentenversicherung als Steuern zu entrichten: Wer für das Alter vorsorgen möchte und sich bewußt ist, daß die spätere Höhe des Rentenanspruchs nach den geleisteten Beiträgen berechnet wird, dürfte in seiner Leistungsbereitschaft bei einer Beitragserhöhung weniger beeinträchtigt werden als bei einer Steuererhöhung. Das ist selbst dann nicht unwahrscheinlich, wenn die Betroffenen mit einer Senkung des Rentenniveaus rechnen. Solange sie annehmen dürfen, daß der prinzipielle Zusammenhang von Beitragsleistungen und späterer Rentenhöhe gewahrt bleibt, mag es ihnen leichter fallen, Rentenversicherungsbeiträge als Steuern zu zahlen.

364. Die Finanzierungsprobleme der künftigen Altersrenten werden erleichtert, wenn es gelingt, die Lebensarbeitszeit der Menschen auszudehnen. Dadurch werden der Zeitraum der Beitragszahlung länger und der Zeitraum des Rentenbezugs kürzer. Je höher das durchschnittliche Rentenzugangsalter liegt, um so weniger müssen die Beiträge erhöht oder das Rentenniveau gesenkt werden.

Die Situation der künftigen Rentner wird auch dann verbessert, wenn die aktive Generation mehr durch eigene Kapitalbildung für ihr Alter vorsorgt, als das heute geschieht. Deshalb sollte die Bevölkerung zu einem solchen Verhalten angehalten werden. Dabei dürfen die mit der Selbstvorsorge verbundenen Risiken keineswegs verschwiegen werden; sie sind allerdings kaum höher einzuschätzen als die der kollektiven Alterssicherung. Gelingt es aufgrund stärkerer Selbstvorsorge, die Sparquote zu erhöhen, werden die Kapitalbildung und damit das Wachstum begünstigt. Auf diese Weise ergibt sich für später ein größerer Verteilungsspielraum.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Verstärkung der Selbstvorsorge werden wahrscheinlich nicht ausreichen, die Probleme der Alterssicherung befriedigend zu lösen. Andere Maßnahmen müssen hinzukommen. Insbesondere ist die Rentenversicherung von jenen Leistungen zu entlasten, die nicht aus Beitragszahlungen oder aus dem sogenannten Generationenvertrag gerechtfertigt werden können.

365. Auf keinen Fall ist es möglich, das gegenwärtige relative Rentenniveau auf Dauer zu halten. Das bedeutet, daß die alten Menschen allein durch die Bezüge aus den Gesetzlichen Rentenversicherungen nicht mehr im gleichen Maße an der künftigen Wohlstandsentwicklung teilhaben werden wie bisher. Ihre Situation wird jedoch um so eher erträglich sein, je kräftiger das Wirtschaftswachstum ausfällt. Auch bei niedrigerem Rentenniveau kann der Rentenbetrag steigen, wenn sich die Einkommen hinreichend erhöht haben.

Die notwendigen Eingriffe in das Rentensystem sind den Bürgern eher zuzumuten, wenn sie sich rechtzeitig auf die veränderten Verhältnisse einstellen können, also durch Erhöhung ihrer Sparleistungen verstärkt Selbstvorsorge für das Alter betreiben können. Für einige der im folgenden erörterten Regelungen erscheint es angemessen, Übergangsfristen einzuräu-

men oder sie in mehreren Schritten umzusetzen. Gerade wenn man indessen das Prinzip des Vertrauensschutzes hoch hält, müssen die jungen Menschen, die heute in die Rentenversicherung eintreten, wissen, mit welchen Leistungen sie ungefähr in 40 Jahren rechnen dürfen.

Es mag politisch schwierig sein, das längerfristig Gebotene schon heute zu regeln. Der institutionelle Rahmen vierjähriger Wahlperioden läßt es wenig verlockend erscheinen, unpopuläre Maßnahmen mit dem Blick auf eine fernere Zukunft zu ergreifen. Unter diesen Umständen ist zwar der Versuch, die Renten etwa für die nächsten 20 Jahre zu sichern, als eine bemerkenswerte Leistung anzusehen; er greift aber nicht weit genug. Es genügt nicht, die Reformschritte auf das Jahr 2010 oder 2015 auszurichten, wie es den derzeitigen Planungen offenbar entspricht. Die wirklich gravierende Belastung des Rentenversicherungssystems wird erst von diesem Zeitpunkt an eintreten und sich danach im Laufe der folgenden 15 bis 20 Jahre weiter dramatisch verschärfen. Die Chancen, die sich auf längere Sicht abzeichnenden Schwierigkeiten zu meistern, sind größer, wenn man sich dieser Herausforderung heute stellt: Die Lösung der Probleme der Alterssicherungssysteme darf nicht der Zukunft überlassen bleiben, weil es nur vertretbar erscheint, die jungen Bürger auf die Selbstvorsorge zu verweisen, wenn es rechtzeitig geschieht.

Maßnahmen im Rahmen der Rentenversicherung

366. Das durchschnittliche Rentenzugangsalter ist im Laufe der Zeit aus mancherlei Gründen gesunken. Es betrug für Männer in der Arbeiterrentenversicherung im Jahre 1975 noch 60,6 Jahre, im Jahre 1987 nur 58,3 Jahre. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit war mit Blick auf den Arbeitsmarkt nicht unerwünscht und ist vom Gesetzgeber und von den Sozialpartnern durch entsprechende Vereinbarungen in einigen Tarifverträgen gefördert worden. Für die Funktionsfähigkeit der Rentenversicherung ergeben sich daraus jedoch Belastungen, die künftig vermieden werden müssen. Mehr noch, es ist notwendig, die durchschnittliche Lebensarbeitszeit wieder zu verlängern. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits erfolgt. So hat sich nach einigen Neuregelungen des Rentenrechts im Laufe der letzten Jahre insbesondere bei Frauen das durchschnittliche Rentenzugangsalter in der Arbeiterrentenversicherung von 59,7 Jahren im Jahre 1983 auf 62,3 Jahre 1987 erhöht. Das reicht auf längere Sicht nicht aus. Das Rentenzugangsalter sollte für alle Versicherungspflichtigen und für die in den Gesetzlichen Rentenversicherungen freiwillig Versicherten wieder auf 65 Jahre festgesetzt werden, wie es früher der Fall war. Dazu ist es notwendig, verschiedene Sonderregelungen aufzuheben, die einen vorzeitigen Rentenbezug erlauben. Auch gilt es, dem Mißbrauch entschiedener entgegenzutreten, der offenbar nicht selten mit an sich sinnvollen Regelungen betrieben wird, die einen vorzeitigen Altersrentenbezug unter bestimmten Voraussetzungen (zum Beispiel Berufsunfähigkeit) ermöglichen. In jedem Falle müßten bei einem vorzeitigen Rentenbezug Rentenabschläge nach versicherungsmathematischen Grundsätzen erfolgen.

Außerdem sollte es Menschen im Rentenalter nicht verwehrt werden, ihre Lebensarbeitszeit auszudehnen. Im Gegenteil, es wäre notwendig, Anreize dafür zu geben. So sollten bei einem Renteneintritt nach der Regelaltersgrenze Rentenzuschläge gewährt werden.

Erwägenswert erscheint es schließlich, die Regelaltersgrenze im Laufe der Zeit schrittweise weiter heraufzusetzen. Dazu bietet einerseits die Tatsache Veranlassung, daß sich die durchschnittlichen Zeiten der Berufsausbildung beständig verlängert und damit die Zeiten der Beitragsleistung zu den Rentenversicherungen laufend verkürzt haben, während andererseits die Lebenserwartung beträchtlich gestiegen ist. Die Zeiten der Beitragsleistung sollten mit den Zeiten des Rentenbezugs wieder in ein besseres Verhältnis gebracht werden.

367. Die Notwendigkeit, mehr Beitragsäquivalenz herzustellen, erfordert den Abbau versicherungsfremder Leistungen. Zu diesen gehört die Anrechnung von Ausbildungszeiten als Ausfallzeiten. Diese Anrechnung ist problematisch, weil während der Ausfallzeiten keine Beiträge entrichtet wurden. Zwar ist die berufliche Qualifizierung wachstumspolitisch erwünscht (Ziffern 328 ff.), doch ist die Ausbildungsförderung nicht Sache der Rentenversicherungen. Verteilungspolitisch ist außerdem zu bedenken, daß in den Ausbildungszeiten Fähigkeiten erworben werden, die sich in den folgenden Jahren im allgemeinen in höheren Einkommen niederschlagen und somit später zu einem höheren Rentenbezug führen.

Ein weiteres Beispiel für mangelnde Beitragsäquivalenz bietet die Belastung der Rentenversicherung durch die Arbeitslosigkeit. Auch hier werden Ausfallzeiten berücksichtigt, die Beiträge aber nur nach den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit bemessen. In diesem Falle sollte sich die spätere Rente nach den tatsächlich gezahlten Beiträgen richten.

Bei der Abschaffung der Ausfallzeiten in diesen und anderen Fällen sowie bei der Aufhebung ähnlicher Regelungen, die der Beitragsäquivalenz nicht entsprechen, erscheint es angemessen, aus Gründen des Vertrauensschutzes Übergangsregelungen einzuräumen. Solche Übergangsregelungen könnten darin bestehen, daß die entsprechenden Normen schrittweise abgebaut werden. In diesem Sinne kann die in den Überlegungen der Bundesregierung vorgesehene Verkürzung einer Anrechnung von Ausbildungszeiten als eine erste Etappe zur vollständigen Abschaffung dieser Ausfallzeiten gerechtfertigt werden.

368. In den Überlegungen zur Rentenreform spielt die Vorstellung eine Rolle, daß sich die Lücke, die sich zwischen den Rentenzahlungen und den Beitragsleistungen auch bei einem begrenzten Anstieg der Beitragssätze auftun wird, durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses zu den Rentenversicherungen geschlossen werden soll. Diese Auffassung widerspricht dem Grundgedanken einer beitragsfinanzierten Rentenversicherung. Der Bundeszuschuß ist kein „Joker“. Er muß strikt auf diejenigen Zahlungen beschränkt bleiben, die auch künftig als Ersatzzeiten oder Ausfallzeiten beibehalten werden müssen. Dazu gehören beispielsweise Zeiten des Wehrdienstes oder des Ersatzdienstes, außerdem die Kindererziehungs-

zeiten. Das gegen diesen Standpunkt in der politischen Diskussion angeführte Argument, die Grundlagen für eine Berechnung des Bundeszuschusses ließen sich nicht ermitteln, ist nicht einleuchtend: Schließlich geht es nicht um eine pfenniggenaue Abrechnung, sondern um die Dimensionierung der in Betracht kommenden Größenordnung, zu deren Schätzung man sich auf statistische Informationen etwa über die Anzahl der in den einzelnen Jahren Wehrdienst oder Ersatzdienst Leistenden sowie die jeweilige durchschnittliche Dienstzeit oder auf die Ergebnisse der Haushaltsrechnungen für die Soldzahlungen stützen kann.

Durch die demographische Entwicklung werden die Haushalte der Gebietskörperschaften ohnehin noch stärker belastet werden; denn die Sozialhilfeansprüche werden steigen. So wird mit der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung die Anzahl der Pflegefälle zunehmen. Immer mehr Bürger werden die rasch steigenden Aufwendungen für die Unterbringung in Pflegeheimen nicht mehr aufbringen können, obwohl sie Alterseinkünfte beziehen, die weit über dem sozialkulturellen Existenzminimum liegen. Außerdem wird das längerfristig absinkende relative Rentenniveau dazu führen, daß auch die Anzahl derjenigen Bürger zunimmt, deren Altersrenten das Existenzminimum nicht mehr decken.

Nicht nur aus diesem Grunde sind einer Ausweitung des Bundeszuschusses enge Grenzen gesetzt. Die Steuerbelastung darf nicht leistungsfeindlich werden.

Eigenständige Sicherung der Frau – Familiengerechtes Rentensystem

369. Seit der Einführung der Rentenversicherung Ende des vorigen Jahrhunderts hat sich die gesellschaftliche Rolle der Frauen gewandelt. Ein Großteil der Frauen geht heute – abgesehen von Zeiten der Kindererziehung – einer Erwerbstätigkeit nach, so daß die traditionelle „Witwen-Rente“ schrittweise durch den Übergang zu einer eigenständigen Sicherung ersetzt werden könnte. Mit der Anrechnung einer einjährigen Kindererziehungszeit ist dieser Weg im Ansatz bereits eingeschlagen worden. Wenn er durch eine Verlängerung dieser Zeiten weiterbeschritten wird, können die Witwenrenten abgeschafft werden, freilich erst nach einer gewissen Übergangszeit: Das Vertrauen, das ältere Menschen, die sich heute keine anderweitige Alterssicherung mehr aufbauen können, in die herkömmliche Regelung gesetzt haben, muß geschützt werden.

Die Alterssicherung der Frauen könnte also künftig aus zwei Elementen bestehen, den Rentenansprüchen aus den Beitragszahlungen, die während der eigenen Berufstätigkeit geleistet worden sind, und Rentenansprüchen aus Kindererziehungszeiten. Auf mittlere Sicht müßte für das Aufziehen eines Kindes allerdings eine deutlich über einem Jahr liegende Kindererziehungszeit berücksichtigt werden. Erwägenswert erscheint es außerdem, die berücksichtigungsfähigen Zeiten nach der Anzahl der aufgezogenen Kinder zu staffeln; denn die Rückkehr ins spätere Berufsleben ist im allgemeinen um so weniger chancenreich, je län-

ger die Unterbrechung der Berufstätigkeit währte. Im Gegensatz zur derzeit geltenden Regelung sollten außerdem bei einem Zusammenfall von Beitragszeiten mit Kindererziehungszeiten beide Anspruchsgrundlagen berücksichtigt werden, weil die Möglichkeiten einer Berufstätigkeit in der Regel stark eingeschränkt sind, wenn Kinder aufgezogen werden, so daß zum Beispiel nur eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt werden kann.

Es wird auch die Ansicht vertreten, das Aufziehen von Kindern durch eine Beitragsermäßigung bei den gesetzlichen Rentenversicherungen zu berücksichtigen. Diese Lösung ist nicht adäquat. Zur Entlastung der Bürger mit Kindern entsprechend der Einbuße ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kommt allein die Besteuerung in Frage, insbesondere die Einkommensbesteuerung; und wo Steuerermäßigungen nicht oder nicht ausreichend greifen, ist Kindergeld zu gewähren. Mit Beitragsermäßigungen bei der Rentenversicherung kann der Armut nicht sinnvoll vorgebeugt werden, mit der viele Versicherungspflichtige im Alter rechnen müssen, die wegen des Aufziehens von Kindern Einkommenseinbußen in der aktiven Lebensphase erlitten haben. Hier kann die Erhöhung des Rentenanspruchs durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenbemessung am ehesten helfen.

370. Gegen die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenbemessung wird mitunter der Einwand erhoben, daß dies dem Grundgedanken einer beitragsfinanzierten Altersrentenversicherung widerspreche. Bei einem solchen Vorbehalt wird übersehen, daß die gesetzlichen Rentenversicherungen nicht auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhen, so daß die Altersrenten in der jeweiligen Höhe nicht aus eigenen Beiträgen der Rentner finanziert werden, sondern nach einem Umlageverfahren aus den Beiträgen der jeweils aktiven Generation. Der sogenannte Generationenvertrag beruht auf zwei Verpflichtungen der „Versicherten“, nämlich auf der Beitragszahlung und auf dem Aufziehen von Kindern. Deshalb müßte jeder Bürger zur Sicherung seiner Altersrente beide Pflichten erfüllen.

Daraus ergibt sich zweierlei: Für das Funktionieren des „Generationenvertrages“ hat derjenige nicht weniger geleistet, der nur Kinder aufgezogen hat, als derjenige, der ausschließlich Beiträge entrichtet hat; und wer beides gleichzeitig getan hat, muß bessergestellt sein als derjenige, der nur einer dieser Pflichten genügt hat. Beide Ansprüche zu erfüllen, ist freilich schwierig, weil das Aufziehen von Kindern in der Regel mit Einkommenseinbußen verbunden ist. Deshalb ist die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten neben der von Beitragszahlungen bei der Rentenbemessung notwendig, bei der dadurch allerdings das Äquivalenzproblem zwischen beiden Komponenten aufgeworfen wird.

Bruttoanpassung oder Nettoanpassung der Renten?

371. Die jährlichen Rentenanpassungen sollen dem Grundsatz nach der Entwicklung der Löhne und Gehälter folgen. Bislang orientiert man sich dabei – von

Ausnahmen abgesehen – an den Zuwachsraten der Bruttoeinkommen. Das hat in der Regel zur Folge, daß die Nettoeinkommen der Rentner in den einzelnen Jahren stärker wachsen als die der Erwerbstätigen, weil es in der Eigenart der Einkommensteuerprogression liegt, daß die höheren Einkommen der Aktiven durch die Besteuerung stärker gekürzt werden als die niedrigeren der Rentner, zumal derzeit die meisten Bezüge aus den Gesetzlichen Rentenversicherungen de facto überhaupt nicht durch die Einkommensteuer belastet werden. Diese Tendenz verstärkt sich, wenn die Beitragssätze zu den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung erhöht werden, was künftig insbesondere für die Rentenversicherung selbst eine zunehmende Bedeutung erlangen wird. Es ist deshalb einleuchtend, wenn in der Diskussion über die Rentenreform gefordert wird, die jährlichen Zuwachsraten der Altersrenten an der Entwicklung der Nettoeinkommen zu orientieren. Da bei der Nettoanpassung die Altersrenten langsamer wachsen als bei der Bruttoanpassung, trägt eine solche Umstellung einiges zur Lösung der durch die Überalterung unserer Bevölkerung aufgeworfenen Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Rentenversicherungen bei.

Eine wirkliche und dauerhafte Lösung der Probleme ist aber mit der Umstellung der Rentenformel auf die Nettoanpassung nicht zu erwarten. Es spricht nämlich einiges dafür, daß – zumindest nach dem Jahre 2010 – das heutige relative Rentenniveau auch „netto“ nicht mehr zu halten sein wird. Zwar vermindert bei einer Nettoanpassung jede Beitragserhöhung automatisch das Volumen der Rentenansprüche, so daß es theoretisch immer möglich sein muß, einen Beitragssatz zu finden, bei dem die zusätzlichen Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherer aus einer Beitragserhöhung die zusätzlichen Ausgaben der Versicherungsträger aus der Überalterung der Bevölkerung decken, doch zeichnet sich aus heutiger Sicht ab, daß die Beitragssätze, die in 25 bis 30 Jahren erforderlich sein werden, auch bei einer Nettoanpassung die Leistungsbereitschaft der Erwerbstätigen stark mindern. Längerfristig wird somit der Anpassungssatz der Renten unter dem Zuwachs der Nettoerwerbseinkommen bleiben müssen. Deshalb ist Selbstvorsorge unverzichtbar; anderenfalls werden die Alterseinkommen unter Umständen relativ weit hinter den Netto-Leistungseinkommen zurückbleiben.

372. Selbst wenn man beabsichtigt, vorerst die Nettoeinkommen der Rentner auf die Nettoeinkommen der aktiven Generation abzustimmen, ist es steuersystematisch geboten, die Renten vollständig in die Bemessungsgrundlage der Einkommensbesteuerung einzu beziehen. Das bedeutet, daß bei der jeweiligen Rentenfestsetzung das Niveau der Renten „vor Steuern“ bestimmt werden muß. Zahlreiche Rentner haben nämlich Einkünfte aus mehreren Quellen, und das wird künftig eine noch größere Bedeutung erlangen. Ohnehin ist bei wachsendem Wohlstand damit zu rechnen, daß die Ersparnisbildung absolut zunimmt. Das gilt erst recht, wenn – wie es wünschenswert erscheint – die Bereitschaft bei den Bürgern wächst, selbst für das Alter vorzusorgen. Die steuerliche Leistungsfähigkeit der Menschen wird jedoch durch ihr gesamtes Einkommen einschließlich der Bezüge aus den Transfers bestimmt.

Die Besteuerung der Renteneinkommen muß allerdings im Zusammenhang mit der steuerlichen Behandlung der Beiträge zur Rentenversicherung gesehen werden. Aus mancherlei Gründen erscheint es sinnvoll, diese Beiträge, zumindest jedenfalls die Pflichtbeiträge zu den Gesetzlichen Rentenversicherungen, steuerfrei zu stellen. Sofern dies geschieht, ist die Besteuerung der Renten nach dem „Korrespondenzprinzip der nachgelagerten Art“ geboten.

Mehr Raum für private Vorsorge

373. Die erörterten Probleme der Gesetzlichen Rentenversicherungen werden um so weniger brisant, je mehr es gelingt, die Bürger zu größerer Selbstvorsorge zu motivieren. Eine solche Stärkung der Eigenverantwortung ist auch gesellschaftspolitisch und ordnungspolitisch erwünscht. Deshalb sollte für mehr private Ersparnisbildung zu ergänzender Altersvorsorge geworben werden. Sicherheit über die Stabilität des Geldwertes stellt dafür eine unverzichtbare Voraussetzung dar.

Nicht anders als die kollektive ist auch die individuelle Alterssicherung mit Risiken behaftet. Diese bestehen in zweifacher Hinsicht. Einmal ist bei jeder Kapitalanlage ungewiß, ob sich die damit ermöglichten Projekte als rentierlich erweisen. Durch Diversifizierung der Anlagen läßt sich dieses Risiko jedoch streuen und in Grenzen halten. Zum anderen ist das spätere Kapitaleinkommen an die Höhe des Zinses gebunden. Ist dieser niedriger als die Rate, mit der der Lohn wächst, steigen die Renten im Rahmen der Gesetzlichen Rentenversicherungen schneller als die Kapitaleinkommen bei der Selbstvorsorge; denn die Renten sind lohnbezogen, die Kapitaleinkommen zinsabhängig.

Außerdem darf die zusätzliche Ersparnis nicht in einer Erhöhung der Staatsverschuldung „versickern“. Dagegen ist es nicht entscheidend, ob mit der Kapitalbildung inländische Investitionen oder Kapitalexperte finanziert werden. Der intertemporale Einkommens-transfer in beiden Formen dürfte weniger Spannungen verursachen als die interpersonalen Übertragungen im System der Rentenversicherung.

Die besonderen Risiken der privaten Vorsorge können vor allem von denjenigen Bürgern übernommen werden, die ein verhältnismäßig hohes Wohlstandsniveau erreicht haben. Da im Zuge der Wachstumsentwicklung immer mehr Menschen derart gehobene Einkommen erzielen dürften, wird sich der Kreis derjenigen beständig erweitern, die die mit einer ergänzenden Selbstvorsorge verbundenen Risiken tragen können.

374. Wachsender Wohlstand erhöht die Sparfähigkeit; steigende Abgaben beschränken sie dagegen. Will man die Bürger, die dazu in der Lage sind, stärker auf die Selbstvorsorge verweisen, so muß man deren Abgabenbelastung in Grenzen halten. Das läßt sich erreichen, wenn man den Anteil der Beiträge zur Rentenversicherung an ihrem Einkommen im Zeitablauf vermindert, indem die Beitragsbemessungsgrenze jeweils weniger stark angehoben wird, als es der jährlichen Einkommensentwicklung entspricht, oder in-

dem die Beitragsbemessungsgrenze eingefroren wird. Auf diese Weise werden nicht nur die Fähigkeit, sondern auch der Anreiz zur Selbstvorsorge bei einem dafür besonders geeigneten Personenkreis erhöht.

Dadurch, daß die Höchstbeiträge im Verhältnis zur Einkommensentwicklung abgesenkt werden, werden die späteren Rentenansprüche von Beziehern höherer Einkommen im Vergleich zu den Renten reduziert, die sie bei einem ungebremsen Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze beanspruchen dürften. Das führt zu einer Entlastung der Rentenversicherungsträger in einer Zeit, in der die finanzielle Anspannung in diesem Zweig der Sozialversicherung besonders groß sein wird.

375. In der Übergangsphase zu mehr Selbstvorsorge durch das Absenken der Beitragsbemessungsgrenze müssen die Beitragssätze stärker erhöht werden, als es ohne diese Maßnahme der Fall wäre. Scheinbar steigt dadurch die relative Beitragslast für die Bezieher der unteren Einkommen stärker; tatsächlich sichern sie damit jedoch nur ihren eigenen Rentenanspruch.

Zu bedenken ist außerdem, daß die Bezieher höherer Einkommen Rentenansprüche verlieren, was sich je nach Art der Regelungen nicht nur auf ihre eigenen Minderbeiträge, sondern auch auf die entsprechenden Arbeitgeberbeiträge erstrecken kann. Würde – um ein extremes Beispiel zu wählen – die Beitragsbemessungsgrenze halbiert, halbierte sich auch das höchste erzielbare Rentenniveau.

Da hier nicht an eine absolute Senkung, sondern nur an einen verzögerten Anstieg oder ein Einfrieren der Beitragsbemessungsgrenze gedacht wird, würde sich die zusätzliche Beitragsbelastung für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen in engen Grenzen halten. Im übrigen kann der Beitragsanstieg durch einige andere Reformschritte gebremst werden (Ziffern 366 ff.).

Versicherungspflicht der Beamten?

376. Die zunehmende Überalterung der Bevölkerung wird auch für die öffentlichen Haushalte zu steigenden Belastungen führen: Die Lohnsteuereinnahmen werden langsamer steigen, und das Gewicht der Ausgaben für die Versorgung der Ruhestandsbeamten wird zunehmen; denn auch im öffentlichen Dienst wird sich das Verhältnis der Aktiven zu den Senioren ungünstiger entwickeln. Das Problem durch Steuererhöhungen zu lösen, ist nicht angezeigt; denn diese würden das Wirtschaftswachstum bremsen. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß in der Öffentlichkeit gefordert wird, auch die Beamten sollten für ihre Alterssicherung Versicherungsbeiträge leisten.

Richtig ist, daß die demographische Entwicklung auch von den Beamten Opfer erfordert. Bei der Erörterung dieser Frage muß einerseits zwischen dem unterschieden werden, was angesichts der demographischen Herausforderung notwendig ist, um die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Haushalte aufrechtzuerhalten, und andererseits dem, was unter den Zielvorstellungen einer „Harmonisierung der Alterssicherungssysteme“ oder der „Vereinheitlichung des öffentlichen Dienstrechtes“ von manchen Kräften im politischen Meinungsspektrum für wünschenswert

gehalten wird. Dieser zweite Problemkreis soll hier nicht erörtert werden; vielmehr beschränken wir uns darauf zu skizzieren, welche Lasten den aktiven Beamten und den Ruhestandsbeamten angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung des Altersaufbaus unserer Bevölkerung unter Wahrung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art. 33 Abs. 5 GG) zugemutet werden müssen.

377. Mit diesen hergebrachten Grundsätzen des deutschen Berufsbeamtentums ist eine Versicherungspflicht der Beamten schwerlich zu vereinbaren. Gleichwohl können einzelne Maßnahmen, die für die Rentenreform erörtert wurden, sinngemäß auf das Beamtenrecht übertragen werden (Ziffern 366 f.). Dazu gehören insbesondere die Neufestsetzung der Regelaltersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand, die – zumindest für einige Beamtengruppen – wohl auch höher als auf die Vollendung des 65. Lebensjahres festgesetzt werden könnte, die Verschärfung der Bedingungen für den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand sowie der Wegfall von Ausbildungszeiten bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit. Bei einigen dieser Maßnahmen müssen auch hier – in Analogie zu den entsprechenden Möglichkeiten bei der Reform der Rentenversicherungen – angemessene Übergangsfristen eingeräumt werden, um den Vertrauensschutz zu wahren.

Dem Alimentationsprinzip entsprechend muß der entscheidende Beitrag der Beamten durch einen Minderanstieg ihrer Bezüge im Rahmen der jährlichen Besoldungserhöhungen erbracht werden. So könnte man sich beispielsweise vorstellen, daß ihre Bezüge jeweils um so viele Prozentpunkte weniger angehoben werden, wie die Beiträge zu den Gesetzlichen Rentenversicherungen steigen. Auf diese Weise könnten zwar die Besonderheiten der Beamtenbesoldung beibehalten werden, doch würden die Beamten analog zu den übrigen Arbeitnehmern belastet. Sollten sich die Beamtenlaufbahnen angesichts der verbleibenden Vorzüge in der Alterssicherung als besonders attraktiv erweisen, könnte man auch daran denken, die Besoldung langsamer wachsen zu lassen, als es dem Beitragsanstieg bei den Gesetzlichen Rentenversicherungen entspricht.

Mit der Absenkung der jährlichen Besoldungserhöhungen würden auch die Ruhestandsbeamten an den aus dem Altersaufbau resultierenden Belastungen beteiligt werden.

In der marktwirtschaftlichen Ordnung sind Einkommensunterschiede unvermeidlich, und eine stärkere Differenzierung der Löhne und Gehälter erscheint aus mancherlei Gründen wünschenswert (Ziffern 339 ff.). Da zu den Arbeitsbedingungen neben vielen anderen Gegebenheiten nicht nur die Bezüge der Aktiven gehören, sondern auch die verschiedenen Regelungen für die soziale Vorsorge, spricht wenig dafür, die Alterssicherungssysteme zu nivellieren. Was zur Entlastung der öffentlichen Haushalte angesichts der demographischen Entwicklung notwendig ist, läßt sich im Rahmen der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums durch einen Minderanstieg der Beamtenbesoldung und der Versorgungsbezüge regeln. Die durch die Minderausgaben ermöglichten Steuerentlastungen kämen allen Bürgern zugute und könnten zur Steigerung des Wirtschaftswachstums eingesetzt werden.

VIERTES KAPITEL

Wirtschaftliche Erneuerung altindustrieller Problemregionen: Das Beispiel Ruhrgebiet

Unbewältigter Strukturwandel und Wachstumsschwäche in altindustriellen Regionen

378. Die dynamische Entwicklung einer Volkswirtschaft ist immer mit strukturellem Wandel verbunden. Dieser vollzieht sich relativ schmerzlos, wenn er allmählich erfolgt und wenn das wirtschaftliche Wachstum insgesamt hoch ist, so daß es nur um relative Verluste oder Gewinne an Wirtschaftskraft der einzelnen Sektoren oder Regionen geht. Entsteht dagegen ein großer Anpassungsbedarf, weil notwendige Maßnahmen zu lange verzögert wurden oder weil sich die Marktverhältnisse abrupt geändert haben, so ist der strukturelle Wandel mit erheblichen Kosten verbunden.

379. Oft wird die Auffassung vertreten, solche Kosten ließen sich dadurch niedrig halten, daß der Staat den Strukturwandel mit Anpassungssubventionen oder durch die Gewährung eines vorübergehenden Schutzes vor zu intensivem Wettbewerb bremst. Auf diese Weise soll der Rückzug der schrumpfenden Sektoren in geordnete Bahnen gelenkt werden, und gleichzeitig hofft man, Zeit für das Entstehen neuer, wettbewerbsfähiger Unternehmen zu gewinnen. Solche Strategien, die den sektoralen und regionalen Strukturwandel durch Wettbewerbsbeschränkungen – wenngleich nur zeitlich begrenzt – bewältigen sollen, müssen auf starke Vorbehalte stoßen; denn es dürfen nicht nur die unmittelbaren Verluste der betroffenen Unternehmen und die mit ihrem Rückzug verbundenen Arbeitsplatzverluste betrachtet werden, die als sichtbare Kosten des strukturellen Wandels zu Buche schlagen. Auch die zeitliche Streckung des Anpassungsprozesses im Wege einer zeitlichen Aussetzung des Wettbewerbs ist keineswegs umsonst zu haben. Sie wird durch eine Schlechterstellung der Verbraucher und der gesunden Unternehmen erkaufte, die durch erhöhte Preise oder durch die zur Finanzierung entsprechender Subventionen erforderlichen Steuern belastet werden. Vor allem aber ist mit branchenspezifischen Subventionen und Ausnahmeregelungen vom Wettbewerb stets die Gefahr einer Schädigung des marktwirtschaftlichen Anreizsystems selbst verbunden, die in einer sich wandelnden Wirtschaft besonders schwer wiegt, weil damit die Investitions- und Innovationstätigkeit, namentlich der Wachstumsbranchen, gehemmt wird. Dies gilt hinsichtlich der Schutzmaßnahmen zugunsten einzelner Sektoren und Regionen nicht weniger als im Hinblick auf den Protektionismus im internationalen Handel.

380. Die sozialen Kosten in Form von Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten, die der Zwang zu raschem Strukturwandel mit sich bringt, sind nicht gering zu veranschlagen. Dies gilt besonders dann, wenn sich der wirtschaftliche Wandel in einer Phase insgesamt

unzureichenden Wirtschaftswachstums vollziehen muß. Herrscht Unterbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft, so wird in den zurückbleibenden Regionen als Folge der Überlagerung von allgemeiner Wachstumsschwäche und unbewältigtem Strukturwandel ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit die Folge sein.

Dies ist in den altindustriellen Verdichtungsräumen der Bundesrepublik der Fall. Sie haben in wichtigen Bereichen den Anschluß an den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstrend verloren und sind zu Problemgebieten eines für die Bundesrepublik neuen Typs geworden. Nicht das Alter der dort vorherrschenden Industriezweige im zeitlichen Sinne ist das wesentliche Merkmal dieses neuen regionalen Problemtyps, sondern ein von der Konjunktur abgekoppelter Beschäftigungsabbau bei bereits hohem Arbeitslosensockel, verbunden mit einer zumeist ausgeprägten Dominanz einiger weniger Wirtschaftszweige. Zu den altindustriellen Gebieten zählen heute vor allem die Montanregionen und die Werftenregionen. Dabei handelt es sich zumindest in den Montanrevieren keineswegs um eine vorübergehende Krise; der Schrumpfungsprozeß der dort jahrzehntelang dominierenden Sektoren ist vielmehr unausweichlich. Darüber sollten auch kurzfristige Lageverbesserungen, wie sie derzeit zum Beispiel beim Stahl zu beobachten sind, nicht hinwegtäuschen. Die mangelhafte Bewältigung der wirtschaftlichen Erneuerung in den betreffenden Regionen hat dazu geführt, daß sich der Niedergang dieser Sektoren zu einer Krise der Regionen ausweitete.

Damit werfen die ökonomischen Probleme altindustrieller Verdichtungsräume Fragen auf, die auch für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft von Bedeutung sind; denn die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft erschwert nicht nur den strukturellen Wandel in den altindustriellen Problemgebieten, sondern die dort bestehenden Defizite an wirtschaftlicher Erneuerung belasten die Entwicklungschancen der Wirtschaft insgesamt. Schließlich binden die Probleme der altindustriellen Regionen auch finanzielle Mittel und politische Handlungskraft, die für die Stärkung der Wachstumskräfte in der Gesamtwirtschaft dringend benötigt werden.

381. Einen exemplarischen Fall für eine ehemals blühende Industrieregion, die inzwischen zum Problemgebiet geworden ist, stellt das Ruhrgebiet dar. Um Ansatzpunkte für eine regionale Revitalisierungsstrategie zu finden, sind die Ursachen für die mangelhafte Bewältigung des Strukturwandels zu analysieren. In den historisch bedingten Besonderheiten des Ruhrgebiets spiegelt sich auch der Einfluß der Politik. Die Analyse wirtschaftlicher und politischer Fehlentwicklungen der Vergangenheit ist unerlässlich; aber auch die vorhandenen positiven Ansätze im Revier

sind aufzunehmen. Hier ist zu prüfen, inwieweit sie zum Ausgangspunkt einer umfassenden Erneuerung für diese Region werden könnten.

Aus einer Analyse der Erfahrungen im Ruhrgebiet können auch Lehren im Hinblick auf die wirtschaftlichen Probleme altindustrieller Regionen im allgemeinen gezogen werden; denn hier kommen Mängel einer falschen sektoralen, aber auch regionalen Strukturpolitik und ihre Folgen, auf die der Sachverständigenrat in seinen Gutachten immer wieder hingewiesen hat (JG 84 Ziffern 410 ff.; JG 87 Ziffern 263 und 297 ff.), besonders deutlich zum Vorschein. Wir nehmen die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen daher auch zum Anlaß, die Leistungsfähigkeit der Strukturpolitik erneut zur Diskussion zu stellen.

Problemregion Ruhrgebiet

382. Das Ruhrgebiet erstreckt sich in ost-westlicher Richtung entlang der drei in den Rhein mündenden Flüsse Ruhr, Emscher und Lippe. In der Abgrenzung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet umfaßt es elf kreisfreie Städte und vier Landkreise, die insgesamt zwar nur 13 vH der Fläche des Landes Nordrhein-Westfalen ausmachen, in denen aber 31 vH der Bevölkerung wohnen.

Die meisten Teilräume des Ruhrgebiets liegen wirtschaftsgeographisch günstig. Darüber hinaus sichert die räumliche Konzentration von 5,2 Millionen Menschen auf einer Fläche von rund 4 400 km² dem Ruhrgebiet ein großes Arbeitskräftereservoir und ein bedeutendes Nachfragepotential (Tabelle 46). Mit einer Bevölkerungsdichte von 1 168 Einwohnern je km² – gegenüber 245 Einwohnern je km² im Bundesdurchschnitt – zählt das Ruhrgebiet trotz der seit Mitte der sechziger Jahre rückläufigen Bevölkerungsentwicklung immer noch zu den am höchsten verdichteten Teilräumen. Hinzu kommt die unmittelbare Nähe weiterer Verdichtungsräume, insbesondere der Rheinschiene um Düsseldorf und Köln. Nicht weniger als 10 Millionen Menschen können, Distanzanalysen zufolge, die Oberzentren des Ruhrgebietes innerhalb nur einer Stunde erreichen. Damit ist im räumlichen Umfeld ein beachtliches Kaufkraftpotential vorhanden.

383. Trotz der guten geographischen Lage und Ausstattung mit produktiven Ressourcen ist es zu einer vergleichsweise schlechten wirtschaftlichen Entwicklung im Ruhrgebiet gekommen (Schaubild 29). Diese Region ist in der Entwicklung ihrer Wirtschaftskraft nicht nur hinter anderen Industrieregionen, sondern auch hinter dem Bundesgebiet insgesamt zurückgeblieben.

– Hatte das Ruhrgebiet 1957 noch einen Anteil von 12,2 vH am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik, so nahm dieser Anteil bis 1970 auf 9,2 vH ab. Im Jahre 1980 betrug er – auf der Basis der Bruttowertschöpfung – nur noch 8,6 vH, bis 1987 sank er auf 8,2 vH. Dem entsprach im wesentlichen auch die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen insgesamt, an dessen Wirtschaftskraft das Ruhrgebiet einen wesentlichen Anteil hat.

– Entsprechend ungünstig ist die Beschäftigungsentwicklung verlaufen. Allein von 1980 bis 1987 nahm die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Arbeitsamtsbezirken des Ruhrgebiets um 6,4 vH ab. Am stärksten war der Beschäftigungsabbau in den Bezirken Duisburg und Dortmund mit 15,2 vH beziehungsweise 9,6 vH. Im Bundesdurchschnitt war dagegen eine Zunahme von 0,9 vH zu verzeichnen (Tabelle 47). Mit Blick auf die Struktur der Beschäftigten im Ruhrgebiet läßt sich ein unterproportionaler Anteil von Frauen und Teilzeitbeschäftigten sowie von Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung feststellen.

– Die schlechte Beschäftigungsentwicklung im Ruhrgebiet hat sich – trotz einer hohen Abwanderung – auch in einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote niedergeschlagen. Lag diese in den sechziger Jahren noch unter dem Bundesdurchschnitt, so kehrte sich das Verhältnis seit Beginn der siebziger Jahre um. Schon 1980 war die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet mit 5,3 vH deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (3,5 vH). Im September 1988 betrug die Arbeitslosenquote im Revier 15,1 vH gegenüber 8,1 vH im Bundesdurchschnitt und 9,0 vH in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet.

– Die Bevölkerungszahl im Ruhrgebiet ist rückläufig; während sie zwischen 1950 und 1965 um mehr als eine Million Einwohner zugenommen hatte, ist sie seitdem um knapp 500 000 Einwohner zurückgegangen. Diese negative Bevölkerungsentwicklung im Ruhrgebiet war in erster Linie auf Wanderungsverluste zurückzuführen, zu denen seit 1970 noch ein Überschuß der Sterbefälle über die Geburten kam; Wanderungsgewinne konnten nur kurzzeitig jeweils zu Beginn der siebziger und der achtziger Jahre erzielt werden.

Der hohe Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung, der hohe Wanderungsverlust und die ausgeprägte Arbeitslosigkeit weisen auf eine ökonomische Belastungssituation hin. Dabei war die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in den Arbeitsamtsbezirken des Ruhrgebiets mit über 40 Wochen deutlich höher als im Bundesgebiet, wo sie 1987 nur 31 Wochen betrug (Tabelle 47). Einen gegenüber dem Bundesgebiet überdurchschnittlichen Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen haben im Ruhrgebiet Jugendliche, nicht-qualifizierte und ältere Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung oder mit gesundheitlichen Einschränkungen. Die Laufzeit der offenen Stellen war beträchtlich kürzer als im Bundesdurchschnitt.

Trotz dieser negativen Entwicklung ist das Ruhrgebiet noch immer ein Wirtschaftsraum mit einer hohen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. Diese lag 1985 im Ruhrgebiet mit 75 499 DM um 5 vH über dem Durchschnitt im übrigen Nordrhein-Westfalen und um knapp 9 vH über dem Bundesdurchschnitt ohne Nordrhein-Westfalen. Dies drückt sich auch in einer vergleichsweise hohen Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe aus.

Wirtschaftliche Eckdaten für das Ruhrgebiet im Vergleich

	Berichtszeit	Ruhrgebiet „KVR“ ¹⁾	Nordrhein- Westfalen ohne Ruhrgebiet	Bundesgebiet ohne Nordrhein- Westfalen
Bevölkerung				
Bevölkerungsstand	31. 12. 1986			
Insgesamt (in 1 000)		5 178	11 498	44 464
Ausländer (in 1 000)		425	934	3 154
Bevölkerungsdichte (Einwohner je km ²)		1 168	388	207
Bevölkerungsentwicklung	31. 12. 1978/86			
Insgesamt (in 1 000)		- 247	- 83	+ 149
Durchschn. jährl. Veränderung in vH ²⁾		- 0,6	- 0,1	+ 0,0
Wanderungssaldo ³⁾	1979/86			
Insgesamt (in 1 000)		-119,1	+ 16,6	+766,5
Natürliche Bevölkerungsbewegungen ⁴⁾				
Saldo insgesamt (in 1 000)		-128,1	-100,1	-617,2
Sozialhilfeempfänger	1986			
Insgesamt (in 1 000)		317,2	659,4	2 043,1
je 1 000 Einwohner		61	57	51
Wirtschaft				
Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen	1985			
Insgesamt in Mrd DM		145,8	326,6	1 310,6
Durchschn. jährl. Veränderung in vH ²⁾	1980/85	+ 3,2	+ 4,3	+ 4,9
Anteile in vH, davon:				
Land- und Forstwirtschaft	1985	0,4	1,4	2,0
Produzierendes Gewerbe		48,1	42,6	40,9
Handel und Verkehr		15,7	15,1	15,6
Dienstleistungsunternehmen		23,6	26,8	27,7
Staat, private Haushalte etc.		12,2	14,1	13,7
DM je Einwohner		28 075	28 448	29 560
DM je Erwerbstätigen		75 499	71 880	69 323
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1987			
Betriebe		2 404	8 401	33 357
Beschäftigte (in 1 000)		593	1 359	5 103
Betriebsgröße je Beschäftigte		247	162	153
Lohn- und Gehaltssumme (DM je Beschäft.)		46 221	45 696	44 392
Investitionen (DM je Beschäftigten)	1986	8 883	9 750	10 666
Arbeitsmarkt				
Erwerbstätige				
Insgesamt (in 1 000)	1986	1 958	4 792	18 952
Durchschn. jährl. Veränderung in vH ²⁾	1978/86	- 0,7	+ 0,3	+ 0,0
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer				
Insgesamt (in 1 000)	30. 6. 1987	1 642	3 902	15 501
Durchschn. jährl. Veränderung in vH ²⁾	1978/87	- 0,7	+ 0,4	+ 0,7
Arbeitslosigkeit ⁵⁾				
Arbeitslose (in 1 000)	1987	262	475	1 492
Durchschn. jährl. Veränderung in vH ²⁾	1978/87	+ 10,0	+ 10,0	+ 9,1
Arbeitslosenquote (in vH)	1987	15,1	9,5	8,1

¹⁾ In der Abgrenzung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, bestehend aus den kreisfreien Städten: Duisburg, Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm, Herne und den Landkreisen: Wesel, Recklinghausen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Unna. — ²⁾ Für den jeweils angegebenen Zeitraum. — ³⁾ Überschuß der Zuzüge (+) bzw. der Fortzüge (-). — ⁴⁾ Geburten (+)-, Sterbefallüberschuß (-). — ⁵⁾ Für das Ruhrgebiet nach den jeweiligen Arbeitsamtsbezirken; Jahresdurchschnitte.

Quelle für Ruhrgebiet: Kommunalverband Ruhrgebiet

Schaubild 29

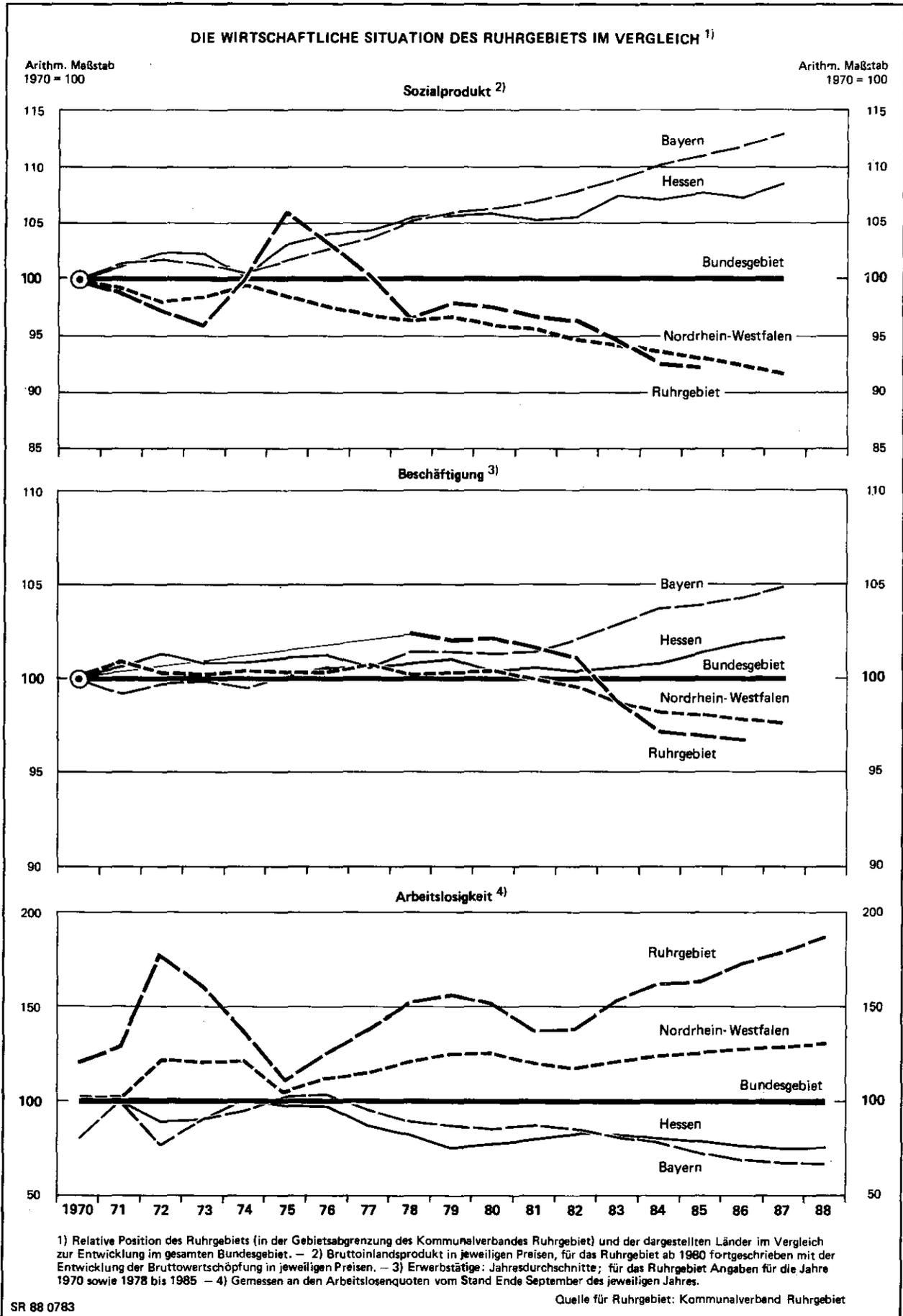


Tabelle 47

Arbeitsmarktindikatoren für die Arbeitsamtsbezirke des Ruhrgebiets
Beschäftigung¹⁾

Gebietseinheit	Beschäftigte insgesamt		Veränderung 1980–1987	Anteile (1987) ²⁾				Beschäftigungs- quote 1986 ⁵⁾
	1980	1987		Frauen	Jugendliche ³⁾	Teilzeitbeschäftigte	Dienstleistungen ⁴⁾	
	Anzahl		vH					
Bochum	196 070	182 989	- 6,7	35,5	6,6	8,2	39,0	32,6
Dortmund	273 892	247 538	- 9,6	36,7	7,4	8,8	46,5	33,8
Duisburg	224 358	190 334	-15,2	31,0	6,6	7,4	40,2	37,0
Essen	235 187	221 149	- 6,0	38,7	6,2	9,2	52,6	35,4
Gelsenkirchen	151 690	139 137	- 8,3	36,0	8,7	8,1	37,2	29,1
Hagen	198 027	187 656	- 5,2	36,5	7,0	9,2	34,8	34,1
Hamm	113 361	113 562	+ 0,2	35,9	9,1	9,1	36,0	27,3
Oberhausen	138 753	127 298	- 8,3	35,9	7,3	9,1	41,0	32,0
Recklinghausen	149 606	148 003	- 1,1	34,7	10,2	7,7	36,6	25,9
Wesel	169 126	174 455	+ 3,2	35,1	10,1	7,9	37,1	24,7
Nordrhein-Westfalen	5 706 250	5 642 501	- 1,1	37,7	7,6	8,5	41,2	32,9
Bundesgebiet	21 247 359	21 427 967	+ 0,9	40,3	8,4	9,6	42,0	34,0

Arbeitslosigkeit 1987⁶⁾

Gebietseinheit	Arbeitslose			Arbeitslosenquote		Dauer der Arbeitslosigkeit	Nachricht- lich: Laufzeit der offenen Stellen
	insgesamt	Veränderung 1980–1987	darunter: Anteil der Frauen	insgesamt	Jugendliche		
	Anzahl	vH		Wochen			
Bochum	32 224	+156,7	41,0	16,2	11,6	48,6	3,2
Dortmund	44 822	+161,8	40,3	17,1	10,2	51,2	3,6
Duisburg	31 984	+132,3	38,9	16,3	11,9	47,9	4,9
Essen	34 200	+157,5	41,2	15,4	10,5	51,3	2,8
Gelsenkirchen	27 234	+130,6	41,5	16,2	10,6	45,6	2,5
Hagen	25 396	+144,9	46,2	12,3	9,8	43,5	4,3
Hamm	18 652	+144,3	46,7	13,3	8,9	24,5	4,4
Oberhausen	21 836	+175,7	39,6	15,3	10,0	47,9	5,1
Recklinghausen	25 859	+159,3	45,8	14,0	8,8	44,2	3,7
Wesel	28 258	+160,2	44,8	12,9	7,9	38,6	4,0
Nordrhein-Westfalen	737 043	+153,2	45,0	11,0	8,3	38,8	4,0
Bundesgebiet	2 228 788	+150,7	45,8	8,9	6,3	31,1	4,9

¹⁾ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Stand am 30. September des jeweiligen Jahres).

²⁾ An den beschäftigten Arbeitnehmern insgesamt.

³⁾ Unter 20 Jahren.

⁴⁾ Anteil der in den Bereichen Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und sonstige Dienstleistungen Beschäftigten an den beschäftigten Arbeitnehmern insgesamt in vH.

⁵⁾ Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer insgesamt an der Bevölkerung insgesamt in vH (Stand: Juni 1986).

⁶⁾ Jahresdurchschnitt.

Quelle: BA

384. Die geringe durchschnittliche Wachstumsrate im Ruhrgebiet ist zunächst im Zusammenhang mit dem hohen Anteil der Montanindustrien in dieser Region zu sehen. Wie eine im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung erarbeitete Studie zeigt, ist der Anteil von Bergbau und eisenschaffender Industrie an der Industriebeschäftigung im Ruhrgebiet zwar gesunken, er lag aber 1986 mit einem Drittel immer noch hoch. Gemessen an der industriellen Nettoproduktion betrug der Montananteil 1986 im Ruhr-

gebiet gut 33 vH, verglichen mit nur 5½ vH im Bundesgebiet (Tabelle 48). Damit dominiert in der Industrie im Ruhrgebiet ein Sektor, der inzwischen von einem früheren Wachstumspol zu einem Schrumpfungspol geworden ist; dies wirkt sich wegen der wirtschaftlichen Verflechtung mit anderen Sektoren negativ auf deren Entwicklung aus. Sowohl gemessen an seiner rückläufigen Nettoproduktion als auch an seiner zurückgegangenen Beschäftigung muß der Montanbereich daher als ein belastender Sektor für

Tabelle 48

Die Nettoproduktion¹⁾ im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe für das Ruhrgebiet im Vergleich

Branchen	Ruhrgebiet			Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet			Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen		
	1986 Mio DM	Veränderung 1981/86		1986 Mio DM	Veränderung 1981/86		1986 Mio DM	Veränderung 1981/86	
		Mio DM	vH		Mio DM	vH		Mio DM	vH
Bergbau	10 204	-1 518	-12,9	3 206	- 233	- 6,8	6 142	- 1 388	-18,4
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	14 507	- 798	- 5,2	44 069	+ 778	+ 1,8	105 845	+ 4 275	+ 4,2
davon:									
Mineralölverarbeitung	1 808	- 643	-26,2	1 558	+ 314	+ 25,2	15 863	- 2 295	-12,6
Steine und Erden	1 119	- 6	- 0,6	3 054	- 695	- 18,5	10 011	- 1 138	-10,2
Eisenschaffende Industrie	4 552	- 384	- 7,8	6 477	-1 259	- 16,3	6 601	- 533	- 7,5
NE-Metallerzeugung	1 062	+ 142	+15,4	2 588	+ 431	+ 20,0	4 568	+ 682	+17,5
Eisen-, Stahl- u. Tempergießerei	246	- 142	-36,7	1 598	- 92	- 5,4	3 928	- 231	- 5,6
NE-Metallgießerei	67	+ 9	+15,0	852	+ 208	+ 32,4	2 650	+ 315	+13,5
Ziehereien, Kaltwalzwerke	418	- 124	-22,9	1 887	- 53	- 2,7	1 286	+ 83	+ 6,9
Chemische Industrie	4 509	+ 243	+ 5,7	21 277	+1 095	+ 5,4	45 375	+ 5 197	+12,9
Flachglaserzeugung	375	+ 36	+10,5	827	+ 145	+ 21,1	2 363	+ 382	+19,2
Holzbearbeitung	28	- 18	-38,6	926	+ 117	+ 14,4	2 220	- 5	- 0,2
Papier-, Pappeerzeugung	281	+ 77	+37,5	1 565	+ 103	+ 7,0	4 811	+ 919	+23,6
Gummiverarbeitung	42	+ 14	+49,0	1 461	+ 466	+ 46,8	6 169	+ 900	+17,1
Investitionsgüter prod. Gewerbe ..	13 685	- 852	- 5,9	63 426	+6 821	+ 12,0	242 930	+42 023	+20,9
davon:									
Stahlverformung	470	- 90	-16,1	4 076	+ 123	+ 3,1	4 966	+ 714	+16,8
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	1 543	- 856	-35,7	4 185	- 423	- 9,2	4 881	- 569	-10,4
Maschinenbau	4 052	- 253	- 5,9	18 964	- 679	- 3,5	58 339	+ 5 230	+ 9,8
Straßenfahrzeugbau	3 713	+ 405	+12,3	11 313	+3 238	+ 40,1	61 075	+ 8 427	+16,0
Schiffbau	0	0	0	41	- 43	- 51,1	2 115	- 917	-30,2
Elektrotechnik	2 448	- 172	- 6,6	12 113	+2 072	+ 20,6	67 126	+15 604	+30,3
Feinmechanik, Optik	196	+ 4	+ 2,2	2 207	+ 278	+ 14,5	8 087	+ 723	+ 9,8
Herstellung von EBM-Waren ..	1 263	+ 110	+ 9,5	8 563	+1 041	+ 13,8	12 473	+ 1 287	+11,5
Büro-, Informationstechnik	0	0	0	1 963	+1 212	+161,4	23 866	+11 522	+93,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe ..	3 090	- 29	- 0,9	24 665	+1 124	+ 4,8	66 259	+ 1 507	+ 2,3
davon:									
Herstellung v. Musikinstr., Spielwaren usw.	36	- 28	-44,3	268	+ 36	+ 15,9	3 809	+ 54	+ 1,5
Feinkeramik	52	+ 14	+34,6	190	- 91	- 32,3	2 685	- 209	- 7,2
Hohlglaserzeugung	272	+ 18	+ 7,1	857	+ 13	+ 1,5	2 078	+ 233	+12,6
Holzverarbeitung	301	- 22	- 6,8	5 662	- 463	- 7,6	6 958	- 1 538	-18,1
Papier-, Pappeverarbeitung	217	+ 1	+ 0,6	2 602	+ 333	+ 14,7	6 186	+ 696	+12,7
Druckerei, Vervielfältigung	939	- 1	- 0,1	2 618	+ 231	+ 9,7	10 461	+ 426	+ 4,2
H. v. Kunststoffwaren	664	+ 49	+ 7,9	5 718	+1 309	+ 29,7	14 162	+ 2 956	+26,4
Ledererzeugung/-verarbeitung ..	126	+ 8	+ 6,6	534	- 40	- 7,1	2 567	- 583	-18,5
Textilgewerbe	246	+ 13	+ 5,8	4 025	- 38	- 0,9	9 472	+ 478	+ 5,3
Bekleidungsgewerbe	237	- 80	-25,3	2 191	- 166	- 7,0	7 880	- 1 008	-11,3
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	2 794	+ 114	+ 4,3	12 703	+ 921	+ 7,8	49 826	+ 1 411	+ 2,9
davon:									
Ernährungsgewerbe	2 794	+ 114	+ 4,3	12 352	+ 935	+ 8,2	32 468	+ 1 055	+ 3,4
Tabakverarbeitung	0	0	0	351	- 14	- 3,8	17 358	+ 356	+ 2,1
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	44 281	-3 082	- 6,5	148 070	+9 412	+ 6,8	470 999	+47 825	+11,3

1) Nettoproduktion in Preisen von 1980.

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

das Ruhrgebiet betrachtet werden, der die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr stützt, sondern hemmt. Vom Rückgang der Industriebeschäftigung im Ruhrgebiet um 88 000 (14,3 vH) entfiel zwischen 1981 und 1986 etwas mehr als die Hälfte auf den Montansektor. Am Rückgang der industriellen Nettoproduktion hatte der Montansektor im gleichen Zeitraum einen Anteil von gut 60 vH.

385. Die Probleme des Ruhrgebiets angesichts dieses Befundes ausschließlich einer Dominanz des Montansektors anzulasten, wäre voreilig.

Die im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet überdurchschnittlichen Arbeitsplatzverluste beschränken sich im Ruhrgebiet keineswegs auf den Montansektor. Mit Ausnahme des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes wiesen alle Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1981 und 1986 im Ruhrgebiet überdurchschnittliche Arbeitsplatzverluste auf. Dabei ist der negative Abstand zum Bundesgebiet am größten bei den Grundstoffindustrien und Investitionsgüterindustrien. Auffällig ist, daß die Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie sowie der Bereich Kunststoffverarbeitung, Bereiche, die kaum einen besonderen Bezug zum schrumpfenden Montansektor aufweisen, im Ruhrgebiet ebenfalls eine deutlich schlechtere Beschäftigungsbilanz haben als im übrigen Bundesgebiet (Tabelle 2R, Seite 207).

Auch ein Vergleich der Entwicklung der industriellen Nettoproduktion im Ruhrgebiet mit dem übrigen Bundesgebiet läßt es zweifelhaft erscheinen, daß man die industriellen Wachstumsdefizite dieser Region allein mit einer ungünstigen sektoralen Struktur erklären kann. Bei Industriezweigen, die bundesweit ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen, wie zum Beispiel die Elektrotechnik, ist die Zuwachsrate der Nettoproduktion im Ruhrgebiet seit 1981 deutlich gegenüber der Zuwachsrate im übrigen Bundesgebiet zurückgeblieben. Analog waren die Produktionseinbußen bei wachstumsschwachen Branchen, zum Beispiel beim Bekleidungs- und Textilgewerbe, im Ruhrgebiet teilweise mehr als doppelt so hoch wie im Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen. Insgesamt ist die industrielle Nettoproduktion im Zeitraum zwischen 1981 und 1986 im Ruhrgebiet um 6,5 vH geschrumpft, während sie im Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen um 11,3 vH gestiegen ist.

386. Ein schematischer Vergleich mit der bundesweiten sektoralen Entwicklung wird allerdings den vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Sektoren nicht gerecht. Wegen der intersektoralen Verflechtungen sind mit dem Verlust von Arbeitsplätzen im Montanbereich auch negative Auswirkungen auf die Nachfrage nach Produkten anderer Wirtschaftszweige, etwa des Dienstleistungssektors, einhergegangen. Entsprechend verwundert es nicht, daß sich auch die dominierenden Dienstleistungssektoren im Ruhrgebiet nur unterproportional entwickelt haben (Tabelle 4R, Seite 209). Insbesondere die privatwirtschaftlich organisierten Dienstleistungsbereiche Rechts- und Wirtschaftsberatung, Immobilienverwaltung, Wirtschaftswerbung sowie Messen weisen im Vergleich zum übrigen Nordrhein-Westfalen deutlich unterproportionale Zuwachsraten auf. Zwar war in den Dienstleistungssektoren von 1978 bis 1987 insgesamt

ein Zuwachs von 44 000 Beschäftigten (11,3 vH) zu verzeichnen, er fiel allerdings viel zu gering aus, um die Beschäftigungseinbrüche in der Industrie auch nur annähernd aufzufangen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich, wenn man die Dienstleistungsfunktionen in der Industrie näher betrachtet (Tabelle 3R, Seite 208). Hier zeigt sich in allen Branchen ein im Vergleich zum übrigen Nordrhein-Westfalen überproportionaler Beschäftigungsabbau. Insgesamt wurden im genannten Untersuchungszeitraum 13,6 vH der Dienstleistungsarbeitsplätze in der Industrie – das sind 43 460 Arbeitsplätze – abgebaut, in Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet nur 1,7 vH.

387. Ein rascher und gravierender Beschäftigungsabbau in den schrumpfenden Sektoren braucht nicht zu einem regionalen Strukturproblem zu werden, wenn er durch eine entsprechend günstiger verlaufende Entwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen ausgeglichen wird, in denen technischer Fortschritt in Form neuer Produktionsverfahren und neuer Produkte stattfindet. Vorliegende Analysen zum Innovationsverhalten deuten jedoch darauf hin, daß die Ruhrgebietswirtschaft diese Chancen nicht in dem Maße genutzt hat, wie es der strukturelle Wandel erforderte. So hat das Ruhrgebiet im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet nur unterproportional investiert und seinen Vorsprung bei der Arbeitsproduktivität weitgehend verloren. Betrachtet man beispielsweise die Produktion sogenannter technologieintensiver Güter, dann wird zweierlei deutlich: Der Anteil dieser Güter an der Gesamtproduktion im Ruhrgebiet wick 1986 zwar nicht entscheidend von dem im übrigen Nordrhein-Westfalen ab; im Zeitraum von 1978 bis 1986 waren im Ruhrgebiet jedoch erheblich niedrigere Zuwachsraten für diese Güter zu beobachten. Das gilt sowohl bei einer engen Abgrenzung technologieintensiver Güter, wie sie etwa vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommen wird, als auch bei einer weiten Abgrenzung, wie der des Instituts für Weltwirtschaft.

388. Schließlich kann die Entwicklung des Ruhrgebiets nicht unabhängig von der in Nordrhein-Westfalen insgesamt gesehen werden; das gleiche gilt auch umgekehrt. Zum einen besitzt das Ruhrgebiet mit einem Anteil von etwa 30 vH an der Beschäftigung und Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen ein großes Gewicht in der Wirtschaft dieses Landes. Zum anderen wird das Ruhrgebiet von der allgemeinen Entwicklung in diesem Bundesland stark beeinflusst. Aus vorliegenden Untersuchungen geht hervor, daß auch in den nicht zum Ruhrgebiet gehörenden Teilen Nordrhein-Westfalens die industrielle Entwicklung schlechter verlaufen ist als im übrigen Bundesgebiet. Insbesondere seit Beginn der achtziger Jahre zeigt sich – gemessen an Auftragseingängen und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe – eine deutlich negative Abkoppelung nicht nur des Ruhrgebiets, sondern auch der übrigen Teile Nordrhein-Westfalens vom Trend in der Bundesrepublik insgesamt. Auch die Anzahl der Industriebeschäftigten hat hier zwischen 1981 und 1986 mit gut 5 vH stärker abgenommen als im übrigen Bundesgebiet mit gut 3½ vH, was vor allem auf vergleichsweise geringe Zuwächse in den wachstumsstarken Wirtschaftsbereichen zurückgeht. Auch beim aussagekräftigen Vergleich der

realen industriellen Nettoproduktion zeigen sich Wachstumsrückstände für die nicht zum Ruhrgebiet gehörenden Teile Nordrhein-Westfalens.

Es scheint somit neben dem negativen Einfluß des Montansektors und neben regionsspezifischen Problemen des Ruhrgebiets auch landesspezifische Entwicklungshemmnisse zu geben, die als mögliche Erklärungsfaktoren für die ungünstige Entwicklung des Ruhrgebiets herangezogen werden können (Ziffer 396). Daneben spielen aber auch spezifische lokal bedingte Standortdefizite eine Rolle.

Entwicklungshemmende Faktoren

389. Der Niedergang der alten Industrien mit seinen sozialen und politischen Begleiterscheinungen hat auf das wirtschaftliche Klima und die Anziehungskraft der Region insgesamt einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Hervorzuheben sind vor allem folgende negative Einflüsse des dominanten Montanbereichs auf die Attraktivität des Ruhrgebiets:

- Die lange Dominanz der Montanindustrie hat dazu beigetragen, daß die Lohnkosten im Ruhrgebiet vergleichsweise hoch sind.
- Der überproportional hohe Flächenbedarf pro Arbeitsplatz, der den Montanbereich kennzeichnet, hat im Ruhrgebiet teilweise zur Knappheit von geeigneten Ansiedlungsflächen für Unternehmen anderer Wirtschaftszweige geführt. Zeitweise wurden auch Flächen von den bereits ansässigen Großunternehmen gehortet; das hat die Ansiedlung neuer Unternehmen, in denen man Konkurrenten um qualifizierte Arbeitskräfte erblickte, erschwert.
- Von den zur Verfügung stehenden Flächen sind viele durch ihre vorherige Nutzung vorbelastet (kontaminiert) oder aufgrund ihrer Lage für Unternehmen anderer Wirtschaftszweige ungeeignet. Sowohl die für das Ruhrgebiet typische Gemengelage von Wohn- und Arbeitsstätten als auch die auf die Bedürfnisse der Montanindustrie zugeschnittene Infrastruktur sind für die Erfordernisse einer stärker mittelständisch und auf den tertiären Sektor hin ausgerichtete Umstrukturierung der Wirtschaft wenig hilfreich.
- Die Umwelt hat stark gelitten; ihre Verbesserung seit Anfang der siebziger Jahre war nur mit hohen Kosten möglich. Die höhere Umweltqualität konkurrierender Regionen konnte gleichwohl nicht erreicht werden.

Von nicht gering einzuschätzender Bedeutung ist der Einfluß, den der dominierende Montansektor auf das allgemeine Wirtschaftsklima und das Denken der Menschen im Ruhrgebiet ausgeübt hat. Notwendige Anpassungen an veränderte Marktbedingungen wurden beim Stahl und mehr noch bei der Kohle durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und Kartellierung verzögert. Dies ging auf Kosten anderer Wirtschaftszweige, und es war auch der Entfaltung unternehmerischer Initiative und beruflicher Flexibilität im Ruhrgebiet nicht gerade zuträglich. Dominanz der technischen über die kaufmännische Seite in der Unterneh-

mensleitung und eine ausgeprägte Tendenz zum Festhalten am Überkommenen bei den Unternehmensleitungen, Anspruchsdenken im Sinne des Rechts auf einen bestimmten Arbeitsplatz an einem bestimmten Ort zu einem überdurchschnittlichen Lohn auf der Seite der Arbeitnehmer waren die Folge. Aber auch die politischen Entscheidungsträger, insbesondere auf kommunaler Ebene, haben sich lange Zeit auf die Konservierung des Bestehenden verlassen. Hier spielte auch eine Rolle, daß Vertreter der Montanindustrie vielfach gleichzeitig kommunale Verantwortung trugen und es auf diese Weise in vielen Fällen nicht mehr gewährleistet werden konnte, daß den Interessen anderer Wirtschaftszweige und denen der Bürger das angemessene Gewicht gegenüber den Interessen der Montanindustrie beigemessen wurde.

390. Regionale Analysen der durchschnittlichen Jahresbruttolöhne zeigen, daß das Ruhrgebiet trotz hoher Arbeitslosigkeit zu den Hochlohnregionen zählt. Der durchschnittliche Bruttojahresarbeitslohn lag 1986 in den Arbeitsamtsbezirken des Ruhrgebiets mit Ausnahme der nördlichen Bezirke Gelsenkirchen, Hamm, Recklinghausen und Wesel über dem Bundesdurchschnitt von 29 809 DM, am deutlichsten im Arbeitsamtsbezirk Essen mit 33 394 DM, gefolgt von den Bezirken Duisburg, Bochum und Dortmund.

Obwohl der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe, Lohnstruktur und Beschäftigung empirisch noch nicht vollständig geklärt ist, läßt sich doch feststellen, daß die Tarifpolitik nicht die für den Strukturwandel notwendige Rücksicht auf die Lage der Krisenbranchen genommen hat. Trotz erheblicher Arbeitsplatzverluste und damit verbundener Aufwendungen der Unternehmen für Sozialpläne waren unverminderte Lohnforderungen zu beobachten, die zudem mit dem Hinweis auf Subventionen gerechtfertigt wurden. Für das metallverarbeitende Gewerbe konnte nachgewiesen werden, daß die übertariflichen Lohnzuschläge gerade in den Ruhrgebietsregionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit am wenigsten abgebaut wurden und deutlich höher lagen als in den anderen Regionen.

Durch die von der Politik gestützten Forderungen, für die im Montansektor eingetretenen Arbeitsplatzverluste gleichwertige Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, wurden Erwartungen der Arbeitnehmer genährt, in absehbarer Zeit einen neuen Arbeitsplatz mit gleich hoher Entlohnung zu finden. Dadurch sank die Bereitschaft, gegebenenfalls auch einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz mit anderen und oftmals geringeren beruflichen Anforderungen anzunehmen. Das hat das Lohnniveau im Ruhrgebiet hoch gehalten. Neue Arbeitsplätze außerhalb des Montanbereichs sind deshalb vielfach nicht rentabel, so daß die Ansiedlung neuer Betriebe und die damit verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze unterbleibt.

Der Sinn geringerer Lohnsteigerungen in Krisenbranchen und Krisenregionen wird gelegentlich mit dem Hinweis darauf bezweifelt, daß dadurch der notwendige Strukturwandel gebremst werde. Richtig ist daran, daß die Verteidigung eines hohen Lohnniveaus in Krisenbranchen die internationale Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellt, so daß Stilllegungen und Massenentlassungen die Folge sind. Übersehen wird, daß

es Zweck entsprechend zurückhaltender Lohnsteigerungen in Krisenbranchen ist, die Signale des Marktes rechtzeitig auch für den einzelnen Arbeitnehmer erkennbar zu machen und so einen sozial verträglichen sowie zeitlich gestreckten Beschäftigungsabbau zu ermöglichen. Auch wenn dadurch die betroffenen Arbeitsplätze nicht auf Dauer erhalten werden können, erleichtert der im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen eintretende Rückgang des Lohnniveaus den notwendigen Wechsel der Arbeitskräfte in rentable Produktionen, in denen höhere Reallöhne möglich sind.

391. Als Handicap für das Ruhrgebiet haben sich im Zuge eines erhöhten Umweltbewußtseins seine historisch gewachsene, vorwiegend industriell geprägte Wirtschaftsstruktur und die auf den Montansektor zugeschnittene Infrastruktur erwiesen. Das Revier ist aufgrund des hohen Industrieanteils an seiner Wirtschaft überdurchschnittlich hoch mit Umweltkosten belastet, und seine dichte Besiedlung macht es schwerer als in anderen Regionen, zum Beispiel den heutigen Vorstellungen über Lärmschutz und Mindestabstände gerecht zu werden. Inzwischen sind hier allerdings Erleichterungen für die Unternehmen im Revier, unter anderem durch Novellierung des Planungs- und Abstandserlasses eingetreten.

392. Zu den historisch bedingten Belastungen des Reviers gehört zweifellos das besondere Problem der kontaminierten Flächen, die aufgrund früherer industrieller Nutzung heute nicht mehr oder nur noch mit hohen Kosten und Risiken anderweitiger Nutzung zugänglich gemacht werden können. Solche Altlasten bestehen vor allem in Form von stillgelegten Abfallablagerungen, Aufhaldungen und Altablagerungen, oder es handelt sich um aufgelassene Industrie- und Gewerbeflächen, von denen Gefahren für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ausgehen. In Nordrhein-Westfalen waren 1986 etwas mehr als 8 500 solcher Flächen erfaßt. Etwas mehr als 80 vH des Flächenbestands im Grundstücksfonds Ruhr standen unter dem Verdacht, Altlasten zu enthalten. Hauptsächlich handelt es sich bei diesen Flächen um ehemalige Zechengelände oder aufgelassene Standorte von Eisen- und Hüttenwerken, Betrieben der Metallverarbeitung und -veredelung oder Gießereien. Die Belastungen stammen zum Teil noch aus dem vorigen Jahrhundert und hätten daher auch bei einer früher einsetzenden Rückführung des Montansektors nicht vermieden werden können. Inwieweit mit dem Problem der kontaminierten Böden ein wirklicher Flächenengpaß im Ruhrgebiet vorhanden ist, der die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, ist umstritten. Während die Kommunen im Ruhrgebiet hierin ein erhebliches Hemmnis für ihre Wirtschaftsförderungsaktivitäten sehen, geht die Landesregierung inzwischen davon aus, daß keine beabsichtigte Industrie- oder Gewerbeansiedlung in Nordrhein-Westfalen an einem Mangel an geeigneten Flächen zu scheitern brauche. Für letzteres spricht auch die bisher geringe Nachfrage seitens der gewerblichen Wirtschaft nach den vom Grundstücksfonds Ruhr aufbereiteten und angebotenen Flächen (Ziffer 389). Zudem gibt es offenbar erhebliche Unterschiede innerhalb des Reviers. So schätzt auch die Landesregierung die Massierung von Industriebranchen im nördlichen Ruhrge-

biet als eine Sperre für die regionale Entwicklung ein. Auch für die innerstädtische Entwicklung sind Brachflächen und die historisch bedingte Gemengelage von Gewerbe- und Wohngebieten offenbar vielfach ein ernsthaftes Hindernis.

393. Eine Erblast von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch das schlechte Image der Region in den Augen der Bewohner anderer Teile der Bundesrepublik. Die Ruhrgebietsstädte haben die schlechtesten Imagewerte aller deutschen Großstädte und fallen in der Einschätzung als Wohn- und Standort weit hinter den nur wenige Kilometer entfernten Städten Düsseldorf und Köln zurück. Besonders negativ werden vorliegenden Untersuchungen zufolge die Merkmale Landschaft, Wohnverhältnisse, Verkehrssituation und Gesundheit im Ruhrgebiet eingeschätzt. Selbst die Bewohner des Ruhrgebiets sehen hier am ehesten Defizite, wenngleich sie insgesamt zu einer deutlich positiveren Bewertung des Ruhrgebiets als Lebensraum kommen. Außerhalb des Reviers lehnten es 60 vH der befragten Bundesbürger nach einer Umfrage des Kommunalverbandes Ruhrgebiet 1985 generell ab, ins Revier zu ziehen, ein weiteres Drittel würde nur ungern im Revier leben.

Das negative Erscheinungsbild des Reviers im Urteil von Außenstehenden läßt sich zu einem großen Teil auf die großindustriell geprägte Vergangenheit zurückführen. Inzwischen hat sich aber vieles verändert, worauf auch die insgesamt weitaus positivere Einschätzung des Ruhrgebiets durch seine Bewohner selbst hindeutet. Faktoren wie Kulturangebot, Einkommen, Berufs- und Bildungsmöglichkeiten im Ruhrgebiet werden auch von Bewohnern anderer Landesteile überwiegend positiv eingeschätzt. Gleichwohl bleibt das insgesamt schlechte Abschneiden des Ruhrgebiets im Urteil der Menschen ein belastender Faktor für seine wirtschaftliche Entwicklung.

394. Ein erheblicher Teil der Standortdefizite des Ruhrgebiets ist auch politischen Fehlern und Versäumnissen zuzuschreiben. An finanziellen Mitteln, die dem Ruhrgebiet zugeflossen sind, hat es nicht gefehlt. Doch nicht alle Defizite haben mit einem Mangel an Geld zu tun. Eine dynamisch wachsende Wirtschaft braucht nicht nur Arbeit, Kapital und eine gute Infrastruktur, sie braucht vor allem Gestaltungsspielräume, um mit neuen Ideen, Produkten und Organisationsformen erfolgreich zu sein. Wenn es hieran fehlt, dann helfen auch finanzielle Prämien nichts, zumal dann nicht, wenn sie in einer ungewöhnlichen Vielzahl von verschiedenen Förderprogrammen versteckt sind. Allein für die gewerbliche Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen weist eine Zusammenstellung der Industrie- und Handelskammern von 1986 mehr als 80 verschiedene Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand aus.

395. Die Regelungsdichte in einem Land, durch die Handlungsspielräume eingeschränkt werden, ist kaum objektiv meßbar, noch weniger ihre konkrete Handhabung durch die Organe der Exekutive, auf die es im Zweifel vor allem ankommt. Entsprechende Klagen in Nordrhein-Westfalen betreffen vor allem die hohen Hürden und langen Entscheidungswege, die für die Genehmigung größerer Investitionsvorhaben

zu überwinden sind, und die Unübersichtlichkeit der öffentlichen Wirtschaftsförderung.

Daß es offenkundig Probleme gibt, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, wird auch von der Landesregierung eingeräumt. Sie hat inzwischen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Dauer von Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen untersuchen soll. Es wird außerdem angestrebt, sowohl für die Genehmigung von Investitionsvorhaben als auch für alle damit zusammenhängenden Finanzierungsfragen jeweils eine zentrale Anlaufstelle für die betreffenden Unternehmen zu schaffen. Ein erster Schritt hierzu wurde mit der Schaffung von Kontaktstellen für die Wirtschaft bei den Regierungspräsidenten getan.

Überdies spielen ökologische Bedenken, aber auch Belange des Denkmalschutzes und der sogenannten Sozialverträglichkeit in Nordrhein-Westfalen offenbar eine besonders große Rolle, wenn es um die Genehmigung von Investitionen geht. Auch der Bund hat dies erfahren, als er mit geplanten Autobahnprojekten in diesem Bundesland an Widerständen beim Land und auf örtlicher Ebene scheiterte. Der Gewerbeaufsicht Nordrhein-Westfalen wurden lange Zeit besondere Strenge und mangelndes Fingerspitzengefühl nachgesagt.

396. Für gesetzliche Regulierungen, die dem Schutz der Umwelt oder der sozialen Sicherung und Besserstellung der Arbeitnehmer ein besonders hohes Gewicht einräumen, kann es gute Gründe geben. Insbesondere ein dicht besiedeltes Land mit besonderen Problemen im Umweltbereich und auf einem Arbeitsmarkt wie Nordrhein-Westfalen mag in mancher Hinsicht einen höheren Regelungsbedarf sehen als andere Regionen. Vernachlässigt wird dabei jedoch, daß Regulierungen das Aufholen einiger Problemregionen gegenüber anderen, prosperierenden Regionen besonders erschweren. Stets sind auch die Kosten entsprechender Regulierungen im Auge zu behalten, die sich für die Unternehmen nicht zuletzt in Form langer Genehmigungszeiten, eines hohen Planungsrisikos und zunehmender Rechtsunsicherheit aufgrund der Vielzahl von einzuschaltenden Stellen und einschlägigen Vorschriften niederschlagen. Von kommunaler Seite wurden besonders die langen Bearbeitungszeiten bei der Besiedlung von ehemaligen Industrie- und Gewerbebeständen sowie die erheblichen Verzögerungen bei Abstimmungsverfahren mit den übergeordneten Planungsbehörden hervorgehoben. Allein für die Dauer der Verfahren zur Ausweisung von Gewerbeflächen werden für Nordrhein-Westfalen Zeiträume von 5 bis 7 Jahren genannt, und auch danach werden viele Baupläne noch durch entsprechende Klagen vereitelt, oft nur aufgrund von Formfehlern.

In einer gemeinsamen Denkschrift der Industrie- und Handelskammern des Landes aus dem Jahre 1985 werden „landesspezifische Hemmnisse“ für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und eine „Asymmetrie im Wirkungsverhältnis von kosten erhöhender Eingriffskompetenz und positiver Gestaltungsmöglichkeit der Wirtschaftspolitik des Landes“ beklagt. Die Handelskammern kommen zu dem Schluß, daß die Wirtschaft statt durch Programme und direkte Aktivitäten vielmehr durch eine wachstums-

und investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik unterstützt werden muß, und sie weisen dabei ausdrücklich auf die Bedeutung ausreichender Freiräume für die unternehmerische Betätigung hin.

Selbst wenn jedes der zu beachtenden Gesetze und Verfahren für sich genommen sinnvoll begründet werden kann, so können sie dennoch in ihrer Summe Auswirkungen haben, die eine Reduzierung der Regeldichte angeraten erscheinen lassen; denn es treten hier negative Verbundwirkungen der Art auf, daß wegen hoher Ablehnungsrisiken und Rechtsunsicherheit für den Investor schließlich Investitionen in dem für die wirtschaftliche Entwicklung der Region notwendigen Ausmaß nicht mehr zustande kommen. Die damit verbundenen Nachteile für die Region lassen sich schwerlich den angesprochenen Flexibilitätsbarrieren einzeln zurechnen; gleichwohl können sie durch deren Zusammenwirken verursacht sein.

397. Als belastender Faktor muß auch die Verkehrssituation im Ruhrgebiet angesehen werden. Zwar ist diese Region wie kaum eine andere in das Straßen- und Schienennetz der Bundesrepublik integriert und verfügt auch über eine – an der Fläche gemessen – überdurchschnittliche Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur.

Im Zentrum des Ruhrgebiets gibt es indessen erhebliche Engpässe, vor allem im Straßennetz. Bezieht man die Länge der verfügbaren Straßen im Ruhrgebiet auf die Zahl der Kraftfahrzeuge, so ist die Kraftfahrzeugdichte hier mehr als doppelt so hoch wie im übrigen Bundesgebiet. Dies schlägt sich in täglichen Verkehrsstaus, vor allem in der Ost-West-Richtung nieder. Hier wirkt sich aus, daß die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen jahrelang auf den öffentlichen Personennahverkehr gesetzt hat, während die Bewohner dieser Region unbeirrt dem Automobil den Vorzug geben. Während die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zurückging, hat sich der Anteil des motorisierten Individualverkehrs erhöht. Das Land hat diese Entwicklung dennoch nicht zum Anlaß genommen, seine Verkehrspolitik zu revidieren. Auch Mahnungen etwa des Bundesverkehrsministers oder der Handelskammern im Ruhrgebiet haben bisher eine Erweiterung des Straßennetzes im Ruhrgebiet – diskutiert wurden unter anderem eine Verbreiterung des Ruhr-Schnellwegs und der Bau einer weiteren Ost-West-Achse von Duisburg nach Dortmund – nicht bewirken können. Die Landesregierung betrachtet vielmehr die Erweiterung des Fernstraßennetzes im Ruhrgebiet als weitgehend abgeschlossen. Schließlich ist zu erwähnen, daß das Ruhrgebiet über keinen eigenen internationalen Flughafen verfügt und an den Flughafen der Landeshauptstadt Düsseldorf nur unzureichend angebunden ist.

398. Defizite gibt es in Nordrhein-Westfalen auch in der Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik, öffentlicher Verwaltung und örtlicher Wirtschaft. In einem im März 1988 veröffentlichten gemeinsamen Papier der Oberstadtdirektoren des Landes werden „Reibungsverluste, Steuerungs- und Koordinierungsprobleme sowie Ineffizienzen“ im Zusammenwirken von Kommunalpolitik und kommunaler Verwaltung beklagt. Sie werden auf unklare Aufgaben- und Rollenverteilung in der nordrhein-westfälischen Gemein-

deordnung, auf ein zu hohes Maß an Politisierung von Sachentscheidungen und auf ein übertriebenes Mitsprache- und Schutzrecht für Minderheiten bei kommunalen Entscheidungen zurückgeführt. Moniert wird auch ein zu hohes Maß an Mischfinanzierung zwischen Kommunen und übergeordneten Gebietskörperschaften, wodurch Verantwortlichkeiten verwischt und Verschwendung begünstigt werden. Die Landesregierung prüft derzeit, ob die seit 40 Jahren bestehende Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen einer Reform bedarf.

Sektorale Strukturpolitik hat strukturellen Anpassungsprozeß gehemmt

399. Der Niedergang von Kohle und Stahl, den einst tragenden Pfeilern der Ruhrgebietswirtschaft, hat nicht über Nacht eingesetzt. Die Blütezeit der Montanindustrie neigte sich vielmehr schon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ihrem Ende zu. Bereits in den zwanziger Jahren war es infolge stockenden Absatzes von schwerindustriellen Erzeugnissen im Ruhrgebiet zu einer ernsten Krise und einem Beschäftigungsabbau im Montanbereich von annähernd 200 000 Personen beziehungsweise mehr als einem Drittel des Beschäftigungsstandes gekommen. Wenn es dennoch nochmals zu einer Renaissance der Montanindustrie und mit ihr auch zu einer prosperierenden Wirtschaft im Ruhrgebiet kam, so lag dies vor allem an politischen Einflüssen. In den dreißiger Jahren profitierte der Montanbereich von der staatlichen Autarkiepolitik und den hohen Rüstungsausgaben. Kohle und Stahl waren zu den wichtigsten nationalen Rohstoffen geworden. Nach dem Zweiten Weltkrieg sorgten der rohstoffintensive Wiederaufbau und zwischenzeitlich auch die Rohstoffknappheit aufgrund der Korea-Krise für einen zunächst florierenden Absatz von Kohle und Stahl aus dem Ruhrgebiet. Obwohl es an warnenden Stimmen schon Anfang der fünfziger Jahre nicht gefehlt hatte, setzte man im Ruhrgebiet weiter auf die positive Entwicklung der Montanindustrie, zumal diese auch für die Arbeitnehmer attraktive Konditionen bot. Sie rückte nicht nur an die Spitze der Lohnhierarchie, sondern setzte mit der 1951 gesetzlich verankerten paritätischen Mitbestimmung und mit einer Reihe weiterer Privilegien für die in der Montanindustrie Beschäftigten auch neue sozialpolitische Maßstäbe.

400. Der Steinkohlenbergbau an der Ruhr erreichte 1956 mit einer Förderung von 125 Mio Tonnen seinen Höhepunkt. Sein Absatz vollzog sich allerdings schon damals nicht unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und wurde durch staatlich fixierte, relativ niedrige Kohlepreise begünstigt. Zum Ausgleich wurden dem Bergbau im Rahmen des Investitionshilfegesetzes von 1952 zusätzliche verbilligte Investitionsmittel zugeführt. Die Steigerung der Kohleförderung blieb bis unmittelbar vor Ausbruch der seit 1958 anhaltenden Absatzkrise ein der Kohlewirtschaft wirtschaftspolitisch vorgegebenes Ziel. Noch im Jahre 1957 forderte die Hohe Behörde der Montanunion vom Ruhrgebiet eine Erhöhung seiner Förderkapazität um 40 Mio Tonnen in den nächsten 20 Jahren. Damit war der Staat bereits vor dem Ausbruch der Kohlekrise massiv in die Verantwortung für die wirtschaftliche

Entwicklung der Kohlewirtschaft eingetreten. Dieser vermochte er sich dann nicht mehr zu entziehen, als die deutsche Steinkohle Ende der fünfziger Jahre mit der Erschließung der Ölvorkommen des Mittleren Ostens und der Konkurrenz kostengünstiger arbeitsreicher Gruben in Übersee ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßte.

Damit ging der frühere Standortvorteil des Ruhrgebiets für die Stahlerzeugung und für die Kohlechemie verloren. Mitte der siebziger Jahre geriet die Stahlindustrie selbst aufgrund weltweiter Überkapazitäten und in der Folge auch durch die Subventionierung ihrer ausländischen Konkurrenz unter Anpassungsdruck. Schließlich wurde die Bindung der Verarbeitenden Industrie an Kohle und Stahl im Zuge zunehmend wertschöpfungsintensiver Produktion und aufgrund des Vordringens anderer Rohstoffe immer lockerer. In den zukunftsträchtigen Bereichen des tertiären Sektors hat sie ohnehin niemals bestanden.

401. Die Wirtschaftspolitik hat auf den Niedergang des Bergbaus in wechselnder Weise reagiert. Bei der Kohle dominierte zunächst noch das Bemühen, ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen; dies war auch noch die Leitidee in den Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik der Bundesregierung 1966. Später wurde diese Leitidee abgelöst von dem Versuch, wenigstens eine gewisse Förderkapazität als nationale Energiereserve zu erhalten und den Schrumpfungsprozeß sozial erträglich zu gestalten. Dazwischen lagen Phasen trügerischer Hoffnungen auf eine nochmalige Renaissance der Kohle während der beiden Ölpreiskrisen. Das im Zuge dieser Entwicklung geschaffene, kaum noch übersehbare Instrumentarium der sektoralen Wirtschaftspolitik zugunsten der Kohle hat der Sachverständigenrat wiederholt kritisch diskutiert (so vor allem JG 83 Ziffern 543 ff.).

Die wichtigsten Stationen waren die folgenden:

- Das Kohlekontingent von 1959 beschränkte die Konkurrenz durch Kohle aus Drittländern. Seit 1960 wird Heizöl besteuert, seine Verwendung in der Verstromung ist durch das zweite und vor allem durch das dritte Verstromungsgesetz von 1966 und 1974 stark beschränkt worden. Genehmigungen für die Errichtung neuer Ölkraftwerke und Gaskraftwerke wurden seit 1974 nicht mehr erteilt.
- Im Zuge des Rationalisierungsverbandes von 1963 wurde der Kapazitätsabbau in der Kohlewirtschaft durch Stillelegungsprämien gefördert.
- Im Jahre 1968 wurde der Vertrag über die Bildung einer Einheitsgesellschaft für den Ruhrkohlebergbau (Ruhrkohle AG) geschlossen.
- Im Jahre 1980 kam der sogenannte Jahrhundertvertrag zustande, in dem sich die Elektrizitätswirtschaft zur Abnahme bestimmter inländischer Kohlemengen bis zum Jahre 1995 verpflichtete. Die Mehrkosten werden den Stromverbrauchern über den „Kohlepfennig“ aufgebürdet.
- Im Rahmen des Hüttenvertrags (1968) haben sich die Stahlunternehmen zur Deckung ihres Koksbedarfs bei der Ruhrkohle AG verpflichtet. Die Preisdifferenz zu ausländischer Koks-kohle wird durch

die vom Staat gezahlte Kokskohlenbeihilfe zum größten Teil ausgeglichen.

Allein die zahlreichen direkten und indirekten Finanzhilfen beliefen sich einschließlich des „Kohlepfennig“ – jedoch ohne den Zuschuß an die knapp-schaftliche Rentenversicherung – für den Zeitraum von 1978 bis 1986 auf nahezu 50 Mrd DM.

402. Die Krise der Stahlindustrie begann später als die Krise im Kohlebergbau, und sie hatte auch andere Ursachen. Schon in den frühen sechziger Jahren stellten sich erste Absatzschwierigkeiten ein, denen man 1967 im Wege der Kartellierung durch die sogenannten Stahlkontore begegnete. Der konjunkturelle Aufschwung Ende der sechziger Jahre brachte eine vorübergehende Entlastung. Ab 1975 kam es zu einer dramatischen Schrumpfung des Stahlabsatzes mit der Folge eines rapiden Preisverfalls aufgrund von weltweiten Überkapazitäten. Erneut reagierte die Wirtschaftspolitik mit wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen, nunmehr auf europäischer Ebene im Rahmen des sogenannten EUROFER-Kartells von 1976.

Zum Instrumentarium der europäischen Stahlpolitik gehörten Produktions- und Lieferquoten ebenso wie Referenzpreise und Selbstbeschränkungsabkommen zur Abwehr von Stahleinfuhren aus Drittländern. Im Jahre 1980 wurde das inzwischen zerfallene EUROFER-Kartell durch ein von der EG-Kommission installiertes Zwangskartell nach Artikel 58 EGKS-Vertrag ersetzt. Ein Quotensystem für wichtige Stahlprodukte, ergänzt um bilaterale Abkommen zur weiteren Begrenzung von Einfuhren aus Drittländern, sollte eine geordnete Kapazitätsanpassung im Stahlbereich ermöglichen. Hinzu kamen trotz eines 1980 von der EG-Kommission etablierten „Subventionskodex“ massive Subventionen für die Stahlindustrie, die in der Bundesrepublik allerdings weit geringer ausfielen als in den anderen EG-Ländern (JG 83 Ziffern 521 ff.; JG 86 Ziffer 353).

403. Ähnlich wie bei der Kohle ließ die Wirtschaftspolitik somit auch im Stahlbereich der Anpassung durch Wettbewerb von Anfang an kaum eine Chance. Staatliche Strukturpolitik mit einem seit den frühen sechziger Jahren immer dichter gewobenen Netz von Regulierungen, Reglementierungen und Subventionen zielten auch hier darauf ab, den Strukturwandel zu verlangsamen und vermeintlich temporäre Krisenerscheinungen zu überbrücken. Der Sachverständigenrat hat auf die negativen Folgen dieser Politik für die Gesamtwirtschaft mehrfach nachdrücklich hingewiesen (JG 82 Ziffern 258 ff.; JG 83 Ziffern 515 ff.; JG 85 Ziffern 350 ff.).

404. Eine rechtzeitig einsetzende Rückführung der Montanproduktion und eine Umstrukturierung der Montanunternehmen hätten nicht nur die Standortqualität des Ruhrgebiets für andere Sektoren und die Attraktivität der Region für die Menschen erhöht. Der mit ihm einhergehende, auf Dauer ohnehin unvermeidliche Arbeitsplatzabbau hätte bei einer früher noch weitaus günstigeren gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktlage erfolgen können und geringere volkswirtschaftliche Kosten und soziale Belastungen verursacht als heute. Er hätte zudem dazu beitragen können, auf den Arbeitsmärkten rechtzeitig die notwendigen Signale zu setzen; denn für die Arbeitnehmer ist

es besser, wenn sie durch die von sektoral und regional differenzierten Löhnen ausgehenden Anreizwirkungen nach und nach in volkswirtschaftlich rentable Produktionen gelenkt werden, als wenn es zu Stillelegungen und Massenentlassungen kommt.

Die sektorale Strukturpolitik zugunsten der Montanindustrien hat viel Geld gekostet und auch den Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen stark belastet. Allein in den Jahren 1978 bis 1986 hat das Land den Steinkohlenbergbau mit direkten Finanzhilfen von etwas mehr als 8 Mrd DM unterstützt.

Die sektorale Strukturpolitik hat den Strukturwandel eher gehemmt als gefördert. Man sollte jedoch nicht übersehen, daß die Wirtschaftspolitik immer wieder aufgrund vermeintlich sicherer, in Wahrheit aber trügerischer Anzeichen (wie zum Beispiel dem Ölpreisanstieg der siebziger Jahre) auf eine Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen Industriezweige glaubte setzen zu können. Damit wird ein grundsätzliches Problem der sektoralen Strukturpolitik sichtbar. Da die zukünftige Entwicklung nicht vorhersehbar ist, steht Strukturpolitik auf tönernen Füßen. Wenn der Staat erst einmal eingreift und durch Schutzmaßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer Signale setzt, kann er sich später, wenn die der Politik zugrunde liegenden Erwartungen nicht in Erfüllung gehen, aus der mit den eingeleiteten Maßnahmen geschaffenen Verantwortung nicht ohne weiteres lösen, so daß Anschlußsubventionen fast unvermeidlich sind. Daraus folgt, daß sich der Staat in der sektoralen Strukturpolitik zurückhalten sollte. Da staatliche Instanzen nicht über bessere Voraussicht verfügen können als die private Wirtschaft, sollte auf Marktsignale und die Reaktion und Initiativen der Unternehmer gesetzt werden. Die Aufgabe des Staates muß darin bestehen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Entfaltung privater Initiativen erlauben. Individuelle Härten abzufedern, ist Aufgabe des sozialen Netzes.

Zentralisierung der regionalen Strukturpolitik ist verfehlt

405. Eine regionale Strukturpolitik bietet grundsätzlich Möglichkeiten, den altindustriellen Problemregionen bei der Entfaltung neuer Wachstumskräfte außerhalb ihrer traditionellen Schwerpunktindustrien zu helfen. Dazu ist es notwendig, an den spezifischen Bedingungen der betreffenden Region anzusetzen und gegebenenfalls vorliegende, besondere Entwicklungshemmnisse gezielt zu beseitigen. Diese Faktoren zu erkennen, sind am ehesten die betroffenen Regionen selbst in der Lage (JG 84 Ziffer 415). Eine zentralistisch betriebene Regionalpolitik erscheint mit dieser Aufgabe schon aufgrund ihrer Informationsdefizite überfordert. Die Skepsis gegenüber einer zentralistisch betriebenen Regionalpolitik wird durch das Beispiel des Ruhrgebiets bestärkt.

406. Regionale Strukturpolitik ist gemäß Artikel 30 und 28 GG grundsätzlich in der Zuständigkeit der Länder und Gemeinden. An dieser rechtlichen Zuständigkeit hat sich auch durch die Mitwirkung des Bundes im Rahmen der 1970 geschaffenen Gemein-

schaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur nach Artikel 91 a des Grundgesetzes nichts geändert. Faktisch ergab sich jedoch eine Zentralisierungstendenz. Die zu fördernden Gebiete und die in ihnen geltenden Förderkonditionen werden in dem von Bund und Ländern paritätisch besetzten Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe mit qualifizierter Mehrheit beschlossen und sind für die mit der praktischen Durchführung beauftragten Länder verbindlich. Soweit die Länder zusätzlich eigene Fördermaßnahmen in ihrem Gebiet ergreifen, müssen sie dabei deutlich unter den Förderangeboten der Gemeinschaftsaufgabe bleiben. Die Kommunen wiederum haben kein Mitspracherecht bei der Festsetzung der Fördergebiete und Förderkonditionen. Es fehlen ihnen überwiegend auch genügend finanzielle Mittel, um aus eigener Kraft mit den Fördersätzen der Gemeinschaftsaufgabe konkurrieren zu können. Das gilt in besonderem Maße für die Gemeinden des Ruhrgebiets. Gemessen an der sogenannten freien Finanzmasse pro Einwohner, die man als Indikator für die finanziellen Dispositionsmöglichkeiten der Kommunen verwenden kann, lagen die Gemeinden im Ruhrgebiet im Zeitraum von 1979 bis 1987 – mit Ausnahme des Jahres 1983 – jeweils deutlich schlechter als die Gemeinden im übrigen Nordrhein-Westfalen.

407. Die regionale Strukturpolitik im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe war lange Zeit vor allem auf die Probleme ländlicher Räume ausgerichtet. Sie hat zudem überwiegend dem Ausgleichsziel, weniger dem Wachstumsziel gedient. Die Problematik der altindustriellen Regionen wurde dabei lange Zeit nicht erkannt; auch das Ruhrgebiet ist bei der Abgrenzung der Fördergebiete zunächst nicht berücksichtigt worden. Erst Anfang der achtziger Jahre rückten mit den zunehmenden Beschäftigungsproblemen die altindustriellen Regionen in den Blickpunkt der Regionalpolitik.

Seit 1982 gibt es ein spezielles Stahlstandortprogramm in der Gemeinschaftsaufgabe, in dessen Rahmen ein Investitionsvolumen von 3,2 Mrd DM mit Hilfe einer Investitionszulage von 8,75 vH gefördert wurde. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft entfielen dabei 85 vH des geförderten Investitionsvolumens oder rund 70 vH der geförderten Arbeitsplätze auf die Regionen Dortmund, Duisburg-Oberhausen und Bochum. Das Stahlstandortprogramm war ursprünglich bis 1985 begrenzt, ist aber zweimal verlängert worden und soll nunmehr 1990 auslaufen.

408. Seit 1986 wird bei der Ermittlung des Gesamtindikators, der der Abgrenzung von Fördergebieten in der Gemeinschaftsaufgabe zugrunde liegt, die Arbeitslosenquote mit einem erhöhten Gewicht berücksichtigt, was den altindustriellen Problemgebieten zugute kam. Daneben wurde ein sogenannter Extremwertausgleich eingeführt, der solche Regionen fördert, die im Rahmen der normalen Fördergebietsabgrenzung keine Berücksichtigung finden. Das Kriterium ist, daß die Arbeitslosenquote dieser Regionen um 60 vH über dem Bundesdurchschnitt liegt. Auf diese Weise sind die Ruhrgebietsregionen Gelsenkirchen und Dortmund zusätzlich in die Förderung aufgenommen worden. Im Jahre 1987 wurden schließlich

Sondermaßnahmen zur Flankierung des Strukturwandels in solchen Regionen beschlossen, die in besonderem Maße vom Strukturwandel belastet sind. Im Rahmen dieser Maßnahme stellt der Bund für die Ruhrgebietsregionen Dortmund-Lüdinghausen, Duisburg-Oberhausen und Bochum für die Jahre 1988 bis 1990 nochmals Mittel von 90 Mio DM bereit, so daß unter Einbeziehung der Komplementärmittel des Landes insgesamt weitere 180 Mio DM zur Verfügung stehen. Zu den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe im 17. Rahmenplan gehören außerdem Teile des nördlichen Ruhrgebiets.

409. Insgesamt betrug das in Nordrhein-Westfalen geförderte Investitionsvolumen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe im Zeitraum 1981 bis 1986 11,3 Mrd DM, wovon mit 5,8 Mrd DM etwa die Hälfte auf Regionen des Ruhrgebiets entfiel. Der Anteil Nordrhein-Westfalens am gesamten geförderten Investitionsvolumen betrug im angegebenen Zeitraum gut 16 vH. Dabei sind allerdings die regional sehr unterschiedlichen Fördersätze – zwischen 8,75 vH und 23 vH je nach Schwerpunktort und Art der Investition – zu beachten.

410. Im Rahmen der Montankonferenz vom Februar 1988 wurde ein Sonderprogramm für die Montanregionen mit einem Gesamtvolumen von 1 Mrd DM beschlossen. Von dem Bundesanteil in Höhe von 500 Mio DM sollen 400 Mio DM dem Ruhrgebiet zugute kommen, wozu noch 100 Mio DM aus EG-Mitteln und ein Landesanteil von weiteren 500 Mio DM kommen sollen. Darüber hinaus stellten die Deutsche Bundespost und die Deutsche Bundesbahn zusätzliche Investitionen im Ruhrgebiet in Aussicht.

411. Die Regionalpolitik im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe hat die Abkoppelung des Ruhrgebiets von der gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung bisher nicht verhindern können. Ob sie überhaupt einen nennenswerten Beitrag für eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung gebracht hat, erscheint aus mehreren Gründen fraglich. Traditionelle Wirtschaftszweige, von denen nur geringe Impulse für eine Modernisierung der Wirtschaftsstruktur zu erwarten sind, wurden im Ruhrgebiet im Verhältnis zu ihren Anteilen an Umsatz und Beschäftigung überdurchschnittlich stark gefördert, wie aus einer vom Land Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen Studie hervorgeht. Insofern hat die Regionalpolitik nicht hinreichend dazu beigetragen, die einseitige industrielle Wirtschaftsstruktur im Ruhrgebiet zu verbessern.

Es gibt bisher keinen eindeutigen Erfolgsmaßstab für die Regionalpolitik. Keineswegs kann der Fördererfolg an der Höhe des geförderten Investitionsvolumens oder an der Zahl der geförderten Arbeitsplätze abgelesen werden. Zum einen sind Mitnahmeeffekte in Rechnung zu stellen, die vor allem bei dem im Ruhrgebiet dominierenden Förderinstrument der Investitionszulage erheblich sein dürften, da auf diese ein Rechtsanspruch ohne Ermessensspielraum der bewilligenden Behörde bestand. Zum anderen ist die Aufbringung der Fördermittel zu berücksichtigen, die neben dem Bundeshaushalt auch den Landesetat und damit letztlich alle belastet. Ob sich unter Berücksichtigung dieser Gegenrechnung gesamtwirtschaftlich

ein nennenswerter positiver Investitionseffekt einstellt, kann bezweifelt werden.

Ruhrgebietsprogramme haben Erwartungen nicht erfüllt

412. Das Land Nordrhein-Westfalen versucht, die wirtschaftliche Entwicklung im Ruhrgebiet zusätzlich durch eigene Maßnahmen und Programme positiv zu beeinflussen. Regionale Entwicklungsplanung hat in Nordrhein-Westfalen eine lange Tradition. Als erstes Land der Bundesrepublik erließ Nordrhein-Westfalen 1950 ein Landesplanungsgesetz und stellte – ebenfalls als erstes Land – 1964 ein Landesentwicklungsprogramm auf, aus dem die späteren Landesentwicklungspläne hervorgingen. Das Ruhrgebiet rückte erstmals 1968 im „Entwicklungsprogramm Ruhr 1968–1973“ in den Mittelpunkt der landesspezifischen Regionalpolitik. Dieses Programm mit einem Mittelvolumen von insgesamt 3,7 Mrd DM umfaßte eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen verschiedener Art, wobei die finanziellen Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und Forschung, Bau und Verkehr lagen. Es wurde 1970 in das ähnlich strukturierte „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ integriert, von dessen Gesamtvolumen in Höhe von 31 Mrd DM ein beträchtlicher Teil ins Ruhrgebiet floß.

413. Im Mai 1979 wurde mit dem „Aktionsprogramm Ruhr“ ein weiteres speziell auf das Ruhrgebiet zugeschnittenes Programm mit einem Gesamtvolumen von 6,9 Mrd DM aufgelegt, wobei 5,1 Mrd DM vom Land Nordrhein-Westfalen, 1,5 Mrd DM vom Bund und der Rest von Dritten zu finanzieren waren. Zusätzlich zu den Schwerpunkten des Programms von 1968 enthielt es als besondere Schwerpunkte die Arbeitsmarktpolitik und die Qualifizierungspolitik, die Förderung von Innovationen und zukunftsweisenden Technologien, Maßnahmen in den Bereichen Städtebau, Ökologie, Kultur und Freizeit sowie die Wiedernutzbarmachung von Industriebrachen anstatt der Bereitstellung neuer Industrieflächen. Damit wurde zwar eine deutliche Schwerpunktverlagerung zugunsten ökologisch ausgerichteter und auf die Verbesserung der Lebensqualität zielender Maßnahmen vorgenommen. Den ursprünglichen Programmansätzen zufolge kam aber knapp ein Drittel der gesamten Fördersumme direkt oder indirekt der besonders umweltproblematischen Montanindustrie zugute.

414. Mit der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) wurde 1987 eine Umorientierung auf wirtschaftsnähere Projekte angestrebt. Schwerpunkte dieses Programms sind Innovationen und technologische Entwicklung, Qualifikation von Arbeitskräften, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur sowie die Verbesserung der Umweltsituation. Für die Haushaltsjahre 1988 bis 1991 wird jeweils ein Finanzvolumen von 520 Mio DM bereitgestellt. Im Rahmen der Zukunftsinitiative Montanregionen im engeren Sinne stellt das Land jährlich 293,7 Mio DM bereit. Weitere 160 Mio DM fließen aus dem Sonderprogramm Montanregionen der Gemeinschaftsaufgabe, das je zur Hälfte von Bund und Land getragen wird. Außerdem ist die Europäische Gemeinschaft mit 66,6 Mio DM aus dem „Resider-Programm“ beteiligt. Der Finanzie-

rungsanteil des Bundes bleibt somit weit hinter den Forderungen Nordrhein-Westfalens zurück; zudem wird der Bundesanteil für 1988 vom Land vorfinanziert.

415. Die früheren Ruhrgebietsprogramme der Landesregierung haben nicht den erhofften Erfolg gebracht. Die vorübergehend günstigere wirtschaftliche Entwicklung im Ruhrgebiet Anfang der siebziger Jahre kann nicht primär dem Entwicklungsprogramm Ruhr von 1968 zugeschrieben werden, sie dürfte vielmehr maßgeblich von der besonderen Konjunkturreakibilität der im Ruhrgebiet dominierenden Wirtschaftszweige und von der kurzzeitigen Renaissance der Kohle im Gefolge der ersten Ölpreiskrise bewirkt worden sein. Auch das Aktionsprogramm Ruhr von 1979 konnte nicht verhindern, daß zu Beginn der achtziger Jahre noch erhebliche Defizite dieses Raumes gegenüber dem übrigen Bundesgebiet festgestellt werden mußten, die bis heute eher größer als kleiner geworden sind. Gemessen an den Zielvorstellungen der Landesregierung, denen zufolge die Arbeitslosenquote, die Wachstumsrate des Sozialprodukts und die Bevölkerungsverluste durch Abwanderung wenigstens so verändert werden sollten, daß sie nicht mehr ungünstiger als im Bundesdurchschnitt liegen, kann das Aktionsprogramm nicht als erfolgreich eingestuft werden. Zudem haben die früheren Programme – auch nach eigener Darstellung der Landesregierung – erheblich zur Verschuldung des Landes beigetragen, so daß der finanzielle Spielraum für die Landespolitik heute sehr gering geworden ist.

Positive Ansätze für eine Neuorientierung

416. Bei allen Defiziten im Revier darf nicht übersehen werden, daß es auch positive Ansätze gibt. Positiv ist vor allem anzumerken, daß viele Städte und Gemeinden des Ruhrgebiets inzwischen selbst initiativ geworden sind und dabei enge Kontakte zu Wirtschaft und Wissenschaft geknüpft haben. Ein Beispiel hierfür ist etwa das in Dortmund errichtete Technologiezentrum, in dem in vier Jahren über fünfzig Betriebe angesiedelt werden konnten. Ein weiteres Beispiel ist das in Duisburg vor vier Jahren gegründete Fraunhofer-Institut, das als eines der erfolgreichsten in der Bundesrepublik gilt und zur nachfolgenden Ansiedlung von Betrieben der Mikroelektronik geführt hat. Im Emscher-Lippe-Raum, wo aufgrund eines auch im Vergleich zu den übrigen Ruhrgebietsregionen weit überdurchschnittlichen Anteils alter Industrien besonders gravierende Beschäftigungsprobleme bestehen, haben Gebietskörperschaften, Kammern und Gewerkschaften eine gemeinsame Handlungskonzeption erarbeitet, die unter anderem die bevorzugte Ansiedlung technologieintensiver Betriebe vorsieht.

Die Liste dieser Beispiele ließe sich fortsetzen. Sie zeigt, daß innerhalb des Ruhrgebiets ein Umdenkprozeß eingesetzt hat und daß die Region auch von ihren Bewohnern und politischen Entscheidungsträgern immer weniger als ein einheitlicher Raum mit dem Erfordernis einer einheitlichen Politik betrachtet wird. Dabei beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß jede Teilregion des Reviers eine auf ihre spezifischen Probleme zugeschnittene Lösung selbst erarbeiten

und in weitgehender Eigenverantwortung auch in die Tat umsetzen muß. Dieses Umdenken beginnt sich bereits auszuzahlen. Das wirtschaftliche Klima im Revier wird von den Unternehmen inzwischen deutlich besser eingestuft als noch vor wenigen Jahren.

417. Positive Anstöße für die Entwicklung des Reviers sind auch von der Landespolitik gekommen, vor allem da, wo sie zur Verbesserung der Lebensumstände, des Bildungsniveaus und des Kultur- und Freizeitangebots beigetragen hat. Dabei wird vielfach auf die Gründung von zwei Universitäten, drei Gesamthochschulen und zwei Fachhochschulen verwiesen. Nachdem als erste Hochschule 1965 die Ruhr-Universität Bochum den Lehrbetrieb aufgenommen hatte, folgten in kurzer Folge bis Anfang der siebziger Jahre die Hochschulen in Dortmund, Duisburg, Essen und Hagen. Freilich konzentrierten sich die Neugründungen auf das mittlere Ruhrgebiet, was sich vor allem für die nördlichen Teile des Reviers heute als Entwicklungsnachteil erweist.

Überwiegend positiv wird im Revier auch die von der Landesregierung geschaffene Zukunftsinitiative Montanregionen beurteilt, vor allem wegen der von ihr ausgehenden Anstoßwirkungen. Gegenüber den früheren Ruhrgebietsprogrammen zeichnet sie sich dadurch aus, daß sie das Schwergewicht deutlicher auf die wirtschaftliche Erneuerung anstelle der Begünstigung des Montansektors legt und die Initiative für entsprechende Projekte in erster Linie den untergeordneten Gebietskörperschaften überläßt. Auch die Ergebnisse der Montankonferenz vom Februar 1988 lassen einen Umdenkprozeß erkennen. Auch hier steht nicht mehr der Montansektor, sondern die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen im Vordergrund.

418. Die Industrie hat im Ruhrgebiet ebenfalls auf die veränderten Nachfrageverhältnisse und auf die Verschiebung bei den Kostenrelationen, vor allem bei den Energie- und Transportkosten, reagiert. Ein Beispiel ist der schon in den fünfziger Jahren eingeleitete Umbau früherer Hydrierwerke zu Erdölraffinerien, der sich positiv auf das Energiepreinsniveau im Revier auswirkte. Die Stahlindustrie hat erheblich diversifiziert und Rationalisierungsanstrengungen unternommen und ihre Produktpalette so umgestaltet, daß im schrumpfenden Gesamtmarkt vorrangig die günstigeren Teilmärkte beliefert werden konnten. In einem freien, nicht durch Subventionen verfälschten Wettbewerb könnte die deutsche Stahlindustrie zumindest gegenüber ihren europäischen Konkurrenten bestehen, wengleich dies angesichts weltweiter Überkapazitäten und der mangelnden Bereitschaft zu konsequentem Wettbewerb im Stahlsektor Europas dem Ruhrgebiet nur wenig nützt. Für die Kohle ist dagegen eine Wiedergewinnung ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht in Sicht, sie hat sich darüber hinaus – bedingt durch entsprechende Restriktionen im Unternehmensstatut der Ruhrkohle AG – auch kaum andere Betätigungsfelder erschließen können.

Ein Gebiet, auf dem sich Unternehmen im Ruhrgebiet besondere Vorteile erarbeitet haben, ist der Umweltschutz. Etwa ein Drittel aller mit der Herstellung von Umweltschutzgütern befaßten Unternehmen in der Bundesrepublik war nach einer Untersuchung des

Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung 1984 in Nordrhein-Westfalen angesiedelt.

419. Es sind somit durchaus positive Ansätze für eine wirtschaftliche Erneuerung der Region vorhanden, und teilweise sind auch Lehren aus der Vergangenheit gezogen worden. Eine schnelle Überwindung der Probleme kann dennoch kaum erwartet werden; darüber sollten kurzfristige Verbesserungen infolge einer guten konjunkturellen Entwicklung oder aufgrund einer vorübergehend besseren Situation für den Stahl nicht hinwegtäuschen; denn eine entscheidende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, die den Erfordernissen einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung im Ruhrgebiet gerecht würde, hat noch nicht stattgefunden. Das gilt vor allem für die Politik des Landes und des Bundes. Der Staat sieht seine Aufgabe in der Strukturpolitik noch immer vorrangig darin, vermeintliche oder tatsächliche Fehler im Steuerungsprozeß des Marktes durch aktives und regulierendes Eingreifen in privatwirtschaftliche und kommunale Entscheidungen zu korrigieren. Dagegen hat er bisher versäumt, durch die Beseitigung unnötiger Wachstumsbarrieren im privaten Sektor der Dynamik des Wettbewerbs wieder mehr Raum zu geben; auch die längst überfällige Reform der Gemeindefinanzen, deren Ziel es sein müßte, den Kommunen mehr Anreize und Möglichkeiten zu eigenen Anstrengungen zu verschaffen, läßt noch immer auf sich warten.

Regionalisierung der Regionalpolitik

420. Eine wachstumspolitische Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik erfordert eine organisatorische Reform zugunsten einer dezentralen Politikkonzeption. Der Sachverständigenrat hat bereits 1984 unter dem Stichwort „Regionalisierung der Regionalpolitik“ eine Verlagerung von Kompetenzen auf die Regionen angeregt: Eine solche Aufgabenzuweisung, bei der sich eine größtmögliche räumliche Deckung von Einflußbereich und Verantwortungsbereich ergäbe, hätte wichtige Vorteile. Die Politikgestaltung rückte räumlich näher an die Probleme heran, regionalspezifische Engpaßfaktoren könnten eher und präziser ausgemacht, auf neue Entwicklungen und Erfahrungen könnte flexibler reagiert werden, und sicherlich ließen sich in manchen Fällen auch bürokratische Hemmnisse vermeiden. Die dezentral betriebene Suche nach Möglichkeiten, Entwicklungen anzustoßen, würde vermutlich auch zu einem größeren Erfahrungsschatz hinsichtlich der Tauglichkeit und der Kosten verschiedener Förderkonzeptionen und Instrumente führen; denn auch für die regionale Entwicklungspolitik selbst gilt: Gesucht sind neue praktikable Ideen. Und diese sind immer knapp (JG 84 Ziffer 416).

Dezentrale Organisationsstrukturen funktionieren nur innerhalb eines geeigneten Ordnungsrahmens. Insofern erfordert eine Stärkung der regionalen Eigeninitiative im Ruhrgebiet zunächst eine Reform des kommunalen Steuer- und Finanzausgleichssystems (Ziffern 427 ff.). Erst wenn die Ruhrgebietskommunen eine adäquate Finanzausstattung erhalten, kann dem Gedanken des Wettbewerbs und der Eigeninitiative

bei entsprechender Eigenverantwortung zum Durchbruch verholfen werden. Ansonsten besteht die Gefahr einer ruinösen Konkurrenz zugunsten strukturstarker und damit finanzstarker Regionen. Schließlich, und dies ist besonders zu betonen, muß das Finanzausgleichssystem hinreichende Anreize für die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur bieten: Die Instanzen brauchen nicht nur die Ausstattung mit Einnahmequellen, die von der fiskalischen Ergiebigkeit her zu ihren Aufgaben passen, sie brauchen vor allem Quellen, die einen möglichst engen Kontakt sichern von regionalen Entwicklungserfolgen und finanziellem Spielraum der Instanz; denn an diese Größe bindet sich das Politikinteresse, aber auch das Interesse der vollziehenden Verwaltung. Außerdem sind Regeln unentbehrlich, um einen Subventionswettbewerb zu verhindern (JG 84 Ziffer 417).

Der Wettbewerb zwischen Regionen erfordert Rahmenbedingungen, die eine ruinöse Konkurrenz zu Lasten finanzschwacher Kommunen verhindern. Die Reform des Gemeindefinanzsystems dürfte dazu allein nicht ausreichen. Deshalb ist zu prüfen, ob beispielsweise die Einführung von Förderhöchstgrenzen oder ein generelles Verbot bestimmter Abwerbungstechniken sinnvoll sind. Ruinöse Konkurrenz kann aber nicht nur zwischen Kommunen, sondern auch durch Bemühungen der Länder zugunsten einzelner Kommunen entstehen. So gewähren einzelne Länder zur Förderung von industriellen Ansiedlungsvorhaben umfangreiche Hilfen, die auf kommunaler Ebene nicht finanziert werden könnten. Auch hier gilt wie für die Strukturpolitik insgesamt die Forderung, daß die zentralen Gebietskörperschaften den räumlichen Allokationsprozeß möglichst wenig durch Subventionen verzerren sollten. Der Wettbewerb zwischen Regionen führt nur dann zu gesamtwirtschaftlich erwünschten Ergebnissen, wenn sichergestellt ist, daß einzelne Länder nicht durch ihre Hilfen den Wettbewerb zwischen den Regionen konterkarieren.

421. Regionale Eigenverantwortung bedeutet keineswegs, daß jede Gemeinde allein auf sich gestellt wäre und auf allen Gebieten in einen bedingungslosen Konkurrenzkampf mit ihren Nachbargemeinden einzutreten hätte. Auf vielen Gebieten ist vielmehr eine Kooperation zwischen mehreren Gemeinden, sogar zwischen allen Städten und Kreisen des Ruhrgebiets sinnvoll und denkbar. Das trifft zum Beispiel für die Umweltpolitik zu, aber auch für die überörtliche Verkehrspolitik und für Maßnahmen der Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitskräften. Eine solche Kooperation ist etwas anderes als zentral gelenkte Koordination; sie läßt die Verantwortung und die Entscheidung über Art und Umfang der gemeinsamen Maßnahmen bei den unteren Ebenen und damit in der Nähe der Bürger, die letztlich auch die Konsequenzen zu tragen haben. Im Ruhrgebiet sind bereits gute Erfahrungen mit solchen Kooperationen auf freiwilliger Basis gemacht worden.

422. Mehr regionale Eigenverantwortung bedeutet nicht, daß Bund und Land sich aus der Verantwortung für wirtschaftlich zurückgebliebene und finanzschwache Regionen zurückziehen dürfen. Solche Hilfen sollten aber nicht in einer Weise erfolgen, die den Regionen sowohl die Motivation als auch die finan-

ziellen Möglichkeiten für eigene Anstrengungen nimmt; Fehlsteuerungen von öffentlichen Mitteln und privatem Investitionskapital wären sonst unausweichlich. Die geeigneten Ansatzpunkte für die Unterstützung benachteiligter Regionen bieten vielmehr die Regelungen des Bundes und der Länder für den Finanzausgleich (Ziffern 270 ff.).

In den kommunalen Finanzausgleichssystemen sollten zweckgebundene Zuweisungen auf wenige Ausnahmehereiche beschränkt werden. Zu diesen zählt die Finanzierung von Leistungen, die gravierende System- oder Netzabhängigkeiten mit den Leistungen anderer Kommunen aufweisen, wie etwa der Straßenbau. Dazu zählt auch die Finanzierung von Investitionen mit erheblichen externen Effekten, so vor allem im Umweltschutz. Generell sollte bei der Gewährung der Finanzzuweisungen vorrangig versucht werden, die Aktivitäten für die örtliche Selbsthilfe anzuregen.

423. In diesem Rahmen ist es dann allerdings der Wettbewerb zwischen den Kommunen, der positive Wirkungen — auch für das Ruhrgebiet insgesamt — erwarten läßt. Einen solchen Wettbewerb gibt es schon heute; er wird jedoch durch die Fördermaßnahmen des Bundes und des Landes, die jeweils nur bestimmten Regionen gewährt werden und ihnen Vorteile gegenüber ihren Nachbarregionen verschaffen, verzerrt. Es ist nicht einzusehen, daß Ansiedlungen in einer Region mit bis zu 18 vH Investitionshilfen gefördert werden, während sie an einem nur wenige Kilometer entfernten Standort in der Nachbarregion ohne eine solche Förderung bleiben, obwohl dort Grundstücke und die notwendige Infrastruktur vorhanden sind. Ein solches Vorgehen ist ineffizient, und es hieße auch die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer zu unterschätzen, wollte man die Forderung nach Ersatzarbeitsplätzen am gleichen Ort und nur dort ernsthaft zur Richtschnur regionaler Wirtschaftspolitik im Ruhrgebiet machen.

424. Ein besonderes Problem des Ruhrgebiets stellt die Beseitigung von Altlasten dar, die häufig die Finanzkraft einer einzelnen Gemeinde übersteigt. Dabei kann es keine sinnvolle Lösung sein, in jedem Fall den Verursacher hierfür haftbar zu machen. Dies gilt nicht nur deswegen, weil der ursprüngliche Verursacher heute oft gar nicht mehr ermittelbar oder wirtschaftlich nicht mehr existent ist. Es ist vielmehr grundsätzlich davon auszugehen, daß der Eigentumschutz des Artikel 14 GG dem Eigentümer des Bodens auch das Recht zu dessen Belastung garantiert, jedenfalls soweit dadurch nicht unmittelbar Dritte geschädigt werden, etwa im Falle einer Verseuchung des Grundwassers. Anders wäre der Fall dann zu beurteilen, wenn beim Verkauf des Bodens eine bestehende Kontamination arglistig verschwiegen wird. Im übrigen sollte eine inzwischen erweiterte Kenntnis über die schädlichen Folgen bestimmter Belastungen in Verbindung mit einem allgemein gestiegenen Umweltbewußtsein nicht einseitig gegen diejenigen gewendet werden, die früher in gutem Glauben an die Unbedenklichkeit ihres Tuns unwissentlich Umweltschädigungen verursacht haben. Sofern dem Staat heute an einer Beseitigung entsprechender Schäden gelegen ist, wird er aus diesen Gründen auch eine

Anwendung des Gemeinlastprinzips mit ins Auge fassen müssen (JG 84 Ziffer 406).

425. Um die Kosten der Altlastensanierung in Grenzen zu halten, ist in jedem Fall zu bedenken, daß nicht jede kontaminierte Fläche auf die Qualität gebracht werden muß, die etwa für Wohnzwecke erforderlich wäre. Es erscheint vielmehr sinnvoll, sich zunächst über den späteren Verwendungszweck der Flächen Sicherheit zu verschaffen, bevor mit der Sanierung begonnen wird. Auch ist es keineswegs in jedem Falle erforderlich, daß staatliche Instanzen an der Sanierung beteiligt sind. Überall dort, wo es sich um auf die jeweilige Fläche begrenzte Gefährdungen oder Belastungen handelt, sind vielmehr privatwirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Käufer und Verkäufer über Umfang und Kostenverteilung der Sanierung der Vorzug zu geben. Nur wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind oder wo ein vitales öffentliches Interesse an der Sanierung der betreffenden Fläche besteht, ist staatliches Handeln gefordert. Der Staat muß allerdings die rechtlichen Rahmenbedingungen für private Lösungen so gestalten, daß faire Vereinbarungen möglich sind und insbesondere der Verkäufer einer belasteten Fläche nicht das Risiko unkalkulierbarer nachträglicher Schadensersatzansprüche eingehen muß, das ihn zur Zurückhaltung von ungenutzten Flächen veranlassen könnte.

426. Die regionalpolitischen Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaften werden zu einer Verlagerung nationaler Kompetenzen auf die Gemeinschaft führen und den Zentralisierungstrend verstärken. Es besteht die Gefahr, daß die „aktive Strukturpolitik“ der Gemeinschaft die Fehler der nationalen Strukturpolitik in den Mitgliedsländern wiederholt. Das Ruhrgebiet gehört kaum zu den Regionen, die – gemessen an der Wirtschaftskraft im Durchschnitt der EG-Länder – einer besonderen Hilfe seitens der Gemeinschaft bedürften. Man sollte sich auch aus diesem Grund nicht darauf einstellen, daß die notwendige Erneuerung der Wirtschaftsstruktur an der Ruhr durch EG-Beihilfen vorangebracht werden könnte. Diese kann nur aus eigener Anstrengung erwachsen.

Gemeindefinanzreform als Hilfe zur Selbsthilfe

427. Die Beobachtung, daß viele Kommunen es lange Zeit an den notwendigen Anstrengungen zu einer Verbesserung ihrer Wirtschaftsstruktur haben fehlen lassen, spricht nicht grundsätzlich gegen die Konzeption einer stärkeren Regionalisierung der Regionalpolitik. Ebenso wie die mangelnde Innovations- und Investitionsbereitschaft der Unternehmer im Ruhrgebiet nicht in deren Person begründet ist, sondern primär in den Rahmenbedingungen für ihr Handeln, werden kommunale Entscheidungsträger maßgeblich von der Kommunalverfassung und den Anreizwirkungen des kommunalen Finanzsystems bestimmt.

Das Realsteuersystem in der Bundesrepublik und das kommunale Finanzausgleichssystem in Nordrhein-Westfalen genügen den Anforderungen nicht, die für eine dezentrale Regionalpolitik erfüllt sein müssen. Das Gewerbesteueraufkommen streut sehr stark, Ge-

meinden mit ungünstiger Wirtschaftsstruktur werden dadurch benachteiligt. Mit Blick auf das Ruhrgebiet ist deshalb die geringe Ergiebigkeit der kommunalen Steuerquellen zu bemängeln. Der Gemeindefinanzausgleich in Nordrhein-Westfalen ist durch besonders starke Nivellierungseffekte gekennzeichnet. Städte und Gemeinden leiden somit an einer zu geringen Autonomie hinsichtlich der Höhe und Verwendung ihrer Einnahmen sowie an zu geringen Anreizen, um die wirtschaftliche Dynamik zu erhöhen.

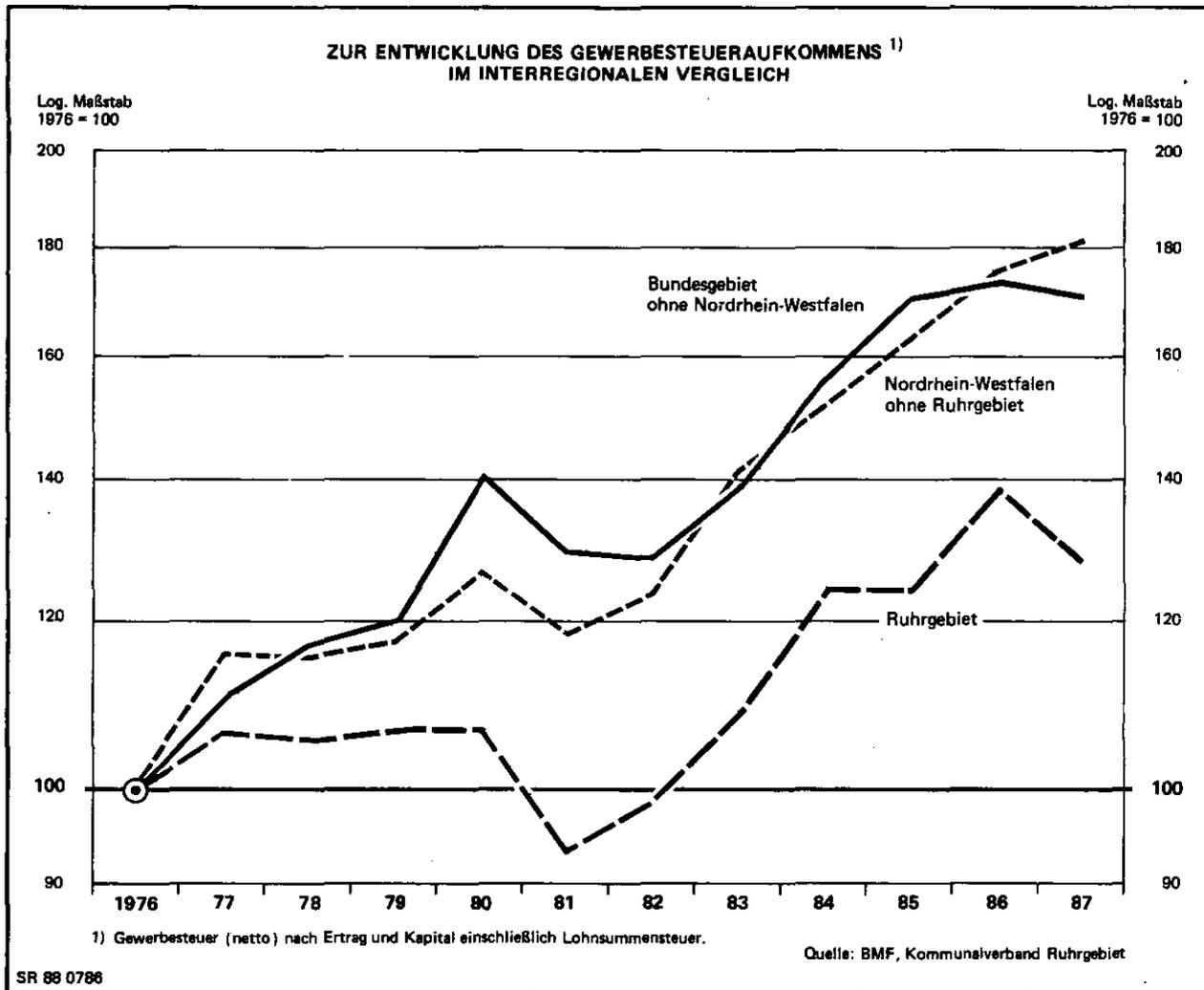
428. Das Ruhrgebiet ist ein eindringliches Beispiel für die Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine mangelhafte Ausstattung mit originären Einnahmequellen und deren Konsequenzen:

- Dies wurde bereits durch den Wegfall der Lohnsummensteuer deutlich und hat sich über die Jahre durch die Eingriffe in die Gewerbesteuer fortgesetzt. Entsprechend sind die Steuereinnahmen im Ruhrgebiet unterproportional gestiegen (Schaubild 30 und Tabelle 6 R, Seite 210). Vergleichbare Ballungsräume wiesen um mehr als 60 vH höhere Gewerbesteuereinnahmen auf.
- Der wirtschaftsstrukturell und finanzpolitisch bedingte regionale Abkoppelungsprozeß der Steuereinnahmen des Ruhrgebiets wurde mittels der nivellierenden Zuweisungstätigkeit zwar erheblich entschärft; damit waren jedoch eine Einschränkung der kommunalen Einnahmeautonomie und der Abbau der für den Wettbewerb der Kommunen notwendigen Anreizeffekte verbunden.
- Die überdurchschnittlichen Sozialausgaben stellen eine besondere Belastung der Ruhrgebietsgemeinden dar. Im Jahre 1987 lagen die Sozialausgaben je Einwohner um etwas mehr als 50 vH über dem Bundesdurchschnitt. Da die Sozialhilfe den Finanzierungsspielraum der wirtschaftsschwachen Kommunen erheblich einschränkt, wird gerade dort die kommunale Investitionstätigkeit beeinträchtigt. So lagen die kommunalen Investitionsausgaben im Ruhrgebiet 1987 um etwa ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt.

429. Da die Einnahmen bei gegebener Steuerausstattung zumindest mittelfristig eher niedrig bleiben werden, müssen die Ruhrgebietskommunen prüfen, inwieweit sie noch Spielraum für eine weitere Erhöhung der Hebesätze haben. Der Verweis auf Hebesatzanspannungen bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital hilft den strukturschwachen Städten wegen der vergleichsweise niedrigen Gewinne und des weitgehend entwerteten Kapitals ihrer Unternehmen nur wenig. Der Rückgang der Bemessungsgrundlage kann auch durch massive Hebesatzanspannungen kaum ausgeglichen werden. Darüber hinaus ist eine Zusatzbelastung des noch Steuern zahlenden Gewerbes gerade in strukturschwachen Regionen nicht unproblematisch, da sie die interkommunale Wettbewerbsposition gefährden kann. Schon heute liegt die Anspannung der Hebesätze in den Ruhrgebietsstädten etwas mehr als 10 vH über dem Bundesdurchschnitt.

430. Zur Lösung dieses Problems ist eine umfassende Wertschöpfungssteuer mit Hebesatzrecht der Gemeinden sinnvoll (Ziffern 275 ff.; JG 82 Ziffer 80;

Schaubild 30



JG 83 Ziffern 403 ff.; JG 84 Ziffer 420; JG 86 Ziffern 287 ff.). Diese Steuer ist eine ergiebige Gemeindesteuer, die das Interesse der Kommunen am ortsansässigen und ansiedlungswilligen Gewerbe sichert. Voraussetzung ist allerdings, daß die Ergiebigkeit nicht durch eine Verengung der Bemessungsgrundlage und die Einschränkung des Kreises der Steuerpflichtigen geschwächt wird; gerade die strukturschwachen Städte müßten sonst empfindliche Verluste hinnehmen. Insofern würde die vom Deutschen Städtetag vorgeschlagene Reduzierung des Gewichts der gewinnunabhängigen Bestandteile — insbesondere der Löhne — gerade die strukturschwachen Kommunen schlechter stellen, als dies bei einer konsequenten Verwirklichung der Wertschöpfungsteuer der Fall wäre. Auch die weitere Aushöhlung der bestehenden Gewerbesteuer durch den zur Zeit diskutierten Wegfall der Gewerkekapitalsteuer stellt keine Lösung dar.

431. Nach vorliegenden Modellrechnungen können die altindustriell geprägten Städte bei der Einführung einer Wertschöpfungsteuer Einnahmensteigerungen erzielen. Gerade gewerbesteuer schwache Städte mit besonders ungünstiger Wirtschaftsstruktur würden durch die Einführung einer Wertschöpfungsteuer bes-

ser gestellt (Tabelle 5 R, Seite 209); denn etwa drei Viertel der Bemessungsgrundlage einer Wertschöpfungsteuer sind gewinnunabhängig. Allerdings dürfen die Steuerkraftgewinne für das Ruhrgebiet insgesamt nicht überschätzt werden. Dennoch hätte die Reform des Gemeindesteuersystems erhebliche strukturelle Bedeutung, denn sie zielt in erster Linie darauf ab, die finanzielle Autonomie der Gemeinden im Sinne der Konzeption der regionalisierten Regionalpolitik zu erhöhen. Damit wird die Anreizstruktur verbessert, so daß die Ansiedlung auch kleinerer und mittlerer Unternehmen begünstigt wird und damit Investitionen im privaten Sektor zunehmen.

Auf dieser Grundlage könnten das kommunale Finanzsystem stärker auf das Effizienzanliegen ausgerichtet und die bisherige Dominanz des Ausgleichsziels abgeschwächt werden. Dabei ist zunächst die bestehende Bedarfsmessung und hier insbesondere das Prinzip der „veredelten“ Einwohnerzahl zu kritisieren. Dieses Prinzip liegt der Ermittlung des wichtigsten Bestandteils der Bedarfsmeßzahl, des sogenannten Hauptansatzes, zugrunde. Es geht davon aus, daß die Gemeinden mit zunehmender Einwohnerzahl einen überproportionalen Bedarf und je nach Steuerkraft auch einen überproportionalen Zuweisungsbe-

darf aufweisen. Diese Staffelung des Hauptansatzes nach der Einwohnerzahl bewirkt, daß Bürger in anderen Regionen die Kosten der räumlichen Verdichtung finanzieren (JG 87 Ziffer 298). Trotzdem sieht das nordrhein-westfälische Gemeindefinanzierungsgesetz 1989 nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks der Großstädte eine weitere „Veredelung“ der Einwohnerzahlen vor. Damit werden die großen Städte pauschal gefördert und nicht ihren zentralörtlichen Funktionen entsprechend.

Eine sachgerechte Normierung des kommunalen „Ausgabenbedarfs“ ist schwierig. Diese Feststellung darf jedoch nicht dazu verleiten, pauschale Maßstäbe heranzuziehen, wie es mit der „Veredelung“ der Einwohnerzahl geschieht. Vielmehr sollte sich der Gemeindefinanzausgleich an konkreten Belastungen und Entlastungen orientieren, wie es etwa beim sogenannten Schüleransatz im allgemeinen Finanzausgleich der Fall ist. Auch bestimmte Zweckzuweisungen lassen sich unter diesem Blickwinkel rechtfertigen. Dieses Instrument sollte indessen nur sparsam eingesetzt werden, weil es erfahrungsgemäß die kommunalen Entscheidungsträger dazu verleitet, sich stärker an den finanziellen Effekten der Aktivitäten als an der Dringlichkeit der zu erfüllenden Aufgaben zu orientieren.

432. Der noch immer hohe Ausgleichsgrad der allgemeinen Finanzausweisungen mindert das Interesse der Gemeinden, ihre Steuerbasis zu erhöhen, erheblich. Unter allen Bundesländern ist der regionale Ausgleich der kommunalen Steuerkraftunterschiede in Nordrhein-Westfalen am höchsten. Im Jahre 1985 wurde zum Beispiel die ursprüngliche Einnahmendisparität zwischen dem Ruhrgebiet und dem Mittelrheingebiet von 28,5 vH auf 2 vH gesenkt. Inzwischen hat der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen einen Teil des Zuweisungsverfahrens für verfassungswidrig erklärt. Eine daraufhin vom nordrhein-westfälischen Innenminister eingesetzte Arbeitsgruppe hat Vorschläge für eine Reform vorgelegt, die derzeit noch diskutiert werden.

Will man die notwendigen Anreize für einen Wettbewerb zwischen den Kommunen setzen, ist nur noch ein begrenzter Teilausgleich zwischen Ausgabenbedarf und Einnahmekraft vertretbar. Dabei muß ein Zuwachs der Steuerkraft einer Gemeinde zu einer spürbaren Verbesserung ihrer realen Finanzkraft führen. Sonst geht die Anreizwirkung des Finanzsystems verloren. Insofern sollte die in Nordrhein-Westfalen eingeleitete Senkung des Ausgleichsgrades fortgesetzt werden. Dies ist jedoch nur auf der Basis einer Stärkung der kommunalen Steuerkraft und eines Abbaus der bestehenden Aufkommendisparitäten möglich.

433. Für die Funktionsfähigkeit der dezentralen Ausgestaltung einer regionalen Wirtschaftspolitik ist eine möglichst große Autonomie der Ruhrgebietskommunen bei der Mittelverwendung unabdingbare Voraussetzung. Soll die interregionale Konkurrenz zu gesamtwirtschaftlich effizienten Ergebnissen führen, müssen die kommunalen Entscheidungsträger Struktur und Ausmaß des regionalen Angebots öffentlicher Leistungen selbst bestimmen können. Dies gilt auch

und gerade für die kommunale Wirtschaftsförderung, zum Beispiel die gezielte Anwerbung von Betrieben und Einwohnern oder die Beseitigung von regionalen Engpaffaktoren oder Flexibilitätshemmnissen. Die konkrete Auswahl der Instrumente fällt dabei in den Entscheidungsspielraum der einzelnen Gemeinden. Dies ist von Vorteil, da die Gemeinden noch am ehesten Kosten und Nutzen verschiedener Maßnahmen abwägen können und – bei knappen eigenen Mitteln – nur aktiv werden, wenn sie sich einen entsprechenden Gewinn davon versprechen. Wenn eine Gemeinde ineffiziente Maßnahmen ergreift, muß sie die Kosten dafür selber tragen.

Daher sollten die Zweckzuweisungen auf die wirklich notwendigen Fälle – etwa die Finanzierung von Leistungen, die mehrere Kommunen betreffen – beschränkt bleiben. Der in den letzten Jahren zu beobachtende durch Sparmaßnahmen eingeleitete absolute und relative Bedeutungsrückgang der zweckgebundenen Zuweisungen ist zu begrüßen. Er sollte auch bei steigenden Landeseinnahmen und steigender Verbundmasse fortgeführt werden.

434. Sollte die Finanzausstattung der Kommunen auch nach solchen Reformen nicht in allen Fällen ausreichen, um den regionalpolitisch notwendigen Instrumenteneinsatz zu finanzieren, so ist die Möglichkeit zeitlich befristeter Zuwendungen zu prüfen. Diese könnten beispielsweise an eine besonders hohe Arbeitslosigkeit mit ausgeprägter Dauerkomponente gebunden werden. Dabei ist der temporäre Charakter der finanziellen Unterstützung von entscheidender Bedeutung, um nicht mittelfristig in Konflikt mit den erwünschten Anreizeffekten zu kommen. In eine ähnliche Richtung weist auch die in Nordrhein-Westfalen eingeführte Haushaltssicherungshilfe, die den Kommunen unter bestimmten Bedingungen (ehemalige Lohnsummensteuergemeinde, mehrjähriges Haushaltsdefizit, Vorlage einer Konzeption zur Haushaltssicherung) eine zeitlich befristete Unterstützung gewährt. Da diese zur Hälfte wieder zurückgezahlt werden muß, wird der Charakter einer Hilfe zur Selbsthilfe besonders betont; zudem wird die Gefahr der Mitnahmeeffekte reduziert.

435. Schließlich ist mit Blick auf die kommunale Ausgabenseite hervorzuheben, daß die Deckung der Sozialhilfeausgaben im Rahmen eines föderalen Staatsaufbaus nur begrenzt auf der kommunalen Ebene anzusiedeln ist. Bund und Länder geben mit der Festlegung der Regelsätze Art und Umfang der Zahlung bis ins einzelne vor; das sollte nicht ohne Einfluß auf die Finanzierung bleiben (JG 87 Ziffer 298). Hier können die strukturschwachen Städte in den altindustriellen Verdichtungsgebieten entlastet werden.

Die Weiterentwicklung der Sozial- und Arbeitslosenansätze im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs stellt einen wichtigen Lösungsbeitrag dar. Das muß jedoch mit einer Aufstockung der Verteilungsmasse verbunden sein. Sofern dies nicht gewährleistet ist, wird lediglich die Solidarität der Gemeinden genutzt, um Aufgaben zu finanzieren, die zumindest teilweise der staatlichen Ebene zufallen.

Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Bewältigung des Strukturwandels

436. Strukturpolitik im marktwirtschaftlichen Sinne betreiben heißt nicht, die wirtschaftliche Entwicklung in staatlich vorgedachte Bahnen zu lenken. Vielmehr kommt es darauf an, die Signale des Marktes aufzunehmen und wirtschaftliche Entscheidungen nach ihnen auszurichten, statt solche Signale künstlich zu verschleiern oder außer Kraft zu setzen. Nur so kann die Entstehung eines allmählich immer stärker werdenden Anpassungsstaus verhindert werden. Unternehmen, Gewerkschaften und staatliche Entscheidungsträger sind hier angesprochen.

Die Unternehmen dürfen sich nicht länger auf staatliche Hilfen und Finanzierungsprogramme verlassen; sie müssen sich veränderten Marktbedingungen stellen. Dies bedeutet indessen nicht, daß verlorengegangene Arbeitsplätze von den Unternehmen in derselben Region oder genau am selben Standort zu schaffen wären. Dies zu verlangen, wäre dem Wesen der Marktwirtschaft, auch dem der Sozialen Marktwirtschaft, fremd. Die Forderung nach der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch Montanunternehmen da, wo sie früher Gewinne erzielt haben, mag manchem als Gebot der Fairneß erscheinen; mit den Erfordernissen ökonomischer Rationalität ist sie jedoch meist nicht vereinbar. Unternehmen müssen dort investieren, wo sie im Wettbewerb am ehesten bestehen können. Wenn der Staat die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in einer bestimmten Region aus regionalpolitischen Gründen für geboten hält, so obliegt es ihm, die Rahmenbedingungen dort so zu gestalten, daß zusätzliche Investitionen in der betreffenden Region rentabel werden. Dabei ist nicht nur die betriebswirtschaftliche Rentabilität zu gewährleisten, auch die volkswirtschaftlichen Kosten entsprechender Maßnahmen sind hier zu berücksichtigen.

437. Für die Gewerkschaften gilt es einzusehen, daß unrentable Arbeitsplätze auf Dauer nicht erhalten werden können und daß auch die soziale Abfederung des Strukturwandels ihre Grenzen hat. Vor allem ist es unerträglich, wenn den Belegschaften von Großunternehmen mit Hilfe staatlicher Subventionen zunächst Lohnerhöhungen und später großzügige Sozialpläne

ermöglicht werden, während diejenigen, die vielleicht am gleichen Ort in einem kleinen Unternehmen beschäftigt sind, im Vergleichs- oder Konkursfall wesentlich schlechter gestellt werden.

438. In erster Linie muß jedoch bei den staatlichen Entscheidungsträgern umgedacht werden. Im privatwirtschaftlichen Bereich wie auch im Verhältnis der Gebietskörperschaften untereinander gilt es, den Gedanken des Wettbewerbs und der Eigeninitiative bei entsprechender Eigenverantwortung größeres Gewicht zu verschaffen. Dies schließt finanzielle Hilfen für Problemregionen wie das Ruhrgebiet nicht aus; sie sollten jedoch in einer Form gewährt werden, die die Entscheidung über ihre Verwendung weitestgehend bei den Begünstigten beläßt. Für die Kommunen müßten der weitere Abbau zweckgebundener zugunsten allgemeiner Finanzzuweisungen und vor allem die Schaffung einer hinreichenden eigenen Einnahmebasis an der ersten Stelle stehen.

Entscheidend für den Erfolg von regionalen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung ist, daß sie nicht einem einheitlichen Schema folgen, sondern in enger Abstimmung zwischen den regionalen Entscheidungsträgern und der örtlichen Wirtschaft auf die speziellen Engpässe und Entwicklungschancen der jeweiligen Region abgestellt werden. Welche Maßnahmen im einzelnen Erfolg versprechen, kann deshalb nicht in einem generellen Sinne gesagt werden; die jeweiligen Regionen müssen es selbst herausfinden.

Was in jedem Falle zu Buche schlägt, sind die positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftsklima, die von einer entschlossen auf das Neue setzenden regionalen Wirtschaftsförderungspolitik zu erwarten sind. Gerade für die Gewinnung kleiner und mittlerer Unternehmen kann die Aufnahme- und Kooperationsbereitschaft, die sie an einem potentiellen Standort vorfinden, entscheidend sein. All dies braucht nicht mit hohen Ausgaben für die betreffende Region verbunden zu sein. Gefragt sind Einfallsreichtum, Flexibilität und Eigeninitiative. Sie hervorzurufen, ist der Sinn des Wettbewerbs zwischen den Regionen und Kommunen, von dem auch das Ruhrgebiet als ganzes profitieren würde.

Statistischer Anhang: Ruhrgebiet

Tabelle 1R

Wichtige wirtschaftliche Eckdaten für das Ruhrgebiet im Vergleich

	Berichtszeit	Ruhrgebiet „KVR“ ¹⁾	Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet	Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen
Bevölkerung	31. 12. 1978/86			
Insgesamt (in 1 000)		5 425 / 5 178	11 581 / 11 498	44 315 / 44 464
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		-0,6	-0,1	+0,0
darunter: Ausländer (in 1 000) ³⁾		378 / 425	850 / 934	2 753 / 3 154
Wanderungssaldo⁴⁾	1979/86			
Insgesamt (in 1 000)		-119,1	+16,6	+766,5
Natürl. Bevölkerungsbewegungen⁵⁾				
Insgesamt (in 1 000)		-128,1	-100,1	-617,2
Arbeitsmarkt				
Erwerbstätige	1978/86			
Insgesamt (in 1 000)		2 070 / 1 958	4 690 / 4 792	18 884 / 18 952
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		-0,7	+0,3	+0,0
Nach Wirtschaftsbereichen				
darunter:				
Land- und Forstwirtschaft				
Insgesamt (in 1 000)		22,1 / 20,5	177,0 / 163,9	1 337 / 1 154
Anteil in vH		1,1 / 1,0	3,8 / 3,4	7,1 / 6,1
Energie- u. Wasserversorgung, Bergbau				
Insgesamt (in 1 000)		178,1 / 156,5	81,7 / 84,1	236 / 248
Anteil in vH		8,6 / 8,0	1,7 / 1,8	1,2 / 1,3
darunter:				
Bergbau				
Insgesamt (in 1 000)		144,5 / 123,1	39,0 / 39,3	54 / 50
Anteil in vH		7,0 / 6,3	0,8 / 0,8	0,3 / 0,3
Verarbeitendes Gewerbe				
Insgesamt (in 1 000)		659,9 / 551,6	1 665,7 / 1 527,7	6 592 / 6 184
Anteil in vH		31,9 / 28,2	35,5 / 31,9	34,9 / 32,6
darunter:				
Metallerzeugung und -bearbeitung				
Insgesamt (in 1 000)		209,6 / 154,8	204,0 / 183,3	573 / 505
Anteil in vH		10,1 / 7,9	4,3 / 3,8	3,0 / 2,7
Baugewerbe				
Insgesamt (in 1 000)		149,8 / 122,5	288,7 / 254,7	1 534 / 1 377
Anteil in vH		7,2 / 6,3	6,2 / 5,3	8,1 / 7,3
Handel, Verkehr, Dienstleistungen				
Insgesamt (in 1 000)		736,4 / 733,3	1 631,7 / 1 787,3	5 863 / 6 245
Anteil in vH		35,6 / 37,4	34,8 / 37,3	31,0 / 33,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen				
Insgesamt (in 1 000)		239,9 / 262,1	636,7 / 703,8	2 869 / 3 166
Anteil in vH		11,6 / 13,4	13,6 / 14,7	15,2 / 16,7
Priv. Haushalte, Org. ohne Erw.				
Insgesamt (in 1 000)		84,3 / 111,8	208,4 / 270,1	452 / 579
Anteil in vH		4,1 / 5,7	4,4 / 5,6	2,4 / 3,1
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	30. 6. 1978/87			
Insgesamt (in 1 000)		1 743 / 1 642	3 755 / 3 902	14 591 / 15 501
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		-0,7	+0,4	+0,7
Anteile in vH:				
männlich		68,3 / 64,7	63,8 / 61,5	60,9 / 58,9
Ausländer		8,2 / 7,0	10,0 / 7,6	9,3 / 7,6
Arbeiter		58,8 / 53,6	55,2 / 50,6	57,0 / 51,7
Angestellte		41,2 / 46,4	44,8 / 49,4	43,0 / 48,3
ohne Berufsausbildung		31,4 / 27,4	33,4 / 29,6	33,7 / 29,0
in beruflicher Ausbildung		7,0 / 9,2	7,0 / 9,2	7,6 / 8,5
Nach Wirtschaftsabteilungen:				
darunter:				
Energiewirtschaft, Bergbau				
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		-1,4	-0,2	+0,8
Anteil in vH		10,6 / 9,9	2,2 / 2,1	1,4 / 1,5
Verarbeitendes Gewerbe				
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		-1,8	-0,5	-0,1
Anteil in vH		37,9 / 34,2	44,8 / 41,2	41,7 / 38,8

Fußnoten siehe Seite 206.

noch Tabelle 1 R

	Berichtszeit	Ruhrgebiet „KVR“ 1)	Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet	Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen
Baugewerbe	30. 6. 1978/87			
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾ ...		-2,6	-1,5	-1,1
Anteil in vH		8,0 / 6,7	6,8 / 5,7	8,3 / 7,1
Handel, Verkehr, Kreditinstitute, Dienstleistungen				
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾ ...		+0,6	+1,6	+1,6
Anteil in vH		36,5 / 40,7	37,2 / 41,2	38,9 / 42,1
Staat				
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾ ...		+0,1	+0,4	+1,3
Anteil in vH		5,1 / 5,4	6,4 / 6,4	6,8 / 7,2
Arbeitslosigkeit³⁾	1978/87			
Arbeitslose in 1 000		111,1 / 262,2	200,8 / 474,8	681,0 / 1 491,8
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+10,0	+10,0	+9,1
Arbeitslosenquote in vH		6,5 / 15,1	4,4 / 9,5	4,0 / 8,1
Sozialprodukt				
Bruttowertschöpfung in jew. Preisen	1980/85			
Insgesamt in Mrd DM		124,3 / 145,8	265,0 / 326,6	1 033,6 / 1 310,6
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+3,2	+4,3	+4,9
DM je Einwohner		23 029 / 28 075	22 723 / 28 448	23 216 / 29 560
DM je Erwerbstätigen		59 108 / 75 499	55 151 / 71 880	53 382 / 69 323
Anteile der Wirtschaftsbereiche in vH				
davon:				
Land- und Forstwirtschaft		0,4 / 0,4	1,7 / 1,4	2,4 / 2,0
Produzierendes Gewerbe		51,2 / 48,1	45,2 / 42,6	43,4 / 40,9
darunter: Verarbeitendes Gewerbe		33,2 / 31,1	35,7 / 34,6	33,6 / 32,5
Handel und Verkehr		16,1 / 15,7	15,5 / 15,1	15,9 / 15,6
Dienstleistungsunternehmen		20,4 / 23,6	23,4 / 26,8	24,0 / 27,7
Staat, private Haushalte, etc.		11,8 / 12,2	14,2 / 14,1	14,3 / 13,7
Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen	1978/85			
Insgesamt in Mio DM		18 428 / 24 912	48 275 / 68 083	202 577 / 273 625
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+ 4,4	+ 5,0	+ 4,4
Anteile der Wirtschaftsbereiche in vH				
davon:				
Warenproduzierendes Gewerbe		34,6 / 37,4	24,7 / 26,0	23,9 / 25,3
Sonstige Unternehmensbereiche		51,5 / 51,4	58,1 / 61,7	59,5 / 61,9
Staat		14,0 / 11,2	17,2 / 12,3	16,6 / 12,8
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
Insgesamt	1978/87			
Betriebe		2 671 / 2 404	9 308 / 8 401	37 669 / 33 357
Beschäftigte in 1 000		739,7 / 592,8	1 508,5 / 1 358,8	5 336,0 / 5 103,2
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		- 2,4	- 1,2	- 0,5
Lohn- und Gehaltssumme (in Mrd DM)		23,0 / 27,4	46,2 / 62,1	153,9 / 226,5
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+ 2,0	+ 3,3	+ 4,4
Investitionen (in Mrd DM)	1980/86	4,969 / 5,266	10,036 / 13,248	38,863 / 54,432
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+ 0,1	+ 4,7	+ 5,8
Anteil der Hauptgruppen (in vH)	1978/87			
davon:				
Bergbau				
Beschäftigte		19,6 / 19,9	2,6 / 2,8	1,0 / 0,9
Umsatz		12,7 / 14,5	1,7 / 2,1	0,9 / 0,6
Grundstoff- u. Produktionsgüter- gewerbe				
Beschäftigte		34,3 / 31,0	24,6 / 24,2	17,1 / 16,3
Umsatz		47,6 / 40,9	32,7 / 32,4	25,2 / 23,5
darunter: Eisensch. Industrie				
Beschäftigte		20,0 / 16,5	3,9 / 3,1	1,5 / 1,1
Umsatz		19,0 / 14,0	4,3 / 3,3	1,7 / 1,3
Investitionsgüter prod. Gewerbe				
Beschäftigte		34,1 / 36,9	44,2 / 47,4	52,7 / 56,8
Umsatz		27,6 / 32,0	36,8 / 39,4	44,2 / 48,8
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe				
Beschäftigte		7,8 / 7,5	23,3 / 20,1	22,0 / 19,3
Umsatz		6,0 / 6,7	18,6 / 17,1	15,1 / 13,9
Nahrungs- und Genußmittel prod. G.				
Beschäftigte		4,2 / 4,6	5,4 / 5,6	7,1 / 6,7
Umsatz		6,2 / 5,8	10,1 / 9,1	14,5 / 12,9
Bauhauptgewerbe	30. 6. 1978/86			
Insgesamt				
Betriebe		4 196 / 3 565	12 285 / 10 529	43 108 / 44 936
Beschäftigte in 1 000		99,0 / 79,1	185,2 / 143,6	933,5 / 787,2
Umsatz (in Mrd DM)	1978/86	6,9 / 8,3	13,8 / 15,3	61,9 / 83,1

Fußnoten siehe Seite 206.

noch Tabelle 1 R

	Berichtszeit	Ruhrgebiet „KVR“ ¹⁾	Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet	Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen
Bautätigkeit und Wohnungswesen	1978/87			
Bestand an Wohngebäuden (in 1 000) ...		699,3 / 763,1	1 939,8 / 2 186,8	10 808,2 / 12 194,9
Bestand an Wohnungen (in 1 000)		2 245,2 / 2 410,2	4 439,3 / 4 942,4	24 701,2 / 27 523,6
Fertiggestellte Wohnungen (in 1 000)		25,7 / 13,5	66,3 / 32,3	368,1 / 217,3
	1. 7.			
Verkehr	1978/86			
Bestand an Kraftfahrzeugen				
Insgesamt (in 1 000)		1 799 / 2 386	4 001 / 5 744	20 813 / 26 004
Je 1 000 Einwohner		332 / 461	345 / 500	470 / 585
Finanzsituation der Gemeinden				
Ausgaben²⁾	1979/87			
Insgesamt (in Mrd DM)		12,63 / 16,84	27,75 / 34,85	87,33 / 118,55
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+ 3,7	+ 2,9	+ 3,9
DM je Einwohner		2 336 / 3 256	2 390 / 3 030	2 179 / 2 935
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+ 4,2	+ 3,0	+ 3,8
darunter (in Mrd DM):				
Personalausgaben		3,90 / 5,25	7,22 / 9,92	19,82 / 29,07
Baumaßnahmen		1,92 / 1,66	5,53 / 4,32	19,54 / 19,79
Tilgung von Krediten, etc.		0,51 / 1,16	1,15 / 1,99	3,95 / 5,84
Soziale Leistungen				
– Insgesamt		1,89 / 3,52	3,62 / 6,54	8,48 / 15,55
– Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾ ..		+ 8,1	+ 7,7	+ 7,9
– DM je Einwohner		350 / 681	312 / 568	212 / 385
Einnahmen³⁾				
Insgesamt (in Mrd DM)		12,57 / 16,89	27,24 / 34,65	85,10 / 118,74
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+ 3,6	+ 3,1	+ 4,2
DM je Einwohner		2 325 / 3 227	2 345 / 3 013	2 123 / 2 939
Durchsch. jährl. Veränd. in vH ²⁾		+ 4,2	+ 3,2	+ 4,1
darunter (in Mrd DM):				
Steuern (netto), insgesamt		4,03 / 5,31	6,56 / 10,54	30,59 / 43,99
Gewerbesteuern nach E. und K.		0,89 / 2,07	1,80 / 5,78	14,19 / 16,85
Gemeindeanteil an der ESt		1,73 / 2,50	3,72 / 5,67	13,79 / 18,87
Einnahmen des Vermögenshaushalts		3,63 / 3,97	5,87 / 8,83	36,19 / 38,71
Schuldenstand	31. 12.			
Insgesamt (in Mrd DM)	1978/86	7,824 / 10,911	19,940 / 29,734	57,320 / 75,411
DM je Einwohner		1 438 / 2 110	1 724 / 2 585	1 433 / 1 867
Realsteuerkraft in DM je Einwohner	1982/87	456 / 534	552 / 738	528 / 646
Steuereinnahmekraft in DM je Einw.	1982/87	746 / 942	836 / 1 157	798 / 1 044

1) In der Abgrenzung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, bestehend aus den kreisfreien Städten: Duisburg, Essen, Mühlheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm, Herne und den Landkreisen: Wesel, Recklinghausen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Unna. – 2) Für den jeweils angegebenen Berichtszeitraum. – 3) Für 1978 Stand am 30. September. – 4) Überschuß der Zuzüge (+) beziehungsweise der Fortzüge (–) im angegebenen Berichtszeitraum. – 5) Geburten (+) –, Sterbefallüberschuß (–) im angegebenen Berichtszeitraum. – 6) Jahresdurchschnitte. – 7) Für das Ruhrgebiet „KVR“ nach den jeweiligen Arbeitsamtsbezirken. – 8) Für die Gemeinden in den Flächenländern.

Tabelle 2 R

Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Ruhrgebiet im Vergleich

Branchen	Ruhrgebiet			Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet			Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen		
	1986 Anzahl	Veränderung 1981/86		1986 Anzahl	Veränderung 1981/86		1986 Anzahl	Veränderung 1981/86	
		Anzahl	vH		Anzahl	vH		Anzahl	vH
Bergbau	123 104	- 20 481	- 14,3	39 289	- 1 712	- 4,2	49 917	- 4 554	- 8,4
Grundstoff- und Produk- tionsgütergewerbe	163 881	- 37 162	- 18,5	366 131	- 31 483	- 7,9	850 921	- 59 261	- 6,5
davon:									
Steine und Erden	8 788	- 2 151	- 19,7	26 992	- 5 728	- 17,5	120 329	- 23 989	- 16,6
Eisenschaffende Industrie	88 414	- 24 301	- 21,6	61 772	- 16 416	- 21,0	60 293	- 20 461	- 25,3
Chemische Industrie	38 663	- 3 661	- 8,6	159 098	- 5 047	- 3,1	376 398	+ 13 876	+ 3,8
Sonstige	28 016	- 7 049	- 20,1	118 269	- 4 292	- 3,5	293 901	- 28 687	- 8,9
Investitionsgüter prod. Gewerbe	175 690	- 21 516	- 10,9	694 348	- 592	- 0,1	2 910 624	+ 38 046	+ 1,3
davon:									
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	32 874	- 4 667	- 12,4	41 245	- 6 458	- 13,5	113 188	- 11 925	- 9,5
Maschinenbau	57 637	- 9 348	- 14,0	225 878	- 6 309	- 2,7	715 224	- 14 314	- 2,0
Straßenfahrzeugbau	24 640	- 2 419	- 8,9	97 840	+ 6 525	+ 7,1	724 908	+ 51 243	+ 7,6
Elektrotechnik	41 919	- 141	- 0,3	143 238	+ 3 520	+ 2,5	789 362	+ 23 822	+ 3,1
Herstellung von EBM-Waren	9 386	- 3 852	- 29,1	107 119	- 4 315	- 3,9	180 489	- 967	- 0,5
Sonstige	9 234	- 1 089	- 10,5	79 028	+ 6 445	+ 8,9	387 453	- 9 813	- 2,5
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	38 486	- 8 333	- 17,8	279 191	- 41 332	- 12,9	1 005 109	- 132 077	- 11,6
davon:									
Holzverarbeitung	3 978	- 1 919	- 32,5	52 845	- 9 529	- 15,3	130 019	- 30 214	- 18,9
Papier-, Pappe- verarbeitung	1 924	- 348	- 15,3	30 129	- 4 263	- 12,4	70 014	- 7 436	- 9,6
Druckerei, Vervielfältigung	8 005	- 1 022	- 11,3	27 698	- 1 281	- 4,4	128 821	- 14 711	- 10,2
H. v. Kunststoffwaren	5 655	- 971	- 14,7	50 345	+ 4 516	+ 9,9	166 374	+ 16 957	+ 11,3
Textilgewerbe	1 874	+ 72	+ 4,0	56 727	- 15 961	- 22,0	169 183	- 35 376	- 17,3
Bekleidungs-gewerbe	7 494	- 2 015	- 21,2	35 482	- 7 886	- 18,2	142 527	- 32 585	- 18,6
Sonstige	9 556	- 2 130	- 18,2	25 965	- 6 928	- 21,1	198 171	- 28 712	- 12,7
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	24 930	- 472	- 1,9	81 209	- 4 042	- 4,7	346 669	- 39 744	- 10,3
Bergbau und Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt ...	526 091	- 87 964	- 14,3	1 460 168	- 79 161	- 5,1	5 163 240	- 197 590	- 3,7

1) Stand im September des jeweiligen Jahres.

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

Tabelle 3 R

Beschäftigte mit Dienstleistungsfunktionen in der Industrie im Ruhrgebiet¹⁾

Wirtschaftszweig	Ruhrgebiet			Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet		
	1987	Veränderung 1978/87		1987	Veränderung 1978/87	
	Anzahl		vH	Anzahl		vH
Energie, Bergbau	48 942	- 7 218	- 12,9	35 043	+ 1 849	+ 5,6
Chemische Industrie	23 062	- 479	- 2,0	89 010	+ 1 227	+ 1,4
Kunststoffverarbeitung	3 645	- 64	- 1,7	23 245	+ 5 120	+ 28,2
Steine und Erden, Feinkeramik, Glas	7 178	- 2 126	- 22,9	16 268	- 5 574	- 25,5
Eisen- und Stahlerzeugung, Gießerei ²⁾	50 204	- 21 869	- 30,3	49 568	- 9 593	- 16,2
Stahlbau, Fahrzeugbau, EDV-Anlagen, Büromaschinen	35 985	- 2 104	- 5,5	98 946	+ 6 164	+ 6,6
Maschinenbau	21 817	- 2 855	- 11,6	57 070	+ 1 518	+ 2,7
Elektrotechnik ³⁾	18 824	+ 1 302	+ 7,4	61 025	+ 8 064	+ 15,2
Feinmechanik und Optik, EBM-Waren ⁴⁾	9 375	- 1 316	- 12,3	45 893	- 1 494	- 3,2
Holz-, Papierverarbeitung, Druckerei, Vervielfältigung ..	8 161	- 223	- 2,7	50 187	- 4 679	- 8,5
Leder, Schuhe, Textilverarbeitung, Bekleidungsindustrie	5 088	- 960	- 15,9	34 151	- 13 323	- 28,1
Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe	23 036	- 1 321	- 5,4	56 903	+ 2 447	+ 4,5
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	206 375	- 32 015	- 13,4	582 266	- 10 123	- 1,7
Bauhauptgewerbe	15 458	- 4 484	- 22,5	27 815	- 4 402	- 13,7
Ausbaugewerbe	5 877	+ 256	+ 4,6	11 972	+ 1 353	+ 12,7
Baugewerbe, insgesamt	21 335	- 4 228	- 16,5	39 787	- 3 049	- 7,1
Produzierendes Gewerbe, insgesamt	276 652	- 43 461	- 13,6	657 096	- 11 323	- 1,7

¹⁾ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Stand am 30. Juni des jeweiligen Jahres). Ruhrgebiet in der Gebietsabgrenzung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet.

²⁾ Einschließlich Zieherei, Stahlverformung.

³⁾ Ohne EDV-Anlagen, Büromaschinen.

⁴⁾ Einschließlich Uhren, Musikinstrumente, Spielwaren, Schmuckwaren.

Quelle: Kommunalverband Ruhrgebiet

Tabelle 4 R

Beschäftigungsentwicklung in Dienstleistungssektoren im Ruhrgebiet¹⁾

Wirtschaftszweig	Ruhrgebiet			Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet		
	1987	Veränderung 1978/87		1987	Veränderung 1978/87	
	Anzahl		vH	Anzahl		vH
Großhandel	72 105	- 3 437	- 4,5	200 647	+ 1 524	+ 0,8
Eisenbahnen und Deutsche Bundespost	29 488	- 4 801	- 14,0	53 288	- 2 920	- 5,2
Straßenverkehr, Schifffahrt, Spedition, Luftfahrt und sonstiger Verkehr	49 693	+ 2 290	+ 4,8	111 456	+ 19 153	+ 20,8
Kredit- und Finanzierungs-institute	35 135	+ 5 810	+ 19,8	106 542	+ 15 901	+ 17,5
Wissenschaft, Kunst, Publizistik	62 141	+ 6 681	+ 12,0	153 644	+ 19 028	+ 14,1
Gesundheits-, Veterinärwesen ..	98 636	+ 24 659	+ 33,3	229 398	+ 60 475	+ 35,8
Rechts- und Wirtschaftsberatung, Immobilienverwaltung	52 999	+ 6 347	+ 13,6	125 397	+ 29 386	+ 30,6
Wirtschaftswerbung, Messen, Photographisches Gewerbe, Leihhäuser und sonstige	29 548	+ 5 949	+ 25,2	59 192	+ 23 392	+ 65,3
Zusammen	429 745	+ 43 498	+ 11,3	1 039 564	+ 165 939	+ 19,0

¹⁾ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Stand am 30. Juni des jeweiligen Jahres). Ruhrgebiet in der Gebietsabgrenzung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet.

Quelle: Kommunalverband Ruhrgebiet

Tabelle 5 R

Realsteuerkraft und Wertschöpfungsteuerkraft in den Städten und Kreisen des Ruhrgebiets¹⁾

DM je Einwohner (1984)

Gebietseinheit	Realsteuerkraft	Wertschöpfung- steuerkraft	Gewinn (+)/Verlust (-) von Realsteuerkraft	
	DM			vH
Kreisfreie Städte, insgesamt	455	544	+ 89	+ 19,6
Bochum	390	596	+ 206	+ 52,8
Bottrop	313	356	+ 43	+ 13,7
Dortmund	455	520	+ 65	+ 14,3
Duisburg	363	537	+ 174	+ 47,9
Essen	707	651	- 56	- 7,9
Gelsenkirchen	383	565	+ 182	+ 47,5
Hagen	482	588	+ 106	+ 22,0
Hamm	428	468	+ 40	+ 9,3
Herne	273	414	+ 141	+ 51,6
Mülheim a. d. Ruhr	552	486	- 66	- 12,0
Oberhausen	304	464	+ 160	+ 52,6
Kreise, insgesamt	417	381	- 36	- 8,6
Ennepe-Ruhr-Kreis	473	383	- 90	- 19,0
Recklinghausen	414	377	- 37	- 8,9
Unna	406	364	- 42	- 10,3
Wesel	386	404	+ 18	+ 4,7
Ruhrgebiet insgesamt	442	489	+ 47	+ 10,6
Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet	530	498	- 32	- 6,0
davon:				
Kreisfreie Städte	692	660	- 32	- 4,6
Kreise	446	415	- 31	- 7,0

¹⁾ Nach Modellrechnungen der Ruhr-Universität Bochum: Realsteuereinnahmen (Gewerbesteuern, netto sowie Grundsteuern A und B) beziehungsweise Einnahmen aus einer Wertschöpfungsteuer bei bundesdurchschnittlichem fiktivem Hebesatz, unter der Annahme von Aufkommensneutralität im Falle des Übergangs auf eine Wertschöpfungsteuer.

Tabelle 6 R

Steuereinnahmen ausgewählter Ruhrgebietsstädte nach Gemeindegrößenklassen
DM je Einwohner

Stadt	Steuern (netto) insgesamt			Gewerbsteuer (netto) ¹⁾			Nachrichtlich: Lohnsummensteuer	Gemeindeanteil an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer		
	1979	1986	vH ²⁾	1979	1986	vH ²⁾		1979	1986	vH ²⁾
500 000 und mehr Einwohner										
Essen	872	1 477	+ 69,4	413	815	+ 97,3	162	340	487	+ 43,2
Dortmund	817	1 034	+ 26,6	363	391	+ 7,7	178	329	465	+ 41,3
Duisburg	835	1 049	+ 25,6	352	405	+ 15,1	203	346	466	+ 34,7
Durchschnitt im Bundesgebiet	1 125	1 801	+ 60,1	581	841	+ 44,8	143	383	526	+ 37,3
200 000 bis unter 500 000 Einwohner										
Bochum	795	1 054	+ 32,6	376	377	+ 0,3	185	307	491	+ 59,9
Gelsenkirchen	731	901	+ 23,3	339	333	- 1,8	169	294	412	+ 40,1
Oberhausen	709	870	+ 22,7	262	271	+ 3,4	148	346	449	+ 29,8
Hagen	827	1 248	+ 50,9	356	567	+ 59,3	175	362	501	+ 38,4
Durchschnitt im Bundesgebiet	905	1 233	+ 36,2	393	549	+ 39,7	120	364	491	+ 34,9
100 000 bis unter 200 000 Einwohner										
Mühlheim/Ruhr	932	1 373	+ 47,3	397	608	+ 53,1	180	407	561	+ 37,8
Herne	620	797	+ 28,5	245	250	+ 2,0	123	293	418	+ 42,7
Hamm	575	874	+ 52,0	218	352	+ 61,5	127	278	383	+ 37,8
Bottrop	623	781	+ 25,4	218	227	+ 4,1	124	284	413	+ 45,4
Durchschnitt im Bundesgebiet	895	1 238	+ 38,3	402	570	+ 41,8	103	359	478	+ 33,1
Stadt	Grundsteuern (A und B)			Übrige Steuern einschließlich steuerähnlicher Einnahmen			Nachrichtlich: Allgemeine Zuweisungen von Bund und Land			
	1979	1986	vH ²⁾	1979	1986	vH ²⁾	1979	1986	vH ²⁾	
500 000 und mehr Einwohner										
Essen	96	144	+ 50,0	6	32	+ 433,3	425	282	- 33,6	
Dortmund	98	144	+ 46,9	6	33	+ 450,0	453	578	+ 27,6	
Duisburg	97	136	+ 40,2	4	41	+ 925,0	430	624	+ 45,1	
Durchschnitt im Bundesgebiet	132	178	+ 34,8	7	31	+ 342,9	339	296	- 12,7	
200 000 bis unter 500 000 Einwohner										
Bochum	88	151	+ 71,6	5	34	+ 580,0	416	508	+ 22,1	
Gelsenkirchen	74	126	+ 70,3	5	30	+ 500,0	492	564	+ 14,6	
Oberhausen	80	114	+ 42,5	5	36	+ 620,0	461	559	+ 21,3	
Hagen	87	149	+ 71,3	5	32	+ 540,0	340	316	- 7,1	
Durchschnitt im Bundesgebiet	114	158	+ 38,6	11	33	+ 200,0	391	383	- 2,0	
100 000 bis unter 200 000 Einwohner										
Mühlheim/Ruhr	100	165	+ 65,0	5	38	+ 660,0	236	235	- 0,4	
Herne	62	98	+ 58,1	5	31	+ 520,0	494	604	+ 22,3	
Hamm	59	110	+ 86,4	5	29	+ 480,0	507	513	+ 1,2	
Bottrop	72	109	+ 51,4	5	31	+ 520,0	505	540	+ 6,9	
Durchschnitt im Bundesgebiet	109	152	+ 39,4	7	26	+ 271,4	345	339	- 1,7	

¹⁾ Gewerbesteuer (brutto) nach Ertrag und Kapital (für 1979 einschließlich Lohnsummensteuer), abzüglich Gewerbesteuerumlage.

²⁾ Im angegebenen Zeitraum.

Quelle: Deutscher Städtetag

Anhang

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	212
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	214
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	215
IV. Methodische Erläuterungen	216
V. Statistischer Anhang	224
Sachregister	336

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersu-

chung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das

Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;

3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

- Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld – Stetiges Wachstum“ (am 11. Januar 1965)
- Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation“ (am 13. Dezember 1965)
- Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität“ (am 30. November 1966)
- Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum“ (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967“
- Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung“ (am 4. Dezember 1968)
- Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms“ (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969“
- Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch – Risiken und Chancen –“ (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“
- Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb – Entscheidungen für morgen –“ (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971“
- Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert“ (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“
- Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung“ (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973“
- Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen“ (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“
- Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung“ (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975“
- Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren“ (am 24. November 1976)
- Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum – Mehr Beschäftigung“ (am 22. November 1977)
- Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung“ (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978“
- Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen“ (am 22. November 1979)
- Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang“ (am 20. November 1980)
- Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung“ (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen – Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981“
- Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus“ (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982“
- Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran“ (am 24. November 1983)
- Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung“ (am 23. November 1984)
- Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung“ (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985“
- Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs“ (am 24. November 1986)
- Jahresgutachten 1987/88: „Vorrang für die Wachstumspolitik“ (am 23. November 1987)

Alle Jahresgutachten sind als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart-Mainz erschienen. Die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76 sind inzwischen vergriffen, können jedoch noch als Bundestagsdrucksache über den Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn, bezogen werden.

IV.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
\hat{k}_t	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Landwirtschaft, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbzweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Der Trend der Kapitalproduktivität wird für abgeschlossene Konjunkturzyklen ermittelt. Die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten wer-

den im ersten Schritt für die Jahre zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1963 und 1975 mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t]$$

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1975 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Als Stützbereich werden die Jahre 1975 bis 1982 verwendet.

Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß die im ersten Schritt errechneten Werte nach 1975 nach Maßgabe der Abnahmerate dieses Trends bis in die Gegenwart fortgeschrieben werden.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:

- Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) 1988 um 7 vH und 1989 um 6 vH zunehmen.
- Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 96½ vH in den Jahren 1963 bis 1985 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

B. Zur Berechnung der Kosten-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

Die Kosten-Erlös-Relation der privaten Wirtschaft

1. Die Kosten-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Unternehmen

im privaten Sektor erlauben. Sie ist definiert als das Verhältnis der Gesamtkosten des Unternehmenssektors zu den Gesamterlösen. Die Berechnungen zur Kosten-Erlös-Relation betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Die Kosten werden untergliedert in inländische und ausländische Vorleistungen, in kalkulatorische Zinskosten, in Abschreibungen auf das Anlagevermögen, in indirekte Steuern abzüglich Subventionen, in Bruttolohn- und -gehaltssumme und in Arbeitgeberbeiträge, alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und auf Jahresbasis. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen (V). Die inländischen Vorleistungen werden in die Rechnung mit einbezogen, obwohl sie zugleich Erlöscharakter und Kostencharakter haben. Dies geschieht zum einen, damit man analog zu den Rechnungen der Umsatzrendite in einem einzelnen Unternehmen ein Bild von den Gesamtkosten im privaten Sektor der Wirtschaft in Relation zu den gesamten Erlösen erhält. Zum anderen soll in der Rechnung berücksichtigt werden, inwieweit ausländische Vorleistungen mit der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung einen Teil der inländischen Vorleistungen ersetzt haben.

2. Die Kosten-Erlös-Relation ist – im wesentlichen dem Gliederungsschema der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgend – definiert als

$$(1) \text{KER} = \frac{V_{\text{inl}} + V_{\text{ausl}} + (T-S) + AK + ZK + BLGS + AGB}{\text{BIP} + V}$$

Die Symbole bedeuten:

KER	Kosten-Erlös-Relation
V_{inl}	inländische Vorleistungen
V_{ausl}	importierte Vorleistungen
T-S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
ZK	Zinskosten
BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Arbeitgeberbeiträge
BIP	Bruttoinlandsprodukt
V	gesamte Vorleistungen
BIP + V	Erlöse

Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden je für sich partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren, ebenfalls in vH gerechnet. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation, in vH gerechnet, ergibt die Gewinn-Erlös-Relation.

3. Die ausländischen Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich importierter Investitionsgüter. Dabei wird unterstellt, daß der

weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Warenproduzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft. Die inländischen Vorleistungen ergeben sich als Differenz aus den Vorleistungen insgesamt – bereinigt um unterstellte Bankdienstleistungen – und den importierten Vorleistungen.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Das im Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung und ohne finanziellen Sektor) vorhandene Geldvermögen wird zur Gänze als betriebsnotwendig erachtet. Diese Annahme mag strittig sein. Wir haben uns von folgender Überlegung leiten lassen: Jede Schätzung der Erträge von Finanzanlagen außerhalb des Unternehmenssektors wäre willkürlich und erforderte zugleich eine ebenso willkürliche Korrektur bei den Erlösen. Da Korrekturen beim Geldvermögen und bei den Erlösen in die gleiche Richtung gehen würden, es aber als offen gelten muß, ob dadurch per saldo die Kosten-Erlös-Relation erhöht oder gesenkt würde, wird von einer Korrektur abgesehen.

Zur Kontrolle wurden Rechnungen auch ohne Einbeziehung des Geldvermögens vorgenommen. Diese Rechnungen haben nicht zu anderen Ergebnissen hinsichtlich der Entwicklungstendenzen bei der Kosten-Erlös-Relation geführt.

Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Kosten-Erlös-Relation nicht berühren sollten, müssen diese rechnerisch ausgeschaltet werden. Wir versuchen dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert ansetzen. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewichte von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

5. Unter der Arbeitseinkommensquote wird das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen verstanden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres – der „Unternehmerlohn“ – wird ermittelt, indem den selbständig Erwerbstätigen und den mithelfenden Familienangehörigen ein Arbeitseinkommen

in Höhe des durchschnittlichen Bruttoeinkommens der beschäftigten Arbeitnehmer zugerechnet wird.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

$$(2) \quad AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t,$$

die Arbeitseinkommensquote als

$$(3) \quad AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$$

Die Symbole haben folgende Bedeutungen:

AE	gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen
L	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
AEQ	Arbeitseinkommensquote
Y	Volkseinkommen
t	Zeitindex
LQ ^{ber}	bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (3) läßt sich mit Hilfe von (2) auch wie folgt schreiben:

$$(4) \quad AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$$

Aus dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohnesinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

6. Die Arbeitseinkommensquote steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

$$(5) \quad LQ_t^{\text{ber}} = \frac{L_t}{Y_t} \cdot \frac{E_t}{A_t} \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}} \cdot 100$$

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren, rechnerisch auszuschalten. Nach Bereinigung um die Erwerbsstruktureinflüsse konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden.

Die Arbeitseinkommensquote und die bereinigte Lohnquote unterscheiden sich im Niveau voneinander nur um einen konstanten Faktor, der sich aus der Relation zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der Arbeitnehmer in dem für die Lohnquotenbereinigung verwendeten Basisjahr ergibt. Für das Basisjahr 1960 beträgt dieser Faktor 1,2957. Somit berechnet sich die Arbeitseinkommensquote jedes Jahr aus der bereinigten Lohnquote wie folgt:

$$(6) \quad AEQ_t = LQ_t^{\text{ber}} \cdot \frac{E_{1960}}{A_{1960}} = LQ_t^{\text{ber}} \cdot 1,2957$$

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

7. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttoerwerbprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1980, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts zu jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Netto-rechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(7) \quad AEQ_t = \frac{\frac{BLGS_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP_t^r \cdot RSP_t \cdot p_t^{\text{Liv}}}{E_t} \cdot \frac{BSP_t^n - AK_t^n - (T_t - S_t)}{BSP_t^n}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
BSP ^r	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980

RSP	Realwert des Sozialprodukts. Es gilt: $RSP \cdot p^{\text{Liv}} = BSP^n$. (Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246ff.)
p ^{Liv}	Deflator der letzten inländischen Verwendung

Zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote ¹⁾

Jahr	Brutto- lohn- und -gehalts- summe je beschäftig- ten Arbeit- nehmer ²⁾	Effekt der Arbeit- geber- beiträge ³⁾	Produkt- tivitäts- effekt ⁴⁾	Terms-of- Trade- Effekt ⁵⁾	„Preis- effekt“ der letzten in- ländischen Verwend- ung ⁶⁾	Abschrei- bungs- effekt	Effekt von indirekten Steuern ab- züglich Subventio- nen	Arbeitseinkommens- quote (1) + (2) minus (3) bis (7)		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH								vH ⁷⁾	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
1961	+10,2	-0,0	+3,0	+0,3	+4,5	-0,4	-0,3	+2,8	80,1	
1962	+ 9,2	-0,1	+4,3	-0,1	+3,9	-0,5	-0,0	+1,2	81,0	
1963	+ 6,1	-0,1	+2,5	-0,2	+3,3	-0,5	+0,1	+0,7	81,6	
1964	+ 9,0	-0,7	+6,5	+0,2	+2,9	-0,1	+0,2	-1,5	80,4	
1965	+ 9,1	+0,3	+4,8	-0,1	+3,8	-0,2	+0,5	+0,5	80,7	
1966	+ 7,3	+0,3	+3,3	+0,3	+3,0	-0,4	-0,0	+1,2	81,7	
1967	+ 3,3	-0,1	+3,2	+0,4	+0,9	-0,5	-0,6	-0,2	81,5	
1968	+ 6,2	+0,5	+5,7	-0,1	+2,3	+0,2	+1,4	-2,8	79,3	
1969	+ 9,2	+0,2	+5,9	+0,3	+3,8	+0,4	-1,5	+0,4	79,6	
1970	+15,3	+0,6	+3,8	+0,9	+6,7	-0,4	+1,7	+2,4	81,5	
1971	+11,3	+0,3	+2,4	+0,6	+7,3	-0,3	-0,1	+1,2	82,5	
1972	+ 9,2	+0,7	+4,5	-0,0	+5,3	-0,0	+0,0	-0,1	82,4	
1973	+11,2	+0,8	+4,0	-0,3	+6,7	+0,1	+0,4	+0,9	83,2	
1974	+10,9	+0,6	+1,5	-1,0	+8,2	-0,6	+0,4	+2,8	85,5	
1975	+ 6,4	+0,8	+1,4	+0,1	+5,9	-0,5	+0,1	+0,2	85,7	
1976	+ 7,0	+0,8	+6,5	-0,2	+3,9	+0,3	+0,1	-2,6	83,5	
1977	+ 6,9	-0,2	+2,8	-0,1	+3,8	-0,1	-0,0	+0,1	83,6	
1978	+ 5,4	+0,2	+2,7	+0,8	+3,4	-0,0	-0,0	-1,3	82,5	
1979	+ 5,7	+0,2	+2,6	-0,6	+4,7	-0,1	-0,3	-0,3	82,2	
1980	+ 6,7	+0,2	+0,4	-1,4	+6,3	-0,5	-0,2	+2,4	84,1	
1981	+ 4,9	+0,3	+0,7	-1,5	+5,6	-0,6	-0,1	+1,1	85,0	
1982	+ 4,1	+0,1	+0,7	+0,3	+4,1	-0,4	+0,1	-0,6	84,5	
1983	+ 3,2	+0,5	+3,4	+0,3	+2,9	+0,0	-0,1	-2,7	82,2	
1984	+ 3,0	+0,4	+3,2	-0,4	+2,3	+0,0	+0,2	-1,9	80,6	
1985	+ 2,9	+0,1	+1,2	+0,2	+2,0	-0,0	+0,4	-0,8	80,0	
1986 } ⁸⁾	+ 3,8	+0,0	+1,3	+2,9	+0,2	+0,2	+0,6	-1,3	79,0	
1987 } ⁸⁾	+ 3,0	-0,1	+1,0	+0,9	+1,2	+0,0	+0,0	-0,2	78,8	
1988 ⁹⁾	+ 3,2	+0,1	+3,0	+0,5	+1,3	+0,2	+0,1	-1,9	77,3	

¹⁾ Gesamtwirtschaft. Berechnung der Spalte (8) durch multiplikative Verknüpfung.

²⁾ Inländerkonzept.

³⁾ Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

⁴⁾ Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität).

⁵⁾ Realwert des Sozialprodukts im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980.

⁶⁾ Deflator der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).

⁷⁾ Gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen in vH des Volkseinkommens.

⁸⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁹⁾ Eigene Schätzung.

AK ⁿ	Abschreibungen in jeweiligen Preisen
BSP ⁿ	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
T	indirekte Steuern
S	Subventionen

8. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (7) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck abzuleiten:

$$(8) \text{ AEQ}_t = \frac{F_1 \cdot F_2}{F_3 \cdot F_4 \cdot F_5 \cdot F_6 \cdot F_7}$$

Dabei bedeuten:

- F₁ Lohnfaktor
- F₂ Sozialbeitragsfaktor
- F₃ Produktivitätsfaktor
- F₄ Terms of trade – Faktor
- F₅ Preisniveau
- F₆ Abschreibungsfaktor
- F₇ Steuer- und Subventionsfaktor

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

9. Die Veränderung eines Faktors F_{i,t} gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(9) v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1.$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

$$(10) v_t \approx v_{1,t} + v_{2,t} - v_{3,t} - v_{4,t} - v_{5,t} - v_{6,t} - v_{7,t}.$$

Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsrate der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte“. Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet. Dieser ursächliche Einfluß mag auch mehr oder weniger zutreffen. Die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte gilt im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann. (Tabelle)

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$Z_t = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$$

mit

$$BR_t = MRS_{i,t} + MRS_{A,t} + \ddot{U}R_t$$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

- Z bereinigte Zentralbankgeldmenge
- BG Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)
- BR Bankreserven, Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute
- KF Korrekturfaktor
- MRS_i Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten
- MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten
- ÜR Überschußreserven
- t Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, die Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen zu bereinigen. Der expansive oder kontraktive Impuls, den eine Mindestreservesatzänderung darstellt, soll in der Zentralbankgeldmenge sichtbar gemacht werden. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden.

Wir differenzieren nach den Größenklassen der Banken, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.¹⁾

Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzsenkung wird berechnet als

$$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^n \Delta KP_{i,t}$$

mit

$$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

¹⁾ Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze – unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen – weit komplexer als heute war.

Dabei bedeuten:

KP Korrekturposten

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

$$KF_t = \prod_{\tau = t_0}^t \frac{BG_{\tau} + BR_{\tau} + KP_{\tau}}{BG_{\tau} + BR_{\tau}}$$

mit

τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

t_0 Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsrate (wohlgemerkt nicht die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge solange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet, ist wie folgt definiert:

$$Z_t^* = BG_t + \overline{MRS}_t$$

Dabei ist:

Z_t^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

\overline{MRS}_t Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie multipliziert die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen, bislang mit denen vom Januar 1974.

4. Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen enthält, anders als die bereinigte Zentralbankgeldmenge, nicht die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschußreserven der Banken, also jenen Teil der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, der das Mindestreservesoll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände übersteigt. Beide Größen

haben ein geringes Gewicht (das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 1987 nur 3,1 Mrd DM, die Überschußreserven beliefen sich auf 0,35 Mrd DM), Veränderungen schlagen daher kaum auf die Zentralbankgeldmenge durch.

5. Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschußreserven) anders zu sehen als die erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage, das gilt für Banken und Nichtbanken.

Von der Geldpolitik geht ein expansiver Impuls auf Vermögen und Liquidität der Banken und Nichtbanken auch dann aus, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

6. Auch die Unterschiede in den Verfahren zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen können zu Abweichungen in den gemessenen Zuwachsraten und damit im Ausweis der Stärke des monetären Impulses führen.

Schließt man sich der Vorstellung an, die unserem Bereinigungsverfahren zugrunde liegt, daß jener und nur jener Teil des in einer Periode zusätzlich zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als monetärer Impuls gelten kann, der nicht zu Beginn der Periode durch eine erhöhte Mindestreserve auf den vorhandenen Einlagenbestand gebunden wird, umgekehrt aber auch jener Teil, der auf entsprechendem Wege freigesetzt wird, dann verzerrt das Verfahren der Bundesbank. Das Ausmaß dieses verzerrenden Einflusses hängt unter anderem davon ab, wie stark die konstanten Basisreservesätze von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie sich die Struktur der Reservesätze wandelt, wie sich im Expansionsprozeß die Relation Bargeld zu Einlagen verschiebt und wie stark sich die Einlagenstruktur selbst ändert.

7. Im Jahre 1986 haben wir einige methodische Veränderungen in der Berechnungsweise der bereinigten Zentralbankgeldmenge vorgenommen. Die wesentliche Änderung war der Übergang von einem additiven Korrekturposten zur Erfassung der Effekte von Mindestreservesatzänderungen zu einem multiplikativen Korrekturfaktor. Darstellung und Begründung der Verfahrensänderung sowie eine Gegenüberstellung der Indikatoren in alter und neuer Berechnungsweise finden sich in JG 86, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts mißt der Sachverständigenrat konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem er das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleicht, das er als konjunktural bezeichnet. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunktural, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunktural angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturalen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.

— Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das auf der Grundlage einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturalen Preisniveau, konjunktural wäre:

$$\frac{g_0}{100} \cdot p_t^n$$

Das konjunktural Preisniveau ist definiert als der mit der Rate der konjunkturalen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebene Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres $t-1$. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunktural, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, wird keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunktural Preissteigerungsrate angesetzt.

— Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunktural Haushaltsvolumen.

Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturalen Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

$$\frac{(t-t_0)}{100} \cdot Y_t^v$$

Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturalen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturalbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturalbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote können allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau erfaßt werden (siehe JG 70 Ziffer 341).

Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, indem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturalen Preisniveau multipliziert wird:

$$\frac{(s_t-s_0)}{100} \cdot p_t^n$$

Somit ergibt sich das konjunktural Haushaltsvolumen als

$$H_t = \frac{g_0}{100} \cdot p_t^n + \frac{(t-t_0)}{100} Y_t^v + \frac{(s_t-s_0)}{100} \cdot p_t^n$$

— Im dritten Schritt wird dann das konjunktural Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturalen Impuls, der den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beigegeben wird.

$H_t > G_t$: kontraktiv

$H_t = G_t$: konjunktural

$H_t < G_t$: expansiv

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

g_0 : Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

t_0 : Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

t_t : volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

s_0 : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

s_t : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t (in vH)

P_t^n : Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

Y_t^v : Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

l_v : Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t : Staatsausgaben im Jahr t

H_t : konjunkturneutraler Haushaltsvolumen im Jahr t

Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Haushaltsdefizits D_t mit dem konjunkturneutralen Defizit D_t^n ermitteln.

$D_t^n > D_t$ kontraktiv

$D_t^n = D_t$ konjunktural

$D_t^n < D_t$ expansiv

wobei

$$D_t^n = \frac{k_0}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100} (Y_t^v - Y_t^n) - \frac{t_t}{100} (Y_t^i - Y_t^n) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

D_t : Haushaltsdefizit im Jahr t

D_t^n : konjunkturalneutrales Haushaltsdefizit im Jahr t

Y_t^n : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturalneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i : Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^v - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuer-minder- bzw. Steuer-mehreinnahmen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^i - Y_t^n)$: inflationsbedingte Steuereinnahmen

b_t : anomaler Teil der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_0 : potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_0 wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuer-mehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuer-mehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_0^n gesetzt wird.

V. Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite 226
Tabellenteil	Seite 231
A. Internationale Tabellen	Tabellen 1* bis 17*
B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen 18* bis 78*

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite		Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	231	15* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	248
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	232	16* Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	249
3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	233	17* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	250
4* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	234	18* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	252
5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	235	19* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	253
6* Zinsen in wichtigen Industrieländern	236	20* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	254
7* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	237	21* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	256
8* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	238	22* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	258
9* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	239	23* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	260
10* Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	240	24* Verteilung des Volkseinkommens	261
11* Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	242	25* Verwendung des Volkseinkommens	262
12* Wechselkurse	243	26* Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	263
13* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	244	27* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	264
14* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	246	28* Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	265
		29* Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	266
		30* Verwendung des Sozialprodukts	268
		31* Bruttoinvestitionen	270

	Seite		Seite
32* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbe- reichen	272	55* Zahlungsbilanz	310
33* Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	274	56* Kapitalverkehr mit dem Ausland	312
34* Subventionen des Staates	278	57* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volu- men und Durchschnittswerte	314
35* Privater Verbrauch nach Verwendungs- zwecken	279	58* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	315
36* Vierteljahresergebnisse der Sozialpro- duktsberechnung — Verwendung des So- zialprodukts	280	59* Ausfuhr nach Warengruppen der Außen- handelsstatistik	316
37* Ausgaben und Einnahmen der öffentli- chen Haushalte	282	60* Einfuhr nach Warengruppen der Außen- handelsstatistik	317
38* Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Län- dern	284	61* Warenausfuhr nach Ländergruppen	318
39* Kassenmäßige Steuereinnahmen	286	62* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	319
40* Verschuldung der öffentlichen Haushalte	287	63* Index der Grundstoffpreise	320
41* Vermögensbildung und ihre Finanzie- rung	288	64* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	321
42* Entwicklung der Geldbestände im Bilanz- zusammenhang	290	65* Index der Ausführpreise	322
43* Zahlungsmittelbestände und Kredite	292	66* Index der Einfuhrpreise	323
44* Auftragseingang im Verarbeitenden Ge- werbe	293	67* Preisindizes für Neubau und Instandhal- tung, Baulandpreise	324
45* Umsatz im Bergbau und im Verarbeiten- den Gewerbe	296	68* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	325
46* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	299	69* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen	326
47* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbei- tenden Gewerbe	300	70* Preisindex für die Lebenshaltung aller pri- vaten Haushalte nach Haupt-/Untergrup- pen	327
48* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	302	71* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	328
49* Produktionsergebnis je Beschäftigten- stunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	303	72* Preisentwicklung nach den Volkswirt- schaftlichen Gesamtrechnungen	329
50* Baugenehmigungen	304	73* Löhne und Gehälter	330
51* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ..	305	74* Index der Aktienkurse	331
52* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ..	307	75* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	332
53* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	308	76* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	333
54* Einzelhandelsumsatz	309	77* Energieverbrauch nach Bereichen	334
		78* Entwicklung im Mineralölbereich	335

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen

ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto“ als auch „netto“ (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einführen, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt

bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kasenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteiltten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteiltten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren

Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1980) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und End-

beständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfasst werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
– Vorleistungen
<hr/>
= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
– Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
<hr/>
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben
<hr/>
= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
– Einfuhr

III. Verteilungsrechnung

	= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen \uparrow
	– Abschreibungen
	<hr/>
	= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
	– Indirekte Steuern
	+ Subventionen
	<hr/>
	= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen
	\updownarrow
	— Volkseinkommen —
	\swarrow \searrow
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
– Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)	– Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
± Sonstige Zu- und Absetzungen	– Unterstellte Sozialbeiträge
<hr/>	<hr/>
= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	= Bruttolohn- und -gehaltssumme
	– Lohnsteuer
	– Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
	<hr/>
	= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1980) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1980. Diese

Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1980; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

250

Tabellenteil

Tabelle 1*

A. Internationale Tabellen

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Gesamtbevölkerung										
1960	55 433	9 153	45 684	52 373	48 967	11 486	7 048	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	49 156	11 639	7 087	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	49 563	11 806	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	49 936	11 966	7 175	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	50 439	12 127	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	50 840	12 295	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	51 227	12 456	7 322	5 918	98 860	196 560
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	51 664	12 598	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	52 042	12 730	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	52 376	12 878	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	52 771	13 039	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 302	9 673	51 251	55 907	53 124	13 194	7 500	6 343	104 740	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 079	53 499	13 329	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 210	53 882	13 439	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 224	54 390	13 545	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 215	54 764	13 666	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 206	55 070	13 774	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 179	55 266	13 856	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 167	55 446	13 942	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 227	55 602	14 038	7 549	6 351	115 880	225 056
1980	61 566	9 847	53 880	56 314	55 657	14 150	7 549	6 385	116 800	227 757
1981	61 682	9 853	54 182	56 379	55 774	14 247	7 564	6 429	117 650	230 138
1982	61 638	9 856	54 480	56 335	55 995	14 313	7 571	6 467	118 450	232 520
1983	61 423	9 855	54 729	56 377	56 228	14 367	7 552	6 482	119 260	234 799
1984	61 175	9 855	54 947	56 488	56 344	14 424	7 553	6 505	120 020	237 001
1985	61 024	9 858	55 170	56 618	56 498	14 491	7 558	6 533	120 750	239 283
1986	61 066	9 851	55 393	56 763	56 576	14 572	7 566	6 573	121 490	241 596
1987 ¹⁾	61 199	9 920	55 630	56 890	57 350	14 660	7 570	7 100	122 090	243 770
Erwerbstätige										
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 269	4 182	3 239	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 213	3 244	2 844	44 980	65 746
1962	26 291	3 534	18 737	24 185	20 270	4 297	3 209	2 954	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 356	3 191	2 999	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 445	3 187	3 046	46 550	69 305
1965	26 418	3 621	19 540	24 776	19 432	4 487	3 167	3 025	47 300	71 088
1966	26 320	3 635	19 688	24 934	19 095	4 519	3 136	3 014	48 270	72 895
1967	25 461	3 618	19 763	24 570	19 315	4 505	3 081	3 030	49 200	74 372
1968	25 491	3 615	19 732	24 436	19 294	4 552	3 043	3 048	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 041	24 478	19 112	4 621	3 040	3 098	50 400	77 902
1970	26 169	3 658	20 328	24 381	19 218	4 679	3 051	3 143	50 940	78 678
1971	26 317	3 695	20 440	24 165	19 176	4 700	3 086	3 199	51 210	79 367
1972	26 214	3 689	20 571	24 139	18 850	4 673	3 108	3 243	51 260	82 153
1973	26 411	3 738	20 863	24 715	19 006	4 670	3 160	3 277	52 590	85 064
1974	26 038	3 792	21 059	24 803	19 392	4 672	3 190	3 273	52 370	86 794
1975	25 285	3 737	20 864	24 720	19 491	4 640	3 175	3 117	52 230	85 846
1976	25 059	3 708	21 016	24 509	19 612	4 654	3 193	3 024	52 710	88 752
1977	25 014	3 702	21 188	24 538	19 791	4 701	3 222	3 036	53 420	92 017
1978	25 169	3 701	21 263	24 697	19 863	4 757	3 230	3 067	54 080	96 048
1979	25 516	3 744	21 305	25 079	20 057	4 821	3 251	3 100	54 790	98 824
1980	25 797	3 743	21 334	25 004	20 313	4 973	3 263	3 170	55 360	99 303
1981	25 610	3 664	21 203	24 011	20 361	5 005	3 267	3 211	55 810	100 397
1982	25 177	3 615	21 240	23 584	20 297	4 999	3 229	3 190	56 380	99 526
1983	24 793	3 577	21 168	23 288	20 350	4 965	3 203	3 149	57 330	100 834
1984	24 839	3 579	20 981	23 734	20 418	4 980	3 206	3 142	57 660	105 005
1985	25 010	3 607	20 900	24 120	20 508	5 076	3 213	3 171	58 070	107 150
1986	25 267	3 644	20 965	24 221	20 614	5 135	3 226	3 219	58 530	109 597
1987 ¹⁾	25 443	3 651	20 879	24 657	20 655	5 207	3 240	3 258	59 115	112 446

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern
 1 000

Jahr	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Groß- britan- nien	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Schweiz	Japan	Ver- einigte Staaten
Beschäftigte Arbeitnehmer										
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	.	23 700	55 179
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	.	24 780	55 229
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	.	.	25 930	56 524
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	.	.	26 720	57 952
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	.	.	27 630	59 496
1965	21 289	2 816	14 470	23 080	12 144	3 676	.	.	28 760	61 418
1966	21 284	2 838	14 719	23 253	11 997	3 722	.	.	29 940	63 627
1967	20 565	2 823	14 892	22 808	12 245	3 718	.	.	30 710	66 149
1968	20 706	2 823	15 005	22 650	12 378	3 775	2 186	.	31 480	67 798
1969	21 267	2 897	15 496	22 625	12 568	3 865	2 150	.	31 990	69 706
1970	21 747	2 965	15 941	22 479	12 811	3 933	2 160	.	33 060	70 645
1971	22 106	3 026	16 201	22 139	12 959	3 972	2 195	.	34 120	71 286
1972	22 103	3 038	16 478	22 137	12 955	3 942	2 244	.	34 650	74 010
1973	22 395	3 096	16 879	22 679	13 191	3 958	2 271	.	36 150	76 847
1974	22 113	3 158	17 166	22 804	13 555	3 972	2 409	.	36 370	78 460
1975	21 489	3 107	17 060	22 723	13 735	4 033	2 368	.	36 460	77 551
1976	21 407	3 085	17 274	22 557	13 888	4 064	2 380	.	37 120	80 519
1977	21 496	3 081	17 497	22 631	14 125	4 130	2 420	.	37 690	83 481
1978	21 734	3 080	17 610	22 790	14 107	4 175	2 470	.	37 990	87 205
1979	22 132	3 118	17 686	23 173	14 338	4 229	2 524	.	38 760	89 674
1980	22 478	3 119	17 752	22 991	14 499	4 362	2 545	.	39 710	89 950
1981	22 335	3 042	17 663	21 892	14 495	4 374	2 575	.	40 370	91 007
1982	21 904	2 993	17 752	21 414	14 472	4 377	2 677	.	40 980	89 967
1983	21 519	2 951	17 737	21 067	14 360	4 364	2 654	.	42 080	91 075
1984	21 573	2 942	17 605	21 238	14 253	4 385	2 740	.	42 650	95 120
1985	21 744	2 962	17 559	21 509	14 418	4 488	2 751	.	43 130	97 406
1986	21 996	2 989	17 650	21 595	14 460	4 562	2 795	.	43 790	99 847
1987	22 150	2 995	17 632	21 983	14 489	4 626	2 796	.	44 228	102 443
Registrierte Arbeitslose										
1960	271	117	239	326	1 215	30	.	1,2	750	3 852
1961	181	89	185	287	1 108	22	.	0,7	660	4 714
1962	155	75	209	406	969	23	.	0,6	590	3 911
1963	186	62	233	496	807	25	.	0,8	590	4 070
1964	169	55	189	349	904	22	.	0,3	540	3 786
1965	147	63	236	299	1 110	25	.	0,3	570	3 366
1966	161	67	326	281	1 192	36	.	0,3	650	2 875
1967	459	92	436	503	1 106	75	.	0,3	630	2 975
1968	323	110	554	542	1 172	68	49	0,3	590	2 817
1969	179	88	484	518	1 160	49	62	0,3	570	2 831
1970	149	71	530	555	1 111	47	42	0,1	590	4 093
1971	185	69	585	696	1 109	62	38	0,1	640	5 016
1972	247	88	611	778	1 296	108	35	0,1	730	4 882
1973	273	92	593	557	1 303	110	33	0,1	680	4 365
1974	582	97	632	528	1 111	135	41	0,2	730	5 156
1975	1 074	175	901	838	1 226	260	53	13	1 000	7 929
1976	1 060	233	997	1 266	1 420	278	54	20	1 080	7 406
1977	1 030	266	1 134	1 359	1 538	271	49	11	1 100	6 991
1978	993	290	1 201	1 343	1 560	273	64	10	1 240	6 202
1979	876	304	1 361	1 234	1 686	280	65	10	1 170	6 137
1980	889	322	1 467	1 513	1 684	326	58	6	1 140	7 637
1981	1 272	416	1 750	2 395	1 769	480	80	6	1 260	8 273
1982	1 833	490	1 923	2 770	1 923	655	116	14	1 360	10 678
1983	2 258	545	1 974	2 984	2 140	674	135	29	1 560	10 717
1984	2 266	546	2 323	3 030	2 304	689	128	35	1 610	8 539
1985	2 304	506	2 442	3 179	2 382	634	121	30	1 560	8 312
1986	2 228	478	2 490	3 229	2 610	605	106	26	1 670	8 237
1987	2 233	474	2 523	2 909	2 832	686	131	22	1 732	7 425

1) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern
 Mrd Landeswahrung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien ¹⁾	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan ¹⁾	Ver-einigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
in jeweiligen Preisen										
1960	302,71	557,02	301,73	25,74	26,75	44,42	162,89	37,37	15,87	513,56
1961	331,71	592,44	329,16	27,47	29,75	46,90	180,73	42,04	19,61	531,98
1962	360,78	633,71	367,53	28,78	33,42	50,49	192,13	46,62	21,75	572,42
1963	382,37	681,30	412,02	30,59	38,28	54,78	207,08	51,27	25,12	604,11
1964	420,18	762,53	457,07	33,33	41,91	64,45	226,73	56,83	29,69	646,68
1965	459,17	829,96	492,01	35,79	45,10	71,99	246,49	60,86	32,80	701,67
1966	488,23	892,11	532,64	38,18	48,86	78,38	268,53	65,36	38,09	768,63
1967	494,35	955,35	575,35	40,38	53,82	85,99	285,59	70,35	44,63	812,72
1968	533,28	1 022,34	625,35	43,81	58,34	95,35	306,83	75,12	52,92	888,07
1969	596,95	1 134,17	713,04	46,79	64,40	107,99	335,00	81,40	62,26	958,83
1970	675,30	1 262,11	796,35	51,35	72,48	121,18	375,88	90,67	73,35	1 009,22
1971	750,56	1 382,02	887,81	57,70	78,97	136,53	419,62	103,00	80,70	1 095,42
1972	823,74	1 545,39	998,41	63,89	86,59	154,26	479,54	116,71	92,40	1 203,65
1973	917,27	1 755,02	1 133,84	73,67	103,44	176,04	543,46	130,06	112,50	1 344,96
1974	984,58	2 056,81	1 300,83	83,84	127,61	199,78	618,56	141,10	134,24	1 456,41
1975	1 026,90	2 271,14	1 477,92	105,95	144,51	219,96	656,11	140,16	148,33	1 583,92
1976	1 121,72	2 578,68	1 707,55	126,40	180,56	251,93	724,75	141,96	166,57	1 764,81
1977	1 197,82	2 784,99	1 917,80	145,54	219,09	274,93	796,19	145,79	185,62	1 967,49
1978	1 285,32	2 987,23	2 182,59	167,87	256,17	297,01	842,33	151,68	204,41	2 218,91
1979	1 392,30	3 188,58	2 481,10	196,33	311,43	315,96	918,54	158,55	221,55	2 464,81
1980	1 478,94	3 450,90	2 808,30	230,09	390,43	336,74	994,70	170,33	240,18	2 688,47
1981	1 540,93	3 571,77	3 164,80	253,47	468,05	352,85	1 055,97	184,76	257,36	3 009,47
1982	1 597,92	3 884,36	3 626,02	275,63	545,12	368,86	1 133,53	195,98	269,63	3 121,40
1983	1 674,84	4 117,39	4 006,50	300,06	631,58	381,02	1 201,23	203,87	280,26	3 353,47
1984	1 755,84	4 416,81	4 361,90	319,13	720,68	400,25	1 278,73	213,23	298,45	3 722,34
1985	1 831,85	4 725,83	4 695,00	350,71	805,75	416,59	1 354,06	227,95	317,44	3 959,61
1986	1 936,95	5 011,15	5 034,90	375,25	894,36	429,12	1 432,53	243,35	331,35	4 185,49
1987	2 009	5 160	5 289	410	974	434	1 490	255	345	4 470
in Preisen von 1980										
1960	728,94	1 551,26	1 142,74	144,00	164,71	154,27	437,54	94,88	56,23	1 404,39
1961	762,72	1 628,49	1 205,66	148,81	178,22	154,72	460,78	102,57	64,42	1 442,40
1962	798,82	1 713,37	1 286,11	150,43	189,28	165,31	471,82	107,48	68,96	1 518,91
1963	820,95	1 787,93	1 354,87	156,65	199,90	171,30	491,07	112,73	76,21	1 583,94
1964	875,69	1 912,31	1 443,19	164,77	205,49	185,48	520,72	118,65	86,28	1 676,68
1965	923,70	1 980,40	1 512,15	168,66	212,21	195,22	535,60	122,43	90,70	1 776,20
1966	950,87	2 043,02	1 591,00	171,83	224,91	200,56	565,83	125,44	100,19	1 866,78
1967	949,74	2 122,20	1 665,58	176,86	241,05	211,16	582,84	129,28	110,58	1 908,70
1968	1 002,54	2 211,37	1 736,52	184,13	256,83	224,70	608,91	133,92	124,49	1 988,77
1969	1 077,35	2 358,21	1 857,91	186,39	272,49	239,15	647,13	141,46	139,53	2 045,87
1970	1 132,82	2 508,24	1 964,39	190,64	286,96	252,77	693,22	150,48	152,65	2 044,33
1971	1 165,60	2 599,61	2 070,62	195,72	291,67	263,44	728,67	156,61	159,11	2 111,36
1972	1 214,70	2 736,84	2 192,79	200,09	301,01	272,16	773,90	161,63	172,44	2 219,67
1973	1 271,65	2 898,95	2 310,46	215,40	322,18	284,92	811,72	166,55	186,02	2 326,29
1974	1 275,10	3 017,47	2 385,14	213,39	335,52	296,22	843,74	168,98	183,76	2 309,31
1975	1 254,83	2 972,61	2 389,58	211,96	323,32	295,95	840,68	156,67	188,54	2 286,40
1976	1 322,74	3 138,27	2 513,14	219,95	342,30	311,10	879,16	154,47	197,56	2 398,46
1977	1 361,79	3 152,82	2 589,88	222,23	348,80	318,31	917,48	158,23	208,00	2 505,85
1978	1 400,90	3 239,44	2 676,65	230,17	358,17	326,13	922,23	158,88	218,62	2 635,11
1979	1 459,04	3 308,55	2 763,41	235,02	375,74	333,86	965,65	162,84	229,96	2 688,50
1980	1 478,94	3 450,90	2 808,30	230,09	390,43	336,74	994,70	170,33	240,18	2 688,47
1981	1 481,39	3 403,83	2 841,33	227,40	394,87	334,37	993,22	172,80	249,45	2 788,40
1982	1 471,83	3 456,45	2 913,66	229,89	395,83	329,66	1 004,26	170,85	256,53	2 719,66
1983	1 493,92	3 460,37	2 933,90	237,95	397,72	334,29	1 026,15	172,01	264,61	2 829,49
1984	1 535,99	3 533,64	2 974,18	242,81	411,74	344,85	1 040,07	175,02	278,14	3 027,50
1985	1 566,48	3 583,46	3 024,29	251,84	423,06	352,88	1 069,38	182,18	291,81	3 122,20
1986	1 603,03	3 665,59	3 087,80	259,90	434,68	360,29	1 087,33	187,03	298,84	3 215,20
1987	1 634	3 720	3 159	271	448	365	1 103	191	312	3 325

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. – Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 243.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen.

Tabelle 4 *

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung ¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien ¹⁾	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan ¹⁾	Ver-einigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	Volkseinkommen									
1960	239,82	447,30	226,63	20,87	23,24	37,08	123,12	31,05	12,82	417,49
1961	261,06	471,89	247,98	22,06	25,80	38,79	136,17	34,81	15,18	430,89
1962	282,39	505,25	277,92	23,08	28,93	41,64	144,16	38,70	17,39	464,73
1963	298,07	543,02	310,37	24,63	32,74	45,05	155,01	42,59	19,98	491,50
1964	327,83	608,75	343,34	26,73	35,57	53,39	168,90	47,08	<u>22,91</u>	528,20
1965	359,42	667,22	370,64	28,78	38,51	59,54	182,89	50,49	25,75	575,27
1966	380,61	710,61	400,93	30,31	42,09	64,34	198,39	54,11	30,01	631,47
1967	381,39	756,19	435,29	31,71	46,16	70,57	210,95	58,34	35,54	666,81
1968	417,67	812,94	480,97	34,07	50,45	<u>77,95</u>	224,92	62,20	41,82	727,01
1969	462,09	904,11	546,45	36,48	55,99	89,40	246,86	67,06	49,08	784,30
1970	530,00	1 006,93	607,59	39,99	62,21	99,37	276,87	74,28	59,31	815,43
1971	586,95	1 107,29	685,66	44,43	67,47	110,88	307,66	84,74	64,75	878,75
1972	643,98	1 254,60	770,89	50,40	74,82	125,24	348,75	95,61	74,59	972,62
1973	720,26	1 441,60	878,54	58,49	88,83	144,29	393,06	107,27	91,80	1 093,47
1974	771,94	1 682,13	1 002,49	65,51	107,64	164,56	453,08	117,48	109,31	1 168,21
1975	801,07	1 870,75	1 137,48	83,01	120,92	179,74	486,15	117,48	121,18	1 253,66
1976	877,67	2 129,72	1 294,30	97,01	150,29	206,72	543,50	119,44	137,28	1 403,51
1977	936,95	2 289,17	1 478,17	112,69	179,64	223,96	593,01	121,78	151,49	1 573,14
1978	1 003,96	2 453,62	1 674,72	128,94	211,90	241,04	631,96	126,66	167,50	1 782,93
1979	1 083,62	2 623,42	1 892,02	149,51	262,52	256,87	690,00	132,96	180,43	1 974,60
1980	1 142,34	2 849,24	2 127,89	171,97	327,10	272,23	745,83	142,71	195,13	2 125,17
1981	1 183,08	2 939,34	2 395,87	187,51	391,61	284,33	785,15	154,70	206,07	2 362,60
1982	1 224,34	3 180,74	2 715,44	205,40	453,84	298,30	842,07	164,86	215,97	2 437,46
1983	1 280,68	3 362,10	3 003,82	224,50	522,03	307,91	890,31	171,65	224,11	2 632,29
1984	1 343,87	3 625,85	3 287,34	241,09	596,59	323,68	940,38	179,68	236,82	2 948,90
1985	1 407,74	3 875,55	3 542,83	264,37	667,66	336,90	999,80	191,92	249,81	3 151,56
1986	1 501,60	4 118,55	3 784,95	280,42	738,09	345,66	1 066,11	204,56	259,67	3 343,80
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1960	143,16	256,69	133,77	15,21	9,86	20,59	73,49	19,35	6,56	296,92
1961	161,64	269,58	149,62	16,44	10,96	22,61	81,91	21,93	7,78	305,84
1962	178,84	296,17	169,09	17,35	12,75	24,85	89,20	24,60	9,28	327,69
1963	191,86	325,89	192,66	18,24	15,51	27,72	96,09	27,46	10,92	345,81
1964	209,93	367,39	215,13	19,78	17,35	33,08	105,76	30,52	<u>12,63</u>	371,28
1965	232,96	406,58	231,94	21,36	18,32	37,48	116,46	33,13	14,66	400,18
1966	250,83	445,61	250,13	22,90	19,59	42,16	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	476,89	269,98	23,85	21,67	46,01	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	506,84	301,81	25,52	23,56	<u>50,74</u>	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	562,04	345,18	27,30	25,96	58,79	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	630,65	391,45	30,62	30,36	67,17	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	407,77	718,91	442,46	33,57	34,74	77,08	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	449,12	823,49	495,38	37,96	38,76	86,28	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	509,87	948,73	571,49	43,98	47,09	99,95	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	562,05	1 144,35	681,65	52,51	58,62	116,20	315,03	83,09	70,01	893,81
1975	585,93	1 313,75	802,51	68,65	71,22	131,17	353,60	85,15	81,58	952,09
1976	630,02	1 515,77	931,48	78,21	86,97	145,89	389,47	85,68	92,02	1 061,88
1977	674,70	1 646,70	1 061,18	86,79	106,53	159,54	431,45	87,69	102,80	1 181,13
1978	720,24	1 766,94	1 203,11	99,05	124,34	172,77	472,42	92,19	111,08	1 334,58
1979	776,39	1 888,71	1 363,25	116,07	148,93	185,92	504,52	97,10	120,06	1 497,63
1980	842,84	2 070,81	1 575,78	137,87	184,20	197,84	545,63	104,65	130,40	1 646,34
1981	881,20	2 159,23	1 792,60	149,73	224,17	201,53	589,01	114,12	141,14	1 817,19
1982	900,37	2 293,80	2 054,56	158,81	261,04	207,48	616,85	122,70	149,06	1 918,00
1983	917,57	2 395,41	2 259,28	169,83	299,91	209,64	642,44	128,16	156,86	2 032,31
1984	950,49	2 533,45	2 434,38	180,35	335,71	210,00	676,33	133,43	165,31	2 224,42
1985	986,94	2 672,46	2 588,17	194,76	376,88	216,12	716,88	141,53	173,00	2 382,91
1986	1 036,51	2 797,60	2 703,67	209,82	407,62	223,85	759,76	150,41	182,00	2 517,35

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 243.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen.

Tabelle 5*

**Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit
je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern**

1980 = 100

Jahr	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Groß- britan- nien	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Schweiz	Japan	Ver- einigte Staaten
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität)										
1960	49,0	48,8	46,7	66,1	42,3	54,5	44,3	65,4	29,2	78,9
1961	50,7	50,7	49,2	67,4	45,5	54,2	46,6	67,1	33,0	81,0
1962	53,0	52,6	52,1	67,6	48,6	56,8	48,2	67,7	34,9	84,1
1963	54,4	54,5	54,0	70,3	52,0	58,1	50,5	70,0	38,2	86,3
1964	58,1	57,5	56,5	73,0	53,7	61,6	53,6	72,5	42,7	89,4
1965	61,0	59,3	58,8	74,0	56,8	64,3	55,5	75,3	44,2	92,3
1966	63,0	61,0	61,4	74,9	61,3	65,5	59,2	77,5	47,8	94,6
1967	65,1	63,6	64,0	78,2	64,9	69,2	62,1	79,4	51,8	94,8
1968	68,6	66,3	66,9	81,9	69,3	72,9	65,6	81,8	57,4	96,8
1969	72,6	69,4	70,4	82,7	74,2	76,4	69,8	85,0	63,8	97,0
1970	75,5	74,4	73,4	85,0	77,7	79,8	74,5	89,1	69,1	96,0
1971	77,3	76,3	77,0	88,0	79,1	82,8	77,5	91,1	71,6	98,3
1972	80,8	80,5	81,0	90,1	83,1	86,0	81,7	92,8	77,5	99,8
1973	84,0	84,1	84,1	94,7	88,2	90,1	84,3	94,6	81,5	101,0
1974	85,4	86,3	86,0	93,5	90,0	93,6	86,8	96,1	80,9	98,3
1975	86,6	86,3	87,0	93,2	86,3	94,2	86,9	93,5	83,2	98,4
1976	92,1	91,8	90,8	97,5	90,8	98,7	90,3	95,1	86,4	99,8
1977	95,0	92,4	92,9	98,4	91,7	100,0	93,4	97,0	89,7	100,6
1978	97,1	94,9	95,6	101,3	93,8	101,2	93,7	96,4	93,2	101,3
1979	99,7	95,8	98,5	101,8	97,5	102,3	97,4	97,8	96,7	100,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	100,9	100,8	101,8	102,9	100,9	98,7	99,7	100,2	103,0	102,6
1982	102,0	103,7	104,2	105,9	101,5	97,4	102,0	99,7	104,9	100,9
1983	105,1	104,9	105,3	111,0	101,7	99,4	105,1	101,7	106,4	103,6
1984	107,8	107,1	107,7	111,2	104,9	102,3	106,4	103,7	111,2	106,5
1985	109,8	107,8	109,9	113,5	107,3	102,7	109,2	106,9	115,8	107,6
1986	111,4	109,1	111,9	116,6	109,7	103,6	110,6	108,1	117,7	108,4
Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer ¹⁾										
1960	19,1	15,2	11,7	11,6	6,6	13,8	.	21,7	8,4	29,4
1961	21,2	15,7	12,9	12,3	7,2	14,8	.	23,4	9,6	30,3
1962	23,1	16,8	14,3	12,9	8,1	15,8	.	25,2	10,9	31,7
1963	24,6	18,1	15,8	13,5	9,7	17,3	.	27,7	12,4	32,6
1964	26,6	19,9	17,0	14,5	10,9	20,1	.	30,4	13,9	34,1
1965	29,2	21,7	18,1	15,4	11,9	22,5	.	33,2	15,5	35,6
1966	31,4	23,6	19,1	16,4	12,9	25,0	.	35,5	17,1	38,1
1967	32,5	25,4	20,4	17,4	13,9	27,3	.	38,3	19,1	39,3
1968	34,6	27,0	22,7	18,8	15,0	29,6	31,4	40,7	21,7	42,3
1969	37,9	29,2	25,1	20,1	16,3	33,5	34,9	43,1	25,2	45,4
1970	44,1	32,0	27,7	22,7	18,7	37,7	38,0	47,8	29,4	47,9
1971	49,2	35,8	30,8	25,3	21,1	42,8	43,2	54,6	33,8	50,6
1972	54,2	40,8	33,9	28,6	23,6	48,3	48,0	61,2	38,7	53,7
1973	60,7	46,2	38,1	32,3	28,1	55,7	55,5	69,1	46,5	57,9
1974	67,8	54,6	44,7	38,4	34,0	64,5	61,0	76,9	58,6	62,2
1975	72,7	63,7	53,0	50,4	40,8	71,7	69,6	82,7	68,1	67,1
1976	78,5	74,0	60,7	57,8	49,3	79,1	76,3	85,8	75,5	72,1
1977	83,7	80,5	68,3	64,0	59,4	85,2	83,2	87,5	83,1	77,3
1978	88,4	86,4	77,0	72,5	69,4	91,2	89,2	91,1	89,0	83,6
1979	93,6	91,2	86,8	83,5	81,8	96,9	93,2	94,9	94,3	91,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,2	106,9	114,3	114,1	121,7	101,6	106,7	107,7	106,5	109,1
1982	109,6	115,4	130,4	123,7	142,0	104,5	107,5	116,5	110,8	116,5
1983	113,7	122,3	143,5	134,4	164,4	105,9	112,9	123,3	113,5	121,9
1984	117,5	129,7	155,8	141,6	185,4	105,6	115,1	128,6	118,0	127,8
1985	121,0	135,9	166,1	151,0	205,8	106,2	121,5	135,2	122,1	133,7
1986	125,7	141,0	172,6	162,0	221,9	108,2	126,8	141,5	126,6	137,7

1) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

2) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle für Grundzahlen: OECD

Tabelle 6 *

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Jahr ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Kurzfristige Zinssätze in Prozent ²⁾										
1970	9,42	7,81	8,93	6,97	.	5,97	.	5,36	5,91	6,28
1971	7,15	5,00	6,29	5,53	.	4,34	6,65	3,23	5,40	4,31
1972	5,61	3,83	5,51	5,63	.	2,16	6,66	1,83	4,36	4,15
1973	12,14	6,29	9,13	9,53	.	4,07	6,75	4,02	5,15	7,05
1974	9,90	10,30	13,02	11,34	.	6,90	6,95	5,98	6,83	7,93
1975	4,96	6,80	7,92	10,16	.	4,42	7,57	3,47	6,33	5,79
1976	4,25	9,89	8,69	11,20	16,51	5,78	7,94	1,20	5,68	4,96
1977	4,37	7,05	9,22	7,54	15,42	3,87	7,96	2,11	6,28	5,31
1978	3,70	7,13	8,16	8,58	12,18	5,52	7,87	0,62	5,12	7,37
1979	6,69	11,01	9,48	13,11	12,14	8,54	7,50	1,30	5,85	10,10
1980	9,54	14,03	12,21	15,01	15,98	10,13	7,99	5,03	10,69	11,58
1981	12,11	15,27	15,26	13,04	19,84	10,65	9,16	8,20	7,41	14,03
1982	8,88	13,97	14,62	11,40	19,37	7,89	10,10	4,40	6,85	10,58
1983	5,78	10,40	12,47	9,58	17,77	5,47	8,95	3,31	6,50	8,67
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	15,29	5,97	8,02	3,77	6,32	9,46
1985	5,44	9,52	9,94	11,64	13,73	6,22	7,87	4,36	6,48	7,47
1986	4,60	8,08	7,70	10,30	11,46	5,49	7,37	3,63	4,97	5,91
1987	3,99	7,05	8,27	9,22	10,74	5,18	6,47	3,22	3,88	5,75
1988 1. Vj.	3,37	6,20	8,02	8,44	10,98	3,83	6,03	1,66	3,84	5,82
2. Vj.	3,61	6,10	7,82	8,00	10,76	3,71	5,82	1,79	3,81	6,41
3. Vj.	5,05	7,32	7,73	11,05	11,19	4,83	...	3,16	3,99	7,09
Langfristige Zinssätze in Prozent ³⁾										
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	7,82	5,72	7,19	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	7,71	5,27	7,28	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	7,37	4,96	6,70	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	8,25	5,59	7,26	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	9,74	7,13	9,26	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	9,61	6,44	9,20	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	8,75	4,98	8,72	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	8,74	4,05	7,33	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	8,21	3,33	6,09	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	7,96	3,45	7,69	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	9,24	4,76	9,22	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	10,61	5,57	8,66	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	9,92	4,85	8,06	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	8,17	4,51	7,42	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	8,02	4,58	6,81	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	7,77	4,70	6,34	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	7,33	4,24	4,94	8,14
1987	5,84	7,83	10,22	9,50	10,58	6,38	6,94	4,03	4,21	8,63
1988 1. Vj.	5,83	7,54	9,56	9,36	10,29	6,12	6,78	3,93	4,05	8,61
2. Vj.	6,00	7,78	9,29	9,24	10,45	6,22	6,62	3,92	4,20	9,06
3. Vj.	6,40	8,11	9,21	9,53	10,74	6,52	...	4,16	4,66	9,20

1) Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.

2) Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel.

3) Umlaufrendite festverzinslicher Staatsschuld-papiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswahrung¹⁾)

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien ¹⁾)	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan ¹⁾)	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF		Lit	hfl	S	sfr		US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	171,84	385,27	174,91	17,06	16,74	25,97	97,12	23,33	9,35	328,12
1961	188,33	402,04	191,52	17,94	18,30	27,98	106,15	25,62	10,71	338,78
1962	204,79	422,31	213,98	19,01	20,65	30,47	114,50	28,60	12,45	359,81
1963	216,79	457,38	241,69	20,23	24,16	33,84	124,02	31,06	14,59	379,42
1964	233,50	488,89	264,05	21,60	26,19	38,27	133,05	33,90	16,99	407,13
1965	257,62	533,30	281,68	23,00	28,01	42,77	145,84	36,48	19,17	438,46
1966	275,06	570,13	304,64	24,33	30,89	46,52	155,66	39,33	22,06	474,63
1967	282,63	601,22	329,82	25,57	34,21	50,51	167,36	42,25	25,30	500,81
1968	300,74	651,58	359,94	27,51	36,51	55,21	178,37	45,02	28,92	549,79
1969	330,90	705,98	408,64	29,18	40,04	63,18	189,70	48,79	33,33	594,47
1970	368,85	755,20	447,56	31,74	45,25	70,82	205,29	53,46	38,33	658,84
1971	409,44	833,08	503,37	35,57	49,16	78,94	230,00	59,89	43,23	688,43
1972	452,10	930,16	564,76	40,23	54,09	88,45	259,81	67,96	49,90	754,55
1973	495,36	1 063,35	637,93	45,80	64,44	99,83	291,78	76,14	60,31	833,71
1974	533,74	1 230,32	745,07	52,85	79,97	113,39	330,61	83,35	72,91	911,70
1975	585,33	1 390,43	857,04	64,99	92,61	128,95	368,26	86,27	84,76	1 005,82
1976	632,51	1 571,29	993,54	75,42	113,13	147,99	410,18	89,15	95,78	1 122,87
1977	683,16	1 724,09	1 117,09	86,22	135,61	164,31	456,86	92,90	107,08	1 250,01
1978	728,90	1 838,54	1 264,00	99,42	157,26	179,17	468,85	95,54	117,92	1 392,72
1979	785,02	2 002,07	1 442,02	117,74	189,91	192,43	511,72	101,00	130,08	1 554,72
1980	840,78	2 171,53	1 653,31	136,73	239,34	205,78	552,53	108,34	141,32	1 721,22
1981	887,85	2 326,28	1 907,22	152,17	286,51	213,23	596,50	116,02	149,39	1 909,68
1982	918,05	2 544,10	2 200,82	166,55	335,43	221,83	640,19	122,44	159,61	2 046,30
1983	964,16	2 679,68	2 435,55	181,86	386,07	229,86	694,84	127,76	167,81	2 223,66
1984	1 003,57	2 878,43	2 645,69	194,60	440,61	234,75	733,18	134,04	175,98	2 422,20
1985	1 038,34	3 084,36	2 863,81	212,21	495,41	247,23	775,04	140,56	184,76	2 611,73
1986	1 068,61	3 187,33	3 033,29	233,43	545,96	255,21	803,34	144,93	191,65	2 778,41
1987	1 112	3 300	3 203	254	597	264	830	150	199	2 978
	in Preisen von 1980									
1960	370,62	1 038,48	654,07	87,47	95,21	79,86	252,09	56,55	37,37	856,23
1961	392,71	1 055,51	692,96	89,37	102,33	79,76	265,01	60,40	40,53	873,18
1962	414,25	1 096,97	741,90	91,32	109,63	89,17	273,84	64,26	44,38	911,28
1963	425,84	1 145,76	793,07	95,52	119,80	95,45	288,98	67,37	48,64	944,90
1964	448,22	1 175,68	837,73	98,41	123,77	101,08	298,88	70,54	54,30	998,51
1965	479,02	1 225,85	871,31	99,87	127,81	108,64	313,64	72,99	57,34	1 055,33
1966	493,66	1 258,37	913,42	101,59	136,96	112,10	327,23	75,17	62,90	1 108,52
1967	498,87	1 294,13	959,96	104,05	147,07	118,19	338,67	77,37	68,84	1 140,73
1968	522,51	1 363,16	998,14	106,93	154,68	125,98	352,24	80,37	74,54	1 199,26
1969	564,14	1 436,13	1 058,38	107,53	164,88	135,93	362,52	84,75	82,05	1 242,04
1970	606,81	1 498,85	1 103,49	110,48	177,42	145,98	377,62	89,31	87,69	1 271,92
1971	638,14	1 569,37	1 176,39	113,92	182,62	150,80	402,99	93,56	92,61	1 313,55
1972	666,60	1 662,89	1 247,84	120,90	188,83	156,08	427,49	98,65	101,24	1 398,65
1973	686,98	1 792,06	1 319,68	127,13	199,92	162,32	450,46	101,37	110,53	1 457,87
1974	691,49	1 838,67	1 358,09	125,27	205,20	168,33	463,93	100,88	110,23	1 441,53
1975	713,88	1 850,37	1 404,18	124,56	201,98	173,88	479,00	97,93	115,09	1 472,47
1976	740,35	1 939,47	1 482,83	124,94	208,93	183,10	500,77	98,97	119,11	1 553,53
1977	771,83	1 985,64	1 529,42	124,34	211,86	191,52	529,32	101,97	124,16	1 622,75
1978	801,45	2 031,52	1 585,88	131,24	217,63	199,81	520,69	104,23	130,90	1 688,98
1979	830,41	2 129,65	1 633,75	136,79	228,36	205,76	544,47	105,56	139,34	1 725,73
1980	840,78	2 171,53	1 653,31	136,73	239,34	205,78	552,53	108,34	141,32	1 721,22
1981	836,38	2 156,97	1 687,23	136,64	242,92	200,61	554,52	108,83	143,14	1 747,91
1982	825,23	2 193,23	1 745,53	137,67	245,37	198,26	561,74	108,83	149,04	1 766,65
1983	839,60	2 162,67	1 761,58	143,15	245,93	199,99	591,46	110,57	153,86	1 855,74
1984	852,29	2 195,79	1 779,55	146,20	251,92	201,99	589,68	112,26	157,99	1 945,10
1985	863,98	2 235,73	1 822,11	151,60	259,10	205,77	602,65	113,91	162,33	2 034,40
1986	893,39	2 291,78	1 883,67	160,70	269,11	212,09	612,54	117,10	167,51	2 119,1
1987	925	2 353	1 927	169	281	219	627	119	174	2 176

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. – Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 243.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen.

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern
 Mrd Landeswährung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien ¹⁾	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan ¹⁾	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	40,45	69,31	45,74	4,24	3,03	5,61	21,12	3,31	1,26	85,43
1961	45,78	70,68	50,44	4,58	3,35	6,16	22,78	4,06	1,47	92,94
1962	52,83	77,88	56,90	4,90	3,88	6,90	24,68	4,72	1,70	101,69
1963	59,39	88,56	64,53	5,16	4,73	7,91	27,49	5,40	2,01	105,96
1964	62,10	95,47	70,76	5,48	5,34	9,41	30,18	5,94	2,33	110,95
1965	69,65	106,23	75,32	6,01	6,06	10,48	32,93	6,39	2,69	117,35
1966	75,45	117,10	80,67	6,54	6,46	11,68	36,68	6,81	3,05	136,31
1967	80,05	128,77	86,94	7,23	6,89	13,13	41,57	7,24	3,41	153,69
1968	82,73	139,01	98,57	7,68	7,51	14,22	45,25	7,80	3,93	166,79
1969	93,12	154,50	110,97	8,02	8,14	16,22	50,48	8,56	4,56	176,86
1970	106,47	169,41	124,76	9,04	8,88	18,66	55,22	9,51	5,46	189,59
1971	126,82	194,66	139,22	10,30	10,87	21,85	61,98	11,24	6,42	198,69
1972	141,13	224,28	153,18	11,75	12,38	24,43	70,10	12,71	7,54	216,51
1973	163,16	255,26	174,09	13,40	14,25	27,42	81,91	14,62	9,34	234,43
1974	190,21	302,34	206,36	16,72	17,13	32,45	97,43	16,42	12,24	263,04
1975	210,01	373,59	248,17	23,13	19,84	38,25	113,05	17,69	14,89	294,22
1976	221,73	423,39	290,75	27,05	23,71	43,47	127,79	18,69	16,42	318,81
1977	234,96	467,28	329,53	29,49	29,71	47,85	138,74	18,90	18,24	345,47
1978	252,86	520,14	383,68	33,42	36,13	52,61	154,14	19,51	19,75	377,29
1979	273,34	561,06	436,65	38,91	44,98	57,17	165,96	20,52	21,49	418,92
1980	297,79	613,89	509,27	49,05	57,01	60,26	178,70	21,69	23,57	473,72
1981	318,16	669,94	595,03	55,47	74,16	62,75	195,24	23,55	25,59	525,61
1982	326,19	706,96	701,30	60,55	87,39	65,12	214,30	25,56	26,80	574,09
1983	336,21	725,92	782,13	66,01	103,23	66,58	226,89	27,77	28,00	617,00
1984	350,23	762,42	854,30	69,92	117,24	66,39	237,76	28,93	29,45	670,11
1985	365,66	812,25	911,50	74,07	131,79	67,55	255,00	30,88	30,69	728,31
1986	382,59	838,13	965,30	79,46	144,40	68,24	270,95	32,33	32,57	778,59
1987	397	...	1 008	86	167	69	281	33	33	826
	in Preisen von 1980									
1960	137,53	242,13	245,00	31,31	28,67	34,06	91,12	10,10	8,07	281,67
1961	145,93	246,74	256,74	32,42	29,92	35,03	92,77	11,84	8,56	302,72
1962	159,72	267,96	268,86	33,41	31,09	36,19	94,96	12,82	9,28	318,61
1963	169,43	298,92	277,95	34,01	32,42	37,90	98,74	13,93	10,09	326,56
1964	172,51	311,47	289,51	34,56	33,79	38,56	103,61	14,31	10,69	342,53
1965	180,96	328,74	298,82	35,46	35,13	39,15	104,37	14,96	11,37	353,25
1966	186,71	344,29	306,92	36,41	36,52	39,83	109,21	15,25	12,02	379,58
1967	193,53	363,84	319,98	38,47	38,12	40,78	113,57	15,50	12,60	399,54
1968	194,43	376,50	337,93	38,62	40,10	41,68	117,14	16,09	13,32	413,60
1969	203,02	400,14	351,86	37,90	41,22	43,55	119,78	16,88	13,99	423,14
1970	211,92	412,53	366,58	38,53	42,28	46,18	123,73	17,69	14,79	424,75
1971	222,76	435,35	379,26	39,67	44,67	48,20	127,79	18,73	15,59	423,61
1972	232,13	460,99	389,35	41,35	47,05	48,58	133,05	19,27	16,46	419,74
1973	243,65	485,60	401,78	43,14	48,19	48,97	137,01	19,73	17,36	420,32
1974	253,39	502,16	406,40	43,94	49,54	50,05	144,83	20,07	17,89	429,96
1975	262,81	524,77	425,62	46,40	51,14	52,10	150,59	20,20	19,10	431,11
1976	266,78	544,10	452,07	46,97	52,26	54,24	157,00	20,75	19,99	439,34
1977	270,43	556,48	458,46	46,19	53,72	56,08	162,67	20,84	20,87	444,81
1978	280,81	590,09	482,14	47,26	54,95	58,26	168,90	21,26	21,96	455,92
1979	290,32	604,73	496,70	48,28	55,84	59,92	174,38	21,48	22,92	465,85
1980	297,79	613,89	509,27	49,05	57,01	60,26	178,70	21,69	23,57	473,72
1981	303,29	621,36	525,25	49,16	58,57	61,46	182,21	22,22	24,70	518,77
1982	300,74	612,93	545,05	49,67	60,24	61,86	186,47	22,41	25,18	532,17
1983	301,44	612,87	556,46	50,60	61,92	62,63	190,70	23,26	25,92	554,27
1984	308,82	615,61	563,06	51,00	63,11	62,26	191,80	23,54	26,55	575,70
1985	315,31	627,01	576,01	50,96	65,26	63,07	196,18	24,20	27,01	603,90
1986	323,21	631,18	590,41	51,61	67,28	64,20	199,32	25,14	28,77	629,90
1987	328	627	605	52	70	65	201	26	29	646

1) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 243.

2) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen.

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern
 (Mrd Landeswahrung¹⁾)

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien ¹⁾	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan ¹⁾	Ver-einigte Staaten
	DM	bfrs	FF		Lit	hfl	S	sfr		US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	73,58	107,74	62,25	4,23	7,41	10,72	40,66	9,27	4,68	92,41
1961	83,46	122,34	71,72	4,75	8,48	11,65	47,35	11,51	6,38	93,44
1962	92,88	134,78	80,72	4,90	9,70	12,36	49,57	13,44	7,15	100,51
1963	97,71	140,77	93,66	5,14	11,28	13,03	53,91	15,39	7,90	108,47
1964	111,70	170,48	107,64	6,12	11,42	16,45	59,92	17,45	9,41	117,31
1965	119,90	185,51	117,87	6,63	10,66	18,11	67,40	17,47	9,78	131,57
1966	124,17	204,33	129,79	7,06	11,27	20,58	74,76	17,91	11,56	142,33
1967	114,18	218,85	140,96	7,71	12,88	22,67	76,03	18,33	14,29	145,30
1968	119,39	219,67	150,10	8,51	14,53	25,63	78,86	19,20	17,57	160,96
1969	138,90	241,30	171,88	8,83	16,62	26,54	83,95	21,00	21,44	175,67
1970	172,05	286,18	191,52	9,74	19,00	31,36	97,18	24,96	26,04	178,49
1971	196,11	304,81	215,47	10,89	19,73	34,64	116,90	30,13	27,64	199,57
1972	209,17	329,75	242,80	11,94	20,99	36,40	144,91	34,64	31,52	227,69
1973	219,26	375,58	277,26	14,73	26,38	40,66	154,97	38,21	40,94	256,91
1974	212,71	467,37	325,30	17,50	35,04	43,85	175,72	38,89	46,70	270,27
1975	209,41	511,15	353,54	21,04	36,46	46,32	174,92	33,66	48,14	272,34
1976	225,65	568,73	408,77	24,50	44,40	48,97	188,71	29,23	51,95	308,09
1977	242,43	602,96	439,35	27,04	52,62	57,89	212,77	30,24	55,98	370,10
1978	265,96	647,53	488,44	31,06	58,69	63,30	215,26	32,49	62,15	445,03
1979	303,42	661,10	555,07	36,93	72,03	66,49	230,90	34,59	70,17	502,63
1980	335,80	728,20	645,75	41,56	94,78	70,79	254,08	40,50	75,82	514,27
1981	335,24	642,15	700,53	41,31	111,57	67,58	266,30	44,56	78,94	559,32
1982	326,89	671,13	774,28	44,76	121,73	67,16	261,26	45,30	79,99	537,58
1983	343,82	670,80	809,60	48,59	134,33	69,46	267,67	47,50	79,22	577,61
1984	354,63	709,80	840,40	55,11	154,90	74,31	280,95	49,80	83,18	670,02
1985	360,80	743,45	902,09	60,48	171,71	78,95	301,99	54,20	87,83	715,59
1986	377,39	805,87	960,10	64,23	180,26	84,17	319,58	59,00	91,30	746,80
1987	389	...	1 024	70	195	87	334	64	99	774
	in Preisen von 1980									
1960	189,87	333,20	230,03	24,18	51,74	36,55	100,01	21,69	12,85	278,07
1961	202,52	374,39	255,04	26,54	57,72	38,75	112,60	25,10	16,42	281,94
1962	210,54	396,40	276,69	26,72	63,36	40,07	115,68	27,67	18,28	300,76
1963	213,46	396,99	301,02	27,10	68,48	40,52	119,67	29,69	20,18	322,58
1964	237,78	455,21	332,54	31,58	64,49	48,28	131,13	32,12	23,56	343,74
1965	248,89	473,98	355,78	33,22	59,07	50,85	137,92	31,32	24,31	375,86
1966	251,92	506,34	381,60	34,05	61,62	54,93	150,13	31,06	27,56	390,77
1967	234,54	521,05	404,61	37,03	68,86	59,58	150,24	31,11	32,43	386,95
1968	242,97	514,50	426,98	39,31	76,29	66,23	154,53	32,06	38,88	411,58
1969	266,84	541,94	466,11	39,10	82,20	64,74	162,12	33,97	46,09	419,09
1970	291,91	587,61	487,65	40,07	84,70	69,62	178,03	37,00	53,86	403,66
1971	309,61	576,44	522,32	40,83	81,97	70,68	202,59	40,65	56,10	427,02
1972	317,88	596,01	560,10	40,70	82,72	69,06	227,17	42,67	61,71	464,20
1973	316,81	637,87	594,44	43,35	89,11	71,95	227,97	43,91	69,52	493,15
1974	286,43	682,13	599,98	42,28	92,09	69,07	237,01	42,04	62,91	463,40
1975	271,27	669,39	580,72	41,54	80,36	66,06	225,28	36,33	62,15	413,74
1976	280,99	696,12	602,41	42,22	82,24	64,62	233,88	32,52	63,81	442,37
1977	291,05	696,42	597,59	41,44	81,95	70,92	245,99	33,04	66,34	492,64
1978	304,69	715,67	610,10	42,73	81,87	72,71	236,74	35,06	72,00	539,21
1979	326,72	696,19	629,25	43,91	86,64	71,46	245,28	36,85	75,80	552,08
1980	335,80	728,20	645,75	41,56	94,78	70,79	254,08	40,50	75,82	514,27
1981	319,69	609,04	633,56	37,57	92,60	63,42	248,68	41,47	78,21	513,56
1982	302,88	598,70	624,87	39,54	87,29	60,84	231,04	40,37	78,84	468,86
1983	312,44	573,60	602,59	41,61	85,93	62,10	228,48	42,09	78,63	510,04
1984	314,90	585,67	588,63	44,90	90,48	65,45	233,89	43,84	82,55	588,20
1985	315,08	591,66	605,70	46,30	92,74	68,85	245,44	46,33	87,35	622,30
1986	325,40	629,96	623,27	46,17	94,04	73,80	254,37	50,28	92,57	637,70
1987	331	663	648	48	99	75	259	54	102	650

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. – Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 243.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen.

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung ¹⁾)

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien ¹⁾)	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan ¹⁾)	Ver-einigte Staaten
	DM	bfrs	FF		Lit	hfl	S	sfr		US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	57,49	213,90	43,44	5,42	3,27	21,18	39,51	10,96	1,71	26,71
1961	59,84	234,80	45,82	5,66	3,72	21,32	43,28	12,07	1,79	27,25
1962	62,66	261,20	47,17	5,81	4,14	22,62	47,71	13,22	2,07	28,69
1963	68,25	288,70	51,90	6,13	4,55	24,59	51,90	14,41	2,27	30,71
1964	75,86	329,20	57,76	6,48	5,25	28,04	56,21	15,94	2,80	34,61
1965	82,88	353,98	65,09	6,90	6,29	30,85	61,90	17,49	3,45	36,68
1966	93,54	395,30	70,78	7,44	7,02	32,69	67,26	19,21	4,03	40,43
1967	101,01	414,20	75,63	7,71	7,60	34,84	71,52	20,50	4,31	42,95
1968	113,89	465,50	82,39	9,37	8,69	39,08	78,80	23,17	5,35	47,35
1969	129,46	561,60	99,91	10,46	9,97	45,90	95,02	26,63	6,56	51,35
1970	143,00	654,50	125,03	11,93	11,19	54,30	116,75	29,71	7,93	59,10
1971	157,99	698,70	145,48	13,37	12,49	62,02	128,64	32,06	9,45	62,26
1972	172,57	789,10	165,35	14,04	14,20	69,40	146,44	35,77	9,78	69,98
1973	203,02	975,80	198,67	17,62	16,89	83,41	165,89	40,23	11,29	93,80
1974	262,48	1 260,20	268,92	23,56	24,72	107,78	204,21	45,91	18,26	124,21
1975	254,70	1 220,10	277,49	27,58	28,56	109,72	209,02	44,03	18,98	136,35
1976	289,70	1 456,90	330,66	35,85	38,66	128,47	236,29	47,70	22,58	146,58
1977	306,64	1 543,70	392,89	43,94	50,00	130,74	256,94	53,45	24,31	155,72
1978	321,25	1 597,40	445,46	48,05	59,61	133,34	280,76	53,23	22,73	182,01
1979	351,06	1 863,90	526,94	55,69	75,41	155,06	327,69	56,02	25,63	223,58
1980	391,85	2 087,90	604,42	63,69	85,06	176,81	366,24	62,58	32,89	273,35
1981	445,68	2 354,70	714,28	68,41	108,75	204,62	404,51	69,10	37,98	292,99
1982	479,03	2 712,50	790,35	73,61	125,54	212,60	431,24	69,55	39,39	270,90
1983	483,78	2 999,70	900,66	81,00	140,67	219,77	449,69	71,76	39,28	264,01
1984	540,18	3 427,20	1 053,30	92,61	165,86	248,56	497,64	80,55	45,07	282,25
1985	593,49	3 561,80	1 124,00	102,71	185,38	266,20	549,13	89,02	46,31	281,00
1986	580,47	3 445,00	1 074,60	98,44	181,50	231,99	522,97	89,12	38,09	290,18
1987	577	...	1 100	108	192	226	526	90	...	328
	in Preisen von 1980									
1960	110,70	528,26	122,89	26,35	15,30	47,82	80,61	20,76	3,14	80,05
1961	114,91	576,67	129,18	27,17	17,56	48,94	85,17	22,42	3,36	80,56
1962	119,69	635,04	131,46	27,65	19,38	51,99	93,54	23,81	3,93	84,73
1963	129,18	687,36	140,74	28,83	20,64	55,10	100,21	25,05	4,21	90,69
1964	140,08	752,17	150,11	29,76	22,87	61,33	105,72	26,66	5,10	101,41
1965	149,26	797,86	167,39	31,10	27,44	65,97	113,27	28,66	6,25	103,33
1966	164,28	859,15	178,45	32,25	30,50	69,41	120,88	30,15	7,22	109,99
1967	177,05	895,85	191,45	32,83	32,69	74,01	127,92	31,19	7,63	113,41
1968	199,65	1 005,18	209,48	36,78	37,22	83,47	138,73	34,30	9,39	117,08
1969	218,06	1 159,20	242,44	40,07	41,60	95,94	163,15	38,88	11,23	122,67
1970	230,66	1 277,70	281,52	42,04	44,02	107,32	190,06	41,54	13,12	134,30
1971	245,13	1 335,70	312,51	44,98	47,09	118,75	202,24	43,15	15,23	134,28
1972	262,46	1 483,40	352,89	45,16	52,09	130,57	222,76	45,90	15,87	154,68
1973	290,33	1 693,40	394,66	50,39	53,82	146,37	234,88	49,51	16,80	183,57
1974	326,06	1 757,00	435,55	53,84	58,36	150,16	260,04	50,02	20,78	198,04
1975	303,93	1 612,60	429,22	52,35	60,59	145,45	253,80	46,73	20,95	196,20
1976	333,41	1 820,00	474,55	56,90	68,12	159,82	281,87	51,08	24,49	203,73
1977	346,35	1 860,50	517,14	60,40	73,94	156,99	294,76	56,04	27,36	206,92
1978	357,55	1 902,80	547,67	61,41	81,44	162,17	312,35	58,13	27,09	226,91
1979	372,86	2 036,90	588,52	63,88	89,15	174,18	346,18	59,56	27,99	246,69
1980	391,85	2 087,90	604,42	63,69	85,06	176,81	366,24	62,58	32,89	273,35
1981	422,18	2 150,50	626,64	63,20	91,01	179,54	380,04	65,49	37,56	272,30
1982	436,37	2 192,20	616,07	63,65	90,40	179,51	387,39	63,54	37,93	249,64
1983	432,71	2 260,00	638,80	64,97	92,79	185,82	400,31	64,15	40,57	243,62
1984	467,40	2 390,30	682,24	69,44	99,11	199,56	426,80	68,24	47,74	258,50
1985	500,10	2 416,20	693,84	73,29	102,76	210,41	456,08	73,93	49,99	264,90
1986	497,29	2 552,80	688,98	75,64	106,25	211,82	441,58	74,23	47,58	280,50
1987	499	2 660	700	80	110	221	449	75	...	317

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 243.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen.

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung ¹⁾)

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien ¹⁾)	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan ¹⁾)	Ver-einigte Staaten
	DM	bfrs	FF		Lit	hfl	S	sfr		US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	49,85	218,80	36,62	5,77	3,33	20,39	40,76	11,06	1,64	22,59
1961	52,40	240,60	39,21	5,74	3,71	21,28	42,82	13,33	2,10	22,43
1962	58,08	262,40	42,99	5,84	4,28	22,45	45,09	14,89	2,03	24,71
1963	62,37	296,60	49,59	6,23	5,32	24,99	49,83	16,05	2,47	25,85
1964	69,38	333,20	57,59	7,05	5,16	29,39	56,19	17,80	2,86	27,78
1965	81,58	355,70	59,73	7,21	5,30	31,35	63,32	18,01	2,99	31,18
1966	85,29	403,40	68,13	7,48	6,16	33,80	71,09	19,16	3,43	36,67
1967	83,02	411,90	72,79	8,13	7,04	35,63	73,77	20,13	4,21	39,47
1968	94,57	462,70	81,27	9,70	7,50	39,12	79,58	21,98	4,76	46,06
1969	112,73	551,20	101,90	10,24	9,08	46,14	91,01	25,61	5,57	49,95
1970	129,27	623,70	118,84	11,48	10,92	56,41	113,07	31,25	6,99	55,18
1971	144,30	668,30	134,53	12,55	11,80	62,43	125,66	33,65	7,25	61,73
1972	156,03	735,30	153,25	14,09	13,60	65,15	143,71	36,82	7,65	73,49
1973	176,03	937,20	188,53	19,42	18,91	77,76	163,89	41,67	11,26	90,41
1974	219,56	1 248,10	281,44	27,83	29,90	102,31	206,29	48,65	19,26	125,58
1975	227,15	1 211,00	262,47	29,42	28,72	102,34	204,81	40,03	18,92	120,63
1976	265,07	1 446,00	342,95	37,32	40,88	119,93	247,34	43,01	21,25	148,48
1977	278,87	1 561,80	390,53	42,97	47,86	127,40	278,40	49,69	21,27	179,05
1978	290,05	1 620,90	416,41	45,89	54,19	133,23	280,43	49,53	19,17	208,19
1979	344,04	1 923,50	512,12	55,10	72,25	156,69	331,59	56,83	27,63	248,15
1980	401,08	2 175,50	638,79	58,35	95,46	178,62	385,66	68,59	35,04	288,07
1981	434,60	2 415,30	744,75	61,15	117,59	192,24	418,47	70,92	35,93	310,52
1982	440,74	2 754,30	859,54	68,60	131,42	196,83	412,44	68,66	37,34	295,14
1983	451,33	2 927,30	907,39	78,13	135,81	205,21	433,93	71,85	34,26	319,80
1984	499,37	3 354,10	1 024,97	93,22	167,53	227,75	495,71	81,16	36,87	389,44
1985	527,10	3 451,30	1 092,90	99,18	188,47	245,69	546,81	88,07	35,53	399,95
1986	479,94	3 252,90	1 022,60	101,54	166,72	214,65	509,80	86,38	24,79	429,34
1987	477	...	1 094	112	183	215	514	88	...	488
	in Preisen von 1980									
1960	96,68	572,74	117,87	28,07	18,76	46,87	87,35	18,97	5,55	98,24
1961	104,15	613,96	126,05	27,89	21,34	49,87	89,77	22,75	7,06	98,90
1962	115,58	664,34	134,51	28,48	24,52	53,09	93,95	25,13	7,01	110,29
1963	121,26	721,81	153,45	29,54	30,05	58,30	102,93	26,34	8,27	112,06
1964	132,60	785,72	176,65	32,63	28,20	66,96	114,12	28,62	9,44	117,89
1965	151,53	837,35	180,63	32,85	28,76	71,06	126,16	28,64	10,10	128,97
1966	155,40	920,42	199,70	33,54	32,80	76,07	139,26	29,64	11,36	145,26
1967	153,45	935,00	216,25	36,01	37,22	80,89	142,41	30,84	14,13	152,63
1968	174,02	1 044,50	244,13	38,68	39,41	91,43	152,71	33,41	15,66	174,05
1969	202,71	1 206,27	291,81	39,71	47,01	104,35	166,48	37,73	17,65	184,06
1970	232,88	1 298,50	310,09	41,54	54,54	119,67	194,71	42,96	21,51	191,58
1971	257,34	1 345,60	338,38	43,76	55,95	126,99	206,95	45,64	22,78	204,08
1972	272,67	1 474,80	392,42	47,72	62,09	133,07	232,09	48,96	25,12	230,52
1973	284,52	1 747,80	451,93	53,42	68,45	147,71	254,26	52,14	31,23	254,54
1974	288,57	1 825,30	475,24	53,95	69,30	146,46	271,81	51,63	32,66	244,64
1975	289,56	1 660,60	444,07	50,16	62,57	140,51	259,18	43,71	29,41	218,86
1976	321,59	1 864,00	534,25	52,25	71,77	154,73	304,32	49,41	31,18	261,35
1977	331,07	1 953,20	549,65	52,73	71,75	159,20	328,74	53,98	32,41	292,62
1978	351,90	2 004,80	566,03	54,67	77,57	169,21	324,38	59,88	34,25	309,75
1979	386,37	2 184,80	623,29	60,38	88,08	179,41	362,53	63,98	38,35	313,69
1980	401,08	2 175,50	638,79	58,35	95,46	178,62	385,66	68,59	35,04	288,07
1981	389,45	2 125,00	625,54	56,78	92,01	168,16	379,77	67,72	35,64	295,04
1982	383,79	2 143,50	641,70	59,59	91,48	169,97	367,14	65,95	35,80	288,54
1983	390,77	2 128,30	624,55	63,07	90,18	176,58	388,04	68,87	34,82	323,62
1984	412,92	2 256,10	642,28	69,12	100,41	185,38	426,46	73,75	38,73	398,00
1985	427,09	2 274,70	667,94	71,01	105,83	196,40	456,01	77,51	38,58	420,70
1986	440,76	2 440,80	714,03	75,45	111,05	202,77	456,97	83,01	40,34	467,70
1987	459,40	2 600	760	81	122	214	477	87	...	505

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 243.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD und nationale Veröffentlichungen.

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern
Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Ver-einigte Staaten
Salden der Handelsbilanz ¹⁾										
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	- 0,73	+ 0,65	- 0,60	- 0,47	- 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	- 0,30	+ 0,33	- 0,71	- 0,59	- 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	- 1,64	- 0,02	- 0,58	- 0,47	- 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	- 1,70	+ 1,05	- 0,34	- 0,45	- 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,53	- 0,83	- 0,50	+ 0,54	- 0,42	- 0,34	- 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,71	+ 0,75	+ 0,33	- 0,08	- 0,38	- 0,91	- 0,68	- 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,73	+ 0,67	+ 1,10	+ 0,46	+ 0,12	- 0,62	- 0,93	- 1,01	+ 7,79	- 2,26
1972	+ 8,49	+ 1,20	+ 1,27	- 1,87	+ 0,05	+ 0,44	- 1,13	- 1,09	+ 8,97	- 6,42
1973	+15,43	+ 1,41	+ 0,50	- 6,34	- 3,98	+ 1,00	- 1,55	- 1,47	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,54	+ 0,74	- 4,40	-12,52	- 8,49	+ 0,59	- 1,30	- 1,82	+ 1,44	- 5,51
1975	+17,69	+ 0,01	+ 1,45	- 7,38	- 1,17	+ 0,90	- 1,95	+ 0,35	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,45	- 0,21	- 4,67	- 7,06	- 4,24	+ 1,34	- 2,56	+ 0,56	+ 9,89	- 9,49
1977	+19,59	- 1,21	- 2,84	- 3,98	- 0,13	- 0,24	- 3,81	+ 0,15	+17,31	- 31,10
1978	+24,85	- 1,05	+ 0,75	- 2,96	+ 2,90	- 1,47	- 3,28	+ 0,60	+24,60	- 33,94
1979	+17,06	- 2,51	- 2,10	- 7,31	- 0,95	- 1,41	- 4,26	- 1,66	+ 1,85	- 27,54
1980	+10,15	- 5,00	-13,03	+ 3,15	-16,92	- 1,41	- 5,98	- 4,94	+ 2,13	- 25,49
1981	+17,44	- 4,10	-10,12	+ 6,73	-11,67	+ 3,81	- 4,16	- 2,52	+19,97	- 27,98
1982	+26,10	- 2,90	-15,54	+ 4,06	- 8,84	+ 4,59	- 3,09	- 1,32	+18,08	- 36,45
1983	+22,34	- 1,20	- 8,21	- 1,31	- 2,44	+ 4,16	- 3,36	- 2,23	+31,45	- 67,08
1984	+23,10	- 0,80	- 4,11	- 5,85	- 5,84	+ 5,62	- 3,24	- 2,30	+44,26	-112,51
1985	+28,76	- 0,20	- 5,36	- 2,81	- 6,25	+ 5,46	- 2,64	- 1,97	+55,99	-122,15
1986	+56,10	+ 1,10	- 1,92	-12,41	+ 4,20	+ 7,30	- 3,29	- 1,80	+92,83	-144,50
1987	+70,31	+ 0,70	- 9,50	-16,10	+ 0,10	+ 5,26	- 4,13	- 2,90	+96,39	-160,30
Salden der Leistungsbilanz										
1965	- 1,56	+ 0,40	+ 0,35	- 0,08	+ 2,21	+ 0,05	- 0,04	- 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	- 0,26	+ 0,36	+ 2,12	- 0,21	- 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	- 0,74	+ 1,60	- 0,08	- 0,12	+ 0,24	- 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	- 0,86	- 0,58	+ 2,63	+ 0,07	- 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	- 1,48	+ 1,21	+ 2,34	+ 0,06	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 1,91	+ 0,77	- 0,48	- 0,08	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,96	+ 0,67	+ 0,53	+ 2,67	+ 1,58	- 0,12	- 0,09	+ 0,08	+ 5,80	- 1,43
1972	+ 1,20	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,48	+ 2,00	+ 1,35	- 0,16	+ 0,22	+ 6,62	- 5,80
1973	+ 5,02	+ 1,33	+ 1,48	- 2,64	- 2,53	+ 2,42	- 0,29	+ 0,28	- 0,14	+ 7,15
1974	+10,55	+ 0,76	- 3,91	- 7,93	- 8,02	+ 3,04	- 0,20	+ 0,17	- 4,69	+ 1,96
1975	+ 4,33	+ 0,16	+ 2,67	- 3,50	- 0,58	+ 2,36	- 0,23	+ 2,59	- 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,70	+ 0,39	- 3,42	- 1,61	- 2,82	+ 3,42	- 1,10	+ 3,37	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,01	- 0,55	- 0,43	- 0,20	+ 2,46	+ 1,22	- 2,18	+ 3,44	+10,92	- 14,51
1978	+ 8,90	- 0,84	+ 7,00	+ 1,85	+ 6,20	- 1,24	- 0,68	+ 4,40	+16,53	- 15,44
1979	- 5,42	- 3,05	+ 5,19	- 1,28	+ 5,48	+ 0,21	- 1,12	+ 2,44	- 8,75	- 1,00
1980	-13,83	- 4,94	- 4,17	+ 7,06	- 9,94	- 1,01	- 1,66	- 0,55	-10,75	+ 1,87
1981	- 3,55	- 4,19	- 4,74	+13,55	- 9,04	+ 3,58	- 1,35	+ 2,75	+ 4,77	+ 6,89
1982	+ 5,11	- 2,41	-12,06	+ 7,82	- 6,20	+ 4,50	+ 0,71	+ 3,96	+ 6,85	- 8,69
1983	+ 5,30	- 0,43	- 4,69	+ 5,69	+ 1,59	+ 4,92	+ 0,22	+ 3,84	+20,80	- 46,25
1984	+ 9,71	- 0,04	- 0,83	+ 2,67	- 2,36	+ 5,12	- 0,20	+ 4,37	+35,00	-107,04
1985	+16,18	+ 0,70	- 0,35	+ 4,20	- 3,60	+ 5,34	- 0,13	+ 5,21	+49,17	-116,39
1986	+39,10	+ 2,90	+ 2,91	+ 0,07	+ 2,82	+ 4,63	+ 0,23	+ 6,75	+85,85	-141,35
1987	+45,00	+ 3,00	- 5,30	- 4,10	- 1,00	+ 3,10	- 0,20	+ 6,99	+87,02	-160,68

1) Ausfuhr: fob; Einfuhr: fob.

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Wechselkurse
Europäische Währungseinheit (ECU) und Kaufkraftstandard (KKS) ¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Ver. einigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	1 ECU =									
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,685	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,47	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,54	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,165	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,78	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,165	5,829	0,6464	1 138,50	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,20	2,760	18,014	2,333	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	17,782	2,193	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	16,713	1,989	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	15,991	1,869	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	15,788	1,854	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	15,788	1,880	180,56	0,763
1986	2,128	43,792	6,800	0,6722	1 461,66	2,400	15,025	1,770	165,03	0,985
1987	2,072	43,041	6,929	0,7046	1 494,91	2,334	14,596	1,722	166,98	1,154
	1 KKS =									
1960	4,79	65,9	6,63	0,397	604	3,35				1,57
1961	4,51	57,3	6,13	0,387	545	3,22				1,50
1962	4,50	55,9	6,16	0,385	553	3,19				1,47
1963	4,43	55,1	6,27	0,376	574	3,20				1,43
1964	4,37	55,2	6,26	0,373	586	3,33				1,39
1965	4,63	62,2	6,61	0,382	639	3,46			324	1,37
1966	4,34	56,1	6,13	0,380	578	3,47			331	1,36
1967	4,28	56,3	6,16	0,381	579	3,52			338	1,36
1968	4,23	56,1	6,23	0,385	571	3,55			343	1,39
1969	4,19	55,9	6,31	0,386	565	3,60			334	1,39
1970	4,47	60,2	6,69	0,389	611	3,66			347	1,38
1971	4,49	59,2	6,58	0,396	609	3,68			340	1,35
1972	4,43	58,8	6,54	0,401	605	3,76			336	1,32
1973	4,33	58,0	6,48	0,395	621	3,77			349	1,29
1974	4,10	57,8	6,38	0,402	652	3,64			373	1,25
1975	3,77	56,2	6,27	0,443	664	3,48			349	1,19
1976	3,51	54,2	6,19	0,457	703	3,40			335	1,13
1977	3,24	51,9	6,02	0,464	746	3,23			316	1,08
1978	3,06	49,1	6,00	0,467	769	3,09			300	1,04
1979	2,87	46,2	5,96	0,482	802	2,89			278	1,02
1980	2,66	42,4	5,87	0,511	857	2,70			255	0,99
1981	2,49	40,1	5,90	0,513	916	2,57			238	0,96
1982	2,36	38,9	5,97	0,500	964	2,47			219	0,93
1983	2,24	38,0	6,03	0,485	1 024	2,32			204	0,88
1984	2,15	37,4	6,08	0,474	1 059	2,21			193	0,86
1985	2,07	37,2	6,07	0,474	1 087	2,12			185	0,84
1986	2,02	36,6	6,02	0,465	1 113	2,03			179	0,81

¹⁾ Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1970 bis 1986, Heft 1988.

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin ²⁾	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid ³⁾	Mailand/ Rom ⁴⁾
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1987	88,744	4,813	2,671	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1984 1. Vj.	88,733	4,891	3,081	27,441	2,020	3,876	1,750	1,625
2. Vj.	88,755	4,905	3,064	27,261	1,963	3,783	1,772	1,617
3. Vj.	88,653	4,948	3,083	27,462	1,917	3,786	1,767	1,623
4. Vj.	88,651	4,959	3,105	27,755	1,866	3,713	1,791	1,616
1985 1. Vj.	88,435	4,983	3,115	27,972	1,822	3,630	1,809	1,611
2. Vj.	88,576	4,967	3,131	27,840	1,765	3,878	1,773	1,568
3. Vj.	88,878	4,951	3,118	27,672	1,686	3,917	1,706	1,5054
4. Vj.	88,758	4,927	3,089	27,584	1,595	3,711	1,625	1,4757
1986 1. Vj.	88,613	4,888	3,031	27,155	1,534	3,379	1,592	1,4684
2. Vj.	88,778	4,900	3,038	27,043	1,499	3,386	1,572	1,4585
3. Vj.	88,677	4,838	2,840	26,584	1,419	3,107	1,542	1,4524
4. Vj.	88,490	4,812	2,723	26,500	1,354	2,869	1,491	1,4440
1987 1. Vj.	88,589	4,825	2,669	26,475	1,298	2,835	1,426	1,4077
2. Vj.	88,711	4,824	2,676	26,554	1,287	2,966	1,431	1,3894
3. Vj.	88,806	4,818	2,676	26,132	1,275	2,973	1,476	1,3820
4. Vj.	88,866	4,787	2,664	25,960	1,239	2,988	1,493	1,3655
1988 1. Vj.	89,033	4,782	2,664	26,108	1,221	3,010	1,483	1,3565
2. Vj.	89,107	4,782	2,676	26,155	1,224	3,143	1,511	1,3463
3. Vj.	88,628	4,773	2,685	26,167	1,223	3,164	1,511	1,3474

1) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt“.

2) Erstmalige Notierung am 13. März 1979.

3) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

Tabelle 13*

der Frankfurter Börsekurse in DM¹⁾**Auszahlung**

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo ²⁾	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan\$	1 US-\$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588	1987
2,1541	2,7025	35,146	32,547	33,898	1,1703	14,190	123,004	1984 1. Vj.
2,0970	2,7095	35,013	32,533	33,849	1,1799	14,227	120,696	2. Vj.
2,2231	2,9189	34,877	32,582	34,710	1,1991	14,241	119,566	3. Vj.
2,3165	3,0529	34,535	32,615	35,072	1,2417	14,232	121,432	4. Vj.
2,4076	3,2563	34,775	32,705	35,123	1,2644	14,235	118,258	1985 1. Vj.
2,2549	3,0867	34,723	32,786	34,534	1,2316	14,227	119,127	2. Vj.
2,0954	2,8490	34,158	32,797	33,926	1,1947	14,231	121,379	3. Vj.
1,8742	2,5839	33,190	32,765	33,066	1,2474	14,227	121,106	4. Vj.
1,6708	2,3472	32,043	32,563	31,670	1,2511	14,232	118,773	1986 1. Vj.
1,6238	2,2464	30,411	31,441	31,211	1,3228	14,233	120,404	2. Vj.
1,5060	2,0856	28,234	30,763	29,929	1,3386	14,217	123,667	3. Vj.
1,4500	2,0076	26,876	30,528	29,018	1,2514	14,210	120,576	4. Vj.
1,3743	1,8395	26,148	30,023	28,262	1,2010	14,217	118,981	1987 1. Vj.
1,3549	1,8052	26,905	29,965	28,651	1,2660	14,226	121,166	2. Vj.
1,3913	1,8393	27,324	29,980	28,588	1,2513	14,219	120,584	3. Vj.
1,3016	1,7055	26,339	29,623	27,856	1,2575	14,208	121,679	4. Vj.
1,3219	1,6758	26,334	29,565	27,987	1,3095	14,227	121,927	1988 1. Vj.
1,3895	1,7075	27,284	29,545	28,639	1,3579	14,223	120,377	2. Vj.
1,5309	1,8661	27,299	29,538	29,071	1,3953	14,220	119,345	3. Vj.

⁴⁾ Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.

⁵⁾ Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Verbraucherpreise										
1960	47,2	36,5	26,8	18,6	18,9	32,4	38,2	44,4	24,2	35,9
1961	48,2	36,9	27,5	19,3	19,3	33,0	39,6	45,2	25,6	36,3
1962	49,7	37,4	28,9	20,1	20,3	33,7	41,3	47,1	27,2	36,7
1963	51,2	38,2	30,4	20,5	21,6	34,8	42,5	48,8	29,4	37,2
1964	52,4	39,8	31,3	21,2	23,0	36,8	44,1	50,3	30,4	37,6
1965	54,1	41,4	32,2	22,2	23,9	39,0	46,3	52,0	32,5	38,2
1966	56,0	43,1	33,0	23,0	24,5	41,3	47,3	54,4	34,1	39,4
1967	56,9	44,4	33,9	23,6	24,8	42,7	49,2	56,7	35,5	40,5
1968	57,8	45,6	35,5	24,7	25,1	44,3	50,5	58,0	37,4	42,2
1969	58,9	47,3	37,6	26,1	25,8	47,5	52,1	59,4	39,4	44,5
1970	61,0	49,1	39,9	27,7	27,1	49,3	54,4	61,6	42,3	47,1
1971	64,1	51,3	42,1	30,3	28,4	53,0	56,9	65,6	45,0	49,1
1972	67,7	54,1	44,7	32,5	30,0	57,2	60,5	70,0	47,2	50,8
1973	72,4	57,8	47,9	35,5	33,3	61,7	65,1	76,1	52,7	53,9
1974	77,4	65,2	54,5	41,1	39,6	67,6	71,3	83,5	65,0	59,8
1975	82,0	73,5	60,9	51,1	46,4	74,7	77,3	89,2	72,6	65,3
1976	85,6	80,2	66,8	59,6	54,1	81,3	83,0	90,7	79,4	69,1
1977	88,7	85,9	73,1	69,0	64,1	86,5	87,6	91,8	85,9	73,6
1978	91,1	89,8	79,7	74,7	71,8	90,1	90,7	92,8	89,5	79,2
1979	94,9	93,8	88,2	84,8	82,5	93,9	94,0	96,1	92,8	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,6	113,4	111,9	119,5	106,7	106,8	106,5	104,9	110,4
1982	111,9	117,0	126,8	121,5	139,2	113,0	112,6	112,5	107,8	117,1
1983	115,6	126,0	139,0	127,1	159,5	116,2	116,3	115,9	109,9	120,9
1984	118,4	134,0	149,3	133,5	176,8	120,0	122,9	119,3	112,3	126,1
1985	121,0	140,5	157,9	141,6	193,0	122,7	126,9	123,4	114,6	130,5
1986	120,7	142,3	161,9	146,4	204,3	122,9	129,0	124,3	115,3	133,1
1987	121,0	144,5	167,3	152,5	214,0	122,3	130,8	126,1	115,4	137,9
1988 1. Hj.	122,1	145,4	170,3	157,1	222,0	122,6	132,5	128,1	115,7	141,8
Erzeuger- bzw. Großhandelspreise ¹⁾										
1960	53,4	49,4	34,7	20,7	18,6	45,9	45,8	59,6	42,6	35,3
1961	54,1	49,3	35,7	21,2	18,7	45,9	46,8	59,7	43,0	35,2
1962	54,6	49,8	36,0	21,7	19,2	45,9	49,3	61,7	42,3	35,3
1963	54,9	51,0	36,9	21,9	20,2	47,0	48,5	64,1	43,0	35,2
1964	55,5	53,4	38,3	22,6	20,9	49,8	51,1	65,0	43,1	35,2
1965	56,9	54,0	38,5	23,4	21,2	51,5	52,4	65,4	43,5	35,9
1966	57,8	55,1	39,6	24,1	21,7	54,4	53,4	66,6	44,5	37,1
1967	57,3	54,6	39,3	24,4	21,3	54,4	54,7	66,8	45,3	37,2
1968	56,9	54,7	38,6	25,3	21,4	55,5	55,2	66,8	45,7	38,1
1969	57,9	57,4	42,8	26,3	22,2	54,4	56,6	68,7	46,7	39,6
1970	60,8	60,2	46,0	28,0	23,8	56,6	59,2	71,6	48,3	41,1
1971	63,4	59,8	46,9	30,6	24,8	59,3	62,3	73,2	48,0	42,4
1972	65,1	62,2	49,1	32,2	25,8	62,3	64,7	75,8	48,4	44,3
1973	69,4	69,9	56,3	34,5	30,2	66,6	65,6	83,9	56,0	50,1
1974	78,7	81,7	72,7	42,6	42,5	73,0	75,5	97,5	73,6	59,5
1975	82,3	82,6	68,6	52,4	46,1	77,9	80,3	95,2	75,8	65,0
1976	85,4	88,5	73,6	60,9	56,7	84,0	85,0	94,6	79,7	68,1
1977	87,7	90,7	77,7	72,0	66,5	88,9	87,5	94,8	81,2	72,2
1978	88,7	88,9	81,1	79,1	72,1	90,0	88,4	91,6	79,1	77,9
1979	93,0	94,5	91,9	87,7	83,3	92,4	92,1	95,1	84,9	87,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	108,2	111,0	109,6	117,4	107,3	108,0	105,8	101,4	109,1
1982	114,2	116,5	123,3	118,0	133,7	113,3	111,5	108,5	103,2	111,3
1983	115,8	122,6	136,9	124,4	146,7	114,8	112,2	109,0	100,9	112,7
1984	119,2	131,7	155,1	132,1	161,9	119,9	116,4	112,6	100,7	115,4
1985	121,8	131,7	161,3	139,4	173,8	121,8	119,4	115,1	99,5	114,9
1986	118,2	123,1	...	145,7	172,3	118,3	113,1	110,6	90,4	111,5
1987	115,6	120,1	...	151,3	176,8	117,3	110,9	108,4	87,0	114,5
1988 1. Hj.	116,8	120,0	...	156,4	182,7	117,2	110,9	109,9	86,1	117,4

¹⁾ Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

noch Tabelle 14 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Ver. einigte Staaten
Durchschnittswerte der Ausfuhr ²⁾										
1970	60,5	53	41,7	25,8	22,4	51	66,1	69	59,5	38,2
1971	62,9	52	44,1	27,3	23,6	52	68,4	72	60,7	39,4
1972	64,8	53	44,5	28,9	24,3	53	69,5	75	59,9	40,7
1973	68,0	57	49,0	32,6	28,8	56	73,4	77	63,6	47,4
1974	79,3	72	61,8	41,5	40,8	72	85,5	88	85,4	60,5
1975	85,8	75	65,2	50,9	45,3	76	88,7	90	87,4	67,6
1976	83,8	78	71,2	60,9	55,3	80	88,7	89	86,9	69,9
1977	85,9	79	78,2	72,1	65,9	83	91,5	91	87,1	72,4
1978	86,7	80	82,2	79,0	70,7	81	91,5	88	82,2	77,4
1979	91,3	90	90,2	87,5	82,8	88	95,2	90	89,8	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	109	113,0	108,8	123,1	116	106,1	103	103,0	109,2
1982	110,9	124	129,0	116,6	142,0	121	110,9	106	108,4	110,4
1983	112,4	132	142,0	126,0	152,5	120	110,6	108	101,1	111,6
1984	116,3	142	158,8	136,0	167,1	129	114,5	114	101,0	113,1
1985	120,8	145	166,3	143,0	180,7	132	116,5	112	100,2	112,2
1986	116,8	130	...	137,0	172,3	112	113,8	110	84,8	113,3
1987	113,8	123	...	142,0	174,1	102	111,0	110	79,7	115,3
Durchschnittswerte der Einfuhr ²⁾										
1970	51,7	48	38,0	25,6	16,6	46	60,2	69	34,8	25,7
1971	52,4	49	39,3	26,8	17,5	48	62,9	70	35,4	27,0
1972	52,7	49	39,7	28,0	18,0	48	63,1	71	32,5	28,9
1973	56,5	52	42,6	35,6	23,4	52	65,5	76	35,9	34,4
1974	72,6	69	62,6	51,6	40,2	70	78,0	91	62,8	50,9
1975	74,7	71	61,5	58,6	42,4	73	80,9	87	67,9	55,5
1976	76,4	76	67,9	71,6	53,5	77	82,7	83	69,5	57,2
1977	79,1	77	75,8	82,7	62,0	79	85,8	88	67,4	62,0
1978	76,8	79	76,6	85,0	65,1	78	85,7	78	55,3	66,9
1979	85,5	86	84,4	90,7	77,6	87	90,4	83	72,0	79,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,8	115	118,5	108,0	129,4	116	110,5	97	100,5	105,5
1982	114,5	131	132,6	116,6	145,6	118	110,8	96	104,9	103,8
1983	114,1	141	142,9	126,8	152,6	119	109,5	97	95,2	99,5
1984	120,8	152	157,8	138,6	169,8	126	113,7	101	92,7	101,3
1985	123,9	152	161,0	144,0	182,5	127	118,0	104	93,2	98,8
1986	104,1	127	...	133,1	150,2	105	108,4	94	56,2	95,4
1987	97,8	119	...	136,5	148,1	99	103,6	90	51,9	102,3
Bruttostundenverdienste in der Industrie ³⁾										
1970	46,6	30,3	26,7	23,6	16,6	39	37,3	47,8	29,2	46,1
1971	51,7	34,0	29,7	26,2	18,5	44	42,4	52,4	33,5	49,1
1972	56,3	38,8	33,0	29,6	20,2	49	47,3	57,0	38,8	52,6
1973	62,2	45,1	37,8	33,6	24,9	56	53,3	62,1	46,1	56,3
1974	68,5	54,4	45,2	39,5	29,9	65	61,7	68,5	57,6	60,7
1975	73,9	65,5	53,0	50,0	38,3	74	70,0	73,4	67,9	66,4
1976	78,6	72,7	60,4	57,8	46,3	81	76,3	74,6	76,4	71,7
1977	84,2	79,4	68,1	63,7	59,0	87	82,9	89,4	83,5	78,0
1978	88,7	84,9	76,9	73,0	68,8	92	87,6	91,8	89,4	84,9
1979	93,8	91,5	86,9	84,2	82,0	96	92,7	95,0	94,6	92,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,5	110,1	114,5	113,4	123,9	103	106,1	106,3	105,1	109,9
1982	110,5	116,9	131,9	126,3	145,6	110	112,7	114,0	110,3	116,9
1983	114,1	122,0	146,7	137,1	167,4	113	117,8	118,5	113,9	121,4
1984	116,8	128,0	158,0	144,9	186,1	115	123,7	121,6	117,8	126,4
1985	121,3	132,6	167,1	161,1	206,8	120	131,2	126,3	121,6	131,1
1986	125,6	136,3	174,0	174,4	216,8	122	137,0	130,8	125,0	133,8
1987	130,5	138,9	179,6	188,3	230,8	124	141,3	...	127,6	136,3
1988 1. Hj.	134,4	138,2	182,9	125
Anteil am Warenhandel ⁴⁾ der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1982 bis 1987	x	7,0	11,9	7,9	8,1	10,2	4,4	4,8	3,0	8,1

2) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

3) Frankreich: Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.

4) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz ²⁾	Japan	Ver-einigte Staaten
1955	35	42,8	33	59,2	23,2	28	30	.	8,8	39,6
1956	38	45,6	35	59,7	24,8	31	31	.	10,8	41,4
1957	40	48,4	38	60,8	26,8	32	34	.	12,8	41,9
1958	42	44,1	40	60,2	27,6	32	34	.	12,5	39,2
1959	45	45,9	41	63,3	30,8	35	36	49	15,0	43,9
1960	50	49,4	44,5	67,6	35,2	39	39	54	18,7	44,9
1961	53	52,3	47,0	68,5	39,3	40	41	58	22,4	45,2
1962	56	55,2	48,9	69,1	43,1	42	42	61	24,3	49,0
1963	57	59,4	51,9	71,1	47,1	44	44	64	27,0	51,9
1964	62	63,5	59,3	77,2	47,6	53	47	66	31,3	55,4
1965	65	64,7	57,0	79,5	49,8	55	49	70	32,5	60,9
1966	66	66,1	60,0	80,8	55,5	57	52	73	36,8	66,2
1967	64	67,1	61,5	81,7	60,1	59	52	75	43,9	67,7
1968	70	70,8	63,7	86,9	63,9	64	56	78	50,7	71,4
1969	79	77,7	70,4	89,8	66,4	67	63	85	58,8	74,8
1970	84	80,4	74,1	90,3	70,7	73	68	92	66,9	72,3
1971	85	82,5	78,5	89,8	70,6	78	72	94	68,6	73,3
1972	88	87,5	83,0	91,4	73,7	81	78	96	73,6	80,4
1973	93	93,0	88,9	99,6	80,8	88	81	101	84,6	86,9
1974	91	96,5	91,1	97,6	84,5	92	85	103	81,2	85,6
1975	85	87,2	85,2	92,3	76,7	91	80	88	72,3	78,1
1976	91	94,9	91,9	95,3	86,2	97	85	89	80,4	85,3
1977	93	94,8	93,3	100,3	85,5	97	89	93	83,7	92,1
1978	95	96,7	95,6	103,3	88,8	97	91	94	89,0	98,0
1979	100	101,3	99,3	107,2	94,7	101	97	95	95,5	101,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98	97,4	98,3	96,6	98,5	98	99	99	101,0	102,2
1982	94	97,5	98,0	98,4	95,4	94	98	94	101,3	94,9
1983	95	99,3	98,5	101,9	92,3	97	98	94	104,9	100,5
1984	98	102,0	100,3	103,2	95,2	102	104	98	114,8	112,1
1985	102	103,5	101,3	108,1	96,5	106	109	102	119,1	114,6
1986	104	104,6	101,8	109,6	99,2	106	110	107	118,2	114,0
1987	104	106,6	104,0	113,7	103,0	107	110	107	122,8	119,5
1986 1. Vj.	103	105,1	100	109,1	98,8	107	110	102	119,0	115,1
2. Vj.	104	104,7	102	109,3	99,4	104	110	107	119,0	114,5
3. Vj.	105	106,1	103	110,3	98,0	107	109	110	118,7	115,1
4. Vj.	104	104,0	102	110,4	100,4	105	110	108	118,6	116,0
1987 1. Vj.	102	104,8	102	111,1	101,1	109	109	105	119,7	116,9
2. Vj.	104	105,5	103	112,1	103,8	106	111	104	119,7	118,2
3. Vj.	104	109,1	104	113,8	102,2	105	110	106	123,9	120,3
4. Vj.	105	108,0	105	115,1	105,1	108	112	113	128,2	127,1
1988 1. Vj.	106	111	106	114,1	107,0	105	101	...	132,3	123,8
2. Vj.	106	...	106	104	132,0	125,3

1) Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Werte.

2) Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

Tabelle 16*

Energieerzeugung in ausgewählten Ländern

Petajoule¹⁾

Land	Insgesamt ²⁾		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1983	1986	1983	1986	1983	1986	1983	1986	1983	1986
Bundesrepublik Deutschland ³⁾ ...	4 651	4 545	3 499	3 354	219	235	635	465	299	490
Belgien/ Luxemburg	252	295	163	151	—	—	1	1	88	143
Dänemark	90	234	0	0	90	152	0	81	0	1
Frankreich	1 728	1 915	592	516	99	146	297	165	740	1 088
Griechenland	230	286	167	214	52	56	3	5	8	12
Großbritannien	9 535	10 478	2 982	3 168	4 830	5 335	1 527	1 747	196	227
Irland	136	117	50	49	—	—	83	63	3	5
Italien	782	849	12	11	95	107	495	541	180	190
Niederlande	2 826	2 776	0	0	122	210	2 691	2 551	13	14
Portugal	35	37	5	6	—	—	—	—	29	30
Spanien	803	904	550	581	125	78	0	15	129	230
EG-Länder ²⁾	21 068	22 436	8 020	8 050	5 632	6 319	5 732	5 634	1 685	2 430
Ägypten	1 650	1 927	—	—	1 527	1 725	85	163	38	38
Algerien	2 842	3 441	0	0	1 969	2 097	873	1 341	1	2
Argentinien	1 645	1 637	12	9	1 098	979	457	553	79	96
Australien	3 955	5 276	2 636	3 490	810	1 156	463	571	46	59
Brasilien	1 454	2 152	137	151	708	1 233	63	110	545	658
Indien	4 699	5 844	3 344	4 111	1 055	1 312	107	210	193	212
Indonesien	3 576	4 169	14	51	2 768	2 973	773	1 120	21	26
Irak	1 983	3 549	—	—	1 967	3 473	13	74	2	2
Iran	5 554	4 322	23	23	5 182	3 941	326	336	22	22
Japan	1 283	1 446	444	412	18	27	87	83	733	923
Kanada	8 189	9 234	1 066	1 382	3 249	3 507	2 740	2 970	1 134	1 375
Katar	744	870	—	—	575	709	168	161	—	—
Kuwait	2 522	3 339	—	—	2 325	3 128	196	211	—	—
Libyen	2 416	2 279	—	—	2 302	2 122	115	157	—	—
Mexiko	7 594	6 867	187	177	6 367	5 971	959	614	80	105
Nigeria	2 784	3 183	2	4	2 556	3 048	220	123	7	8
Norwegen	2 771	3 234	14	17	1 337	1 781	1 041	1 091	379	345
Österreich	251	237	40	37	54	47	49	40	108	112
Saudi-Arabien	10 934	11 258	—	—	10 884	10 966	50	291	—	—
Schweden	378	472	0	0	1	0	—	—	376	471
Schweiz	180	195	—	—	—	—	0	1	180	194
Sowjetunion	60 167	66 197	14 637	15 350	25 848	25 794	18 638	23 698	1 045	1 356
Venezuela	4 779	4 987	1	2	4 047	4 041	668	867	64	77
Vereinigte Staaten	55 620	58 422	17 181	19 622	20 172	20 185	15 986	16 019	2 282	2 595
Welt	261 349	288 367	79 699	90 004	116 700	123 731	54 383	61 625	10 567	13 007

1) Petajoule = 10¹⁵ (Billionen) Joule.

2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Quelle: UN

Tabelle 17*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich
1986

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
	insgesamt	je Einheit BIP ¹⁾	je Einwohner	nach Energieträgern					insgesamt	von Mineralöl
				feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige		
	in Mio t ÖE ²⁾	t ÖE ²⁾	Anteil am Primärenergieverbrauch in vH						in vH ³⁾	in vH ⁴⁾
Australien	78,3	0,45	4,9	45,1	35,8	16,0	0,0	4,5	- 75,0	- 1,1
Belgien	44,4	0,35	4,5	20,3	44,8	15,8	19,8	0,7	79,1	117,6
Dänemark	19,7	0,25	3,9	41,1	54,3	6,1	0,0	0,0	74,1	72,9
Bundesrepublik Deutschland	270,7	0,30	4,4	30,1	43,6	15,4	9,9	1,5	55,6	100,8
Frankreich	200,8	0,27	3,6	11,1	42,8	12,7	28,3	7,3	57,0	96,6
Griechenland . .	18,3	0,42	1,8	36,1	58,5	0,5	0,0	4,4	74,9	116,8
Großbritannien	205,9	0,34	3,6	32,6	37,4	23,8	6,4	0,8	- 17,3	- 67,1
Irland	9,9	0,47	2,8	31,3	49,5	14,1	0,0	3,0	70,7	104,1
Italien	143,5	0,28	2,5	11,0	58,9	20,5	1,4	7,4	81,7	100,1
Japan	375,1	0,29	3,1	18,8	55,2	9,7	11,0	5,7	82,6	103,5
Kanada	233,1	0,75	9,1	13,9	30,1	20,8	6,8	29,8	- 18,8	- 22,5
Luxemburg	3,2	0,59	8,0	40,6	37,5	9,4	0,0	3,1	96,9	100,0
Neuseeland	14,1	0,56	4,3	9,9	28,4	27,0	0,0	36,2	14,2	55,0
Niederlande . . .	64,4	0,35	4,4	10,2	36,3	51,4	1,4	0,0	19,7	128,2
Norwegen	27,1	0,38	6,5	6,6	34,3	4,8	0,0	53,5	-205,9	-362,4
Österreich	27,8	0,33	3,7	22,3	38,1	12,9	0,0	25,5	59,4	88,7
Portugal	13,6	0,49	1,3	16,9	67,6	0,0	0,0	14,0	82,4	106,5
Schweden	55,4	0,40	6,6	15,3	32,3	0,4	28,3	24,7	40,8	110,6
Schweiz	27,9	0,25	4,2	4,7	48,4	4,7	17,9	27,2	53,8	103,0
Spanien	75,2	0,32	2,0	25,4	52,7	3,1	11,2	8,1	63,0	100,3
Türkei	44,6	0,57	0,9	50,0	42,8	0,9	0,0	6,1	42,8	89,5
Vereinigte Staaten	1 801,6	0,56	7,5	26,9	41,7	22,4	5,4	3,8	14,0	38,0
Insgesamt ⁵⁾ . . .	3 754,6	0,42	4,6	24,1	43,0	18,7	7,8	6,8	25,8	54,3

1) Preis- und Wechselkursbasis 1980.

2) Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).

3) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.

4) Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.

5) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur und Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 18*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Ein- wohner (Wohn- bevölke- rung)	Erwerbs- personen	Erwerbs- quote ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾			Offene Stellen ⁴⁾	Arbeits- lose ⁴⁾	Arbeits- losen- quote ⁵⁾
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer				
					zusam- men	darunter Aus- länder ³⁾			
1 000		vH	1 000			vH			
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 861	48,1	24 385	18 511	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 034	48,0	24 799	19 010	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 185	26 772	47,6	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	27 002	44,1	26 817	22 606	2 128	648	185	0,8
1972	61 672	26 990	43,8	26 744	22 633	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	27 195	43,9	26 922	22 906	2 498	572	273	1,2
1974	62 054	27 147	43,7	26 565	22 640	2 381	315	582	2,5
1975	61 829	26 884	43,5	25 810	22 014	2 061	236	1 074	4,7
1976	61 531	26 651	43,3	25 591	21 939	1 925	235	1 060	4,6
1977	61 400	26 577	43,3	25 547	22 029	1 872	231	1 030	4,5
1978	61 327	26 692	43,5	25 699	22 264	1 857	246	993	4,3
1979	61 359	26 923	43,9	26 047	22 663	1 924	304	876	3,7
1980	61 566	27 217	44,2	26 328	23 009	2 018	308	889	3,7
1981	61 682	27 416	44,4	26 144	22 869	1 912	208	1 272	5,3
1982	61 638	27 542	44,7	25 709	22 436	1 787	105	1 833	7,6
1983	61 423	27 589	44,9	25 331	22 057	1 694	76	2 258	9,3
1984	61 175	27 629	45,2	25 363	22 097	1 609 ⁶⁾	88	2 266	9,3
1985	61 024	27 844	45,6	25 540	22 274	1 568	110	2 304	9,4
1986	61 066	28 024	45,9	25 796	22 535	1 570	154	2 228	9,0
1987	61 199	28 216	46,1	25 987	22 739	1 577	171	2 229	8,9
1985 1. Hj.	61 020	27 742	45,5	25 334	22 069	1 562	105	2 408	9,8
2. Hj.	61 029	27 946	45,8	25 746	22 479	1 573	115	2 200	8,9
1986 1. Hj.	61 021	27 933	45,8	25 567	22 304	1 555	148	2 366	9,6
2. Hj.	61 111	28 115	46,0	26 025	22 766	1 584	160	2 090	8,4
1987 1. Hj.	61 148	28 125	46,0	25 813	22 562	1 562	170	2 312	9,3
2. Hj.	61 251	28 307	46,2	26 161	22 916	1 592	172	2 146	8,6
1988 1. Hj.	...	28 288	...	25 937	22 701	...	181	2 351	9,4

1) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

2) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

3) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).

4) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

5) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose).

6) Ohne Saarland und Berlin. Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland.

*) Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten.

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 19*
1 000

Zeitraum	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ¹⁾	Dienst- leistungs- unter- nehmen ²⁾	Staat	Private Haus- halte ³⁾
			zu- sammen	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
Erwerbstätige ⁴⁾										
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 721	2 134	12 937	550	10 033	2 354	4 869	3 013	3 105	663
1972	26 661	2 018	12 696	531	9 824	2 341	4 945	3 063	3 259	680
1973	26 849	1 924	12 723	515	9 861	2 347	5 015	3 123	3 367	697
1974	26 497	1 842	12 311	517	9 618	2 176	4 968	3 171	3 493	712
1975	25 746	1 773	11 610	514	9 106	1 990	4 857	3 210	3 576	720
1976	25 530	1 682	11 396	507	8 915	1 974	4 827	3 266	3 635	724
1977	25 490	1 589	11 362	504	8 918	1 940	4 845	3 306	3 660	728
1978	25 644	1 536	11 386	496	8 918	1 972	4 872	3 359	3 746	745
1979	25 995	1 481	11 506	496	8 956	2 054	4 921	3 474	3 844	769
1980	26 278	1 437	11 586	501	8 995	2 090	4 974	3 582	3 903	796
1981	26 092	1 408	11 328	508	8 779	2 041	4 942	3 641	3 968	805
1982	25 651	1 395	10 919	508	8 468	1 943	4 842	3 667	3 996	832
1983	25 262	1 391	10 533	502	8 135	1 896	4 759	3 700	4 026	853
1984	25 283	1 376	10 437	493	8 057	1 887	4 772	3 776	4 039	883
1985	25 452	1 360	10 429	490	8 141	1 798	4 774	3 881	4 089	919
1986	25 702	1 338	10 506	489	8 263	1 754	4 774	3 991	4 132	961
1987	25 891	1 311	10 471	485	8 255	1 731	4 806	4 128	4 177	998
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾										
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 510	282	12 201	549	9 516	2 136	4 006	2 253	3 105	663
1972	22 550	262	11 965	530	9 314	2 121	4 092	2 292	3 259	680
1973	22 833	250	12 006	514	9 366	2 126	4 167	2 346	3 367	697
1974	22 572	236	11 609	516	9 133	1 960	4 119	2 403	3 493	712
1975	21 950	230	10 939	514	8 649	1 776	4 037	2 448	3 576	720
1976	21 878	226	10 747	507	8 476	1 764	4 022	2 524	3 635	724
1977	21 972	230	10 718	504	8 478	1 736	4 063	2 573	3 660	728
1978	22 209	236	10 759	496	8 492	1 771	4 097	2 626	3 746	745
1979	22 611	245	10 877	496	8 526	1 855	4 149	2 727	3 844	769
1980	22 959	244	10 966	501	8 574	1 891	4 222	2 828	3 903	796
1981	22 817	242	10 723	508	8 370	1 845	4 199	2 880	3 968	805
1982	22 378	243	10 314	508	8 060	1 746	4 100	2 893	3 996	832
1983	21 988	247	9 937	502	7 727	1 708	4 012	2 913	4 026	853
1984	22 017	252	9 848	493	7 651	1 704	4 019	2 976	4 039	883
1985	22 186	252	9 843	490	7 738	1 615	4 018	3 065	4 089	919
1986	22 441	249	9 920	489	7 858	1 573	4 019	3 160	4 132	961
1987	22 643	245	9 887	485	7 847	1 555	4 052	3 284	4 177	998

1) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

2) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen.

3) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4) Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

5) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20 *

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	Wohnbevölkerung ¹⁾					
Europa	4 108 258	3 988 828	3 811 754	3 763 838	3 824 329	3 926 524
Belgien	17 841	18 089	18 357	18 852	19 235	19 817
Dänemark	12 656	12 690	12 851	13 381	13 622	13 786
Frankreich	72 921	71 863	72 372	74 850	76 686	78 664
Griechenland	300 824	292 349	287 099	280 614	278 506	279 898
Großbritannien ²⁾	90 574	88 036	87 341	88 089	89 984	92 123
Irland	6 195	5 865	6 039	6 332	6 985	8 234
Italien	601 621	564 960	545 111	531 338	537 067	544 412
Luxemburg	4 612	4 613	4 705	4 891	4 977	5 077
Niederlande	108 975	108 572	108 642	108 419	108 976	109 277
Portugal	106 005	99 529	82 991	77 046	78 198	79 171
Spanien	173 526	165 998	158 843	152 781	150 493	147 062
EG-Länder	1 495 750	1 432 564	1 384 351	1 356 593	1 364 729	1 377 521
Jugoslawien	631 692	612 798	600 314	591 001	591 196	597 615
Österreich	174 988	171 586	172 133	172 534	174 563	177 016
Polen	91 371	87 588	95 868	104 755	116 883	142 227
Schweiz	29 699	29 368	29 589	29 923	30 503	30 563
Tschechoslowakei	26 714	26 891	27 668	28 167	29 126	30 358
Türkei	1 580 671	1 552 328	1 425 798	1 401 932	1 434 255	1 481 369
Ungarn	22 200	21 090	21 093	21 355	23 080	25 764
Übriges Europa	55 173	54 615	54 940	57 578	59 994	64 091
Afrika	123 955	125 204	124 481	133 456	145 083	149 168
Ägypten	9 157	8 762	8 458	8 333	8 632	8 838
Marokko	42 590	44 192	45 137	48 132	51 963	55 817
Übriges Afrika	72 208	72 250	70 886	76 991	84 488	84 513
Amerika	120 190	120 342	122 270	127 046	131 192	134 021
Kanada	7 811	7 739	7 943	8 210	8 428	8 474
Vereinigte Staaten	80 252	80 074	81 763	85 655	88 233	89 224
Übriges Amerika	32 127	32 529	32 564	33 181	34 531	36 323
Asien	253 918	241 321	246 695	295 459	348 035	357 447
Indien	28 285	24 474	22 404	24 315	28 326	25 272
Iran	32 246	33 046	38 432	51 351	73 023	77 451
Israel	8 785	8 443	8 170	8 243	8 382	8 310
Japan	16 147	16 675	16 560	17 551	18 367	19 628
Jordanien	12 870	12 035	11 428	11 103	11 138	11 120
Pakistan	24 412	16 757	14 266	16 193	18 118	18 308
Übriges Asien	131 173	129 891	135 435	166 703	190 681	197 358
Australien und Ozeanien	6 551	6 233	6 209	6 308	6 358	6 324
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	54 045	52 935	52 239	52 835	57 682	56 734
Insgesamt	4 666 917	4 534 863	4 363 648	4 378 942	4 512 679	4 630 218

¹⁾ Von 1982 bis 1984 Stand 30. September, ab 1985 Stand 31. Dezember.

Tabelle 20*

nach der Staatsangehörigkeit
zahl

1982	1983	1984	1985	1986	1987	Staatsangehörigkeit
Beschäftigte ²⁾						
1 654 479	1 572 645	1 458 808	1 448 505	1 451 935	1 443 022	Europa
9 357	9 457	8 704	7 927	7 327	6 879	Belgien
3 348	3 424	3 125	2 804	2 581	2 407	Dänemark
48 481	46 604	43 623	41 285	40 346	38 639	Frankreich
116 421	108 800	98 041	102 936	101 592	100 913	Griechenland
33 007	31 227	30 237	30 554	31 401	32 899	Großbritannien ³⁾
1 772	1 631	1 476	1 430	1 408	1 493	Irland
261 020	238 850	214 078	202 392	193 390	181 696	Italien
1 343	1 301	1 214	1 108	997	969	Luxemburg
36 998	37 327	34 381	31 013	28 578	26 349	Niederlande
51 102	46 423	39 651	35 425	35 124	35 802	Portugal
76 754	72 348	67 376	67 407	65 936	64 046	Spanien
639 603	597 392	541 906	524 281	508 680	492 092	EG-Länder
320 335	305 945	288 766	293 483	294 807	292 054	Jugoslawien
84 811	82 187	80 596	80 644	81 478	83 306	Österreich
8 575	9 797	10 985	12 959	14 830	16 786	Polen
7 935	7 616	7 552	7 459	7 631	7 793	Schweiz
8 530	8 989	9 114	9 653	10 042	10 315	Tschechoslowakei
564 567	540 496	499 947	499 322	513 077	518 423	Türkei
6 282	6 408	6 372	6 567	6 828	7 168	Ungarn
13 841	13 815	13 570	14 137	14 562	15 085	Übriges Europa
36 605	34 174	32 129	33 038	34 093	35 279	Afrika
2 025	1 803	1 809	1 816	1 850	1 901	Ägypten
14 622	14 452	13 824	14 567	14 780	15 199	Marokko
19 958	17 919	16 496	16 655	17 463	18 179	Übriges Afrika
26 140	25 514	25 614	26 571	28 071	30 018	Amerika
1 999	1 946	1 930	1 915	1 925	2 014	Kanada
17 460	17 097	17 324	18 193	19 367	20 911	Vereinigte Staaten
6 681	6 471	6 360	6 463	6 779	7 093	Übriges Amerika
63 710	55 688	52 247	53 496	56 171	59 914	Asien
10 129	7 783	6 827	6 654	6 668	6 854	Indien
4 338	4 243	4 279	4 456	4 820	5 507	Iran
2 062	1 861	1 777	1 721	1 731	1 723	Israel
3 008	3 047	3 018	3 159	3 435	3 589	Japan
2 855	2 483	2 277	2 241	2 232	2 238	Jordanien
8 658	5 291	4 018	3 815	3 871	3 876	Pakistan
32 660	30 980	30 051	31 450	33 414	36 127	Übriges Asien
2 167	1 997	1 852	1 831	1 893	1 933	Australien und Ozeanien
25 880	23 627	21 991	20 457	19 384	18 693	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 808 981	1 713 645	1 592 641	1 583 898	1 591 547	1 588 859	Insgesamt

²⁾ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni des jeweiligen Jahres.

³⁾ Einschließlich Nordirland.

Quelle für Beschäftigte: BA

Tabelle 21*

Bruttowertschöpfung nach

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ¹⁾	Dienstleistungsunternehmen ²⁾	Staat	Private Haushalte ³⁾
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
Mrd DM in jeweiligen Preisen ⁴⁾										
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968 A	537,45	22,80	277,01	20,75	215,26	41,00	90,43	92,06	47,06	8,09
1968 B	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	996,17	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,47	122,90	19,08
1976	1 087,09	31,10	500,60	42,40	389,70	68,50	173,56	231,80	129,82	20,21
1977	1 161,36	31,83	529,84	42,50	414,42	72,92	186,26	253,02	138,74	21,67
1978	1 241,43	32,23	561,63	44,99	437,92	78,72	199,36	276,99	148,20	23,02
1979	1 341,79	31,01	607,74	48,23	470,42	89,09	215,24	303,87	159,11	24,82
1980	1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20
1981	1 489,33	31,68	641,59	53,05	489,73	98,81	236,51	366,89	183,72	28,94
1982	1 555,20	36,34	656,98	58,77	502,85	95,36	243,73	397,69	189,58	30,88
1983	1 631,00	32,22	685,06	62,69	524,93	97,44	254,86	430,44	195,79	32,63
1984	1 707,46	34,65	710,55	65,35	547,24	97,96	268,56	459,41	200,07	34,22
1985	1 781,67	32,24	745,52	67,95	583,54	94,03	275,08	484,96	207,46	36,41
1986	1 880,02	34,00	790,15	67,82	622,68	99,65	284,75	514,03	217,58	39,51
1987	1 949,21	29,73	812,95	62,99	646,59	103,37	291,49	546,38	226,49	42,17
1988 1. Hj. } ⁵⁾	982,12	6,26	420,05	31,41	337,38	51,26	145,50	282,53	107,68	20,10
Anteil in vH										
1960	100	5,8	53,2	5,2	40,3	7,7	18,5	13,6	7,2	1,7
1961	100	5,2	53,6	4,7	40,8	8,1	18,2	13,9	7,5	1,6
1962	100	5,2	53,3	4,5	40,3	8,5	18,5	14,0	7,5	1,5
1963	100	5,1	52,5	4,4	39,5	8,6	18,5	14,5	7,9	1,5
1964	100	4,6	53,2	4,2	39,9	9,1	18,2	14,7	7,8	1,5
1965	100	4,4	53,0	4,0	40,2	8,8	17,9	15,2	8,1	1,5
1966	100	4,3	51,9	3,9	39,3	8,7	17,9	16,0	8,5	1,5
1967	100	4,1	50,7	3,8	38,9	8,0	17,8	17,0	8,9	1,5
1968 A	100	4,2	51,5	3,9	40,1	7,6	16,8	17,1	8,8	1,5
1968 B	100	4,4	50,7	3,8	39,4	7,5	16,5	17,6	9,2	1,6
1969	100	4,1	51,1	3,5	40,4	7,2	15,9	17,9	9,4	1,6
1970	100	3,4	51,7	3,5	40,2	8,0	16,0	17,7	9,7	1,5
1971	100	3,2	50,3	3,4	38,7	8,2	16,2	18,3	10,4	1,6
1972	100	3,1	49,1	3,3	37,6	8,2	16,4	19,1	10,6	1,7
1973	100	3,0	48,8	3,3	37,7	7,7	16,0	19,4	11,0	1,7
1974	100	2,7	47,7	3,5	37,2	7,0	15,6	20,3	11,8	1,8
1975	100	2,9	45,7	3,8	35,5	6,3	15,8	21,4	12,3	1,9
1976	100	2,9	46,0	3,9	35,8	6,3	16,0	21,3	11,9	1,9
1977	100	2,7	45,6	3,7	35,7	6,3	16,0	21,8	11,9	1,9
1978	100	2,6	45,2	3,6	35,3	6,3	16,1	22,3	11,9	1,9
1979	100	2,3	45,3	3,6	35,1	6,6	16,0	22,6	11,9	1,8
1980	100	2,1	44,4	3,5	33,9	7,0	15,9	23,5	12,1	1,9
1981	100	2,1	43,1	3,6	32,9	6,6	15,9	24,6	12,3	1,9
1982	100	2,3	42,2	3,8	32,3	6,1	15,7	25,6	12,2	2,0
1983	100	2,0	42,0	3,8	32,2	6,0	15,6	26,4	12,0	2,0
1984	100	2,0	41,6	3,8	32,0	5,7	15,7	26,9	11,7	2,0
1985	100	1,8	41,8	3,8	32,8	5,3	15,4	27,2	11,6	2,0
1986	100	1,8	42,0	3,6	33,1	5,3	15,1	27,3	11,6	2,1
1987	100	1,5	41,7	3,2	33,2	5,3	15,0	28,0	11,6	2,2
1988 1. Hj. } ⁵⁾	100	0,6	42,8	3,2	34,4	5,2	14,8	28,8	11,0	2,0

1) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

2) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Tabelle 21*

Wirtschaftsbereichen

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ¹⁾	Dienstleistungsunternehmen ²⁾	Staat	Private Haushalte ³⁾	Zeitraum
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeiten des Gewerbe	Baugewerbe					
Mrd DM in Preisen von 1980										
691,91	24,98	323,69	32,66	226,38	64,65	105,35	137,07	80,81	20,01	1960
724,09	22,86	340,88	32,53	240,45	67,90	110,75	144,15	85,90	19,55	1961
757,30	24,54	356,61	33,49	252,33	70,79	116,35	150,13	90,92	18,75	1962
779,10	25,30	364,00	34,22	257,44	72,34	119,70	155,90	95,07	19,13	1963
830,26	24,82	396,49	34,72	280,12	81,65	127,24	164,49	98,03	19,19	1964
875,50	23,59	421,29	34,17	302,26	84,86	134,73	173,97	102,72	19,20	1965
902,93	24,81	431,06	35,06	307,91	88,09	138,11	181,63	107,99	19,33	1966
904,31	26,90	419,33	33,14	301,90	84,29	137,83	189,18	111,07	20,00	1967
953,14	28,53	451,96	34,36	333,58	84,02	145,99	197,00	114,47	20,19	1968
1 029,81	27,75	495,72	36,71	373,14	85,87	159,86	207,98	117,95	20,55	1969
1 080,55	28,63	522,43	40,35	392,58	89,50	168,26	215,39	124,99	20,85	1970
1 109,95	28,14	531,29	39,70	396,54	95,05	173,01	225,39	130,49	21,63	1971
1 158,04	27,34	551,11	40,41	409,46	101,24	179,21	241,13	136,88	22,37	1972
1 215,13	29,41	580,77	43,65	435,54	101,58	187,06	251,51	143,29	23,09	1973
1 222,89	30,75	571,87	45,79	432,50	93,58	187,79	258,78	149,95	23,75	1974
1 200,58	29,17	543,07	42,77	412,35	87,95	184,84	264,97	154,39	24,14	1975
1 266,39	28,73	582,07	46,30	443,97	91,80	196,71	278,29	156,19	24,40	1976
1 306,16	30,42	593,75	47,05	453,12	93,58	206,31	292,90	158,15	24,63	1977
1 345,55	31,35	604,02	47,81	461,40	94,81	214,17	307,67	163,04	25,30	1978
1 404,78	29,96	632,57	50,76	482,80	99,01	223,35	324,49	168,22	26,19	1979
1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20	1980
1 428,51	30,55	619,16	49,24	475,52	94,40	229,76	345,03	176,37	27,64	1981
1 422,99	36,01	601,96	47,73	464,15	90,08	226,89	351,95	177,57	28,61	1982
1 444,06	32,84	609,43	48,54	469,36	91,53	231,43	362,35	178,64	29,37	1983
1 486,31	35,69	621,58	47,99	482,17	91,42	240,98	377,07	180,59	30,40	1984
1 521,54	33,80	634,16	47,49	498,45	88,22	245,76	392,92	183,25	31,65	1985
1 559,50	37,23	640,89	48,73	502,18	89,98	251,21	411,10	185,94	33,13	1986
1 587,41	33,44	645,35	49,13	505,78	90,44	257,47	428,37	188,35	34,43	1987
796,99	6,80	328,67	24,92	259,30	44,45	128,16	220,41	95,26	17,69	1988 1. Hj. ⁵⁾
Anteil in vH										
100	3,6	46,8	4,7	32,7	9,3	15,2	19,8	11,7	2,9	1960
100	3,2	47,1	4,5	33,2	9,4	15,3	19,9	11,9	2,7	1961
100	3,2	47,1	4,4	33,3	9,3	15,4	19,8	12,0	2,5	1962
100	3,2	46,7	4,4	33,0	9,3	15,4	20,0	12,2	2,5	1963
100	3,0	47,8	4,2	33,7	9,8	15,3	19,8	11,8	2,3	1964
100	2,7	48,1	3,9	34,5	9,7	15,4	19,9	11,7	2,2	1965
100	2,7	47,7	3,9	34,1	9,8	15,3	20,1	12,0	2,1	1966
100	3,0	46,4	3,7	33,4	9,3	15,2	20,9	12,3	2,2	1967
100	3,0	47,2	3,6	34,8	8,8	15,2	20,6	11,9	2,1	1968
100	2,7	48,1	3,6	36,2	8,3	15,5	20,2	11,5	2,0	1969
100	2,6	48,3	3,7	36,3	8,3	15,6	19,9	11,6	1,9	1970
100	2,5	47,9	3,6	35,7	8,6	15,6	20,3	11,8	1,9	1971
100	2,4	47,6	3,5	35,4	8,7	15,5	20,8	11,8	1,9	1972
100	2,4	47,8	3,6	35,8	8,4	15,4	20,7	11,8	1,9	1973
100	2,5	46,8	3,7	35,4	7,7	15,4	21,2	12,3	1,9	1974
100	2,4	45,2	3,6	34,3	7,3	15,4	22,1	12,9	2,0	1975
100	2,3	46,0	3,7	35,1	7,2	15,5	22,0	12,3	1,9	1976
100	2,3	45,5	3,6	34,7	7,2	15,8	22,4	12,1	1,9	1977
100	2,3	44,9	3,6	34,3	7,0	15,9	22,9	12,1	1,9	1978
100	2,1	45,0	3,6	34,4	7,0	15,9	23,1	12,0	1,9	1979
100	2,1	44,4	3,5	33,9	7,0	15,9	23,5	12,1	1,9	1980
100	2,1	43,3	3,4	33,3	6,6	16,1	24,2	12,3	1,9	1981
100	2,5	42,3	3,4	32,6	6,3	15,9	24,7	12,5	2,0	1982
100	2,3	42,2	3,4	32,5	6,3	16,0	25,1	12,4	2,0	1983
100	2,4	41,8	3,2	32,4	6,2	16,2	25,4	12,2	2,0	1984
100	2,2	41,7	3,1	32,8	5,8	16,2	25,8	12,0	2,1	1985
100	2,4	41,1	3,1	32,2	5,8	16,1	26,4	11,9	2,1	1986
100	2,1	40,7	3,1	31,9	5,7	16,2	27,0	11,9	2,2	1987
100	0,9	41,2	3,1	32,5	5,6	16,1	27,7	12,0	2,2	1988 1. Hj. ⁵⁾

³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁴⁾ Von 1960 bis 1968 A Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 B Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer.

⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Bruttowertschöpfung, Brutto
Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer ²⁾	Einfuhrabgaben ³⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozialprodukt zu Markt-preisen	Indi-recte Steuern ⁴⁾	Sub-ventionen	Netto-sozialprodukt zu Faktor-kosten (Volks-einkommen)
In jeweiligen Preisen ⁵⁾											
1960	297,00	—	5,71	302,71	+0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	-0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	-0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	-0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	-0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	-0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	-0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	-0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968 A	520,23	—	13,05	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	69,63	7,67	418,09
1968 B	496,22	30,99	6,07	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	959,32	57,31	10,27	1 026,90	+2,50	1 029,40	115,94	913,46	130,28	20,39	803,57
1976	1 048,28	61,81	11,63	1 121,72	+4,48	1 126,20	124,26	1 001,94	141,92	22,13	882,15
1977	1 119,69	65,70	12,43	1 197,82	+1,38	1 199,20	132,96	1 066,24	152,52	24,61	938,33
1978	1 196,06	76,24	13,02	1 285,32	+6,28	1 291,60	143,47	1 148,13	167,56	29,67	1 010,24
1979	1 292,58	87,02	12,70	1 392,30	+4,30	1 396,60	156,64	1 239,96	183,16	31,12	1 087,92
1980	1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	193,39	30,53	1 148,60
1981	1 426,07	100,78	14,08	1 540,93	+4,17	1 545,10	188,64	1 356,46	198,34	29,13	1 187,25
1982	1 481,73	101,38	14,81	1 597,92	-0,82	1 597,10	201,11	1 395,99	201,89	29,42	1 223,52
1983	1 549,28	109,35	16,21	1 674,84	+5,56	1 680,40	211,43	1 468,97	214,51	31,78	1 286,24
1984	1 623,39	115,97	16,48	1 755,84	+14,06	1 769,90	221,98	1 547,92	226,20	36,21	1 357,93
1985	1 697,43	116,64	16,42	1 830,49	+13,81	1 844,30	231,79	1 612,51	230,29	37,81	1 420,03
1986	1 796,16	118,05	17,01	1 931,22	+13,98	1 945,20	240,74	1 704,46	236,33	41,29	1 509,42
1987	1 865,11	125,23	18,75	2 009,09	+11,01	2 020,10	249,92	1 770,18	245,91	44,03	1 568,30
1982 1. Hj.	713,53	51,34	7,03	771,90	-2,10	769,80	99,58	670,22	98,11	12,36	584,47
2. Hj.	768,20	50,04	7,78	826,02	+1,28	827,30	101,53	725,77	103,78	17,06	639,05
1983 1. Hj.	741,46	53,04	7,68	802,18	+1,82	804,00	104,27	699,73	101,26	14,09	612,56
2. Hj.	807,82	56,31	8,53	872,66	+3,74	876,40	107,16	769,24	113,25	17,69	673,68
1984 1. Hj.	775,75	57,66	7,91	841,32	+5,78	847,10	109,76	737,34	108,52	15,79	644,61
2. Hj.	847,64	58,31	8,57	914,52	+8,28	922,80	112,22	810,58	117,68	20,42	713,32
1985 1. Hj.	805,36	57,77	7,77	870,90	+6,10	877,00	115,00	762,00	109,82	16,50	668,68
2. Hj.	892,07	58,87	8,65	959,59	+7,71	967,30	116,79	850,51	120,47	21,31	751,35
1986 1. Hj.	853,57	57,99	8,05	919,61	+5,19	924,80	119,23	805,57	111,98	17,58	711,17
2. Hj.	942,59	60,06	8,96	1 011,61	+8,79	1 020,40	121,51	898,89	124,35	23,71	798,25
1987 1. Hj.	889,56	61,68	8,65	959,89	+3,61	963,50	123,79	839,71	116,52	19,81	743,00
2. Hj.	975,55	63,55	10,10	1 049,20	+7,40	1 056,60	126,13	930,47	129,39	24,22	825,30
1988 1. Hj.	940,07	64,25	9,45	1 013,77	+3,43	1 017,20	128,77	888,43	122,92	21,89	787,40

1) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

2) Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG] für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 22*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Nicht-abzugsfähige Umsatzsteuer ²⁾	Einfuhrabgaben ³⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
In Preisen von 1980								
679,26	45,24	4,44	728,94	+ 2,76	731,70	55,60	676,10	1960
710,03	47,94	4,75	762,72	+ 0,98	763,70	60,87	702,83	1961
742,18	50,95	5,69	798,82	+ 0,98	799,80	66,49	733,31	1962
762,77	52,96	5,22	820,95	+ 0,85	821,80	72,17	749,63	1963
812,42	56,78	6,49	875,69	+ 0,01	875,70	77,97	797,73	1964
856,16	60,19	7,35	923,70	- 1,00	922,70	84,09	838,61	1965
882,09	61,89	6,89	950,87	- 0,77	950,10	90,15	859,95	1966
881,54	61,69	6,51	949,74	- 0,34	949,40	95,47	853,93	1967
932,05	63,98	6,51	1 002,54	+ 1,66	1 004,20	100,34	903,86	1968
1 001,02	69,05	7,28	1 077,35	+ 2,25	1 079,60	105,88	973,72	1969
1 050,43	74,06	8,33	1 132,82	+ 1,18	1 134,00	112,64	1 021,36	1970
1 078,41	78,02	9,17	1 165,60	+ 2,40	1 168,00	120,20	1 047,80	1971
1 122,82	81,57	10,31	1 214,70	+ 2,30	1 217,00	127,76	1 089,24	1972
1 178,42	82,62	10,61	1 271,65	+ 2,45	1 274,10	135,03	1 139,07	1973
1 185,19	81,15	8,76	1 275,10	+ 1,40	1 276,50	141,16	1 135,34	1974
1 161,80	82,65	10,38	1 254,83	+ 3,17	1 258,00	146,09	1 111,91	1975
1 224,85	85,87	12,02	1 322,74	+ 5,46	1 328,20	150,80	1 177,40	1976
1 260,70	88,59	12,50	1 361,79	+ 1,61	1 363,40	155,75	1 207,65	1977
1 296,02	91,87	13,01	1 400,90	+ 7,00	1 407,90	161,11	1 246,79	1978
1 351,74	95,04	12,26	1 459,04	+ 4,56	1 463,60	167,16	1 296,44	1979
1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+ 6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	1980
1 372,94	95,01	13,44	1 481,39	+ 3,91	1 485,30	179,98	1 305,32	1981
1 365,84	92,61	13,38	1 471,83	- 0,83	1 471,00	185,22	1 285,78	1982
1 384,91	94,42	14,59	1 493,92	+ 4,98	1 498,90	190,81	1 308,09	1983
1 425,75	95,23	15,01	1 535,99	+12,11	1 548,10	196,08	1 352,02	1984
1 458,16	92,64	15,68	1 566,48	+11,62	1 578,10	201,13	1 376,97	1985
1 492,22	93,86	16,95	1 603,03	+11,67	1 614,70	205,90	1 408,80	1986
1 516,71	98,53	19,03	1 634,27	+ 8,93	1 643,20	211,12	1 432,08	1987
670,15	47,52	6,59	724,26	- 1,96	722,30	91,98	630,32	1982 1. Hj.
695,69	45,09	6,79	747,57	+ 1,13	748,70	93,24	655,46	2. Hj.
672,97	47,99	7,16	728,12	+ 1,68	729,80	94,75	635,05	1983 1. Hj.
711,94	46,43	7,43	765,80	+ 3,30	769,10	96,06	673,04	2. Hj.
691,29	47,73	7,33	746,35	+ 5,05	751,40	97,41	653,99	1984 1. Hj.
734,46	47,50	7,68	789,64	+ 7,06	796,70	98,67	698,03	2. Hj.
704,02	46,20	7,60	757,82	+ 5,18	763,00	99,94	663,06	1985 1. Hj.
754,14	46,44	8,08	808,66	+ 6,44	815,10	101,19	713,91	2. Hj.
722,26	46,39	8,08	776,73	+ 4,37	781,10	102,32	678,78	1986 1. Hj.
769,96	47,47	8,87	826,30	+ 7,30	833,60	103,58	730,02	2. Hj.
731,71	48,97	8,89	789,57	+ 2,93	792,50	104,86	687,64	1987 1. Hj.
785,00	49,56	10,14	844,70	+ 6,00	850,70	106,26	744,44	2. Hj.
760,15	50,45	9,80	820,40	+ 2,70	823,10	107,74	715,36	1988 1. Hj.

³⁾ Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

⁴⁾ Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

⁵⁾ Von 1960 bis 1968 A Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 B Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktberechnung

Entstehung des Sozialprodukts

Mrd DM

Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlandsprodukt ²⁾	Bruttowertschöpfung		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr ⁴⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁵⁾	Staat, private Haushalte ⁶⁾	Nachrichtlich
		bereinigt ³⁾	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
In jeweiligen Preisen									
1983 1. Vj.	394,26	362,98	382,73	3,46	162,49	60,49	103,87	52,42	19,75
2. Vj.	407,92	378,48	398,93	2,82	173,09	63,63	107,09	52,30	20,45
3. Vj.	420,13	389,30	410,08	17,19	166,29	62,10	109,02	55,48	20,78
4. Vj.	452,53	418,52	439,26	8,75	183,19	68,64	110,46	68,22	20,74
1984 1. Vj.	420,59	386,70	407,53	3,36	173,98	64,90	111,40	53,89	20,83
2. Vj.	420,73	389,05	410,10	3,70	171,64	66,58	114,00	54,18	21,05
3. Vj.	441,80	409,72	430,84	18,46	174,67	65,72	116,34	55,65	21,12
4. Vj.	472,72	437,92	458,99	9,13	190,26	71,36	117,67	70,57	21,07
1985 1. Vj.	428,81	395,23	416,28	3,27	172,53	65,94	118,15	56,39	21,05
2. Vj.	442,09	410,13	431,21	3,22	183,76	67,81	119,76	56,66	21,08
3. Vj.	465,58	433,78	454,85	16,07	188,55	68,86	123,23	58,14	21,07
4. Vj.	494,01	458,29	479,33	9,68	200,68	72,47	123,82	72,68	21,04
1986 1. Vj.	447,11	413,43	434,42	3,35	180,96	67,39	123,96	58,76	20,99
2. Vj.	472,50	440,14	461,09	3,73	198,76	71,79	126,57	60,24	20,95
3. Vj.	489,83	457,12	478,06	16,59	198,76	70,26	130,84	61,61	20,94
4. Vj.	521,78	485,47	506,45	10,33	211,67	75,31	132,66	76,48	20,98
1987 1. Vj.	471,05	434,87	455,87	2,98	191,52	68,34	132,65	60,38	21,00
2. Vj.	488,84	454,69	475,70	3,45	200,81	72,08	135,26	64,10	21,01
3. Vj.	506,41	471,79	492,82	14,49	202,84	72,78	138,38	64,33	21,03
4. Vj.	542,79	503,76	524,82	8,81	217,78	78,29	140,09	79,85	21,06
1988 1. Vj.	500,39	462,90	483,90	2,76	207,23	71,47	139,56	62,88	21,00
2. Vj.	513,38	477,17	498,22	3,50	212,82	74,03	142,97	64,90	21,05
In Preisen von 1980									
1983 1. Vj.	359,35	330,73	345,37	3,65	145,14	55,21	89,46	51,91	14,64
2. Vj.	368,77	342,24	357,02	3,39	152,96	57,76	90,86	52,05	14,78
3. Vj.	375,20	348,93	363,72	15,65	148,87	56,39	90,76	52,05	14,79
4. Vj.	390,60	363,01	377,95	10,15	162,46	62,07	91,27	52,00	14,94
1984 1. Vj.	374,30	345,66	360,71	3,89	153,08	58,17	92,94	52,63	15,05
2. Vj.	372,05	345,63	360,69	3,98	150,49	59,39	94,05	52,78	15,06
3. Vj.	388,51	361,39	376,66	17,87	151,93	59,19	94,89	52,78	15,27
4. Vj.	401,13	373,07	388,25	9,95	166,08	64,23	95,19	52,80	15,18
1985 1. Vj.	374,45	346,71	362,53	3,47	150,29	58,46	96,74	53,57	15,82
2. Vj.	383,37	357,31	373,10	3,37	157,73	60,54	97,73	53,73	15,79
3. Vj.	399,89	373,57	389,50	17,48	158,10	61,30	98,87	53,75	15,93
4. Vj.	408,77	380,57	396,41	9,48	168,04	65,46	99,58	53,85	15,84
1986 1. Vj.	379,24	351,45	368,02	3,33	150,22	58,93	100,96	54,58	16,57
2. Vj.	397,49	370,81	387,67	4,22	162,97	63,63	102,11	54,74	16,86
3. Vj.	407,90	380,63	397,69	18,03	158,99	61,92	103,92	54,83	17,06
4. Vj.	418,40	389,33	406,12	11,65	168,71	66,73	104,11	54,92	16,79
1987 1. Vj.	387,87	357,90	375,48	3,08	151,53	59,91	105,38	55,58	17,58
2. Vj.	401,70	373,81	391,43	3,80	161,24	64,12	106,56	55,71	17,62
3. Vj.	415,51	386,88	404,77	16,87	160,17	64,06	107,97	55,70	17,89
4. Vj.	429,19	398,12	415,73	9,69	172,41	69,38	108,46	55,79	17,61
1988 1. Vj.	405,90	375,05	393,47	2,85	161,87	62,60	109,72	56,43	18,42
2. Vj.	414,50	385,10	403,52	3,95	166,80	65,56	110,69	56,52	18,42

1) Ab 1986 vorläufige Ergebnisse.

2) Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.

3) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

4) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

5) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

6) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 24*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte ⁴⁾	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne ⁵⁾	des Staates ⁶⁾
				brutto ¹⁾	netto ²⁾			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	- 1,39
1975	803,57	587,20	355,41	216,37	170,65	197,52	23,18	- 4,33
1976	882,15	631,29	369,75	250,86	196,92	225,61	32,07	- 6,82
1977	938,33	676,03	392,51	262,30	195,79	238,75	32,99	- 9,44
1978	1 010,24	721,64	422,36	288,60	222,85	252,66	44,75	- 8,81
1979	1 087,92	777,85	456,08	310,07	244,01	267,50	51,55	- 8,98
1980	1 148,60	844,41	487,19	304,19	242,10	270,25	45,74	-11,80
1981	1 187,25	882,95	505,81	304,30	245,27	268,40	50,61	-14,71
1982	1 223,52	902,52	510,84	321,00	259,36	286,22	48,61	-13,83
1983	1 286,24	920,91	513,41	365,33	305,30	321,60	63,09	-19,36
1984	1 357,93	954,00	523,41	403,93	340,05	352,02	72,62	-20,71
1985	1 420,03	991,00	536,11	429,03	357,22	374,56	75,00	-20,53
1986	1 509,42	1 041,20	564,97	468,22	394,12	418,71	72,75	-23,24
1987	1 568,30	1 081,51	580,58	486,79	415,94	516,81		-30,02
1982 1. Hj.	584,47	427,43	243,69	157,04	127,67	161,30		- 4,26
2. Hj.	639,05	475,09	267,15	163,96	131,69	173,53		- 9,57
1983 1. Hj.	612,56	432,87	243,56	179,69	151,46	186,74		- 7,05
2. Hj.	673,68	488,04	269,85	185,64	153,84	197,95		-12,31
1984 1. Hj.	644,61	448,99	248,83	195,62	165,32	207,39		-11,77
2. Hj.	713,32	505,01	274,58	208,31	174,73	217,25		- 8,94
1985 1. Hj.	668,68	465,04	254,28	203,64	169,74	216,22		-12,58
2. Hj.	751,35	525,96	281,83	225,39	187,48	233,34		- 7,95
1986 1. Hj.	711,17	488,36	267,75	222,81	186,56	234,70		-11,89
2. Hj.	798,25	552,84	297,22	245,41	207,56	256,76		-11,35
1987 1. Hj.	743,00	508,08	275,93	234,92	202,51	250,05		-15,13
2. Hj.	825,30	573,43	304,65	251,87	213,43	266,76		-14,89
1988 1. Hj.	787,40	528,40	287,29	259,00	223,22	281,79		-22,79

1) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

2) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

3) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen“ (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nicht-entnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

5) Vor der Umverteilung.

6) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

7) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Verwendung des Volkseinkommens
Mrd DM

Jahr	Netto-sozial- produkt zu Markt- preisen ¹⁾	Davon								Nach- richt- lich Indirekte Steuern abzüglich Subven- tionen	Volkseinkommens ⁵⁾
		Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Nettoinvestitionen ²⁾			Außenbeitrag ³⁾				
				zu- sammen	davon		zu- sammen	davon			
					Unter- nehmen ⁴⁾	Staat		Waren- und Dienst- leistun- gen	Saldo der Erwerbs- und Ver- mögens- einkom- men		
1960	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	7,64	0,29	39,26	240,11
1961	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	7,44	-0,31	43,53	260,75
1962	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	4,58	-0,28	47,16	282,11
1963	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	5,88	-0,27	49,31	297,80
1964	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	6,48	-0,58	53,39	327,25
1965	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	1,30	-0,97	56,44	358,45
1966	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	8,25	-0,83	59,85	379,78
1967	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	17,99	-0,65	62,44	380,74
1968	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	19,32	0,42	61,96	418,09
1969	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	16,73	0,85	76,66	462,94
1970	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	13,73	0,40	77,27	530,40
1971	674,27	409,44	126,82	123,08	92,96	30,12	14,93	13,69	1,24	86,08	588,19
1972	739,74	452,10	141,13	128,61	98,93	29,68	17,90	16,54	1,36	94,40	645,34
1973	824,31	495,36	163,16	137,17	106,69	30,48	28,62	26,99	1,63	102,42	721,89
1974	879,14	533,74	190,21	111,25	76,34	34,91	43,94	42,92	1,02	106,18	772,96
1975	913,46	585,33	210,01	88,07	53,44	34,63	30,05	27,55	2,50	109,89	803,57
1976	1 001,94	632,51	221,73	118,59	85,29	33,30	29,11	24,63	4,48	119,79	882,15
1977	1 066,24	683,16	234,96	118,97	86,40	32,57	29,15	27,77	1,38	127,91	938,33
1978	1 148,13	728,90	252,86	128,89	93,57	35,32	37,48	31,20	6,28	137,89	1 010,24
1979	1 239,96	785,02	273,34	170,28	130,81	39,47	11,32	7,02	4,30	152,04	1 087,92
1980	1 311,46	840,78	297,79	175,86	131,76	44,10	-2,97	-9,23	6,26	162,86	1 148,60
1981	1 356,46	887,85	318,16	135,20	95,66	39,54	15,25	11,08	4,17	169,21	1 187,25
1982	1 395,99	918,05	326,19	114,28	80,29	33,99	37,47	38,29	-0,82	172,47	1 223,52
1983	1 468,97	964,16	336,21	130,59	100,77	29,82	38,01	32,45	5,56	182,73	1 286,24
1984	1 547,92	1 003,57	350,23	139,25	110,09	29,16	54,87	40,81	14,06	189,99	1 357,93
1985	1 612,51	1 038,34	365,66	128,31	98,79	29,52	80,20	66,39	13,81	192,48	1 420,03
1986	1 704,46	1 068,61	382,59	138,75	105,54	33,21	114,51	100,53	13,98	195,04	1 509,42
1987	1 770,18	1 112,03	397,18	149,85	115,92	33,93	111,12	100,11	11,01	201,88	1 568,30

1) Brutto-sozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.

2) Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.

3) Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5) Netto-sozialprodukt zu Faktorkosten.

6) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto-		Netto-		Produktivität ²⁾		Lohn- stück- kosten ³⁾
			lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer ¹⁾						
	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	
1960	4 332	23,2	6 148	20,5	5 178	24,5	27 968	49,7	39,1
1961	4 641	24,9	6 775	22,6	5 661	26,7	28 862	51,3	41,7
1962	4 963	26,6	7 395	24,7	6 146	29,0	30 124	53,5	43,6
1963	5 189	27,8	7 850	26,2	6 494	30,7	30 885	54,9	45,1
1964	5 645	30,3	8 556	28,5	7 036	33,2	32 916	58,5	45,8
1965	6 115	32,8	9 336	31,1	7 736	36,5	34 524	61,3	47,8
1966	6 421	34,4	10 014	33,4	8 191	38,7	35 649	63,3	49,9
1967	6 422	34,4	10 349	34,5	8 428	39,8	36 806	65,4	49,9
1968	7 027	37,7	10 988	36,6	8 830	41,7	38 819	69,0	50,5
1969	7 707	41,3	12 003	40,0	9 495	44,8	41 076	73,0	52,2
1970	8 745	46,9	13 841	46,1	10 726	50,7	42 651	75,8	58,3
1971	9 598	51,4	15 403	51,4	11 732	55,4	43 621	77,5	63,7
1972	10 464	56,1	16 821	56,1	12 842	60,7	45 561	81,0	67,0
1973	11 648	62,4	18 711	62,4	13 826	65,3	47 363	84,2	72,3
1974	12 456	66,8	20 742	69,2	15 124	71,4	48 122	85,5	79,3
1975	12 997	69,7	22 071	73,6	16 145	76,2	48 739	86,6	84,0
1976	14 337	76,8	23 618	78,7	16 854	79,6	51 811	92,1	85,2
1977	15 282	81,9	25 237	84,1	17 818	84,2	53 424	94,9	88,1
1978	16 473	88,3	26 596	88,7	18 971	89,6	54 629	97,1	91,0
1979	17 730	95,0	28 106	93,7	20 124	95,0	56 128	99,7	93,8
1980	18 656	100	29 995	100	21 174	100	56 281	100	100
1981	19 248	103,2	31 457	104,9	22 118	104,5	56 776	100,9	104,3
1982	19 850	106,4	32 750	109,2	22 769	107,5	57 379	102,0	107,5
1983	20 941	112,2	33 811	112,7	23 277	109,9	59 137	105,1	108,2
1984	22 197	119,0	34 821	116,1	23 687	111,9	60 752	107,9	108,9
1985	23 270	124,7	35 844	119,5	24 069	113,7	61 546	109,4	110,8
1986	24 718	132,5	37 198	124,0	25 071	118,4	62 370	110,8	113,6
1987	25 626	137,4	38 312	127,7	25 532	120,6	63 121	112,2	115,5
1982 1. Hj.	9 476	101,6	15 496	103,3	10 871	102,7	28 253	100,4	103,5
2. Hj.	10 374	111,2	17 253	115,0	11 897	112,4	29 126	103,5	111,4
1983 1. Hj.	9 964	106,8	15 947	106,3	11 099	104,8	28 949	102,9	104,4
2. Hj.	10 978	117,7	17 854	119,0	12 172	115,0	30 183	107,3	111,7
1984 1. Hj.	10 525	112,8	16 513	110,1	11 348	107,2	29 718	105,6	105,6
2. Hj.	11 674	125,2	18 295	122,0	12 331	116,5	31 025	110,3	112,0
1985 1. Hj.	10 958	117,5	16 970	113,1	11 522	108,8	30 017	106,7	107,6
2. Hj.	12 311	132,0	18 857	125,7	12 537	118,4	31 517	112,0	113,8
1986 1. Hj.	11 655	124,9	17 628	117,5	12 005	113,4	30 492	108,4	110,1
2. Hj.	13 062	140,0	19 550	130,4	13 055	123,3	31 865	113,2	116,8
1987 1. Hj.	12 151	130,3	18 135	120,9	12 230	115,5	30 702	109,1	112,5
2. Hj.	13 474	144,4	20 161	134,4	13 294	125,6	32 407	115,2	118,4
1988 1. Hj.	18 734	124,9	12 655	119,5	31 748	112,8	112,4

1) Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

3) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als:
$$\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$$

4) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27 *

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Jahr	Ins-gesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver-kehr ²⁾	Dienst-lei-stungs-unter-nehmen ³⁾	Staat	Private Haus-halte ⁴⁾
			zu-sammen	Energie- und Wasser-versorgung, Bergbau	Ver-ar-beiten-des Ge-werbe	Bau-gewerbe				
Mrd DM										
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,93	4,57	291,28	18,63	227,44	45,21	98,47	57,16	117,02	17,43
1976	630,02	4,95	314,63	19,69	247,04	47,90	105,51	63,05	123,43	18,45
1977	674,70	5,43	336,67	21,08	266,51	49,08	112,65	68,43	131,76	19,76
1978	720,24	5,88	358,50	22,09	283,68	52,73	120,71	73,69	140,52	20,94
1979	776,39	6,49	387,28	24,05	304,65	58,58	128,86	80,71	150,54	22,51
1980	842,84	6,93	419,09	26,10	328,56	64,43	140,90	88,66	162,66	24,60
1981	881,20	7,20	432,15	27,75	339,09	65,31	147,16	95,59	173,00	26,10
1982	900,37	7,63	436,05	28,51	341,88	65,66	150,00	100,77	178,07	27,85
1983	917,57	8,02	438,85	28,92	343,52	66,41	152,39	105,21	183,59	29,51
1984	950,49	8,51	454,41	29,37	356,74	68,30	158,24	111,14	187,23	30,96
1985	987,18	8,71	469,83	30,44	376,01	63,38	163,34	118,15	194,11	33,04
1986 } ⁵⁾	1 037,13	8,87	491,59	31,29	394,98	65,32	169,75	127,15	203,76	36,01
1987 } ⁵⁾	1 077,17	8,96	505,61	31,94	407,94	65,73	176,02	135,98	212,06	38,54
Anteil in vH										
1960	100	1,9	57,0	4,9	43,3	8,8	16,4	7,1	14,3	3,3
1961	100	1,7	57,5	4,6	43,7	9,2	15,9	7,3	14,5	3,1
1962	100	1,6	57,9	4,4	43,9	9,5	15,9	7,6	14,3	2,8
1963	100	1,5	56,6	4,2	42,8	9,7	16,4	7,9	14,8	2,8
1964	100	1,5	56,8	3,8	42,5	10,4	16,4	7,9	14,8	2,7
1965	100	1,4	56,7	3,8	42,8	10,1	16,3	7,9	15,1	2,6
1966	100	1,3	55,8	3,6	42,2	10,0	16,6	8,0	15,7	2,6
1967	100	1,2	53,6	3,5	40,9	9,2	17,0	8,7	16,7	2,8
1968	100	1,1	54,2	3,2	41,9	9,1	16,7	8,7	16,6	2,7
1969	100	1,0	54,6	3,1	42,8	8,7	16,4	8,6	16,7	2,7
1970	100	1,0	55,5	3,1	43,3	9,1	16,0	8,5	16,5	2,5
1971	100	0,9	53,9	3,1	41,6	9,2	16,5	8,7	17,4	2,6
1972	100	0,8	53,1	3,0	40,5	9,6	16,8	8,8	17,7	2,7
1973	100	0,8	52,5	2,9	40,4	9,2	16,9	8,9	18,2	2,7
1974	100	0,8	51,2	3,0	39,8	8,3	16,8	9,3	19,2	2,8
1975	100	0,8	49,7	3,2	38,8	7,7	16,8	9,8	20,0	3,0
1976	100	0,8	49,9	3,1	39,2	7,6	16,7	10,0	19,6	2,9
1977	100	0,8	49,9	3,1	39,5	7,3	16,7	10,1	19,5	2,9
1978	100	0,8	49,8	3,1	39,4	7,3	16,8	10,2	19,5	2,9
1979	100	0,8	49,9	3,1	39,2	7,5	16,6	10,4	19,4	2,9
1980	100	0,8	49,7	3,1	39,0	7,6	16,7	10,5	19,3	2,9
1981	100	0,8	49,0	3,1	38,5	7,4	16,7	10,8	19,6	3,0
1982	100	0,8	48,4	3,2	38,0	7,3	16,7	11,2	19,8	3,1
1983	100	0,9	47,8	3,2	37,4	7,2	16,6	11,5	20,0	3,2
1984	100	0,9	47,8	3,1	37,5	7,2	16,6	11,7	19,7	3,3
1985	100	0,9	47,6	3,1	38,1	6,4	16,5	12,0	19,7	3,3
1986 } ⁵⁾	100	0,9	47,4	3,0	38,1	6,3	16,4	12,3	19,6	3,5
1987 } ⁵⁾	100	0,8	46,9	3,0	37,9	6,1	16,3	12,6	19,7	3,6

1) Inlandskonzept.

2) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

3) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen.

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5) Vorläufige Ergebnisse.

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen

Tabelle 28*

Jahr	Ins-gesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Staat	Private Haushalte ⁵⁾
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
Produktivität ¹⁾ (DM)										
1960	26 062	6 976	25 901	43 722	23 522	30 409	22 137	57 982	38 518	26 191
1961	26 869	6 628	26 621	45 055	24 276	31 175	23 035	59 913	38 555	26 781
1962	27 998	7 421	27 606	47 980	25 365	31 158	24 179	61 053	38 722	27 819
1963	28 696	8 047	28 158	51 459	26 049	30 408	24 706	61 354	38 899	28 132
1964	30 538	8 268	30 532	53 089	28 338	33 367	26 415	63 510	38 594	28 685
1965	32 000	8 202	32 018	52 977	30 049	34 580	28 121	65 600	39 087	29 538
1966	33 071	8 892	33 115	55 828	30 936	36 162	28 773	66 800	39 908	30 156
1967	34 163	10 197	34 234	56 942	32 056	37 479	29 269	68 198	39 996	30 441
1968	36 090	11 308	36 685	62 815	35 158	36 770	31 115	69 440	40 838	31 014
1969	38 166	11 587	38 950	68 108	37 756	37 254	33 912	72 140	41 256	31 615
1970	39 549	12 657	40 227	73 230	38 804	38 594	35 386	73 437	41 971	32 326
1971	40 358	13 187	41 067	72 182	39 524	40 378	35 533	74 806	42 026	32 624
1972	42 115	13 548	43 408	76 102	41 680	43 246	36 241	78 723	42 001	32 897
1973	43 891	15 286	45 647	84 757	44 168	43 281	37 300	80 535	42 557	33 128
1974	44 729	16 694	46 452	88 569	44 968	43 006	37 800	81 608	42 929	33 357
1975	45 125	16 452	46 776	83 210	45 283	44 196	38 056	82 545	43 174	33 528
1976	47 977	17 081	51 077	91 321	49 800	46 505	40 752	85 208	42 968	33 702
1977	49 459	19 144	52 258	93 353	50 810	48 237	42 582	88 596	43 210	33 832
1978	50 539	20 410	53 049	96 391	51 738	48 078	43 959	91 596	43 524	33 960
1979	52 000	20 230	54 977	102 339	53 908	48 204	45 387	93 405	43 762	34 057
1980	52 096	21 134	54 568	100 200	53 679	47 459	45 366	93 543	44 169	34 171
1981	52 619	21 697	54 657	96 929	54 166	46 252	46 491	94 762	44 448	34 335
1982	53 247	25 814	55 130	93 957	54 812	46 361	46 859	95 978	44 437	34 387
1983	54 822	23 609	57 859	96 693	57 696	48 275	48 630	97 932	44 372	34 431
1984	56 392	25 938	59 555	97 343	59 845	48 447	50 499	99 860	44 712	34 428
1985	57 291	24 853	60 807	96 918	61 227	49 066	51 479	101 242	44 815	34 440
1986 } ⁶⁾	58 059	27 825	61 002	99 652	60 775	51 300	52 620	103 007	45 000	34 475
1987 } ⁶⁾	58 581	25 507	61 632	101 299	61 270	52 247	53 573	103 772	45 092	34 499
Lohnstückkosten ²⁾ (1980 = 100)										
1960	38,8	58,4	39,1	41,2	41,7	30,3	39,8	32,9	26,8	26,2
1961	41,5	67,1	42,1	44,1	44,5	33,9	41,4	35,8	28,9	28,1
1962	43,5	67,9	44,6	45,1	47,0	37,0	42,9	38,9	29,8	29,5
1963	45,0	67,0	45,8	45,0	48,0	39,2	45,9	41,4	31,6	31,0
1964	45,7	70,4	46,0	44,5	47,8	40,9	46,9	42,4	33,5	32,6
1965	47,8	77,4	47,8	49,8	49,4	42,1	48,6	44,0	36,4	35,4
1966	49,7	77,1	49,5	49,5	51,3	43,5	51,6	46,0	38,7	37,8
1967	49,7	68,9	49,0	50,6	50,8	42,2	53,0	47,7	39,9	38,7
1968	50,2	64,3	49,3	48,6	50,5	44,6	52,6	48,9	41,2	40,3
1969	52,0	67,7	50,7	49,3	51,6	47,2	52,7	51,0	45,3	44,1
1970	58,2	70,4	57,9	53,8	58,7	55,9	57,7	57,4	50,2	47,9
1971	63,7	75,2	62,6	61,4	63,1	60,7	64,1	63,0	57,5	54,7
1972	67,1	79,7	65,6	63,7	65,7	65,6	69,1	65,7	61,6	59,5
1973	72,2	78,1	69,7	65,1	69,7	71,2	75,4	71,9	68,5	66,9
1974	79,0	82,2	76,1	71,3	76,3	77,4	82,3	79,5	76,1	74,2
1975	83,9	89,9	81,3	83,8	81,3	80,2	87,1	84,4	80,3	79,8
1976	85,2	95,4	81,8	81,8	82,0	81,3	87,5	87,5	83,8	83,6
1977	88,1	91,8	85,8	86,2	86,7	81,6	88,5	89,6	88,3	88,7
1978	91,1	90,8	89,7	88,9	90,4	86,3	91,1	91,4	91,3	91,5
1979	93,7	97,4	92,5	91,1	92,8	91,3	93,0	94,5	94,8	95,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,2	102,0	105,3	108,4	104,8	106,6	102,5	104,5	104,0	104,4
1982	107,2	90,5	109,5	114,9	108,4	113,0	106,1	108,3	106,3	107,6
1983	108,0	102,3	109,0	114,6	107,9	112,2	106,2	110,0	108,9	111,1
1984	108,6	96,9	110,6	117,7	109,1	115,2	106,0	111,6	109,9	112,6
1985	110,2	103,5	112,1	123,3	111,2	111,4	107,3	113,6	112,3	115,4
1986 } ⁶⁾	113,0	95,3	116,0	123,5	115,9	112,8	109,1	116,6	116,1	120,2
1987 } ⁶⁾	115,2	106,7	118,5	125,0	118,9	112,7	110,2	119,1	119,3	123,8

1) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

2) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

5) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Zinsen auf Konsu- menten- schulden	Empfangene ³⁾	Geleistete ⁴⁾	Verfügbares Einkommen insgesamt ²⁾
	ins- gesamt ²⁾	Erwerbseinkommen		Ver- mögens- ein- kommen		laufende Übertragungen		
		Bruttoeinkommen aus unselb- ständiger Arbeit	Unter- nehmer- tätigkeit ²⁾					
1960	226,35	144,39	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,48	587,20	160,41	43,87	6,76	219,11	326,44	677,39
1976	863,52	631,29	186,81	45,42	6,62	236,93	367,18	726,65
1977	921,83	676,03	197,03	48,77	7,05	251,83	395,15	771,46
1978	981,95	721,64	210,63	49,68	7,65	265,80	415,50	824,60
1979	1 054,98	777,85	219,31	57,82	9,63	284,05	444,77	884,63
1980	1 128,51	844,41	210,39	73,71	13,85	303,57	484,70	933,53
1981	1 168,82	882,95	197,13	88,74	17,47	329,48	511,05	969,78
1982	1 208,18	902,52	206,65	99,01	19,44	348,25	530,71	1 006,28
1983	1 260,55	920,91	246,22	93,42	18,04	355,00	545,36	1 052,15
1984	1 323,97	954,00	266,80	103,17	17,95	362,98	574,96	1 094,04
1985	1 383,90	991,00	284,56	108,34	18,34	374,86	605,92	1 134,50
1986 } ⁶⁾	1 478,03	1 041,20	328,56	108,27	18,12	390,55	633,50	1 216,96
1987 } ⁶⁾	...	1 081,51	...	109,43	17,39	409,96	662,92	...
1982 1. Hj.	597,69	427,43		170,26	9,69	173,28	250,55	510,73
2. Hj.	656,64	475,09		181,55	9,75	174,97	280,16	541,70
1983 1. Hj.	609,69	432,87		176,82	9,11	176,56	255,88	521,26
2. Hj.	680,29	488,04		192,25	8,93	178,44	289,48	560,32
1984 1. Hj.	646,00	448,99		197,01	8,92	180,91	269,91	548,08
2. Hj.	716,53	505,01		211,52	9,03	182,07	305,05	584,52
1985 1. Hj.	672,08	465,04		207,04	9,13	186,69	283,84	565,80
2. Hj.	748,93	525,96		222,97	9,21	188,17	322,08	605,81
1986 1. Hj.	699,83	488,36		211,47	9,08	192,98	296,61	587,12
2. Hj.	778,66	552,84		225,88	9,04	197,57	336,89	630,30
1987 1. Hj.	727,30	508,08		219,22	8,77	202,42	310,04	610,91
2. Hj.	812,06	573,43		238,63	8,62	207,54	352,88	658,10
1988 1. Hj.	753,70	528,40		225,30	8,50	211,93	322,71	634,42

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

3) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 29*

verwendung der privaten Haushalte¹⁾

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote ⁵⁾ (vH)	Empfangene	Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum
					Vermögensübertragungen			
171,84	38,54	22,42	16,12	8,6	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	9,1	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	8,6	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	9,9	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	11,3	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	12,2	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	11,6	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	11,2	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	12,5	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	13,3	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	13,8	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	13,5	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	14,4	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	- 5,10	79,83	13,9	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	- 5,68	91,01	14,6	15,90	23,67	83,24	1974
585,33	92,06	-11,86	103,92	15,1	17,66	25,36	96,22	1975
632,51	94,14	- 2,95	97,09	13,3	19,09	28,93	87,25	1976
683,16	88,30	- 6,40	94,70	12,2	19,27	30,56	83,41	1977
728,90	95,70	- 4,08	99,78	12,0	19,46	33,20	86,04	1978
785,02	99,61	-13,43	113,04	12,6	19,78	35,09	97,73	1979
840,78	92,75	-30,49	123,24	12,8	21,66	36,99	107,91	1980
887,85	81,93	-55,91	137,84	13,4	21,91	38,08	121,67	1981
918,05	88,23	-46,15	134,38	12,8	19,76	37,52	116,62	1982
964,16	87,99	-29,43	117,42	10,9	22,26	39,12	100,56	1983
1 003,57	90,47	-38,56	129,03	11,4	23,03	41,55	110,51	1984
1 038,34	96,16	-37,11	133,27	11,4	22,16	42,04	113,39	1985
1 068,61	148,35	- 0,46	148,81	12,2	21,50	43,78	126,53	1986
1 112,03	156,98	12,4	20,03	47,07	129,94	1987
442,58	.	.	68,15	13,3	9,36	18,54	58,97	1982 1. Hj.
475,47	.	.	66,23	12,2	10,40	18,98	57,65	2. Hj.
464,40	.	.	56,86	10,9	10,88	19,18	48,56	1983 1. Hj.
499,76	.	.	60,56	10,8	11,38	19,94	52,00	2. Hj.
485,83	.	.	62,25	11,4	11,35	20,32	53,28	1984 1. Hj.
517,74	.	.	66,78	11,4	11,68	21,23	57,23	2. Hj.
498,17	.	.	67,63	12,0	10,79	20,74	57,68	1985 1. Hj.
540,17	.	.	65,64	10,8	11,37	21,30	55,71	2. Hj.
515,42	.	.	71,70	12,2	10,48	21,32	60,86	1986 1. Hj.
553,19	.	.	77,11	12,2	11,02	22,46	65,67	2. Hj.
532,27	.	.	78,64	12,9	9,83	23,29	65,18	1987 1. Hj.
579,76	.	.	78,34	11,9	10,20	23,78	64,76	2. Hj.
555,55	.	.	78,87	12,4	9,68	23,69	64,86	1988 1. Hj.

4) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.

5) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).

6) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Verwendung des

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				zu- sammen	Aus- rüstungen	Bauten				
Mrd DM in jeweiligen Preisen										
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	- 0,50	106,41	89,07	+ 17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+ 19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+ 17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+ 14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+ 14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+ 17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+ 28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+ 43,94
1975	1 029,40	585,33	210,01	209,41	78,05	131,36	- 5,40	271,23	241,18	+ 30,05
1976	1 126,20	632,51	221,73	225,65	86,08	139,57	+17,20	309,03	279,92	+ 29,11
1977	1 199,20	683,16	234,96	242,43	95,32	147,11	+ 9,50	325,83	296,68	+ 29,15
1978	1 291,60	728,90	252,86	265,96	105,75	160,21	+ 6,40	344,70	307,22	+ 37,48
1979	1 396,60	785,02	273,34	303,42	118,97	184,45	+23,50	377,42	366,10	+ 11,32
1980	1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	- 2,97
1981	1 545,10	887,85	318,16	335,24	127,65	207,59	-11,40	482,11	466,86	+ 15,25
1982	1 597,10	918,05	326,19	326,89	124,90	201,99	-11,50	517,54	480,07	+ 37,47
1983	1 680,40	964,16	336,21	343,82	135,60	208,22	- 1,80	524,83	486,82	+ 38,01
1984	1 769,90	1 003,57	350,23	354,63	137,58	217,05	+ 6,60	590,78	535,91	+ 54,87
1985	1 844,30	1 038,34	365,66	360,80	153,85	206,95	- 0,70	647,48	567,28	+ 80,20
1986	1 945,20	1 068,61	382,59	377,39	161,38	216,01	+ 2,10	638,18	523,67	+114,51
1987	2 020,10	1 112,03	397,18	389,27	168,67	220,60	+10,50	638,31	527,19	+111,12
1988 1. Hj.	1 017,20	555,55	189,23	109,39	+ 56,26
Anteil in vH										
1960	100	56,7	13,3	24,3	9,0	15,3	+3,0	20,0	17,4	+2,6
1961	100	56,8	13,8	25,2	9,5	15,7	+2,0	19,1	16,9	+2,2
1962	100	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+1,6	18,4	17,2	+1,2
1963	100	56,7	15,5	25,6	9,3	16,2	+0,7	18,9	17,4	+1,5
1964	100	55,6	14,8	26,6	9,3	17,3	+1,5	19,0	17,6	+1,4
1965	100	56,2	15,2	26,2	9,5	16,7	+2,3	19,0	19,0	+0,1
1966	100	56,4	15,5	25,5	9,0	16,5	+1,1	20,2	18,7	+1,5
1967	100	57,2	16,2	23,1	8,3	14,8	-0,1	21,6	18,0	+3,5
1968	100	56,4	15,5	22,4	8,1	14,3	+2,1	22,5	18,8	+3,7
1969	100	55,4	15,6	23,2	9,0	14,3	+2,9	23,0	20,0	+2,9
1970	100	54,6	15,8	25,5	9,7	15,7	+2,1	22,6	20,5	+2,1
1971	100	54,5	16,9	26,1	9,7	16,4	+0,6	22,6	20,6	+2,0
1972	100	54,8	17,1	25,4	8,8	16,5	+0,6	22,4	20,3	+2,2
1973	100	53,9	17,8	23,9	8,2	15,7	+1,4	23,6	20,5	+3,1
1974	100	54,2	19,3	21,6	7,3	14,2	+0,5	28,3	23,8	+4,5
1975	100	56,9	20,4	20,3	7,6	12,8	-0,5	26,3	23,4	+2,9
1976	100	56,2	19,7	20,0	7,6	12,4	+1,5	27,4	24,9	+2,6
1977	100	57,0	19,6	20,2	7,9	12,3	+0,8	27,2	24,7	+2,4
1978	100	56,4	19,6	20,6	8,2	12,4	+0,5	26,7	23,8	+2,9
1979	100	56,2	19,6	21,7	8,5	13,2	+1,7	27,0	26,2	+0,8
1980	100	56,6	20,1	22,6	8,6	14,0	+0,9	28,4	28,6	-0,2
1981	100	57,5	20,6	21,7	8,3	13,4	-0,7	31,2	30,2	+1,0
1982	100	57,5	20,4	20,5	7,8	12,6	-0,7	32,4	30,1	+2,3
1983	100	57,4	20,0	20,5	8,1	12,4	-0,1	31,2	29,0	+2,3
1984	100	56,7	19,8	20,0	7,8	12,3	+0,4	33,4	30,3	+3,1
1985	100	56,3	19,8	19,6	8,3	11,2	-0,0	35,1	30,8	+4,3
1986	100	54,9	19,7	19,4	8,3	11,1	+0,1	32,8	26,9	+5,9
1987	100	55,0	19,7	19,3	8,3	10,9	+0,5	31,6	26,1	+5,5
1988 1. Hj.	100	54,6	18,6	10,8	+5,5

1) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

2) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 30*

Sozialprodukts

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen-beitrag ²⁾	Zeitraum
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
Mrd DM in Preisen von 1980										
731,70	370,62	137,53	189,87	53,49	136,38	+16,90	120,89	104,11	+16,78	1960
763,70	392,71	145,93	202,52	59,76	142,76	+10,80	124,88	113,14	+11,74	1961
799,80	414,25	159,72	210,54	64,22	146,32	+10,20	129,65	124,56	+ 5,09	1962
821,80	425,84	169,43	213,46	64,45	149,01	+ 4,30	139,16	130,39	+ 8,77	1963
875,70	448,22	172,51	237,78	69,48	168,30	+ 9,70	150,08	142,59	+ 7,49	1964
922,70	479,02	180,96	248,89	74,84	174,05	+17,10	159,33	162,60	- 3,27	1965
950,10	493,66	186,71	251,92	73,50	178,42	+ 9,70	175,03	166,92	+ 8,11	1966
949,40	498,87	193,53	234,54	67,42	167,12	- 0,80	188,62	165,36	+23,26	1967
1 004,20	522,51	194,43	242,97	72,12	170,85	+17,00	212,69	185,40	+27,29	1968
1 079,60	564,14	203,02	266,84	87,75	179,09	+28,00	233,39	215,79	+17,60	1969
1 134,00	606,81	211,92	291,91	101,98	189,93	+24,40	248,43	249,47	- 1,04	1970
1 168,00	638,14	222,76	309,61	106,74	202,87	+ 7,30	264,56	274,37	- 9,81	1971
1 217,00	666,60	232,13	317,88	104,25	213,63	+ 8,30	281,97	289,88	- 7,91	1972
1 274,10	686,98	243,65	316,81	103,71	213,10	+18,40	310,55	302,29	+ 8,26	1973
1 276,50	691,49	253,39	286,43	92,24	194,19	+ 6,30	347,98	309,09	+38,89	1974
1 258,00	713,88	262,81	271,27	91,88	179,39	- 7,50	324,64	307,10	+17,54	1975
1 328,20	740,35	266,78	280,99	97,32	183,67	+22,80	356,67	339,39	+17,28	1976
1 363,40	771,83	270,43	291,05	104,92	186,13	+13,20	368,49	351,60	+16,89	1977
1 407,90	801,45	280,81	304,69	113,28	191,41	+ 8,30	383,71	371,06	+12,65	1978
1 463,60	830,41	290,32	326,72	124,15	202,57	+25,10	400,99	409,94	- 8,95	1979
1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	- 2,97	1980
1 485,30	836,38	303,29	319,69	121,81	197,88	-10,70	456,73	420,09	+36,64	1981
1 471,00	825,23	300,74	302,88	113,59	189,29	- 9,60	471,45	419,70	+51,75	1982
1 498,90	839,60	301,44	312,44	119,90	192,54	- 1,50	469,01	422,09	+46,92	1983
1 548,10	852,29	308,82	314,90	119,36	195,54	+ 5,50	511,11	444,52	+66,59	1984
1 578,10	863,98	315,31	315,08	130,53	184,55	- 0,90	545,74	461,11	+84,63	1985
1 614,70	893,39	323,21	325,40	135,85	189,55	+ 4,50	545,88	477,68	+68,20	1986
1 643,20	924,72	328,28	331,29	141,30	189,99	+ 9,90	550,21	501,20	+49,01	1987
823,10	456,92	162,28	92,92	+18,87	1988 1. Hj. } ³⁾
Anteil in vH										
100	50,7	18,8	25,9	7,3	18,6	+2,3	16,5	14,2	+2,3	1960
100	51,4	19,1	26,5	7,8	18,7	+1,4	16,4	14,8	+1,5	1961
100	51,8	20,0	26,3	8,0	18,3	+1,3	16,2	15,6	+0,6	1962
100	51,8	20,6	26,0	7,8	18,1	+0,5	16,9	15,9	+1,1	1963
100	51,2	19,7	27,2	7,9	19,2	+1,1	17,1	16,3	+0,9	1964
100	51,9	19,6	27,0	8,1	18,9	+1,9	17,3	17,6	-0,4	1965
100	52,0	19,7	26,5	7,7	18,8	+1,0	18,4	17,6	+0,9	1966
100	52,5	20,4	24,7	7,1	17,6	-0,1	19,9	17,4	+2,4	1967
100	52,0	19,4	24,2	7,2	17,0	+1,7	21,2	18,5	+2,7	1968
100	52,3	18,8	24,7	8,1	16,6	+2,6	21,6	20,0	+1,6	1969
100	53,5	18,7	25,7	9,0	16,7	+2,2	21,9	22,0	-0,1	1970
100	54,6	19,1	26,5	9,1	17,4	+0,6	22,7	23,5	-0,8	1971
100	54,8	19,1	26,1	8,6	17,6	+0,7	23,2	23,8	-0,6	1972
100	53,9	19,1	24,9	8,1	16,7	+1,4	24,4	23,7	+0,6	1973
100	54,2	19,9	22,4	7,2	15,2	+0,5	27,3	24,2	+3,0	1974
100	56,7	20,9	21,6	7,3	14,3	-0,6	25,8	24,4	+1,4	1975
100	55,7	20,1	21,2	7,3	13,8	+1,7	26,9	25,6	+1,3	1976
100	56,6	19,8	21,3	7,7	13,7	+1,0	27,0	25,8	+1,2	1977
100	56,9	19,9	21,6	8,0	13,6	+0,6	27,3	26,4	+0,9	1978
100	56,7	19,8	22,3	8,5	13,8	+1,7	27,4	28,0	-0,6	1979
100	56,6	20,1	22,6	8,6	14,0	+0,9	28,4	28,6	-0,2	1980
100	56,3	20,4	21,5	8,2	13,3	-0,7	30,8	28,3	+2,5	1981
100	56,1	20,4	20,6	7,7	12,9	-0,7	32,0	28,5	+3,5	1982
100	56,0	20,1	20,8	8,0	12,8	-0,1	31,3	28,2	+3,1	1983
100	55,1	19,9	20,3	7,7	12,6	+0,4	33,0	28,7	+4,3	1984
100	54,7	20,0	20,0	8,3	11,7	-0,1	34,6	29,2	+5,4	1985
100	55,3	20,0	20,2	8,4	11,7	+0,3	33,8	29,6	+4,2	1986
100	56,3	20,0	20,2	8,6	11,6	+0,6	33,5	30,5	+3,0	1987
100	55,5	19,7	11,3	+2,3	1988 1. Hj. } ³⁾

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Ins- gesamt	Ausrüstungen ¹⁾			Bauten ²⁾				Vorrats- ver- änderung
		zu- sammen	Unter- nehmen ³⁾	Staat	zu- sammen	Unternehmen ³⁾		Staat	
						zu- sammen	darunter Wohn- bauten		
in jeweiligen Preisen									
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	- 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,61	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	204,01	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	- 5,40
1976	242,85	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+17,20
1977	251,93	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 9,50
1978	272,36	105,75	101,33	4,42	160,21	122,05	76,84	38,16	+ 6,40
1979	326,92	118,97	114,01	4,96	184,45	141,60	89,31	42,85	+23,50
1980	349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80
1981	323,84	127,65	122,55	5,10	207,59	162,87	101,27	44,72	-11,40
1982	315,39	124,90	120,23	4,67	201,99	161,40	99,17	40,59	-11,50
1983	342,02	135,60	130,94	4,66	208,22	171,11	106,79	37,11	- 1,80
1984	361,23	137,58	132,47	5,11	217,05	180,42	112,43	36,63	+ 6,60
1985	360,10	153,85	147,90	5,95	206,95	170,29	102,55	36,66	- 0,70
1986 } ⁴⁾	379,49	161,38	155,04	6,34	216,01	175,57	103,07	40,44	+ 2,10
1987 } ⁴⁾	399,77	168,67	161,93	6,74	220,60	179,23	103,98	41,37	+10,50
1982 1. Hj.	158,66	57,17	55,33	1,84	94,79	76,32	46,76	18,47	+ 6,70
2. Hj.	156,73	67,73	64,90	2,83	107,20	85,08	52,41	22,12	-18,20
1983 1. Hj.	162,51	60,35	58,63	1,72	95,86	79,29	49,42	16,57	+ 6,30
2. Hj.	179,51	75,25	72,31	2,94	112,36	91,82	57,37	20,54	- 8,10
1984 1. Hj.	178,73	58,88	56,97	1,91	102,25	86,18	54,27	16,07	+17,60
2. Hj.	182,50	78,70	75,50	3,20	114,80	94,24	58,16	20,56	-11,00
1985 1. Hj.	176,03	68,62	66,38	2,24	93,51	78,03	47,55	15,48	+13,90
2. Hj.	184,07	85,23	81,52	3,71	113,44	92,26	55,00	21,18	-14,60
1986 1. Hj.	181,96	74,28	72,08	2,20	96,48	79,48	46,86	17,00	+11,20
2. Hj.	197,53	87,10	82,96	4,14	119,53	96,09	56,21	23,44	- 9,10
1987 1. Hj.	193,34	76,87	74,48	2,39	97,57	80,40	46,79	17,17	+18,90
2. Hj.	206,43	91,80	87,45	4,35	123,03	98,83	57,19	24,20	- 8,40
1988 1. Hj.	216,16	2,46	109,39	89,85	52,47	19,54	...

1) Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlagenschrott.

2) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

Tabelle 31*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Ins- gesamt	Ausrüstungen ¹⁾			Bauten ²⁾				Vorrats- ver- änderung	Zeitraum
	zu- sammen	Unter- nehmen ³⁾	Staat	zu- sammen	Unternehmen ³⁾		Staat		
					zu- sammen	darunter Wohn- bauten			
in Preisen von 1980									
206,77	53,49	51,88	1,61	136,38	113,30	71,31	23,08	+16,90	1960
213,32	59,76	57,95	1,81	142,76	117,18	73,34	25,58	+10,80	1961
220,74	64,22	62,08	2,14	146,32	116,70	73,80	29,62	+10,20	1962
217,76	64,45	62,02	2,43	149,01	114,87	73,52	34,14	+ 4,30	1963
247,48	69,48	66,95	2,53	168,30	126,46	81,81	41,84	+ 9,70	1964
265,99	74,84	72,02	2,82	174,05	131,99	85,02	42,06	+17,10	1965
261,62	73,50	70,77	2,73	178,42	135,91	88,20	42,51	+ 9,70	1966
233,74	67,42	64,85	2,57	167,12	128,34	88,08	38,78	- 0,80	1967
259,97	72,12	69,64	2,48	170,85	129,38	87,18	41,47	+17,00	1968
294,84	87,75	85,03	2,72	179,09	134,13	86,16	44,96	+28,00	1969
316,31	101,98	98,72	3,26	189,93	139,39	85,41	50,54	+24,40	1970
316,91	106,74	102,97	3,77	202,87	152,69	94,48	50,18	+ 7,30	1971
326,18	104,25	100,26	3,99	213,63	165,19	106,33	48,44	+ 8,30	1972
335,21	103,71	99,35	4,36	213,10	165,41	107,46	47,69	+18,40	1973
292,73	92,24	87,55	4,69	194,19	143,45	91,50	50,74	+ 6,30	1974
263,77	91,88	87,48	4,40	179,39	129,90	81,77	49,49	- 7,50	1975
303,79	97,32	93,19	4,13	183,67	135,80	85,50	47,87	+22,80	1976
304,25	104,92	100,48	4,44	186,13	140,73	88,50	45,40	+13,20	1977
312,99	113,28	108,50	4,78	191,41	144,99	91,39	46,42	+ 8,30	1978
351,82	124,15	118,95	5,20	202,57	155,20	98,04	47,37	+25,10	1979
349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80	1980
308,99	121,81	116,92	4,89	197,88	154,81	95,99	43,07	-10,70	1981
293,28	113,59	109,29	4,30	189,29	150,10	91,42	39,19	- 9,60	1982
310,94	119,90	115,74	4,16	192,54	156,96	96,45	35,58	- 1,50	1983
320,40	119,36	114,92	4,44	195,54	161,07	98,41	34,47	+ 5,50	1984
314,18	130,53	125,50	5,03	184,55	150,37	88,53	34,18	- 0,90	1985
329,90	135,85	130,54	5,31	189,55	152,55	87,59	37,00	+ 4,50	1986 } ⁴⁾
341,19	141,30	135,76	5,54	189,99	152,81	86,55	37,18	+ 9,90	1987 } ⁴⁾
147,84	52,27	50,58	1,69	88,77	71,01	43,22	17,76	+ 6,80	1982 1. Hj.
145,44	61,32	58,71	2,61	100,52	79,09	48,20	21,43	-16,40	2. Hj.
149,71	53,71	52,16	1,55	89,30	73,32	45,06	15,98	+ 6,70	1983 1. Hj.
161,23	66,19	63,58	2,61	103,24	83,64	51,39	19,60	- 8,20	2. Hj.
160,07	51,43	49,77	1,66	92,34	77,21	47,71	15,13	+16,30	1984 1. Hj.
160,33	67,93	65,15	2,78	103,20	83,86	50,70	19,34	-10,80	2. Hj.
154,79	58,31	56,43	1,88	83,48	69,04	41,14	14,44	+13,00	1985 1. Hj.
159,39	72,22	69,07	3,15	101,07	81,33	47,39	19,74	-13,90	2. Hj.
159,85	62,60	60,77	1,83	84,85	69,28	39,96	15,57	+12,40	1986 1. Hj.
170,05	73,25	69,77	3,48	104,70	83,27	47,63	21,43	- 7,90	2. Hj.
166,75	64,61	62,64	1,97	84,14	68,71	39,06	15,43	+18,00	1987 1. Hj.
174,44	76,69	73,12	3,57	105,85	84,10	47,49	21,75	- 8,10	2. Hj.
185,03	1,99	92,92	75,55	43,06	17,37	...	1988 1. Hj.

³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Baugewerbe				
Neue Ausrüstungen										
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53		2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01		2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39		2,96
1971	74,99	4,12	43,41	6,10	33,08	4,23	16,03	7,89		3,54
1972	75,39	4,37	42,44	7,12	30,98	4,34	16,47	8,30		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	17,01	10,42		4,21
1974	75,53	4,88	40,37	8,64	29,29	2,44	16,37	9,25		4,66
1975	81,39	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	15,98	12,50		4,54
1976	89,22	6,21	45,82	8,57	34,05	3,20	17,33	15,40		4,46
1977	98,47	7,17	47,17	7,36	36,23	3,58	19,28	19,91		4,94
1978	109,07	7,70	50,55	7,74	38,37	4,44	20,81	24,55		5,46
1979	122,20	8,02	56,23	7,58	43,09	5,56	21,59	30,26		6,10
1980	130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67
1981	132,71	6,95	62,42	9,73	48,58	4,11	24,15	32,87		6,32
1982	129,58	7,15	62,94	13,07	46,38	3,49	23,29	30,34		5,86
1983	140,49	8,39	66,46	13,12	49,39	3,95	26,17	33,51		5,96
1984	143,00	7,82	66,54	13,62	49,21	3,71	26,14	36,07		6,43
1985	159,67	7,92	76,01	13,70	58,60	3,71	29,34	38,99		7,41
1986	167,83	7,90	81,82	13,74	63,87	4,21	29,61	40,63		7,87
1987	175,86	7,79		8,34
Neue Bauten										
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,53	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,21	5,02	10,45	0,74	12,83	8,56	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,69	5,64	9,10	0,95	14,08	10,85	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,37	5,54	8,80	1,03	14,45	12,64	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,56	5,96	8,00	0,60	13,48	12,95	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,22	7,27	6,45	0,50	12,24	11,14	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,67	7,51	6,67	0,49	13,98	11,76	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	15,89	7,36	7,86	0,67	14,44	12,90	66,23	35,92
1978	160,21	1,79	16,15	7,71	7,78	0,66	15,02	16,16	72,01	39,08
1979	184,45	1,81	19,03	8,72	9,51	0,80	16,66	19,84	83,28	43,83
1980	208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96
1981	207,59	1,76	21,98	10,27	10,83	0,88	17,11	25,11	94,88	46,75
1982	201,99	1,88	20,34	9,77	9,81	0,76	17,22	26,12	93,47	42,96
1983	208,22	2,04	19,42	9,45	9,13	0,84	18,03	29,44	99,77	39,52
1984	217,05	1,97	20,26	9,81	9,66	0,79	19,81	31,65	104,19	39,17
1985	206,95	1,95	20,23	9,58	10,04	0,61	20,31	30,87	94,79	38,80
1986	216,01	1,82	23,05	10,22	12,29	0,54	22,97	30,96	94,72	42,49
1987	220,60	1,79	95,55	43,47

1) Einschließlich selbsterstellter Anlagen.

2) Einschließlich produzierendes Handwerk.

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung).

Tabelle 32*

nach Wirtschaftsbereichen

DM

In Preisen von 1980

Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾	Jahr
		zusammen	Energie- und Wasserver-sorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Baugewerbe					
Neue Ausrüstungen										
55,22	6,12	32,89	5,49	23,70	3,70	11,41	2,61		2,19	1960
61,66	7,09	36,63	5,70	26,56	4,37	12,60	2,88		2,46	1961
66,12	6,87	39,34	6,48	28,38	4,48	14,17	2,84		2,90	1962
66,38	6,33	38,35	6,22	27,54	4,59	15,30	3,12		3,28	1963
71,70	7,43	42,24	6,84	30,65	4,75	15,01	3,59		3,43	1964
77,09	8,47	45,17	6,52	34,19	4,46	15,18	4,50		3,77	1965
75,72	7,78	43,54	5,84	34,22	3,48	15,38	5,38		3,64	1966
69,74	5,79	40,08	6,26	30,23	3,59	14,65	5,77		3,45	1967
74,56	5,61	42,79	5,63	33,05	4,11	16,30	6,45		3,41	1968
90,85	7,29	53,39	5,54	42,34	5,51	18,00	8,39		3,78	1969
105,34	7,36	62,57	6,95	49,48	6,14	20,95	9,92		4,54	1970
110,31	6,43	64,95	9,23	49,26	6,46	23,54	10,27		5,12	1971
108,23	6,57	61,99	10,35	45,16	6,48	23,64	10,64		5,39	1972
107,38	7,61	57,39	10,31	41,75	5,33	23,54	13,11		5,73	1973
96,42	6,44	52,18	11,05	37,89	3,24	20,97	10,89		5,94	1974
95,89	6,57	50,93	11,31	36,21	3,41	19,02	13,92		5,45	1975
100,97	7,13	52,04	9,72	38,64	3,68	19,92	16,68		5,20	1976
108,43	7,89	52,13	8,13	39,99	4,01	21,58	21,25		5,58	1977
116,89	8,22	54,32	8,33	41,18	4,81	22,59	25,80		5,96	1978
127,54	8,32	58,85	7,91	45,09	5,85	22,61	31,33		6,43	1979
130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67	1980
126,66	6,54	59,45	9,29	46,26	3,90	23,14	31,48		6,05	1981
117,86	6,37	57,03	11,86	42,04	3,13	21,27	27,83		5,36	1982
124,24	7,23	58,47	11,58	43,44	3,45	23,25	30,01		5,28	1983
124,03	6,54	57,41	11,79	42,44	3,18	22,85	31,68		5,55	1984
135,41	6,47	63,76	11,58	49,06	3,12	25,26	33,69		6,23	1985
141,11	6,38	67,72	11,48	52,79	3,45	25,20	35,25		6,56	1986
147,02	6,25		6,82	1987
Neue Bauten										
136,38	3,52	21,88	5,07	15,95	0,86	11,42	8,01	66,40	25,15	1960
142,76	3,42	23,05	5,15	16,92	0,98	11,47	8,84	68,42	27,56	1961
146,32	3,27	21,14	5,77	14,37	1,00	11,91	9,50	69,01	31,49	1962
149,01	3,14	20,08	5,57	13,40	1,11	11,54	9,47	68,52	36,26	1963
168,30	3,35	20,86	6,11	13,43	1,32	11,60	12,28	75,75	44,46	1964
174,05	3,37	21,63	6,49	13,96	1,18	12,14	13,11	79,35	44,45	1965
178,42	3,43	21,36	6,22	14,03	1,11	12,11	13,91	82,47	45,14	1966
167,12	3,27	18,68	6,92	10,62	1,14	12,63	9,71	82,62	40,21	1967
170,85	3,46	16,23	5,96	9,39	0,88	14,16	11,48	82,55	42,97	1968
179,09	3,04	19,73	5,92	12,86	0,95	16,70	11,32	81,85	46,45	1969
189,93	2,40	23,84	6,30	16,64	0,90	17,86	11,97	81,15	52,71	1970
202,87	2,01	25,28	7,55	16,54	1,19	19,82	13,89	89,85	52,02	1971
213,63	1,68	23,36	8,17	13,74	1,45	20,97	16,67	100,90	50,05	1972
213,10	1,69	21,86	7,75	12,62	1,49	20,59	18,40	101,76	48,80	1973
194,19	1,87	19,15	7,69	10,65	0,81	17,70	17,61	86,37	51,49	1974
179,39	1,97	18,66	9,40	8,59	0,67	16,15	15,15	77,11	50,35	1975
183,67	2,07	18,75	9,51	8,60	0,64	17,81	15,39	80,83	48,82	1976
186,13	2,21	19,80	9,15	9,81	0,84	17,99	16,20	83,43	46,50	1977
191,41	2,15	19,05	9,08	9,18	0,79	17,78	19,26	85,65	47,52	1978
202,57	1,99	20,74	9,44	10,42	0,88	18,17	21,78	91,43	48,46	1979
208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96	1980
197,88	1,68	21,15	9,96	10,35	0,84	16,40	23,73	89,95	44,97	1981
189,29	1,74	19,46	9,55	9,21	0,70	16,47	24,12	86,17	41,33	1982
192,54	1,87	18,66	9,38	8,52	0,76	17,39	26,69	90,12	37,81	1983
195,54	1,78	19,09	9,60	8,79	0,70	18,73	28,03	91,14	36,77	1984
184,55	1,74	18,84	9,25	9,06	0,53	19,04	27,07	81,75	36,11	1985
189,55	1,60	20,95	9,66	10,83	0,46	21,09	26,70	80,39	38,82	1986
189,99	1,54	79,44	39,01	1987

¹⁾ Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer.

²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33 *

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen ²⁾	insgesamt	Staatsverbrauch ³⁾	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte ⁴⁾	Unternehmen und übrige Welt
Mrd									
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	451,48	254,10	167,42	29,96	509,09	210,01	221,89	185,46	36,43
1976	508,07	285,75	188,18	34,14	546,20	221,73	239,68	199,83	39,85
1977	553,80	317,17	200,43	36,20	582,68	234,96	257,87	212,43	45,44
1978	589,32	335,05	212,84	41,43	620,76	252,86	275,57	223,17	52,40
1979	634,12	358,67	230,19	45,26	669,75	273,34	293,65	237,65	56,00
1980	679,39	381,14	248,61	49,64	722,36	297,79	309,14	252,93	56,21
1981	709,52	386,45	268,82	54,25	766,17	318,16	331,30	274,58	56,72
1982	743,50	395,07	284,48	63,95	795,98	326,19	349,17	291,07	58,10
1983	774,13	414,87	290,36	68,90	816,44	336,21	357,19	295,04	62,15
1984	815,25	439,22	304,59	71,44	848,97	350,23	370,11	298,98	71,13
1985	854,53	459,93	320,09	74,51	875,45	365,66	378,86	306,00	72,86
1986	886,91	473,37	337,52	76,02	912,23	382,59	393,89	317,51	76,38
1987	912,55	491,90	350,66	69,99	948,20	397,18	413,48	333,21	80,27
1982 1. Hj.	359,00	186,68	136,65	35,67	383,02	152,93	172,60	145,64	26,96
2. Hj.	384,50	208,39	147,83	28,28	412,96	173,26	176,57	145,43	31,14
1983 1. Hj.	369,16	192,40	138,32	38,44	391,22	155,17	176,66	147,53	29,13
2. Hj.	404,97	222,47	152,04	30,46	425,22	181,04	180,53	147,51	33,02
1984 1. Hj.	386,52	207,18	143,79	35,55	405,14	161,63	182,63	149,91	32,72
2. Hj.	428,73	232,04	160,80	35,89	443,83	188,60	187,48	149,07	38,41
1985 1. Hj.	402,78	215,56	150,86	36,36	417,69	168,38	187,73	153,20	34,53
2. Hj.	451,75	244,37	169,23	38,15	457,76	197,28	191,13	152,80	38,33
1986 1. Hj.	422,19	222,57	158,96	40,66	434,23	176,77	193,25	157,60	35,65
2. Hj.	464,72	250,80	178,56	35,36	478,00	205,82	200,64	159,91	40,73
1987 1. Hj.	432,23	228,42	165,33	38,48	452,12	183,46	203,66	165,14	38,52
2. Hj.	480,32	263,48	185,33	31,51	496,08	213,72	209,82	168,07	41,75
1988 1. Hj.	445,88	239,56	173,74	32,58	471,18	189,23	214,25	173,31	40,94

¹⁾ Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

²⁾ Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

³⁾ Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 33*

gaben des Staates¹⁾

gaben			Finanzierungs-saldo ⁶⁾	Nachrichtlich				Zeitraum
Zinsen ⁵⁾	Brutto-investitionen	Ver-mögens-über-tragungen		Brutto-sozial-produkt in jeweiligen Preisen	Produktions-potential in jeweiligen Preisen ⁷⁾	Staats-quote ⁸⁾	Abgaben-quote ⁹⁾	
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	303,9	32,8	33,3	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	335,2	33,8	34,5	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,4	35,2	35,0	1962
2,55	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	398,2	35,3	35,2	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	429,8	35,6	34,7	1964
3,23	20,86	7,92	- 2,76	458,20	466,9	36,5	34,1	1965
4,12	21,20	7,41	- 0,87	487,40	503,3	36,1	34,6	1966
5,19	18,87	7,92	- 7,00	493,70	527,7	36,7	35,2	1967
5,38	20,68	8,04	- 4,31	533,70	555,8	38,0	36,0	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,0	38,9	37,4	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,2	39,1	36,5	1970
7,34	33,87	15,61	- 1,21	751,80	762,7	39,9	37,5	1971
8,43	33,85	17,49	- 4,36	825,10	837,9	40,7	38,0	1972
10,17	35,13	18,74	+11,03	918,90	925,6	41,8	40,3	1973
12,15	40,13	21,62	-12,78	985,60	1 018,5	43,7	40,9	1974
14,18	40,33	22,68	-57,61	1 029,40	1 101,1	46,2	40,9	1975
17,45	39,49	27,85	-38,13	1 126,20	1 167,9	46,8	42,1	1976
20,41	39,34	30,10	-28,88	1 199,20	1 240,0	47,0	43,2	1977
21,53	42,78	28,02	-31,44	1 291,60	1 325,1	46,8	42,4	1978
24,10	47,81	30,85	-35,63	1 396,60	1 413,2	47,4	42,2	1979
28,55	53,59	33,29	-42,97	1 485,20	1 519,4	47,5	42,4	1980
35,47	50,02	31,22	-56,65	1 545,10	1 613,9	47,5	42,4	1981
44,03	45,26	31,33	-52,48	1 597,10	1 715,7	46,4	42,5	1982
50,09	41,77	31,18	-42,31	1 680,40	1 795,6	45,5	42,0	1983
52,72	41,74	34,17	-33,72	1 769,90	1 862,1	45,6	42,0	1984
55,27	42,61	33,05	-20,92	1 844,30	1 927,3	45,4	42,3	1985
57,17	46,78	31,80	-25,32	1 945,20	2 025,0	45,0	41,7	1986 } ¹⁰⁾
57,85	48,11	31,58	-35,65	2 020,10	2 102,0	45,1	41,7	1987 } ¹⁰⁾
24,35	20,31	12,83	-24,02	769,80	X			1982 1. Hj.
19,68	24,95	18,50	-28,46	827,30				2. Hj.
27,54	18,29	13,56	-22,06	804,00				1983 1. Hj.
22,55	23,48	17,62	-20,25	876,40				2. Hj.
28,40	17,98	14,50	-18,62	847,10				1984 1. Hj.
24,32	23,76	19,67	-15,10	922,80				2. Hj.
30,17	17,72	13,69	-14,91	877,00				1985 1. Hj.
25,10	24,89	19,36	- 6,01	967,30				2. Hj.
32,35	19,20	12,66	-12,04	924,80				1986 1. Hj. } ¹⁰⁾
24,82	27,58	19,14	-13,28	1 020,40				2. Hj. } ¹⁰⁾
32,16	19,56	13,28	-19,89	963,50				1987 1. Hj. } ¹⁰⁾
25,69	28,55	18,30	-15,76	1 056,60				2. Hj. } ¹⁰⁾
32,47	22,00	13,23	-25,30	1 017,20				1988 1. Hj. } ¹⁰⁾

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5) Zinsen auf öffentliche Schulden.

6) Überschuß: +, Defizit: -.

7) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

8) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

9) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

10) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 33*

**Einnahmen und
Gebietskörperschaften
Mrd**

Zeitraum	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
	insgesamt	Steuern	sonstige Einnahmen ²⁾	insgesamt	Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen ⁵⁾
						zusammen ³⁾	darunter		
					private Haushalte ⁴⁾		Unternehmen und übrige Welt		
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,96	183,65	24,31	216,36	94,32	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,53	103,08	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,21	236,88	29,33	268,59	117,64	87,56	38,80	30,56	10,17
1974	286,31	253,42	32,89	303,24	134,77	95,54	43,62	31,09	12,15
1975	288,29	254,10	34,19	343,59	145,59	121,62	59,24	34,60	14,17
1976	324,35	285,75	38,60	363,31	152,45	127,31	61,20	37,39	17,44
1977	359,94	317,17	42,77	385,21	162,24	134,75	63,97	42,52	20,41
1978	384,81	335,05	49,76	414,59	175,14	148,83	67,91	48,95	21,52
1979	412,95	358,67	54,28	448,85	189,75	157,98	72,94	52,27	24,09
1980	439,85	381,14	58,71	486,79	205,96	167,25	77,74	52,26	28,53
1981	450,95	386,45	64,50	513,90	219,10	180,23	85,30	52,73	35,39
1982	470,52	395,07	75,45	530,85	225,51	186,96	86,66	54,38	44,01
1983	496,54	414,87	81,67	538,79	232,25	186,14	87,22	58,31	50,08
1984	523,92	439,22	84,70	557,37	238,73	193,09	87,79	64,99	52,70
1985	548,97	459,93	89,04	574,98	248,07	199,15	89,76	67,40	55,25
1986	565,74	473,37	92,37	600,43	258,65	208,98	95,47	71,48	57,15
1987	578,97	491,90	87,07	621,17	267,80	219,04	100,00	75,01	57,83

1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2) Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

3) Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5) Zinsen auf öffentliche Schulden.

6) Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 33*

Ausgaben des Staates¹⁾
und Sozialversicherung
DM

schaften			Sozialversicherung						Finanzierungs-saldo ⁷⁾	Zeitraum
ben		Finanzierungs-saldo ⁷⁾	Einnahmen		Ausgaben					
Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen ⁸⁾		ins-gesamt ⁸⁾	darunter	ins-gesamt ¹⁰⁾	darunter				
				Sozial-beiträge ⁹⁾		soziale Leistungen	Staats-verbrauch			
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960	
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961	
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962	
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963	
20,65	7,38	- 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964	
20,63	7,87	- 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965	
20,92	7,35	- 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966	
18,56	7,85	- 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	- 1,24	1967	
20,42	7,98	- 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	- 0,50	1968	
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969	
31,02	12,47	- 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970	
33,51	15,56	- 8,40	108,32	90,97	101,13	67,99	32,50	+ 7,19	1971	
33,45	17,42	-12,89	125,73	104,25	117,20	78,49	38,05	+ 8,53	1972	
34,61	18,61	- 2,38	149,47	123,68	136,06	89,69	45,52	+13,41	1973	
39,36	21,42	-16,93	166,62	138,20	162,47	105,78	55,44	+ 4,15	1974	
39,67	22,54	-55,30	191,05	154,90	193,36	127,72	64,42	- 2,31	1975	
38,81	27,30	-38,96	212,57	174,93	211,74	140,48	69,28	+ 0,83	1976	
38,63	29,18	-25,27	222,23	186,23	225,84	150,51	72,72	- 3,61	1977	
42,21	26,89	-29,78	236,60	197,60	238,26	157,51	77,72	- 1,66	1978	
47,15	29,88	-35,90	254,06	213,89	253,79	167,08	83,59	+ 0,27	1979	
52,77	32,28	-46,94	276,90	231,00	272,93	177,76	91,83	+ 3,97	1980	
48,89	30,29	-62,95	300,90	249,68	294,60	192,07	99,06	+ 6,30	1981	
44,05	30,32	-60,33	319,03	264,93	311,18	207,46	100,68	+ 7,85	1982	
40,48	29,84	-42,25	318,37	270,17	318,43	210,96	103,96	- 0,06	1983	
40,57	32,28	-33,45	331,78	283,75	332,05	214,86	111,50	- 0,27	1984	
41,26	31,25	-26,01	348,13	298,21	343,04	219,71	117,59	+ 5,09	1985	
45,68	29,97	-34,69	364,33	314,59	354,96	225,78	123,94	+ 9,37	1986	
46,86	29,64	-42,20	378,92	327,17	372,37	237,20	129,38	+ 6,55	1987	

7) Überschuß: +, Defizit: -.

8) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).

9) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.

10) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.

11) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34 *

Subventionen des Staates¹⁾

Mrd DM

Nach Aufgabenbereichen

Jahr	Ins-gesamt	Darunter									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Energiegewinnung und -versorgung			Warenproduzierendes Gewerbe ²⁾	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung, Gemeinstdienste	sonstige Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht ³⁾
		zusammen	darunter	zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Zahlungen im Rahmen der Europäischen Agrarmarktordnung		„Kohlepfennig“	Zuschuß zur Erleichterung der Produktion von Koks, Kohle und Hochofenkoks	Zahlungen an die Bundesbahn				
1970	11,78	5,80	2,51	0,48	.	0,00	0,02	2,38	1,63	0,90	1,57
1971	12,61	5,16	1,63	0,40	.	0,00	0,03	3,53	2,61	0,84	1,77
1972	15,78	5,04	1,48	0,64	.	0,17	0,06	6,10	4,94	1,09	1,93
1973	18,65	5,99	2,63	0,98	.	0,20	0,08	7,54	6,11	0,93	2,05
1974	18,86	5,32	2,78	0,97	.	0,09	0,10	7,65	5,88	1,16	2,37
1975	20,39	6,21	2,81	1,00	0,33	0,12	0,19	7,38	5,56	1,16	3,05
1976	22,13	6,80	3,46	1,75	1,13	0,06	0,21	7,09	5,36	1,43	3,33
1977	24,61	7,75	4,98	2,41	1,39	0,27	0,14	7,43	6,93	1,69	3,49
1978	29,67	9,32	6,83	3,30	1,60	0,80	0,24	9,07	6,93	1,91	4,02
1979	31,12	9,08	6,78	4,71	2,68	1,27	0,27	8,48	6,29	2,01	4,48
1980	30,53	9,13	6,83	4,29	2,03	1,32	0,34	7,34	5,16	2,09	5,37
1981	29,13	7,37	5,94	3,39	1,40	1,35	0,37	7,87	5,68	2,25	5,63
1982	29,42	7,73	5,77	2,99	1,78	0,73	0,54	7,94	5,83	2,34	5,19
1983	31,78	9,51	8,04	2,79	1,45	0,98	0,66	7,81	5,84	2,52	5,69
1984	36,21	11,95	8,43	3,92	1,77	1,80	1,42	7,69	5,70	2,74	5,66
1985	37,81	12,99	8,36	3,40	1,59	1,54	1,17	7,53	5,65	3,01	6,66
1986 } ⁴⁾	41,29	12,99	9,79	4,33	2,75	...	0,91	7,17	5,15	3,56	8,68
1987 } ⁴⁾	44,03

Nach Wirtschaftsbereichen⁵⁾

Jahr	Ins-gesamt	Davon						Einbehaltene Umsatzsteuer ⁶⁾ (in den Wirtschaftsbereichen enthalten)
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	
1970	11,78	2,71	0,64	2,00	2,68	2,56	1,19	1,79
1971	12,61	2,83	0,61	2,46	1,72	3,70	1,29	2,14
1972	15,78	2,88	0,91	2,33	1,90	6,18	1,58	2,40
1973	18,65	2,78	1,34	2,75	2,68	7,60	1,50	2,43
1974	18,86	2,24	1,40	3,08	2,53	7,69	1,92	2,52
1975	20,39	3,01	1,52	3,49	2,76	7,45	2,16	3,23
1976	22,13	3,17	2,17	3,97	3,25	7,18	2,39	3,35
1977	24,61	2,53	2,85	4,28	4,69	7,48	2,78	3,01
1978	29,67	2,50	3,72	5,08	6,28	9,10	2,99	2,97
1979	31,12	2,23	5,38	5,40	6,08	8,75	3,28	2,82
1980	30,53	1,81	5,02	5,95	6,39	7,62	3,74	3,04
1981	29,13	1,45	4,23	6,16	5,05	8,18	4,06	2,99
1982	29,42	1,74	3,84	6,50	4,80	8,48	4,06	3,66
1983	31,78	1,30	3,69	7,33	6,56	8,47	4,43	3,48
1984	36,21	3,10	4,66	8,38	7,14	8,29	4,64	5,49
1985	37,81	4,35	4,49	8,41	7,14	8,05	5,37	6,81
1986 } ⁴⁾	41,29	5,10	6,08	8,14	8,46	7,79	5,72	6,91
1987 } ⁴⁾	44,03	6,44

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt, Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt. Ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen“.

²⁾ Ohne Wasser- und Energiegewinnung und -versorgung.

³⁾ Im wesentlichen Direktzahlungen der EG und Montanunion, Zinsverbilligungszuschüsse, Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung und Monopolverwaltung Branntwein in Berlin, Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Jugendlicher, Frachthilfen sowie Betriebszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Die Zuordnung der Subventionen auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch ist; zum Beispiel werden Erstattungen bei der Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, Zuschüsse zu den Kosten der Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder zu den Kosten für Abbaumaßnahmen bei Marktordnungswaren dem Bereich Handel zugerechnet.

⁶⁾ Umsatzsteuervergünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§ 24 und 24 a Umsatzsteuergesetz), zur Förderung der Berliner Wirtschaft (§§ 1 bis 13 Berlinförderungsgesetz), für Bezüge aus dem Währungsgebiet der Mark der DDR (allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 26 Absatz 4 Umsatzsteuergesetz vom 16. Mai 1973).

Tabelle 35 *

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken¹⁾
Mrd DM

Jahr	Ins-gesamt	Nah-rungs-mittel, Ge-tränke ²⁾ und Tabak-waren	Beklei-dung, Schuhe	Woh-nungs-mieten ³⁾	Energie (ohne Kraft-stoffe)	Güter für				
						die Haus-halts-führung	die Gesund-heits- und Körper-pflege	Verkehr ⁴⁾ und Nach-richten-über-mittlung	Bildung, Unter-haltung und Freizeit ⁵⁾	die persön-liche Aus-stattung, Güter sonstiger Art ⁶⁾
In jeweiligen Preisen										
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	399,31	115,78	40,98	49,85	14,65	41,62	18,11	57,23	42,32	18,77
1972	440,50	124,87	45,72	55,47	16,03	46,13	19,67	62,95	48,54	21,12
1973	480,70	135,14	48,41	61,90	19,98	49,94	21,15	67,16	53,41	23,61
1974	517,40	141,67	51,98	68,10	22,87	53,76	23,05	69,54	58,96	27,47
1975	566,55	151,23	56,39	75,20	24,97	57,48	25,35	81,91	63,44	30,58
1976	613,72	162,00	59,53	81,52	28,38	61,37	27,48	93,17	67,17	33,10
1977	661,48	171,34	64,24	88,47	29,07	67,03	29,37	104,22	71,58	36,16
1978	704,96	178,98	68,61	95,74	31,98	70,86	31,74	112,44	75,13	39,48
1979	758,00	187,47	72,97	103,36	40,85	75,64	34,28	118,49	81,11	43,83
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	857,59	212,00	81,88	120,59	49,86	84,97	40,52	128,31	87,63	51,83
1982	888,78	221,91	81,70	129,91	52,91	85,15	42,22	131,90	89,00	54,08
1983	935,14	227,52	84,21	140,56	54,49	88,54	44,97	144,24	92,95	57,66
1984	975,48	232,15	86,57	150,09	59,74	91,20	47,46	149,52	95,81	62,94
1985	1 011,98	234,88	89,46	159,34	64,34	92,17	49,31	156,32	98,98	67,18
1986 } ⁷⁾	1 037,31	238,53	92,85	166,24	55,90	95,61	51,00	162,73	103,95	70,50
1987 } ⁷⁾	1 075,85	243,39	95,87	173,34	52,23	100,53	52,69	173,60	108,03	76,17
In Preisen von 1980										
1960	365,33	120,19	41,38	48,63	16,40	35,98	22,39	34,33	29,43	16,60
1961	385,96	125,71	42,89	50,64	17,45	38,14	23,85	38,60	30,93	17,75
1962	405,97	128,97	44,52	52,57	21,06	40,03	25,64	42,87	31,78	18,53
1963	418,17	131,45	45,03	55,10	25,56	39,46	24,69	45,49	32,30	19,09
1964	440,67	137,41	47,67	57,54	23,49	43,50	26,41	50,57	34,06	20,02
1965	470,21	143,15	51,75	59,95	24,53	46,44	27,41	57,83	37,10	22,05
1966	484,84	144,80	53,30	62,63	26,79	47,60	27,76	59,83	38,83	23,30
1967	490,78	145,92	53,72	65,02	26,98	48,50	27,18	59,41	40,00	24,05
1968	514,29	149,76	53,65	67,60	29,90	49,99	26,12	69,42	43,67	24,18
1969	553,70	155,37	58,51	69,28	32,65	53,57	27,74	81,75	48,98	25,85
1970	592,61	163,59	62,28	72,17	35,06	56,96	28,28	92,71	53,60	27,96
1971	620,17	168,37	64,74	75,41	35,10	61,56	28,87	96,91	58,35	30,86
1972	647,48	171,94	68,12	79,09	36,78	65,44	29,39	99,08	64,56	33,08
1973	663,03	173,79	67,14	83,34	39,07	68,12	29,74	97,53	69,46	34,84
1974	668,14	175,51	67,68	87,36	37,92	68,19	30,41	91,66	72,70	36,71
1975	689,87	177,59	69,93	90,92	37,57	68,70	31,20	101,69	74,33	37,94
1976	716,62	181,62	71,27	93,98	40,31	71,42	32,36	110,07	75,93	39,66
1977	745,81	183,46	73,44	98,70	40,77	75,52	33,35	120,17	78,98	41,42
1978	773,93	188,68	75,14	103,71	44,11	77,00	34,72	125,75	81,41	43,41
1979	800,58	195,20	76,95	108,45	45,43	80,04	36,18	126,33	85,01	46,99
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	809,47	202,66	77,87	115,66	43,32	80,29	38,51	117,55	84,75	48,86
1982	800,51	200,06	74,57	118,93	42,44	77,12	37,76	117,27	83,31	49,05
1983	815,84	199,45	74,74	122,26	44,10	77,99	38,21	124,34	84,54	50,21
1984	831,10	200,56	75,02	125,74	46,70	78,81	39,56	125,97	85,37	53,37
1985	844,52	201,31	75,73	129,33	48,76	78,37	40,37	128,59	86,94	55,12
1986 } ⁷⁾	870,41	203,14	77,22	132,28	49,96	80,32	41,01	139,28	90,56	56,64
1987 } ⁷⁾	898,18	208,62	78,68	135,33	50,20	83,52	41,85	146,76	93,42	59,80

¹⁾ Im Inland, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — ²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ³⁾ Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — ⁴⁾ Einschließlich Kraftstoffe. — ⁵⁾ Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — ⁶⁾ Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. — ⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 36*

**Vierteljahresergebnisse der
Verwendung des
Mrd**

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				zu- sammen	Aus- rüstungen	Bauten				
In jeweiligen Preisen										
1976 1. Vj.	260,20	146,23	49,33	46,23	18,57	27,66	+10,20	72,62	64,41	+ 8,21
2. Vj.	277,00	155,75	52,90	59,08	21,95	37,13	+ 2,30	76,26	69,29	+ 6,97
3. Vj.	284,90	156,43	52,57	56,83	19,52	37,31	+14,70	77,57	73,20	+ 4,37
4. Vj.	304,10	174,10	66,93	63,51	26,04	37,47	-10,00	82,58	73,02	+ 9,56
1977 1. Vj.	280,60	156,79	52,06	51,73	20,11	31,62	+12,20	78,17	70,35	+ 7,82
2. Vj.	293,80	168,24	55,83	61,97	23,38	38,59	+ 0,50	81,19	73,93	+ 7,26
3. Vj.	298,60	170,06	55,84	61,58	22,92	38,66	+ 9,80	79,76	78,44	+ 1,32
4. Vj.	326,20	188,07	71,23	67,15	28,91	38,24	-13,00	86,71	73,96	+12,75
1978 1. Vj.	299,70	168,98	56,44	53,74	21,87	31,87	+10,10	82,09	71,65	+10,44
2. Vj.	316,40	179,86	59,48	68,51	25,72	42,79	- 0,70	85,49	76,24	+ 9,25
3. Vj.	325,50	181,52	60,37	68,88	26,05	42,83	+ 9,20	85,43	79,90	+ 5,53
4. Vj.	350,00	198,54	76,57	74,83	32,11	42,72	-12,20	91,69	79,43	+12,26
1979 1. Vj.	322,60	178,44	61,03	58,04	25,06	32,98	+17,10	88,83	80,84	+ 7,99
2. Vj.	340,80	196,25	64,80	78,96	28,92	50,04	- 1,40	92,07	89,88	+ 2,19
3. Vj.	353,30	193,95	66,02	79,58	29,12	50,46	+16,50	95,22	97,97	- 2,75
4. Vj.	379,90	216,38	81,49	86,84	35,87	50,97	- 8,70	101,30	97,41	+ 3,89
1980 1. Vj.	353,50	197,73	66,08	71,60	27,55	44,05	+16,70	105,58	104,19	+ 1,39
2. Vj.	363,90	204,15	71,37	86,38	30,69	55,69	+ 2,10	104,87	104,97	- 0,10
3. Vj.	372,80	208,72	72,33	87,09	31,11	55,98	+10,30	103,28	108,92	- 5,64
4. Vj.	395,00	230,18	88,01	90,73	37,99	52,74	-15,30	108,57	107,19	+ 1,38
1981 1. Vj.	363,10	207,67	74,14	69,48	28,07	41,41	+13,20	109,99	111,38	- 1,39
2. Vj.	375,40	215,63	74,63	88,76	31,12	57,64	- 5,20	114,79	113,21	+ 1,58
3. Vj.	389,40	220,48	76,52	88,42	31,24	57,18	+ 5,90	122,39	124,31	- 1,92
4. Vj.	417,20	244,07	92,87	88,58	37,22	51,36	-25,30	134,94	117,96	+16,98
1982 1. Vj.	378,50	217,87	76,63	67,05	27,12	39,93	+10,00	128,21	121,26	+ 6,95
2. Vj.	391,30	224,71	76,30	84,91	30,05	54,86	- 3,30	128,33	119,65	+ 8,68
3. Vj.	400,90	225,51	77,92	84,64	29,83	54,81	+ 9,30	126,52	122,99	+ 3,53
4. Vj.	426,40	249,96	95,34	90,29	37,90	52,39	-27,50	134,48	116,17	+18,31
1983 1. Vj.	394,30	228,17	77,41	67,91	27,66	40,25	+ 8,90	128,01	116,10	+11,91
2. Vj.	409,70	236,23	77,76	88,30	32,69	55,61	- 2,60	129,14	119,13	+10,01
3. Vj.	421,00	237,26	80,91	89,53	32,04	57,49	+12,20	126,17	125,07	+ 1,10
4. Vj.	455,40	262,50	100,13	98,08	43,21	54,87	-20,30	141,51	126,52	+14,99
1984 1. Vj.	422,30	238,80	79,74	73,05	28,93	44,12	+19,40	142,78	131,47	+11,31
2. Vj.	424,80	247,03	81,89	88,08	29,95	58,13	- 1,80	140,99	131,39	+ 9,60
3. Vj.	444,90	247,11	83,11	92,63	34,21	58,42	+14,90	144,52	137,37	+ 7,15
4. Vj.	477,90	270,63	105,49	100,87	44,49	56,38	-25,90	162,49	135,68	+26,81
1985 1. Vj.	430,40	243,27	83,17	70,01	32,37	37,64	+18,80	158,29	143,14	+15,15
2. Vj. ³⁾	446,60	254,90	85,21	92,12	36,25	55,87	- 4,90	160,78	141,51	+19,27
3. Vj.	468,90	258,60	87,72	95,22	36,40	58,82	+11,10	162,03	145,77	+16,26
4. Vj.	498,40	281,57	109,56	103,45	48,83	54,62	-25,70	166,38	136,86	+29,52
1986 1. Vj.	449,20	250,29	86,39	72,17	34,03	38,14	+15,70	156,60	131,95	+24,65
2. Vj.	475,60	265,13	90,38	98,59	40,25	58,34	- 4,50	161,34	135,34	+26,00
3. Vj.	494,00	265,71	92,73	98,43	37,59	60,84	+10,50	155,88	129,25	+26,63
4. Vj.	526,40	287,48	113,09	108,20	49,51	58,69	-19,60	164,36	127,13	+37,23
1987 1. Vj.	472,80	256,70	89,31	74,18	36,34	37,84	+24,40	153,22	125,01	+28,21
2. Vj.	490,70	275,57	94,15	100,26	40,53	59,73	- 5,50	156,24	130,02	+26,22
3. Vj.	509,70	277,11	95,85	103,58	40,47	63,11	+11,70	156,75	135,29	+21,46
4. Vj.	546,90	302,65	117,87	111,25	51,33	59,92	-20,10	172,10	136,87	+35,23
1988 1. Vj.	500,70	271,42	92,68	46,23	+26,60
2. Vj.	516,50	284,13	96,55	63,16	+29,66

1) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

2) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 36*

Sozialproduktberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen-beitrag ²⁾	Zeitraum
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
In Preisen von 1980										
316,10	173,04	63,81	58,29	21,11	37,18	+15,50	85,20	79,74	+ 5,46	1976 1. Vj.
328,10	182,51	65,27	73,53	24,62	48,91	+ 2,20	88,22	83,63	+ 4,59	2. Vj.
335,20	183,14	65,63	70,96	22,15	48,81	+14,80	88,94	88,27	+ 0,67	3. Vj.
348,80	201,66	72,07	78,21	29,44	48,77	- 9,70	94,31	87,75	+ 6,56	4. Vj.
328,60	179,02	64,58	63,09	22,20	40,89	+16,70	89,20	83,99	+ 5,21	1977 1. Vj.
334,10	190,09	65,59	74,55	25,68	48,87	- 1,90	91,59	85,82	+ 5,77	2. Vj.
341,80	191,67	66,33	73,86	25,29	48,57	+13,30	90,13	93,49	- 3,36	3. Vj.
358,90	211,05	73,93	79,55	31,75	47,80	-14,90	97,57	88,30	+ 9,27	4. Vj.
336,50	187,28	67,29	62,57	23,46	39,11	+13,80	92,55	86,99	+ 5,56	1978 1. Vj.
346,40	197,24	68,48	79,29	27,64	51,65	- 2,40	95,34	91,55	+ 3,79	2. Vj.
354,80	199,58	68,70	78,51	27,92	50,59	+ 9,40	94,90	96,29	- 1,39	3. Vj.
370,20	217,35	76,34	84,32	34,26	50,06	-12,50	100,92	96,23	+ 4,69	4. Vj.
348,30	191,94	69,75	64,45	26,32	38,13	+20,80	97,37	96,01	+ 1,36	1979 1. Vj.
361,50	208,91	71,65	85,80	30,33	55,47	- 0,90	98,42	102,38	- 3,96	2. Vj.
369,80	204,17	71,21	84,88	30,38	54,50	+16,60	100,24	107,30	- 7,06	3. Vj.
384,00	225,39	77,71	91,59	37,12	54,47	-11,40	104,96	104,25	+ 0,71	4. Vj.
365,30	201,60	71,99	73,74	27,92	45,82	+17,90	107,95	107,88	+ 0,07	1980 1. Vj.
365,40	204,53	73,53	86,33	30,79	55,54	+ 0,70	104,77	104,46	+ 0,31	2. Vj.
372,80	207,57	73,86	86,29	31,04	55,25	+11,00	102,85	108,77	- 5,92	3. Vj.
381,70	227,08	78,41	89,44	37,59	51,85	-15,80	106,73	104,16	+ 2,57	4. Vj.
360,90	200,41	75,90	67,67	27,33	40,34	+14,30	107,14	104,52	+ 2,62	1981 1. Vj.
364,90	204,01	73,90	84,58	29,75	54,83	- 4,50	109,26	102,35	+ 6,91	2. Vj.
374,80	206,00	74,50	84,02	29,90	54,12	+ 5,10	114,77	109,59	+ 5,18	3. Vj.
384,70	225,96	78,99	83,42	34,83	48,59	-25,60	125,56	103,63	+21,93	4. Vj.
357,50	198,96	75,11	62,52	25,06	37,46	+ 9,30	118,58	106,97	+11,61	1982 1. Vj.
364,80	202,95	74,11	78,52	27,21	51,31	- 2,50	116,74	105,02	+11,72	2. Vj.
369,20	200,91	73,32	78,45	27,19	51,26	+ 9,30	114,86	107,64	+ 7,22	3. Vj.
379,50	222,41	78,20	83,39	34,13	49,26	-25,70	121,27	100,07	+21,20	4. Vj.
359,40	200,50	73,64	62,48	24,84	37,64	+ 8,40	115,95	101,57	+14,38	1983 1. Vj.
370,40	206,57	74,00	80,53	28,87	51,66	- 1,70	116,14	105,14	+11,00	2. Vj.
376,00	205,55	73,68	81,24	28,31	52,93	+11,20	112,34	108,01	+ 4,33	3. Vj.
393,10	226,98	80,12	88,19	37,88	50,31	-19,40	124,58	107,37	+17,21	4. Vj.
375,80	203,67	74,37	65,26	25,29	39,97	+17,50	125,04	110,04	+15,00	1984 1. Vj.
375,60	209,65	75,96	78,51	26,14	52,37	- 1,20	122,47	109,79	+12,68	2. Vj.
391,20	209,73	75,53	82,21	29,67	52,54	+12,90	124,87	114,04	+10,83	3. Vj.
405,50	229,24	82,96	88,92	38,26	50,66	-23,70	138,73	110,65	+28,08	4. Vj.
375,80	202,92	75,47	61,05	27,62	33,43	+16,80	134,39	114,83	+19,56	1985 1. Vj.
387,20	211,31	77,01	80,74	30,69	50,05	- 3,80	135,02	113,08	+21,94	2. Vj. ³⁾
402,70	214,87	77,80	83,33	30,79	52,54	+ 9,60	136,05	118,95	+17,10	3. Vj.
412,40	234,88	85,03	89,96	41,43	48,53	-23,50	140,28	114,25	+26,03	4. Vj.
381,00	208,24	77,08	62,21	28,77	33,44	+13,60	132,96	113,09	+19,87	1986 1. Vj.
400,10	221,71	79,51	85,24	33,83	51,41	- 1,20	137,81	122,97	+14,84	2. Vj.
411,40	221,88	80,40	85,06	31,61	53,45	+11,40	133,71	121,05	+12,66	3. Vj.
422,20	241,56	86,22	92,89	41,64	51,25	-19,30	141,40	120,57	+20,83	4. Vj.
389,30	214,56	79,03	63,11	30,60	32,51	+20,40	132,67	120,47	+12,20	1987 1. Vj.
403,20	228,33	80,24	85,64	34,01	51,63	- 2,40	135,31	123,92	+11,39	2. Vj.
418,20	229,72	81,21	88,23	33,78	54,45	+11,30	134,84	127,10	+ 7,74	3. Vj.
432,50	252,11	87,80	94,31	42,91	51,40	-19,40	147,39	129,71	+17,68	4. Vj.
406,10	224,47	80,32	39,28	+ 8,24	1988 1. Vj.
417,00	232,45	81,96	53,64	+10,63	2. Vj.

3) Durch Arbeitskämpfe beeinflusst.

4) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)
	ins-gesamt	darunter				ins-gesamt	darunter			
		Personal-aus-gaben	lau-fende Zu-schüsse	Zins-aus-gaben	Sach-investi-tionen		Steuern	Zuwei-sungen		
Öffentlicher Gesamthaushalt										
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	- 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	- 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	- 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	- 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	- 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	- 12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	- 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	- 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	- 15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	- 13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	- 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	- 27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	- 63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	- 48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	- 31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	- 39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	- 46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	- 57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	- 75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	- 69,94	68,60
1983	570,08	182,14	153,54	51,14	48,50	514,77	396,22	.	- 55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,49	53,31	47,62	537,05	414,55	.	- 46,50	49,78
1985	604,40	191,81	163,15	55,76	50,18	565,07	436,91	.	- 39,30	40,49
1986	627,83	200,53	170,23	57,60	53,20	585,58	452,56	.	- 42,19	41,78
1987	649,78	209,13	179,31	58,45	54,21	598,97	468,30	.	- 50,77	48,81
Bund										
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	- 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	- 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	- 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	- 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	- 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	- 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	- 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	- 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	- 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	- 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	- 10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	- 34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	- 28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	- 22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	- 26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	- 26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	- 27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	- 37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	- 37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	- 31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	- 28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,77	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	- 22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,32	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	- 23,26	22,93
1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	- 27,88	27,46

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1986 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1986 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1987 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1986 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)
	ins-gesamt	darunter				ins-gesamt	darunter			
		Personal-ausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder ²⁾									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	- 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	- 0,83	- 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	- 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	- 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	- 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	- 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	- 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	- 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	- 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	- 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	- 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	- 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	- 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	-19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	-15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	- 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	-12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	-14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	-22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	-26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	-24,57	24,03
1983	228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	-21,39	21,64
1984	234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	-18,23	19,38
1985	243,33	103,77	24,70	18,57	10,58	226,19	159,12	23,87	-17,14	17,18
1986	253,74	108,09	25,35	19,61	11,05	236,04	166,84	24,92	-17,67	16,75
1987	263,05	112,33	26,99	19,82	11,30	243,59	173,21	26,13	-19,45	18,75
	Gemeinden und Gemeindeverbände ³⁾									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	- 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	- 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	- 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	- 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	- 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	- 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	- 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	- 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	- 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	- 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	- 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	- 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	- 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	- 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	- 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	- 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	- 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	- 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	- 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	-10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	- 7,26	6,84
1983	151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	- 1,33	2,68
1984	154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23
1985	162,93	51,37	26,34	7,98	32,22	163,62	56,26	32,41	+ 0,69	1,10
1986	171,55	54,50	28,62	7,70	34,63	169,90	58,84	33,75	- 1,64	1,97
1987	178,06	57,52	30,24	7,52	35,23	175,74	59,84	35,66	- 2,32	3,32

²⁾ Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.³⁾ Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 38*

Ausgaben und Einnahmen der staatlichen

Mio

Jahr	Ins- gesamt	Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land	Ham- burg	Bremen	Berlin
Gesamtausgaben ²⁾												
1970	116 794	4 599	12 498	30 330	11 302	7 004	17 857	19 316	1 860	5 038	1 719	6 800
1971	137 311	5 446	14 728	35 409	13 412	8 398	21 055	22 470	2 163	5 704	2 032	7 915
1972	153 692	6 022	16 581	39 907	14 976	9 311	23 515	25 085	2 457	6 253	2 284	8 851
1973	173 829	6 869	19 215	45 100	16 787	10 404	26 719	28 104	2 882	6 777	2 627	10 149
1974	203 353	8 069	22 544	53 386	19 440	11 761	31 219	32 826	3 275	7 841	3 139	11 902
1975	219 224	8 808	24 377	57 466	20 612	12 469	33 082	35 778	3 632	8 514	3 519	13 093
1976	229 625	9 208	25 587	59 887	22 370	12 883	34 096	37 449	3 842	8 834	3 669	13 941
1977	240 098	9 611	26 956	62 270	22 459	13 586	36 568	39 190	3 989	9 569	3 852	14 622
1978	260 590	10 179	28 910	68 927	24 129	14 483	40 285	42 700	4 234	9 985	4 130	15 386
1979	284 160	11 145	31 713	74 764	26 236	15 742	44 595	46 833	4 621	10 322	4 393	16 457
1980	311 730	12 243	34 862	82 440	28 179	17 088	49 879	50 723	5 037	10 925	4 969	18 070
1981	325 170	12 788	36 764	85 825	29 548	18 012	50 858	53 262	5 275	11 556	5 033	18 920
1982	333 094	12 996	37 442	87 057	30 225	18 280	51 945	55 082	5 782	12 778	5 108	19 603
1983	337 132	13 515	37 340	86 952	30 448	18 518	52 392	56 093	5 928	12 800	5 263	20 334
1984	344 751	13 577	37 906	88 573	31 623	18 880	53 852	57 022	5 995	13 087	5 337	21 386
1985	359 658	14 324	39 768	92 812	33 040	19 643	55 166	60 190	6 678	13 415	5 521	22 161
1986	378 001	15 069	42 472	97 397	35 551	20 252	57 869	63 380	6 413	13 885	5 422	22 626
1987	397 710	16 064	43 755	100 937	38 065	21 431	61 514	67 940	6 808	14 534	5 987	24 153
darunter: Investitionsausgaben												
1970	35 487	1 264	3 761	9 202	3 491	2 227	5 963	6 276	439	1 114	442	1 305
1971	41 186	1 536	4 373	10 231	4 432	2 715	7 082	7 342	499	1 204	503	1 268
1972	43 862	1 605	4 620	11 071	4 791	2 845	7 462	7 720	564	1 239	559	1 390
1973	47 990	1 807	5 168	12 439	4 835	2 857	8 196	8 565	662	1 228	670	1 564
1974	52 831	1 859	5 764	14 139	5 170	3 072	9 055	9 034	686	1 333	828	1 891
1975	51 798	1 922	5 688	14 144	4 671	2 828	8 334	9 302	709	1 282	872	2 044
1976	51 581	1 951	5 364	13 473	5 632	2 736	7 704	9 611	749	1 201	775	2 384
1977	49 506	1 898	5 366	12 603	4 364	2 694	8 054	9 319	660	1 331	709	2 508
1978	55 505	2 017	5 861	14 951	4 668	2 955	9 468	10 163	692	1 358	731	2 640
1979	62 384	2 259	6 778	16 103	5 256	3 393	10 861	11 942	830	1 372	732	2 859
1980	70 994	2 623	7 618	18 555	5 930	3 688	12 790	13 339	893	1 433	935	3 190
1981	68 813	2 541	7 725	17 848	5 830	3 722	11 597	13 324	904	1 530	743	3 050
1982	64 955	2 243	6 817	16 426	5 717	3 376	10 847	13 049	1 141	1 674	614	3 050
1983	60 393	2 416	6 030	14 284	5 197	3 183	10 144	12 589	870	1 741	603	3 338
1984	60 981	2 285	5 840	14 429	5 355	3 285	10 826	12 194	887	1 613	647	3 769
1985	62 289	2 323	6 217	14 322	5 254	3 341	10 279	13 482	861	1 642	658	3 906
1986	65 847	2 443	7 228	14 906	5 969	3 481	10 634	14 477	869	1 639	545	3 656
1987	69 462	2 681	6 437	14 448	6 404	3 613	12 256	16 214	978	1 672	696	4 063
darunter: Personalausgaben												
1970	46 870	1 963	5 039	11 760	4 394	2 592	6 750	7 599	887	2 179	738	2 969
1971	56 339	2 340	6 102	14 169	5 308	3 149	8 184	8 924	1 051	2 621	890	3 603
1972	62 914	2 611	6 846	15 804	5 932	3 501	9 206	9 926	1 168	2 891	992	4 036
1973	72 629	2 982	8 008	18 183	6 828	4 076	10 672	11 484	1 347	3 292	1 152	4 606
1974	84 682	3 526	9 432	20 998	7 990	4 688	12 516	13 587	1 546	3 777	1 349	5 274
1975	92 768	3 852	10 495	22 949	8 732	5 101	13 727	14 868	1 683	4 021	1 515	5 826
1976	98 125	4 018	11 118	24 398	9 179	5 358	14 540	15 824	1 790	4 140	1 620	6 141
1977	105 123	4 274	11 871	26 368	9 862	5 750	15 626	16 927	1 906	4 362	1 725	6 454
1978	112 172	4 439	12 736	28 389	10 465	6 103	16 721	18 010	2 028	4 619	1 846	6 813
1979	120 294	4 756	13 613	30 614	11 140	6 489	18 081	19 322	2 138	4 900	1 987	7 253
1980	130 327	5 184	14 775	33 347	12 001	7 017	19 617	20 881	2 289	5 260	2 145	7 808
1981	138 425	5 505	15 785	35 276	12 780	7 433	20 902	22 264	2 397	5 571	2 278	8 235
1982	142 846	5 727	16 336	36 323	13 109	7 671	21 511	23 158	2 463	5 790	2 334	8 424
1983	147 007	5 889	16 816	37 114	13 501	7 915	22 188	24 023	2 540	5 993	2 395	8 629
1984	149 489	5 975	17 102	37 597	13 776	8 048	22 572	24 609	2 591	6 070	2 394	8 753
1985	155 142	6 198	17 805	39 150	14 307	8 323	23 526	25 461	2 695	6 228	2 437	9 010
1986	162 737	6 501	18 772	40 942	15 113	8 729	24 644	26 857	2 823	6 439	2 513	9 404
1987	168 896	6 824	19 682	42 613	15 740	9 063	25 877	28 239	2 950	6 427	2 603	8 879

1) Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1985 Rechnungsergebnisse; ab 1986 Kassenbestände, teilweise geschätzt.

2) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 38*

und kommunalen Haushalte nach Ländern¹⁾

DM

Ins-gesamt	Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land	Ham- burg	Bremen	Berlin	Jahr
noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben												
4 079	169	526	917	457	322	565	605	105	160	54	199	1970
4 810	211	635	1 048	574	392	652	693	118	198	63	227	1971
5 712	247	746	1 286	674	477	764	803	135	230	80	271	1972
6 908	319	881	1 533	818	582	931	980	159	293	107	307	1973
8 024	373	1 048	1 766	957	694	1 052	1 113	197	344	129	350	1974
9 148	423	1 238	2 032	1 070	749	1 187	1 251	215	414	177	392	1975
10 775	496	1 471	2 597	1 180	794	1 365	1 422	249	515	228	459	1976
11 988	573	1 684	2 890	1 309	887	1 458	1 538	277	586	272	514	1977
12 173	589	1 720	2 938	1 348	887	1 452	1 545	293	583	305	514	1978
13 594	630	1 865	3 599	1 430	933	1 715	1 664	317	577	335	528	1979
15 526	699	2 089	4 296	1 587	1 044	1 993	1 910	378	600	399	532	1980
18 483	828	2 452	5 256	1 862	1 244	2 431	2 193	461	686	491	579	1981
22 696	993	2 892	6 820	2 325	1 518	3 027	2 518	548	772	616	666	1982
24 446	1 081	3 052	7 560	2 409	1 586	3 223	2 682	609	856	686	702	1983
25 603	1 109	3 195	8 025	2 376	1 689	3 216	2 870	669	959	740	754	1984
26 577	1 221	3 289	8 286	2 448	1 786	3 235	2 927	738	1 115	779	753	1985
27 389	1 243	3 333	8 806	2 509	1 790	3 233	2 980	819	1 146	810	720	1986
27 336	1 268	3 347	8 830	2 466	1 829	3 102	2 989	793	1 196	795	721	1987
Gesamteinnahmen ²⁾												
108 080	4 166	11 630	28 463	10 208	6 261	16 406	18 110	1 738	4 485	1 636	6 506	1970
122 827	4 820	13 025	32 388	11 523	7 071	18 901	20 379	1 949	5 074	1 822	7 297	1971
145 355	5 559	15 753	38 115	13 657	8 309	22 576	24 230	2 279	5 729	2 192	8 504	1972
166 909	6 479	18 220	43 663	15 755	9 649	25 613	27 913	2 679	6 449	2 401	9 890	1973
185 961	7 426	20 058	48 660	17 387	10 446	28 651	31 217	2 846	7 333	2 713	11 269	1974
190 147	7 555	20 844	48 787	17 573	10 842	29 158	32 211	2 994	7 534	2 688	12 087	1975
210 185	8 217	22 662	54 382	19 464	11 720	32 617	35 616	3 294	8 235	2 959	13 160	1976
230 645	8 981	25 463	59 655	21 321	13 027	35 950	38 579	3 625	9 203	3 253	14 161	1977
246 582	9 709	26 987	62 982	23 144	13 813	38 670	41 859	3 905	9 442	3 475	15 355	1978
264 288	10 344	28 920	67 292	24 769	14 729	41 383	45 084	4 025	10 242	3 704	16 459	1979
283 643	11 430	31 773	71 521	26 079	15 681	45 553	48 527	4 364	10 225	3 961	17 220	1980
289 022	11 174	32 494	72 287	26 292	15 827	46 403	49 934	4 560	10 571	3 986	18 226	1981
301 256	11 659	34 079	76 056	27 365	16 341	47 966	51 417	4 599	11 054	4 265	19 158	1982
314 410	12 209	35 192	78 815	28 877	16 960	50 485	53 967	4 802	11 409	4 298	19 848	1983
327 637	12 545	36 284	81 488	30 312	17 814	52 406	56 773	5 169	11 890	4 604	20 846	1984
343 214	13 383	38 279	84 439	32 282	18 624	54 492	59 997	5 425	12 722	4 716	21 917	1985
357 286	13 999	39 006	89 505	33 767	18 847	57 598	62 157	5 691	12 786	4 768	22 443	1986
375 794	14 777	40 381	94 246	36 371	19 722	59 415	66 281	6 006	13 183	5 373	23 519	1987
darunter: Steuereinnahmen												
68 975	2 258	6 885	20 339	6 707	3 655	10 662	11 310	1 052	3 129	1 026	1 952	1970
77 978	2 863	7 885	22 588	7 434	4 116	12 289	12 843	1 170	3 577	1 168	2 045	1971
92 604	3 287	9 400	26 701	9 029	4 818	14 714	15 465	1 372	4 100	1 377	2 341	1972
106 763	3 845	10 929	30 523	10 426	5 721	16 842	17 957	1 588	4 635	1 563	2 734	1973
116 402	4 274	11 764	33 595	11 357	6 166	18 147	19 193	1 725	5 338	1 715	3 128	1974
115 274	4 274	12 013	33 077	11 040	6 140	18 153	18 865	1 707	5 261	1 677	3 067	1975
128 281	4 667	12 952	37 136	12 270	6 727	20 386	21 331	1 885	5 702	1 888	3 337	1976
145 271	5 262	15 249	41 434	13 876	7 750	23 365	24 031	2 207	6 440	1 991	3 666	1977
154 603	5 602	15 976	43 718	15 199	8 201	24 716	26 279	2 335	6 677	2 128	3 772	1978
165 456	5 976	17 278	46 591	16 182	8 860	26 517	28 096	2 397	7 444	2 162	3 953	1979
177 251	6 605	18 945	49 596	16 935	9 640	29 204	30 374	2 590	7 004	2 382	3 976	1980
176 732	6 469	18 402	48 897	17 052	9 454	29 471	30 546	2 692	7 295	2 386	4 068	1981
182 130	6 630	18 610	50 511	17 358	9 835	30 448	31 915	2 653	7 486	2 409	4 275	1982
191 556	7 011	19 768	53 164	18 523	10 221	31 605	33 756	2 745	7 721	2 450	4 592	1983
202 146	7 307	20 612	55 837	19 765	10 992	33 125	36 201	2 948	8 031	2 454	4 874	1984
215 001	7 732	22 191	58 470	21 392	11 596	35 321	38 513	3 064	8 692	2 656	5 374	1985
225 186	8 145	22 634	62 107	22 637	11 729	37 730	40 081	3 231	8 648	2 608	5 637	1986
232 450	8 304	23 541	63 935	23 507	12 359	38 547	41 806	3 365	8 631	2 692	5 765	1987

Tabelle 39 *

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Ins- gesamt ¹⁾	Darunter								
		Lohn- steuer	Ver- anlagte Ein- kommen- steuer	Körper- schaft- steuer	Steuern vom Umsatz ²⁾	Mineral- öl- steuer	Tabak- steuer	Ver- mögen- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Ge- werbe- steuer ³⁾
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 695	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 199	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 436	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1987	468 660	164 176	30 695	27 302	118 795	26 136	14 507	5 422	8 365	31 438
1986 1. Vj.	105 297	33 680	8 512	7 989	28 588	3 681	2 102	1 048	1 928	7 477
2. Vj.	107 458	34 521	5 273	8 434	26 692	6 420	3 480	1 050	2 954	7 951
3. Vj.	113 595	38 759	7 156	7 640	26 526	6 748	3 795	1 062	2 586	8 233
4. Vj.	126 085	45 273	8 940	8 238	29 333	8 795	5 103	1 236	1 889	8 326
1987 1. Vj.	108 743	35 896	7 722	7 000	30 814	3 985	2 144	1 252	2 005	7 561
2. Vj.	108 454	37 204	5 819	5 732	28 185	6 043	3 657	1 290	2 488	7 779
3. Vj.	118 173	41 837	7 513	7 209	28 177	7 003	3 620	1 362	2 079	7 868
4. Vj.	133 291	49 240	9 641	7 361	31 620	9 106	5 087	1 518	1 794	8 230
1988 1. Vj.	113 686	37 592	8 084	7 210	31 711	4 097	2 111	1 364	2 015	8 427
2. Vj.	114 971	37 911	6 569	7 158	29 994	6 618	3 510	1 337	2 312	8 672
3. Vj. ⁵⁾	...	42 439	8 286	6 874	29 359	6 856	3 883	1 364	2 078	...

¹⁾ Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätzuschlag und Investitionsteuer.

²⁾ Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer; 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

³⁾ Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.

⁴⁾ Ohne Saarland.

⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 40*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt ²⁾	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schularten			
		Bund ³⁾	Länder ⁴⁾	Gemeinden ⁵⁾	Anleihen ⁶⁾	Direktausleihungen der Kreditinstitute ^{7) 8)}	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen ^{7) 9)}	sonstige ^{7) 10)}
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	17 018	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	20 081	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 983	20 791	15 523	4 670	2 022	3 700	2 019	1 371
1956	41 984	20 633	15 741	5 610	1 726	4 432	2 239	1 623
1957	43 876	22 903	13 963	7 010	1 780	5 672	2 433	1 835
1958	46 509	23 431	14 708	8 370	2 303	7 962	2 483	1 883
1959	49 627	25 077	14 920	9 630	3 058	10 013	2 472	1 998
1960	52 759	26 820	14 695	11 169	3 528	11 205	2 667	2 604
1961	57 093	30 309	13 903	12 805	4 810	12 248	4 687	2 811
1962	60 365	31 820	13 402	15 068	5 700	13 634	4 880	3 235
1963	67 084	35 495	13 329	17 686	7 712	16 005	5 066	4 399
1964	73 796	37 675	14 291	21 264	8 974	20 371	5 659	5 121
1965	83 667	39 858	17 401	25 844	11 195	25 435	6 591	6 339
1966	93 048	42 696	20 328	29 465	12 092	30 275	7 245	7 868
1967	108 174	51 295	24 188	31 986	14 230	35 113	8 387	8 690
1968	117 117	55 517	26 339	34 186	16 074	43 782	6 957	9 221
1969	117 904	54 244	25 771	36 663	16 266	51 813	6 101	9 884
1970	125 890	56 512	27 786	40 295	17 491	59 556	5 725	11 104
1971	140 399	58 071	33 037	47 927	20 249	70 696	6 511	12 592
1972	156 063	61 641	36 963	55 984	24 972	81 903	7 374	14 667
1973 ¹¹⁾	167 754	67 242	39 462	59 900	27 378	92 104	14 392 ^{a)}	6 222
1974	192 383	77 529	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	113 680	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	133 262	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	153 921	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	180 647	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	205 523	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 173
1986	800 967	415 390	264 351	114 811	251 594	456 259	8 223	25 351
1987	848 816	440 476	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 042
1987 Mär	812 992	424 147	267 230	115 400	268 814	450 505	7 810	24 212
Jun	819 579	425 784	271 651	116 100	275 134	451 026	7 791	23 987
Sep	830 517	433 351	274 420	116 900	282 360	451 602	7 683	23 409
Dez	848 816	440 476	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 042
1988 Mär	865 593	454 268	286 969	118 300	302 311	462 571	7 318	22 891
Jun	873 728	459 271	290 207	118 350	307 135	463 658	7 301	22 244

1) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.

2) Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung ÖffA), ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden (einschließlich Zweckverbände).

3) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung ÖffA.

4) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.

5) Einschließlich Zweckverbände. — Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

6) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab 1981 ohne Kasensobligationen der Länder mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.

7) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen.

8) Ab 1974 einschließlich den bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.

9) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.

10) Einschließlich den bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.

11) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

a) Ab 1973 werden die vorher bei den sonstigen Nichtbanken ausgewiesenen Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen bei den Sozialversicherungen verbucht.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung
 Mrd DM

Zeitraum ¹⁾	Inländische nichtfinanzielle Sektoren						Ausland ⁵⁾	Finanzielle Sektoren zusammen ^{2) 6)}	Sektoren insgesamt ²⁾	
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ³⁾	Sozialversicherung ⁴⁾				zusammen ²⁾
		zusammen	Produktionsunternehmen	Wohnungswirtschaft						
I. Ersparnis und Vermögensübertragungen										
1965	34,44	29,26	19,73	9,53	12,46	3,71	79,77	5,38	2,04	87,29
1966	33,91	28,94	17,38	11,56	14,79	3,42	81,06	- 1,77	2,42	81,70
1967	31,93	31,47	18,10	13,37	10,63	- 1,00	73,03	-11,77	1,90	63,16
1968	38,64	35,00	21,08	13,92	14,32	- 0,32	87,64	-13,05	2,24	76,84
1969	45,46	31,18	21,05	10,13	26,36	1,14	104,14	- 9,26	3,12	98,00
1970	54,67	34,55	23,13	11,42	22,88	6,49	118,59	- 4,74	4,37	118,22
1971	60,01	33,04	16,59	16,45	21,51	7,44	122,00	- 2,69	3,77	123,08
1972	69,61	31,39	16,87	14,52	16,50	8,81	126,31	- 3,69	6,01	128,61
1973	72,29	27,93	17,13	10,80	27,71	13,79	141,72	-12,41	7,86	137,17
1974	83,24	20,58	3,32	17,26	17,18	4,76	125,76	-26,60	12,09	111,25
1975	96,29	14,22	1,24	12,98	-21,17	- 1,82	87,52	-10,68	11,23	88,07
1976	87,07	34,26	21,45	12,81	- 6,14	1,30	116,49	- 8,21	10,31	118,59
1977	83,34	28,99	19,93	9,06	6,75	- 3,14	115,94	- 8,10	11,14	118,97
1978	85,98	41,73	40,28	1,45	5,22	- 1,35	131,58	-16,83	14,14	128,89
1979	97,67	38,80	40,10	- 1,30	3,18	0,64	140,29	12,10	17,90	170,28
1980	107,35	19,49	15,82	3,67	- 3,26	4,46	128,04	27,28	20,54	175,86
1981	122,53	- 4,56	- 9,55	4,99	-24,14	7,07	100,90	11,25	23,05	135,20
1982	115,79	4,88	- 6,58	11,46	-27,12	8,66	102,21	- 8,41	20,48	114,28
1983	100,19	32,28	28,76	3,52	-13,29	0,80	119,98	-11,71	22,32	130,59
1984	110,14	30,67	22,02	8,65	- 4,99	0,43	136,25	-19,69	22,69	139,25
1985	113,39	31,82	21,38	10,44	2,66	5,94	153,81	-44,66	19,16	128,31
1986	126,53	69,07	48,13	20,94	- 2,04	9,93	203,49	-81,76	17,02	138,75
1987	129,94	80,59	57,10	23,49	- 8,95	7,23	208,81	-77,32	18,36	149,85
1988 1. Hj.	64,73	63,45	46,03	17,42	- 6,62	- 3,98	117,58	-40,16	9,98	87,39
II. Nettoinvestitionen⁷⁾ (Sachvermögensbildung)										
1965	-	68,03	41,36	26,67	17,71	0,20	85,94	-	1,36	87,29
1966	-	61,99	33,65	28,34	17,91	0,27	80,17	-	1,54	81,70
1967	-	46,22	18,89	27,33	15,21	0,26	61,69	-	1,47	63,16
1968	-	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	-	1,67	76,84
1969	-	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	-	2,07	98,00
1970	-	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	-	2,25	118,22
1971	-	90,45	50,61	39,84	29,87	0,25	120,57	-	2,51	123,08
1972	-	95,97	47,15	48,82	29,40	0,28	125,65	-	2,96	128,61
1973	-	103,56	51,53	52,03	30,10	0,38	134,04	-	3,13	137,17
1974	-	72,65	29,58	43,07	34,30	0,61	107,56	-	3,69	111,25
1975	-	49,74	13,67	36,07	34,14	0,49	84,37	-	3,70	88,07
1976	-	81,49	41,79	39,70	32,83	0,47	114,79	-	3,80	118,59
1977	-	83,12	40,08	43,04	32,10	0,47	115,69	-	3,30	118,97
1978	-	90,98	44,04	46,94	35,01	0,31	126,30	-	2,59	128,89
1979	-	128,68	72,98	55,70	39,10	0,37	168,15	-	2,13	170,28
1980	-	128,35	66,07	62,28	43,61	0,49	172,45	-	3,41	175,86
1981	-	92,17	32,75	59,42	38,77	0,77	131,71	-	3,49	135,20
1982	-	75,95	21,23	54,72	33,18	0,81	109,94	-	4,34	114,28
1983	-	95,18	35,22	59,96	28,96	0,86	125,00	-	5,59	130,59
1984	-	104,79	42,23	62,56	28,46	0,70	133,95	-	5,30	139,25
1985	-	93,60	43,14	50,46	28,69	0,83	123,12	-	5,20	128,31
1986	-	101,64	53,85	47,79	32,67	0,54	134,85	-	3,90	138,75
1987	-	112,26	65,20	47,06	33,27	0,66	146,19	-	3,66	149,85
1988 1. Hj.	-	71,87	48,80	23,07	14,37	0,33	86,57	-	0,82	87,39
III. Geldvermögensbildung										
1965	36,28	11,56	12,06	- 0,04	4,38	3,54	54,26	9,10	47,88	111,23
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	5,61	3,19	50,45	6,69	46,26	103,41
1967	33,75	18,72	18,95	0,28	11,38	- 1,12	61,11	2,89	60,05	124,05
1968	42,10	17,83	17,50	0,62	8,41	- 0,61	68,44	11,51	78,61	158,57
1969	50,66	19,12	19,80	- 0,32	6,90	0,86	78,14	10,82	81,59	170,57
1970	59,12	22,59	23,37	- 0,56	4,18	6,30	91,80	32,02	102,15	225,97
1971	67,33	30,20	30,42	0,11	7,28	7,26	110,04	20,47	112,32	242,83
1972	80,18	36,64	36,55	0,64	4,35	8,60	127,82	19,81	138,26	285,89
1973	77,74	25,46	25,22	0,75	17,47	13,28	130,01	25,13	132,43	287,57
1974	83,76	33,69	34,43	- 0,36	8,01	4,18	128,12	16,41	116,93	261,44
1975	104,07	31,14	31,46	- 0,14	14,81	0,20	143,03	27,57	168,34	338,94
1976	101,84	45,79	45,31	0,55	3,86	0,79	157,32	38,34	157,93	353,58
1977	98,65	38,74	37,58	1,00	11,13	- 3,58	146,97	29,88	167,17	344,02
1978	104,60	50,81	49,04	1,50	15,20	- 1,60	170,65	42,45	225,46	438,56
1979	118,37	45,32	43,17	1,80	7,23	0,22	171,77	42,06	186,51	400,34

1) Ab 1985 vorläufige Ergebnisse. – 2) Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. – 3) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. – 4) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. – 5) Einschließlich DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung
 Mrd DM

noch Tabelle 41*

Zeitraum ¹⁾	Inländische nichtfinanzielle Sektoren						Ausland ⁵⁾	Finanzielle Sektoren zusammen ⁶⁾	Sektoren insgesamt ²⁾	
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ³⁾	Sozialversicherung ⁴⁾				zusammen ²⁾
		zusammen	Produktionsunternehmen	Wohnungswirtschaft						
noch: III. Geldvermögensbildung										
1980	120,01	45,18	42,89	2,00	8,62	4,06	178,43	63,00	190,10	431,53
1981	130,11	56,94	54,72	2,00	12,46	6,37	206,04	56,18	210,86	473,08
1982	125,26	46,43	43,92	2,20	7,60	7,70	187,24	29,46	200,55	417,25
1983	112,70	68,45	65,38	2,80	13,47	- 0,01	194,38	26,68	203,90	424,96
1984	120,62	64,05	63,66	1,20	14,21	- 0,42	198,88	61,87	203,10	463,85
1985	126,17	58,93	62,97	- 1,40	16,62	5,19	207,63	72,13	222,11	501,87
1986	136,51	58,45	53,76	0,84	9,50	9,44	214,75	84,90	241,27	540,92
1987	141,51	59,70	64,55	- 2,55	10,50	6,51	218,80	52,79	235,98	507,57
1988 1. Hj.	71,11	31,56	34,32	- 1,50	2,68	- 4,19	101,37	10,53	62,21	174,11
IV. Kreditaufnahme und Aktienemission										
1965	1,84	50,32	33,69	17,10	9,63	0,03	60,33	3,71	47,19	111,23
1966	0,68	41,58	25,03	17,11	8,73	0,04	49,57	8,47	45,37	103,41
1967	1,82	33,46	19,74	14,24	15,96	0,14	49,77	14,66	59,62	124,05
1968	3,46	39,79	26,02	14,06	12,09	- 0,09	55,97	24,56	78,04	158,57
1969	5,20	62,88	45,56	17,69	1,32	- 0,06	69,94	20,08	80,55	170,57
1970	4,45	75,98	56,15	20,06	9,15	- 0,02	89,18	36,76	100,03	225,97
1971	7,32	87,61	64,45	23,50	15,64	0,07	108,61	23,16	111,06	242,83
1972	10,57	101,22	66,84	34,94	17,25	0,07	127,16	23,52	135,23	285,89
1973	5,45	101,09	59,62	41,98	19,86	- 0,14	122,34	37,54	127,70	287,57
1974	0,52	85,76	60,70	25,45	25,13	0,03	109,92	43,00	108,52	261,44
1975	7,78	66,65	43,89	22,95	70,12	2,51	139,88	38,25	160,81	338,94
1976	14,77	93,02	65,65	27,44	42,83	- 0,04	155,62	46,54	151,41	353,58
1977	15,31	92,86	57,72	34,98	36,48	0,03	146,72	37,97	159,33	344,02
1978	18,62	100,07	52,80	46,99	44,99	0,06	165,36	59,28	213,91	438,56
1979	20,70	135,21	76,05	58,80	43,15	- 0,05	199,64	29,96	170,75	400,34
1980	12,66	154,04	93,14	60,61	55,49	0,09	222,84	35,73	172,97	431,53
1981	7,58	153,67	97,01	56,43	75,37	0,07	236,85	44,94	191,29	473,08
1982	9,47	117,49	71,73	45,46	67,90	- 0,15	194,97	37,87	184,41	417,25
1983	12,51	131,35	71,85	59,24	55,72	0,05	199,40	38,39	187,17	424,96
1984	10,48	138,17	83,87	55,11	47,66	- 0,15	196,58	81,56	185,71	463,85
1985	12,78	120,70	84,72	38,62	42,65	0,08	176,93	116,79	208,15	501,87
1986	9,98	91,02	58,58	28,59	44,21	0,05	146,12	166,66	228,14	540,92
1987	11,57	91,38	72,66	21,02	52,72	- 0,06	156,19	130,11	221,28	507,57
1988 1. Hj.	6,38	39,99	37,10	4,15	23,67	0,12	70,37	50,69	53,05	174,11
V. Finanzierungssaldo ⁸⁾ (= I. ./ II. oder III. ./ IV.)										
1965	34,44	- 38,77	- 21,63	- 17,14	- 5,25	3,51	- 6,07	5,38	0,69	-
1966	33,91	- 33,05	- 16,27	- 16,78	- 3,12	3,15	0,89	- 1,77	0,88	-
1967	31,93	- 14,75	- 0,79	- 13,96	- 4,58	- 1,26	11,34	- 11,77	0,43	-
1968	38,64	- 21,96	- 8,52	- 13,44	- 3,68	- 0,52	12,48	- 13,05	0,57	-
1969	45,46	- 43,76	- 25,75	- 18,01	5,58	0,93	8,22	- 9,26	1,04	-
1970	54,67	- 53,40	- 32,78	- 20,62	- 4,97	6,32	2,62	- 4,74	2,12	-
1971	60,01	- 57,42	- 34,03	- 23,39	- 8,36	7,19	1,43	- 2,69	1,26	-
1972	69,61	- 64,58	- 30,28	- 34,30	- 12,90	8,53	0,66	- 3,69	3,04	-
1973	72,29	- 75,63	- 34,40	- 41,23	- 2,39	13,41	7,68	- 12,41	4,73	-
1974	83,24	- 52,08	- 26,27	- 25,81	- 17,12	4,15	18,19	- 26,60	8,40	-
1975	96,29	- 35,52	- 12,43	- 23,09	- 55,31	- 2,31	3,15	- 10,68	7,53	-
1976	87,07	- 47,23	- 20,34	- 26,89	- 38,97	0,83	1,70	- 8,21	6,51	-
1977	83,34	- 54,12	- 20,14	- 33,98	- 25,35	- 3,61	0,26	- 8,10	7,84	-
1978	85,98	- 49,25	- 3,76	- 45,49	- 29,79	- 1,66	5,28	- 16,83	11,55	-
1979	97,67	- 89,88	- 32,88	- 57,00	- 35,92	0,27	- 27,86	12,10	15,77	-
1980	107,35	- 108,86	- 50,25	- 58,61	- 46,87	3,97	- 44,41	27,28	17,13	-
1981	122,53	- 96,73	- 42,30	- 54,43	- 62,91	6,30	- 30,81	11,25	19,56	-
1982	115,79	- 71,07	- 27,81	- 43,26	- 60,30	7,85	- 7,73	- 8,41	16,14	-
1983	100,19	- 62,90	- 6,46	- 56,44	- 42,25	- 0,06	- 5,02	- 11,71	16,73	-
1984	110,14	- 74,12	- 20,21	- 53,91	- 33,45	- 0,27	2,30	- 19,69	17,39	-
1985	113,39	- 61,77	- 21,75	- 40,02	- 26,03	5,11	30,70	- 44,66	13,96	-
1986	126,53	- 32,57	- 4,82	- 27,75	- 34,71	9,39	68,64	- 81,76	13,12	-
1987	129,94	- 31,68	- 8,11	- 23,57	- 42,22	6,57	62,61	- 77,32	14,71	-
1988 1. Hj.	64,73	- 8,43	- 2,78	- 5,65	- 20,99	- 4,31	31,00	- 40,16	9,16	-

¹⁾ Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). – ²⁾ Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen.

³⁾ Finanzierungüberschuss bzw. -defizit (-) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Entwicklung der Geldbe
Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland ³⁾			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen ²⁾	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristige
1960	+ 16,82	-0,12	+ 16,94	+ 15,79	+ 1,15	+ 6,01	+ 7,95	- 1,93	+ 0,44
1961	+ 26,29	+2,48	+ 23,82	+ 22,34	+ 1,48	+ 1,49	- 0,03	+ 1,52	+ 1,14
1962	+ 24,34	+0,40	+ 23,94	+ 21,76	+ 2,18	+ 0,74	- 0,90	+ 1,65	+ 1,39
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	-1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	-0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	- 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	- 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	-2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	- 2,45	-10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+ 50,53	-0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	- 7,36	- 0,29
1971	+ 69,05	-0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	- 4,40	- 3,28
1972	+ 86,41	-2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	- 6,83	- 6,39
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	- 3,01	- 7,71
1974	+ 59,77	-1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	- 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	- 2,22	+19,06	+15,90
1976	+ 91,21	-5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	- 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	-1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	- 0,34	+ 8,25
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	-12,68	- 1,88
1979	+138,95	-1,95	+140,91	+112,38	+28,53	-21,84	- 4,85	-16,98	-12,14
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	-10,58	-27,93	+17,35	+ 7,35
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	- 3,22	+15,09	+ 3,48
1982	+104,44	-1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+10,23
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	- 4,07	+ 5,28	+ 8,08
1984	+108,06	-1,93	+109,99	+ 90,93	+19,06	+ 0,82	- 3,16	+ 3,97	+ 3,06
1985	+ 98,14	-2,47	+100,61	+ 81,69	+18,92	+29,97	+ 1,26	+28,71	+ 0,35
1986	+ 81,66	+3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+55,94	+ 5,97	+49,97	- 9,56
1987	+ 86,95	-2,85	+ 89,80	+ 61,16	+28,65	+53,21	+41,21	+12,00	+ 6,12
1985 1. Vj.	+ 20,48	+3,86	+ 16,62	+ 13,08	+ 3,54	- 0,87	-12,66	+11,79	+ 6,10
2. Vj.	+ 20,75	-6,17	+ 26,91	+ 23,32	+ 3,60	+ 9,99	+ 5,97	+ 4,02	- 0,74
3. Vj.	+ 11,70	-0,96	+ 12,66	+ 9,70	+ 2,97	+ 4,23	+ 5,69	- 1,47	- 1,36
4. Vj.	+ 45,21	+0,80	+ 44,41	+ 35,59	+ 8,82	+16,61	+ 2,25	+14,36	- 3,66
1986 1. Vj.	+ 5,81	+3,81	+ 2,00	+ 8,05	- 6,05	+ 5,55	+ 2,15	+ 3,41	- 4,48
2. Vj.	+ 23,56	-1,96	+ 25,52	+ 25,58	- 0,07	+ 5,40	- 8,04	+13,45	- 0,72
3. Vj.	+ 14,31	-0,34	+ 14,65	+ 12,65	+ 2,00	+17,28	+ 8,85	+ 8,43	- 3,43
4. Vj.	+ 37,99	+2,33	+ 35,67	+ 27,35	+ 8,32	+27,70	+ 3,00	+24,69	- 0,94
1987 1. Vj.	- 8,63	-2,26	- 6,37	- 2,61	- 3,77	+21,38	+14,22	+ 7,16	- 4,44
2. Vj.	+ 16,51	-0,42	+ 16,93	+ 14,44	+ 2,49	+14,99	+ 5,79	+ 9,20	- 2,52
3. Vj.	+ 36,01	-0,25	+ 36,26	+ 25,58	+10,68	- 4,33	- 1,51	- 2,82	+ 6,98
4. Vj.	+ 43,06	+0,07	+ 42,99	+ 23,75	+19,24	+21,17	+22,71	- 1,54	+ 6,10
1988 1. Vj.	+ 12,74	-0,21	+ 12,95	+ 5,65	+ 7,31	- 9,01	- 2,91	- 6,10	+ 7,62
2. Vj.	+ 36,77	+0,11	+ 36,66	+ 27,44	+ 9,22	- 1,55	- 9,93	+ 8,38	+ 3,30
3. Vj.	+ 32,81	+0,27	+ 32,55	+ 18,99	+13,55	- 7,17	-22,37	+15,20	- 3,46

1) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

2) Einschließlich Wertpapiere.

3) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

4) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 42*

stände im Bilanzzusammenhang¹⁾
vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen ⁴⁾			IV. Zentralbank-einlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse ⁷⁾	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II – III – IV – V)						Zeitraum
insgesamt ⁵⁾	darunter				insgesamt	Geldvolumen M 2			Spar-ein-lagen mit gesetz-licher Kündi-gungs-frist		
	Termin-gelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Sparein-lagen mit ver-ein-bar-ter Kündi-gungs-frist ⁶⁾				zu-sammen	Geld-volumen M 1 (Bar-geldum-lauf und Sichtein-lagen) ⁸⁾	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)			
					zu-sammen		zu-sammen	darunter unter 3 Mona-ten ⁹⁾			
+ 9,27	+ 2,31	+ 2,49	+ 1,46	+ 1,61	+10,50	+ 5,06	+ 3,42	+ 1,65	.	+ 5,44	1960
+11,11	+ 5,36	+ 0,85	+ 1,31	- 0,62	+15,99	+ 9,63	+ 7,50	+ 2,14	.	+ 6,36	1961
+13,95	+ 5,30	+ 2,97	- 0,35	- 1,08	+12,56	+ 6,34	+ 4,61	+ 1,73	.	+ 6,21	1962
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	- 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,56	+ 0,47	+ 7,42	1963
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	- 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	- 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	- 0,07	+11,13	1965
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	- 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	- 0,58	+ 8,46	1966
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+20,77	+ 1,49	+12,07	+ 1,19	+ 0,88	+28,11	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+47,00	+ 8,68	+20,62	- 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	- 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	- 0,40	+21,40	-21,79	-17,24	+38,82	1975
+59,12	+11,45	+22,65	-10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+42,92	+13,65	+14,24	- 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+54,80	+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+75,77	+18,68	+18,11	- 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+61,68	+14,57	+15,89	- 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+86,01	+13,77	+11,94	- 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	- 2,16	+39,54	+23,51	- 1,25	1981
+46,49	+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+67,14	+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+13,14	+22,73	- 9,58	- 9,38	+32,20	1983
+69,73	+26,27	+22,33	- 1,18	- 0,96	+41,27	+26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+74,99	+34,46	+21,59	+ 1,27	+ 6,46	+45,39	+23,82	+15,50	+ 8,32	+ 7,20	+21,57	1985
+69,83	+37,63	+25,26	- 1,11	+ 3,15	+65,72	+34,31	+24,65	+ 9,66	+ 9,03	+31,41	1986
+70,72	+43,13	+19,58	+ 3,52	+ 3,35	+62,57	+35,53	+27,02	+ 8,51	+ 8,27	+27,04	1987
+33,77	+ 9,31	+ 1,07	+ 2,05	+10,04	-26,24	-30,91	-29,01	- 1,90	+ 0,79	+ 4,67	1985 1. Vj.
+13,06	+ 6,48	+ 5,52	+ 2,64	+ 1,26	+13,79	+16,80	+ 9,19	+ 7,61	+ 0,88	- 3,01	2. Vj.
+ 5,50	+ 9,16	+ 0,28	+ 0,86	+ 8,03	+ 1,53	- 1,16	+ 3,39	- 4,55	- 4,75	+ 2,68	3. Vj.
+22,66	+ 9,51	+14,73	- 4,28	-12,87	+56,32	+39,09	+31,94	+ 7,15	+10,29	+17,23	4. Vj.
+25,67	+ 9,93	+ 5,65	+ 2,14	+ 8,84	-25,29	-29,11	-20,66	- 8,45	- 8,08	+ 3,82	1986 1. Vj.
+11,19	+ 8,78	+ 3,75	+ 1,89	- 0,53	+16,40	+14,95	+15,88	- 0,94	+ 0,31	+ 1,46	2. Vj.
+11,74	+ 9,02	+ 0,68	- 2,38	+10,03	+12,20	+ 7,78	- 2,38	+10,16	+ 4,15	+ 4,43	3. Vj.
+21,22	+ 9,91	+15,17	- 2,76	-15,18	+62,41	+40,70	+31,81	+ 8,89	+12,65	+21,70	4. Vj.
+23,95	+10,63	+ 5,98	+ 6,43	+ 2,18	-19,81	-25,89	-21,94	- 3,95	- 6,70	+ 6,08	1987 1. Vj.
+12,38	+ 9,13	+ 4,05	- 3,23	+ 3,56	+18,80	+18,69	+21,92	- 3,23	- 3,56	+ 0,10	2. Vj.
+14,17	+11,65	- 2,47	+ 2,41	+12,95	+ 2,14	- 1,36	- 1,55	+ 0,20	+ 6,85	+ 3,50	3. Vj.
+20,23	+11,71	+12,01	- 2,09	-15,34	+61,44	+44,09	+28,59	+15,49	+11,68	+17,36	4. Vj.
+10,65	+13,43	- 3,45	+ 3,49	+11,04	-21,45	-29,43	-16,27	-13,17	-13,98	+ 7,99	1988 1. Vj.
+ 9,87	+10,02	- 2,75	- 4,61	+ 6,18	+23,79	+22,34	+23,70	- 1,37	- 1,71	+ 1,46	2. Vj.
+ 6,71	+12,68	- 6,01	+ 4,43	+ 7,80	+ 6,71	+ 5,53	- 4,66	+10,19	+11,12	+ 1,18	3. Vj.

⁵⁾ Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

⁶⁾ Einschließlich Sparbriefe.

⁷⁾ Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

⁸⁾ Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

⁹⁾ Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43*

Zahlungsmittelbestände und Kredite
 Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen M 1			Geldvolumen M 2 ³⁾			Geldvolumen M 3 ⁴⁾		an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an öffentliche Haushalte	
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter		insgesamt	Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist			
		Bargeldumlauf ¹⁾	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken ²⁾		Quasigeldbestände	darunter					
				zusammen	mit Befristung bis unter 3 Monaten			insgesamt ⁵⁾	kurzfristig ⁶⁾		
1955	31,46	14,04	17,42	42,54	11,08	1,86	56,65	14,11	66,95	29,28	16,19
1956	33,87	14,88	19,00	47,44	13,56	2,70	63,13	15,69	76,03	30,81	17,58
1957	37,70	16,46	21,24	54,84	17,14	3,20	73,28	18,44	84,11	33,08	19,18
1958	42,46	17,94	24,52	60,40	17,94	3,20	83,25	22,85	93,89	33,45	21,74
1959	47,66	19,38	28,27	67,63	19,97	3,32	96,68	29,05	110,39	36,36	25,19
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	140,43	41,84	27,32
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	162,76	48,12	28,80
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	184,45	51,42	30,91
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	206,66	55,36	34,53
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	231,79	60,65	40,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	259,27	67,31	47,53
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	1 039,51	236,50	300,54
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	1 289,35	303,65	408,70
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	1 380,53	317,99	427,94
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	1 468,77	340,19	446,84
1985	329,74	104,24	225,50	566,14	236,41	158,81	961,56	395,41	1 548,16	344,78	465,75
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	1 642,95	342,06	471,62
1987	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	1 699,77	325,81	500,49
1986 1. Vj.	313,44	104,19	209,25	547,99	234,55	153,64	960,17	412,18	1 579,21	349,66	460,96
2. Vj.	329,32	105,41	223,92	562,94	233,62	153,95	976,57	413,63	1 606,20	353,38	460,69
3. Vj.	326,94	107,05	219,89	570,22	243,29	157,92	988,28	418,06	1 617,20	343,91	463,34
4. Vj.	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	1 642,95	342,06	471,62
1987 1. Vj.	336,81	111,37	225,44	584,82	248,02	163,87	1 030,66	445,84	1 638,26	333,41	468,08
2. Vj.	358,73	115,42	243,31	603,52	244,79	160,32	1 049,46	445,94	1 652,70	330,05	470,57
3. Vj.	357,18	117,52	239,66	602,16	244,98	167,17	1 051,60	449,44	1 678,27	329,17	481,25
4. Vj.	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	1 699,77	325,81	500,49
1988 1. Vj.	369,50	127,23	242,27	616,81	247,31	164,87	1 091,60	474,78	1 705,71	326,34	507,56
2. Vj.	393,48	129,13	264,35	639,42	245,94	163,15	1 115,86	476,44	1 731,89	334,40	516,78
3. Vj.	389,10	133,21	255,89	645,23	256,13	174,27	1 122,85	477,62	1 752,17	330,98	530,21

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

2) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.

3) Geldvolumen M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).

4) Geldvolumen M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

5) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.

6) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.

7) Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 44*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt (1980 = 100)

Zeitraum	Ins-gesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter	Ver-brauchs-güter	Ins-gesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter	Ver-brauchs-güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	27,8	30,3	24,0	35,2	47,7	47,8	43,7	59,4
1963	29,3	31,3	25,7	36,5	50,1	49,8	46,8	60,5
1964	33,5	36,2	29,7	40,9	56,8	56,7	53,5	66,8
1965	35,7	37,1	32,1	44,3	59,0	56,7	56,1	70,9
1966	35,6	38,4	31,3	43,8	57,7	58,3	53,7	68,8
1967	35,5	38,6	31,3	43,3	58,3	60,2	53,9	68,5
1968	41,0	43,4	37,2	48,6	70,8	71,7	67,0	80,9
1969	50,6	50,9	49,0	54,3	84,7	81,4	85,1	88,3
1970	53,0	53,5	51,4	56,5	83,1	81,3	81,9	88,4
1971	53,9	53,7	51,0	62,6	80,5	80,3	76,0	94,4
1972	58,0	58,5	54,5	67,9	84,4	86,6	78,7	98,1
1973	67,8	69,0	66,1	71,1	94,6	97,3	92,3	97,5
1974	73,4	82,7	68,7	72,7	89,8	93,8	88,2	88,9
1975	72,1	72,8	71,4	72,3	85,4	84,6	85,1	86,7
1976	81,8	82,7	81,2	82,2	93,6	93,4	93,1	95,6
1977	82,7	80,2	83,4	84,8	92,8	91,7	92,0	96,4
1978	86,8	83,6	87,8	89,0	96,0	95,9	94,7	99,6
1979	96,3	95,4	96,9	96,0	102,1	102,8	101,6	102,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,5	104,5	105,9	100,4	99,5	98,5	101,5	95,7
1982	103,4	102,0	105,4	100,2	93,9	91,5	95,9	92,1
1983	107,9	109,2	108,2	105,0	96,4	98,1	96,0	94,8
1984	118,2	120,8	119,3	111,4	102,5	104,3	103,3	97,4
1985	127,8	125,7	133,6	115,0	107,8	105,5	112,7	97,9
1986	127,9	119,0	136,4	118,6	107,7	104,0	112,5	99,9
1987	128,2	117,9	136,7	121,2	107,8	106,5	110,7	101,0
1983 1. Vj.	110,6	105,4	115,0	106,7	99,6	95,4	102,9	97,1
2. Vj.	103,7	107,7	101,8	102,7	92,9	97,2	90,3	93,1
3. Vj.	102,0	107,8	99,3	100,2	90,9	96,7	87,7	90,2
4. Vj.	115,4	116,0	116,8	110,6	102,2	103,0	102,9	98,8
1984 1. Vj.	123,6	124,1	125,2	118,4	108,3	108,6	109,4	104,9
2. Vj.	112,4 ^{a)}	120,6 ^{a)}	109,6 ^{a)}	107,4	97,6 ^{a)}	104,4 ^{a)}	95,0 ^{a)}	94,3
3. Vj.	112,6	116,0	113,8	104,5	97,3	99,6	98,2	90,8
4. Vj.	124,2	122,4	128,6	115,4	106,7	104,5	110,4	99,7
1985 1. Vj.	131,5	128,5	137,6	119,8	111,8	108,3	117,2	102,7
2. Vj.	125,5	127,4	129,5	111,6	105,7	106,3	109,1	94,9
3. Vj.	123,0	123,6	126,7	111,7	103,3	103,3	106,4	94,6
4. Vj.	131,0	123,1	140,6	117,1	110,3	104,0	117,9	99,2
1986 1. Vj.	131,7	122,2	140,6	122,0	110,6	104,3	116,9	103,0
2. Vj.	129,8	123,0	138,5	116,3	109,1	106,8	114,3	97,9
3. Vj.	122,7	116,4	128,5	116,5	103,3	102,8	105,5	98,0
4. Vj.	127,6	114,2	138,1	119,7	107,9	102,2	113,3	100,6
1987 1. Vj.	128,6	115,7	137,1	125,8	108,6	104,6	111,8	105,4
2. Vj.	124,2	116,9	131,3	115,9	104,5	105,9	106,4	96,7
3. Vj.	126,3	117,6	133,4	120,6	106,0	106,3	107,7	100,3
4. Vj.	133,7	121,3	144,9	122,5	111,9	109,3	116,8	101,5
1988 1. Vj.	140,9	128,4	149,6	136,5	117,4	115,5	119,8	112,6
2. Vj.	136,5	129,9	144,5	124,7	112,7	115,4	115,0	102,2
3. Vj.	138,1	128,3	147,4	128,3	113,2	112,0	116,8	104,5

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

^{a)} Durch Arbeitskämpfe beeinflusst.

noch Tabelle 44*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland (1980 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	33,4	37,1	28,8	38,9	56,5	58,5	51,3	65,9
1963	34,3	37,4	30,0	39,9	57,8	59,1	53,2	66,4
1964	39,5	44,0	34,6	44,7	66,0	69,0	61,0	73,3
1965	42,0	44,3	37,8	48,5	68,3	67,5	64,6	77,8
1966	40,6	44,7	35,2	47,5	64,7	67,6	58,7	74,7
1967	39,2	43,3	33,7	46,4	63,4	67,5	56,6	73,7
1968	45,1	49,1	39,9	51,8	77,8	81,7	71,5	86,8
1969	55,9	58,3	53,8	57,2	94,0	94,8	93,3	93,9
1970	59,1	60,8	57,7	59,7	92,6	93,5	91,3	93,8
1971	59,8	60,4	56,7	66,1	89,1	90,5	83,5	100,0
1972	63,7	64,6	59,7	71,5	92,2	95,3	85,5	103,7
1973	70,8	74,6	67,4	73,6	98,6	105,7	93,4	101,1
1974	73,2	84,8	65,9	74,7	89,9	99,5	83,7	91,5
1975	75,6	77,4	74,6	74,8	89,7	91,2	88,5	89,9
1976	82,0	86,9	78,4	83,3	94,2	99,0	89,9	97,1
1977	84,5	82,6	84,8	86,0	94,7	93,6	93,6	98,2
1978	88,8	85,1	90,6	89,7	98,3	97,1	97,8	100,8
1979	97,1	96,1	98,1	96,4	103,2	103,6	102,9	103,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,8	100,2	98,3	98,2	94,2	94,5	94,3	93,6
1982	98,3	97,3	99,7	96,7	89,3	87,2	90,8	88,9
1983	103,1	103,5	103,6	101,4	92,1	92,7	91,9	91,6
1984	109,5	110,3	110,9	105,5	95,0	95,4	96,1	92,3
1985	116,4	114,0	122,4	107,4	98,5	95,8	103,5	91,5
1986	119,1	110,0	128,9	110,9	100,4	95,4	106,6	93,5
1987	118,8	107,6	128,5	113,4	99,7	96,0	104,3	94,6
1983 1. Vj.	106,9	99,3	113,4	103,1	96,3	89,5	101,5	93,8
2. Vj.	100,1	104,4	97,9	99,4	89,6	93,8	86,8	90,1
3. Vj.	97,2	103,0	93,8	96,9	86,6	92,2	82,8	87,3
4. Vj.	108,2	107,5	109,4	106,4	95,9	95,3	96,4	95,2
1984 1. Vj.	115,7	112,6	119,6	111,9	101,5	98,4	104,5	99,1
2. Vj.	104,8 ^{a)}	110,2 ^{a)}	103,0 ^{a)}	101,9	91,2 ^{a)}	95,5 ^{a)}	89,4 ^{a)}	89,4
3. Vj.	104,8	107,7	105,5	99,6	90,6	92,6	91,2	86,6
4. Vj.	112,6	110,9	115,5	108,8	96,9	95,0	99,4	94,1
1985 1. Vj.	117,7	112,3	124,1	111,6	100,4	95,0	106,1	95,8
2. Vj.	113,9	115,9	117,6	104,1	96,2	96,9	99,4	88,7
3. Vj.	113,8	115,3	117,3	104,8	95,8	96,4	98,9	88,9
4. Vj.	120,2	112,6	130,5	109,3	101,4	94,8	109,8	92,7
1986 1. Vj.	120,1	109,5	130,0	113,1	101,0	92,9	108,5	95,5
2. Vj.	121,2	114,0	131,9	108,3	102,0	98,2	109,3	91,4
3. Vj.	116,7	110,6	124,1	109,7	98,4	96,7	102,2	92,4
4. Vj.	118,6	105,9	129,4	112,6	100,1	93,8	106,3	94,7
1987 1. Vj.	119,3	104,0	129,9	117,1	100,7	92,9	106,2	98,3
2. Vj.	115,1	107,7	122,9	108,6	96,7	96,2	99,8	90,7
3. Vj.	118,7	109,3	127,3	113,0	99,5	97,6	103,1	94,0
4. Vj.	122,2	109,3	133,7	114,9	102,1	97,3	108,0	95,2
1988 1. Vj.	128,6	113,6	138,8	126,6	107,0	101,0	111,4	104,4
2. Vj.	124,7	118,1	133,2	116,2	103,1	104,1	106,2	95,3
3. Vj.	128,3	118,6	138,5	119,7	105,2	103,0	110,1	97,4

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

^{a)} Durch Arbeitskämpfe beeinflusst.

noch Tabelle 44*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland (1980 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	15,7	15,9	15,8	14,6	28,6	25,1	31,1	23,3
1963	18,4	18,5	18,6	17,4	33,5	30,0	36,1	27,5
1964	20,7	19,8	21,4	19,4	37,0	30,8	40,9	30,3
1965	22,2	21,8	22,6	20,9	38,7	33,8	42,1	32,3
1966	24,8	25,2	24,9	23,4	42,6	38,8	45,4	35,6
1967	27,4	28,5	27,2	25,7	47,1	44,9	49,3	39,4
1968	32,1	31,5	32,6	30,6	55,8	50,5	59,4	48,0
1969	39,2	35,4	41,2	37,7	64,7	53,1	71,4	57,3
1970	39,8	38,2	40,8	38,6	62,3	55,5	66,3	57,9
1971	41,1	39,6	41,5	43,3	62,1	58,7	63,6	63,3
1972	45,7	45,4	45,6	47,7	67,6	68,3	67,4	67,4
1973	61,3	57,1	63,8	57,7	86,0	79,4	90,4	77,5
1974	73,7	78,1	73,5	61,4	89,7	81,8	95,7	74,2
1975	64,5	63,1	66,1	58,6	76,0	70,8	79,5	68,9
1976	81,4	73,9	85,8	76,5	92,4	81,7	98,3	87,6
1977	79,0	75,2	81,0	78,1	88,6	87,6	89,4	86,4
1978	82,5	80,4	83,2	84,8	91,0	93,5	89,5	92,8
1979	94,5	93,7	95,0	93,9	99,9	101,0	99,5	99,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	116,7	113,7	118,7	112,9	110,8	106,9	113,3	107,8
1982	114,4	111,9	114,8	119,6	103,9	100,8	104,6	109,9
1983	118,3	121,2	115,9	125,3	105,8	109,6	102,8	112,9
1984	137,1	142,8	133,3	144,3	118,5	123,2	115,1	125,7
1985	152,3	150,3	152,5	157,4	127,8	126,0	127,8	132,9
1986	146,9	137,8	149,2	161,5	123,7	122,7	122,4	134,7
1987	148,5	139,6	150,4	164,7	125,2	129,9	121,3	136,7
1983 1. Vj.	118,6	118,2	117,5	127,4	106,9	108,0	105,2	115,8
2. Vj.	111,4	114,6	108,4	121,2	100,0	104,7	96,3	109,8
3. Vj.	112,3	118,0	108,6	118,7	100,1	106,3	96,1	106,7
4. Vj.	131,0	134,1	129,0	133,8	116,0	119,5	113,8	119,3
1984 1. Vj.	140,5	148,6	134,5	154,7	122,9	130,5	117,3	136,6
2. Vj.	128,8 ^{a)}	142,5 ^{a)}	120,7 ^{a)}	138,6	111,7 ^{a)}	123,5 ^{a)}	104,4 ^{a)}	121,2
3. Vj.	129,7	133,5	127,6	131,9	111,6	114,4	109,9	114,2
4. Vj.	149,5	146,8	150,4	152,1	127,7	124,4	128,9	130,9
1985 1. Vj.	161,5	162,9	160,3	165,6	136,3	136,2	135,8	141,2
2. Vj.	150,6	152,0	149,5	152,9	125,9	126,3	125,2	129,2
3. Vj.	142,8	141,0	142,5	150,6	119,2	117,8	118,9	126,5
4. Vj.	154,3	145,4	157,7	160,6	129,5	123,7	131,4	134,7
1986 1. Vj.	156,8	149,1	158,3	171,8	131,4	128,9	130,7	143,4
2. Vj.	148,3	141,9	149,6	160,8	124,5	125,4	122,7	133,9
3. Vj.	135,5	128,8	136,0	154,0	114,2	116,2	111,2	128,4
4. Vj.	147,1	131,5	152,8	159,4	124,6	120,5	125,0	132,9
1987 1. Vj.	148,7	140,3	149,1	173,8	126,1	130,6	121,2	144,8
2. Vj.	143,8	136,3	145,5	157,2	121,5	127,1	117,5	130,6
3. Vj.	142,7	135,2	143,4	163,1	120,0	125,7	115,2	135,2
4. Vj.	158,7	146,5	163,8	164,9	133,4	136,1	131,4	136,3
1988 1. Vj.	167,7	159,9	167,9	192,2	140,0	147,5	133,9	158,5
2. Vj.	161,8	154,8	163,6	172,3	133,5	139,8	129,5	141,4
3. Vj.	159,4	148,7	162,1	176,4	130,4	131,3	127,8	144,0

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

^{a)} Durch Arbeitskämpfe beeinflusst.

Tabelle 45*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 149	281 250	389 359	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 581	441 888	562 482	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 431	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1987	1 476 865	31 740	1 445 126	394 482	673 636	205 017	171 990
1986 1. Vj.	357 139	8 935	348 203	105 094	150 801	49 807	42 501
2. Vj.	372 597	7 736	364 861	106 933	165 321	48 444	44 162
3. Vj.	356 242	7 072	349 169	98 942	155 724	50 746	43 757
4. Vj.	382 419	9 455	372 964	96 147	179 688	51 501	45 627
1987 1. Vj.	353 599	7 997	345 602	92 833	159 892	51 204	41 674
2. Vj.	362 225	7 233	354 992	99 715	164 279	48 318	42 679
3. Vj.	364 955	7 069	357 886	100 936	162 306	52 014	42 630
4. Vj.	396 086	9 440	386 646	100 998	187 160	53 481	45 007
1988 1. Vj.	370 943	8 191	362 751	100 427	164 641	55 173	42 511
2. Vj.	384 873	7 190	377 683	105 465	177 303	51 530	43 385
3. Vj.	388 440	7 173	381 267	107 675	173 862	54 499	45 231

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 45*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 162	390 985	160 227	160 206
1987	1 038 339	28 435	1 009 905	280 240	408 236	164 567	156 861
1986 1. Vj.	249 563	7 957	241 606	74 523	89 156	39 447	38 480
2. Vj.	260 603	6 770	253 833	76 512	98 535	38 550	40 236
3. Vj.	253 089	6 300	246 789	71 439	95 084	40 416	39 851
4. Vj.	268 737	8 385	260 352	68 688	108 210	41 815	41 639
1987 1. Vj.	248 299	7 209	241 090	65 036	97 122	40 944	37 987
2. Vj.	253 748	6 506	247 242	71 120	98 580	38 796	38 746
3. Vj.	259 587	6 377	253 210	72 540	100 215	41 544	38 911
4. Vj.	276 705	8 343	268 362	71 543	112 320	43 282	41 217
1988 1. Vj.	257 312	7 419	249 892	68 692	98 544	43 889	38 768
2. Vj.	268 003	6 405	261 598	73 341	107 569	41 086	39 603
3. Vj.	273 098	6 466	266 632	75 945	106 258	43 319	41 110

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 45*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 025	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 182	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1987	438 526	3 305	435 221	114 242	265 400	40 450	15 130
1986 1. Vj.	107 576	978	106 598	30 572	61 645	10 360	4 021
2. Vj.	111 994	966	111 028	30 422	66 786	9 895	3 926
3. Vj.	103 152	772	102 380	27 503	60 641	10 330	3 906
4. Vj.	113 682	1 070	112 612	27 459	71 478	9 687	3 989
1987 1. Vj.	105 301	789	104 512	27 796	62 770	10 259	3 686
2. Vj.	108 476	727	107 750	28 595	65 699	9 522	3 933
3. Vj.	105 368	692	104 676	28 396	62 091	10 470	3 719
4. Vj.	119 381	1 097	118 284	29 455	74 840	10 198	3 791
1988 1. Vj.	113 631	772	112 859	31 735	66 098	11 284	3 743
2. Vj.	116 869	784	116 085	32 124	69 733	10 445	3 782
3. Vj.	115 342	708	114 634	31 730	67 604	11 180	4 121

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 46*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Zeitraum	Index der Nettoproduktion ²⁾								Index der Brutto- produktion ⁴⁾	
	ins- gesamt ³⁾	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			Verarbeitendes Gewerbe					
		zusam- men	Bergbau	zusam- men	Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe		
						produzierendes Gewerbe				
1970 = 100										
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
1976 = 100										
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
1980 = 100										
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
1985 = 100										
1978	94,0	93,0	105,1	92,6	99,2	85,6	104,8	91,8	83,9	106,5
1979	98,7	97,6	109,0	97,2	106,2	89,5	108,2	95,0	87,6	109,0
1980	98,7	97,6	110,2	97,2	102,0	91,8	106,7	97,0	91,6	103,7
1981	96,3	95,7	110,5	95,2	97,9	91,5	100,3	98,5	93,5	98,0
1982	93,2	92,5	105,6	92,1	93,0	90,0	95,4	95,2	91,5	95,8
1983	93,8	93,0	99,5	92,7	95,7	89,3	97,0	96,0	90,2	96,9
1984	96,5	95,7	98,4	95,6	99,5	91,9	99,4	97,7	89,8	97,5
1085	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,3	102,2	95,9	102,4	99,4	104,4	102,2	101,5	101,9	105,0
1987	102,6	102,3	91,6	102,6	99,3	104,8	103,2	100,3	100,4	106,6
1988 1. Vj.	102,5	103,2	94,9	103,4	102,0	104,0	107,9	98,0	97,3	110,3
2. Vj.	105,4	105,3	82,8	106,0	105,9	108,3	103,9	97,7	102,4	107,4
3. Vj.	103,9	103,4	81,9	104,1	106,6	103,3	103,4	102,2	99,2	101,4

1) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.

2) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff., 12/1983, S. 931 ff., 3/1988, S. 182 ff.

3) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).

4) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.

5) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 47*

Beschäftigte im Bergbau und
in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver	
	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter	zusammen	
					Be- schäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1987	7 055	4 802	203	162	6 851	4 640
1985 1. Vj.	6 861	4 702	213	170	6 648	4 532
2. Vj.	6 891	4 730	211	169	6 680	4 561
3. Vj.	7 004	4 824	214	172	6 789	4 653
4. Vj.	7 016	4 819	213	170	6 804	4 649
1986 1. Vj.	6 995	4 797	210	168	6 785	4 628
2. Vj.	7 029	4 824	209	167	6 820	4 657
3. Vj.	7 124	4 897	210	168	6 914	4 730
4. Vj.	7 103	4 860	209	167	6 893	4 693
1987 1. Vj.	7 040	4 797	207	165	6 833	4 633
2. Vj.	7 033	4 791	204	163	6 829	4 628
3. Vj.	7 090	4 832	202	161	6 887	4 671
4. Vj.	7 056	4 789	200	159	6 856	4 630
1988 1. Vj.	6 995	4 734	198	157	6 798	4 577
2. Vj.	7 004	4 743	195	154	6 809	4 588
3. Vj.	7 084	4 808	193	152	6 891	4 655

1) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 47*

im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾
1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genussmittelgewerbe		
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
								2)
produzierendes Gewerbe								
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 344	866	3 758	2 501	1 306	985	442	289	1987
1 350	879	3 538	2 368	1 317	996	443	288	1985 1. Vj.
1 364	894	3 563	2 389	1 313	993	440	286	2. Vj.
1 382	908	3 635	2 446	1 321	1 000	452	298	3. Vj.
1 375	899	3 663	2 461	1 318	996	447	293	4. Vj.
1 350	877	3 685	2 474	1 314	994	436	284	1986 1. Vj.
1 363	889	3 709	2 491	1 310	992	436	285	2. Vj.
1 378	901	3 767	2 533	1 318	998	451	298	3. Vj.
1 366	886	3 767	2 521	1 314	993	447	293	4. Vj.
1 336	860	3 754	2 504	1 306	986	436	284	1987 1. Vj.
1 344	868	3 746	2 494	1 302	982	437	284	2. Vj.
1 353	874	3 774	2 512	1 310	988	450	297	3. Vj.
1 343	862	3 760	2 494	1 307	982	446	292	4. Vj.
1 323	843	3 736	2 471	1 304	980	435	283	1988 1. Vj.
1 334	853	3 736	2 471	1 304	980	435	283	2. Vj.
1 349	865	3 779	2 506	1 313	988	450	297	3. Vj.

2) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 48*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾
Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1987	7 779	229	7 550	1 431	3 995	1 600	525
1985 1. Vj.	2 003	65	1 938	372	1 010	424	131
2. Vj.	1 950	60	1 890	378	979	404	129
3. Vj.	1 948	63	1 885	376	975	398	135
4. Vj.	2 009	62	1 947	380	1 015	416	136
1986 1. Vj.	1 966	63	1 903	361	1 006	410	127
2. Vj.	2 014	61	1 953	378	1 039	407	129
3. Vj.	1 971	60	1 911	369	1 010	397	135
4. Vj.	2 011	59	1 951	369	1 034	413	135
1987 1. Vj.	1 979	61	1 918	356	1 024	410	128
2. Vj.	1 923	56	1 866	359	988	392	127
3. Vj.	1 901	54	1 846	355	967	390	135
4. Vj.	1 976	57	1 920	361	1 016	407	135
1988 1. Vj.	1 983	59	1 924	358	1 023	415	129
2. Vj.	1 921	51	1 869	358	989	396	127
3. Vj.	1 872	51	1 821	353	949	386	133

¹⁾ Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 49*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1970 = 100							
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1976 = 100							
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
1980 = 100							
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
1985 = 100							
1978	83,2	97,7	82,7	86,4	80,9	84,8	78,4
1979	86,9	101,2	86,5	91,9	83,8	88,3	82,1
1980	87,4	101,2	86,9	89,1	86,2	88,8	81,9
1981	88,4	100,5	88,0	88,1	88,7	88,6	83,7
1982	89,0	96,0	88,7	87,4	90,0	90,1	84,2
1983	92,4	94,8	92,3	93,0	92,0	95,2	87,9
1984	96,0	98,2	95,9	98,3	94,7	98,1	92,6
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,3	98,8	101,3	100,9	101,0	102,4	102,8
1987	103,1	99,1	103,3	103,3	102,7	104,6	103,9
1988 1. Vj.	102,2	101,1	102,2	105,0	99,6	106,1	101,9
2. Vj.	107,0	97,0	107,3	110,7	106,7	105,4	104,1
3. Vj.	108,3	98,9	108,6	114,5	105,8	107,8	107,8

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff., 12/1983, S. 931 ff., 3/1988, S. 182 ff.

Tabelle 50*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten								
	Rauminhalt ¹⁾				veranschlagte Kosten des Bauwerkes ²⁾				
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		
			nichtöffentliche Bauherren ³⁾	öffentliche Bauherren ⁴⁾			nichtöffentliche Bauherren ³⁾	öffentliche Bauherren ⁴⁾	
1 000 cbm				Mio DM					
1950		140 665				5 243			
1951		139 448				5 337			
1952		230 108		94 456	9 694	6 216		3 478	
1953		245 968		82 319	11 370	7 860		3 510	
1954	5)	282 134		96 542	13 375	9 062		4 313	
1955		309 971		114 452	15 488	10 063		5 425	
1956		304 197		123 900	16 130	10 061		6 069	
1957		286 391		112 313	16 404	10 459		5 945	
1958		311 254		117 957	19 208	12 386		6 821	
1959		343 689		132 785	22 136	14 321		7 815	
1960		392 427		158 000	27 491	17 253		10 238	
1961		422 657		174 075	31 685	19 851		11 834	
1962		425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963		383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964		429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965		441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966		421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967		378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968		400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969		470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970		497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971		542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972		567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973		520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974		388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975		384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976		374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977		353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978		421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979		395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980		389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981		343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982		305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983		364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984		279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985		252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986		257 005	116 709	120 717	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1987		252 092	107 700	123 619	20 772	77 050	40 247	25 636	11 167
1987 1. Vj.		52 189	21 756	25 543	4 892	15 876	8 153	5 048	2 675
2. Vj.		67 658	30 665	31 560	5 434	20 824	11 351	6 797	2 677
3. Vj.		72 485	31 470	35 461	5 553	21 958	11 773	7 104	3 081
4. Vj.		59 737	23 859	31 008	4 872	18 364	8 983	6 667	2 715
1988 1. Vj.		53 016	24 593	23 310	5 119	17 641	9 316	5 300	3 025
2. Vj.		74 457	34 553	35 238	4 669	23 161	12 930	7 276	2 954
3. Vj.		77 378	33 662	38 166	5 546	24 824	12 737	8 560	3 528

1) Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).

2) Alle Baumaßnahmen.

3) Unternehmen und private Haushalte.

4) Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.

5) Ohne Saarland und Berlin.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffentliche ²⁾			zusammen	darunter
1971	67,0	69,6	70,8	68,4	70,3	63,0	65,9	61,5	60,5
1972	70,3	76,3	85,9	68,9	70,3	61,2	64,7	59,3	61,0
1973	67,5	70,8	70,0	68,5	77,4	62,5	67,6	59,8	60,7
1974	60,4	59,8	53,1	54,6	85,4	61,1	68,9	56,8	60,3
1975	64,5	63,3	55,6	63,8	80,4	66,3	71,0	63,6	67,6
1976	60,5	60,9	58,9	60,1	67,1	60,0	70,0	54,5	57,7
1977	70,0	67,8	70,8	64,4	68,1	73,6	87,3	66,0	68,2
1978	86,3	84,4	93,2	74,4	83,8	89,4	101,5	82,7	88,4
1979	97,3	96,1	101,3	89,7	96,1	99,3	109,9	93,4	96,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	85,3	90,5	89,6	92,0	89,9	77,1	78,6	76,3	71,1
1982	85,9	90,3	90,4	92,4	86,0	78,9	81,4	77,6	70,7
1983	94,4	101,7	109,3	102,5	81,9	82,9	83,4	82,7	71,3
1984	88,9	88,0	87,9	91,3	82,1	90,4	89,0	91,1	78,6
1985	87,4	82,9	68,2	100,0	85,5	94,4	92,9	95,3	84,3
1986	95,3	89,2	64,8	117,5	93,3	105,0	96,7	109,6	93,1
1987	92,7	87,7	61,0	117,0	95,5	100,8	94,7	104,1	89,6
1981 1. Vj.	82,5	89,8	97,0	87,8	76,7	70,9	62,6	75,5	71,1
2. Vj.	96,2	102,4	104,9	101,8	98,1	86,2	93,1	82,4	76,0
3. Vj.	90,4	92,9	85,9	98,3	99,4	86,5	94,5	82,1	77,9
4. Vj.	72,2	76,8	70,4	80,2	85,5	64,9	64,3	65,3	59,5
1982 1. Vj.	72,0	78,3	80,8	81,0	67,5	62,0	55,5	65,7	58,5
2. Vj.	94,0	96,2	97,7	95,1	94,9	90,5	103,5	83,2	78,2
3. Vj.	93,8	95,8	90,9	98,4	102,4	90,6	101,1	84,9	81,3
4. Vj.	83,7	90,8	92,2	95,1	79,3	72,5	65,3	76,5	65,0
1983 1. Vj.	82,9	96,0	109,5	96,1	63,4	62,3	57,3	65,0	57,5
2. Vj.	105,1	112,7	122,7	113,0	88,2	93,2	101,2	88,7	84,1
3. Vj.	103,9	107,7	108,4	112,0	97,9	97,9	103,6	94,8	76,9
4. Vj.	85,8	90,4	96,8	88,9	78,2	78,4	71,4	82,3	66,8
1984 1. Vj.	81,0	87,5	96,1	85,4	71,1	70,6	61,6	75,7	64,0
2. Vj.	98,2	95,8	100,7	94,0	87,3	102,1	109,3	98,0	87,7
3. Vj.	97,9	91,2	81,5	99,6	98,2	108,4	115,0	104,8	92,0
4. Vj.	78,7	77,6	73,3	86,0	71,9	80,4	70,2	86,0	70,8
1985 1. Vj.	69,4	67,4	58,8	83,6	56,9	72,7	58,6	80,4	69,0
2. Vj.	99,8	93,2	77,4	112,7	93,6	110,2	118,7	105,4	93,3
3. Vj.	100,7	95,2	75,0	113,6	108,4	109,5	117,5	105,1	96,0
4. Vj.	79,6	75,9	61,6	89,9	82,9	85,4	76,8	90,2	79,0
1986 1. Vj.	74,9	71,5	57,6	90,4	68,5	80,3	59,8	91,7	74,6
2. Vj.	109,4	99,9	77,2	130,5	95,5	124,5	122,9	125,4	108,8
3. Vj.	113,0	106,0	67,6	144,3	124,8	124,2	125,4	123,5	107,6
4. Vj.	83,8	79,2	56,6	104,7	84,3	91,1	78,8	97,9	81,6
1987 1. Vj.	73,0	72,0	50,5	98,6	72,4	74,5	57,8	83,7	68,2
2. Vj.	103,0	95,5	67,6	126,9	102,1	114,9	114,7	115,0	97,8
3. Vj.	105,9	97,6	67,3	127,7	112,3	119,1	125,7	115,5	102,4
4. Vj.	89,1	85,7	58,4	114,8	95,1	94,5	80,6	102,2	90,0
1988 1. Vj.	86,3	88,0	61,3	130,3	71,2	83,6	67,3	92,6	73,8
2. Vj.	111,0	106,6	77,1	143,7	106,3	117,9	124,0	114,5	99,9
3. Vj.	114,8	106,6	74,0	149,5	102,3	127,9	124,5	129,8	117,2

1) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

2) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 51*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	108,2	113,3	118,0	109,7	100,1	104,8	97,5
1972	108,7	117,5	134,5	105,0	95,1	101,4	91,5
1973	99,4	103,2	103,6	102,7	93,3	102,5	88,3
1974	84,0	83,5	74,9	89,7	84,3	95,4	78,1
1975	88,5	87,4	77,3	94,8	89,6	96,2	86,1
1976	80,8	81,3	79,5	82,4	79,8	93,4	72,4
1977	89,6	86,1	90,8	82,4	95,1	113,8	84,9
1978	104,5	101,6	112,8	92,8	109,4	124,7	100,9
1979	108,4	106,9	113,3	101,4	111,0	123,2	104,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	81,5	85,8	84,8	86,5	74,7	76,4	73,8
1982	81,7	84,0	83,8	83,8	78,0	81,0	76,3
1983	89,3	93,3	100,2	87,7	83,0	84,2	82,3
1984	83,5	79,6	79,3	79,9	89,6	89,0	89,8
1985	81,7	75,1	61,6	86,2	92,1	91,2	92,6
1986	87,6	79,5	57,8	97,3	100,5	93,2	104,5
1987	84,0	76,9	53,5	96,0	95,3	90,2	98,0
1981 1. Vj.	80,1	87,0	93,8	81,3	69,3	61,3	73,8
2. Vj.	91,5	96,8	98,8	95,1	83,1	90,0	79,3
3. Vj.	85,7	87,2	80,5	92,7	83,3	91,3	78,9
4. Vj.	68,6	72,1	66,0	76,9	63,2	62,9	63,3
1982 1. Vj.	68,5	73,3	75,3	71,3	60,8	54,7	64,1
2. Vj.	89,2	89,3	90,4	88,0	89,0	102,7	81,5
3. Vj.	89,3	89,0	84,1	92,5	89,8	100,8	83,6
4. Vj.	79,8	84,5	85,4	83,4	72,3	65,7	75,9
1983 1. Vj.	78,8	89,1	101,5	78,8	62,4	57,9	64,9
2. Vj.	99,5	103,5	112,5	96,1	93,2	102,1	88,3
3. Vj.	98,2	98,4	98,8	98,0	97,9	104,5	94,3
4. Vj.	80,9	82,4	88,1	77,8	78,4	72,1	81,9
1984 1. Vj.	76,0	79,5	87,1	73,2	70,5	62,0	75,1
2. Vj.	92,1	86,3	90,5	82,9	101,3	109,5	96,7
3. Vj.	91,9	82,3	73,3	89,7	107,2	114,7	103,0
4. Vj.	73,8	70,2	66,1	73,6	79,3	69,9	84,5
1985 1. Vj.	65,2	61,2	53,1	67,8	71,5	58,1	78,9
2. Vj.	93,6	84,6	70,0	96,6	107,8	117,0	102,8
3. Vj.	94,0	86,1	67,6	101,2	106,5	115,0	101,8
4. Vj.	74,0	68,5	55,5	79,1	82,7	74,9	87,0
1986 1. Vj.	69,3	64,3	51,8	74,6	77,2	57,8	87,9
2. Vj.	100,8	89,2	68,9	105,8	119,1	118,4	119,5
3. Vj.	103,7	94,2	60,1	122,1	118,6	120,6	117,5
4. Vj.	76,7	70,2	50,2	86,5	86,9	75,8	93,0
1987 1. Vj.	66,4	63,6	44,7	79,1	70,9	55,5	79,4
2. Vj.	93,4	83,8	59,3	103,8	108,8	109,4	108,4
3. Vj.	95,8	85,3	58,9	106,9	112,4	119,4	108,5
4. Vj.	80,3	74,8	51,1	94,2	89,0	76,5	95,8
1988 1. Vj.	77,4	76,7	53,5	95,8	78,6	63,8	86,7
2. Vj.	99,2	92,2	66,7	113,2	110,3	117,0	106,6
3. Vj. ¹⁾	102,2	91,4	63,5	114,3	119,4	117,2	120,5

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 52*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusam- men	Woh- nungs- bau	sonstiger Hochbau		zusam- men	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffent- liche ²⁾			zusam- men	darunter
1971	71,1	78,0	82,5	74,0	76,4	60,6	63,3	59,2	57,2
1972	74,6	86,4	104,2	74,7	71,7	56,9	62,5	53,9	50,4
1973	74,5	83,9	95,0	76,4	75,3	60,2	68,4	55,9	53,0
1974	64,0	65,4	57,9	63,4	81,9	61,7	75,4	54,5	55,3
1975	63,2	65,0	53,5	68,1	81,6	60,3	69,6	55,5	57,6
1976	63,6	65,7	62,6	68,1	68,4	60,4	63,9	58,5	60,5
1977	60,2	59,8	56,4	64,2	61,4	61,2	72,4	55,4	57,5
1978	76,5	74,1	76,8	71,5	73,9	80,7	90,8	75,4	79,3
1979	96,3	95,3	99,8	91,1	92,2	98,1	110,5	91,6	95,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	93,5	97,7	93,9	99,6	102,1	86,8	81,3	89,7	84,9
1982	82,8	88,1	84,7	95,5	84,5	74,4	70,4	76,5	70,0
1983	89,2	97,6	102,9	107,7	73,8	75,9	67,0	80,6	67,4
1984	82,6	81,6	82,6	90,0	68,3	84,2	73,0	90,1	70,4
1985	77,3	69,9	59,6	85,2	68,3	89,1	75,6	96,1	74,0
1986	81,7	73,6	53,7	99,8	75,8	94,4	76,9	103,5	81,3
1987	82,3	77,3	50,1	112,9	80,1	90,2	76,9	97,1	79,7
1981 Mär	102,3	105,2	104,8	104,6	106,6	97,8	91,4	101,1	95,3
Jun	99,7	103,6	101,1	107,3	103,3	93,6	88,9	96,0	90,7
Sep	89,2	93,8	88,2	97,9	98,8	82,0	77,5	84,4	80,1
Dez	82,6	88,0	81,6	88,7	99,5	73,9	67,3	77,4	73,3
1982 Mär	86,1	91,5	85,7	99,3	91,9	77,5	73,9	79,5	73,3
Jun	86,6	90,5	88,4	96,4	86,5	80,4	80,7	80,3	73,7
Sep	81,2	86,5	81,7	94,7	84,4	72,7	71,0	73,6	68,5
Dez	77,3	83,8	82,8	91,6	75,1	66,9	55,8	72,7	64,5
1983 Mär	88,6	97,5	102,5	105,6	76,6	74,5	66,7	78,6	67,3
Jun	93,5	102,2	107,7	113,5	76,1	79,7	75,6	81,8	69,6
Sep	89,4	97,7	102,7	108,8	73,1	76,2	68,0	80,5	66,3
Dez	85,4	93,1	98,5	102,8	69,3	73,3	57,6	81,6	66,4
1984 Mär	89,6	94,2	102,0	100,0	71,5	82,3	70,8	88,4	70,0
Jun	87,8	86,6	89,7	95,0	69,1	89,8	81,3	94,3	74,3
Sep	82,5	79,1	75,9	89,6	70,9	87,7	79,7	91,9	71,7
Dez	70,6	66,6	62,8	75,5	61,7	76,9	60,0	85,8	65,7
1985 Mär	78,2	71,0	64,8	83,7	65,2	89,5	74,0	97,7	74,1
Jun	82,0	73,7	63,8	91,8	67,6	95,2	83,6	101,2	76,1
Sep	78,3	71,4	59,0	86,9	73,7	89,4	80,2	94,2	74,2
Dez	70,6	63,3	50,9	78,2	66,6	82,1	64,4	91,4	71,7
1986 Mär	80,1	70,7	57,5	88,3	71,9	95,0	78,0	103,9	81,4
Jun	86,5	75,7	60,2	97,1	76,0	103,5	87,2	112,0	88,6
Sep	85,9	78,4	52,9	112,0	81,0	97,7	81,6	106,1	83,3
Dez	74,1	69,6	44,1	101,6	74,4	81,2	60,9	91,8	71,7
1987 Mär	85,0	78,7	51,8	113,8	81,7	95,1	78,1	103,9	84,1
Jun	87,2	80,8	51,8	118,7	83,9	97,3	85,8	103,3	83,2
Sep	83,0	77,8	50,1	115,1	79,5	91,1	79,8	97,0	80,1
Dez	73,9	71,7	46,7	103,9	75,1	77,3	64,0	84,3	71,5
1988 Mär	83,7	80,7	50,8	124,4	77,8	88,5	76,7	94,7	81,2
Jun	88,1	86,6	55,6	131,4	84,1	90,6	85,0	93,5	81,7

1) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

2) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 53*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe¹⁾

Zeitraum	Umsatz ²⁾				Be- schäftigte ³⁾	Geleistete Arbeits- stunden ⁴⁾	Nettopro- duktions- index ⁵⁾
	insgesamt	Wohnungs- bau	landwirt- schaftlicher und gewerb- licher Bau	Verkehrsbau und öffent- licher Bau			
	Mio DM						
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	116,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	122,2
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	121,9
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	111,2
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	106,8
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	107,4
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	108,9
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	100
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	106,4
1987	106 094	32 354	33 750	39 990	985	1 237	106,0
1987 1. Vj.	14 283	4 338	5 116	4 828	915	172	56,6
2. Vj.	24 995	7 816	7 921	9 257	1 000	353	122,7
3. Vj.	31 143	9 415	9 664	12 064	1 023	376	129,3
4. Vj.	35 673	10 784	11 048	13 841	1 000	336	115,5
1988 1. Vj.	18 362	5 662	6 471	6 230	904	232	77,4
2. Vj.	26 322	8 154	8 462	9 706	966	341	119,1
3. Vj.	31 466	9 380	10 310	11 776	986	351	123,6

1) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff. – 2) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. – 3) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. – 4) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. – 5) Für Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt. – 6) Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975 Basis 1976 = 100. Von 1976 bis 1977 Basis 1980 = 100. – 7) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 54*

Einzelhandelsumsatz

1986 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nah- rungs- mitteln, Geträn- ken, Tabak- waren	Texti- lien, Beklei- dung, Schuhen, Leder- waren	Einrich- tungs- gegen- ständen ¹⁾	elektro- tech- nischen Erzeug- nissen, Musik- instru- menten	Papier- waren, Druck- erzeug- nissen, Büro- ma- schinen	pharma- zeuti- schen, kosme- tischen und med. Erzeug- nissen	Kraft- und Schmier- stoffen ²⁾	Fahr- zeugen ³⁾
in jeweiligen Preisen									
1970	42,2	40,7	47,2	44,4	46,2	41,5	39,9	38,7	39,2
1971	46,5	44,7	52,4	50,9	51,3	45,8	43,9	44,3	41,6
1972	51,0	48,9	57,8	57,6	58,2	49,1	47,6	47,2	43,4
1973	54,7	53,0	59,7	61,8	62,1	52,4	51,8	54,7	42,6
1974	57,7	55,8	63,0	64,2	67,8	55,4	56,6	56,1	39,6
1975	62,9	59,9	67,9	66,9	69,2	59,2	61,3	58,8	50,5
1976	67,3	64,8	69,9	70,6	71,5	62,3	64,8	66,9	58,6
1977	72,2	69,3	74,5	78,8	77,6	67,4	67,2	67,9	66,9
1978	76,0	72,5	79,2	82,2	79,4	71,7	70,4	75,0	72,6
1979	80,7	76,3	81,8	85,9	79,9	77,6	73,2	91,6	75,4
1980	85,3	82,4	88,7	92,9	86,4	84,0	77,4	96,0	72,2
1981	88,5	88,3	90,2	94,4	90,5	87,0	81,6	115,5	72,7
1982	89,3	92,6	88,3	91,5	91,5	88,5	82,9	115,2	73,7
1983	92,4	94,6	90,4	95,7	93,0	91,2	87,6	112,1	82,7
1984	94,9	96,6	92,8	98,3	94,8	93,5	92,2	119,3	84,8
1985	97,1	98,1	96,3	96,3	96,6	96,8	96,4	117,7	87,7
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,0	103,4	103,0	107,9	105,5	105,7	105,2	95,6	108,9
1987 1. Vj.	92,9	95,1	85,5	93,8	92,6	93,2	99,1	88,3	95,0
2. Vj.	102,9	102,3	98,3	104,5	88,1	90,7	102,4	99,0	123,2
3. Vj.	100,2	100,5	94,1	104,4	95,2	100,9	104,5	104,4	104,4
4. Vj.	120,9	109,9	133,9	134,6	142,9	134,4	115,6	103,4	113,6
1988 1. Vj.	99,4	101,4	91,0	105,1	102,6	102,1	104,8	91,5	101,2
2. Vj.	105,7	105,9	99,1	108,7	89,3	95,1	107,1	111,5	131,0
3. Vj. ⁴⁾	103,1	103,4	94,9	110,9	98,0	108,2	106,7	113,4	110,0
in Preisen von 1980									
1970	78,0	70,7	95,9	86,8	67,9	77,8	68,4	.	80,2
1971	82,4	75,2	100,3	95,0	73,4	80,5	72,2	.	79,6
1972	86,0	78,2	104,5	103,7	80,7	83,7	75,2	.	79,8
1973	86,7	79,5	100,7	105,3	81,3	85,0	78,4	.	75,5
1974	85,2	79,9	98,7	101,9	81,3	83,4	81,1	.	65,7
1975	88,1	81,1	101,3	101,1	79,9	83,0	83,6	.	78,2
1976	91,2	84,1	101,2	103,2	81,8	84,3	86,1	.	88,0
1977	94,1	85,8	102,9	110,8	88,1	88,6	86,7	.	97,5
1978	97,0	88,9	104,9	111,7	89,1	92,3	89,9	.	103,0
1979	99,5	92,6	103,7	112,8	87,7	98,2	90,7	.	103,4
1980	99,7	96,2	106,3	113,5	86,5	102,4	91,7	98,6	94,6
1981	98,0	98,2	102,7	107,4	88,3	101,0	93,6	104,4	90,4
1982	94,5	97,3	96,4	99,7	88,1	97,5	91,5	103,2	86,9
1983	95,4	97,0	96,0	101,2	90,1	97,0	93,2	99,5	91,8
1984	95,8	97,6	96,4	101,6	92,5	98,4	96,0	103,9	90,1
1985	96,5	98,6	97,9	97,5	95,4	99,9	97,8	99,8	90,1
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	103,5	104,2	101,7	106,5	107,0	103,5	104,1	97,6	105,7
1987 1. Vj.	92,8	95,5	84,9	93,0	94,0	92,0	98,5	90,8	93,1
2. Vj.	101,8	102,0	97,2	103,4	89,7	89,1	101,4	100,4	120,2
3. Vj.	100,0	101,5	93,0	103,2	97,4	98,4	103,1	106,2	101,1
4. Vj.	120,6	111,8	131,7	132,6	146,9	130,8	113,8	106,0	109,2
1988 1. Vj.	98,7	102,3	89,4	102,8	103,4	99,3	102,8	95,6	96,3
2. Vj.	104,0	106,1	97,0	106,4	90,6	92,5	104,5	114,4	124,5
3. Vj. ⁴⁾	102,3	104,4	92,7	108,2	100,8	104,5	103,7	115,8	103,8

1) Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte.

2) In Unternehmen mit dem Absatzschwerpunkt Kraft- und Schmierstoffe.

3) Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.

4) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 55*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz ¹⁾	Ergänzungen zum Warenverkehr ²⁾ und Transit-handel	Dienstleistungsbilanz ³⁾		Übertragungsbilanz ⁵⁾	
				zusammen	darunter	zusammen	darunter
					Reiseverkehr ⁴⁾		Nettobeitrag zum EG-Haushalt ⁷⁾
1950	- 323	- 3 012	- 50	+ 674	+ 50	+ 2 065	-
1951	+ 2 485	- 149	- 66	+ 1 171	+ 57	+ 1 529	-
1952	+ 2 726	+ 706	- 77	+ 1 937	+ 30	+ 160	-
1953	+ 4 148	+ 2 516	- 121	+ 2 204	+ 13	- 451	-
1954	+ 4 015	+ 2 698	- 169	+ 1 960	+ 180	- 474	-
1955	+ 2 676	+ 1 245	- 249	+ 2 514	+ 282	- 834	-
1956	+ 4 986	+ 2 897	- 306	+ 3 616	+ 486	- 1 221	-
1957	+ 6 538	+ 4 083	- 281	+ 4 618	+ 498	- 1 882	-
1958	+ 6 628	+ 4 954	- 417	+ 4 091	- 129	- 2 000	- 18
1959	+ 4 824	+ 5 361	- 580	+ 3 322	- 616	- 3 279	- 56
1960	+ 5 612	+ 5 223	- 187	+ 4 064	- 979	- 3 488	- 55
1961	+ 4 033	+ 6 615	- 451	+ 2 299	- 1 439	- 4 430	- 65
1962	- 686	+ 3 477	- 576	+ 1 623	- 2 316	- 5 210	- 103
1963	+ 1 956	+ 6 032	- 565	+ 1 584	- 2 138	- 5 095	- 127
1964	+ 1 586	+ 6 081	- 900	+ 1 716	- 2 154	- 5 311	- 144
1965	- 5 036	+ 1 203	- 442	+ 580	- 2 766	- 6 377	- 162
1966	+ 1 712	+ 7 958	- 701	+ 750	- 3 403	- 6 295	- 233
1967	+11 428	+ 16 862	- 452	+ 1 440	- 3 034	- 6 422	- 430
1968	+13 187	+ 18 372	- 702	+ 2 829	- 3 106	- 7 312	-1 026
1969	+ 8 835	+ 15 584	- 422	+ 2 423	- 3 888	- 8 750	-1 312
1970	+ 4 784	+ 15 670	-1 601	+ 474	- 5 377	- 9 759	- 450
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	- 2 380	- 7 278	-10 311	- 454
1972	+ 3 837	+ 20 278	- 240	- 4 146	- 8 693	-12 056	-1 173
1973	+13 403	+ 32 979	+ 559	- 6 415	-11 308	-13 720	-1 929
1974	+27 286	+ 50 846	- 406	- 7 999	-12 393	-15 155	-1 741
1975	+10 647	+ 37 276	-1 004	- 8 325	-14 248	-17 300	-3 491
1976	+ 9 324	+ 34 469	- 638	- 6 349	-14 035	-18 157	-3 332
1977	+ 9 314	+ 38 436	- 435	-11 045	-15 923	-17 642	-3 695
1978	+17 883	+ 41 200	+ 774	- 5 898	-17 761	-18 193	-2 283
1979	- 9 925	+ 22 429	- 544	-11 305	-20 138	-20 506	-4 103
1980	-25 125	+ 8 947	- 489	-10 118	-22 539	-23 466	-4 099
1981	- 8 026	+ 27 720	- 183	-10 745	-23 417	-24 817	-6 412
1982	+12 408	+ 51 277	+ 780	-13 720	-24 427	-25 928	-7 510
1983	+13 540	+ 42 089	+3 270	- 6 614	-23 168	-25 205	-6 017
1984	+27 940	+ 53 966	-1 052	+ 4 748	-23 118	-29 723	-7 272
1985	+48 394	+ 73 353	-1 337	+ 5 268	-23 732	-28 890	-8 343
1986	+84 972	+112 619	-1 520	- 900	-25 699	-27 027	-8 236
1987	+80 795	+117 735	-1 526	- 7 083	-28 525	-28 331	-10 391
1987 1. Vj.	+20 867	+ 27 713	+ 456	- 1 111	- 5 075	- 6 190	- 1 396
2. Vj.	+19 718	+ 28 046	- 310	- 1 503	- 6 937	- 6 516	- 2 386
3. Vj.	+14 311	+ 27 888	-1 077	- 5 678	-11 241	- 6 823	- 2 206
4. Vj.	+25 899	+ 34 089	- 596	+ 1 208	- 5 271	- 8 802	- 4 404
1988 1. Vj.	+14 479	+ 25 191	- 740	- 3 350	- 5 544	- 6 625	- 2 034
2. Vj.	+25 708	+ 34 035	- 585	- 1 216	- 7 087	- 6 532	- 2 615
3. Vj.	+16 569	+ 31 648	-1 065	- 6 134	-11 672	- 7 883	- 3 098

1) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

2) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.

3) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.

4) Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.

5) Eigene Leistungen: —.

6) Kapitalexport: —.

7) Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien und Italien: Gemäß Beschluß des Rates der EG vom 29. April 1976 werden ab 17. Mai 1976 die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren Großbritanniens und Italiens aus anderen EG-Ländern über den ausführenden — und nicht, wie sonst üblich, über den einführenden — Mitgliedstaat ausbezahlt.

Tabelle 55*

bilanz

DM

insgesamt	Kapitalbilanz ⁶⁾		Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ⁸⁾	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank ⁹⁾	Devisenbilanz ¹⁰⁾	Zeitraum
	langfristiger	kurzfristiger				
	Kapitalverkehr					
+ 637	+ 488	+ 149	- 878	-	- 564	1950
- 543	- 79	- 464	+ 96	-	+ 2 038	1951
+ 6	- 357	+ 363	+ 168	-	+ 2 900	1952
- 698	- 378	- 320	+ 196	-	+ 3 646	1953
- 706	- 438	- 268	- 338	-	+ 2 971	1954
- 640	- 271	- 369	- 185	-	+ 1 851	1955
- 162	- 365	+ 203	+ 186	-	+ 5 010	1956
- 1 655	- 390	- 1 265	+ 239	-	+ 5 122	1957
- 2 729	- 1 437	- 1 292	- 455	-	+ 3 444	1958
- 6 398	- 3 629	- 2 769	- 118	-	- 1 692	1959
+ 2 272	- 81	+ 2 353	+ 135	-	+ 8 019	1960
- 5 009	- 4 053	- 956	+ 154	- 1 475	- 2 297	1961
- 597	- 183	- 414	+ 406	-	- 877	1962
+ 620	+ 1 806	- 1 186	+ 164	-	+ 2 740	1963
- 1 325	- 894	- 431	+ 174	-	+ 435	1964
+ 3 542	+ 1 137	+ 2 405	+ 211	-	- 1 283	1965
+ 1	- 342	+ 343	+ 239	-	+ 1 952	1966
-11 848	- 2 930	- 8 918	+ 280	-	- 140	1967
- 6 125	-11 201	+ 5 076	- 53	-	+ 7 009	1968
-18 679	-23 040	+ 4 361	- 418	- 4 099	-14 361	1969
+16 713	- 934	+ 17 647	+ 415	+ 738	+22 650	1970
+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	- 5 370	+10 986	1971
+10 321	+15 551	- 5 231	+ 1 533	- 495	+15 195	1972
+10 725	+12 950	- 2 224	+ 2 300	-10 279	+16 149	1973
-28 772	- 6 282	- 22 490	- 419	- 7 231	- 9 136	1974
-12 560	-18 231	+ 5 671	- 307	+ 5 480	+ 3 260	1975
- 1 074	- 780	- 294	+ 539	- 7 489	+ 1 301	1976
+ 1 579	-12 611	+ 14 190	- 442	- 7 880	+ 2 570	1977
+ 6 228	- 2 805	+ 9 033	- 4 339	- 7 586	+12 185	1978
+ 9 438	+12 200	- 2 762	- 4 466	- 2 334	- 7 288	1979
- 404	+ 5 807	- 6 211	- 2 365	+ 2 164	-25 730	1980
+ 5 756	+ 8 386	- 2 630	- 14	+ 3 561	+ 1 278	1981
- 3 150	-14 156	+ 11 005	- 6 180	- 411	+ 2 667	1982
-18 435	- 6 979	- 11 456	+ 820	+ 2 430	- 1 644	1983
-37 491	-19 827	- 17 663	+ 6 451	+ 2 118	- 981	1984
-55 148	-13 399	- 41 749	+ 8 597	- 3 104	- 1 261	1985
-80 114	+33 286	-113 400	+ 1 107	- 3 150	+ 2 814	1986
-44 023	-23 552	- 20 471	+ 4 448	- 9 303	+31 916	1987
- 2 162	+17 069	- 19 231	- 4 489	- 77	+14 139	1987 1. Vj.
-14 771	+ 1 595	- 16 366	+ 837	- 283	+ 5 502	2. Vj.
-17 218	-18 274	+ 1 056	+ 1 401	+ 142	- 1 365	3. Vj.
- 9 872	-23 942	+ 14 070	+ 6 698	- 9 085	+13 640	4. Vj.
-23 223	-23 938	+ 715	+ 5 806	- 131	- 3 068	1988 1. Vj.
-34 244	-26 690	- 7 554	- 1 414	+ 1 057	- 8 893	2. Vj.
-34 086	-16 514	- 17 572	- 4 857	+ 1 926	-20 448	3. Vj.

⁸⁾ Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

⁹⁾ Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen; Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

¹⁰⁾ Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 56*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr ²⁾							
	ins- gesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: -)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusam- men	Direkt- investi- tionen ³⁾ und privater Grund- erwerb	Kredit- gewäh- rung ⁴⁾ und Wertpapier- anlagen ⁵⁾	sonstige Anlagen ⁶⁾	zusam- men ⁷⁾	Direkt- investi- tionen ³⁾ und privater Grund- erwerb	Kredit- gewäh- rung ⁴⁾ und Wertpapier- anlagen ⁵⁾
1960	- 81	- 2 491	- 733	- 1 578	- 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	- 4 053	- 3 139	- 1 002	- 1 247	- 890	- 914	+ 1 178	+ 1 253
1962	- 183	- 2 841	- 1 335	- 1 506	- 0	+ 2 658	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	- 2 849	- 1 033	- 1 788	- 28	+ 4 655	+ 1 931	+ 3 009
1964	- 894	- 3 613	- 1 372	- 2 197	- 44	+ 2 719	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	- 3 418	- 1 448	- 1 864	- 106	+ 4 555	+ 3 557	+ 1 087
1966	- 342	- 4 273	- 1 616	- 2 463	- 194	+ 3 931	+ 3 953	+ 1 064
1967	- 2 930	- 5 105	- 1 502	- 3 499	- 104	+ 2 175	+ 3 285	- 1 010
1968	-11 201	-13 503	- 2 185	-11 305	- 13	+ 2 302	+ 2 087	+ 323
1969	-23 040	-24 444	- 3 142	-21 292	- 10	+ 1 404	+ 1 989	- 465
1970	- 934	-10 931	- 3 580	- 6 930	- 421	+ 9 997	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	- 6 136	- 4 230	- 1 555	- 350	+12 428	+ 3 827	+ 8 667
1972	+15 551	- 959	- 5 760	+ 4 948	- 147	+16 510	+ 6 054	+10 706
1973	+12 950	- 2 902	- 5 186	+ 2 678	- 394	+15 852	+ 5 465	+10 414
1974	- 6 282	-11 564	- 5 482	- 5 555	- 527	+ 5 282	+ 5 609	- 289
1975	-18 231	-24 116	- 5 353	-18 155	- 608	+ 5 886	+ 1 651	+ 4 290
1976	- 780	-19 397	- 6 576	-12 576	- 244	+18 618	+ 3 324	+15 377
1977	-12 611	-22 338	- 5 551	-16 525	- 262	+ 9 727	+ 2 188	+ 7 583
1978	- 2 805	-23 521	- 7 835	-15 321	- 365	+20 716	+ 3 202	+17 546
1979	+12 200	-20 316	- 9 108	-10 788	- 419	+32 516	+ 3 180	+29 344
1980	+ 5 807	-28 101	- 8 542	-18 772	- 787	+33 908	+ 622	+33 366
1981	+ 8 386	-26 874	-10 129	-15 672	-1 073	+35 260	+ 743	+34 497
1982	-14 156	-28 328	- 7 329	-20 048	- 951	+14 172	+ 1 831	+12 291
1983	- 6 979	-36 492	- 9 397	-25 074	-2 022	+29 513	+ 4 369	+25 148
1984	-19 827	-45 044	-13 482	-29 988	-1 573	+25 216	+ 1 521	+23 664
1985	-13 399	-61 704	-15 131	-44 601	-1 972	+48 306	+ 1 658	+46 659
1986	+33 286	-55 166	-21 299	-31 883	-1 984	+88 452	+ 2 109	+86 345
1987	-23 552	-62 454	-17 508	-43 216	-1 729	+38 901	+ 3 309	+35 523
1987 1. Vj.	+17 069	-14 718	- 4 414	- 9 878	- 425	+31 787	+ 1 453	+30 328
2. Vj.	+ 1 595	-14 813	- 4 305	- 9 924	- 584	+16 408	+ 216	+16 190
3. Vj.	-18 274	-18 234	- 3 661	-14 218	- 354	- 40	+ 1 381	- 1 481
4. Vj.	-23 942	-14 689	- 5 128	- 9 195	- 365	- 9 254	+ 259	- 9 514
1988 1. Vj.	-23 938	-22 599	- 3 642	-18 654	- 304	- 1 338	+ 816	- 2 154
2. Vj.	-26 690	-24 115	- 5 099	-18 779	- 237	- 2 575	- 2 701	+ 127
3. Vj.	-16 514	-21 016	- 4 675	-15 903	- 438	+ 4 502	+ 87	+ 4 415

1) Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.

2) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

3) Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.

4) Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten; ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.

5) Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfasst sind.

6) Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.

Tabelle 56*

mit dem Ausland¹⁾

export: -)

DM

insgesamt	Kurzfristiger Kapitalverkehr ²⁾				Zeitraum
	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	
	zusammen	Kreditinstitute	Unternehmen und Privatpersonen		
+ 2 353	+ 3 359	+ 2 369	+ 990	-1 006	1960
- 956	- 735	- 380	- 355	- 221	1961
- 414	- 254	- 259	+ 5	- 160	1962
- 1 186	- 1 177	+ 684	- 1 861	- 9	1963
- 431	+ 610	+ 85	+ 525	-1 041	1964
+ 2 405	+ 1 353	- 478	+ 1 831	+1 052	1965
+ 343	+ 6	- 574	+ 580	+ 337	1966
- 8 918	- 8 557	- 4 823	- 3 734	- 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	- 29	1969
+ 17 647	+ 17 944	+ 7 927	+10 017	- 297	1970
+ 2 438	+ 979	+ 1 172	- 193	+1 458	1971
- 5 231	- 5 924	- 420	- 5 504	+ 694	1972
- 2 224	- 1 851	- 5 149	+ 3 298	- 373	1973
- 22 490	- 22 158	- 9 733	-12 425	- 332	1974
+ 5 671	+ 4 435	- 2 261	+ 6 696	+1 235	1975
- 294	- 741	+ 6 731	- 7 472	+ 447	1976
+ 14 190	+ 12 730	+ 8 120	+ 4 610	+1 461	1977
+ 9 033	+ 5 681	+10 089	- 4 408	+3 352	1978
- 2 762	- 3 653	+ 4 093	- 7 746	+ 890	1979
- 6 211	- 6 653	- 8 863	+ 2 210	+ 442	1980
- 2 630	- 4 474	-10 269	+ 5 795	+1 844	1981
+ 11 005	+ 11 318	+ 8 089	+ 3 229	- 313	1982
- 11 456	- 7 143	+ 1 777	- 8 920	-4 313	1983
- 17 663	- 16 034	+ 53	-16 087	-1 630	1984
- 41 749	- 41 831	-27 697	-14 134	+ 81	1985
-113 400	-112 447	-59 026	-53 421	- 953	1986
- 20 471	- 17 797	- 6 178	-11 619	-2 674	1987
- 19 231	- 17 190	-11 089	- 6 101	-2 041	1987 1. Vj.
- 16 366	- 16 506	-12 578	- 3 928	+ 140	2. Vj.
+ 1 056	- 967	+ 9 318	- 8 351	+ 90	3. Vj.
+ 14 070	+ 14 932	+ 8 171	+ 6 761	- 862	4. Vj.
+ 715	+ 2 723	+13 895	-11 172	-2 008	1988 1. Vj.
- 7 554	- 7 761	- 5 643	- 2 118	+ 207	2. Vj.
- 17 572	- 16 932	-19 161	+ 2 229	- 639	3. Vj.

¹⁾ Einschließlich „Sonstige Anlagen“.²⁾ Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten einschließlich. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 57*

Außenhandel (Spezialhandel)
Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen ¹⁾		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade ²⁾
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950	8 362	11 374					
1951	14 577	14 726					
1952	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1987	527 377	409 641	463 435	418 801	113,8	97,8	116,4
1986 1. Vj.	130 303	107 752	109 727	95 852	118,8	112,4	105,7
2. Vj.	135 005	106 863	115 390	102 646	117,0	104,1	112,4
3. Vj.	125 929	96 507	108 171	96 040	116,4	100,5	115,8
4. Vj.	135 126	102 622	117 192	102 968	115,3	99,7	115,6
1987 1. Vj.	127 187	99 474	111 148	100 745	114,4	98,7	115,9
2. Vj.	129 828	101 782	114 647	104 662	113,2	97,2	116,5
3. Vj.	127 400	99 512	111 787	101 744	114,0	97,8	116,6
4. Vj.	142 962	108 873	125 852	111 650	113,6	97,5	116,5
1988 1. Vj.	128 204	103 014	115 715	107 315	110,8	96,0	115,4
2. Vj.	141 221	107 187	125 844	109 687	112,2	97,7	114,8
3. Vj.	138 864	107 216

1) Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.

2) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

3) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 58*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik¹⁾

Mio DM

Zeitraum	Ins-gesamt ²⁾	Erzeugnisse		Elek-trizität, Gas, Fern-wärme, Wasser ³⁾	Berg-bauliche Erzeug-nisse	Erzeugnisse des			Investi-tions-güter ⁴⁾	Ver-brauchs-güter ⁴⁾	
		der Land- und Forst-wirt-schaft, Fischerei	des Ernäh-rungs-gewerbes, Tabak-waren			Grund-stoff- und Produk-tions-güter-gewerbes	Investi-tions-güter	Ver-brauchs-güter			
											produzierenden Gewerbes
Ausfuhr											
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177	
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315	
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808	
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368	
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141	
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215	
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826	
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706	
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 605	153 307	32 243	64 083	38 863	
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050	
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598	
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555	
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070	
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500	
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889	
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713	
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111	
1987	527 377	6 098	21 976	891	3 652	125 874	293 904	63 950	125 960	72 259	
1987 1. Vj.	127 187	1 734	5 422	251	950	30 269	70 538	15 695	29 788	18 176	
2. Vj.	129 828	1 411	5 442	231	951	31 449	72 264	15 264	31 083	16 841	
3. Vj.	127 400	1 356	5 330	169	804	31 139	69 161	16 497	29 603	17 497	
4. Vj.	142 962	1 598	5 782	240	947	33 017	81 941	16 494	35 485	19 745	
1988 1. Vj.	128 204	1 311	5 620	302	896	32 541	69 331	16 351	24 516	22 323	
2. Vj.	141 221	1 349	6 081	255	929	35 033	78 632	16 750	29 552	22 276	
Einfuhr											
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540	
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638	
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455	
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219	
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544	
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507	
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918	
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951	
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013	
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155	
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411	
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853	
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413	
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829	
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817	
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489	
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660	
1987	409 641	30 142	25 823	1 230	27 283	106 352	136 042	71 614	42 484	82 436	
1987 1. Vj.	99 474	7 548	6 173	289	7 237	25 629	32 321	17 960	9 666	20 675	
2. Vj.	101 782	8 072	6 261	301	6 542	26 676	34 582	16 508	11 135	19 106	
3. Vj.	99 512	6 750	6 247	365	6 489	26 790	31 753	18 452	10 002	21 034	
4. Vj.	108 873	7 772	7 142	275	7 016	27 257	37 386	18 693	11 681	21 622	
1988 1. Vj.	103 014	7 473	6 277	315	6 522	26 572	34 515	19 080	9 973	21 952	
2. Vj.	107 187	8 130	6 599	285	5 790	29 368	37 678	16 612	11 332	19 573	

¹⁾ Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1982).

²⁾ Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

³⁾ Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

⁴⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 59*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
						erzeugnisse		
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1987	527 377	26 397	497 381	6 625	28 610	462 145	86 966	375 180
1987 1. Vj.	127 187	6 746	119 601	1 587	6 793	111 221	20 842	90 379
2. Vj.	129 828	6 408	122 547	1 717	7 071	113 759	21 778	91 981
3. Vj.	127 400	6 291	120 218	1 561	7 086	111 571	21 216	90 355
4. Vj.	142 962	6 952	135 014	1 760	7 661	125 593	23 129	102 464
1988 1. Vj.	128 204	6 518	121 213	1 542	7 172	112 499	22 559	89 940
2. Vj.	141 221	6 969	133 770	1 750	8 242	123 778	24 162	99 616

1) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

2) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 60*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1987	409 641	51 827	349 459	27 956	50 994	270 509	59 508	211 000
1987 1. Vj.	99 474	12 580	85 220	6 912	12 588	65 720	14 709	51 011
2. Vj.	101 782	13 267	86 404	7 017	12 523	66 864	15 110	51 754
3. Vj.	99 512	12 102	85 407	7 166	12 520	65 721	14 318	51 403
4. Vj.	108 873	13 878	92 428	6 862	13 362	72 204	15 373	56 831
1988 1. Vj.	103 014	12 606	88 924	6 715	12 221	69 988	15 314	54 674
2. Vj.	107 187	13 580	91 660	6 884	12 807	71 968	16 468	55 499

1) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

2) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 61*

Warenausfuhr nach Ländergruppen
Verbrauchsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	Übrige europäische Länder ³⁾	Staats-handels-länder ⁴⁾	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen ⁵⁾	darunter	zusammen	darunter
						Vereinigte Staaten		OPEC-Länder ⁶⁾
1950	8 362	4 092	1 929	361	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	284	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	223	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	330	2 028	1 249	3 919	639
1954	22 035	9 044	5 223	435	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	643	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	1 120	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	1 263	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 889	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 915	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	2 304	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	2 124	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 177	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 839	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 350	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 740	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	3 381	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	4 421	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	4 556	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	10 836	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	15 903	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	17 425	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	17 432	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	16 704	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	17 635	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	18 841	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	19 399	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	19 545	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	20 522	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	22 605	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	23 325	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	27 883	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	25 892	78 012	55 206	55 913	17 913
1987	527 377	277 916	99 771	22 994	73 761	49 879	52 094	14 295
1987 1. Vj.	127 187	67 614	23 589	5 373	17 808	12 517	12 650	3 435
2. Vj.	129 828	69 558	24 338	5 462	18 002	12 222	12 277	3 204
3. Vj.	127 400	66 322	24 909	5 559	17 672	11 745	12 685	3 494
4. Vj.	142 962	74 423	26 934	6 601	20 278	13 395	14 482	4 161
1988 1. Vj.	128 204	71 944	24 092	5 168	16 110	10 379	10 718	3 177
2. Vj.	141 221	78 104	26 788	5 992	17 173	10 448	13 000	3 771

1) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und in die „Nicht ermittelten Länder“. — 2) Gebietsstand 1. Januar 1987: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — 3) Ohne Staatshandelsländer. — 4) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — 5) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — 6) Gebietsstand 1. Januar 1987: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — 7) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 62*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	Übrige europäische Länder ³⁾	Staats-handels-länder ⁴⁾	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen ⁵⁾	darunter	zusammen	darunter
						Vereinigte Staaten		OPEC-Länder ⁶⁾
1950	11 374	4 160	1 806	352	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	429	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	313	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	419	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	512	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	733	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 235	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 451	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 688	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	2 037	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	2 074	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 191	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	2 185	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 442	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 943	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	3 163	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	3 023	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 414	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 976	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 397	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 769	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	5 325	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 619	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	8 409	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	8 661	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 977	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	11 370	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	12 565	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	16 021	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	17 493	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	19 287	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	21 359	49 081	28 213	68 478	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	22 157	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	26 432	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	26 310	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	21 157	59 297	26 864	52 796	13 229
1987	409 641	215 612	65 414	19 471	58 706	25 613	50 177	11 100
1987 1. Vj.	99 474	52 329	15 782	4 478	14 568	6 667	12 276	2 640
2. Vj.	101 782	54 636	15 945	4 520	14 722	6 238	11 898	2 561
3. Vj.	99 512	51 150	16 167	5 063	13 852	5 892	13 196	2 915
4. Vj.	108 873	57 497	17 521	5 411	15 563	6 817	12 807	2 985
1988 1. Vj.	103 014	54 215	16 670	4 702	14 811	6 603	12 563	2 478
2. Vj.	107 187	56 566	17 085	4 456	16 567	7 135	12 449	2 493

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren der Polargebiete und der „Nicht ermittelten Länder“. — ²⁾ Gebietsstand 1. Januar 1987: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — ³⁾ Ohne Staatshandelsländer. — ⁴⁾ Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — ⁵⁾ Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — ⁶⁾ Gebietsstand 1. Januar 1987: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — ⁷⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 63*

Index der Grundstoffpreise¹⁾

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe ²⁾						Grundstoffe für das	
			zusammen	darunter					Verarbeitende Gewerbe ⁴⁾	Baugewerbe ⁴⁾
				Erdöl und Mineralöl-erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Eisen und Stahl	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug ³⁾	Chemische Erzeugnisse		
1964	54,1	70,5	51,0	21,7	.	.	56,9	64,2	.	.
1965	55,4	72,4	52,2	20,9	.	.	65,6	64,5	.	.
1966	56,1	73,1	52,8	21,0	.	.	72,8	63,4	.	.
1967	54,1	69,1	51,3	22,6	.	.	64,6	62,7	.	.
1968	53,9	68,4	51,2	22,8	.	.	68,9	61,9	.	.
1969	55,3	70,8	52,4	21,4	.	.	74,4	61,9	.	.
1970	56,8	68,7	54,6	21,9	.	.	71,5	62,2	.	.
1971	57,3	68,2	55,4	25,1	.	.	58,7	62,5	.	.
1972	59,2	74,9	56,2	24,0	.	.	56,1	62,2	.	.
1973	65,4	82,5	62,2	27,8	.	.	69,8	65,7	.	.
1974	78,0	83,4	77,8	54,5	.	.	87,6	85,7	.	.
1975	78,1	85,3	77,4	56,1	.	.	65,6	85,1	.	.
1976	83,1	95,4	81,4	60,4	84,9	98,2	72,4	84,8	84,3	85,1
1977	83,9	102,9	81,3	60,3	86,2	93,3	71,6	83,6	84,7	86,4
1978	81,7	95,9	79,7	54,9	89,2	94,3	66,9	81,2	80,6	88,6
1979	89,0	98,4	87,7	69,5	91,4	100,0	82,3	91,3	88,6	92,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	111,3	107,2	111,9	130,4	121,5	101,1	100,7	108,9	110,8	105,7
1982	115,5	111,1	116,1	131,7	136,7	111,4	93,2	113,1	113,3	111,2
1983	115,2	110,8	115,9	125,0	135,8	107,6	101,9	113,8	112,6	112,5
1984	121,2	113,6	122,3	133,5	143,8	116,0	108,5	119,1	119,1	115,2
1985	122,1	108,8	124,1	134,9	148,8	119,5	104,4	122,0	119,1	117,7
1986	104,7	101,1	105,2	68,6	139,4	110,0	81,6	111,3	96,8	116,7
1987	99,7	93,8	100,6	63,9	124,8	100,7	78,8	106,9	91,6	115,4
1983 1. Vj.	113,7	108,9	114,4	125,2	135,6	106,1	95,2	112,5	110,6	111,6
2. Vj.	113,6	108,7	114,3	120,5	135,2	106,8	100,6	112,1	110,4	112,2
3. Vj.	116,2	111,8	116,8	126,2	136,1	107,9	106,5	113,6	113,8	112,9
4. Vj.	117,5	113,7	118,1	128,1	136,5	109,7	105,2	116,8	115,4	113,3
1984 1. Vj.	119,6	114,5	120,4	130,2	139,4	114,1	109,4	118,7	117,8	114,2
2. Vj.	120,5	114,6	121,5	129,8	143,4	115,2	109,5	119,3	118,4	115,4
3. Vj.	121,7	112,7	123,1	134,5	146,4	116,8	107,4	119,3	119,4	115,8
4. Vj.	122,9	112,8	124,4	139,5	146,1	118,0	107,6	119,1	120,9	115,6
1985 1. Vj.	125,0	112,4	126,9	146,5	146,6	119,8	112,0	119,9	123,2	116,9
2. Vj.	124,1	110,1	126,2	139,6	148,6	120,4	111,4	122,8	122,0	118,2
3. Vj.	121,5	107,0	123,7	131,3	151,9	120,0	102,0	124,1	118,0	118,0
4. Vj.	117,9	105,8	119,6	122,3	147,9	117,8	92,1	121,3	113,1	117,7
1986 1. Vj.	112,5	105,8	113,4	97,5	146,1	115,9	86,9	117,9	106,3	117,7
2. Vj.	105,6	102,0	106,1	66,6	143,9	112,2	84,0	112,3	97,3	117,2
3. Vj.	101,3	99,9	101,5	53,6	139,0	108,2	79,2	108,4	92,3	116,3
4. Vj.	99,5	96,6	99,9	56,6	128,4	103,8	76,1	106,5	91,0	115,4
1987 1. Vj.	98,8	94,0	99,6	63,4	122,7	100,8	72,2	106,0	90,6	115,0
2. Vj.	99,2	94,0	100,0	63,6	124,5	99,4	75,2	107,0	91,0	115,4
3. Vj.	100,5	93,3	101,6	65,8	126,7	100,2	81,7	107,6	92,3	115,6
4. Vj.	100,4	93,9	101,4	62,6	125,3	102,3	86,2	107,2	92,5	115,6
1988 1. Vj.	100,0	94,2	100,9	57,2	125,3	102,6	88,6	107,8	92,1	116,0
2. Vj.	101,4	94,1	102,4	57,2	123,7	107,3	97,2	108,7	94,0	117,1
3. Vj.	103,4	96,8	104,4	57,1	121,9	113,4	104,6	111,1	97,1	118,7

1) Inländische und importierte Grundstoffe zusammen. Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer.

2) Gliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang.

3) Einschließlich Edelmetalle.

4) Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 64*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
(Inlandsabsatz)¹⁾
1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau-liche Erzeugnisse ²⁾	Elektrischer Strom ³⁾ , Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter	Verbrauchs-güter	Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	Investitions-güter ⁴⁾	Verbrauchs-güter ⁵⁾
1962	44,7	22,2	34,6	47,3	45,6	45,6	46,6	55,8	40,3	43,3
1963	45,0	22,6	34,5	47,5	45,2	45,8	47,4	56,5	40,7	43,7
1964	45,5	22,5	34,8	48,1	45,6	46,4	48,4	56,9	41,4	44,2
1965	46,6	23,5	35,7	49,2	46,5	47,8	49,5	57,7	42,7	45,2
1966	47,4	23,4	36,1	50,1	47,0	48,7	50,8	59,0	43,7	46,3
1967	46,9	23,4	36,5	49,6	45,9	48,2	50,4	59,5	43,6	46,5
1968	46,6	23,4	36,6	49,2	45,3	48,2	50,3	58,7	43,7	46,1
1969	47,4	24,1	36,1	50,2	46,0	49,7	51,2	59,2	45,4	46,0
1970	49,8	27,3	36,3	52,6	47,9	53,6	53,2	60,6	49,5	48,0
1971	51,9	30,2	37,4	54,9	49,2	57,0	55,1	62,8	53,4	50,3
1972	53,3	32,0	40,0	56,2	49,2	58,5	57,1	65,3	55,4	52,1
1973	56,9	33,7	41,8	60,0	53,5	60,9	61,3	70,7	57,9	56,0
1974	64,5	43,1	45,0	68,0	66,1	66,7	68,6	74,8	63,2	62,6
1975	67,4	53,9	53,8	70,2	65,4	71,5	70,4	77,7	68,6	66,0
1976	70,0	57,4	57,4	72,5	67,4	74,0	72,5	80,6	71,6	68,5
1977	71,9	57,7	58,7	74,6	67,3	76,7	74,6	86,1	74,6	69,8
1978	72,7	61,5	60,8	75,1	66,7	78,4	75,8	85,5	76,9	71,3
1979	76,2	63,5	61,9	79,0	73,8	80,7	79,6	85,7	79,6	77,1
1980	81,9	74,5	68,4	84,5	82,4	84,5	85,2	87,8	83,4	84,1
1981	88,3	86,3	81,8	89,5	90,4	88,0	89,4	91,8	87,0	91,0
1982	93,5	92,9	92,2	93,8	93,8	93,0	92,9	97,2	92,1	94,0
1983	94,9	94,8	93,4	95,3	93,4	95,5	94,6	99,3	94,9	94,8
1984	97,7	98,1	96,5	98,0	97,2	97,6	97,5	100,8	97,4	97,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	97,4	96,4	97,6	89,1	102,1	101,0	99,1	102,6	94,8
1987	95,1	96,9	83,3	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1
1983 1. Vj.	94,1	96,0	93,2	94,4	92,4	94,6	93,8	98,8	93,9	93,7
2. Vj.	94,5	94,8	93,2	94,8	92,4	95,4	94,2	98,6	94,9	93,9
3. Vj.	95,2	94,0	93,9	95,5	93,8	95,8	94,8	99,4	95,3	95,5
4. Vj.	95,8	94,6	93,4	96,3	95,2	96,0	95,4	100,5	95,6	96,1
1984 1. Vj.	96,7	97,7	94,2	97,2	96,3	96,8	96,3	100,8	96,4	96,4
2. Vj.	97,4	97,7	96,1	97,7	96,8	97,4	97,2	100,9	97,1	96,5
3. Vj.	97,8	98,0	97,3	98,1	97,1	97,9	98,0	100,6	97,5	96,9
4. Vj.	98,6	98,9	98,4	98,7	98,5	98,3	98,6	100,7	98,2	98,6
1985 1. Vj.	99,6	100,0	98,7	99,8	100,7	99,0	99,2	100,4	98,9	99,8
2. Vj.	100,2	100,3	99,4	100,3	101,0	100,1	100,0	100,3	100,0	100,4
3. Vj.	100,2	100,2	100,9	101,1	99,7	100,3	100,4	99,8	100,4	99,8
4. Vj.	100,0	99,5	100,1	99,8	98,6	100,6	100,4	99,5	100,7	99,9
1986 1. Vj.	99,3	99,6	101,0	98,9	94,4	101,3	100,8	99,5	101,6	97,0
2. Vj.	98,0	97,7	98,7	97,8	89,7	101,9	101,0	99,6	102,4	94,8
3. Vj.	97,2	96,2	97,4	97,1	86,8	102,5	101,1	98,9	103,0	93,7
4. Vj.	95,5	96,2	88,5	96,8	85,6	102,7	101,1	98,3	103,4	93,6
1987 1. Vj.	95,0	96,5	84,9	96,9	85,8	103,2	101,3	97,3	104,1	94,7
2. Vj.	94,7	96,3	81,7	97,1	86,1	103,7	101,8	96,8	104,8	95,1
3. Vj.	95,1	97,2	82,8	97,4	86,6	104,0	102,1	96,3	105,3	95,4
4. Vj.	95,4	97,4	83,6	97,6	86,7	104,2	102,5	96,6	105,5	95,2
1988 1. Vj.	95,4	97,0	83,7	97,7	86,0	104,8	102,8	96,8	106,2	94,6
2. Vj.	96,0	96,7	83,5	98,5	87,2	105,3	103,5	97,5	106,8	95,6
3. Vj.	96,5	97,1	82,6	99,2	88,3	105,6	104,2	98,5	107,2	95,9

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Ohne Erdgas. — ³⁾ Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — ⁴⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — ⁵⁾ Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 65*

Index der Ausführpreise¹⁾

1980 = 100

Zeitraum	Ins-gesamt	Güter der Ernäh-rungs-wirt-schaft ²⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu-sammen ²⁾	Roh-stoffe ²⁾	Halb-waren ²⁾	Fertig-waren ²⁾	Investi-tions-güter ³⁾	Ver-brauchs-güter ³⁾
1962	54,1	56,8	53,9	53,8	43,2	55,1	48,6	53,7
1963	54,2	62,2	53,9	54,3	42,7	55,1	49,1	54,0
1964	55,5	62,7	55,1	56,4	44,3	56,2	50,2	54,9
1965	56,7	63,1	56,4	56,3	45,5	57,6	51,8	56,2
1966	57,9	64,7	57,6	56,4	46,7	58,8	53,2	58,2
1967	57,8	63,6	57,5	54,4	46,7	58,9	53,8	59,1
1968	57,2	62,4	57,0	53,5	46,4	58,3	53,5	58,8
1969	59,5	63,6	59,3	54,0	47,6	60,8	56,4	59,8
1970	61,4	64,4	61,2	54,8	49,0	62,7	59,3	61,0
1971	63,4	66,0	63,3	58,7	48,9	65,0	63,3	63,8
1972	64,7	69,1	64,5	61,7	47,2	66,5	66,0	65,8
1973	68,9	77,0	68,5	64,8	55,4	70,1	69,3	69,3
1974	80,6	85,0	80,3	75,8	82,1	80,1	75,3	78,1
1975	83,7	85,1	83,6	86,6	76,9	84,1	81,8	82,9
1976	87,0	87,9	86,9	92,4	79,5	87,4	86,5	86,5
1977	88,5	91,9	88,3	91,5	77,4	89,2	90,2	89,0
1978	89,9	91,4	89,8	90,5	76,1	91,0	92,8	91,2
1979	94,1	94,3	94,1	95,3	87,9	94,6	95,5	93,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,8	106,5	105,8	109,7	112,7	104,9	104,4	105,4
1982	110,4	107,9	110,6	115,2	115,3	110,0	110,0	109,3
1983	112,3	110,1	112,4	113,7	115,2	112,1	113,1	111,1
1984	116,2	114,2	116,3	122,5	121,1	115,7	116,3	113,4
1985	119,4	113,6	119,8	125,6	123,8	119,2	120,1	116,2
1986	116,8	106,5	117,4	112,9	98,6	119,5	123,3	115,1
1987	115,5	101,7	116,4	104,7	87,6	119,7	125,7	116,0
1983 1. Vj.	111,2	107,1	111,4	113,3	113,2	111,2	112,1	110,4
2. Vj.	111,7	108,1	112,0	112,1	113,7	111,8	112,9	110,7
3. Vj.	112,9	111,5	112,9	113,3	116,6	112,5	113,5	111,4
4. Vj.	113,5	113,7	113,5	116,2	117,0	113,0	113,9	111,7
1984 1. Vj.	114,8	114,4	114,9	119,9	118,8	114,3	115,1	112,4
2. Vj.	115,8	114,5	115,9	120,5	120,2	115,3	116,0	113,1
3. Vj.	116,6	113,3	116,8	123,7	121,7	116,1	116,7	113,7
4. Vj.	117,5	114,8	117,7	125,7	123,7	116,9	117,4	114,3
1985 1. Vj.	119,2	116,1	119,3	129,4	127,2	118,2	118,7	115,1
2. Vj.	120,1	115,6	120,4	128,8	127,2	119,4	120,1	116,2
3. Vj.	119,7	112,2	120,2	123,7	123,2	119,7	120,6	116,7
4. Vj.	118,7	110,5	119,2	120,6	117,6	119,3	120,9	116,7
1986 1. Vj.	118,1	109,4	118,6	117,9	109,1	119,7	122,2	115,6
2. Vj.	117,4	107,8	117,9	114,3	101,0	119,9	123,5	115,2
3. Vj.	116,3	104,9	117,0	110,5	94,3	119,5	123,8	115,0
4. Vj.	115,4	103,9	116,1	108,7	90,1	119,1	123,8	114,5
1987 1. Vj.	115,0	102,2	115,8	106,1	87,0	119,1	124,7	115,2
2. Vj.	115,4	101,8	116,2	103,9	87,4	119,5	125,5	115,9
3. Vj.	115,8	101,1	116,7	103,8	88,1	120,0	126,2	116,4
4. Vj.	115,9	101,8	116,8	104,8	87,8	120,1	126,4	116,4
1988 1. Vj.	116,5	101,9	117,3	104,2	87,2	120,9	127,3	116,4
2. Vj.	117,9	104,1	118,7	103,6	90,3	122,1	128,3	117,2
3. Vj.	119,1	107,7	119,8	106,3	92,3	123,1	128,8	117,6

1) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.

2) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.

3) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Index der Einfuhrpreise¹⁾

1980 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft ²⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen ²⁾	Ro- stoffe ²⁾	Halb- waren ²⁾	Fertig- waren ²⁾	Investi- tions- güter ³⁾	Ver- brauchs- güter ³⁾
1962	49,9	67,9	46,9	26,8	34,4	66,7	69,8	50,1
1963	50,9	70,9	47,2	27,0	34,7	67,5	71,5	51,2
1964	51,7	71,8	48,2	27,2	35,9	68,5	72,6	49,4
1965	53,1	75,2	48,9	27,0	37,5	69,2	74,0	48,6
1966	54,0	75,1	50,0	27,5	39,2	70,6	76,1	49,7
1967	52,8	72,6	49,4	26,8	38,6	70,0	75,2	51,1
1968	52,4	70,0	49,5	26,8	39,3	69,3	75,7	52,0
1969	53,3	72,3	50,1	26,3	40,8	70,3	75,9	51,4
1970	52,8	71,9	49,6	25,6	40,8	69,6	74,2	51,3
1971	53,0	70,7	50,0	28,0	38,3	70,2	75,8	53,2
1972	52,7	72,6	49,3	27,3	36,5	70,2	75,7	53,5
1973	59,4	87,5	54,7	32,0	46,6	72,9	76,1	61,4
1974	76,4	95,3	73,2	60,1	65,6	82,1	80,1	70,5
1975	75,1	89,7	72,7	58,2	60,1	85,6	88,0	73,0
1976	79,7	97,1	76,9	63,3	64,0	88,7	92,9	76,8
1977	80,9	105,6	76,9	62,8	62,7	89,5	93,0	78,2
1978	77,9	95,6	75,0	55,8	60,6	90,2	94,6	78,5
1979	87,0	96,7	85,4	67,7	83,5	94,1	95,8	92,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,6	107,6	114,6	130,8	118,8	107,2	109,4	108,7
1982	116,2	108,9	117,3	130,2	123,0	110,6	112,3	112,2
1983	115,8	113,2	116,3	123,8	120,2	112,1	114,4	111,5
1984	122,8	121,1	123,0	134,0	131,6	116,0	119,1	114,3
1985	124,6	118,5	125,5	135,6	133,5	119,0	122,3	116,7
1986	101,0	106,2	100,2	69,3	89,7	115,2	118,0	103,8
1987	94,4	95,8	94,2	63,7	75,5	112,1	115,2	101,7
1983 1. Vj.	114,0	109,0	114,8	123,5	117,1	110,8	112,7	110,1
2. Vj.	113,6	109,3	114,3	119,3	117,6	111,3	113,6	110,3
3. Vj.	117,2	114,8	117,5	125,4	123,0	112,7	115,3	112,6
4. Vj.	118,5	119,6	118,4	127,1	123,2	113,4	115,9	112,8
1984 1. Vj.	120,7	122,2	120,4	129,7	127,2	114,6	117,4	113,8
2. Vj.	121,7	123,4	121,4	129,8	130,3	115,2	118,0	113,4
3. Vj.	123,5	119,2	124,1	135,9	133,5	116,5	119,8	114,3
4. Vj.	125,2	119,8	126,1	140,6	135,2	117,6	121,1	115,8
1985 1. Vj.	129,0	125,6	129,5	147,6	139,9	119,2	123,3	118,8
2. Vj.	127,5	123,0	128,2	142,0	137,5	119,8	123,3	117,1
3. Vj.	123,3	113,2	124,8	132,0	133,3	119,2	122,3	115,8
4. Vj.	118,6	112,3	119,5	120,8	123,4	117,7	120,3	115,1
1986 1. Vj.	110,9	114,8	110,3	97,5	105,4	116,7	119,0	108,2
2. Vj.	102,2	108,7	101,1	67,3	93,6	116,1	118,6	104,2
3. Vj.	96,4	102,0	95,5	55,0	83,2	114,6	117,8	101,6
4. Vj.	94,6	99,2	93,9	57,7	76,6	113,3	116,6	101,1
1987 1. Vj.	94,0	98,0	93,4	62,7	72,6	112,0	115,2	101,4
2. Vj.	94,5	96,8	94,1	63,2	75,7	112,0	115,2	101,6
3. Vj.	95,2	93,8	95,4	66,0	78,2	112,3	115,7	102,3
4. Vj.	94,0	94,6	94,0	62,7	75,4	112,0	114,8	101,4
1988 1. Vj.	93,6	98,2	92,9	58,3	74,2	112,3	114,5	100,7
2. Vj.	94,7	98,6	94,1	59,2	76,8	113,0	114,8	101,6
3. Vj.	96,3	99,4	95,8	60,9	78,5	114,8	116,6	102,2

1) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

2) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.

3) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 67*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise¹⁾

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ²⁾	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
				Betriebsgebäude				
1960	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	.
1961	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	.
1962	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	.	18,1
1963	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	.	20,6
1964	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	.	22,5
1965	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	.	26,7
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	.	28,8
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	.	31,3
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	34,6
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	36,4
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	37,5
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	40,9
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	49,1
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	49,7
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	49,2
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	53,7
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	59,5
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	65,8
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	73,1
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	84,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	117,1
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	136,0
1983	111,2	111,5	112,6	112,9	111,1	99,5	115,1	146,2
1984	114,0	114,3	115,8	115,7	113,8	100,8	118,7	148,7
1985	114,5	115,0	116,8	116,5	114,3	102,6	120,9	141,6
1986	116,2	116,8	118,9	118,9	115,9	104,8	123,4	147,6
1987	118,6	119,2	121,5	121,5	118,1	105,8	126,5	153,7
1984 Feb	113,0	113,4	114,9	114,9	112,9	100,0	117,0	143,7
Mai	114,2	114,5	115,9	116,0	114,0	100,8	118,7	141,1
Aug	114,4	114,7	116,2	116,0	114,2	101,2	119,5	150,2
Nov	114,2	114,5	116,1	115,7	114,0	101,3	119,6	145,0
1985 Feb	114,2	114,5	116,3	115,8	114,0	101,6	119,9	140,4
Mai	114,2	114,7	116,5	116,2	113,9	102,4	120,5	136,9
Aug	114,8	115,3	117,1	116,9	114,5	103,0	121,4	131,8
Nov	114,9	115,5	117,3	117,2	114,7	103,5	121,6	147,1
1986 Feb	115,2	115,8	117,8	117,6	114,9	104,2	122,2	148,0
Mai	116,1	116,6	118,6	118,5	115,7	104,8	123,0	143,9
Aug	116,7	117,3	119,3	119,5	116,3	105,0	123,9	144,7
Nov	116,9	117,5	119,7	119,9	116,6	105,0	124,3	155,7
1987 Feb	117,4	118,0	120,3	120,3	116,9	105,0	124,9	156,2
Mai	118,5	119,2	121,4	121,4	118,1	105,9	126,2	150,4
Aug	119,1	119,8	122,1	122,1	118,6	106,2	127,4	153,8
Nov	119,2	119,9	122,3	122,3	118,6	106,2	127,6	160,1
1988 Feb	119,7	120,4	122,9	122,6	119,0	106,4	128,3	151,0
Mai	120,9	121,7	124,2	123,6	120,2	107,0	129,5	...
Aug	121,7	122,5	125,0	124,7	121,0	107,2	130,7	...

¹⁾ Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.²⁾ Einschließlich Schönheitsreparaturen.³⁾ Ohne Berlin.

Tabelle 68*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾
 1970 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Er- näh- rung	Getränke und Tabak- waren	Wohnung	Heizung und Beleuch- tung	Haus- rat	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung, Unter- haltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	196,0	178,9	177,9	205,1	289,8	168,3	204,8	188,3	203,4	210,4
1986	195,6	178,6	182,3	209,2	257,7	170,3	208,9	191,6	208,7	202,9
1987	195,7	178,1	179,9	212,8	230,2	171,9	211,7	194,5	212,6	204,3
1987 1. Vj.	195,4	178,1	181,9	211,5	234,3	172,1	210,9	193,2	211,1	202,4
2. Vj.	196,0	180,0	180,3	212,4	228,8	172,0	211,4	193,9	212,1	204,7
3. Vj.	195,8	177,8	179,0	213,4	230,1	171,4	211,8	195,1	213,4	204,9
4. Vj.	195,7	176,4	178,4	214,0	227,8	172,2	212,8	195,9	213,8	205,0
1988 1. Vj.	196,7	178,3	178,5	215,5	223,7	174,1	213,5	197,8	215,4	204,8
2. Vj.	197,7	179,5	179,2	216,8	223,3	174,0	214,1	199,0	216,5	206,9
3. Vj.	197,9	177,5	180,1	219,1	222,0	173,1	214,6	199,2	217,3	208,6

1) Gliederung nach Bedarfsgruppen.

2) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

3) Ohne Saarland und Berlin.

4) Ohne Berlin.

Tabelle 69*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾
 1980 = 100

Zeitraum	Gesamt-lebenshaltung		Nahrungs-mittel, Getränke, Tabak-waren ³⁾	Beklei-dung, Schuhe ⁴⁾	Woh-nungs-mieten	Energie ⁵⁾ (ohne Kraft-stoffe)	Möbel, Haus-halts-geräte ⁶⁾	Güter für			
	einschl.	ohne						die Gesundheits- und Körper-pflege	Verkehr und Nach-richten-über-mittlung	Bildung, Unter-haltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienst-leistungen des Beher-burgungs-gewerbes sowie Güter sonstiger Art
	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ³⁾										
1962	50,5	47,3	56,4	49,6	36,8	38,2	58,5	47,0	47,7	55,4	48,1
1963	52,1	48,8	58,1	50,7	38,8	39,2	59,6	48,4	49,9	56,2	49,7
1964	53,3	50,0	59,3	51,7	41,2	39,8	60,5	49,6	50,4	57,3	51,3
1965	55,1	51,5	61,5	53,1	43,6	40,5	62,1	51,3	50,9	58,9	52,8
1966	57,0	53,6	63,2	54,8	47,7	41,1	63,3	54,2	53,0	60,5	54,5
1967	57,8	55,0	63,2	55,6	50,8	41,5	63,3	55,3	54,5	61,8	56,7
1968	58,6	56,7	62,5	55,5	54,3	44,4	63,1	58,9	55,5	63,8	59,1
1969	59,8	57,8	63,8	56,0	58,3	44,5	63,2	59,7	55,2	64,4	60,1
1970	61,7	59,9	65,3	58,3	60,6	45,9	65,4	62,1	56,7	67,6	61,4
1971	64,8	63,4	67,8	61,9	64,2	47,4	68,5	65,6	60,3	70,8	67,8
1972	68,3	66,7	71,6	65,6	67,9	49,2	71,1	68,9	64,0	73,4	71,1
1973	72,9	71,0	76,9	70,5	72,4	55,2	73,7	72,9	68,4	77,3	75,0
1974	77,9	76,6	80,6	75,7	76,5	63,1	79,0	78,3	75,2	84,1	79,1
1975	82,6	81,7	84,9	79,5	82,3	70,9	83,7	83,2	80,0	89,4	81,8
1976	86,3	85,0	89,1	82,3	86,6	75,4	85,8	86,3	84,0	92,0	84,2
1977	89,3	87,5	93,2	86,4	89,4	76,1	88,4	89,1	85,6	93,5	88,7
1978	91,6	90,2	94,5	90,3	92,0	78,0	91,4	92,2	88,1	95,2	91,6
1979	95,0	94,4	96,2	94,4	95,0	91,0	94,3	95,5	92,4	97,6	95,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,0	104,8	105,2	104,5	117,4	105,8	104,6	109,3	104,3	106,6
1982	112,0	112,2	111,2	110,0	109,8	127,0	110,6	112,5	112,7	109,2	112,4
1983	115,6	116,3	114,0	113,4	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3
1984	118,4	119,4	115,7	116,3	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985	120,9	122,7	116,6	119,1	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1986	120,7	122,1	117,1	121,5	126,7	119,6	119,1	124,7	116,3	119,4	130,3
1987	120,8	122,5	116,5	123,1	128,9	106,3	120,4	125,7	117,3	120,7	132,9
1984 1. Vj.	117,7	118,6	115,7	115,2	118,5	129,5	115,2	121,0	119,0	115,5	118,8
2. Vj.	118,3	118,9	116,6	115,9	119,6	129,1	115,7	121,4	119,0	115,5	119,4
3. Vj.	118,3	119,3	115,5	116,4	120,6	129,6	116,1	121,8	118,6	115,4	120,4
4. Vj.	119,2	120,8	114,9	117,5	122,1	132,8	116,4	122,1	121,2	116,4	120,7
1985 1. Vj.	120,4	121,9	116,6	118,2	123,2	136,1	116,9	122,7	121,0	117,7	123,5
2. Vj.	121,2	122,6	117,7	118,8	123,9	134,2	117,5	123,1	123,4	117,6	124,6
3. Vj.	120,9	122,8	116,1	119,2	124,6	134,4	117,9	123,5	122,3	117,4	125,9
4. Vj.	121,2	123,3	115,8	120,3	125,1	135,2	118,3	123,8	122,4	117,9	126,3
1986 1. Vj.	121,3	122,9	117,3	120,8	125,9	129,4	118,6	124,3	118,6	119,4	129,5
2. Vj.	121,0	122,2	118,1	121,3	126,4	122,5	118,9	124,6	115,8	119,5	130,1
3. Vj.	120,5	121,8	117,0	121,6	127,0	116,2	119,2	124,8	115,8	119,0	130,7
4. Vj.	120,0	121,5	116,1	122,2	127,4	110,1	119,5	125,1	115,0	119,7	130,7
1987 1. Vj.	120,5	122,0	116,8	122,6	128,1	108,2	119,9	125,4	116,2	120,9	131,4
2. Vj.	121,0	122,3	117,5	123,0	128,7	105,6	120,3	125,7	117,7	120,8	132,1
3. Vj.	120,8	122,7	116,2	123,2	129,2	106,2	120,5	125,8	117,6	120,3	133,7
4. Vj.	120,8	122,9	115,4	123,8	129,6	105,1	120,9	126,1	117,6	120,9	134,2
1988 1. Vj.	121,4	123,4	116,3	124,2	130,5	103,1	121,3	126,1	117,5	122,7	135,2
2. Vj.	122,0	123,9	117,1	124,5	131,3	102,9	121,7	126,6	119,0	122,6	135,9
3. Vj.	122,1	124,4	116,3	124,8	132,7	102,4	122,0	126,8	119,6	121,8	137,3

¹⁾ Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.

²⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen.

³⁾ Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.

⁴⁾ Einschließlich Änderungen und Reparaturen.

⁵⁾ Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.

⁶⁾ Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 70*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
Alle privaten Haushalte
 1980 = 100

Zeitraum	Gesamt-lebenshaltung		Nahrungs-mittel, Ge-tränke, Tabak-waren ²⁾	Beklei-dung, Schuhe ³⁾	Woh-nungs-mieten	Energie ⁴⁾ (ohne Kraft-stoffe)	Möbel, Haus-halts-geräte ⁵⁾	Güter für			
	einschl.	ohne						die Gesund-heits- und Körper-pflege	Verkehr und Nach-richten-über-mittlung	Bildung, Unter-haltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienst-leistungen des Beher-bergungs-gewerbes sowie Güter sonstiger Art
	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ²⁾										
1962	49,7	46,8	56,1	50,9	38,4	33,7	56,4	40,4	47,6	53,5	51,9
1963	51,2	48,2	57,7	51,9	40,5	34,8	57,5	41,7	49,2	55,0	52,9
1964	52,4	49,4	59,0	52,6	42,8	35,4	58,0	43,2	49,7	57,0	53,7
1965	54,1	50,9	61,1	53,8	45,2	36,1	59,1	45,3	50,1	58,9	55,0
1966	56,0	52,9	63,0	55,3	48,8	36,6	60,3	48,3	52,1	61,0	56,4
1967	56,9	54,4	62,9	55,9	52,1	37,1	60,4	49,9	53,8	63,0	57,7
1968	57,8	56,0	62,4	55,9	55,9	39,2	60,5	52,6	55,3	64,7	59,4
1969	58,9	56,9	63,8	56,5	59,4	39,2	60,9	53,9	55,0	65,3	60,4
1970	61,0	59,2	65,3	58,8	62,0	40,9	63,4	56,9	56,6	68,5	61,6
1971	64,1	62,8	67,8	62,2	65,8	43,2	66,7	60,8	60,4	71,6	66,1
1972	67,7	66,1	71,7	66,0	69,8	45,1	69,6	64,7	64,5	74,1	68,9
1973	72,4	70,6	77,0	70,9	73,9	52,5	72,5	69,2	69,4	77,9	72,5
1974	77,4	76,3	80,7	76,3	77,6	61,3	78,0	75,0	76,4	84,5	76,6
1975	82,0	81,1	84,9	80,1	82,6	67,7	83,0	80,4	81,2	89,6	79,7
1976	85,6	84,5	88,8	82,8	86,7	72,4	85,5	84,1	84,7	92,4	82,3
1977	88,7	87,2	93,2	86,8	89,6	73,0	88,2	87,4	86,5	93,9	86,7
1978	91,1	90,0	94,5	90,7	92,3	74,8	91,3	90,9	89,0	95,5	90,0
1979	94,9	94,4	96,1	94,6	95,3	90,4	94,3	94,7	93,1	97,9	94,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	106,8	104,8	105,1	104,4	116,3	105,8	105,2	108,7	103,7	107,1
1982	111,9	112,1	111,3	109,8	109,7	125,6	110,6	111,0	112,6	107,9	113,5
1983	115,6	116,0	114,3	113,0	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5
1984	118,4	119,2	116,0	115,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985	121,0	122,3	116,9	118,4	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1986	120,7	121,7	117,6	120,6	126,4	116,4	119,1	121,5	118,3	117,8	130,1
1987	121,0	122,4	117,0	122,2	128,7	106,1	120,5	122,8	119,5	119,1	132,6
1984 1. Vj.	117,7	118,4	116,0	114,7	118,3	128,3	115,3	117,4	119,6	114,2	119,9
2. Vj.	118,3	118,7	116,9	115,4	119,4	127,6	115,8	117,9	119,7	114,0	120,3
3. Vj.	118,3	119,1	115,8	115,8	120,4	128,1	116,1	118,1	119,4	113,7	121,4
4. Vj.	119,2	120,5	115,2	116,9	121,8	131,3	116,4	118,5	121,9	114,9	121,6
1985 1. Vj.	120,5	121,7	116,8	117,5	122,8	135,1	116,9	119,1	121,8	116,5	124,4
2. Vj.	121,2	122,3	118,0	118,1	123,6	132,4	117,6	119,6	124,2	116,1	125,3
3. Vj.	120,9	122,4	116,5	118,4	124,3	132,5	118,0	119,9	123,2	115,7	126,3
4. Vj.	121,3	123,0	116,1	119,5	124,8	133,4	118,4	120,3	123,6	116,3	126,6
1986 1. Vj.	121,3	122,6	117,5	120,0	125,6	126,4	118,7	121,1	120,3	118,0	129,5
2. Vj.	121,0	121,7	118,5	120,4	126,1	119,0	119,0	121,3	117,9	118,0	130,1
3. Vj.	120,4	121,3	117,5	120,8	126,8	112,5	119,2	121,6	117,8	117,2	130,5
4. Vj.	120,0	121,1	116,7	121,3	127,2	107,7	119,5	122,0	117,2	118,1	130,5
1987 1. Vj.	120,7	121,8	117,3	121,7	127,8	107,3	120,0	122,4	118,4	119,5	131,2
2. Vj.	121,1	122,2	118,1	122,0	128,4	105,3	120,4	122,7	119,8	119,1	131,9
3. Vj.	121,1	122,6	116,8	122,3	129,0	106,4	120,7	123,0	119,9	118,4	133,3
4. Vj.	121,2	122,9	115,9	122,8	129,4	105,4	120,9	123,3	119,9	119,3	134,2
1988 1. Vj.	121,7	123,4	116,9	123,2	130,4	103,2	121,4	123,4	120,1	121,3	135,4
2. Vj.	122,4	124,0	117,7	123,6	131,2	103,1	121,8	124,1	121,6	120,8	136,2
3. Vj.	122,6	124,4	117,0	123,8	132,4	102,6	122,1	124,6	122,2	119,7	137,4

1) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.

2) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.

3) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.

4) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.

5) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 71*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾

1980 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ⁶⁾				
1962	49,7	56,7	38,9	40,4	55,0	50,5	56,8	37,3	42,0	54,9
1963	51,2	58,4	41,0	42,4	55,7	52,1	58,7	39,3	44,1	55,6
1964	52,4	59,8	43,3	44,1	56,2	53,3	60,0	41,7	45,6	56,3
1965	54,1	62,3	45,7	45,8	56,9	55,1	62,7	44,1	47,2	57,3
1966	56,0	64,0	49,3	48,8	58,0	57,0	64,2	48,3	49,7	58,6
1967	56,9	63,4	52,6	50,4	58,6	57,8	63,6	51,3	51,1	59,4
1968	57,8	62,0	56,3	53,1	59,1	58,6	62,1	54,9	53,8	60,0
1969	58,9	64,0	59,8	54,2	59,1	59,8	63,9	58,8	54,9	60,0
1970	61,0	65,2	62,4	56,7	61,0	61,7	65,2	61,1	57,4	61,9
1971	64,1	67,8	66,2	61,1	63,8	64,8	68,0	64,5	62,0	64,6
1972	67,7	71,9	70,2	65,3	66,8	68,3	71,9	68,3	66,1	67,6
1973	72,4	77,6	74,3	69,9	71,3	72,9	77,2	72,7	70,8	71,9
1974	77,4	81,8	77,9	75,1	77,0	77,9	81,7	76,7	76,2	77,3
1975	82,0	86,8	82,9	80,1	81,3	82,6	86,6	82,4	80,7	81,7
1976	85,6	91,0	87,0	83,8	84,2	86,3	91,3	86,9	84,2	84,6
1977	88,7	93,1	89,8	87,9	87,3	89,3	93,4	89,6	88,1	87,8
1978	91,1	94,3	92,4	91,2	89,7	91,6	94,4	92,2	91,3	90,1
1979	94,9	95,9	95,3	95,5	94,1	95,0	96,0	95,1	95,6	94,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	105,3	104,4	106,2	107,3	106,3	105,2	104,4	106,0	107,6
1982	111,9	110,4	110,2	112,0	112,9	112,0	110,4	110,1	111,8	113,4
1983	115,6	112,1	116,5	116,6	115,9	115,6	112,2	116,3	116,5	116,5
1984	118,4	114,2	120,9	119,3	118,4	118,4	114,2	120,6	119,3	118,9
1985	121,0	114,4	124,7	122,3	121,1	120,9	114,6	124,6	122,5	121,6
1986	120,7	113,8	127,2	125,2	118,3	120,7	114,2	127,0	125,7	118,9
1987	121,0	113,2	129,5	127,4	117,4	120,8	113,6	129,2	127,8	117,6
1984 1. Vj.	117,7	114,5	119,2	118,6	117,8	117,7	114,5	119,0	118,6	118,3
2. Vj.	118,3	115,9	120,3	119,0	118,0	118,3	115,6	120,0	119,0	118,5
3. Vj.	118,3	113,8	121,3	119,7	118,0	118,3	113,9	121,1	119,7	118,5
4. Vj.	119,2	112,5	122,7	120,0	119,6	119,2	112,9	122,5	120,1	120,1
1985 1. Vj.	120,5	114,9	123,7	121,5	120,7	120,4	115,1	123,5	121,6	121,0
2. Vj.	121,2	116,6	124,4	122,1	121,1	121,2	116,5	124,3	122,3	121,7
3. Vj.	120,9	113,5	125,0	122,8	121,0	120,9	113,8	124,9	123,0	121,5
4. Vj.	121,3	112,4	125,6	123,0	121,7	121,2	113,0	125,5	123,3	122,3
1986 1. Vj.	121,3	114,4	126,4	124,5	120,2	121,3	114,8	126,2	125,0	120,7
2. Vj.	121,0	115,4	126,9	125,1	118,6	121,0	115,6	126,8	125,5	119,2
3. Vj.	120,4	113,5	127,5	125,5	117,5	120,5	113,8	127,4	126,0	118,3
4. Vj.	120,0	112,0	128,0	125,7	116,9	120,0	112,5	127,8	126,2	117,4
1987 1. Vj.	120,7	113,2	128,7	126,4	117,5	120,5	113,7	128,4	126,8	117,8
2. Vj.	121,1	114,9	129,2	126,9	117,4	121,0	115,0	129,0	127,4	117,7
3. Vj.	121,1	113,0	129,7	127,8	117,4	120,8	113,4	129,5	128,3	117,5
4. Vj.	121,2	111,7	130,2	128,3	117,4	120,8	112,3	130,0	128,7	117,5
1988 1. Vj.	121,7	113,1	131,2	129,3	117,5	121,4	113,6	130,8	129,6	117,5
2. Vj.	122,4	114,3	132,2	130,1	117,8	122,0	114,5	131,8	130,4	117,9
3. Vj.	122,6	112,6	133,4	130,9	117,9	122,1	113,0	133,1	131,3	117,9

1) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.

2) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.

3) Einschließlich Garagennutzung.

4) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.

5) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege, u. a. m.

6) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 72*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1980 = 100

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Ein- fuhr ¹⁾	Letzte Ver- wendung von Gütern ²⁾	Aus- fuhr ¹⁾	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					ins- gesamt ³⁾	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen		
								zu- sammen	Ausrü- stungen	Bauten
1960	41,4	50,7	42,6	50,2	41,3	46,4	29,4	38,8	50,7	34,1
1961	43,4	49,6	44,2	50,6	43,1	48,0	31,4	41,2	52,4	36,5
1962	45,1	49,7	45,7	51,1	44,8	49,4	33,1	44,1	54,5	39,6
1963	46,5	50,9	47,1	51,8	46,3	50,9	35,1	45,8	55,3	41,7
1964	47,9	51,9	48,5	53,2	47,6	52,1	36,0	47,0	56,4	43,1
1965	49,7	53,4	50,2	54,7	49,4	53,8	38,5	48,2	57,9	44,0
1966	51,3	54,5	51,8	56,2	51,0	55,7	40,4	49,3	59,8	44,9
1967	52,0	53,9	52,3	56,4	51,4	56,7	41,4	48,7	60,9	43,7
1968	53,1	54,2	53,3	56,5	52,6	57,6	42,6	49,1	59,8	44,6
1969	55,4	55,5	55,4	58,8	54,6	58,7	45,9	52,1	61,1	47,6
1970	59,6	55,6	58,9	61,6	58,3	60,8	50,2	58,9	64,6	55,9
1971	64,4	56,4	62,9	64,2	62,6	64,2	56,9	63,3	68,1	60,9
1972	67,8	57,7	65,9	65,7	65,9	67,8	60,8	65,8	69,8	63,9
1973	72,1	62,3	70,2	69,9	70,3	72,1	67,0	69,2	72,6	67,6
1974	77,2	76,0	77,0	80,2	76,1	77,2	75,1	74,3	78,4	72,3
1975	81,8	78,5	81,2	83,5	80,6	82,0	79,9	77,2	84,9	73,2
1976	84,8	82,5	84,3	86,6	83,7	85,4	83,1	80,3	88,5	76,0
1977	88,0	84,4	87,2	88,4	86,9	88,5	86,9	83,3	90,9	79,0
1978	91,7	82,8	89,9	89,8	89,9	90,9	90,0	87,3	93,4	83,7
1979	95,4	89,3	94,1	94,1	94,1	94,5	94,2	92,9	95,8	91,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,0	111,1	105,6	105,6	105,6	106,2	104,9	104,9	104,8	104,9
1982	108,6	114,4	109,9	109,8	109,9	111,2	108,5	107,9	110,0	106,7
1983	112,1	115,3	112,8	111,9	113,1	114,8	111,5	110,0	113,1	108,1
1984	114,3	120,6	115,7	115,6	115,8	117,7	113,4	112,6	115,3	111,0
1985	116,9	123,0	118,3	118,6	118,1	120,2	116,0	114,5	117,9	112,1
1986	120,5	109,6	118,0	116,9	118,4	119,6	118,4	116,0	118,8	114,0
1987	122,9	105,2	118,8	116,0	119,7	120,3	121,0	117,5	119,4	116,1
1983 1. Vj.	109,7	114,3	110,7	110,4	110,8	113,8	105,1	108,7	111,4	106,9
2. Vj.	110,6	113,3	111,2	111,2	111,2	114,4	105,1	109,6	113,2	107,6
3. Vj.	112,0	115,8	112,8	112,3	113,0	115,4	109,8	110,2	113,2	108,6
4. Vj.	115,8	117,8	116,3	113,6	117,2	115,6	125,0	111,2	114,1	109,1
1984 1. Vj.	112,4	119,5	114,0	114,2	113,9	117,2	107,2	111,9	114,4	110,4
2. Vj.	113,1	119,7	114,6	115,1	114,4	117,8	107,8	112,2	114,6	111,0
3. Vj.	113,7	120,5	115,2	115,7	115,1	117,8	110,0	112,7	115,3	111,2
4. Vj.	117,9	122,6	118,9	117,1	119,5	118,1	127,2	113,4	116,3	111,3
1985 1. Vj.	114,5	124,7	116,9	117,8	116,6	119,9	110,2	114,7	117,2	112,6
2. Vj.	115,3	125,1	117,6	119,1	117,0	120,6	110,6	114,1	118,1	111,6
3. Vj.	116,4	122,5	117,8	119,1	117,4	120,4	112,8	114,3	118,2	112,0
4. Vj.	120,9	119,8	120,6	118,6	121,4	119,9	128,8	115,0	117,9	112,5
1986 1. Vj.	117,9	116,7	117,6	117,8	117,6	120,2	112,1	116,0	118,3	114,1
2. Vj.	118,9	110,1	116,8	117,1	116,7	119,6	113,7	115,7	119,0	113,5
3. Vj.	120,1	106,8	117,1	116,6	117,2	119,8	115,3	115,7	118,9	113,8
4. Vj.	124,7	105,4	120,4	116,2	121,9	119,0	131,2	116,5	118,9	114,5
1987 1. Vj.	121,4	103,8	117,3	115,5	117,9	119,6	113,0	117,5	118,8	116,4
2. Vj.	121,7	104,9	117,8	115,5	118,5	120,7	117,3	117,1	119,2	115,7
3. Vj.	121,9	106,4	118,3	116,2	118,9	120,6	118,0	117,4	119,8	115,9
4. Vj.	126,5	105,5	121,6	116,8	123,3	120,0	134,2	118,0	119,6	116,6
1988 1. Vj.	123,3	119,2	120,9	115,4	117,7
2. Vj.	123,9	119,8	122,2	117,8	117,7

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. – ²⁾ Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. – ⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 73*

Löhne und Gehälter

1980 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer ¹⁾	Brutto-			Tarifliche					
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter ³⁾	
		verdienste ²⁾			löhne ³⁾					
		Industrie ⁴⁾		Industrie ⁴⁾ und Handel ⁵⁾		Produzierendes Gewerbe ⁶⁾	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ⁶⁾	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ⁶⁾
1960	20,5	20,6	22,5	22,6	22,1	21,8	24,3	24,0	25,4	26,4
1961	22,6	22,8	24,8	24,6	23,9	23,5	26,1	25,9	27,4	28,5
1962	24,7	25,4	27,3	26,7	26,4	25,9	28,3	28,0	29,5	30,6
1963	26,2	27,3	29,2	28,5	28,1	27,6	29,9	29,7	31,2	32,4
1964	28,5	29,6	31,5	30,3	30,0	29,4	31,5	31,2	32,7	33,9
1965	31,1	32,4	34,7	32,8	32,3	31,7	33,6	33,3	34,9	36,0
1966	33,4	34,6	36,7	35,2	34,6	34,0	35,8	35,6	37,0	38,2
1967	34,5	35,7	36,4	36,6	36,2	35,5	36,9	36,6	38,2	39,4
1968	36,6	37,3	38,9	38,3	37,7	37,0	38,3	38,1	39,5	40,7
1969	40,0	40,6	43,1	41,3	40,2	39,5	40,8	40,5	41,9	43,2
1970	46,1	46,6	49,6	46,5	45,5	44,7	45,7	45,5	46,6	47,7
1971	51,4	51,7	54,1	51,2	51,4	50,8	51,6	51,4	51,7	53,1
1972	56,1	56,3	58,3	55,7	55,9	55,7	56,1	56,2	56,4	57,6
1973	62,4	62,2	64,4	61,3	61,2	61,2	61,3	61,7	62,0	63,3
1974	69,2	68,5	69,5	67,7	68,4	68,5	68,5	68,9	69,2	70,5
1975	73,6	73,9	72,6	73,2	74,5	74,7	74,5	74,9	75,4	76,4
1976	78,7	78,6	78,8	77,9	78,7	78,9	78,7	79,0	79,7	80,4
1977	84,1	84,2	84,5	83,2	84,4	84,4	84,4	84,5	85,3	85,7
1978	88,7	88,7	89,0	88,0	88,8	88,9	88,8	89,0	89,6	89,9
1979	93,7	93,8	95,0	93,4	93,9	93,9	93,9	93,9	94,2	94,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,9	105,5	104,4	105,0	105,7	105,5	105,7	105,5	105,4	104,9
1982	109,2	110,5	108,1	110,1	110,3	110,1	110,3	110,0	110,1	109,4
1983	112,7	114,1	111,0	113,7	114,1	113,9	114,1	113,8	113,9	113,2
1984	116,1	116,8	114,7	117,4	117,3	116,9	117,2	116,8	117,1	115,9
1985	119,5	121,3	118,5	121,9	122,5	121,7	120,5	120,1	120,8	119,5
1986	124,0	125,6	122,2	126,0	126,9	126,3	124,3	123,9	124,6	123,3
1987	127,7	130,5	126,2	130,6	132,2	131,3	129,5	128,6	129,5	128,0
1985 Jan	109,7	118,2	115,3	119,9	119,4	119,2	119,2	118,8	119,0	118,2
Apr	116,5	121,6	118,4	121,7	122,7	121,8	120,2	119,9	120,8	119,4
Jul	117,3	122,5	120,0	122,8	123,5	122,5	121,0	120,5	121,5	120,0
Okt	134,1	123,0	120,4	123,2	124,2	123,1	121,6	121,1	121,8	120,3
1986 Jan	113,6	123,1	118,5	123,6	124,6	124,2	122,0	122,0	122,3	121,6
Apr	121,4	124,2	121,5	124,9	125,5	125,2	122,9	122,8	123,5	122,6
Jul	122,0	127,3	124,6	127,4	128,6	127,6	125,9	125,2	126,1	124,4
Okt	138,7	127,7	124,2	128,0	129,0	128,0	126,3	125,6	126,5	124,7
1987 Jan	116,2	128,2	122,5	128,2	129,6	129,0	126,9	126,3	126,9	126,1
Apr	125,6	130,1	125,8	129,6	132,5	131,5	129,7	128,7	129,7	128,1
Jul	125,5	131,6	127,7	131,9	133,2	132,2	130,4	129,4	130,6	128,8
Okt	143,3	132,2	128,7	132,5	133,6	132,6	130,8	129,8	130,9	129,0
1988 Jan	121,1	132,9	127,5	132,9	133,8	132,7	131,0	129,9	131,0	129,1
Apr	128,7	135,9	130,6	134,7	137,7	136,3	133,2	132,2	133,5	131,7
Jul	...	137,2	132,9	136,3	138,3	137,0	133,7	132,9	134,3	132,2

1) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.

3) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.

4) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk.

5) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

6) Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei; Zimmerei, Dachdeckerei; Ausbaugewerbe.

Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

7) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.

Tabelle 74 *

Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnitt des Zeitraums¹⁾

30. Dezember 1980 = 100

Zeitraum ²⁾	Insgesamt	Davon									
		Industrie							Sonstige Wirtschaftsbereiche ³⁾		
		zusammen	davon						zusammen	darunter	
			Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitende Industrie			Bauindustrie	Kreditbanken		Versicherungsgewerbe	
				zusammen	darunter						
Grundstoff-	Investitionsgüter-				Verbrauchsgüter-						
industrie											
1950	9,8	10,5	8,4	9,5	10,3	6,6	19,3	5,1	6,3	2,5	—
1951	14,3	15,5	12,7	15,2	17,9	8,9	26,6	4,6	8,0	4,3	—
1952	18,1	19,8	17,3	21,3	27,7	10,1	26,3	4,7	9,4	6,0	—
1953	16,3	17,7	15,9	19,2	25,0	9,1	22,9	4,1	9,0	6,2	—
1954	23,3	25,2	21,1	30,2	41,2	11,9	31,0	5,7	13,1	10,2	—
1955	36,3	39,4	32,5	47,7	64,7	19,9	46,3	9,2	19,8	16,8	—
1956	34,4	37,1	29,9	44,6	60,0	19,0	45,4	8,8	20,6	18,1	—
1957	34,1	36,6	29,6	44,1	59,5	18,4	43,3	9,3	21,2	18,7	—
1958	42,7	45,5	35,4	53,5	70,4	24,8	55,7	13,8	28,5	26,7	—
1959	71,6	75,9	55,2	90,0	116,4	45,3	95,3	23,4	50,3	48,2	—
1960	110,7	117,2	74,5	136,7	169,2	81,6	155,1	39,5	78,4	73,2	—
1961	113,5	119,0	77,5	132,2	158,8	88,5	153,5	46,8	87,4	83,3	—
1962	88,1	91,9	64,5	97,3	115,8	69,1	100,2	46,5	70,9	63,7	—
1963	85,0	88,7	61,9	90,9	107,0	67,1	90,6	55,4	68,8	61,0	—
1964	97,7	102,4	75,5	105,4	126,9	73,6	101,1	68,4	75,2	68,3	—
1965	87,0	90,8	61,6	98,0	120,6	64,4	89,5	53,4	69,4	58,9	—
1966	73,7	76,4	54,1	81,5	98,1	55,2	82,5	40,6	62,6	56,5	—
1967	75,2	77,8	58,9	81,8	97,6	58,2	75,0	47,0	64,9	63,1	—
1968	98,8	102,4	78,2	107,7	128,5	78,1	93,4	57,4	83,5	90,3	—
1969	107,5	111,2	88,5	115,9	134,3	88,6	109,2	55,9	93,2	107,1	—
1970	96,2	99,6	79,3	103,9	114,1	86,8	108,3	48,8	82,1	93,6	—
1971	93,4	95,3	84,2	97,0	102,2	88,9	92,3	53,7	88,0	101,7	—
1972	102,2	103,4	82,5	107,4	107,9	107,2	102,5	80,2	101,1	116,0	—
1973	96,2	98,3	76,4	102,4	99,6	105,3	107,4	90,6	89,6	99,5	—
1974	82,0	84,1	65,1	87,8	89,5	85,4	84,9	71,9	74,8	84,6	—
1975	94,4	95,0	69,4	100,4	101,7	101,0	93,7	79,9	95,7	110,8	—
1976	102,2	104,0	71,6	111,3	118,0	106,4	92,3	68,8	97,7	109,1	—
1977	102,1	104,2	79,5	109,6	115,6	105,3	91,5	77,5	96,8	108,7	61,7
1978	111,4	112,4	95,0	115,8	115,5	116,7	109,9	110,5	109,1	121,6	75,8
1979	106,8	107,5	95,7	110,1	112,8	108,6	104,3	94,4	104,9	110,1	87,7
1980	101,9	102,4	99,4	103,1	103,8	103,3	100,0	96,6	100,8	103,9	93,3
1981	101,8	103,5	100,4	103,6	106,8	101,4	98,9	119,9	98,1	96,7	99,7
1982	102,7	102,6	100,9	102,1	103,7	100,0	93,6	136,9	102,7	97,1	113,4
1983	135,2	134,9	116,2	137,7	127,3	147,2	123,8	163,8	135,9	117,0	170,1
1984	153,6	148,5	111,4	155,1	143,6	167,7	124,7	161,9	165,0	127,0	248,1
1985	209,2	193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	198,7	245,4	178,7	421,3
1986	295,7	258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	281,9	378,4	271,5	669,7
1987	257,5	239,6	149,9	256,8	226,0	295,7	193,3	212,9	297,5	217,9	488,1
1987 1. Vj.	262,9	237,5	143,7	254,3	213,9	303,3	195,0	265,1	319,3	234,3	530,7
2. Vj.	261,3	246,4	149,0	265,1	227,6	312,0	199,3	215,7	294,4	215,5	480,2
3. Vj.	285,6	266,4	158,1	287,6	253,2	333,4	208,7	216,0	328,0	238,6	546,1
4. Vj.	220,4	207,9	149,0	220,2	209,5	234,1	170,2	154,7	248,2	183,2	395,3
1988 1. Vj.	197,1	185,3	144,8	194,1	188,6	199,1	156,8	138,3	223,3	159,7	363,4
2. Vj.	208,3	195,4	147,9	205,2	203,5	204,8	177,3	159,0	236,8	164,5	380,3
3. Vj.	224,7	210,0	154,8	221,0	217,1	224,6	181,1	180,8	257,2	177,9	426,3

¹⁾ 1950 bis 1953 aus Monatsdurchschnitten, 1954 bis 1981 aus Bankentichtagen (in der Regel der 7., 15., 23. und letzter Börsentag des Monats), ab 1982 aus börsentäglichen Indizes berechnet.

²⁾ Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und bis 1964 ohne Berlin.

³⁾ Einschließlich Warenhausunternehmen, Handel (ohne Warenhausunternehmen), Verkehr und Hypothekenbanken.

Tabelle 75*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern
Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineral- öle	Stein- kohlen	Braun- kohlen	Natur- gase ²⁾	Kern- energie	Wasser- kraft	Strom ³⁾	Sonstige Energie- träger ⁴⁾
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	58	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	29	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986	11 338	4 911	2 278	970	1 736	1 134	158	50	101
1987	11 373	4 785	2 215	914	1 913	1 233	174	36	103

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

²⁾ Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.

³⁾ Außenhandelsaldo Strom.

⁴⁾ Brennholz, Brenntorf, Außenhandelsaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 76*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern
Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brenn- stoffe ²⁾	Gase ³⁾	Strom	Fern- wärme
		zu- sammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraft- stoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986	7 535	3 875	1 678	281	1 904	721	1 509	1 242	188
1987	7 524	3 746	1 544	227	1 966	672	1 634	1 271	201

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

²⁾ Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).

³⁾ Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 77*

Energieverbrauch nach Bereichen
Petajoule¹⁾

Jahr	Primär- energie- verbrauch	Verbrauch und Verluste im Energie- sektor ²⁾	Nicht- energie- tischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				ins- gesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinver- braucher, militä- rische Dienst- stellen
					zu- sam- men	Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbe, übriger Bergbau	Investi- tionsgüter produzie- rendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter pro- duzieren- des- und Nahrungs- und Ge- nußmittel- gewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986	11 338	3 116	687	7 535	2 201	1 520	309	372	1 805	3 529
1987	11 373	3 159	690	7 524	2 199	1 507	310	382	1 869	3 456

1) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

2) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 78*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr ¹⁾		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe ³⁾
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	je Einwohner ²⁾	insgesamt	je Einheit Brutto-sozialprodukt ²⁾ in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis ³⁾	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule ⁴⁾ pro 1 Mrd DM	Gigajoule ⁵⁾	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule ⁴⁾	1980 = 100	Petajoule ⁴⁾	1985 = 100		
1950	0,59	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,60	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,60	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,67	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,80	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,92	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,10	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	1,12	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,40	16 139	1 909	0,82	138	22,9	167	.	311	.
1959	1,64	20 103	2 230	0,87	185	20,7	214	.	352	.
1960	1,78	23 470	2 794	0,92	281	20,1	267	.	402	.
1961	2,06	28 015	3 035	0,92	381	20,0	337	.	460	.
1962	2,45	34 397	3 768	1,05	572	20,5	401	16,2	516	49,0
1963	2,88	41 210	4 357	1,14	744	21,5	455	16,5	563	48,9
1964	3,13	47 213	4 914	1,17	838	20,5	522	14,8	636	48,8
1965	3,43	53 993	4 994	1,09	1 011	19,6	577	14,2	692	48,7
1966	3,76	60 408	5 584	1,15	1 134	18,8	610	15,1	762	46,8
1967	3,93	62 882	6 566	1,33	1 196	20,3	604	15,5	783	50,2
1968	4,16	70 134	7 855	1,47	1 366	21,7	633	14,7	838	53,6
1969	4,36	78 263	7 914	1,32	1 641	20,3	677	14,8	903	49,6
1970	4,63	86 429	8 583	1,27	1 853	21,5	733	16,3	993	48,7
1971	4,67	88 816	11 168	1,49	1 962	23,7	742	21,4	1 080	51,2
1972	4,74	93 332	10 621	1,29	2 064	21,9	792	17,6	1 136	53,8
1973	4,81	98 780	15 009	1,63	2 217	36,3	799	18,8	1 181	60,5
1974	4,33	88 939	32 226	3,27	1 926	47,3	687	37,5	1 129	72,7
1975	4,23	85 785	28 988	2,82	1 907	45,5	622	37,3	1 216	72,2
1976	4,34	93 303	35 264	3,13	2 087	50,1	630	40,5	1 281	77,2
1977	4,17	92 541	34 442	2,87	2 007	50,0	592	41,7	1 361	75,0
1978	4,25	97 168	31 800	2,46	2 131	48,9	595	38,5	1 436	76,7
1979	4,15	98 796	47 791	3,42	2 121	87,2	586	49,3	1 485	84,7
1980	3,68	88 409	62 879	4,23	1 748	100	535	66,3	1 506	100
1981	3,31	79 586	70 808	4,58	1 546	117,1	440	91,9	1 448	119,5
1982	3,18	75 960	68 094	4,26	1 403	123,8	378	86,9	1 475	117,0
1983	3,11	75 623	63 373	3,77	1 398	113,8	334	87,9	1 506	116,1
1984	3,01	75 701	68 543	3,87	1 425	120,5	311	104,7	1 550	116,5
1985	2,98	76 544	70 084	3,80	1 536	126,1	261	100	1 546	119,7
1986	3,06	80 421	33 623	1,73	1 678	68,8	281	45,7	1 630	90,3
1987	2,93	78 188	29 910	1,48	1 544	59,0	227	43,6	1 689	86,0

1) Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).

2) Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

3) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

4) Petajoule = 10¹⁵ (Billiarde) Joule.5) Gigajoule = 10⁹ (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

- Abgabenbelastung** 363
- Agrarpolitik** 48, 268
- Airbus** 268
- Aktienbaisse**
– s. Börsenkrise
- Arbeitseinkommensquote** 80, Anhang IV.B.
- Arbeitslosigkeit**
– in Europa 38
– Langzeitarbeitslosigkeit 97, 251 ff.
– Struktur der Arbeitslosigkeit 101
– voraussichtliche Entwicklung 211 f.
- Arbeitsmarkt** 90 ff.
– Arbeitsangebot 94
- Arbeitsmarktpolitik** 100, 251 ff., 332
- Arbeitsproduktivität** 64, 91, 338
- Arbeitsteilung, internationale** 1, 20
- Arbeitszeit**
– Flexibilisierung und Differenzierung 322 ff.
- Ausbildungsplätze** 99
- Ausfuhr** 53, 75 ff.
– voraussichtliche Entwicklung 203
- Ausfuhr-Einfuhr-Position** 155 ff.
- Auslastungsgrad des Produktionspotentials** 57, 61, 86 ff., 142, 210, 264
- Außenbeitrag** 85, 209, 229
- Außenwert, realer** 149 ff.
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht** 228 ff.
- Austauschverhältnis**
– s. Terms of Trade
- Bauwirtschaft** 51, 67 ff., 202
- Beschäftigung** 56, 90 ff., 220 ff.
– Strukturwandel 93, 101
– voraussichtliche Entwicklung 211 f.
- Beschäftigungsentwicklung, internationale** 151 ff.
- Binnenmarkt, europäischer** 14, 37, 66, 72, 194, 198, 237 ff., 349
- Börsenkrise** 2 ff., 290
- Bruttoinlandsprodukt** 86
- Bundesbankgewinn** 125, 262
- Defizit**
– der amerikanischen Leistungsbilanz 7 ff.
– der Gebietskörperschaften 122, 263 ff.
– des amerikanischen Budgets 28, 30
- Deregulierung**
– s. Marktöffnung
- Devisenmarkt**
– s. Wechselkurse
- Dienstleistungssektor** 93, 386
- Direktinvestitionen** 158 ff.
- Einfuhr** 84
– voraussichtliche Entwicklung 209
- Einfuhrpreise** 84, 111, 208
- Einkommen** 80, 205 f.
- Einkommensteuer** 123
– s. a. öffentliche Finanzen
- Energie**
– Besteuerung 279 ff.
– erneuerbare 248
– Kosten 171
– Prognoseannahme, Ölpreis 186
- Entwicklungsländer** 18 ff.
- Europa** 36 ff.
– Arbeitslosigkeit 38
– Preise 39
– voraussichtliche Entwicklung 194 ff.

- Europäische Gemeinschaften** 45 ff.
 — Agrarpolitik 47 f.
 — Finanzierungssystem 46, 124
 — Haushalt 47
- Europäischer Binnenmarkt**
 — s. Binnenmarkt, europäischer
- Europäisches Währungssystem** 12, 185, 190, 306
- Finanzierungsmittel** 62
- Finanzpolitik** 54, 121 ff., 256 ff.
 — Finanzausgleich 131 f., 270 ff., 420, 427
 — kommunale Finanzreform 427 ff.
 — Steuerreform 249, 256, 274 ff.
 — Strukturhilfegesetz 270 ff.
- Forschung und Entwicklung** 166 ff.
- Frankreich** 41, 151 ff.
- Freihandelsabkommen** 14
- Geldmenge** 107 ff.
- Geldmengenziel** 305
 — Mehrindikatorenkonzeption 292 f.
 — Vorbehaltsklausel 298 f.
 — Zwischenzielgröße 103 ff., 290 f.
- Geldpolitik** 111 ff., 294 ff., 302 ff.
 — Beurteilung 107 ff.
 — Geldversorgung der Wirtschaft 110
 — Instrumentarium 112 ff.
 — s. a. Zentralbankgeldmenge
- Geldwertstabilität** 224 ff., 297, 305, 318
- Gewerbsteuer** 249, 275, 428
- Gewinne**
 — Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 80
 — Gewinn-Erlös-Relation 63 ff., Anhang IV.B.
- Großbritannien** 42, 151 ff.
- Handelsbeschränkungen** 13 ff.
- Harmonisierung** 238 ff.
- Inflation**
 — s. Preisentwicklung
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit** 234 f.
 — Bestimmungsgründe 162 ff.
 — Indikatoren 148 ff.
 — preisliche 75 f.
- Investitionen** 51, 58 ff., 164 f.
 — Direktinvestitionen 158 ff.
 — öffentliche 74, 136 ff., 259, 288
 — voraussichtliche Entwicklung 198 ff.
- Italien** 43, 151 ff.
- Japan** 32 ff., 151 ff., 193
- Kapazitätsauslastung** 86 ff.
 — in den Industrieländern 23
 — in den Vereinigten Staaten 31
 — in Europa 36
- Kapitalintensität** 88
- Kapitalproduktivität** 88
- Kapitalverkehr**
 — s. Zahlungsbilanz
- Kohlepolitik** 241, 267
- Konjunkturelle Entwicklung**
 — in der Bundesrepublik 49 ff., 58 ff.
 — in der Welt 23 ff.
 — voraussichtliche 188 ff.
- Konjunkturaler Haushalt** 140, Anhang IV.D.
- Kooperation** 5
- Kosten-Erlös-Relation** 63 ff., Anhang IV.B.
- Krankenversicherung** 145
- Leistungsbilanz**
 — s. Zahlungsbilanz
- Löhne**
 — Differenzierung 339 ff.
 — Lohnstückkosten 337 f.
 — Reallöhne 338
 — Tariflöhne 337
- Lohnpolitik** 333 ff.
- Lohnsteuer** 123
- Lohnstückkosten** 64 f., 169 f.

Marktöffnung 245f., 348ff.

Öffentliche Finanzen

- Ausgaben 126ff.
- Ausgabenstruktur 136ff.
- Finanzausgleich 131f., 270ff., 420, 427
- Finanzplanungsrat 260
- Haushaltsdefizit 122, 140, 263
- kommunale Finanzreform 427ff.
- konjunkturelle Wirkungen 142, 264
- konjunkturaler Haushalt 140, Anhang IV.D.
- mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte 265f.
- öffentlicher Dienst 258, 287, 344
- Sozialhilfeausgaben 131ff., 272, 286
- Staatsverbrauch 83
- Steuereinnahmen 123
- Steuerpolitik 249, 274ff.
- Subventionen 128, 247f., 267ff., 379, 390, 403, 418, 420
- voraussichtliche Entwicklung 204

Ölpreisentwicklung

- s. Energie

Post- und Fernmeldewesen

- s. Telekommunikation

Preisentwicklung

- Einfuhrpreise 84
- in Europa 39
- Verbraucherpreise 81
- voraussichtliche Entwicklung 207f.

Problemregionen

- s. Regionalpolitik

Produktion

- Gesamtwirtschaft 86
- voraussichtliche Entwicklung 210

Produktionspotential 86ff., Anhang IV.A.

Produktivität

- s. Arbeitsproduktivität bzw. Kapitalproduktivität

Prognose 178ff.

- Annahmen 183ff.

Protektionismus

- s. Handelsbeschränkungen

Qualifizierung 328ff.

Realwert des Sozialprodukts Anhang IV.B.

Regionalpolitik 420ff., 427

Regulierung 238ff., 349ff., 396

- s. a. Marktöffnung

Rentenversicherungsreform 361ff.

Reziprozität 15f., 243

Ruhrgebiet 378ff.

- Altlasten 392, 424f.
- Arbeitslosigkeit 380, 383, 434
- Bergbau 384, 400f.
- Dienstleistungssektor 386
- Finanzausgleich, kommunaler 420, 427
- Gemeindefinanzreform 427ff.
- Infrastruktur 391, 394
- Lohnniveau 390
- Lohnstruktur 390
- Montanindustrie 384, 389, 399
- Regelungsdichte 395f.
- Regionalpolitik, Regionalisierung der 420ff., 427
- Ruhrgebietsprogramme 412ff., 417
- Stahlindustrie 402f., 418
- Standortqualität 404
- Steinkohlenbergbau 400f.
- Strukturpolitik, regionale 381, 405ff.
- Strukturpolitik, sektorale 381, 399ff.
- Strukturwandel, regional 379
- Strukturwandel, sektoral 379
- Subventionen 379, 390, 403, 418, 420
- technischer Fortschritt 387
- Umweltqualität 389
- Umweltschutz 418, 422
- Verkehrssituation 393, 397
- Wachstumsschwäche 380
- Wertschöpfungsteuer 430ff.

Sozialversicherung 143ff.

Spanien 44

Staatsquote 259, 284ff.

Standortqualität 159ff., 233ff.

Steueraufkommen 123

Steuerquote 261

Steuerreform

– s. Finanzpolitik

Straßenbenutzungsgebühr 239, 356, 359

Straßengüterverkehr 348 ff.

Strukturwandel 244 ff.

– s. a. Ruhrgebiet

Subventionen 128, 247 f., 267 ff.

– s. a. Ruhrgebiet

Tarifpolitik 321 ff.

– betriebsnahe Tarifpolitik 345 ff.

Technischer Fortschritt 387

Telekommunikation 246

Terms of Trade (Austauschverhältnis) 84

Umlaufgeschwindigkeit des Geldes 110, 300

Umsatzsteuer 123

Umweltpolitik 421

– Umweltschutzkosten 172

Unternehmensbesteuerung 173 ff., 249, 273 ff.

Verbrauch, privater 52, 79 ff., 205 ff.

Verbrauchssteuererhöhung 127, 207, 261

Vereinigte Staaten 27 ff., 192

Verkehrspolitik 349 ff.

Verschuldungskrise 18 ff.

Vorausschätzung

– s. Prognose

Wachstumspolitik 233 ff., 251 ff.

Wachstumsschwäche 233, 380

Währungspolitik 315 ff.

Wechselkurse

– Entwicklung 102, 111

– Stabilisierung 6 ff.

Weiterbildung

– s. Qualifizierung

Welthandel 1, 13, 14, 190

– s. a. Handelsbeschränkungen

Weltkonjunktur

– s. konjunkturelle Entwicklung

Wertschöpfungssteuer 275 f., 430 f.

Wettbewerb 239 ff., 348 ff.

Wohnungsbau 68 ff., 202

Wohnungswirtschaft 268

Zahlungsbilanz

– Handelsbilanz und Leistungsbilanz 6 ff.

– Kapitalverkehr 118, 315

Zentralbankgeldmenge 108, 301 ff., Anhang IV.C.

Ziele, gesamtwirtschaftliche 214 ff.

Zinsausgaben des Staates 122